

Bohemia

Zeitschrift für Geschichte und Kultur
der böhmischen Länder
A Journal of History and Civilisation
in East Central Europe

Herausgegeben
im Auftrag des Collegium Carolinum
von Martin Schulze Wessel,
Hans Lemberg und Michaela Marek

Redaktionsbeirat:

Christoph Boyer (Berlin), Peter Bugge (Aarhus),
Gary B. Cohen (Minneapolis, MN), Mark Cornwall (Dundee),
Horst Förster (Tübingen), Miloš Havelka (Prag), Steffen Höhne
(Weimar), Miroslav Hroch (Prag), Gudrun Langer (Frankfurt/M.),
Elena Mannová (Bratislava), Sheilagh Ogilvie (Cambridge),
Jiří Pešek (Prag) und Helmut Slapnicka (Linz)

Band 47

R. Oldenbourg Verlag München 2006/07

INHALT

Editorial	1, 269
---------------------	--------

AUFSÄTZE

<i>Bugge, Peter</i> : Czech Democracy 1918-1938. Paragon or Parody?	3
<i>Boyer, Christoph</i> : Politik in der Lebenswelt: Die Nationalitätenfrage in den Handels- und Gewerbekammern der Ersten Tschechoslowakischen Republik	29
<i>Ritter, Rüdiger</i> : Musik als Element der Legitimierung der tschechischen Nationalkultur in der Zwischenkriegszeit	52
<i>Schramm, Manuel</i> : Transnationale Wirtschaftsbeziehungen und symbolische Regionalisierungen. Die Musikinstrumentenindustrie im sächsisch-böhmischen Grenzraum 1870-1933	69
<i>Gabzdilová-Olejníková, Soňa</i> : Die Aussiedlung der Karpatendeutschen aus der Slowakei im Jahr 1946	84
<i>Velek, Luboš</i> : Böhmisches Staatsrecht auf „weichem Papier“: Tatsache, Mythos und ihre symbolische Bedeutung in der tschechischen politischen Kultur	103
<i>Loewenstein, Bedřich</i> : Jan Patočka – Erinnerungen und kritische Annäherungen	271
<i>Srubar, Ilija</i> : Patočkas praktische Philosophie als Analyse der Moderne	289
<i>Hagedorn, Ludger</i> : Jan Patočkas politisches Denken. Anmerkungen mit Blick auf Hannah Arendt und Carl Schmitt	300
<i>Randák, Jan</i> : Politisch-religiöses Totengedenken zu Beginn der Revolution von 1848/49 in Mitteleuropa	310
<i>Dobeš, Jan</i> : Die Rolle des Parlaments in den Transformationsprozessen der tschechoslowakischen Geschichte	329
<i>Boyer, Christoph</i> : Normalisierung	348
<i>Clifton-Everest, John M.</i> : Die Bamberger Drucke des „Ackermann aus Böhmen“	361

DISKUSSION, LITERATUR- UND FORSCHUNGSBERICHTE

<i>Pešek, Jiří/Tůma, Oldřich</i> : Die Rechtsnormen in Bezug auf die Deutschen in der Tschechoslowakei und anderen ausgewählten europäischen Staaten 1938-1945	119
<i>Nodl, Martin</i> : Die Hussitische Revolution. Zur Genese eines Forschungsparadigmas in der tschechischen Historiografie der 1950er und 1960er Jahre	151
<i>Wihoda, Martin</i> : Privatisierung im 13. Jahrhundert? Die tschechische Mediävistik und die Interpretation der Přemyslidenzeit	172
<i>Wenzel, Kai</i> : „Karl IV. – Kaiser von Gottes Gnaden“. Neue Studien zur Hofkunst der Luxemburger	377
<i>Höhne, Steffen</i> : Die Tschechische Bibliothek (Teil 3)	391
<i>Knapik, Jiří/Knapiková, Jaromíra</i> : Schlesien – eine Herausforderung für die tschechische Historiografie nach 1989	403

MISZELLEN

Das Münchner Bohemistentreffen 2007 (Damien Tricoire)	184
Religion und Politik: Tschechen, Deutsche und Slowaken im 20. Jahrhundert. Tagung der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission (Laura Hölzlwimmer)	187

EDITORIAL

Am 13. März 1977 starb der Prager Philosoph Jan Patočka nach stundenlangen Verhören durch die Organe der tschechoslowakischen Staatssicherheit. Bei seiner Beerdigung demonstrierte das Normalisierungsregime die Entschlossenheit, der Bürgerrechtsbewegung Charta 77, die am 7. Januar 1977 mit ihrem ersten Dokument an die internationale Öffentlichkeit getreten war, mit extremer Härte zu begegnen: Über dem Friedhof kreiste lautstark ein Helikopter, jeder Trauergast wurde fotografiert, zahlreiche Unterzeichner der Charta wurden festgenommen.

Der Name Jan Patočkas ist seither untrennbar mit der Geschichte der Charta 77 verbunden. Patočka gehörte zu den ersten Sprechern dieser Bewegung, die die Einhaltung von Menschen- und Bürgerrechten einforderte, zu der sich die tschechoslowakische Regierung mit der Annahme der Schlussakte von Helsinki verpflichtet hatte. Weniger bekannt – und einem breiteren Publikum wohl auch weniger leicht zugänglich – ist indessen die Philosophie Patočkas. Als einer der letzten Schüler Edmund Husserls und inspiriert vom Denken Martin Heideggers setzte sich Patočka überaus kritisch mit dem Geist der Moderne auseinander. Auch sein Blick auf die Vergangenheit und die Wendepunkte in der Geschichte der Tschechoslowakei lief den gängigen Deutungen oft zuwider.

Die vorliegende Nummer der „Bohemia“ erinnert mit drei Aufsätzen an den 100. Geburtstag und 30. Todestag des großen Prager Philosophen. Die Beiträge, die auf einen Workshop im Collegium Carolinum im März 2007 zurückgehen, zielen darauf, den Philosophen und den politischen Menschen Patočka zusammenzubringen. Nach persönlichen Erinnerungen an Jan Patočka von Bedřich Loewenstein, in denen die moralischen Beweggründe deutlich werden, die Patočka seiner Distanz zur Gegenwart zum Trotz zu öffentlichem Engagement führten, erläutert Ija Srubar Patočkas Auffassung von Philosophie als einer praktischen Tätigkeit mit all den Gefahren, die ein solches Verständnis in sich birgt. Ludger Hagedorn schließlich analysiert die politischen Implikationen von Patočkas Wahrheitsbegriff und kontrastiert dessen politisch-philosophische Auseinandersetzung mit Krieg und Totalitarismus mit Thesen Hannah Arendts und Carl Schmitts. Dies führt ihn zu dem Schluss einer besonderen Offenheit in Patočkas Vorstellung von der Ordnung des Politischen.

Die Herausgeber

Bedřich Loewenstein

JAN PATOČKA –
ERINNERUNGEN UND KRITISCHE ANNÄHERUNGEN

Es ist ein unverdientes Privileg, in seinem Leben bedeutenden Persönlichkeiten begegnet zu sein. Ohne zu Jan Patočkas eigentlichem Schülerkreis zu gehören, haben sich unsere Wege fast drei Jahrzehnte lang in verschiedenen Lebenssituationen immer wieder gekreuzt, zuletzt, als langanhaltendes Schockerlebnis, bei seinem Begräbnis am 16. März 1977.

Als ich Patočka 1949 zum ersten Mal begegnete, war der damals 42-jährige Philosophiedozent schon durch seine Essayistik ein Mann von einigem Renommee über sein engeres Fachgebiet hinaus; trotz prononciert-höflicher Umgangsformen wirkte er etwas unnahbar. Seine Position an der Philosophischen Fakultät war seit dem Februar-Umsturz bedroht, aber infolge der „Salami-Taktik“ der KPTsch war darüber noch nicht endgültig entschieden. Man erzählte sich von seinen legendären Nachkriegs-Vorlesungen im Großen Hörsaal der Fakultät, bei denen manchmal der Strom ausfiel und Patočkas Schatten im Kerzenschein die Wände auf- und abglitt. Der Peripatetiker pflegte tatsächlich, ohne Manuskript und nur mit ein paar Notizen, im Gehen zu dozieren, eine vielleicht von seinem Hablvater Jan B. Kozák übernommene Attitüde, die den Veranstaltungen jenes weltläufigen, nach 1945 aus dem amerikanischen Exil zurückgekehrten „philosophischen Masaryk-Nachfolgers“ einen leicht salonhaften Anstrich verlieh. Patočka wirkte weit esoterischer; er ging nicht auf Alltägliches ein, pflegte weder Ironie noch Anspielungen.

Die Zeiten voller Säle waren aber für beide vorbei. Die Fakultät beherrschten kommunistische Aktionsausschüsse, die nicht-anpassungswillige Studenten und nicht-genehme Dozenten massenweise ausschlossen bzw. einschüchterten, so dass sich so mancher akademische „Existenzialist“ nur durch die Erklärung retten konnte, wie es hieß: „mit dem Volk zu gehen“ und den Marxismus als überlegene Lehre anzuerkennen; man kannte von diesem aber meist nur einige Parteibroschüren und Schlagworte.¹

Jan Patočka hätte diesen Schritt, wie manche seiner Kollegen (Ladislav Rieger, der Urenkel Palackýs), schon früher tun können – und wäre nicht schlecht bezahlter Privatdozent geblieben, allerdings um den Preis der Selbstaufgabe. Dafür war er viel zu stolz, zu unbeirrbar verankert in der klassischen Tradition, zu sehr war ihm Philosophie eine Sache der Moral, der „Seele“. „Im hic et nunc wird über die Ewigkeit entschieden“, schrieb er später in einer lesenswerten Abhandlung über den

¹ Dazu die Memoiren des Romanisten und Literaturwissenschaftlers Černý, Václav: *Paměti 1945-1972* [Erinnerungen 1945-1972]. Praha 1992, 195 ff., 257 ff. – Zu den institutionellen Hintergründen und personellen Machenschaften der Kulturpolitik der KPTsch: *Knapík, Jiří: V zajetí moci. Kulturní politika, její systém a aktéři 1948-1956* [Im Bann der Macht. Kulturpolitik, ihr System und ihre Akteure 1948-1956]. Praha 2006.

Mythos des Teufelspakts, wobei „empirische Selbstaufgabe“ (der bürgerlichen Existenz) dem „Echtheitsverlust“ (als Philosoph) vorzuziehen sei.² Patočka stand dem Problem des faustischen Teufelspakts hochbewusst gegenüber – insofern, als die Absage an alle moralisch-innerweltlichen Beziehungen bzw. der Verlust der unsterblichen Seele ermöglichen sollte, der eigentlichen „Welt“, jenseits des verdinglichenden Betriebs, zu begegnen. Das wäre im Fall seiner weiteren Duldung als Hochschullehrer kaum der Fall gewesen; aber es herrschte wohl auch seitens der neuen kommunistischen Universitätsleitung zu viel Misstrauen Patočka gegenüber, um ihm längerfristig auch nur eine Randposition in der „schönen neuen Welt“ zu überlassen. Die Welt, die er meinte, konnte er auf diese Weise nur verlieren.

Außerhalb von Husserls lebensweltlicher Verankerung der Philosophie war Patočka nicht eigentlich „weltfremd“ im üblichen Sinn des Wortes. Sein Freund Ludwig Landgrebe erinnert sich im Vorwort zur deutschen Ausgabe von Patočkas „Natürlicher Welt“ an ihre langen, keineswegs nur philosophischen Gespräche nach 1933 in den Prager Straßen.³ Es hieß, er sei auch während des Krieges zumindest immer ausgezeichnet informiert gewesen, doch wurde das Politische von ihm nur sozusagen als „Kategorie der Nikomachischen Ethik“, nicht als unmittelbare schlechte Wirklichkeit, wahrgenommen. Sein Schüler, der 1950 zu zwölf Jahren Arbeitslager verurteilte Sozialdemokrat Jaroslav Kohout, bezeugt z. B. Patočkas Einstellung von 1938 wie 1968, man habe nicht kapitulieren dürfen;⁴ das war eine primär moralische Aussage, ebenso wie die eines seiner letzten Texte vom 21. Januar 1977, „Von der Pflicht, sich gegen Gewalt zu wehren“.⁵

„Existenz geht vor Essenz“ ist nicht falsch zu verstehen. Aber es wäre philosophisch wie menschlich unzutreffend zu glauben, dass Patočka in einer quasi anderen Welt lebte, auch wenn das Triviale und Alltägliche von ihm stets als „Weltvergessenheit“ abgewehrt wurde und zu ihm nur durch den Filter des Prinzipiellen und Eigentlichen vordrang. Wenn Patočka Aktuelles berührte, war er meist schnell bei der klassischen Tradition, die ihm durch sein phänomenales Gedächtnis stets abrufbereit zur Verfügung stand. Damit schüchterte er ein, schuf Abstand, den seine sublimale Persönlichkeit wohl brauchte. Hinter dem freundlichen Umgang, der Landgrebe an den k.u.k.-Hofratstypus erinnerte,⁶ verbarg sich der geistige Aristokrat – nicht ohne einen Schuss Sarkasmus, den er gelegentlich, mit despektierlichen

² Patočka, Jan: Der Sinn des Mythos vom Teufelspakt. Eine Betrachtung zu den Varianten der Faustsage. In: Neue Zeitschrift für Systematische Theologie und Religionsphilosophie 15 (1973) H. 3, 291-303.

³ Landgrebe, Ludwig: Einleitung zu Patočka, Jan: Die natürliche Welt als philosophisches Problem. Stuttgart 1990, 9-21 (Phänomenologische Schriften 1).

⁴ Dousová, Klára: Zpověď (pravého) sociálního demokrata [Beichte eines (echten) Sozialdemokraten]. In: Lidé města 15 (2005) 135-175, hier 174.

⁵ Ebenda 174. – Patočka, Jan: O povinnosti bránit se proti bezpráví [Über die Pflicht sich gegen Unrecht zu verteidigen]. In: Prečan, Vilém (Hg.): Charta 77. Od morální k demokratické revoluci [Charta 77. Von der moralischen zur demokratischen Revolution]. Bratislava 1990, 31-34, hier 33. „Die Politik untersteht dem Recht, nicht das Recht der Politik.“

⁶ Landgrebe: Einleitung zu Patočka, Jan: Die natürliche Welt als philosophisches Problem (vgl. Anm. 3).

Bemerkungen über allzu angepasste oder unfähige Kollegen, privat zum Besten gab.

Sein akademischer Habitus und die kryptische Sprache, hinter der sich der private Patočka verbarg, mochten gewiss der notwendigen Vorsicht in Zeiten existenzieller Gefährdung und ideologischen Terrors geschuldet sein, entsprachen aber wohl seiner Art und seinen Präferenzen. Es war nicht Desinteresse am Tagesgeschehen. Nietzsches „furchtbares Vernichtungstreben der sogenannten Weltgeschichte“ war, trotz des eigentlich unhistorischen Ansatzes der Phänomenologie, ein bleibendes Faszinosum für sein Denken, doch, bei aller eigenen Involviertheit, immer aus gewisser Distanz. Der im Leben überaus Bescheidene machte sich geistig mit niemandem gemein. Aus einem Gefühl der „höheren Warte“ glaubte er die Gegenwart, in ihren verächtlichen Niederungen wie in ihrer tieferen Dimension, besser zu verstehen als ihre berufenen Apologeten und Interpreten.

Patočka war vielleicht gerade deshalb kein wirklicher Antikommunist. Seine Sicht war in erster Linie eine existenzielle. „Man muss aufgrund der Phänomene philosophieren, nicht aufgrund hypothetischer Konstruktionen aus Grundsätzen“, hieß es später, und das bedeutete: aufgrund der Lebensstatsachen. Zu diesen gehörte natürlich der Kommunismus, den man philosophisch ernst nehmen, ihn trotz seiner unerfreulichen Begleiterscheinungen irgendwie hegelianisch als „Phase des Weltgeistes“ verstehen müsse: keine zufällige, vorübergehende Fieberblase, die bald wieder platzen werde, wie es nach dem Februar 1948 in Kreisen der vielen Kaltgestellten und Enteigneten hieß. Vor allem im Verständnis der Schwäche der bürgerlich-liberalen Welt kam Patočka der Analyse des radikalen evangelischen Theologen Josef L. Hromádka nahe, wenngleich ohne dessen öffentliche Gesten des Einverständnisses mit der kommunistischen Herrschaft.⁷

Es war also nicht einfach Mimikry, wenn Patočka 1949/1950, seinem letzten Jahr an der Philosophischen Fakultät, über Hegels „Phänomenologie“ las, nicht zuletzt dessen komplizierte Auseinandersetzung mit der französischen Revolution, und wenn er sein Seminar über die Präsokratiker im Anschluss an den neuen Jargon „Antike Dialektik“ nannte. Der dezente Annäherungsversuch war im Übrigen vergeblich, und im Zuge des Stalinschen „verschärften Klassenkampfes“ verschwand sein Name 1950 aus dem Vorlesungsverzeichnis. Patočka hatte Frau und drei Kinder zu ernähren und befand sich damit auch materiell in einer schwierigen Lage. Einen „Teufelspakt“ bot man ihm nicht an, es fand sich nur ein einstweiliger Unterschlupf in der Bibliothek des immer noch bestehenden T. G. Masaryk-Instituts, die aber alsbald in der Zentralbibliothek der Akademie aufging. Aus dem „herrschenden Unsinn“ suchte er Trost – bei Platon.⁸

⁷ Z. B. Hromádka, Josef L.: *O nové Československo* [Über die neue Tschechoslowakei]. Praha 1946. „Hüten wir uns, im Reich der Illusionen und Träume zu leben und wiederherstellen zu wollen, was mit dem Jahr 1938 untergegangen ist [...]. Der Krieg hat die Vor-Münchener Ordnung zerschlagen.“ – Patočka war privat mit dem weit weniger engagierten evangelischen Theologen Jan B. Souček befreundet.

⁸ „Platon entschädigt mich für so viel ermüdenden Unsinn [...], der aus dem heutigen philosophischen ‚Betrieb‘ erklingt“, schrieb Patočka an Sergius Hessen, den emigrierten russischen Neukantianer, der dem Prager *Cercle philosophique* angehört hatte und dessen Schrift

1950 gab es für kurze Zeit noch die Plattform der „Akademischen YMCA“, einstweilen geschützt durch die prokommunistische Haltung des YMCA-Vorsitzenden J. L. Hromádka. Hier vollbrachte Patočka 1949/1950 unter dem Titel einer „Kritik des Liberalismus“ das quijoteske Kunststück eines Seminars über – politische Philosophie. Kaum vorstellbar, dass etwas Derartiges an irgendeinem anderen öffentlichen Ort der damaligen Tschechoslowakei zugelassen worden wäre. Dort hielt ich nebenbei mein allererstes, höchst mangelhaftes Referat, und zwar über Jean-Jacques Rousseau. Ich hatte mir zu viel zugetraut und entschuldigte mich eingangs; Patočka unterbrach mich mit den hinterher geflügelten Worten: „Das beurteilen wir selbst, Herr Kollege!“ Der „Herr Kollege“ war im ersten Semester und gerade zwanzig. Andere berichteten nicht viel kundiger über Locke und Hobbes. Politische Aktualisierungen unterblieben, soviel ich weiß.

Patočka war zum zweiten Mal (nach 1939, der Schließung der tschechischen Hochschulen durch die Nationalsozialisten) – in seinen kreativsten Jahren – aus der Bahn geworfen. Er war trotz seiner eher robusten Erscheinung kein Kämpfer, aber die philosophischen Grundtugenden der Klassiker waren auch sein persönliches Leitbild. „Man muss seinem Stern folgen“, sagte er einmal einem verzagten jungen Mann, der sich bei ihm Rat holen wollte. Bei einem privaten Treffen mit ehemaligen Schülern in den 1950er Jahren, wir lasen Kant und er selbst berichtete paradigmatisch über Bonhoeffers „Widerstand und Ergebung“, fiel der bezeichnende Satz: „Was würde jeder von uns dafür geben, sich auch nur eine Stunde mit – Sokrates unterhalten zu können!“ Er setzte beim Gespräch ein geistiges und moralisches Niveau voraus, das bei seinen Zuhörern selten vorhanden war, das aber zwang, auf seiner Ebene mitzudenken, jenseits des „Weltverlusts“ durch die Bindung an Sachzwänge und Verdinglichungen, jener armseligen Alltäglichkeit, und eines „bescheidenen Sinns der kleinen Lebensrhythmen“.⁹

Obwohl sein Philosophieren nicht eigentlich politisch war und er seine Themen auch nicht in erster Linie aus der tschechischen Tradition zog, wurde Patočka durch die geschichtlichen Peripetien immer wieder auf das böhmische Schicksal als Herausforderung für sein Denken gestoßen, vermutlich am intensivsten 1968, als der historische Sinn der Masarykschen Gründung zum wiederholten Mal in Frage gestellt schien.

Als eine solche Herausforderung hatte der junge Patočka schon die Krise von 1939 empfunden und auf sie unter anderem mit einem gedrängten, 30-seitigen Essay reagiert, der die moderne tschechische Kultur einer Prüfung unterzog.¹⁰ Es war alles

über Persönlichkeit und Temperament Patočka 1933 ins Tschechische übersetzt hatte. „Ich glaube, dass die moderne Philosophie nun doch zum größten Teil in eine Sackgasse oder in eine Art ‚Selbstaufgabe‘ gelangt ist“, heißt es weiter in diesem Brief vom 4. 1. 1949. *Goněc*, Vladimír (Hg.): Jan Patočka. Tři dopisy Sergiu Hessenovi [Jan Patočka. Drei Briefe an Sergius Hessen]. Brno 1998, 16.

⁹ Patočka, Jan: Mají dějiny smysl? [Hat Geschichte einen Sinn?]. In: *Ders.: Kacířské eseje o filosofii dějin* [Ketzerische Essays zur Philosophie der Geschichte]. Praha 1990, 74. – *Srubar*, Ilja: Vorwort zu Patočka, Jan: Die Bewegung der menschlichen Existenz. Stuttgart 1991, 19 (Phänomenologische Schriften 2).

¹⁰ Patočka, Jan: Česká vzdělanost v Evropě [Die Tschechische Kultur in Europa]. Praha 1939.

andere als eine Idealisierung des bis dahin Geleisteten, kein „Trost in schweren Zeiten“, sondern geradezu umgekehrt: eine selbstkritische Bestandsaufnahme vor der Folie des Europäisch-Allgemeinen, des in seinen Augen schlechthin Gültigen. Heute befremdet es, wie scharf Patočka mit Literatur, Wissenschaft und Politik der eben untergegangenen Republik ins Gericht ging: „[...] die innere Nichtigkeit kommt zum Ausdruck in Form der Herrschaft kleiner privater Interessen, als Zersplitterung, kleinliche Selbstgefälligkeit [...]. Die Nation war vor dem Umsturz von 1918 nicht vorbereitet für die Rolle, die sie in Mitteleuropa spielen konnte und sollte.“¹¹ Und noch drastischer: „Das System der Parteien-Demokratie, das die Republik einführte, war ein Verderbnis [zhouba], eine Blamage jeder politischen Bildung.“¹²

Man muss diese Kritik mit der kämpferisch-schroffen Haltung seines etwa gleichaltrigen Kollegen und Schicksalsgenossen, des Literaturwissenschaftlers Václav Černý vergleichen, die ungleich politischer, bissiger und direkter war, 1939 wie 1948, aber vergleichsweise ohne jeden tschechischen Selbstzweifel.¹³ Patočka stieß 1939 gewiss nicht ins Horn der konjunkturellen Republik-Kritik und distanzierte sich von den radikal-katholischen Hassausbrüchen (nicht von Jaroslav Durych, dem fulminant-antiprogressistischen Romancier), hielt aber auch Masaryks demokratisches Programm für nicht genug tragfähig und dessen „nicht-kontemplative“ Philosophie für kritikbedürftig; im Übrigen habe man von Masaryk ohnehin nur assimiliert, was passte. Seine Empfehlung von 1939, noch vor Kriegsausbruch und der Schließung der tschechischen Universitäten, war „unpolitische Politik“: Geistesarbeit und Stärkung der Bindungen zu den universalistischen Grundlagen der europäischen Kultur.¹⁴ Zehn Jahre später, 1949, war sein Rezept für die neue Krise der tschechischen Gesellschaft kein grundlegend anderes. Ein politischer Ausweg bot sich nicht, aber die Krise war ohnehin tiefer als nur die Eruptionen an der politischen Oberfläche.

Ich hatte bis dahin kaum etwas von Patočka gelesen; seine Hegel-Vorlesungen schienen mir zu esoterisch und wenig befriedigend, nicht nur weil ich Hegel nicht

¹¹ Später konkretisiert Patočka seine Kritik als „Tragödie eines nicht voll durchdachten Demokratismus“, einer „defensiven und negativen nationalen Ideologie“, die als Programm für einen zusammengesetzten [kompozitní] Staat nicht ausreichte. Patočka, Jan: O smysl dneška. Devět kapitol o problémech světových i českých [Über den Sinn der Gegenwart. Neun Kapitel zu Welt- und tschechischen Problemen]. Praha 1969, 147.

¹² *Ebenda*.

¹³ Beide waren auch privat befreundet und Patočka schrieb nach 1945 mehrfach Beiträge für Černýs „Kritický měsíčník“ (Kritische Monatsschrift). Obwohl Černý in einem bewegten Nachruf von 1977 Patočkas menschlichen Charakter, seine „milk of human kindness“ rühmte, distanziert er sich von dessen Philosophie: Černý, Václav: Podstata Masarykovy osobnosti a čím nám TGM zůstává [Der Kern der Persönlichkeit Masaryks und was TGM für uns bleibt]. In: Svědectví 14 (1978) Nr. 56, 665-680. Patočkas Masaryk, heißt es da abfällig, sei nur Vorwand für Heideggersches Theoretisieren über die Genese des modernen Menschen; sein Text sei „unfertig und stellenweise wirr“ [nedocelenost a mistý zmatenost]. *Ebenda* 665.

¹⁴ Patočka weist hier zwar darauf hin, dass die Aufklärung die letzte allgemeuropäische Kulturperiode gewesen sei und die Romantik nur die einzelnen Nationen geprägt habe, so dass die Einheit der europäischen Bildung in Gefahr des Zerfalls geriet, hält aber die tschechische Kultur für nur äußerlich romantisch geformt, im Grunde für spätaufklärerisch, realistisch-positivistisch, ohne nationale Exklusivität und Mystik. Patočka: Česká vzdělanost v Evropě 13 ff. (vgl. Anm. 10).

mochte. Nur ab und zu sprang ein Funken zu uns hinüber, aber nur im interpretatorischen Sinn, etwa einer Vorwegnahme Marxscher Gedankengänge, ohne eigene positive oder kritische Anhaltspunkte: schwer verdaulicher philosophischer l'art-pour-l'art. Was ich damals kannte, war sein Nachwort zu Descartes' *Discours de la méthode* (1947); darin hieß es, man lese Teile des Buchs so, als seien sie heute geschrieben, doch sei es „so notwendig wie schwierig, Descartes' Zeitgenosse zu sein.“¹⁵ Ich verstand nicht, was damit, außer etwa der Empfehlung klar und voraussetzungslos zu denken, gemeint sein mochte und ahnte nicht die Zusammenhänge zu Patočkas Meister, dem gebürtigen Proßnitzer Landsmann Edmund Husserl: An der Entstehung von dessen „Cartesianischen Meditationen“ hatte der junge Patočka an der Sorbonne 1929 nach eigenen Worten „mit bebendem Herzen“ teilgenommen.

Es beeindruckte mich aber ein anderer pathetischer Satz aus dem Nachwort: „Jedes große philosophische Werk bewirkt eine Wende in der menschlichen Existenz.“¹⁶ Er drückte, in einer dürftigen Welt des Zynismus und der tönenden Phrasen, eine hohe Meinung vom Beruf des Philosophen aus – als Menschen, die nicht nur „gewillt sind, auf der Basis von Wahrhaftigkeit zu leben“, sondern deren Arbeit auch hohe Verantwortung zukommt: eine Ernsthaftigkeit, denen ich sonst nur bei Theologen begegnet war. Nach Patočkas Tod hat die Charta 77 dieses Pathos des „Lebens in Wahrheit“, der Wiederherstellung der Würde des Worts (Havel) als Impuls verstanden, „der uns in den folgenden Jahren begleitete“ (Pithart).

1937 hatte der erst dreißigjährige Patočka einen erhellenden Aufsatz über den gerade von der Universität vertriebenen Karl Jaspers veröffentlicht, den ich leider erst später zu lesen bekam.¹⁷ Obwohl er selbst eher der Husserlschen und Heideggerschen Observanz zuneigte, fand Patočka in seinem Aufsatz warme Worte für Jaspers' Art des Philosophierens, das statt fertige Wahrheiten zu präsentieren, im Ertragen der Grenzsituation „Ewigkeit offenbart“. „Jede Existenz im vollen Sinn“, interpretiert ihn Patočka zustimmend, „muß sich ihr notwendiges Scheitern gegenwärtigen – im Scheitern erlebt sie aber den eigenen Sinn am intensivsten.“¹⁸ Das war nicht unbedingt Patočkas Theorie, aber doch sein tatsächliches eigenes Schicksal und Beispiel.

In einem platonischen Dialog (Menon) heißt es, Sokrates' Rede treffe den Menschen wie der elektrische Schlag des Zitterrochenes. Das war bei Patočkas in der Regel hochkomplizierten intellektuellen Erörterungen, entgegen Václav Havels Erfahrung, kaum der Fall, aber ich gestehe: Auch wenn ich ihn damals und auch später nicht immer verstand, blieb der Eindruck von Bedeutsamkeit: Ich messe mich

¹⁵ Patočka, Jan: Nachwort zu *Descartes, René: Rozprava o metodě, jak správně vésti svůj rozum a hledati pravdu ve vědách* [Abhandlung über die Methode des richtigen Vernunftgebrauchs und der wissenschaftlichen Wahrheitsforschung]. Praha 1947, 103.

¹⁶ *Ebenda* 103. – Wie aus seiner Korrespondenz mit dem Verleger František Laichter hervorgeht, hatte Patočka auch die gesamte Übersetzung überarbeitet. – Inhaltlich zu Patočkas Descartesbild: Moural, Josef: Origins of Modernity. Multiple and Complex. In: *Hagedorn, Ludger* (Hg.): *Andere Wege in die Moderne. Forschungsbeiträge zu Patočkas Genealogie der Neuzeit*. Würzburg 2006, 127–140.

¹⁷ Patočka, Jan: Karel Jaspers. In: *Česká mysl* 33 (1937) Nr. 1–2, 119–124. Deutsch in: *Ders.: Die Bewegung der menschlichen Existenz* 486–496 (vgl. Anm. 9).

¹⁸ *Ebenda* 494.

irgendwie immer noch an ihm und denke bis heute bei eigenen Formulierungen, ob ihm wohl dieser oder jener Gedanke gefallen hätte, besser gesagt: ob er wohl Gnade in seinen Augen finden würde.

*

Es ist nicht meine Aufgabe, und ich wäre auch überfordert, Patočkas eigentliches philosophisches Werk zu würdigen: seine Habilschrift „Die natürliche Welt als philosophisches Problem“ von 1936,¹⁹ sein Aristoteles-Buch von 1964,²⁰ seine Hegel-Übersetzungen und -Interpretationen,²¹ und auch nicht seine komeniologischen und phänomenologischen Studien.²²

Das hängt auch damit zusammen, dass ich mich seit Mitte der 1950er Jahre, nicht ganz freiwillig, stärker dem Studium der Realgeschichte zugewandt und mit Adorno und Lukács gegen ontologisches Theoretisieren als quasi „Seinsgeraune“ und „Irrationalismus“ abgeschirmt hatte; Philosophie, wenn ich vom offiziellen Sowjetmarxismus absehe, war entweder privater Luxus oder vorsichtig eingeschmuggeltes Organon historischer Arbeit. Trotzdem bewegte man sich, ungeachtet des Niveauunterschieds, auf parallelen Pfaden. Patočka hatte als zunächst nur geduldeter, dann zunehmend geachteter Comenius-Forscher einen Platz in der marxistisch dirigierten Gesellschaft gefunden; seit 1958 auch als Herausgeber und Übersetzer im neuen Philosophischen Institut der Akademie. Auch er bezeichnete sich damals bescheiden als bloßer Philosophie-Historiker, und zweifellos war er, jenseits von Selbstverharmlosung, vor allem ein außerordentlicher Interpret.

Patočka war kein Marxist geworden, wie Jean-Paul Sartre von sich zumindest behauptete, und auch kein bloß angepasster Fachmann, sondern war er selbst geblieben und beeinflusste schon mit seiner enormen europäischen Bildung und dem Niveau seiner Diskurse eine Reihe jüngerer marxistischer Philosophen,²³ die ihn respektierten und vor ideologischen Eiferern schützten, aber auch seine Kontakte zu westdeutschen und französischen Denkern bzw. Universitäten nutzen konnten: So kam es, dass sich der tschechoslowakische Marxismus verwestlichte, ja gewissermaßen „heideggerisierte“. Umgekehrt identifizierte sich Patočka zunehmend mit den oft riskanten Bestrebungen um ein freieres geistiges Klima und schließlich das historische Projekt eines „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“ als authentischem Sinn des Marxismus und möglichem Horizont der Gegenwart.

¹⁹ Ders.: *Přirozený svět jako filosofický problém* [Die natürliche Welt als philosophisches Problem]. Praha 1936. – Neue Ausgabe mit umfangreichem Nachtrag: Praha 1970 (nur zum Teil ausgeliefert). – Deutsche Ausgabe siehe oben Anm. 3.

²⁰ Ders.: *Aristoteles, jeho předchůdci a dědicové* [Aristoteles, seine Vorgänger und seine Erben]. Praha 1964.

²¹ Ders.: *Hegelův filosofický a estetický vývoj* [Hegels philosophische und ästhetische Entwicklung]. In: *Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: Estetika* [Ästhetik]. Bd. 1. Praha 1966, 9-56.

²² *Patočka, Jan: Komeniologické studie. Soubor textů o J. A. Komenském* [Komenský-Studien. Sammlung von Texten über J. A. Komenský]. Bd. 1-3. Praha 1997-2003. – Ders.: *Die Bewegung der menschlichen Existenz* (vgl. Anm. 9).

²³ „Durch das erneuerte Sensorium für Hegel trug Patočka in außerordentlichem Maß dazu bei, dass unsere Marxisten den eigentlichen Marx entdeckten.“ *Hejdněk, Ladislav: Dopisy příteli* [Briefe an den Freund]. Praha 1993, 46.

Wortführer im Kleinkrieg gegen den Apparat waren naturgemäß die aus ihrem dogmatischen Schlaf erwachten marxistischen Intellektuellen: Als Nicht-Parteimitglied und Nicht-Marxist wurde man von den bisher Privilegierten in den liberaleren späten 1960er Jahren erstmals gehört und (beinahe) gleichberechtigt behandelt. Aus der Zeit stammen Patočkas ausdrückliche Solidarisierungen mit der Sache des Reformmarxismus. Im Hinblick auf den egalitären, elementar-demokratischen Charakter des tschechischen Volkes, heißt es sogar, sei die Einbeziehung ins sozialistische Lager „verständlich und konsequent“,²⁴ oder: Der Weg zurück zum ursprünglichen Sinn des Sozialismus erweise sich auch als „Weg zurück zum eigentlichen Ausgangspunkt des [tschechischen] nationalen Programms“: Es sei kein Identitätsverzicht, sondern geradezu Selbsterfüllung, Selbstüberschreitung.²⁵ Die nationale Wiedergeburt des 19. Jahrhunderts und Masaryks Staatsgründung von 1918 gehen auf in einem humanen Sozialismus – eine um 1968 verbreitete Illusion.

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre bin ich übrigens Patočka nicht nur, wie bisher üblich, im Professoren-Lesesaal der Universitätsbibliothek, sondern auch bei Auslandsreisen begegnet. Patočka hielt Vorträge in Löwen, Mainz, Köln, Bochum, keineswegs nur über sein engeres Interessengebiet, sondern z.B. auch über die „Bedeutung Prags in der europäischen Geistesgeschichte“. Der Westen hatte begonnen sich wieder für die Tschechoslowakei zu interessieren, lud zu Vorträgen ein, die – akademisch Etablierten – als „Werbung für den Sozialismus“ zeitweilig erlaubt waren; die Westkontakte stärkten umgekehrt Position und Prestige der sich emanzipierenden Intellektuellen (und setzten diese nach 1969 der Revanche der weniger erfolgreichen, aber linientreuen Kollegen bzw. Apparatschiks aus).

Am weitesten wagte sich Patočka aus seiner Zurückhaltung mit einem hochaktuellen Essay von 1968 über „Intelligenz und Opposition“ hervor.²⁶ Es handelte sich nicht etwa um eine kultursoziologische, akademische Erörterung der Rolle der

²⁴ Patočka, Jan: *Filosofie českých dějin* [Die Philosophie der tschechischen Geschichte]. Vortrag von 1969, zit. nach Havelka, Miloš: *Spor o smysl českých dějin* [Streit über den Sinn der tschechischen Geschichte]. Bd. 2. Praha 2006, 181-191, hier 190.

²⁵ Patočka, Jan: *Náš národní program a dnešek* [Unser Nationalprogramm und die Gegenwart] (1969). In: *Ders.: O smysl dneška* 143-150, hier 149 (vgl. Anm. 11). Die Sammlung wurde bis auf wenige Exemplare eingestampft. An den Verleger František Laichter schrieb Patočka 1972: „[...] ich habe mich im Verlauf der Jahre sehr radikalisiert im Sinne einer Abwendung von allen ‚fortschrittlichen Idealen‘. Ich glaube nicht, dass ich dabei wohlverstandene Freiheit aufgegeben hätte. Aber ich sehe diese jetzt eher bei den alten Griechen als in Amerika und in der Aufklärung, diesen beiden Urvätern nicht allein unserer Normen, sondern auch Illusionen und Selbsttäuschungen.“ Zit. nach Hermann, Tomáš: *Projekt asubjektivní fenomenologie Jana Patočky – příspěvek k evropské filosofii z doby normalizace* [Das Projekt der asubjektiven Phänomenologie Jan Patočkas – ein Beitrag zur europäischen Philosophie aus der Zeit der Normalisierung]. In: *Věda v Československu v období normalizace 1970-1975* [Wissenschaft in der Tschechoslowakei in der Zeit der Normalisierung 1970-1975]. Praha 2002, 457-497, hier 481 (*Práce z dějin vědy* 4). – „Kosíks Philosophie ist die tschechische Philosophie der Gegenwart.“ Patočka, Jan: *Česká filosofie a její soudobá fáze* [Die tschechische Philosophie und ihre gegenwärtige Phase]. In: *Ders.: O smysl dneška* 105-133, hier 133 (vgl. Anm. 11).

²⁶ Patočka, Jan: *Intelligence a opozice* [Intelligenz und Opposition]. In: *Ders.: O smysl dneška* 5-24 (vgl. Anm. 11).

Intellektuellen in der modernen Gesellschaft, eher um ein Manifest à la Julien Benda, mehr noch: um den Versuch einer programmatischen Überhöhung sowohl der studentischen Revolte im Westen als auch der Auflehnung der kommunistischen Parteiintelligenz gegen ihre Instrumentalisierung zum „obrigkeitsgebundenen Schreiber“.²⁷

Die protestierende Intelligenz, so Patočka, habe aufgrund ihrer Erkenntnis grundlegender Mängel hüben wie drüben eine gemeinsame Aufgabe: nichts Geringeres, als die „Herrschaft des Geistes“ anzustreben.²⁸ Patočka ist sich natürlich bewusst, dass die entscheidende Form des Intellekts heute vom Techniker, dem „Techno-Wissenschaftler“, verkörpert wird – einer allgemeinen Klasse, die die moderne Gesellschaft durchdringt. Sie wird, in gewisser Parallele zu Marx' Formulierungen über die befreiende Rolle des Proletariats, als demokratische, internationale „linke“ Kraft apostrophiert, die Chancen produziert, die Himmel und Erde berühren, vielleicht sogar zwischen beiden vermitteln. „Die Besitzer der Vernunft“, heißt es geradezu hymnisch, „bewerben sich um die Herrschaft der Welt“.²⁹

Das klingt problematischer als es gemeint war: Patočka strebte keinen Szientismus, keine elitäre „Expertokratie“ an. Heideggers „Gestell“ hat der Kritiker der Industriegesellschaft wohl kaum vergessen, aber in der emotional aufgeladenen Atmosphäre von 1968 scheint ihm eine Ablösung der bevormundenden Bürokratie (im Osten) bzw. privater Eigentümerinteressen (im Westen) durch Fachleute sowie eine kontrollierende Öffentlichkeit möglich oder zumindest erstrebenswert. Voraussetzung für den welthistorischen Erfolg wäre allerdings die Wiedergewinnung dessen gewesen, was Patočka als „vertikale Transzendenz“ bezeichnet, bei der Wissenschaft und Moral eins sind.³⁰ Das war eine zugegeben utopische Vision, aber sie gab die Richtung für eine sinnvolle Reform vor; nachträgliche Besserwisseri wäre billig.

Patočkas Manifest wird ergänzt durch einen zweiten Aufsatz über „Allgemeine und Wissenschaftsmoral“ aus demselben, leider bald eingestampften Essayband.³¹ Ich will nicht allen Gedankengängen dieses gewiss zeitgebundenen Versuchs nachgehen, an dem besonders die Zusammenschau, ja Äquidistanz zur Lage nicht allein der Wissenschaftler in Ost und West überrascht. Den Kern der Überlegungen bildet

²⁷ *Ebenda* 15.

²⁸ In einem Manuskript aus derselben Zeit heißt es, man habe gegenwärtig die Chance, die Menschheit nicht nur zu technischem Verstand, sondern zu einer „sich selbst verstehenden Vernunft“ zu bringen, die nicht allein Mittel bereitstellt, sondern auch Ziele bestimmt. Patočka, Jan: *Doba poevropská a její duchovní problémy* [Die nacheuropäische Epoche und ihre geistigen Probleme]. In: *Ders.: Péče o duši. Stati z let 1970-1977, nevydané texty a přednášky ze sedmdesátých let* [Sorge um die Seele. Aufsätze aus den Jahren 1970-1977, unveröffentlichte Texte und Vorlesungen aus den Siebziger Jahren]. Bd. 2. Praha 1999, 29-44, hier 35 f. (Sebrané spisy Jana Patočky 2).

²⁹ Patočka, Jan: *Intelligence a opozice* 21 (vgl. Anm. 26).

³⁰ *Ebenda* 23.

³¹ Patočka, Jan: *Morálka obecná a morálka vědce* [Die allgemeine Moral und die Moral des Wissenschaftlers]. In: *Ders.: O smysl dneška* 31-50 (vgl. Anm. 11). – Patočka kritisiert natürlich den „titanischen Voluntarismus“ und die Allmachtsphantasien der „nur formal europäisierten Kolosse“ (der UdSSR und der USA), aber auch den westlichen „Widerspruch zwischen *Freiheit* und *Freiheiten*“. In der posteuropäischen Welt wäre es jedenfalls absurd, im Stil des alten Europa fortzufahren. *Ders.: Doba poevropská* 36 f. (vgl. Anm. 28).

Patočkas Appell an die Solidarität und der Hinweis auf die gegenseitige Angewiesenheit der Wissenschaftler untereinander, ebenso wie der Wissenschaften und einer offenen Philosophie, nicht zuletzt von Wissenschaft und Kunst bzw. Literatur, die sich freimachen sollten vom Dienst an der Macht und an Partikularinteressen.³² Ziel ist nicht nur das konkrete strategische Bündnis der tschechoslowakischen Intellektuellen gegen den Machtapparat, sondern darüber hinaus die weltweite Aufgabe einer Rückbesinnung auf das eigentliche europäische Erbe, die Sorge um die „Seele der Polis“, wie es dann in den „Ketzerischen Essays“ heißen wird.

„Wissenschaft und Technik können nicht bestehen ohne Wissenschaftsmoral“, die in seiner Sicht zusammenfällt mit dem Interesse der Gesamtgesellschaft, aber auch der – nicht relativierbaren – „moralischen Dimension des Seins“ entspricht.³³ Ich verstehe diese Formel als Hinweis auf das Übergreifende, statt des Dienstes am Partikularen. Die allgemeine Klasse der Wissenschaftler in ihrem Interesse nicht bevormundet zu werden, agiert nicht als elitärer Comtescher Wissenschaftsklerus, sondern sucht das Bündnis mit dem vernünftigen Allgemeininteresse; es geht unmittelbar um die Aufhebung exklusiver wirtschaftlicher und politischer Macht,³⁴ weitergehend wohl auch der zerstörerischen Selbstvergessenheit der Zeit (im Heideggerschen Sinn).

Dieser Versuch einer klärenden Programmatik und philosophischen Überhöhung der Achtundsechziger-Bewegung, bei der die Anknüpfung an die Thematik von Marx und Rousseau ins Auge sticht, scheiterte im August an eben jenem exklusiven arroganten Machtinteresse, das der Tschechoslowakei noch einmal sein sklerotisiertes Gesellschaftsmodell aufzwang, aber damit auch die Reste von Glaubwürdigkeit des gesamten sozialistischen Experiments zu Grabe trug. Patočka selbst war durch den folgenden Kahlschlag nicht allein in den Wissenschaften, der alle seine Entwürfe und Pläne zunichte machte, zum dritten Mal auf sich zurückgeworfen. Seine druckfertigen Publikationen wurden von der wiedereingesetzten Zensur unterdrückt, seine Lehrtätigkeit erneut unterbunden; in der stickigen Atmosphäre der 1970er Jahre waren nicht nur die „Achtundsechziger“ zu Orwellschen Unpersonen geworden, sondern war auch der gesamte zeitweilige Freiraum für öffentliche Besinnung und Diskussionen zerstört.³⁵ Die fertige internationale Festschrift zu Patočkas sechzigstem Geburtstag, „Die Welt des Menschen – die Welt der Philosophie“, war bezeichnenderweise verdächtig und konnte erst neun Jahre später, 1976 – in Holland – erscheinen.³⁶

³² Patočkas Tochter Jana, eine Theaterwissenschaftlerin, vermittelte seine Kontakte zur Kunst- und Theaterszene, etwa zu Otomar Krejča, Josef Topol, Ivan Vyskočil und Václav Havel. Vgl. dazu *Dousová: Zpověď (pravého) sociálního demokrata 172* (vgl. Anm. 4). – Mütterlicherseits war Patočka selbst künstlerisch geprägt.

³³ *Patočka, Jan: Morálka obecná a morálka vědce* 43 (vgl. Anm. 31).

³⁴ *Ebenda* 47.

³⁵ Dazu z.B. *Mišková, Alena/Barvíková, Hana/Šmidák, Miroslav: Československá Akademie věd 1969-1972. Restaurace komunistické moci ve vědě* [Die Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften 1969-1972. Die Restauration der kommunistischen Macht in der Wissenschaft]. Praha 1998.

³⁶ *Biemel, Walter* (Hg.): *Die Welt des Menschen – die Welt der Philosophie. Festschrift für Jan Patočka*. Haag 1976.

Tieftraurig, aber nicht gebrochen, machte sich der isolierte Philosoph daran, seine vielen unfertigen Manuskripte zu vollenden, z.B. aus seinen Vorlesungen an der Philosophischen Fakultät 1968/1969 sowie anderen Bruchstücken das Projekt einer „asubjektiven Phänomenologie“ zu formulieren.³⁷ Ob er sich seiner Worte aus dem Jaspers-Essay von 1937 erinnerte, im Scheitern erlebe die wahre Existenz den eigenen Sinn am intensivsten? Jedenfalls kann ich bezeugen, dass er mir gegenüber bei einem Besuch in seiner Wohnung auf dem Weißen Berg dieses Gefühl seines persönlichen Scheiterns ausgesprochen hat.

Die Tätigkeit seiner letzten „dunklen“ Jahre trägt bei aller Kontinuität der Thematik und Denkweise den Stempel des Finales, um nicht zu sagen, der platonischen *melete thanatou*, wie er selbst die „Sorge um den Tod“ zu bezeichnen liebte. Jacques Derrida hat in seiner Wiener Patočka-Vorlesung von 1992 hervorgehoben, dass „dieses Bewusstsein, das dem Tod ins Angesicht sieht, ein anderer Name für die Freiheit ist“.³⁸

Patočkas spektakulärer sokratischer Abgang hat natürlich viel Licht auf sein bis dahin eher wenig beachtetes philosophisches Werk geworfen. Ich bin mir nicht sicher, ob Ludger Hagedorn in seinem Wiener Essay über Patočka Recht hat mit der These der Einheit von Theorie und politischem Engagement,³⁹ es sei denn als Bestehen auf Authentizität und persönlicher Haftung für die eigenen Überzeugungen. Die Philosophen sollten jedenfalls im Sinne seiner Deutung der europäischen Tradition als Streben nach Wahrheit auch für einen Staat Sorge tragen, mit dem sie nicht in tödliche Konflikte geraten, tödlich für sie wie für ihn, oder, wie es in einem seiner letzten Texte heißt: „[...] dass es im Leben noch anderes gibt als Angst und Vorteile“.⁴⁰

*

Der theoretisch nicht unversierte Brünner Historiker Jaroslav Marek bekannte einmal, dass er ganzen Seiten von Patočkas Werk „in niedergeschlagenem Unverständnis“ begegne: Dessen dunkle, künstliche Sprache entziehe sich der tschechischen philosophischen Diktion und der herkömmlichen Thematik.⁴¹ Ich kann nicht bestreiten, dass mich angesichts mancher Texte von Patočka durchaus analoge Gefühle befallen. Und doch gab es eine Reihe thematischer Schwerpunkte, Wertsetzungen und Fragestellungen, die mich ansprachen, mir nahe standen; noch nachträglich wächst vielerorts ein Gefühl von *mea res agitur*. Der mir dunkel bleibende Teil seines Werks sagt natürlich nichts über Qualität bzw. Aktualität seiner Texte aus,

³⁷ Hermann, Tomáš: Projekt asubjektivní fenomenologie (vgl. Anm. 25).

³⁸ Derrida, Jacques: Ketzertum, Geheimnis und Verantwortung. Jan Patočkas Europa. In: *Transit* 4 (1992) 141-166, hier 152 f.

³⁹ Hagedorn, Ludger: Robinson im Herzen Europas. Zum 20. Todestag des tschechischen Philosophen. In: Newsletter des Instituts für die Wissenschaften vom Menschen (IWM), Wien 1997, 38-40.

⁴⁰ Patočka: Mají dějiny smysl? 278 f. (vgl. Anm. 9). – *Ders.*: Co můžeme očekávat od Charty 77 [Was wir von der Charta 77 erwarten können]. In: Müller, Adolf (Hg.): Jan Patočka – osobnost a dílo [Jan Patočka – Persönlichkeit und Werk]. Köln 1980, 93-98, hier 97.

⁴¹ Marek, Jaroslav: Hledání smyslu [Die Suche nach dem Sinn] (1989). In: *Havelka*: Spor o smysl českých dějin 629-645, hier 634 f. (vgl. Anm. 24).

sondern nur über mein Wahrnehmungsvermögen; es würde obendrein einen längeren kritischen Diskurs erfordern, der zeitlebens wegen meines zu großen Respekts leider unterblieb und hier nicht möglich ist. Somit werde ich mich zum Abschluss mit einem „Katalog gemeinsamer Erkenntnisinteressen“ und einigen angedeuteten Divergenzen begnügen.

Da war, erstens, Patočkas primär nicht-ethnisches, im Grunde Rádlsches, Nationsverständnis. In einer immer noch intakten Atmosphäre nationaler Selbstverständlichkeit und Selbstzufriedenheit wirft der in ein tschechisches bildungsbürgerliches Milieu eingebettete Philosoph die These auf von der Nation, die sich nicht einfach auf unhinterfragbare „objektive“ Gegebenheiten stützt bzw. in diesen die Hauptsache sieht, sondern den Nachdruck aufs politische Handeln, auf Gerechtigkeit und moralische Leistungen legt; der die „tschechische Frage“ als eine von Anfang nicht bloß-tschechische auffasst.

Obwohl Patočka in ungewöhnlich verständlicher Sprache und mit einem hohen Maß an historischer Einfühlung auch der Jungmannschen Sprachnation Gerechtigkeit widerfahren lässt, hält er diese letztlich für wenig tragfähig, ja für unfruchtbare Selbstbezogenheit. Seine Sympathien liegen eher bei Bolzanos verdrängten Auffassungen, für die die Sprachgemeinschaft nicht das Höchste und Nation ein Zukunftsprojekt ist, letztlich eine säkularisierte Version des Gottesreichs auf Erden; aber es erscheint zugleich als ein der nüchtern-josephinischen, realgeschichtlichen sozialen und kulturellen Aufstiegsperspektive entsprechendes Bewusstsein.⁴² Patočka war gewiss kein Nationstheoretiker, sondern Moralist, aber spätere postmoderne Auffassungen von der Nation als Konstrukt und „erfundener Gemeinschaft“ wären ihm nicht ganz fremd gewesen. Die unmittelbare, politische Bedeutung seiner Überlegungen bestand vor allem in der Absicht, die Selbstzufriedenheit und Provinzialität des tschechischen Selbstverständnisses aufzubrechen und es vielleicht auch fit zu machen für Europa.

Damit hängt, zweitens, Patočkas Europaverständnis zusammen. Aus seiner Sicht war es konsequent, die „Sorge um die Seele“ (*epimeleia tés psychés*, Ciceros *cura animae*), das philosophische Ideal des „Lebens in Wahrheit“ und das Bestreben um ein entsprechendes Gemeinwesen zum eigentlichen Kern des europäischen Ethos zu machen. Wichtig sind Patočkas zwei Zusätze, wonach erst die Katastrophe der griechischen Polis und des Römischen Reichs dieser einzigartigen kulturellen Kristallisation zum Durchbruch verholfen habe und dass „die Wahrheit“ im europäischen Verständnis nie ein für allemal gegeben sei. Europa ist demnach kein vorgegebener Telos, kein Besitz, sondern eher ein Fragen und Öffnen des Horizonts; deshalb ist auch die einfache Rückkehr zur Metaphysik bzw. zum Christentum aus moderner Sinnleere kein für Patočka gangbarer Weg.⁴³

⁴² Patočka, Jan: Dilema v našem národním programu: Bolzano a Jungmann [Das Dilemma in unserem Nationalprogramm: Bolzano und Jungmann]. In: *Ders.: O smysl dneška* 87-104, hier 96, 99, 107 f. (vgl. Anm. 11). – Vgl. *ders.: Filosofie českých dějin* [Die Philosophie der tschechischen Geschichte]. In: *Havelka: Spor o smysl českých dějin*, Bd. 2, 181-204, hier 184 (vgl. Anm. 24).

⁴³ Patočka, Jan: Kacířské eseje 89, 92 (vgl. Anm. 9). – Der Europa-Essay war ursprünglich als Beitrag zur (ungedruckten) Festschrift zum 70. Geburtstag der evangelischen Brüner Phi-

Nun besteht das tatsächliche europäische Erbe der einander überlagernden und gegenseitig durchdringenden Werte aus verschiedenen geistigen und historischen Schichten, die sich gegenseitig die Waage halten: Das Wahre ist das Ganze, könnte man mit Hegel sagen. Aber es war legitim und 1973 wichtig, bestimmte (konkret: die griechisch-platonische, die römisch-rechtliche und die jüdisch-christliche) Inspirationsquellen als unabdingbar für Europa hervorzuheben. Man sieht das nach mehr als drei Jahrzehnten auch nicht anders, obwohl ich selbst größeren Nachdruck auf realgeschichtliche Strukturen, etwa auf das Wie der staatlichen „Sorge um die Seele“ legen würde (gerade bei Platons Staatsideal gibt es z. B. fragwürdige Elemente eugenischer Emporzüchtung des Menschen). Ich habe das auch schon damals Patočka gegenüber anzudeuten gewagt und vor allem das neuzeitliche pluralistische und liberale Europa betont. Ihm war der Zugang zu diesem etwas schwierig; Karl Popper war für ihn ein Ärgernis – schon wegen dessen Denunzierung Platons und Hegels als Schrittmacher des Totalitarismus. Als ich ihm einmal eine frühe Version meines Versuchs über die bürgerliche Gesellschaft und das gerade erschienene „Plädoyer für die Zivilisation“ mitbrachte,⁴⁴ bemerkte er freundlich, aber etwas distanziert, ich scheine ihm zu sehr „englisch“ orientiert. Umgekehrt schwieg er vielsagend, als ich taktlos bemerkte, das Unerträgliche an unserem Regime sei sein politischer Platonismus.

Die Neuzeit beschreibt Patočka mit Recht als Abweichung von der Tradition der *cura animae* und des „Seins“ hin zu einer Kultur des „Habens“, der bloßen Kraft und Naturbeherrschung, einer Universalität ganz anderer Art, nämlich eines antimetaphysischen, primär technologischen Wissens. Das angelsächsische relativierende und auf Nützlichkeit gerichtete Denken war Patočka fremd, das „byzantinische“ imperiale Russland von Anbeginn eine „nicht-europäische“, bedrohliche Macht; aber auch verabsolutierte Aufklärung, Wissenschaft und Technik, nota bene im engen Rahmen kapitalistischer Nationalstaaten, waren ihm fragwürdig, wenn nicht ein einziger Irrweg des Seinsverlusts durch Bindung an Sachzwänge und partikuläre Macht. Den alten Universalismus sah Patočka übrigens noch 1973 besser aufgehoben beim sozialistischen Radikalismus des 19. Jahrhunderts, der sich an „gedanklichen Derivaten des europäischen Erbes“ ausrichtet.⁴⁵

Dass auch weitere Kräfte der Moderne auf ehrwürdige Wurzeln in alt-europäischen Wertvorstellungen verweisen können, bleibt zumindest hier unerwähnt: etwa das aufklärerische Naturrecht, speziell die unverbrüchlichen Menschenrechte, die Trennung von Staat und Privatsphäre, Macht und Recht, Macht und wissenschaftlicher Wahrheit, auch das ständige Sich-selbst-Überschreiten der westlichen Fortschrittsidee. Wenn es stimmt, dass Patočka die geschichtlichen Themen des Christentums „re-ontologisiert“ (Derrida), hätte er eigentlich für die „innerweltliche Transzendenz“ säkularisierter Eschatologie Verständnis aufbringen müssen, aber es

losophin Božena Komárková (1973) verfasst. Es gibt einen weiteren – ursprünglich deutsch geschriebenen – Europa-Essay Patočkas, der jedoch sowohl in meinem Typoskript als auch in der Ausgabe der Ketzerischen Essays von 1990 fehlt. Er ist jetzt nachzulesen in *Patočka: Péče o duši* 80-148 (vgl. Anm. 28).

⁴⁴ Loewenstein, Bedřich: *Plädoyer für die Zivilisation*. Hamburg 1973.

⁴⁵ *Patočka: Kacířské eseje* 100 (vgl. Anm. 9).

überwiegt bei ihm die pessimistische, konservative Bilanz der Moderne. Patočka teilt im Grunde Nietzsches Diagnose des europäischen Nihilismus,⁴⁶ wiewohl er dessen Position natürlich als selbst nihilistisch durchschaut. Seine eigene, auf den ersten Blick resignative Lösung, die „Wiederentdeckung der Seele“ als Medium, das allein ein Leben in Wahrheit ermöglicht, kann trotzdem, nicht nur im Kontext von 1973, sehr wohl als Chiffre mit realpolitischen Implikationen interpretiert werden. Sowohl Demokratie als auch der europäische Zusammenschluss funktionieren nur unter der Voraussetzung eines „stillschweigenden Konsenses“, also des Rückgriffs auf verinnerlichte gemeinsame Normen und moralische Korrektive. Die Zukunftsfähigkeit unserer Zivilisation beruht andererseits immer auf der Bereitschaft zur Öffnung und Einsicht.

Patočkas Unverhältnis zur Moderne beruht, drittens, vor allem auf seiner Kritik der technischen Industriegesellschaft. Patočka kannte schon den Bericht des Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“, aber es ging ihm nicht einfach um vernünftige Selbstbeschränkung im Interesse des zivilisatorischen Gleichgewichts oder um wissenschaftlich-technische Lösungen der entstandenen Probleme, sondern um die grundsätzliche Infragestellung der „seinsvergessenen“ Neuzeit.⁴⁷ Wenn „historische“ Existenz – im Unterschied zu Selbstverlust im Dunkel, Orgasmus oder Alltäglichkeit – immer durch Erschütterung eines vorgegebenen, zur Routine gewordenen Sinns entsteht,⁴⁸ dann läge es allerdings nahe, auch die Entstehung der Moderne als eine solche produktive Erschütterung zu interpretieren: nämlich der petrifizierten alt-europäischen Ordnungsvorstellungen durch den konfessionellen Bürgerkrieg. Statt derart die „Legitimität der Neuzeit“ (Hans Blumenberg) zu begreifen bzw. deren antike und christlich-jüdische „Derivate“ als mögliche Kraftquelle hervorzuheben, wendet Patočka sein gesamtes interpretatorisches Geschick darauf, die „Besinnungslosigkeit“ der Moderne nachzuweisen.

Dies ist von der Höhe einer idealisierten Polis als Ort der „Sorge um die Seele“, ergänzt um die christliche Erfindung der Unsterblichkeit als Garantie der individuellen Persönlichkeit, durchaus möglich, so dass die Neuzeit als Verflachung, Verfallenheit an die Dinge und idolatrische „Anbetung der Kraft“ erscheint: Das Ergebnis einer analogen Prüfung der realen Antike und des realen Mittelalters wäre aber vermutlich kein positiveres. Es ist immer problematisch, einzelne Epochen als „dekadent“ zu bezeichnen, sagt Ortega y Gasset; wir projizieren dabei in der Regel nur unsere eigenen Werturteile.⁴⁹

⁴⁶ Zur Niedergangsthematik etwa *Herman*, Arthur: Propheten des Niedergangs. Der Endzeitmythos im westlichen Denken. Berlin 1998.

⁴⁷ *Patočka*, Jan: Je technická civilizace úpadková, a proč? [Ist die technische Zivilisation dekadent, und warum?]. In: *Ders.*: Kacířské eseje 105-126 (vgl. Anm. 9). – Die theoretische Wurzel von Patočkas Technikkritik dürfte bei Heidegger zu suchen sein. Vgl. *Patočka*, Jan: Die Gefahren der Technisierung in der Wissenschaft bei Husserl und das Wesen der Technik als Gefahr bei Martin Heidegger. In: *Ders.*: Die Bewegung der menschlichen Existenz 330-353 (vgl. Anm. 9).

⁴⁸ *Patočka*: Je technická civilizace úpadková, a proč? 125 (vgl. Anm. 47).

⁴⁹ *Ortega y Gasset*, José: Ideen für eine Geschichte der Philosophie (1944). In: *Ders.*: Vom Menschen als utopischem Wesen. Zürich 2005, 133 f.

Wenn ich richtig sehe, so besteht Patočkas Hauptargument in der unterschiedlichen Funktion der antiken und der modernen Vernunft. Während Platons Rationalismus sich auf das transzendente Sein bezog und damit einen Damm baute sowohl gegen die Alltäglichkeit wie auch gegen „orgiastische“ Unverantwortlichkeit, steht der moderne Rationalismus im Dienst bloßer Naturbeherrschung, somit der Alltäglichkeit und Besorgung.⁵⁰ Aus dieser Logik heraus erklärt Patočka die Wiederkehr des (in Platonismus und Christentum gezähmten) Orgiastischen, vor allem in Form von Revolution und Krieg. „Die Alltäglichkeit und der Enthusiasmus des extremen, mitleidslosen Kampfes gehören zusammen.“⁵¹

Das scheint nur auf den ersten Blick plausibel, dämonisiert aber, wie mir scheint, unzulässig den bürgerlichen Alltag und überschätzt auch die Relevanz der Elitendiskurse für die Gesamtgesellschaft und das menschliche Handeln: Die Mitleidslosigkeit der antiken und mittelalterlichen Kriege steht im Übrigen der der modernen in nichts nach. Patočkas eigener Ansatz, ausgehend von der weiteren großen Erschütterung der europäischen Zivilisation, nämlich der totalitären Katastrophe des 20. Jahrhunderts, die aus einer „konfusen Alltäglichkeit“ ins vor-geschichtliche, orgiastische Dunkel zurückfiel, hat einen Vorlauf im früher einsetzenden vermeintlichen Verfall – eben jenem antimetaphysischen entfremdeten Menschsein.

Es ist kein bloßer modischer Kulturpessimismus festzustellen, dass „die Technik das Gegenteil dessen bewirkt, was der Mensch sich erhoffte, nämlich *maître et possesseur de la nature* zu sein“⁵²: Statt des versprochenen „*regnum hominis*“ (Bacon) entstand ein Regime der Herrschaft über den Menschen. Das unvorhergesehene Resultat ist jedoch das Signum allen historischen Handelns. Patočkas Kritik trifft eine Reihe zweifellos grundlegender Probleme unserer Zivilisation, doch hängt sein Versuch, „Verfall“ bzw. Dekadenz an objektiven Kriterien zu messen, letztlich an der Nachvollziehbarkeit von Referenzsystemen, wie dem Bezug zum transzendenten „Sein“ als Schlüssel zum Eigentlich-Menschlichen.⁵³

Bei einem vierten Themenkomplex, dem Paradigma des Krieges, ist mein Erkenntnisinteresse noch stärker und sogar älter als das Patočkas; ich hatte das Thema seit 1966 mehrfach abgehandelt und auch ihm gegenüber gesprächsweise erwähnt, obwohl ich kaum glaube, dass er meine in seinen Augen wohl zu oberflächlichen, an einem westlich-liberalen Zivilisationsverständnis orientierten ersten Versuche über den Weltkrieg und seine Folgen gelesen hat.⁵⁴ Patočkas Ausführungen über die

⁵⁰ Patočka: Kacířské eseje 120 (vgl. Anm. 9).

⁵¹ Ebenda 121.

⁵² Descartes: Discours de la méthode 69 (vgl. Anm. 15).

⁵³ „Die Wahrheitsproblematik hat sich ursprünglich praktisch um den ethisch-existentiellen Gegensatz von Eigentlichkeit-Uneigentlichkeit [...] des Daseins gedreht [...]. Der geschichtliche Mensch [...] vermag Sein nur als Sein des Seienden zu erblicken; das Sein als solches, als Ursprung des Lichts [...] verbirgt sich ihm.“ Patočka: Je technická civilizace úpadková, a proč? 350 (vgl. Anm. 47). – „Die Technik ist gleichsam ein Bagger, in dessen Schaufel alles, was ist, Platz findet, um wegtransportiert zu werden.“ „Der Mensch hört auf zu verstehen, was er tut.“ Kommentar zum Spiegel-Interview mit Heidegger. In: Patočka: Die Bewegung der menschlichen Existenz 593 f. (vgl. Anm. 9).

⁵⁴ Loewenstein, Bedřich: Německý válečný zážitek a iracionální kritika civilizace. Trend od

Zivilisationskrise des ersten Weltkriegs und die Rolle Deutschlands als einer janushaften, konservativen wie modernen, ja revolutionierenden Macht, treffen Einsichten, die sich der damalige Geschichtsdiskurs im Zuge der Fritz-Fischer-Debatte gerade angeeignet hatte; er kennt auch die These vom Ersten Weltkrieg als Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts.⁵⁵ Bemerkenswert für seine jetzt eindeutiger Distanzierung vom Kommunismus ist dabei die Beobachtung, dass aus der Absurdität und dem Schrecken des Krieges eine radikale Eschatologie hervorgegangen war, als deren Ratio zwar die künftige Verhinderung derartiger Katastrophen galt, deren tatsächliches Ergebnis jedoch die bloße Transformation und Fortsetzung des Krieges war – mit derselben Rücksichtslosigkeit und demselben Hass, nur ohne die „dämpfenden Elemente“ der Tradition.⁵⁶ In der Tat hat sich der Kommunismus sowjetischer Prägung bis zuletzt nicht vom Paradigma der Gewalt und des Ausnahmezustands zu emanzipieren verstanden.

Probleme habe ich hier nach wie vor mit Patočkas Metaphorik des „Tages“ und der „Nacht“ – des „Tages“ als dem verständig-sachlichen Zweckdenken des bürgerlichen 19. Jahrhunderts und der „Nacht“ als dem irrationalen Todesbereich, vor dessen vermeintlich kosmischer Bedeutung alles Alltägliche und Sachliche verblasst. Von Max Scheler bis zu Ernst Jünger und Oswald Spengler hat es derartige ziemlich suspekten Deutungen des vermeintlich befreienden Kriegserlebnisses gegeben; Patočka dürfte sie nicht allein durch Vermittlung Hermann Lübbes,⁵⁷ sondern schon von seinem Studium in Deutschland her gekannt haben.

Er besaß zweifellos bessere Gründe, den „Tag“ als alltägliche Besorgung und Verdrängung des Eigentlichen abzuqualifizieren, als die deutschen Weltkriegsideologen. Die Mechanismen der spätstalinistischen Staatsmacht, mit denen die Zivilgesellschaft entwürdigt und entmündigt, durch Angst und kleine Köder manipuliert, dabei oft aufs Niveau „einfacher Reproduktion“ herabgedrückt wurden, standen ihm schmerzlich vor Augen. Sie hatten ihre Wirksamkeit nach 1968 noch verschlimmert, weil das Husák-Regime nach dem kurzen Aufleuchten einer anderen Idee des Sozialismus die kleinen privaten Konsumchancen („Bier und Fußball“) erpresserisch dazu benutzte, die Masse der Bevölkerung vom politischen Engagement fernzuhalten und diese sich allmählich daran gewöhnte, sich ausschließlich um ihre bescheidenen privaten Interessen zu kümmern. Bei Patočka kommen darüber hinaus ältere,

světové války k fašismu v ideologické a sociologické perspektivě [Deutsches Kriegserlebnis und irrationale Zivilisationskritik. Der Trend vom Weltkrieg zum Faschismus in ideologischer und soziologischer Perspektive]. In: *Československý časopis historický (ČsČH)* 4 (1966) 521-547. – *Ders.*: *Civilizace a fašismus. Studie z let 1969-1971* [Zivilisation und Faschismus. Eine Studie aus den Jahren 1969-1971]. Praha 2003 (Sešity Ústavu pro Soudobé Dějiny 37).

⁵⁵ Patočka, Jan: *Války 20. století a 20. století jako válka* [Die Kriege des 20. Jahrhunderts und das 20. Jahrhundert als Krieg]. In: *Ders.*: *Kacířské eseje* 127-143, hier 132 (vgl. Anm. 9).

⁵⁶ Patočka: *Je technická civilizace úpadková, a proč?* 134 f. (vgl. Anm. 47).

⁵⁷ Lübbe, Hermann: *Die philosophischen Ideen von 1914*. In: *Ders.*: *Politische Philosophie in Deutschland*. Basel, Stuttgart 1963, 173-238. – Zum Thema jetzt: *Robberäumer*, Thomas: *Eine andere Moderne? Zivilisationskritik, Natur und Technik 1880-1933*. Paderborn u.a. 1999.

Hegelsche Denkmuster hinzu, die die bürgerliche Gesellschaft als Sphäre bloßer Bedürfnisse und partieller Interessen moralisch herabsetzen.⁵⁸

Jenseits solcher Karikierung bietet der unpathetische bürgerliche Alltag aber durchaus Chancen des Wahren und der Bewährung. Es mag sein, dass die Zivilisation den Tod und alles Elementare verdrängt, wie man nicht erst seit Norbert Elias weiß; aber das ganz unromantische Opfer des Lebens in der Nacht des maschinisierten „Menschenschlachthauses“ der Weltkriege eignet sich wenig, um sich aufs Eigentliche, gar Göttliche, zurückzubedenken. Gewiss ist Frieden durch bloßen Nicht-Krieg nicht ausreichend definiert, aber es gibt auch keinen anderen Maßstab zur Beurteilung der Ausnahmesituation des Krieges, als den des banal-utilitären „Tages“. Das Fehlen eines solchen Maßstabes macht, nebenbei, das Erschreckende des heutigen Terrorismus aus.

Patočka hatte natürlich mit dem „befreienden Fronterlebnis“ anderes im Sinn, als die rechtsradikalen Glorifizierer des Heldentodes, die damit die unheroische Republik von Weimar der Lächerlichkeit preisgeben wollten. „Sich aufs Ganze und aufs Ende beziehen“, das „Leben zum Ende“ sollte das Leben wollen um jeden Preis entwerten, das die Untertanen im Despotismus charakterisiert und diesen ungewollt verewigt. Der herakleitische *polemos*, der die Gegner nicht trennt, sondern verbindet, die Erfahrung gemeinsamer Erschütterung blieb dabei, wie Patočka sehr wohl wusste, realgeschichtlich ungenutzt⁵⁹ und führte zu keiner echten historischen Besinnung: nur über Demobilisierung und schließlich eine radikalisierte Reprise des ersten großen Krieges, in den europäischen „Ausstieg aus der Weltgeschichte“. Das ist aber in Patočkas „deutscher“ Sicht, gerade in Form der vermeintlich kurzsichtigen Verlagerung aufs bloße wirtschaftliche Interesse, kein Weg aus geschichtlichem „Verfall“ und auch kein echter Frieden, zumal unter Bedingungen gegenseitiger atomarer Erpressung (wie das schon Karl Jaspers 1958 gesehen hatte). Und wieder ist sein Ausweg aus der „Höhle“, wie 1939 und wie 1948, kein realpolitischer, sondern ein moralischer: Die Absage ans bloße Überleben, an die Maßstäbe des „Tages“, die „Alltäglichkeit der Faktologen und Routiniers“.⁶⁰

Man mag gegen die Rigorosität und den Pessimismus dieser Absage, etwa an die wirtschaftlichen Interessen, einiges einwenden; sie funktionieren manchmal durchaus als Lokomotiven des Vernünftigen. Es bleibt aber Patočkas Mahnung wahr: „das Menschsein ist nichts Fertiges und Festzustellendes, sondern etwas, das zu tragen und einzusetzen ist“.⁶¹ Die stille Front einer „Gemeinschaft der Erschütterten“ er-

⁵⁸ Loewenstein, Bedřich: *Der Entwurf der Moderne. Vom Geist der bürgerlichen Gesellschaft und Zivilisation*. Essen 1987, 1-106. Das Buch ist dem Andenken Patočkas gewidmet.

⁵⁹ Patočka: *Války 20. století a 20. století jako válka* 138 (vgl. Anm. 35).

⁶⁰ *Ebenda* 142. – „Nie im Leben hatte er sich eigentlich direkt politisch oder staatsbürgerlich engagiert, niemals war er in tatsächliche, direkte und scharfe Konfrontation mit der Macht geraten; er war in diesen Dingen zögerlich, irgendwie schüchtern, zurückhaltend; eher schien er der Strategie des Schützengrabens zuzuneigen: wo er war, dort versuchte er zu bleiben solange es ging, ohne sich selbst untreu zu werden [...]. Zugleich fühlte er jedoch, dass er sein Denken eines Tages sozusagen mit der Tat besiegeln [ztvrdit] müsse [...], voll und ohne Hintertür, als Konsequenz seines Philosophierens.“ *Havel, Václav: Jak se rodila Charta 77*. In: *Prečan: Charta 77 17-23*, hier 19 f. (vgl. Anm. 5).

⁶¹ Patočka: *Doba poevropská a její duchovní problémy* 44 (vgl. Anm. 28).

wies sich, zumal in Verhältnissen der tschechoslowakischen „Normalisierung“, des unterdrückten Versuchs, dem sozialistischen Projekt einen humanen Sinn zurückzugeben, einer nihilistischen Situation unglaubwürdiger ideologischer Fassaden und einer tatsächlichen Reduzierung des Lebens auf „alltägliche Besorgung“,⁶² als verständliche, authentische Plattform. Aber auch in unseren Tagen lohnt Patočkas Erinnerung der Fähigkeit „Nein“ zu sagen zu den Routinen des besinnungslosen Selbstlaufs und der vermeintlichen Sachzwänge.

⁶² *Otábal*, Milan: *Opozice, moc, společnost 1969-1989. Příspěvek k dějinám „normalizace“* [Opposition, Macht, Gesellschaft 1969-1989. Ein Beitrag zur Geschichte der „Normalisierung“]. Praha 1994, 31 ff.

Ilija Srubar

PATOČKAS PRAKTISCHE PHILOSOPHIE ALS ANALYSE DER MODERNE

Jan Patočka war nach Comenius und wohl Masaryk der bedeutendste tschechische Philosoph. Wenn ich das sage, so meine ich nicht, dass er einer der führenden Vertreter der von Husserl begründeten Phänomenologie war oder ein Professor der Philosophie, der seinen Schülern beibrachte, was andere dachten. Dies bedeutet nicht, dass er fachphilosophische Auseinandersetzungen gemieden hätte. Aber Philosophie hat er vor allem als eine Art der geistigen und praktischen Lebensführung verstanden. Für Patočka war die Philosophie nicht ein Wissenssystem, das man lernen konnte, sondern eine praktische Tätigkeit, durch die er sich mit den Tatsachen der Kultur, Geschichte, der Kunst und der Politik auseinandersetzte, um sie in ihren Folgen für die Existenz der Menschen zu verstehen. Das Ziel seines Philosophierens war es, zu einer Begründung des Lebens zu gelangen, die ein rechtes, wahres Handeln und Denken ermöglichen würde. Seine Art, Philosophie als eine praktische zu betreiben, geht einerseits auf seine Lehrer – Husserl und Heidegger – zurück, die beide, wenn auch auf recht unterschiedlichen Wegen, das Philosophieren zu den Sachen selbst lenkten: Husserl, indem er die natürliche Lebenswelt des Menschen ins Zentrum des philosophischen Denkens rückte, Heidegger, indem er das in-der-Weltsein des menschlichen Daseins zum Thema machte. Andererseits jedoch ist Patočkas Fragen nach dem begründeten Leben auch in seiner Biografie eines Mitteleuropäers verankert: Geboren in einer Monarchie, aufgewachsen in einer demokratischen Republik, hat er sein reifes Leben unter einem faschistischen und später unter einem kommunistischen Regime verbracht. Der Gang der Geschichte mit seinem mehrfachen Wechsel von politischen Ordnungen führte ihm deutlich vor Augen, wie häufig Menschen vor Entscheidungen stehen, die eine tiefere Begründung erfordern, wenn die Integrität des Individuums gewahrt bleiben soll. Wir können also Patočkas Philosophie als ein Organon betrachten, das ihn selbst durch sein Leben leitete und schließlich in die Reihen der Charta 77 führte, um dort die Verantwortung für die Mitmenschen wahrzunehmen, die ihm sein Denken auferlegte. Wenn man also über die Aktualität des Denkens von Patočka sprechen will, so kann man entweder seine fachphilosophischen Auswirkungen diskutieren oder aber die Bedeutung seines praktischen Philosophierens für Selbstverortung und Orientierung des Menschen in der modernen Welt skizzieren. Das zweite Thema möchte ich nun in gebotener Kürze aufgreifen.

Ich möchte nun die Grundzüge von Patočkas Denken skizzieren, die seine Aktualität ausmachen. Sein Philosophieren war untrennbar mit der „Phänomenologie“ genannten philosophischen Strömung verbunden, die, neben dem Marxismus, in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Europa dominierte. Einen seiner letzten Aufsätze mit dem programmatischen Titel „Was ist Phänomenologie“, in dem er den

Ertrag seines Denkens formuliert, schließt Patočka mit folgendem Satz: „Das Bestreben, dem [...] Grundkonzept der Moderne einen *suchenden Weg* entgegen zu stellen, das ist Phänomenologie.“¹ Diese Aussage ist nicht im Sinne eines konservativen, die Moderne ablehnenden Kulturskeptizismus zu verstehen. Sie bildet vielmehr ein Bekenntnis zu dem kritischen Potential des phänomenologischen Denkens, das sich die Frage danach stellt, wie sich der Mensch zu seiner Welt verhält, noch bevor ihm die Optik der Wissenschaft und der modernen Technik zur Verfügung steht. Gelingt es, diesen ursprünglichen menschlichen Zugang zur Welt zu entdecken, so wird damit auch das Fundament entdeckt, auf dem die Moderne mit ihrer Technowissenschaft aufbaut. Von diesem Fundament aus ließe sich dann die gesuchte „Begründung des Lebens“ entwickeln, die dem Menschen auch als Orientierung in den Wechselfällen und Verführungen des modernen Lebens dienen könnte. Für dieses „Fundament“ hat Husserl in seiner Schrift über die „Krisis europäischer Wissenschaften“ den Begriff der Lebenswelt geprägt. Patočkas Entwurf der Moderne setzt somit – zuerst ganz im Sinne Husserls – einen Rückgriff auf die Struktur dieser Lebenswelt als der natürlichen Welt der Menschen voraus. Von dieser Basis aus will Patočka dann zeigen, durch welche Momente dieser Struktur die europäische Moderne, ihr Aufbau, ihr Erfolg aber auch ihre Schwächen, Verlockungen und Katastrophen möglich wurden.² Damit wird aber zugleich deutlich gemacht, welche Momente der Lebensweltstruktur für eine alternative oder – wie Patočka sagt – zu einem möglichen „Europa nach Europa“ fruchtbar gemacht werden könnten.³

Die Darstellung des Vorhabens, das Patočka in seinen „Ketzerischen Essays zur Philosophie der Geschichte“ entwirft, erfordert drei Schritte: Im ersten Schritt werde ich Patočkas Auffassung des „Fundaments“ der menschlichen Existenz skizzieren, also seine Sicht der Struktur der Lebenswelt, die uns alle bestimmt. Dann lernen wir sein Konzept der Moderne kennen, das er auf dieser Grundlage entwickelt, um schließlich die Alternativen moderner Entwicklung zu betrachten, die sich in seiner Sicht bieten.

Die Lebenswelt

Die Lebenswelt begreift Patočka als die geschichtliche Wirklichkeit, in der der Mensch im Vollzug seiner Möglichkeiten lebt.⁴ Das Sein des Menschen in der Welt steht so im Zentrum seines Denkens, allerdings nicht als Gegenstand allgemeiner Spekulation, sondern in konkreter, historisch bestimmbarer Gestalt menschlicher Praxis.

Die Grundgestalt der menschlichen Existenz formuliert Patočka in seiner Theorie der existenzialen Bewegung. Das Dasein des Menschen wird hier als der Vollzug einer dreifachen Bewegung gedacht, deren Dimensionen mit der Struktur der Lebenswelt korrespondieren. Die Verflechtung von Mensch, Sozialität und Geschichte wird hier in ihrer Existenz prägenden Dynamik sichtbar.

¹ Patočka, Jan: Die Bewegung menschlicher Existenz. Stuttgart 1991, 452.

² Ders.: Ketzerische Essays zur Philosophie der Geschichte. Stuttgart 1988, 228.

³ Ebenda 228.

⁴ Ebenda 178 f.

In der ersten existenzialen Bewegung, die von Patočka als die Bewegung der „Verankerung“ bezeichnet wird, eignen wir uns die Welt in ihrer fraglosen Selbstverständlichkeit an. Diese ursprüngliche Selbstverständlichkeit gewinnt die Welt hier aus der Art sozialer Beziehungen, in welchen sich diese Aneignung vollzieht, nämlich aus dem unmittelbaren Kontakt mit anderen, der auf leiblicher Präsenz und Nähe aufbaut. Die Liebe und die beschützende Akzeptanz durch die anderen ermöglicht die Verwurzelung des Subjekts in einer vertrauten, problemlos sinnhaften Wirklichkeit, in einer heimischen Welt, in die das Individuum durch andere einbezogen und so mit einer kollektiven Vergangenheit und Identität verbunden wird.

Die zweite Bewegung der menschlichen Existenz, die Patočka als Bewegung der Reproduktion oder der Selbstverlängerung bezeichnet, ist bereits in der ersten Bewegung angelegt, und zwar in dem Bedürfnis nach der Aufrechterhaltung der schützenden Gemeinschaft und nach ihrer Absicherung durch Arbeit und Kampf. Diese Absicherung geschieht hier durch die Entwicklung arbeitsteiliger, unpersönlicher Organisation der Lebensreproduktion, in der der Mensch eine „zweite Welt“, seine zweite Natur, hervorbringt. Die Folge ist die Zersplitterung des Lebens in ein Gefüge verdinglichter, anonymer Beziehungen zu anderen und zu den Dingen. Mitmenschen erscheinen nur als instrumentalisierte Mittel, die durch Koordinierung und Subordinierung systematisch organisierbar sind. Auch diese Bewegung vollzieht sich in einer besonderen, versachlichten Art sozialer Beziehungen – denjenigen der Konkurrenz, der Unterordnung und der Arbeitsteilung, in welchen der andere als Mensch unter der objektivierenden Schicht seiner Funktionen und Rollen verborgen bleibt. Wohl eröffnet diese zweite Bewegung ungeahnte Möglichkeiten der Selbstverlängerung der Existenz im doppelten Sinne: einmal als Verlängerung der Lebensdauer, zum anderen Mal als Verlängerung der menschlichen Handlungreichweite durch die Technowissenschaft. Zugleich aber werden die Handlungsmöglichkeiten der Menschen eingeschränkt, indem sie sich dem selbstgeschaffenen Instrumentarium der Weltbeherrschung unterwerfen, dessen verdinglichende Optik andere Lebensmöglichkeiten ausblendet. So rückt die zweite Bewegung den Menschen als Ding unter die Dinge, so dass er sowohl der Produzent als auch das Objekt ihrer Herrschaft wird – einer Herrschaft der Sachzwänge von Technik und Macht.

Die zweite Bewegung ist allerdings nicht nur durch kulturpessimistische Merkmale charakterisiert. Die technowissenschaftliche Konstruktion der zweiten Natur führt dem Menschen zugleich auch die Grenzen der Machbarkeit der zweiten Welt vor Augen und erzwingt so die Konfrontation mit dem, was jenseits der Grenzen des technisch Machbaren liegt. Das Ganze der dem Menschen möglichen Lebensentwürfe kommt so wieder in Sicht.

Die dritte existenziale Bewegung ist nun jene eines solchen Durchbruchs, in dem der Mensch sich in seinem Verhalten zum Ganzen der Welt begreifen und ein „Leben in Wahrheit“ anstreben kann. In der Bewegung des Durchbruchs ist also für Patočka die Chance angelegt, ein „in Wahrheit begründetes Leben“ zu führen. Was hier so abstrakt klingt, hat für Patočka lebensnahe Bedeutung: Unter die Konstrukte der zweiten Bewegung fallen auch die verdinglichenden Gesellschaftsordnungen und politischen Regime der Moderne. Auch war Patočka auf der Suche nach Auswegen;

man kann also seine Analyse der dritten Bewegung als die Analyse solcher Auswegschancen verstehen.

Zu der dritten Bewegung gehört zuerst eine Erschütterung der „alltäglichen“ Perspektive, durch die sich Handlungsmöglichkeiten jenseits der gegebenen Ordnung erschließen. In diesem Sinne führt dieser Schritt ins Reich der Freiheit. Die durch die Entdeckung meiner Möglichkeiten gewonnene Freiheit ist allerdings nicht nur eine für mich, sondern auch eine für andere. Sie ist mit Wahl und daher mit Verantwortung verbunden. Diese trage ich nicht nur mir selbst gegenüber, sondern – weil die Realisierung meiner Möglichkeiten immer auch die Chancen des Anderen berührt – auch gegenüber den Mitmenschen. In der Erschütterung der dritten Bewegung zerfallen also die Schranken der gegenseitigen Manipulation und Instrumentalisierung der Menschen durch die Menschen; eine Gemeinschaft, ein Modus der unverfälschten Sozialität, wird wieder möglich. Weil jedoch der Durchbruch an der Herrschaft der Sachzwänge der gegebenen Ordnung rührt, wendet sich diese mit Macht gegen ihn. So ist die „wahre“ Existenz des Menschen – auch darin Praxis – ohne Kampf, Widerstand und Verweigerung nicht möglich. Dieser Kampf ist jedoch nicht die konkurrierende oder unterdrückende Auseinandersetzung mit anderen, sondern ein Kampf, der für andere gegen die verdinglichende Macht geführt wird. Daher bezeichnet Patočka diese Bewegung in einem seiner Texte auch als „Selbstgewinnung durch Selbstaufgeben“.⁵ In ihr ist die Chance einer nicht verdinglichten Solidarität beschlossen.

Wir sehen also, dass Patočka nicht nur das spekulative Ziel vor Augen hat, die Grundstruktur des Daseins des Menschen in der Welt und somit auch die Grundstruktur seiner Lebenswelt zu erfassen. Patočka geht es um mehr als um eine Ausarbeitung einer solchen Universalstruktur: Seine Philosophie soll auch zum Verständnis der Moderne und zur praktischen Orientierung in dieser beitragen. Die Theorie der drei Bewegungen ermöglicht es ihm nun, seine Sicht der Geschichte und seine Analyse der Moderne zu entwickeln. Damit komme ich zum zweiten Teil meiner Ausführungen, nämlich zu Patočkas Auffassung der Moderne.

Das Konzept der Moderne

Auch seine Sicht der Moderne entwickelt Patočka vor allem in seinen „Ketzerischen Essays zur Philosophie der Geschichte“. Sie ist untrennbar verbunden mit seiner Auffassung von Geschichte. Die Geschichte gilt Patočka als der Ort, an dem die drei Existenzialbewegungen vollzogen werden; zugleich ist sie aber das Resultat dieses Vollzugs. Patočka füllt also den Begriff der Lebenswelt auf, indem er die konkreten Formen der existenzialen Bewegung, insbesondere die der Durchbruchsbewegung in der Geschichte, ortet und untersucht.

Das Leben des Menschen vollzieht sich immer in der Zeit. Doch diese ursprüngliche Zeitlichkeit bedeutet noch nicht zwangsläufig die Anwesenheit von Geschichte als einer von Menschen gewollten Verwirklichung von Möglichkeiten. Aber erst der

⁵ Ders.: Die Bewegung menschlicher Existenz 140 (vgl. Anm. 1).

Schritt des Menschen in die Geschichte in diesem Sinne eröffnet auch den Weg, der in die Moderne der Gegenwart führt. Zum Übergang vom vorgeschichtlichen zum geschichtlichen Dasein des Menschen bedarf es nach Patočka einer historisch spezifischen Durchbruchsbewegung, in der der alltägliche „kleine Sinn des Lebens“ eine Erschütterung besonderer Art erfährt.⁶ Dieser Durchbruch wird für Patočka mit dem Aufkommen der Philosophie in der Antike vollzogen. Anders als in der vorgeschichtlichen Einstellung, in der die Lebensmöglichkeiten von außermenschlichen, mythischen oder religiösen Kräften bestimmt werden, besteht hier die Begründung der Lebensführung in der Rückbeziehung der Wahl von Lebenschancen auf den eigenen Willen, d.h. in der Übernahme der Verantwortung für die Wahl, ihre Begründung und die daraus folgende Handlung.

Geschichte unterscheidet sich von dem vorgeschichtlichen Dasein des Menschen durch die Erschütterung des akzeptierten Sinns [...]. Der Mensch der vorgeschichtlichen Zeit zieht sich in einen akzeptierten, mit dem Universum geschlossenen Frieden zurück [...]. Die Möglichkeit der Erschütterung drängt sich ihm auf, doch er lehnt sie ab.⁷

Indem nun aus dieser vorgeschichtlichen Einstellung ein Fragen und Suchen nach begründetem Leben wird, durch welches der Mensch selbst die Verantwortung für seine Lebensgestaltung übernimmt, wird auch aus dem mythischen Denken Philosophie.

Die Durchbruchsbewegung der Philosophie nimmt historisch ihren Anfang in der griechischen Polis. In Patočkas Sicht vollzieht sich hier für Europa der Übergang zur Geschichte, indem die Philosophie eine Lebensperspektive eröffnet, in welcher die menschliche Eigenverantwortung für die Lebensgestaltung und -führung erstmals zum Tragen kommt. Zum ersten Mal erschließt sich hier die Möglichkeit, das Leben der Gemeinschaft aufgrund rationaler, d.h. argumentativ diskutierbarer, vom Menschen herrührender Gründe zu organisieren – also die Möglichkeit der Politik. Die Frage nach der Begründung der Wahl von Möglichkeiten, die ihr Fundament im menschlichen Wissen hat, stellt so für Patočka zugleich den Ursprung der Philosophie und der Politik dar. Diese ursprüngliche Verbindung von Philosophie und Politik, die für Patočka den Übergang zur Geschichte ausmacht, kennzeichnet unsere besondere, europäische Lebenswelt.

Die Philosophie als eine historisch entstehende lebensweltliche Praxis der Durchbruchsbewegung, die nach rationaler Begründung des „guten Lebens“ und damit auch nach der „guten Polis“ fragt, löst also in Europa den Übergang zur Geschichte aus. In diesem Sinne ist es für Patočka auch die Philosophie, die seit ihrem Ursprung die Weichen für die Möglichkeit der Moderne stellt.

Geschichte und „Modernisierung“ der Gesellschaft stehen allerdings für gesellschaftlichen Wandel und Veränderung. Inwiefern kann man nun sagen, dass Philosophie einen solchen Wandel bewirken kann? Auch hier müssen wir stets bedenken, dass Philosophie für Patočka eine Art Lebenspraxis darstellt und daher auch Leben gestaltend wirkt. Diese Praxis wird in der europäischen Geschichte von zwei mäch-

⁶ *Ders.*: *Ketzerische Essays* 89 (vgl. Anm. 2).

⁷ *Ebenda*. Ich verweise auf die entsprechenden Stellen der deutschen Übersetzung. Die Zitate wurden von mir aus dem Tschechischen übersetzt.

tigen, gegenläufigen Motiven angetrieben, auf die Patočka auch die Widersprüche und Ambivalenzen der Moderne zurückführt.

Die Geschichte auslösende Potenz der Philosophie besteht nach Patočka zuerst darin, dass sie einen neuartigen Weg der Begründung von Lebensmöglichkeiten bildet, der zwischen der Verharrung im alltäglichen „kleinen Sinn“ und seiner religiösen oder künstlerischen Transzendenz hindurchführt.⁸ Während diese Durchbruchsbewegungen – durchaus mächtig und auch in der europäischen Geschichte modernisierend wirkend – lediglich zu Gott oder zum Erlebnis ästhetischer Transzendenz führen, will die Philosophie auf eine un-extatische und un-orgiastische Weise den Weg der Begründung von Lebensführungen suchen. Doch darin kündigt sich bereits das Dilemma ihres praktischen Vollzugs an. Einerseits bildet sie – im Sinne ihrer Geschichte treibenden Funktion – einen Prozess fortwährender Sinnerschütterung und Infragestellung. Damit stellt sie eine Treibkraft des geschichtlichen Wandels dar. Ihre Aufgabe bei der Suche nach der Begründung von Lebensmöglichkeiten ist es ja, den bis dahin „sicheren Sinn“ zu hinterfragen und einen neuen hervorzubringen. Dies ist ein riskantes Unterfangen,

[...] weil es [...] eine Initiative bedeutet, die sich in dem Augenblick selbst aufgibt, in dem sie ausdrücklich ergriffen wird: Philosophie begibt sich in die Hände eines nicht endenden Wettbewerbs von Einsichten, der die ursprünglichen Absichten der Denker ins Ungeahnte führt. Es ist riskant, weil es das gesamte individuelle und gesellschaftliche Leben in den Prozeß der Sinnveränderung mit hineinzieht [...]. Gerade dies und nichts anderes bedeutet Geschichte.⁹

Philosophie in diesem Sinne bedeutet also eine ständige Sinnüberprüfung und -erschütterung, sie stellt quasi einen „Sinngenerator“ dar, der – Bestehendes transzendierend – Geschichte schafft. Philosophie zu betreiben bedeutet so ein Wagnis, ein Risiko. Als ein Organ der Sinnerschütterung muss sie notgedrungen auch soziale Ordnungen in Frage stellen, die im Bereich der zweiten Existenzbewegung verankert sind. Dadurch allerdings tangiert sie die Strukturen der Herrschaft, die sich gegen sie wenden können. So ist ohne die Bereitschaft zum Widerstand gegen die Zwänge der bestehenden Ordnung und ohne die Bereitschaft, die daraus resultierenden Risiken zu tragen, das wahre Philosophieren als geschichtliche Praxis unmöglich.¹⁰ Daher ist die Philosophie als Praxis, die durch die Frage nach Begründungen auch die Gegebenheit von sozialen Normen und politischen Ordnungen hinterfragt, nie ein bloß akademisches Unterfangen. Sie rührt an der Grundverfassung des sozialen Lebens und somit immer auch an der Macht und der Herrschaft. Philosophisches Denken als Praxis ist also gefährlich und gefährdend zugleich, wie uns die Biografien vieler seiner Exponenten seit Sokrates, und nicht zuletzt auch von Patočka selbst zeigen.¹¹

Derartige Risiken auf sich zu nehmen, muss daher noch eine andere Quelle haben, als lediglich die intellektuelle Neugierde und die Suche nach der Richtigkeit des

⁸ *Ebenda* 88 ff., 129.

⁹ *Ebenda* 89.

¹⁰ *Ebenda* 89, 231 ff.

¹¹ *Ebenda* 231.

Denkens. Auch diese Quelle kann nach Patočka durch das philosophische Fragen aufgedeckt werden. Sie besteht in der Möglichkeit der Erfahrung einer Differenz der Werte. In der konkreten Lebensführung realisiert sich eine solche Wertdifferenz im Akt des Opfers. In diesem Akt, in dem etwas persönlich Wertvolles aufgegeben wird, um einen anderen, allgemeineren Wert zu erhalten, entsteht die erlebbare Evidenz von Werten und ihrem Unterschied, also die Erfahrung von „etwas Unmittelbarem [...], wofür sich zu überwinden, d.h. sich einzusetzen lohnt.“¹² Hier wird der existenziale Zusammenhang von Möglichkeit, Wahl und Verantwortung nicht nur theoretisch postuliert, sondern erlebbar.

In ihrer ersten Teilgestalt als geschichtliche Durchbruchsbewegung stellt also die Philosophie eine Verunsicherung, ein Wagnis dar, das Risiken birgt und Opfer verlangt. Aber gerade deswegen ist sie auch auf die Suche nach sicherem Grund ihrer Aussagen angewiesen, die Wissen von Unwissen trennen, die somit den philosophisch sichtbar gemachten Sinn vor dem Einbruch und der Erschütterung des Unsicheren schützt. Die geschichtliche Funktion der Philosophie als Sinnerschütterung geht also ursprünglich mit jener der Sinnfestigung, der Sinnstabilisierung einher. Sinnstabilisierung bedeutet hier den systematisch methodologischen Ausbau eines rationalen Begriffsinstrumentariums, in dessen Netz sich – mit Karl Popper gesprochen – die Welt einfangen und beherrschen ließe. Dies ist für die Philosophie unverzichtbar, hat jedoch in ihrem praktischen Vollzug eine zunehmende Subjektbezogenheit der Weltsicht zur Folge, d.h. einen zunehmenden Glauben an die Machbarkeit der Welt durch den Menschen, von dem die Moderne getragen wird. Patočka zeigt zwei Hauptlinien dieses Glaubens auf, die für ihn gleichzeitig die zwei Wege in die Moderne bedeuten: Die erste Linie ist die der materialen Weltbeherrschung auf der Grundlage methodischer Naturforschung, die zur Technowissenschaft wird. Die zweite, parallele und auf der reflexiven Ebene komplementäre Linie bezieht sich auf die Dynamik des Prozesses der Aufklärung, in welchem dem Menschen seine Geschichte und seine Umwelt als sein Eigenprodukt erscheinen. In diesen beiden Strängen des Subjektivierungsprozesses, der dem Menschen die Freiheit zur Eigengestaltung seiner Umwelt eröffnete, ist zugleich die Tendenz zur Selbstentmachtung und Selbstentleerung des Subjekts angelegt. Das Subjekt delegiert immer mehr Verantwortung an die naturwissenschaftlich verstandenen Gesetzmäßigkeiten und deren technowissenschaftliche Realisierung. Die so eingeleitete Beherrschung der Natur ruft jene Sachzwänge hervor, die dem Menschen als entfremdete, zweite Natur entgegentreten. Ebenso zeitigt die Einsicht in den menschlichen Ursprung aller sozialen Wirklichkeit und Werte einen Relativismus, dessen Folge Sinnverlust und nihilistische Skepsis sind.¹³ Auch die Philosophie, die so zu einer Art Maschinerie des Geistes wird, wird selbst immer mehr zu einer Wissenschaft, deren primäres Ziel nicht die Sinnerschütterung, sondern die Sinnfestigung ist.

In dieser ihrer zweiten Teilgestalt wird also die philosophische Durchbruchsbewegung zur Stütze der Menschen manipulierenden und verdinglichenden Be-

¹² *Ebenda* 277.

¹³ *Ebenda* 96 ff.

wegung der Existenz und geht so in ihrer geschichtstreibenden Praxis in die zweite Existenzbewegung ein, deren Ziel die Weltbeherrschung ist.

Wir verstehen nun, warum Patočka der Moderne keine Ablehnung, sondern einen „suchenden Weg“ entgegenstellen wollte. Die Moderne, sofern man sie als technische Zivilisation mit ihren Institutionen versteht, kann von der Philosophie nicht verworfen werden, weil sie selbst ein Teil der geschichtlichen Realisierung philosophischer Praxis ist. Daher sind die Verfallserscheinungen der Moderne als technischer Zivilisation nicht ihr eigenes Werk, sondern eine Realisierung von Momenten, die in der philosophischen Durchbruchsbewegung enthalten sind. Doch in der gleichen Bewegung wirkt die Philosophie auch als erhellende Einsicht in das Ganze der Lebensweltstruktur und ihrer geschichtlichen Dynamik, in der das manipulierende Denken, seine philosophischen Grundlagen und seine ideologische Praxis nur als ein Moment unter anderen erscheinen. Patočkas alternativer „Gegenentwurf“ zur Moderne besteht folglich in einer Philosophie, die zeigt, dass es zu der geschichtlichen Praxis auch gehört, die Gewissheiten des vorgegebenen Sinnes zu erschüttern. Denn: „Die Geschichte ist ja nichts anderes als die Erschütterung der Gewissheiten einer vorgegebenen Sinnhaftigkeit.“¹⁴

Alternativen moderner Entwicklung

Damit komme ich zum letzten Teil des Beitrages – zu der Darstellung Patočkas alternativer Sicht der Moderne, die mit seiner Betrachtung der Politik eng verbunden ist.

Patočkas Auffassung der Philosophie als der europäischen, Geschichte auslösenden Durchbruchsbewegung ist auch für seine Sicht der Politik prägend. Auch in der Politik wirkt die Philosophie sowohl erschütternd als auch stabilisierend, indem sie entweder als Idee oder aber als Ideologie daherkommt. Das politische Handeln greift nach der Macht, indem es alten Sinn erschüttert und neuen erschließt und es strebt auch nach einer Sinnstabilisierung, sobald es die Macht besitzt. Diese Sinnfestigung tritt uns entgegen in Gestalt theoretischer Wissenssysteme und stabilisierender Normen, durch die die erlangte Macht legitimiert wird. Auch diese tragen einerseits – etwa auf die Vernunft der Aufklärung gestützt – die Chance der Freiheit in sich. Andererseits jedoch verhüllen sie dem Menschen die Einsicht in seine eigene existenzielle Verantwortung, indem sie ihm Verantwortung gegenüber überindividuellen, anonymen Theoremen und Parteiprogrammen abverlangen. Somit verkörpern sie aber jene manipulierenden Sachzwänge, die der zweiten existenziellen Bewegung eigen sind. Die erschütternde und die stabilisierende Teilgestalt der Philosophie als geschichtlicher Praxis kommen so im Bereich des Politischen als die Differenz von Idee und Ideologie zum Ausdruck, die Patočka sorgfältig im Auge behält. Unter Ideologie versteht er eine philosophisch argumentierende Doktrin, die den Menschen von außen her erfasst, um ihn zu einem Teilchen eines Kollektivs zu machen, das sie braucht, um ihre Ziele zu erreichen; Ziele, deren Verwirklichung einen Wert an sich bedeutet, und durch welche die als Mittel benutzten Menschen erst einen Sinn erhalten. Die Idee stellt dagegen ein Wissen dar, in dessen Dienst wir nicht etwa

¹⁴ *Ebenda* 144.

treten, sondern das uns vielmehr selbst einen Dienst erweist: Sie dient uns als Mittel der Einsicht, die Gegebenes überschreitet und so den „suchenden Weg“ offen hält. Die Ideologie ist also eine Theorie, der sich das Handeln unterordnet, während die Idee einen Weg weist, der das Handeln aus falschen Kontexten zu befreien vermag.¹⁵

Politisch wird die europäische Moderne für Patočka durch zwei konkurrierende Entwürfe geprägt – den Liberalismus und den Sozialismus, die beide von der aufgezeigten Ambivalenz von Idee und Ideologie gekennzeichnet sind.¹⁶ Als Ideen stehen sie beide für den Anspruch auf Freiheit, die durch rationale Gründe fundiert sein will – wie unterschiedlich die Inhalte auch sein mögen. Beide Entwürfe stützen sich jedoch in ihren Begründungsstrategien auf Gesetzesmechanismen ökonomischer Art, von welchen aus sie ihre normativen Handlungsimperative ableiten. Damit unterwerfen sie jedoch den Menschen jenen Sachzwängen, die ihn zum Mittel der Erfüllung einer Theorie degradieren und werden so ideologisch.

Angesichts der hier diagnostizierten Ambivalenz, die auch dem Liberalismus eigen ist, verstehen wir nun, dass Patočka trotz seiner Erfahrung mit dem „realen Sozialismus“ auch keine eindeutigen Präferenzen für den Liberalismus hegt. Im Lichte seiner Analysen können wir vielmehr die Art und Weise betrachten, in der die ideologisierende Wirkung der beiden politischen Entwürfe der Moderne die von ihrer Praxis erfassten Menschen ihren eigentlichen Lebensmöglichkeiten entfremdet.

Die Wirkung des liberalen Freiheitsentwurfs schlägt sich praktisch in der Vorherrschaft der zweiten Bewegung der Existenz nieder, also in der manipulierenden Konkurrenz, in der ein Mensch dem anderen nur ein Mittel zum Zweck ist. Wohl bekräftigt der Liberalismus so die Freiheit Einzelner, damit bleibt aber die Chance der Einsicht in die existenziale Verantwortung gegenüber anderen verhüllt. Und nicht nur das. Um das Gefüge liberaler Staatsordnung vor Sinnerschütterungen zu schützen, werden alle Modi der Durchbruchsbewegung – also Philosophie, Religion und Kunst – in die Sphäre der privaten Lebensführung der Bürger verwiesen. In dieser öffentlichen Gleichgültigkeit gegenüber der Differenz von Werten begräbt der Liberalismus aber auch die Möglichkeit der Einsicht in die Unterscheidung von „echt“ und „unecht“ in Patočkas Sinne und verbannt so das legitimatorische Potential dieser Differenz aus dem Bereich liberaler Ordnung. Durch die Eliminierung dieses Potentials entsteht der Anschein, dass der liberale Ordnungsentwurf immer einer Legitimation von außen durch irrational-charismatische Werte bedürfe, die er selbst zu fundieren außerstande ist. Damit wird der Liberalismus anfällig für politische Gegenbewegungen. Je mehr er sich in seiner ideologischen Gestalt gegen das in seiner Idee enthaltene Durchbruchspotential der Freiheit sperrt, indem er sich als das Ende der Geschichte betrachtet, desto schwächer wird seine Legitimationschance und umso größer die Möglichkeit seiner Erschütterung, die die Geschichte über ihn hinweg fortschreiten lässt.

Unter dem praktischen Zwang des Sozialismus in seiner „realen“ Gestalt schien die Lebenswelt des sozialistischen Menschen durch die Vorherrschaft von Lebensmöglichkeiten geprägt zu sein, die der ersten existenzialen Bewegung eigen sind. Das

¹⁵ *Ebenda* 379-388.

¹⁶ *Ebenda* 117, 222 ff.

bekanntes Merkmal des „real-sozialistischen“ Alltags ist der Rückzug in die Intimität privater Milieus, aus deren Vertrautheit die Sicherheit für die Begründung von Lebensentwürfen gewonnen wurde. Auf diesem Boden konnte auch die Idee einer „unpolitischen Politik“ entstehen, wie sie Václav Havel unter anderem im Anschluss an Patočka formulierte. Sie ging von der Vorstellung einer „alternativen Polis“ aus, die auf institutionelle Zwänge der zweiten Bewegung verzichtet und lediglich die Solidarität der alltäglichen Milieus in eine „Solidarität der Erschütterten“ überführt. Die Chance einer solchen Erschütterung, die Patočka in seinen Analysen der Durchbruchsbewegung gezeigt hat, würde – wie wir sahen – in der Übernahme der Verantwortung für die Wahl des eigenen Handelns liegen: Entweder kann man sich weiter im Rahmen des bestehenden Regimes bewegen, oder aber diesen Rahmen überschreiten und damit auch für die anderen Menschen die Option für ein Leben unter anderen Bedingungen sichtbar und offen halten.

Worin besteht nun angesichts dieser Befunde Patočkas alternativer Vorschlag für die Orientierung des Menschen im Dickicht der modernen Welt? Patočka ging es sicherlich nicht um die Ausformulierung einer historischen oder politischen Alternative, einer neuen Weltanschauung. Wir haben am Beispiel seiner Charakteristik von Liberalismus und Sozialismus gesehen, dass Patočka eine tiefe Skepsis, ja geradezu eine Abneigung gegen ideologisierte Versionen philosophischen Denkens hatte. In seinen Augen stellt die Philosophie eine Lebenspraxis dar, die es möglich machen muss, die Denk- und Handlungsgrenzen zu überschreiten, die uns bestehende geistige und soziale Ordnungen auferlegen. Die daraus resultierende „Aufgabe“ des Philosophen besteht nicht in der Ausformulierung spekulativer Neuordnungen, sondern darin, diesen suchenden Weg aufrechtzuerhalten und damit seinen Mitmenschen die Sicht auf alternative Lebensmöglichkeiten frei zu geben. Folgt man hier Patočka, so wird auch deutlich, dass die Dynamik der Sinnerschütterung als Quelle der Geschichte weder durch philosophisches Reasonement noch durch die Verwandlung dieses Reasonements in den Machtzwang von Ideologien aufgehalten werden kann. Im Gegenteil: Die Philosophie ist selbst als Durchbruchsbewegung wesentlich ein Moment dieser Erschütterung und somit immer ein Wagnis, das zu beliebigen Ideologien quersteht. Das Aktuelle der Phänomenologie Patočkas besteht so nicht nur im allgemeinen Hinweis auf die unaufhebbare Geschichtlichkeit des Lebens und auf die Gefahren des Versuchs, „in Wahrheit zu leben“. Die Aktualität seines Denkens ist vielmehr darin zu sehen, dass er mit seiner Phänomenologie einen Weg der Prüfung und der kritischen Zeitdiagnose entwirft, die nicht von einer konstruierten Maxime oder von einem zu verwirklichenden Wert ausgeht, sondern von der Totalität des „Phänomens Geschichte“ aus die widersprüchliche Dynamik beleuchtet, die unserer Lebenswelt eigen ist

Literatur

- Havel, Václav*: Versuch in der Wahrheit zu leben. Reinbeck bei Hamburg 1989.
- Heidegger, Martin*: Sein und Zeit. Tübingen 1967.
- Patočka, Jan*: Co je existence? [Was ist Existenz?]. In: *Filosofický časopis* 17 (1969) 682-702.
- Ders.*: Kunst und Zeit. Stuttgart 1987.
- Ders.*: Ketzerische Essays zur Philosophie der Geschichte. Stuttgart 1988.
- Ders.*: Die natürliche Welt als philosophisches Problem. Stuttgart 1990.
- Ders.*: Die Bewegung menschlicher Existenz. Stuttgart 1991.
- Srubar, Ilja*: Zur Entwicklung des phänomenologischen Denkens von Jan Patočka. In: Patočka, Jan: Die Bewegung menschlicher Existenz. Stuttgart 1991, 7-32.
- Ders.*: Asubjektive Phänomenologie, Lebenswelt und Humanismus. Zur Verortung des Denkens Jan Patočkas zwischen Husserl und Heidegger. In: *Mesotes* 1 (1991) 5-14.

Ludger Hagedorn

JAN PATOČKAS POLITISCHES DENKEN.
ANMERKUNGEN MIT BLICK AUF HANNAH ARENDT
UND CARL SCHMITT

Jan Patočkas Œuvre ist vielgestaltig. Es umfasst große geschichtsphilosophische Entwürfe, Reflexionen über die Bedeutung und Besonderheit der europäischen Kultur, eingehende Betrachtungen zur Rolle Böhmens in dieser europäischen Geschichte ebenso wie Studien zu Literatur, Kunst, Religion oder Theater, nicht zu vergessen sein „eigentliches“ Betätigungsfeld der Phänomenologie, wo er mit seinen Freiburger Lehrern Edmund Husserl und Martin Heidegger (und über sie hinaus) dachte, sowie die ausführliche Auseinandersetzung mit der Geschichte der Philosophie von der Antike bis hin zum neuzeitlichen Wissenschaftsideal. Es scheint schwierig (vielleicht auch unnötig), diese verschiedenen Facetten systematisieren oder vereinheitlichen zu wollen. Dennoch finden sich natürlich Themen, Motive, Denkweisen, die durchgängig sind, die in den unterschiedlichen Genres immer wieder auftauchen und mit den Bezügen, die sie herstellen, die Verflechtung der einzelnen Entwürfe zeigen und so etwas wie das Gepräge seines Denkens hervortreten lassen. Einer dieser charakteristischen Züge ist sicher die starke politische Ausrichtung seiner Reflexionen. Sie zeigt sich – auf ganz allgemeine und elementare Weise – in seinen phänomenologischen Studien mit ihrer deutlichen Betonung der sozialphilosophischen Dimension,¹ sie findet ihre Fortsetzung in der Auswahl und Behandlung literarischer Themen, die tatsächlich häufig eine politische Konnotation haben – vom Schicksal der griechischen Polis in den Dramen des Sophokles bis hin zu Jaroslav Durychs „Gottes Regenbogen“ und den quälenden Fragen der tschechisch-deutschen Nachkriegsgeschichte² – und tritt schließlich ganz offen zutage in den geschichtsphilosophischen Entwürfen, welche die Trias von Politik, Philosophie und Geschichte geradezu als das wesentliche Merkmal der europäischen Zivilisation benennen.

Diese – im weitesten Sinne – „politische“ Ausrichtung, die man tatsächlich für einen großen Teil seiner Schriften behaupten kann, ist mindestens in zweifacher Hinsicht erstaunlich: Zum einen finden sich bei Patočka kaum Versuche einer Systematisierung oder umfassenden Ausformulierung seiner politischen Motive. Es ist

¹ Gerade hierin liegt einer der wesentlichen Unterschiede zwischen Patočkas Ansatz und dem Husserls oder Heideggers. Darauf hat, als einer der ersten, Ilja Srubar in verschiedenen Artikeln hingewiesen; vgl. etwa: *Srubar, Ilja: Zur Entwicklung des phänomenologischen Denkens von Jan Patočka*. In: *Patočka, Jan: Die Bewegung der menschlichen Existenz*. Stuttgart 1991, 7-29.

² Diese Hinweise sollen nur exemplarisch verstanden werden. Studien zu diesen Themen, ebenso wie einige weitere seiner Analysen zu Literatur und Kunst, finden sich auf deutsch in: *Patočka, Jan: Kunst und Zeit. Kulturphilosophische Schriften*. Stuttgart 1987.

dies gleichsam ein Subtext, der vieles durchdringt, aber nicht eigens thematisiert wird. Von einer politischen Theorie zu sprechen, wäre nicht nur übertrieben, sondern liefe auch dem existentialistisch geprägten Duktus Patočkas Denkens zuwider. Doch selbst die Bezeichnung „politische Philosophie“ fällt schwer, wenn man vergleichend das Werk einer explizit politischen Denkerin wie Hannah Arendt in Betracht zieht. Zum anderen aber mag diese Orientierung seines Denkens auch deshalb erstaunen, weil Jan Patočka vordergründig sicher kein politischer Mensch im heute vertrauten Sinne war. Tagespolitische Details interessierten ihn allem Bekunden nach wenig bis gar nicht. Und selbst die längerfristigen Entwicklungen maß er oft eher an einer Skala, die nicht nach Monaten und Jahren, sondern nach Jahrzehnten und Jahrhunderten rechnete. Heraklit und Plato, die Entwicklung des politischen Denkens von den Anfängen in der Polis, die geistesgeschichtlichen und politischen Verwerfungen vom Mittelalter zur Renaissance, die politisch-gesellschaftlichen Auswirkungen des Rationalismus, Descartes und Comenius – das waren politische Motive, die ihm zweifelsohne um einiges näher standen als Parteien oder Verlautbarungen seiner Zeit. Dazu passt, dass Patočka in seinen besseren Momenten – und obwohl er selbst, ganz konkret und persönlich, schrecklich unter der Teilung des Kontinents litt – die Geschichte „seines“ 20. Jahrhunderts mit ihrer Spaltung in Ost und West eher als so etwas wie eine kurzzeitige und lästige Episode sah, dass er durchaus um das zukünftige Schicksal Europas fürchtete, aber in einer weltpolitischen Dimension, die weit mehr den heutigen Gegebenheiten entspricht als dem inneren Dualismus seiner Zeit. Entgegen dem ersten Augenschein fügt sich hier im Übrigen auch Patočkas spätes Engagement für die Belange der Charta 77 ein, das er nur zögernd, aber dann entschlossen und in alle Konsequenzen übernahm. Es war dies wohl die Überzeugung, an einem dieser seltenen geschichtlichen Momente teilzuhaben und für eine Sache einzutreten, die es lohnt – auch diese Überzeugung hat sich im Nachhinein betrachtet, nach 1989, als nicht so falsch erwiesen.

Die folgenden Überlegungen versuchen, einige Züge von Patočkas politischem Denken zu fassen. Sie setzen ein mit dem Hinweis auf eine der wenigen größeren Studien, die er – die längste Zeit seines Lebens mit Lehr- und Publikationsverbot belegt – selbst zum Druck vorbereitet hat. Diese wird schon gewissermaßen richtungsweisend sein für die dann folgende nähere Bestimmung seiner politischen und geschichtsphilosophischen Position, die schließlich mit einigen vergleichenden Anmerkungen zu Hannah Arendt und Carl Schmitt weiter akzentuiert wird.

„Wahrheit“ und Existenz

Kurz nach Patočkas Tod im März 1977 erschien sein Essay über Kant, Dostojewski, Masaryk und Nietzsche, der allein schon aufgrund dieses Datums – es war die letzte Studie, an der er gearbeitet hatte – in den Prager Philosophenkreisen dieser Zeit bald eine besondere Wertschätzung erfuhr – aber keineswegs nur deshalb. Der Titel „Die Sinnfrage in der Epoche des Nihilismus“³ deutet an, worum es geht: Um die

³ So in der deutschen Ausgabe vgl.: Hagedorn, Ludger (Hg.): Tschechische Philosophen im 20. Jahrhundert: Klíma, Rádl, Patočka, Havel, Kosík. Stuttgart 2002, 209-312.

Frage, ob und was menschlichem Handeln noch Sinn verleihen kann in einer Epoche, in der alle Letztbegründungen theologischer und metaphysischer Art an Überzeugungskraft verloren haben. Erster Gesprächspartner in einem imaginären Dialog, den Patočka dazu mit mehreren Philosophen führt, ist Kant, bei dem schon in aller Dringlichkeit die Frage nach der Sinnproblematik aufbricht. Bevor sich diese Frage jedoch mit all ihrem destruktiven Potential entfalten kann, gibt Kant darauf eine Antwort mit seinen Postulaten der reinen praktischen Vernunft. Kants Moralthologie, die Gott im Hinblick auf das moralische Handeln des Menschen als ein denknotwendiges Postulat konzipiert, wird zum Ausgangspunkt von Patočkas kritischen Überlegungen. Sobald wir in eine solche Betrachtung eintreten, so Patočka, [...] treten wir auch in die Sphäre eines Gottes ein, mit dem man verhandelt, in die Sphäre des moralischen Gottes mit seinen Belohnungen und Bestrafungen, in den Bereich des *do ut des*, in die Sphäre der Verdienste, der Schuld und der Vergeltung – der transzendentalen Buchhaltung.⁴

Als Kronzeugen gegen diese transzendente Buchhaltung, gegen die kantische Überzeugung, dass das moralische Leben auf Vernunft, Pflicht und Postulaten der reinen praktischen Vernunft beruht, werden die literarischen Helden Dostojewskis aufgerufen, die dafür stehen, dass Schuld und Vergehen sich nicht kalkulieren lassen, dass in einem wesentlichen Sinne niemand ohne Schuld ist, dass „alle an allem“ schuldig und für alles verantwortlich sind. Mit dieser in den Augen jedes Moralisten unmöglichen Behauptung wendet sich Patočka aber nicht nur gegen Kant und dessen Moralphilosophie. Sie birgt zugleich den Ansatzpunkt für den Gewinn einer anderen, neuen ethischen Dimension, die jenseits des Bereichs moralischer Postulate und Gebote liegt. Hier finden sich durchaus Ähnlichkeiten zum Werk Levinas', der in seinem Werk so etwas wie eine Ethik ohne moralischen Impetus formuliert; was jedoch bei ihm vor allem in der Begegnung mit dem „Anderen“ thematisiert wird, eine fundamentale Neuorientierung, das ist eine Erfahrung, die bei Patočka breiter in Bereichen wie Kunst und Literatur, aber auch in der Politik und im historischen Handeln des Menschen angesiedelt ist. Was ist dies aber für eine Erfahrung? Die „Wahrheit“, die die literarischen Figuren Dostojewskis erfahren, die sie in ihren Schicksalen verkörpern, ist keine *bestimmte* Wahrheit, sie ist keine Erkenntnis, die sich sachlich mitteilen, in Form eines Gebotes oder einer Anweisung formulieren ließe. Was sie durchleben, ist eine existentielle Erschütterung, in der sich paradoxerweise gerade dann, wenn aller Sinn, jede relative Bedeutsamkeit verloren scheint, ein anderer, neuer Sinn auftut, ein Verständnis dessen, worauf unser Leben gegründet ist, eine Offenheit – man könnte auch sagen Liebe – für das Sein. Diese Offenheit ist „die fundamentale Gabe des Sinnes, eine Gabe, die kostenlos gegeben wird und nicht zu beziffern ist, die jenseits aller Verrechnungen, aller Verdienste und Strafen, steht“.⁵ Der Durchbruch zu diesem vertieften Lebenssinn erfolgt nicht ohne oder gegen den Menschen, sondern nur mit ihm, er ist etwas, für das wir uns einsetzen, dem wir uns widmen müssen. Dennoch ist es aber ein Sinn, der den Einzelnen über-

⁴ *Ebenda* 230.

⁵ *Ebenda* 309.

steigt, der die Fülle eines neuen Lebens schenkt, das sich nicht auf die Verfolgung der subjektiven Interessen beschränkt.

Offenheit – dieses Wort könnte gleichsam als Leitmotiv über Patočkas gesamter Philosophie stehen. Offenheit charakterisiert ein Leben, das sich der radikalen Fraglichkeit aussetzt, das ausbricht aus den verdinglichenden und entfremdenden Beziehungen zu den Anderen und zur Welt, das sich nicht subjektiv in sich verschließt, das sich keinen Ideologien und Dogmen – sei es aus Furcht oder aus Eigennutz – unterwirft. Patočkas Antwort auf die Kriege und Totalitarismen seiner Zeit, auf die politische und geistige Erstarrung, liegt nicht in der Formulierung einer neuen Ideologie, eines „Kampfes für den Frieden“ oder für eine bessere Welt, sondern in der Bereitschaft, die „Amplitude des Menschseins“ (so eine Formulierung Gadamers) offen zu halten. Den Phänomenen eines solchen Durchbruchs zur „wahren“ Menschlichkeit nachzugehen, ist das Leitmotiv, von dem Patočkas Auseinandersetzung mit Politik und Geschichte, aber auch mit Kunst und Literatur bestimmt wird. Die bekannteste, jedoch oft falsch verstandene Formel, mit der er diese Offenheit beschreibt, lautet „Leben in (der) Wahrheit“ (im Tschechischen hat diese Formulierung keinen bestimmten Artikel: es ist gerade keine bestimmte, fassbare, formulierbare Wahrheit, nicht *die* Wahrheit, sondern vielmehr etwas, das in eine existentielle Dimension gehört). Wahrheit ist hier jedoch weniger als ein Gewinn, ein Besitz zu verstehen, etwas, worüber wir fest verfügen, sondern – pointiert formuliert – eher ein Verlust, ein Verlust nämlich all der kleinen „Wahrheiten“, mit denen wir alltäglich leben und die wir fraglos akzeptieren und die sich in einer bestimmten Situation der existentiellen Krise, der Erschütterung als hohl und haltlos erweisen.

„Wahrheit“ und Politik

Wenn also das, was bei Patočka „Wahrheit“ heißt, keine positiv bestimmbare und formulierbare Doktrin ist, sondern ein Ereignis, ein Prozess, der in einer existentiellen Erschütterung durchlebt und erfahren wird, dann gilt dies insbesondere auch für die Sphäre des Politischen. Patočkas Antwort auf die Kriege und Totalitarismen seiner Zeit, liegt nicht in der Formulierung einer neuen Ideologie, denn jede Parole, die alle hinter einer Fahne versammeln will, erzeugt aufs Neue Druck zur Angleichung, Nivellierung, Homogenisierung. Dass er jede politische Doktrin, hieße sie liberal, sozial oder wie auch immer, grundsätzlich dem Verdacht der Tyrannei und einer Tendenz zum Totalitarismus aussetzt, ist sicher auch seiner persönlichen Lebenserfahrung geschuldet, und die oft zitierte Formel von der „Solidarität der Erschütterten“,⁶ die sich aus leidvoller Erfahrung allen Versuchen zur Mobilisierung entziehen, ist deutlich von der politischen Dissidenz seiner Zeit mitgeprägt. Es wäre jedoch falsch, sie ausschließlich als eine Antwort auf den Totalitarismus zu verstehen, die ihre Gültigkeit verliert, sobald die totalitäre Bedrohung von außen verschwindet. Diese grundsätzliche politische Skepsis enthält mehr als den Ansatz einer „unpolitischen Politik“, wie sie Václav Havel in seinen frühen Regierungsjahren versuchte. Sie enthält den Kern einer Politik- und Gesellschaftstheorie, die Differenz

⁶ Patočka, Jan: *Ketzerische Essays zur Philosophie der Geschichte*. Stuttgart 1988, 162.

und Konflikt nicht als zu eliminierendes Übel, sondern im Gegenteil als Mittel zur Bereicherung und Belebung, ja sogar zur Stärkung und Festigung eines Gemeinwesens begreift.

Dieses Denken von Vielfalt und Differenz, von einer Differenz, die nicht zu nivellieren, sondern zuzulassen, auszuhalten ist, kennzeichnet auch Patočkas geschichtsphilosophische Schriften. Seinen vielleicht klarsten Ausdruck hat dieses Thema in den „Ketzerischen Essais zur Philosophie der Geschichte“ gefunden, einer Sammlung von geschichtsphilosophischen Aufsätzen, der Paul Ricœur die „dichte Schönheit gewisser Gestalten bei Rembrandt“⁷ attestiert hat, was ein ganz passendes Bild zu sein scheint, wenn man an das intensive Licht der Rembrandtschen Gemälde denkt, ein Licht jedoch, das immer auch aus einem undurchdringlichen Dunkel tritt. Dies trifft aus zwei Gründen auch auf die „Ketzerischen Essais“ zu: Rein formal, weil hier neben dunklen Passagen sehr erhellende und starke geschichtliche Analysen stehen, dann aber auch darin, wie Patočka Geschichte begreift, denn die ist bei ihm in der Tat so etwas wie ein Lichtstrahl, der ins Dunkel fällt.

Geschrieben in den Jahren vor seinem Tod, bündelt dieses Werk die verschiedenen Interessen Patočkas und verdichtet sie, wie er es selbst formulierte, zu seiner „Abschiedssonate“.⁸ Zu einer Zeit, als der Kontinent zerrissen ist, stellt darin das Nachdenken über Europa, über Ursprung, Besonderheit und Einheit der europäischen Zivilisation, die zentrale Reflexionsachse dar. Ausgangspunkt ist die These, dass Politik, Philosophie und Geschichte einen gemeinsamen Ursprung in der griechischen Polis haben. Mit dem politischen Handeln und der philosophischen Reflexion wagen es die Menschen der Polis erstmals, ihrer Situation von sich aus Sinn zu verleihen, ohne sie nach überkommenen und nicht hinterfragten Mustern einzuordnen. Erst dadurch wird auch Geschichte im eigentlichen Sinne möglich, eine Geschichte, die nicht bloße Annalistik sich gleichförmig wiederholender Ereignisse ist, sondern gerade dadurch entsteht, dass eine bisher nicht gekannte Situation neue Antworten verlangt. Mit Hannah Arendt betont Patočka damit den grundsätzlich unterschiedenen Charakter eines Lebens, das an sich selbst gefesselt ist, das im Dienste eines großen, das individuelle und gemeinschaftliche Fortbestehen sichernden Haushalts steht, von dem Leben im „Aufschwung“, das sich frei selbst bestimmt und seinen originären Ausdruck in verstandesmäßiger Einsicht und einem auf ihr gegründeten Handeln, das heißt in Philosophie und Politik, findet.

Eine auf diese Weise erreichte Freiheit menschlichen Handelns aus Einsicht und Vernunft ist ständig in Gefahr, wieder verdeckt zu werden. Deshalb muss Patočka die idealistische Geschichtskonzeption seines Freiburger Lehrers Husserl verwerfen: Setzt dieser – ironischerweise am Vorabend des Zweiten Weltkriegs – sein Vertrauen noch auf das der europäischen Kultur innewohnende Vernunfttelos, so hebt Patočka deren Fragilität hervor. Geschichte erscheint hier nicht mehr als gleichmäßiger Fortschritt, sondern sie ist so etwas wie das nicht ganz kalkulierbare Aufflackern eines Lichtes in der Finsternis, das irgendwann wieder erlischt – der Blitz (*keraunos*) des

⁷ Ricœur, Paul: Jan Patočkas „Ketzerische Essais“. In: *Ebenda* 7-18, hier 7.

⁸ Aus einem Brief an Walter Biemel. Dieser Brief findet sich im Wiener Patočka-Archiv am Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Inv.-Nr. 78a.

Heraklit, auf den Patočka oft Bezug nimmt. Auch die europäische Geschichte, die einmal als Kultur der Einsicht „gestiftet“ wurde, muss sich nicht kontinuierlich weiterentwickeln, sondern sie kann abbrechen, versiegen, die Menschheit in eine „nachgeschichtliche“ Phase zurückfallen lassen. Das „Ende der Geschichte“ ist demnach nicht – wie für Hegel oder den von ihm inspirierten Francis Fukuyama mit seiner These vom „end of history“⁹ – das Stadium ihrer Vollendung, sondern ihr Versiegen, Auslaufen, Scheitern. Dieses konsequent nachmetaphysische Geschichtsverständnis teilt Patočka ebenfalls mit Hannah Arendt. Sie artikuliert diese moderne Erfahrung einer durch die Tradition nicht mehr erschlossenen Vergangenheit mit Hilfe eines Aphorismus des französischen Dichters René Char, den sie ihrem Buch „Between Past and Future“ als eine Art Leitmotiv voranstellt: „Notre héritage n'est précédé d'aucun testament.“¹⁰ Unserer Erbschaft ist keinerlei Testament vorausgegangen. Kein ehernes Gesetz verknüpft mehr die Vergangenheit mit unserer Gegenwart. Es ist ebenso unmöglich, den Gang moderner Geschichte aus Konstellationen der Vergangenheit schlüssig zu erklären, wie den Einbruch eines radikal Neuen in die Geschichte kategorisch auszuschließen. Ihr wesentlichstes Charakteristikum gewinnt eine solche Geschichtsauffassung jedoch darin, dass es ihr im Interesse an der Geschichte nicht um die Konstatierung historischer Fakten geht, sondern um eine gegenwärtige Orientierung. Geschichte ist hier, wie es Patočka formuliert, „eine gleich schwierig bleibende Forderung“,¹¹ eine Forderung danach, die Gegenwart ständig neu mit jenen großen historischen Momenten zu verknüpfen, in denen sie voll und ganz begriffen und ergriffen wurde.

Patočka, Arendt, Schmitt

Ähnlich wie bei Arendt, bei der es immer um die jeweils neue kommunikative Vergegenwärtigung des Gründungsaktes geht, bedürfen also auch für Patočka die „wahren“ politischen Entwürfe einer stetigen Erneuerung. Sie bleiben immer gebunden an eine Sphäre persönlicher Authentizität, was nichts anderes heißt, als dass sie einer je eigenen, gelebten Erfahrung entspringen, dass sie nicht einfach nur übernommen, akzeptiert, nachvollzogen werden, sondern im Extremfall wirklich aus so etwas wie einem Erweckungserlebnis, einer Art philosophischer Konversion hervorgehen, in der sich eine mächtige Erschütterung aller vorherigen Überzeugungen vollzieht. Diese wären auf vielfache Weise denkbar. Bei Arendt etwa sind dies die Revolutionen, wenngleich sie hierbei große Unterschiede macht, um welche Revolution es sich handelt. In ihrem Buch „Über die Revolution“ ist es insbesondere die Gründung der nordamerikanischen Konföderation, die sie zum Ursprungsmoment einer demokratischen Republik stilisiert.¹² Bei Patočka hingegen zeigt sich, worin eine der „Ketzereien“ seiner Essays liegen könnte, wenn er nämlich im 20. Jahr-

⁹ Fukuyama, Francis: The End of History? In: The National Interest 16 (Summer 1989) 3-18. – Ders.: The End of History and the Last Man. New York, Toronto 1992.

¹⁰ Arendt, Hannah: Between Past and Future: Eight Exercises in Political Thought. London 1977.

¹¹ Patočka: Ketzerrische Essais 66 (vgl. Anm. 6).

¹² Vgl. Arendt, Hannah: Über die Revolution. 4. Aufl. München, Zürich 2000.

hundert ein solches Durchbruchs-Erlebnis gerade dort zu erkennen meint, wo die Verfinsterung am größten ist – im Krieg selbst, an der Front:

Die Front ist die Absurdität *par excellence*. [...] Das Wertvollste, was ein Mensch besitzt, wird rücksichtslos in Stücke gerissen. Sinnvoll ist dabei nur die Demonstration, dass eine Welt, die etwas Derartiges hervorbringt, verschwinden muss. Es ist der Beweis *ad oculos*, dass sie reif ist für den Untergang.¹³

Diese Erfahrung völliger Sinnlosigkeit lässt alle Motive, die zuvor für wichtig erachtet wurden, verblassen. Nicht nur die eigene Zukunft mit Beruf, Karriere und den alltäglichen Hoffnungen tritt an diesem Punkt tiefster Erschütterung in den Hintergrund, auch die Parolen der „Faktologen und Routiniers“, die der einen Losung gleich die nächste folgen lassen und doch nur von der Macht fasziniert sind, werden demaskiert als das, was sie sind – Fortschreibungen des Kriegszustands. Ihren vollen Sinn gewinnen politische Ideale wie Demokratie, Freiheit, Unabhängigkeit deshalb für Patočka erst dann, wenn sie dieser persönlichen Grenzsituation entspringen und an sie gebunden bleiben, wenn sie nicht nur Erfüllung des Alltäglichen, sondern Antwort auf die erfahrene Abgründigkeit des Lebens sind. Diese Distanz zu einer institutionalisierten, gleichsam bürokratischen politischen Routine, die das Alltägliche immer schon als Eintrübung eines reinen oder echten Typus des Politischen erscheinen lässt, verbindet Patočka mit zwei politischen Theorien, die in all ihrer Gegensätzlichkeit doch einen gemeinsamen Bezugspunkt haben: Dies ist zum einen die bereits erwähnte Hannah Arendt, auf die Patočka ausdrücklich hinweist, zum anderen die „Theorie des Politischen“ von Carl Schmitt, den er an keiner einzigen Stelle erwähnt und – so weit das abzusehen ist – auch überhaupt nicht kannte. Beide, Arendt und Schmitt, nehmen ihren gemeinsamen Ausgangspunkt in einer besonderen Genealogie des Raumes des „Politischen“, der für sie nicht einfach unmittelbar gegeben ist, sondern sich in besonderen geschichtlichen Momenten erst in einem öffentlichen Raum und als öffentlicher Raum konstituiert. Beide Theorien gleichen sich auch darin, dass sie – wie bei Patočka – das „Politische“ letztlich in einer Sphäre des Außeralltäglichen, in einer besonderen Grenzsituation des Lebens bzw. in einer emphatisch verstandenen einmaligen Gründungssituation, verorten. Für Schmitt ist dabei seine Theorie von Freund und Feind die fundamentale Kategorie des Politischen: Sie bestimmt alle menschlichen Gemeinschaften und reduziert Politik in letzter Konsequenz auf Krieg oder Bürgerkrieg. Eine Politik, die diese Situation des Konflikts zu verdrängen suchte, beraubt sich deshalb für ihn letztlich ihrer Ursprünglichkeit. Bei Arendt hingegen spielt der Gründungsakt (den sie insbesondere am Beispiel des so genannten Mayflower Paktes thematisiert) die gleiche Rolle: Wenn die Vergegenwärtigung dieses Aktes abreißt – aus welchen Gründen auch immer –, ist das Politische seiner eigentlichen Kraft beraubt. In den konkreten Ausmündungen ihrer politischen Theorie hingegen unterscheiden sich die beiden diametral: Das große Thema Arendts ist die Kritik am Totalitarismus, somit geht es bei ihr in erster Linie um das Bemühen, Politik als Freiheit des öffentlichen Raums zu begründen und zu erhalten. Dagegen macht Carl Schmitt den Staat zur wesent-

¹³ Patočka: Ketzerische Essais 153 (vgl. Anm. 6).

lichen politischen Einheit; seine Souveränität in der Unterscheidung von Freund und Feind rechtfertigt die politischen Mittel – bis hin zur totalitären Herrschaft.

Es erscheint mir illustrativ, in diesem von Arendt und Schmitt aufgespannten Feld Patočkas Position zu bestimmen. Zieht man allein das nun folgende Zitat zu Rate, scheint diese Verortung ziemlich klar zu sein. Es geht um das bereits angesprochene Fronterlebnis, zu dessen Schilderung er sich auf zwei Kronzeugen beruft; der erste, unverfänglichere von ihnen ist Teilhard de Chardin, der zweite hingegen scheint klar in eine bestimmte politische Richtung zu weisen:

Es ist mithin die gleiche Empfindung und die gleiche Vision, die Teilhard vor Augen hat, wenn er an der Front das übermenschlich Göttliche erlebt. Und Jünger spricht an einer Stelle davon, dass die Kämpfenden im Angriff zwei Teile einer Kraft sind und zu einem Körper verschmelzen, und er fügt hinzu: „Zu einem Körper – das ist ein Gleichnis besonderer Art. Wer es versteht, der bejaht sich selbst und den Feind, der lebt im Ganzen und in den Teilen zugleich. Der kann sich eine Gottheit denken, die sich diese bunten Fäden durch die Hand gleiten lässt – mit lächelndem Gesicht.“ Ist es ein Zufall, dass zwei der tiefstsinngigsten Denker des Fronterlebnisses, die sonst so extrem verschieden sind, ganz von selbst zu Vergleichen gelangen, die Heraklits Vision des Seins als *polemos* erneuern?¹⁴

Sind hier nicht schon die Würfel in aller Deutlichkeit gefallen? Entspricht die Anlehnung an den *polemos* und die Referenz auf die Kämpfer nicht ganz und gar Schmitts Freund-Feind-Theorie? Und wenn wir dann noch die Anleihe bei Jünger berücksichtigen, ist dann seine politische Theorie in ihrer Anlehnung an existentielle Motive Martin Heideggers (Patočkas Lehrer in Freiburg), an Carl Schmitt und Ernst Jünger nicht deutlich in eine bestimmte – um es vorsichtig zu sagen – höchst zwiespältige Tradition eingereiht? Gleichwohl scheint es außer dieser gemeinsamen Anknüpfung an menschliche Grenzsituationen, außer der Tatsache, dass das Politische aus dem Streit, dem *polemos*, konstituiert wird, wenig zu geben, was den Ansatz Patočkas etwa mit dem Schmitts verbinden würde. Man muss nicht Patočkas Biografie bemühen (in einem Jahrhundert, das ihm Zwangsarbeit unter den Nationalsozialisten und weitgehende Isolation unter dem Kommunismus einbrachte), um zu sehen, dass seine Philosophie eine grundsätzlich andere Richtung einschlägt. Was bei Schmitt gleichsam auf ein vor-modernes, vor-demokratisches Modell hinausläuft, auf die Wiedergewinnung einer bestimmten Art von Gehorsam, das mündet bei Patočka in das genaue Gegenteil: Seine Alternative ist nicht „Selbstbehauptung oder Untergang“ (Schmitt), sondern die Erlangung einer anderen, neuen Dimension, in der diese Alternative gänzlich ihre Bedeutung verliert. Was die beiden zitierten Kämpfer verbindet, das ist gerade nicht das Element des Kriegerischen, sondern die jähe Einsicht in die Sinnlosigkeit ihres Tuns, nicht „Bejahung“ dieses Geschehens (Jünger), nicht „Gehorsam“ (Schmitt), sondern im Gegenteil Widerspruch, Dissens, Ungehorsam: „Die Solidarität der Erschütterten hat die Fähigkeit ‚nein‘ zu sagen zu allen Mobilisierungsmaßnahmen, die den Kriegszustand verewigen.“¹⁵ Dieses „Nein“ ist auch nicht die Tat eines Heroen oder einer „lächelnden“ Gottheit (wie es Jünger charakterisiert), sondern ein zutiefst menschliches, das auf eindringliche

¹⁴ *Ebenda* 164.

¹⁵ *Ebenda* 163.

Weise an ein Motiv erinnert, das ganz am Anfang der europäischen Philosophie steht: an das sokratische „es ist besser Unrecht zu leiden, als Unrecht zu tun“. Diese Parallele von Patočka zu Sokrates wurde oft gezogen; zu ihrer Illustration könnte man auch auf die dritte seiner sogenannten „Lebensbewegungen“ oder existentielle Bewegungen verweisen, die als letzte und wichtigste bei Patočka gerade nicht „Selbstbehauptung“ – das ist die zweite –, sondern „Selbsthingabe“, ja sogar Aufopferung meint.

Was Patočka mit Arendt verbindet, ist – im Gegensatz zu Schmitt – gerade die politische Stoßrichtung, die auf die Gewinnung einer größtmöglichen Freiheit und somit des Widerstandes gegen jegliche totalitäre Tendenz abzielt. Doch scheint es auch markante Unterschiede zu geben: Während Arendt immer wieder fast verklärend auf den Initialmoment der Gründung (sei es z.B. der griechischen Polis oder auch der nordamerikanischen Konföderation) verweist und damit – bei aller theoretischen Abkehr vom Glauben an die eine historische Kontinuität – doch wieder stark in das Geleise idealistischer Geschichtskonzeptionen gerät, setzt Patočka in noch stärkerem Maße die Möglichkeit eines geschichtlichen Scheiterns und des Verlustes eines einmal gestifteten politischen Weltverständnisses voraus. In genau diesem Sinne spricht er z.B. auch von einer „nacheuropäischen“ Epoche – nicht nur im Sinne eines realen weltpolitischen Bedeutungsverlustes Europas, sondern eines Versiegens des ideellen Konzepts von Europa.¹⁶ In Zeiten, in denen lineare Geschichtsmodelle zunehmend fraglich werden, wo zuvor als peripher und inferior bewertete Phänomene nicht mehr den „großen Erzählungen“ (Lyotard) geopfert werden, in Zeiten eines gesteigerten Bewusstseins für die Pluralität von Geschichte, für ihre Brüche und Ungleichzeitigkeiten gewinnen jedoch gerade solche Betrachtungen eine neue Bedeutung. Dies spiegelt sich z.B. auch an dem großen Interesse, das im Laufe der 1980er und 1990er Jahre plötzlich an Carl Schmitts „Theorie des Politischen“ erwuchs, denn bei ihm fanden Theoretiker in dem Diskontinuierlichen des Geschichtsverlaufs, wie sie in den Ausnahmezuständen aufblitzt, Aspekte eines modernen (bzw. eher postmodernen) Ansatzes, die die rational-fortschrittlichen Geschichtstheorien, insbesondere des Marxismus, nicht erfassten. Dieser Versuch, Geschichte und Politik aus bestimmten Spannungsmomenten, aus Situationen der Krise, aus, wie es Patočka in Bezug auf die griechische Polis sagt, den „äußeren und inneren Kämpfen“ einer Gesellschaft zu verstehen, das ist es, was einen Ansatz wie den Patočkas für gegenwärtige Fragen unseres politischen Selbstverständnisses und insbesondere für das Funktionieren eines demokratischen Systems aktuell macht. Was oben in einer eher existentialistischen Terminologie als Durchbruch zu einem authentischeren Leben oder als Gewinnung einer Dimension der Offenheit bezeichnet wurde, das ist im politischen Kontext ganz konkret das Aufbrechen eines Raumes der Freiheit, der Unbestimmtheit, ja der Ungewissheit, wie wir es in der jüngeren Geschichte am sinnfälligsten am Verschwinden der totalitären Systeme in Mittel- und Osteuropa beobachten konnten. Dieses plötzliche Übermaß an Möglichkeiten, der neu aufgebrochene Raum der Freiheit wurde jedoch überall schnell

¹⁶ Ders.: Europa und Nach-Europa. Die nach-europäische Epoche und ihre geistigen Probleme. In: *Ebenda* 207-287.

wieder abgeschlossen durch die einheitsstiftende Symbolkraft der „Nation“. Mit Patočka (und anderen) sollte man dem entgegenhalten, dass Demokratie – bei aller Notwendigkeit der Institutionalisierung, Reglementierung etc. – gerade nicht aus der Routine eines möglichst effizient und reibungslos arbeitenden Systems und einer möglichst starken einheitsstiftenden Identität lebt, sondern umgekehrt sich erst aus der Austragung von Konflikten, aus dem Widerstreit und einem starken Potential an Unbestimmtheit und Ungewissheit konstituiert.¹⁷

¹⁷ Teile dieses Aufsatzes wurden schon an anderer Stelle publiziert; insbesondere erschien der Teil I in leicht veränderter Form im Vorwort zu: *Hagedorn*, Ludger (Hg.): *Tschechische Philosophen im 20. Jahrhundert* (vgl. Anm. 3).

Jan Randák

POLITISCH-RELIGIÖSES TOTENGEDENKEN ZU BEGINN DER REVOLUTION VON 1848/49 IN MITTELEUROPA

Wie jede Revolution stellte auch die Revolution von 1848/49 eine Grenzsituation für das menschliche Handeln dar. Am deutlichsten tritt dieser Grenzcharakter in den großen politischen Ereignissen dieser Zeit hervor. Denn in der Revolution beeinflussten Symbole und Metaphern, die einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich waren, das Verhalten und Handeln der zeitgenössischen Akteure auch jenseits nationaler Traditionen. Sehen wir von nationalen Besonderheiten ab, erkennen wir, dass sich die Menschen auf den Straßen von Paris, Wien, Berlin oder Prag in einer ähnlichen Lage befanden, dass Menschen verschiedener Nationalität, die in verschiedenen Städten Europas lebten, in jenen Tagen ähnlichen Verhaltens- und Handlungsmustern folgten, die wir unter der Kategorie „Revolutionskultur“ zusammenfassen können.¹ Zur Revolutionskultur gehört auch der Umgang mit den Toten, der Kult um die Opfer der Revolution.² Reinhart Koselleck, dem wir wichtige Beiträge zur Erforschung des politischen Totenkultes verdanken, hat auf die Paradoxien dieses Themas hingewiesen: Des gewaltsamen Todes wird in erster Linie national gedacht, die Ikonologie des Todes jedoch ist übernational. In dieser Ikonografie geht es um die symbolische Bedeutung des gewaltsamen Todes, dessen Darstellung und Beschreibung nicht an nationale Grenzen gebunden sind. Was sich auf der politischen Ebene ausschließt, kann dennoch seinen Ausgang vom gleichen symbolischen Feld nehmen.³ Die Ausdrucksformen und Bilder des Todes bleiben über Jahrhunderte hinweg stabil, es ändern sich lediglich die Umstände, unter denen sie erscheinen.⁴

In den folgenden Betrachtungen wird das Totengedenken während der Märztage des Jahres 1848 anhand der äußeren Form untersucht, in der es sich den Teilnehmern der Begräbnisfeierlichkeiten wahrscheinlich dargeboten hat. Im Zentrum steht die Suche nach dem Bedeutungsgehalt von aus der Vergangenheit tradierten symbolischen Handlungen. Das öffentliche Nachdenken über die Toten war dabei einerseits eine unmittelbare Angelegenheit der Menschen jener Zeit, andererseits standen die mit ihm verbundenen Rituale und Reden im Kontext der Revolution von 1848/49.

¹ *Kaschuba, Wolfgang/Lipp, Carola*: Revolutionskultur 1848. Einige (volkskundliche) Anmerkungen zu den Erfahrungsräumen und Aktionsformen antifeudaler Volksbewegung in Württemberg. In: *Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte* 39 (1980) 141-164. – *Randák, Jan*: Revoluční kultura roku 1848. Pokus o možné vnímání revoluce [Die Revolutionskultur des Jahres 1848. Versuch einer anderen Sicht auf die Revolution]. In: *Český časopis historický* 104 (2006) H. 2, 333-349.

² *Hettling, Manfred*: Totenkult statt Revolution. 1848 und seine Opfer. Frankfurt/M. 1998.

³ *Koselleck, Reinhart*: Zur politischen Ikonologie des gewaltsamen Todes. Ein deutsch-französischer Vergleich. Basel 1998, 10.

⁴ *Gundolf, Hubert*: Totenkult und Jenseitsglaube. Mödling 1967, 189.

Meine Darstellung konzentriert sich auf die gesellschaftspolitische Interpretation der Opfer der ersten Straßenkämpfe im März 1848 im Rahmen der Trauerfeiern und aufwändig inszenierten Begräbnisse in den mitteleuropäischen Zentren der Revolution. Als Beispiele bieten sich die Prager Trauerfeier für die gefallenen Wiener Studenten und die Beisetzung der Märzgefallenen in Wien und Berlin an. Als eigenständiges Beispiel für den damaligen Umgang mit den Toten aus den eigenen Reihen wird abschließend die Behandlung der Märzgefallenen im jüdischen Milieu Wiens und Prags untersucht. Zu fragen ist, ob es sich bei dem ritualisierten Umgang mit den ersten Opfern im März 1848 in verschiedenen nationalen und religiösen Kontexten um unterschiedliche Erscheinungen handelte oder um ein allgemeines Phänomen jener Zeit, dessen Grundzüge in ganz Mitteleuropa gleich sind.

Der Kult um die Märzgefallenen in der Revolution von 1848

In der europäischen Gedankenwelt des 19. Jahrhunderts begegnen wir einer besonderen Form des Totenkultes. Im Gegensatz zum typisch christlichen Totengedenken wird im Revolutionskult nicht unterschiedslos aller Toten gedacht, sondern nur einiger ausgewählter – nämlich derjenigen, die eines gewaltsamen Todes starben und sich damit in den Augen der Hinterbliebenen für das Wohl der Gemeinschaft „geopfert“ hatten. Der gewaltsame Tod bzw. das Opfer gilt nämlich als Garantie für das Überleben, die Befreiung, den Sieg und – wenn wir in die religiöse Ebene hinüberwechseln – auch für die Erlösung. Der politische Totenkult interpretiert das Opfer als Voraussetzung für das Weiterleben der Gemeinschaft. Durch das Opfer, das selbst ein religiöser Akt ist, knüpft die erinnernde Gesellschaft an die archaische religiöse Tradition an. Der Toten im Zusammenhang des politischen Kults mit Hilfe der Kategorie des „Opfers“ zu gedenken, bedeutet so eine Annäherung einer weltlichen Zielsetzung an die religiösen Grundlagen.

Der Vorstellungswelt der Menschen in der Mitte des 19. Jahrhunderts hatten sich die gewaltsamen Veränderungen während der Französischen Revolution tief eingeprägt. Im Gedächtnis der Zeit hatte sich das Neue unlösbar mit Kampf und Gewalt verbunden. Hier sollte das Jahr 1848 keine Ausnahme bilden, wenn auch die Opferzahlen bei weitem nicht mit denen von 1789 zu vergleichen waren. Gleich ob in Wien, Berlin oder Prag verstand es die bürgerliche Gesellschaft, die Gewalt und ihre Opfer für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Indem ihr gewaltsamer Tod das Streben nach einer neuen Gesellschaftsordnung rechtfertigte, erlangten die Toten der Straßenkämpfe vom März 1848 eine legitimatorische Funktion. Gerade in ihren Toten fand die Gesellschaft die Grundlagen ihrer im Entstehen begriffenen Souveränität und Identität, mit deren Hilfe sie sich als politisches wie nationales Kollektiv behaupten konnte. Andererseits aber konnte die bürgerliche Gesellschaft die Gewalt nicht akzeptieren, ihre Berechtigung erschöpfte sich in ihrer legitimierenden Funktion. Denn als revolutionäre Bewegung mochte sich das Bürgertum nicht definieren, es suchte also einen Kompromiss mit der alten Ordnung. Im Falle Wiens und Berlins musste es sich jedoch mit den Toten der Märzkämpfe abfinden und nutzte diese zur Rechtfertigung der eigenen politischen Forderungen: Ein System, das mit den Bürgern nicht kommunizierte, ja sogar auf sie schießen ließ, war

schlecht und musste verändert werden. Die Toten waren daher nicht umsonst gestorben, sondern hatten ihr Leben für das Vaterland gegeben und für eine Zukunft, die sich von der Vergangenheit deutlich unterscheiden sollte. Durch ihren gewaltsamen Tod wurden die bürgerlichen Reformbestrebungen gerechtfertigt; ihr Sterben gewann dadurch eine neue Bedeutung.⁵

Eine wichtige Folge der ersten Todesfälle war der Zusammenschluss des Volkes. Das Gefühl der Verantwortung für das Schicksal des Vaterlandes, für das die ersten Opfer gefallen waren, vermittelte ein Empfinden der Zusammengehörigkeit. Die Lebenden sammelten sich symbolisch um ihre Toten, deren Vermächtnis unter neuen gesellschaftlichen Verhältnissen verwirklicht werden sollte. Das plötzliche Bedürfnis nach Zusammenschluss und Verbrüderung, das uns auch im Prager Frühling des Jahres 1848 begegnet, hatte neben symbolischen und religiösen Gründen auch ganz praktische Ursachen. Viele Menschen waren sich bewusst, selbst nur knapp dem Tode entronnen zu sein. Die erlebte Gewalt ließ sie näher zusammenrücken. Die Gemeinschaft bot Schutz, Zuflucht und Trost. Nun ging es darum, weiteres Blutvergießen zu verhindern. Das Vermächtnis der Toten, der „Märzgefallenen“, wie sie allgemein genannt wurden, stärkte den Zusammenhalt und die Solidarität innerhalb der Gesellschaft, wenn auch nur vorübergehend. Durch ihr gewaltsames Ende nahmen die Opfer indirekt Einfluss auf die folgenden Ereignisse: Ihre Taten wurden in entscheidenden Momenten erneut heraufbeschworen und dann lag es an den Lebenden, angemessen mit ihrem Vermächtnis umzugehen. So stärkte in den Prager Junikämpfen die Erinnerung an die Gefallenen auf den Barrikaden den Zorn auf den Gegner. Als am 12. Juni 1848 auf dem Rossmarkt, dem heutigen Wenzelsplatz, ein junger Mann vom Militär erschossen wurde, legten die Augenzeugen dieses Ereignisses den Leichnam auf eine improvisierte Bahre und präsentierten ihn als Beweis für die Willkür des Militärs dem Volk, das sie zu Kampf und Widerstand aufriefen.⁶

Wir können also behaupten, dass die Lebenden in ständigem Kontakt mit den Toten standen, die Toten und die Lebenden einander wechselseitig beeinflussten. Die Gefallenen wurden nicht in ein Jenseits abgedrängt. Das Weiterleben der Toten in den Erinnerungen der Gesellschaft gehört zu den universalen Strukturen der menschlichen Existenz und zeigte sich auch im März 1848. Durch die Opfer wurden die Lebenden gesegnet, und die Lebenden suchten darin die Rechtfertigung für ihr Handeln. Die Gefallenen der Straßenkämpfe wurden für ihre Zeitgenossen zum Symbol der Revolution, ihr Tod zu einem politischen Signal.

Mit den Märzgefallenen verband sich im Denken der Gesellschaft ein konkretes Bild, das eine ganz bestimmte Funktion hatte. Das einstige Leben der Gefallenen spielte dabei keine Rolle. Es ging nicht darum, die Individualität der Toten zu bewahren. Als Personen waren sie austauschbar, nicht austauschbar war jedoch der Augenblick ihres Opfertodes. So war es einerlei, wer starb, wichtig war nur, wie und

⁵ *Hettling*: Totenkult statt Revolution 7-16 (vgl. Anm. 2).

⁶ *Mahler, Oldřich/Broft*, Miroslav: Události pražské v červnu 1848 [Die Prager Ereignisse im Juni 1848]. Praha 1989, 182.

warum. Welches Leben die Gefallenen vor ihrem Ende geführt hatten, war nicht von allgemeinem Interesse, denn ihr Tod überschattete ihre vorangegangene Existenz und gab ihr eine neue Bedeutung. Ihr Vorleben wurde von der Aureole des Märtyrertodes zugedeckt. Und über Märtyrer durfte nichts Negatives gesagt werden. In letzter Konsequenz reduzierte sich in der öffentlichen Wahrnehmung ihr ganzer Lebensweg auf den Augenblick des Todes auf der Barrikade. Aus dieser besonderen Perspektive der Rückschau ergab sich für ihr irdisches Vorleben eine neue, „richtige“ Gestalt und Auslegung. Voraussetzung für die Wirksamkeit des Opfers im religiösen Kontext ist nämlich die Unschuld des Geopferten. Auch aus diesem Grund wird das irdische Leben im Gedenken an die Gefallenen übergangen.

Prag: Die Märzgefallenen und die gesellschaftliche Solidarität

Meine These ist, dass während der Revolution von 1848/49 Menschen an verschiedenen Orten Europas den gleichen Verhaltensmustern folgten. So begegnen wir auch im böhmischen Milieu – insbesondere in Prag als dem Zentrum des nationalen Lebens – der Verehrung der Toten der Revolution, und zwar gleich im März, was eigentümlich erscheinen mag, da es doch in Böhmen die ersten Todesopfer erst im Juni gab. Als in Berlin und Wien bereits die ersten Toten zu vermelden waren, stand Prag der Barrikadenkampf noch bevor. Während die bürgerliche Gesellschaft um einen gewaltfreien Veränderungsprozess bemüht war, erschien dies den Prager Studenten inakzeptabel; sie wollten als eigenständige und selbstbewusste Kraft in Erscheinung treten und den Gang der revolutionären Ereignisse selbst mitbestimmen.

Es waren daher die Hörer der Prager Universität, die gleich in den ersten Tagen der Revolution eine Seelenmesse für die gefallenen Wiener Studenten organisierten. Die Zeremonie fand am 21. März 1848 in der Teynkirche statt. Im Vergleich zur allgemeinen Atmosphäre der Märztage wurde die Versammlung von teilnehmenden Journalisten als ernst beschrieben.⁷ Laut dem Bericht in der „Bohemia“ konnte man den Teilnehmern die emotionale Bewegtheit an den Gesichtern ablesen. Die Messe wurde vom Rektor der Universität, Abt Hieronymus Zeidler, geleitet. Unterstützt von zahlreichen Geistlichen zelebrierte er im Beisein des akademischen Senats der Universität, des Prager Magistrats, der Mitglieder des St.-Wenzels-Ausschusses, der bewaffneten Verbände und zahlreicher Abordnungen um 10 Uhr am Hauptaltar das Requiem. Das Innere der Kirche war mit Trauerschmuck versehen, vor dem Hauptaltar stand ein hoher Katafalk, dessen Fuß mit den Wappen des Königreiches Böhmen, Österreichs, der Prager Städte und der 16 böhmischen Kreise verziert war. Auf seinen Stufen lagen ein Palmenzweig und Blumenkränze. Sie wurden zudem von Waffen und kleinen Fahnen verziert. Über dem Ganzen prangte die Aufschrift: „Für unsere in Wien gefallenen Brüder“. Zu den Seiten des Katafalks hielten Mitglieder der Studentenlegion mit gezogenen Säbeln und die Pedelle der einzelnen Fakultäten eine Ehrenwache. Parallel dazu wurden an den Nebentären stille Andachten „für die gefallenen Märtyrer der Freiheit“ abgehalten. Nach dem Requiem hielten der

⁷ Bohemia 21 (1848) Sondernummer.

Dekan der Philosophischen Fakultät, Augustin Smetana, und der Geistliche Václav Štulc Ansprachen.

Smetanas Rede wies bereits die Merkmale des Totenkults der Revolution von 1848/49 auf – obwohl der böhmischen Gesellschaft ihre eigenen Opfer noch bevorstanden. Wer waren dann die Toten, denen so viel Aufmerksamkeit geschenkt wurde? Es waren Brüder, „die ihrer Liebe zur Freiheit und zum Vaterlande zum Opfer gefallen“ waren.⁸ Smetana sprach von der Jugend, die Wiens Straßen bevölkert habe, um ihre geistige Freiheit zu erkämpfen. Rohe Gewalt habe sich ihrem berechtigten Streben entgegengestellt und den gewaltsamen Kampf gegen das Aufbegehren des jugendlichen Geistes eröffnet. Die Wiener Studenten hätten ihr irdisches Leben gegeben, um das geistige Leben zu gewinnen. Und plötzlich sei da ein Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den Menschen gewesen, eine Einheit, die ganz real gewesen sei, wie Smetana betonte:

Hab't ihr gesehen, wie die Freiheit ihren Triumph gefeiert, wie der Feind dem Feinde die Hände zur Versöhnung reichte, wie die Freunde mit stillem seligen Weinen einander an der Brust lagen, wie ein Geist uns Alle ergriff, uns Alle beseelte, wie frei und erhoben, wie glücklich Alle sich fühlten? Dies waren die ersten Blüten jenes Freiheitsbaumes, der aus dem Märtyrergrabe unserer gefallenen Brüder so schnell hervorgewachsen.⁹

Auf die Verbrüderung legte Smetana besonderen Wert, so rief er gegen Ende seiner Rede den Teilnehmern der Trauerfeier zu: „Einigkeit, festes Zusammenhalten und ausharrende Bruderliebe. Ein schöneres Denkmal könnt Ihr den Gefallenen nicht setzen als dieses.“¹⁰

Der Inhalt dieser Rede und der Ort, an dem sie vorgetragen wurde, weisen auf die religiöse Dimension des Totengedenkens hin. Daher ist es notwendig, diese Äußerungen vor dem Hintergrund ihrer religiösen Bedeutung zu interpretieren. Smetana bezeichnet die Toten als Märtyrer, die christliche Metaphorik zieht sich durch die gesamte Rede:

Dort auf der Freieung haben sie die blutigen Opfer in die dunkle Grabestiefe eingesenkt, todt Hüllen, aber lebendige Keime der Freiheit, die aus dem Märtyrergrabe so wunderbar schnell hervorgewachsen [...]. Unserer Zeit war dieses große Werk beschieden, unsere Zeit ist der blutende Messias der Jahrhunderte; sie haben ihn geschlagen, ins Angesicht haben sie ihm gespieen, und ans Kreuz haben sie ihn geheftet; nun ist er aus dem Grabe auferstanden, nun beginnt sein Reich, das Reich Gottes, das Reich der Wahrheit, der Freiheit und Liebe.¹¹

Die biblische Interpretation der Toten des März war keine Prager Besonderheit. Auch in Berlin wurde bei den Begräbnisfeierlichkeiten am 22. März eine Predigt gehalten, die sich auf das Gleichnis vom Weizenkorn nach Johannesevangelium (Joh. 12, 24) stützte, das in die Erde fällt, um später Frucht zu tragen.¹² Hier hieß es, dass

⁸ Smetana, Augustin: Worte zur Todten-Feier für die am 13. März als Freiheitsopfer gefallenen Wiener Studenten. Prag 1848, 2. In: Národní archiv v Praze [Nationalarchiv Prag, NA], Sbirka tisků 1848 [Sammlung von Druckschriften von 1848], Inv.-Nr. 589.

⁹ Ebenda 2.

¹⁰ Ebenda 3.

¹¹ Ebenda 2.

¹² Hettling, Manfred: Die Toten und die Lebenden. Der politische Opferkult 1848. In: Jansen, Christian (Hg.): Die Revolutionen von 1848/49. Erfahrung – Verarbeitung – Deutung. Göttingen 1998, 54-74, hier 60.

auch die Märzgefallenen um der Zukunft willen gestorben seien. Ihr schmerzlicher Tod konnte kein Zufall sein, sondern musste Teil eines göttlichen Plans sein. Im Geschehen jener Tage erfüllte sich Gottes Wille. Diese Vorstellung bezog auch den Glauben an Gottes Gerechtigkeit ein, die den Gefallenen für das erbrachte Opfer Auferstehung und Unsterblichkeit im Himmel sicherte. Die religiöse Rhetorik der revolutionären Trauergemeinden ging allerdings nicht so weit, eine eigene politisch-religiöse Heilslehre zu schaffen, vielmehr wurde die tradierte christliche Konzeption auf die aktuelle politische Situation übertragen.

Die Prager Trauerfeier muss bei den Teilnehmern einen tiefen Eindruck hinterlassen haben. Davon zeugen nicht nur die Berichte in den Zeitungen oder Tagebuchaufzeichnungen von Studenten, sondern auch literarische Bearbeitungen des Themas. Das Gedicht Wilhelm Wieners „An meine Brüder. Erinnerung an das Requiem für die in Wien gefallenen Studenten“¹³ gibt den Gefühlen Ausdruck, die der Autor mit den revolutionären Geschehnissen und dem Tod der Aufständischen verband. Der ganze Text steckt voller Allegorien und Metaphern. Da ist von Wolken die Rede, die den Himmel verdunkeln, von stürmischen Unwettern und dem Toben nächtlicher Orkane; dies alles sind Symbole für die gesellschaftliche Situation des Vormärz und den Umschwung in den Märztagen. Das versöhnliche Ende des Gedichtes verweist auf die Prager Trauerfeier:

Nur Erinn'ung stört die Feier,
Doch auch sie wird weichen.
Denn die Freiheit ist erstanden
Aus den Brüderleichen!
Friede euch und fromme Ruhe!
Thränen stürzen nieder:
Freudetropfen für die Freiheit,
Trauer um die Brüder!¹⁴

Wieners Verse deuten Sinn und Inhalt des Gedenkens an die Märzgefallenen an: Für die böhmische Gesellschaft, die noch keine eigenen Revolutionstoten zu beklagen hatte, verband sich die Trauer mit Freude.

Die Prager Trauerfeier blieb nicht die einzige in Böhmen. Ähnliche Veranstaltungen gab es auch in anderen Städten. Aus Pilsen (Plzeň), wo am 30. März 1848 auf Initiative der dortigen Studenten eine Feier zum Gedenken an die „Studierenden, die im Kampf für die Freiheit am 13., 14. und 15. März d. J. in Wien gefallen sind“, abgehalten wurde, sind mehrere Berichte überliefert.¹⁵ Die Feier wurde von den Pilsener Studenten als Ehrung für die Kameraden organisiert. Während der Seelenmesse hielten sechs bewaffnete Studenten und vier Gardisten eine Ehrenwache am Katafalk. Sie demonstrierten damit auch die Einheit der Pilsener Gesellschaft. Von den städti-

¹³ Wiener, Wilhelm: An meine Brüder. Erinnerung an das Requiem für die in Wien gefallenen Studenten. Prag 1848.

¹⁴ *Ebenda* 3.

¹⁵ Hruška, Martin: Kniha pamětní královského města Plzně od roku 1775 až 1870 [Gedenkbuch der königlichen Stadt Pilsen vom Jahr 1775 bis 1870]. Plzeň 1883, 463. – Toužimský, Josef: Na úsvitě nové doby [Am Anbruch einer neuen Zeit]. Praha 1897, 225.

schen Honoratioren nahmen der Bürgermeister, Vertreter des Magistrats, Professoren und andere Bürger an der Feier teil. Da von dieser Veranstaltung kein Redetext überliefert ist, ist ein Vergleich mit den Ansprachen von Prag, Wien und Berlin nicht möglich. Es steht jedoch zu vermuten, dass sich die verschiedenen Reden nicht allzu sehr voneinander unterscheiden. Diese Annahme wird durch den Text eines Liedes gestützt, das in deutscher Sprache verfasst wurde und den Wiener Opfern gewidmet war.¹⁶ Unter dem Titel: „Beim Katafalk“ bietet es eine eindringliche Schilderung der Atmosphäre bei der Pilsener Trauerfeier und macht ein erneutes, ästhetisch überhöhtes Mitfühlen und Miterleben möglich:

Was klingt der Orgelton so dunkel? Wovon künden die Lieder? Was bedeutet die dunkle Pracht des Katafalks? Was der Kerzenschein? Sie zeigen den Schmerz und die Klage der Trauernden. Denn wir gedenken heute des Falls unserer Brüder, die treue Söhne der Musen waren. In den Klang der Posaunen mischen sich die Töne der Trauer. Still senkt die Muse ihr Haupt, sie weint um die Söhne, die ihr entrissen wurden.¹⁷

Nachdem solcherart die Tragik des Todes heraufbeschworen wurde, wendet sich der Text des unbekanntem Autors den Opfern zu, die ganz im Stil des zeitgenössischen Kultes um die Märzgefallenen direkt angesprochen werden:

Ihr Edlen habt durch euer Blut den Bruderbund hergestellt. Um den höchsten Preis habt ihr die Freiheit erleuchtet. Der Ruhm wurde euch zum Schild, ihr tapferen Söhne Österreichs! „Freiheit“ war das letzte Wort, das über eure Lippen kam. Wir stehen an euren Särgen und singen die vertrauten Lieder. Das Licht der Freiheit erstrahlt in neuem Glanz und wir winden euch einen Lorbeerkranz.¹⁸

Wie die Trauerredner wandten sich auch die Studenten direkt an die Wiener Kommilitonen, um ihre Anteilnahme am Schicksal der Märzgefallenen zum Ausdruck zu bringen. Ihr Aufruf „An die Wiener Studentenschaft“ wurde sowohl in der Zeitschrift „Včela“ (Die Biene) veröffentlicht als auch in Form eines Flugblatts verbreitet. Der von den Mitgliedern des Ausschusses der Prager Studentenschaft unterzeichnete Aufruf ist in ähnlichem Ton gehalten wie die Rede Augustin Smetanas und bezieht sich auf das zeitgenössische Muster des öffentlichen Trauererlebnisses. Der kurze Aufruf beschwört nicht einfach nur Zusammenhalt und Brüderlichkeit, sondern bezieht in diesen Gedanken alle Völker der Habsburgermonarchie mit ein:

Ehre und ewigen Ruhm den für die heilige Sache Gefallenen; wir weinen nicht nur mit Euch an ihren Leichen, wir bieten Euch über ihnen die Hand zur treuen Verbrüderung. Ihr Blut hat die Völker Österreichs fester aneinandergeknüpft.¹⁹

Dementsprechend haben die Wiener Märzgefallenen nicht nur das Volk befreit, sondern auch seinen Kaiser, ein Gedanke, in dem die Idee vom an sich gütigen Herrscher, der nur von schlechten Ratgebern umgeben ist, aufscheint: „Sie haben

¹⁶ *Hruška*: *Knih pamětní* 463 (vgl. Anm. 15).

¹⁷ *Ebenda*.

¹⁸ *Ebenda*.

¹⁹ Na studentstvo vídeňské [An die Wiener Studentenschaft]. In: NA, *Sbírka tisků* 1848, Inv.-Nr. 582.

durch ihren Opfertod nicht nur uns, sie haben auch unsern guten, edlen Kaiser befreit!“²⁰

Welch herausragende Bedeutung den Wiener Märzgefallenen zugeschrieben wurde, zeigt sich darin, dass sie Gegenstand von Flugschriften und Liedern wurden. Der Prager Deutsche Karl Hickel verfasste ein Flugblatt mit dem Titel „Die Opfer des 13. März 1848“, in dem er die schon aus der Trauerrede Smetanas vertraute Befreiungs- und Verbrüderungsrhetorik wiederaufgriff:

Aber alle jene göttlichen Gaben, wir verdanken sie vor Allem jenen edlen Jünglingen, welche begeistert von Freiheits- und Vaterlandsiebe die junge Brust dem Bajonette, der Kugel entgegen warfen, welche jubelnd den Römertod starben, auf daß ihre Brüder frei würden [...]. Und es fielen aus unser Mitte Brüder, zum Tode getroffen, Verwundete lagen auf den Straßen, nicht achtend den Schmerz, nur denkend an ihr Vaterland; – aber das Werk wurde vollbracht und die gefallen, waren die Opfer der Versöhnung. Fester wird und muß ihr heiliges Blut die Völker aller Reiche verbinden unter sich, wie mit dem Throne [...]. Slaven fielen in Wien mit Deutschen für eine große gemeinsame Sache; lasset uns ihrem Beispiele folgen, lasset ihr Blut auch bei uns zum Bande der Bruderliebe werden.²¹

Interessant ist auch das tschechische Lied „Die Geliebte des Helden. Eine Szene aus dem Kampf für die Freiheit am 18. März 1848 in Berlin“.²² Beachtung verdient es wegen zweier Besonderheiten. Zum einen handelt es von einem Ereignis außerhalb Österreichs. Zum anderen gelangt mit der Heldin des Liedes eine Frau in den männlich geprägten Raum der Revolution, indem ihr ein eigenständiger Anteil an den revolutionären Ereignissen zugestanden wird. Das Lied berichtet von einer jungen Frau, die während der Barrikadenkämpfe in Berlin ihren Geliebten im Kampf unterstützt. Als er erschossen wird, greift sie ohne zu zögern nach seinem Gewehr und feuert kaltblütig auf die Soldaten. Als die Kämpfe zu Ende sind und die Toten fortgetragen werden, ist unter ihnen auch die „Geliebte des Helden“. Das Lied endet mit einem Aufruf an die tschechischen Frauen, sich an der Seite ihrer vaterländisch gesinnten Männer in die nationale Bewegung einzureihen und, wenn es die Umstände erfordern, im Kampf für Freiheit, Recht und Vaterland auch das eigene Leben einzusetzen.²³

Das tschechische Lied „Der Tod für das Vaterland“ ist in seinem Inhalt indessen ganz auf die böhmischen Verhältnisse ausgerichtet.²⁴ Es vermittelt seinen Hörern die Botschaft, dass der größte Ruhm darin bestehe, für das Vaterland zu sterben. In unterschiedlichen Variationen ruft der böhmische Löwe das böhmische (tschechische) Volk zum Kampf für Gott, das Vaterland und die tschechische Sprache auf. Die Form des schlichten Liedes war besonders gut geeignet, um die Idee des Kämpfens und Sterbens für das Vaterland an das Volk heranzutragen.

²⁰ *Ebenda* 90.

²¹ *Hickel*, Karl: Die Opfer des 13. März 1848 (Ein Erinnerungsblatt). Prag 1848. In: NA, Sbirka tisků 1848, Inv.-Nr. 591.

²² *Hrdinova milenka. Výjev z boje pro svobodu v Berlíně dne 18. března 1848* [Die Geliebte des Helden. Eine Szene aus dem Kampf für die Freiheit am 18. März 1848 in Berlin]. In: *Novotný*, Miloslav (Hg.): *Letáky z roku 1848* [Flugblätter aus dem Jahre 1848]. Praha 1948, 75.

²³ *Ebenda*.

²⁴ *Smrt pro vlast* [Der Tod für das Vaterland]. In: *Novotný* (Hg.): *Letáky* 204 (vgl. Anm. 22).

Wien: Die Märzgefallenen und die gesellschaftliche Stabilisierung

Am Beginn der revolutionären Ereignisse in Wien stand ein Angriff des Militärs auf eine Versammlung vor dem Gebäude des niederösterreichischen Landtages am 13. März 1848. Der Militäreinsatz forderte die ersten Todesopfer der Revolution. Am bekanntesten wurde Karl Heinrich Spitzer, ein Student, mährischer Slawe und Jude aus Bisenz (Bzenec), dessen Tod aufgrund seiner Jugend besondere öffentliche Anteilnahme weckte.²⁵ Einer der Teilnehmer der Demonstration, Friedrich Kaiser, beschrieb die Atmosphäre jener Stunden des Kampfes: Er sei innerlich aufgewühlt gewesen, als er die ersten Toten sah, wollte in die Hofburg eindringen und die Bestrafung der Mörder fordern.²⁶ Die Leichen wurden ins Allgemeine Krankenhaus gebracht und dort in der Kapelle auf einem gemeinsamen Katafalk aufgebahrt. Vier Tage später, am 17. März 1848, fand ihre Beerdigung statt.

An jenem Freitag versammelten sich um die Mittagszeit die Studenten auf dem Universitätsplatz. Auch Professoren und geistliche Vertreter der theologischen Fakultät waren zugegen. Beim Klang mit schwarzem Tuch bezogener Trommeln setzte sich der Trauerzug in Bewegung. Auf dem Weg zum Allgemeinen Krankenhaus schlossen sich Abteilungen der bewaffneten Verbände und andere Bürger dem Marsch an. Nach der Ankunft im Krankenhaus begaben sich die Geistlichen in die Kapelle, um die Leichen für die letzte Reise zum Friedhof vorzubereiten. Sie trafen in der Kapelle auf jüdische Geistliche, die zur Teilnahme an der gemeinsamen Beisetzungszeremonie eingeladen worden waren. Vom Krankenhaus begab sich die umfangreiche Trauergemeinde auf den Weg zum Schmelzer Friedhof. Der Zug wurde von einem Gardisten angeführt, der eine Fahne mit der Aufschrift: „Die für die Freiheit gefallenen Brüder“ trug. Hinter ihm folgten die Wagen mit den Särgen. In dem Trauerzug waren verschiedene Organisationen vertreten, vor allem die Bürgerwehr, es folgten die Studenten und die Geistlichen.²⁷ Das äußere Erscheinungsbild des Zuges wurde von zahlreichen Fahnen, Wimpeln, Kränzen und Aufschriften geprägt. Einer dieser Kränze wurde als Symbol der Reinheit von mehreren weiß gekleideten Mädchen getragen. Unter den Losungen, die zu sehen waren, gab es solche, die die neuen Verhältnisse reflektierten, also von der Verfassung, der Freiheit und Ordnung kündeten. Andere erinnerten an die Opfer und das vergossene Blut. Der Hauptakt spielte sich auf dem Friedhof ab. Als Redner traten der katholische Geistliche Anton Fuster, der Professor Josef Neumann, außerdem Josef Pauer als Vertreter der evangelischen Kirche sowie Rabbiner Mannheimer und Kantor Schulzer für die Juden auf. Nach dem ursprünglichen Programm sollte Professor Fuster als Erster sprechen, dieser trat jedoch als Zeichen der Toleranz das Ehrenrecht der ersten Ansprache an Rabbiner Mannheimer ab.²⁸ Der letzte Redner der Zeremonie war als Vertreter der Laien der Offizier der Bürgerwehr Scherzer.

Zu der Beisetzung kamen so viele Menschen, dass sie den Charakter einer politischen Demonstration annahm. Darin glich sie der Berliner Begräbnisfeier, die eben-

²⁵ Reschauer, Heinrich: Das Jahr 1848. Geschichte der Wiener Revolution. Bd. 1. Wien 1872, 227 f.

²⁶ *Ebenda* 228.

²⁷ Smets, Moritz: Das Jahr 1848. Geschichte der Wiener Revolution. Bd. 2. Wien 1872, 16.

²⁸ *Ebenda*.

falls weniger eine religiöse Zeremonie als ein politisches Zeichen war. Aus Sicht des liberalen Bürgertums, dem an einer Radikalisierung der Revolution nicht gelegen war, sollte die Trauerfeier den sozialen Konflikt dämpfen, der von den ersten Stunden der Revolution an zwischen Fabrikanten und liberalem Bürgertum auf der einen Seite, Handwerkern, Arbeitern und Arbeitslosen auf der anderen Seite schwelte. Dass die soziale Frage in den Augen des liberalen Bürgertums nicht das drängendste Problem war, belegen auch die Losungen auf den mitgeführten Fahnen: „Constitution, Freiheit und Ordnung“ sowie „Ruhe und Treue“ waren da zu lesen und sogar „Standrecht für Raub und Brandlegung“.²⁹ Nachdem die letzte Rede verklungen war, ertönten Trauerchoräle und zuletzt ein Psalm aus dem Alten Testament, den der jüdische Kantor Schulzer vortrug. Erst gegen sechs Uhr abends löste sich die Versammlung auf. Die mehrstündige Zeremonie hatte dank ihres Poms wie ihres ruhigen Verlaufs alle tief beeindruckt. Die Beisetzung der Märzgefallenen wirkte erhebend und einigend zugleich.

Auf eine detaillierte Analyse der einzelnen Reden muss hier aus Platzgründen verzichtet werden. Mit Ausnahme der Rede Mannheimers kehren in allen Ansprachen die gleichen Gedanken wieder.³⁰ Die Redner nahmen die vorangegangenen Ereignisse als Umbruch wahr. Sie versprachen sich von ihnen eine Änderung der bestehenden Verhältnisse, wobei jedoch die Monarchie als Grundlage des österreichischen Staates nicht angetastet werden sollte. Sie hofften, dass der Kaiser nun nicht länger den Einflüsterungen seiner Ratgeber folgen, sondern eigenständig handeln würde. Die zu Grabe getragenen Opfer unter den Zivilisten wurden als Preis für die Veränderungen bezeichnet, ihrem Tod somit Sinn zugesprochen. Redner und Trauergemeinde sahen in den Märzgefallenen Helden. Mehrfach taucht in den Reden das Bild der Saat auf; die Toten werden als Saat im Boden des Vaterlandes bezeichnet, aus der die neue Freiheit erwächst. Diese Metapher ist in den Ehrungen für die Märzgefallenen immer wieder zu finden, in Berlin wie in Wien und auch in den böhmischen Ländern. Überall wird dieselbe biblische Sprache verwendet, die auf das Gleichnis vom Weizenkorn aus dem Johannesevangelium zurückgeht. Trotz der großen Entfernung zwischen Berlin und Wien ist die Metaphorik im Gedenken an die Märzgefallenen nahezu identisch, die Sicht auf die Toten praktisch gleich.

Ein weiterer bemerkenswerter Zug aller Reden zeigt sich in der Wahrnehmung der letzten Ruhestätte als heiliger und erhebender Ort. Aus dem Wesen des Opfertodes entspringt eine besondere Aura, die auch das Umfeld des Grabes einschließt. Zudem verbinden alle Ansprachen den Opfertod mit einer gewissen Fröhlichkeit, als wollten sie sagen, die Gefallenen hätten sich gern geopfert. Sicher dienten diese Äußerungen dazu, der Trauer etwas von ihrer Schwere zu nehmen.

Bezeichnenderweise fragte die Trauergemeinde nicht nach der Lebensgeschichte der Gefallenen. Sofern nicht ein konkretes Opfer als Vorbild herausgegriffen

²⁹ Häusler, Wolfgang: Die Wiener „Märzgefallenen“ und ihr Denkmal. Zur politischen Tradition der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848. In: Haider, Barbara/Hye, Hans-Peter (Hgg.): 1848 – Ereignis und Erinnerung in den politischen Kulturen Mitteleuropas. Wien 2003, 251-276, hier 256.

³⁰ Alle Redetexte bei Smets: Das Jahr 1848, 17-19 (vgl. Anm. 27).

wurde, blieben die Toten sogar weitgehend anonym. Josef Pauer erklärte in seiner Ansprache sogar ganz offen, dass der Lebensweg der Gefallenen für die Gesellschaft nicht relevant sei.³¹ Erst im Augenblick ihres Todes wurden sie interessant. So zeigt sich in der Beisetzung der Wiener Märzgefallenen geradezu paradigmatisch der Umgang der Gesellschaft mit den Toten, ein Umgang, in dem durch die aktive Teilnahme Rabbiner Mannheimers auch die jüdische Emanzipation zum Ausdruck kam.

Berlin: Die Märzgefallenen in der politischen Predigt

Die zentrale Trauerfeier der preußischen Gesellschaft war die Beisetzung der Märzgefallenen am 22. März 1848 in Berlin. Auch bei dieser eindrucksvollen Großveranstaltung verband sich die religiöse Trauerzeremonie mit einer politischen Demonstration. Die Feier begann um 14 Uhr mit dem Zug von 183 Särgen von der Neuen Kirche – dem Deutschen Dom – auf dem Gendarmenmarkt zum Friedrichshain. Auf Befehl des preußischen Königs nahmen sämtliche Berliner Geistlichen an der Beisetzung teil. Darin zeigte sich, dass der Veranstaltung von höchster Stelle große religiöse Bedeutung beigemessen wurde. Auf dem Friedhof sprach als einer der Hauptredner der Prediger Sydow. Kern seiner Predigt war das Gleichnis vom Weizenkorn nach dem Johannesevangelium.³²

Sydow verwies auf Christus, der dem Tod seine Macht genommen habe, denn mit Jesus Christus erwachse aus dem Tod wieder neues Leben. Wohl habe der Tod in den vergangenen Tagen „reiche Ernte gehalten“, doch die, die gestorben seien, würden zu einer von Gott gesegneten neuen Saat, die einmal reiche Früchte tragen werde und eine bessere Zukunft verheiße:

Im Herrn geliebte Brüder! Der, welcher dem Tode die Macht genommen [...] Christus, deutet uns in diesem Wort das Gesetz des Weltganges, und der Gott, unter dessen Himmel wir stehen, hat es von neuem bewährt vor unsern Augen: Aus dem Tode das Leben! [...] Blick hin auf diese Reihe von Särgen. Eine „reiche Ernte hat der Tod gehalten. Dieser Leben sterbliche Hüllen wollen wir jetzt in die Erde einsenken, auch unter Gottes Segen ein fruchtereiches Samenkorn uns und den zukünftigen Zeiten.“³³

Sydow verband das Schicksal der Toten mit dem der Lebenden. Ihm zufolge legte die Trauergemeinde den Toten auch die Gewissheit mit ins Grab, dass sie nicht umsonst gestorben seien, dass sie sich für Gott, die Moral und die Verständigung geopfert hätten. In diesem Zusammenhang sprach der Prediger von der aufkeimenden Hoffnung, die von den Lebenden nicht zerstört werden dürfte, da sie Licht in die herrschende Finsternis bringe. Dann wandte er sich direkt an die Verwandten und Freunde der Toten und versicherte ihnen, ihre Trauer werde von Millionen anderen Menschen geteilt, die die Sorge um ihre Stadt, ihr Vaterland und die Zukunft als ein heiliges Vermächtnis der Gefallenen annähmen. Diese Versicherung, die den schmerzlichen Verlust der nahestehenden Menschen erträglicher machen sollte, ver-

³¹ *Ebenda* 18.

³² *Schubert*, Ernst: Die evangelische Predigt im Revolutionsjahr 1848. Ein Beitrag zur Geschichte der Predigt wie zum Problem der Zeitpredigt. Gießen 1913, 7 f.

³³ *Ebenda* 7.

band Sydow mit der Erklärung, dass die Toten durch ihr Blut den Lebenden zum Heil verholfen und Gottes Willen erfüllt hätten. In diesem großen heilsgeschichtlichen Zusammenhang sei ein Menschenleben kein zu hoher Preis.

Schließlich warnte der Prediger davor, Zorn und Rachegefühle aufkommen zu lassen: Die Gräber geböten es, den Kämpfern auf beiden Seiten Respekt zu zollen. Hass auf das Militär sei fehl am Platze, da die Soldaten keine Verantwortung für den Tod trügen, vielmehr seien sie selbst für die Erfüllung ihrer Pflichten gestorben. Folglich forderte Sydow zur Vergebung auf: So wie Gott allen vergeben werde, solle auch der Bruder dem Bruder vergeben. Sydow enthob mit dieser Wendung die Soldaten jeglicher Schuld und stellte sie auf eine Ebene mit den Zivilisten. Dieser Sichtweise hätte ein gemeinsames Begräbnis der gefallenen Zivilisten und Soldaten entsprochen, wie es ursprünglich auch beabsichtigt gewesen war. Doch wurde diese versöhnliche Geste, wie Sydow bedauerte, verwehrt. Die Schuld an den Vorfällen trage allerdings nicht der König, sondern seine Umgebung, die Sydow nicht näher spezifizierte. Er sprach hier nur ganz allgemein von Wolken, die sich zwischen den König und sein treues Volk geschoben hätten. Damit bot er ein ähnliches Erklärungsmuster für den Konflikt, wie es schon auf der Wiener Begräbnisfeier zu hören gewesen war. Den Toten wurde zugeschrieben, die Gesellschaft zu Einigkeit und gemeinsamer Arbeit für die Zukunft zu mahnen. Ohne Unterschied der politischen Anschauungen und der sozialen Herkunft sollte sich das Volk um seinen König scharen; die Gräber, in denen die Märtyrer für Freiheit und Recht ruhten, sollten als heilige Mahnung in die Zukunft weisen.

In ähnlichem Geist war auch die kurze Ansprache des katholischen Geistlichen Joseph Ruland gehalten.³⁴ Ruland segnete die Toten und erinnerte an den inneren Zwiespalt der Gesellschaft. Auf der einen Seite stünden Tod und Verwesung, auf der anderen Auferstehung und Leben. Die Herzen der Hinterbliebenen würden so von zwei widerstrebenden Gefühlen bedrängt: Trauer und Freude. Trauer angesichts der Zahl der Opfer und Freude darüber, dass sie alle gemeinsam in einem Grabe geborgen seien, das als Zeichen der Einigung und Auferstehung dienen werde.

Die Reden der Berliner Begräbnisfeier blieben nicht die einzigen Äußerungen zum Gedenken an die Märzgefallenen in Preußen. Am Tag nach der feierlichen Beisetzung, am 23. März 1848, wurde ein Aufruf des Berliner Senats an die Geistlichen aller Konfessionen veröffentlicht, Gottesdienste zum Gedenken an die Gefallenen abzuhalten. Obwohl der Aufruf nur für Berlin galt, fand er auch in anderen Städten Gehör. Im Folgenden soll auf einige Predigten eingegangen werden, in denen – abweichend vom Gros zeitgenössischer Reden – auch kritische Töne zu den Berliner Vorfällen laut wurden.

Die Predigt, die Pfarrer J. Rupp am 26. März in Königsberg hielt, orientierte sich stärker an politischen Fragen und war weit weniger optimistisch als die Berliner Reden. Interessant sind vor allem Rupp's Gedanken über den Preis, der für die Erringung der neuen Verhältnisse gezahlt werden musste. Könne es denn ein größeres

³⁴ *Ruland, Joseph: Einige Worte zur Einsegnung der in der Nacht vom 18. zum 19. März 1848 gefallenen Bürger. Berlin 1848.*

Glück geben, als sein Leben für den Glauben und die eigenen Überzeugungen hinzugeben? Mit dieser rhetorischen Frage wollte Rupp den Schmerz der Hinterbliebenen lindern. Doch, fuhr er fort, sei zu bedauern, dass das Volk blutige Schuld auf sich geladen habe, denn hier sei das Blut von Bürgern durch die Hände anderer Bürger vergossen worden und dies sei ein Verbrechen, das die Geschichte des Volkes schände, habe doch bisher das Volk die Waffen stets nur gegen äußere Feinde gerichtet.³⁵ Rupp machte hier keinen Unterschied zwischen Soldaten und Zivilisten, er sprach nur allgemein von Bürgern. Damit bezog er die Soldaten in den Kollektivbegriff des Volkes ein. Der Ton seiner Ansprache war dramatisch und anklagend zugleich.

Der Bürger mit der Waffe, der Soldat also, fürchte das blutige Handwerk nicht und sei im Stande, seinen Bruder ebenso kaltblütig zu töten wie der Jäger das Wild.³⁶ Schuldig werde hier nicht ein konkreter Mensch, denn beide Seiten gehörten ein und demselben Volk an. Die Verantwortung liege deshalb bei der gesamten Gesellschaft. Natürlich kannte Rupp die Argumente derer, die die Schuldigen in der Umgebung des Königs suchten, doch war er nicht bereit, die übrige Gesellschaft aus der Verantwortung zu entlassen. Im Abschluss seiner Predigt merkte er kritisch an, seit den Märzkämpfen seien bereits einige Tage vergangen, doch das Einzige, was es in der Zwischenzeit gegeben habe, seien zahllose Reden, Dankadressen und Trauerzüge. Ohne wirkliche Taten jedoch seien diese Äußerungen nichts weiter als ein Spiel kindischen Leichtsinns.³⁷

Es gab also keineswegs nur positive Kommentare zu den Märzereignissen. Im Gegenteil, manche Stellungnahmen waren sogar ausgesprochen negativ und verdeutlichen, wie weit das weltanschauliche Spektrum damals reichte. Auch die Verehrung der Märzgefallenen wurde nicht von allen Zeitgenossen geteilt. So beklagte in Halle an der Saale der evangelische Pfarrer Tholuck, wie sehr sich nach einigen Tagen Revolution die Begriffe „Recht“ und „Pflicht“ gewandelt hätten. Als Verbrecher gälten nun Soldaten, die ihren Eid nie gebrochen hätten. Dagegen würden diejenigen, die die Waffen erhoben, als die Freiheiten doch bereits gewährt worden waren, als Freiheitskämpfer bezeichnet. Vielerorts verbreite die Revolution nichts als Schrecken. Ebenso ratlos wie entsetzt rief Tholuck mit den Worten des Herrn: „Mein Volk, mein Volk, was habe ich dir getan, daß du mir so vergiltst mit den Werken deiner Hand?“³⁸ Noch weiter als Tholuck ging Pfarrer Sander in Elberfeld, der in den Märzereignissen sogar die Wiederkehr des Antichrist erblickte.³⁹

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die meisten Predigten, die anlässlich der Beisetzung der Märzgefallenen in Preußen gehalten wurden, große Ähnlichkeiten aufwiesen. Die Prediger beschworen das Vermächtnis der Märzgefallenen, ihr Heldentum, das die Lebenden zur Vollendung des Werkes und zu seiner erfolgrei-

³⁵ Schubert: Die evangelische Predigt im Revolutionsjahr 1848, 14-17, hier 14 (vgl. Anm. 32).

³⁶ Ebenda 15.

³⁷ Ebenda.

³⁸ Ebenda 17.

³⁹ Ebenda 18.

chen Weiterentwicklung verpflichtete. Auf die Barrikadenkämpfe sollte nun eine Zeit des selbstlosen Wirkens zum Aufbau einer gerechten Gesellschaft folgen. Die Redner waren sich des hohen Preises, der mit den Menschenleben gezahlt worden war, sehr wohl bewusst und bemühten sich, den Verlust durch eine Würdigung des Heldentums der Gefallenen, ihrer Selbstaufopferung für die gemeinsamen Überzeugungen, auszugleichen. Den Hinterbliebenen spendete so das Wissen um die Bedeutsamkeit des Opfertodes ihrer Angehörigen einen gewissen Trost. Einige Redner jedoch stellten sich gegen die Mehrheitsmeinung und verbanden die Märzereignisse vor allem mit Unglück, Anarchie und der Erschütterung bislang bestehender Gewissheiten. Diesen kritischen Kommentaren gelang es teilweise wesentlich besser, die Schwierigkeiten der eingetretenen politischen Situation zu erfassen als den Apologeten der Märzgefallenen.

Die Juden: Die Märzgefallenen und die gesellschaftliche Emanzipation

Die jüdische Bevölkerung versuchte, den positiven Einfluss des Gedenkens an die Märzgefallenen auf den Zusammenhalt in der Gesellschaft für ihr eigenes Emanzipationsstreben zu nutzen. Sie war sich ihrer benachteiligten Stellung sehr wohl bewusst und hoffte, ihre Opfer während der Barrikadenkämpfe würden ihr stärkere gesellschaftliche Anerkennung durch die christliche Bevölkerungsmehrheit bringen. Im Hinblick auf die religiöse Rhetorik könnte man von einer Art „Erlösung“ durch die Märzgefallenen sprechen. Deutlich wird dies in der Trauerrede für die gefallenen Studenten des Wiener Rabbiners Isaak Noah Mannheimer. Seiner Darstellung zufolge sollten die jüdischen Opfer der Revolution die Feindschaft der christlichen Bevölkerung überwinden.⁴⁰ Unter den Wiener Märzgefallenen befanden sich zwei Juden, der Webergeselle Bernhard Herschmann und der Student des Wiener Polytechnikums Karl Heinrich Spitzer, der aus Mähren stammte und im tschechischen Milieu als Slawe, ja als erstes slawisches Opfer des Wiener Freiheitskampfes bezeichnet wurde. Spitzer galt somit als Beweis für die enge Verbundenheit der slawischen Völker mit dem Schicksal der Monarchie.

Die bereits oben beschriebene Wiener Begräbnisfeier stand im Zeichen konfessioneller Toleranz. Neben den christlichen Geistlichen nahmen im Gedenken an die gefallenen Juden Rabbiner Mannheimer und Kantor Schulzer an der Veranstaltung teil. Mannheimer sah die Chance, den Juden zu mehr Anerkennung unter den Christen zu verhelfen. Er sprach bei der Trauerfeier als Erster:

So bete ich für sie und ihre christlichen Brüder, denn sie sind uns Allen, und sind meinem Herzen Einer wie der Andere werth und theuer; es sind Menschenseelen, geschaffen in deinem Ebenbilde und Gleichnisse, die deinen Namen geheiligt auf Erden.⁴¹

Nach diesem Bekenntnis zur Einheit der Gesellschaft charakterisierte Mannheimer die Aufgabe der jüdischen Toten im spezifisch israelitischen Kontext:

Möge Euer Verdienst vor Euch hergehen, die Herrlichkeit Gottes Euch empfangen! Das sei der Segen Gottes, den ich spreche über Euch! Ihr habt geheiligt den Namen Eures Gottes, Ihr

⁴⁰ *Mannheimer*, Isaak Noah: Leichenrede für die in Wien gefallenen Studenten. Prag 1848.

⁴¹ *Ebenda* 2.

habt den einst so glorreichen Namen Israel für Eueren Theil gerettet von dem, was ihm die Welt Schmähhliches hat angehängt.⁴²

Am Schluss seiner Rede wandte sich der Rabbiner an den christlichen Teil der Gesellschaft:

Es sei mir noch ein Wort vergönnt an meine christlichen Brüder! Ihr habt gewollt, daß die toten Juden da mit Euch ruhen in Eurer, in einer Erde. Sie haben gekämpft für Euch, geblutet für Euch! Sie ruhen in Eurer Erde! Vergönnet nun aber auch denen, die den gleichen Kampf gekämpft und den schwereren, daß sie mit Euch leben auf einer Erde, frei und unverkümmert wie Ihr [...]. Nehmet auch uns auf als freie Männer, und Gottes Segen über Euch!⁴³

Den jüdischen Opfern wurde eine besondere Sendung zugeschrieben, die in dieser Form bei den Christen nicht zu finden ist. In der Ansprache des Rabbiners gehen zwei an sich getrennte Gebiete, Religion und Politik, eine enge Verbindung ein, wie sie bei ähnlichen Anlässen häufig anzutreffen war.

Die jüdische Beteiligung an der Wiener Begräbnisfeier blieb nicht der einzige Versuch einer Annäherung an die christliche Mehrheitsgesellschaft. Am 23. März 1848 wurde in Prag eine jüdische Gedenkfeier für die Wiener Märzgefallenen abgehalten, denn auch hier setzte die jüdische Minderheit in die anbrechende Epoche große Erwartungen. Die Feier fand in der „Alten Schule“, dem Vorgängerbau der heutigen Spanischen Synagoge in der Heilig-Geist-Gasse (Dušní ulice), statt und war speziell den gefallenen Studenten gewidmet. Mit der Teilnahme christlicher Studenten und einiger Vertreter vaterländischer Vereine wurden bisher bestehende gesellschaftliche Schranken durchbrochen. Die Synagoge war festlich geschmückt, der Innenraum ganz in Schwarz gehalten. In der Mitte stand ein mächtiger Katafalk, umgeben von brennenden Kerzen. An seiner Stirnseite prangten der böhmische Löwe und die Aufschrift: „Gebe Gott ihnen die ewige Freude!“⁴⁴ Um den Katafalk herum bildeten jüdische Studenten mit gezogenen Säbeln eine Ehrenwache.

Die Festrede hielt Rabbiner Saul Isaak Kämpf. Es war eine fromme Ansprache, die dennoch engagiert das Zeitgeschehen einbezog. Von den Wiener Beisetzungsfestlichkeiten unterschied sich die Prager Gedenkfeier bereits durch die physische Abwesenheit der Toten. Das machte das Totengedenken in Prag nicht weniger ernsthaft, bot aber mehr Raum für politische Erwägungen: Rabbiner Kämpf stellte die Toten nicht in den Mittelpunkt seiner Ausführungen, er erwähnte sie nur. Das zentrale Thema der Rede war die Emanzipation der jüdischen Gemeinschaft. Die Toten vermittelten dieses Anliegen nur, gaben der Veranstaltung Anlass und Rahmen. In diesem Sinne lässt sich die Synagogenfeier mit der Gedenkveranstaltung christlicher Studenten in der Prager Teynkirche vergleichen. Auch dort fehlten die Särge und war die Trauer nur ein Aspekt einer im Kern politischen Manifestation.

Kämpf verwies am Beginn seiner Rede darauf, dass man in der Synagoge zusammengekommen sei,

⁴² *Ebenda.*

⁴³ *Ebenda* 3 f.

⁴⁴ Feder, Richard: Naše milénium [Unser Millenium]. Teil 12. In: Věstník židovských náboženských obcí 31 (1969) H. 3, 5.

[...] um unsere Herzen zum Himmel zu erheben und Versöhnung und Ruhe für die abgeschiedenen Seelen derer zu erleben, die für Recht und Wahrheit, Freiheit und Gesetz ihr Leben, ihr jugendliches und hoffnungsvolles Leben freudig dahingeopfert haben.⁴⁵

So könne der Tod nicht schrecken, die Hinterbliebenen fänden Trost. Bewusst wird das traditionelle Bild des personifizierten Todes mit der Frische der Jugend kontrastiert, wenn es heißt, dass

[...] der gefürchtete Bote des Jenseits seine Beute jählings und unversehens dahinrafft, wenn er sie aus den Reihen derer holt, die – blühend und frischer Jugendkraft – der Stolz der Gegenwart und die Hoffnung der Zukunft sind.⁴⁶

Im Anschluss daran wandte sich der Rabbiner der aktuellen Lage zu und versuchte, sie zu bewerten. Dabei mied er im Interesse der Judenemanzipation Kritik an den herrschenden Verhältnissen oder konkreten Personen. Wie viele andere Redner der Gedenkveranstaltungen jener Tage rückte Kämpf den Herrscher, auf dem die Hoffnungen des Volkes ruhten, in ein positives Licht:

Auf dem Throne ein Fürst, geschmückt mit seltenen Tugenden, tragend Liebe im Herzen, Milde auf den Lippen, entbrannt für Recht und Gerechtigkeit und darum verehrt von der Welt und angebetet von seinen Völkerschaften. Doch zwischen ihm und diesen Völkerschaften waltete lange ein dunkles Geschick, ein rätselhaftes Verhängniß.⁴⁷

Doch die Jugend – fuhr er fort – habe den Mut gefunden und ihre Stimme erhoben, um den Kaiser wieder mit dem Volk zu verbinden: „Doch sie, erglüht in Liebe zu König und Vaterland, achtete der Gefahren nicht, die ihr drohten. Muthig drang sie vor, stellte sie sich vor den Riß, mit ihrem edlen Busen deckend Millionen.“⁴⁸ Kämpf lobte die Initiative der Studenten, in der er nicht den Beginn von Unruhen sah. Vielmehr hätten die jungen Menschen nur gute Absichten gehabt und auf das Verständnis des Herrschers vertraut. Dass der Konflikt so blutig eskaliert war, schrieb Kämpf dem Schicksal und einem unglücklichen Missverständnis zu, doch sei alles durch das Ergebnis gerechtfertigt. Hier kam der Kaiser erneut ins Spiel, dessen Milde letztlich der Sieg zu verdanken sei: Was die Jugend erkämpft, habe der Monarch durch seine Autorität geheiligt.

Damit gelangte die Rede zu ihrem Höhepunkt. Es ging nun darum, was die Gesellschaft mit der gewonnenen Freiheit anfangen sollte. Der Rabbiner argumentierte, es sei vor allem notwendig, die Gesetze zu beachten, denn eine Freiheit ohne Gesetze könne es nicht geben. Den Kaiser beschrieb er in der wichtigen Rolle eines Steuermannes, der das Staatsschiff durch die neue Zeit lenkte:

Die Freiheit ist eine Fackel, sie wird zur Leuchte in der Hand des Sehenden, doch zu einem verheerenden Brand in der Hand des Blinden. Das freie Wort ist ein doppelschneidig Schwert, es dient zur Waffe dem Bewußtvollen, es ist eine Wehr für den sich Beherrschenden, doch ein giftiger Dolch für den Verwirrten und Maßlosen [...]. Sanft gleitet da das kühne Schiff dahin

⁴⁵ *Kämpf*, Saul Isaak: Rede gehalten bei der am 23. März 1848 im israelitischen Tempel zu Prag stattgefundenen Todtenfeier für die am 13. d. M. in Wien als Freiheitsopfer gefallenen Studierenden. Prag 1848, 5.

⁴⁶ *Ebenda*.

⁴⁷ *Ebenda* 6.

⁴⁸ *Ebenda* 7.

zujauchzend dem Ziele, das ihm entgegen lächelt. Doch schrecklich ist der Anblick, wenn graues Nachtgewölk der Sonne Antlitz verhüllt [...]. Da bedarf es eines Steuermannes von Herz und Geist, um den Sturm zu beschwören, um die wildempörten Wogen zu bewältigen und das gefährdete Schiff in sichern Hafen zu leiten [...]. Unser erhabener Monarch ist's, dessen liebeathmendes Herz und erleuchteter Geist das gefährdete Staatsschiff vom Untergange gerettet hat, gerettet durch einen Zauberspruch, durch ein Wort, durch einen Laut – er heißt Liebe! Liebe für alle ohne Unterschied, die nur unter des mächtigen Doppeladlers schirmenden Fittrigen weilen.⁴⁹

Damit war Kämpf beim Kerngedanken seiner Rede angekommen, der Beschwörung der Gleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft:

Sind wir doch Bürger einer Stadt, Kinder eines Landes, Unterthanen eines Königs! Sind wir doch Alle gleichbeseelt von der Liebe zum theuern Vaterlande, von der Treue gegen das angestammte Herrscherhaus, von dem Gehorsam gegen die Gesetze! Theilten wir doch mit einander des Vaterlandes Schmerz – warum nun nicht auch seine Lust, seine Wonne mit einander theilen. Ob wir von Germanen oder Slawen, – ob wir von Semiten oder Japhetiten abstammen – gleichviel, sind wir doch nun Böhmen allesamt! Fürwahr! Ein sinniges Vorbild für die Bewohner dieses Landes, daß auch sie – wie verschieden auch an Abstammung und Sprache im Einzelnen – doch im Ganzen und Großen eine lückenlose Einheit darstellen sollen. Diese für das Wohl des Vaterlandes unerlässliche Einheit kann aber nur dann eine Wahrheit werden, wenn die Sonne der Freiheit, die diesem nun aufgegangen ist, allen seinen Kindern ohne Unterschied leuchtet und belebende Wärme spendet.⁵⁰

Kämpf nutzte die Märzgefallenen also zur Vermittlung des jüdischen Anspruchs auf Gleichberechtigung. Er forderte die Mehrheitsgesellschaft auf, sich dem Vermächtnis der Toten nicht zu verschließen und die traditionelle Diskriminierung der Juden endlich einzustellen:

Ist es Euch aber Ernst, die große Schuld an den Gefallenen abzutragen, – ist es Euch Ernst, ihnen ein Denkmal zu setzen, das Stein und Erz überdauert – so fordert Freiheit für Alle, Alle ohne Unterschied! So sprecht es aus das große Wort, daß ihr in diesem von Gott gesegneten Lande nur Brüder kennt, Brüder gleicher Berechtigung, wie gleicher Verpflichtung. Dann wird die Welt erkennen, daß ihr das große Wort des gütigsten Herrschers richtig begriffen habt, – dann wird die Welt erkennen, daß ihr der Freiheit würdig seid, und dann – seid versichert – wird die Freiheit unter Euch Wurzeln schlagen, Blüten treiben und gesegnete Früchte tragen. Ja, dann wird das edle Blut der geopfert Helden versöhnt, Friede und Ruhe ihrer Asche sein, und Glück und Heil unter uns und unsern Nachkommen wohnen.⁵¹

Der Rabbiner operierte also sehr geschickt mit den Toten der Revolution. Immer wieder tauchten sie in der Rede auf – und waren doch nicht deren eigentliches Thema. Den Gefallenen wurde zugeschrieben, durch ihr Vermächtnis unter den Lebenden weiterzuwirken, durch Forderungen, die zu erfüllen die Gesellschaft moralisch verpflichtet sei. Die Toten erschienen so als Mittler und Legitimationsinstanz des jüdischen Emanzipationsstrebens. Direkt erwähnt wurden die Gefallenen vor allem zu Beginn und am Schluss der Rede. Sie gaben den Anlass für die Zusammenkunft in der Synagoge und sollten durch ihr Vermächtnis die weitere Entwicklung im Sinne der Juden beeinflussen.

⁴⁹ *Ebenda* 9 f.

⁵⁰ *Ebenda* 11 f.

⁵¹ *Ebenda* 12.

Zusammenfassung

Der Umgang mit den Märzgefallenen spielte in der politischen Kultur der Revolution von 1848/49 eine wichtige Rolle. Mit den Opfern der Barrikadenkämpfe verbanden sich neue kollektive Mythen und Traditionen. Vor allem aber erlangten sie für die Planung der zukünftigen Organisation der Gesellschaft Bedeutung.

Mit der Erklärung der toten Zivilisten zu Opfern und der Durchsetzung dieser Zuschreibung im öffentlichen Raum gewannen ihre Anhänger – im weitesten Sinne die Gesellschaft – ein hohes Maß an moralischer Überlegenheit. Der Kult um die Märzgefallenen stärkte die Position des bürgerlich-demokratischen Lagers gegenüber den Vertretern der alten Ordnung. Das galt für Berlin ebenso wie für Wien und Prag. Besonderes moralisches Gewicht erhielten die Märzgefallenen durch die Behauptung, sie hätten sich freiwillig geopfert. Ihrem Tod wurde ein tieferer Sinn zugeschrieben, ein Vermächtnis, dessen Erfüllung die Gesellschaft einforderte. Dieser Aspekt spielte im Totengedenken eine wesentlich größere Rolle als die Erinnerung an den schmerzlichen Verlust konkreter Personen.

In gewisser Weise kann man von einer Demokratisierung des Gedenkens sprechen. Das einfache Volk, soziale und religiöse Randgruppen meldeten sich nun zu Wort und beanspruchten Ehren und Verdienste für die Toten aus ihren Reihen, die bis dahin nur adligen Personen zuerkannt worden waren. Die ständischen Vorrechte des Adels mussten hinter den moralischen Rechten der Toten zurückstehen. Mit den erbrachten Opfern wurde das eigenständige Handeln des Volkes legitimiert. In den Trauerfeiern, die den Charakter politischer Rituale hatten, fand die gesellschaftliche Interpretation der revolutionären Ereignisse ihren Ausdruck.

Die Sieger der Märzkämpfe hatten den Eindruck, die alte Ordnung sei untergegangen. Sie hegten große Erwartungen an das Neue, das unmittelbar bevorzustehen schien. Die allgemeine Stimmung und die herrschenden Gefühle drückten sich auch in den Begräbnis- und Gedenkfeiern für die Toten aus. Diese Versammlungen und ihre Rituale boten dem Einzelnen Halt und Orientierung in einer Welt, die unübersichtlich geworden zu sein schien. Die Teilnehmer der Trauerkundgebungen fühlten sich von der gegenseitigen Solidarität bestärkt und vergewisserten sich durch ihre Rituale, auf wessen Seite das Recht stand. Die Erfahrung des gemeinsamen Kampfes und der Gleichheit im Tode brachte die Angehörigen unterschiedlicher sozialer, nationaler und religiöser Gruppen zusammen und half zumindest zeitweilig, innergesellschaftliche Konfliktlinien zu verdecken. Das tief empfundene Bedürfnis, dem Sterben einen Sinn zu verleihen, lenkte den Blick auf eine freudig erwartete Zukunft. So erfüllten die Trauerfeiern für die Märzgefallenen eine wichtige Funktion im revolutionären Prozess.

Durch ihre Inszenierung als Veranstaltungen zum Totengedenken konnten die Revolutionsfeiern an bestehende kulturelle Traditionen anknüpfen und den Teilnehmern leicht verständliche Ausdrucksformen bieten. Die Verwendung religiöser Symbole und Handlungsmuster förderte die Integration der Gesellschaft und entsprach den existenziellen Erfahrungen und Anliegen der Revolutionäre.

Trotz unterschiedlicher nationaler Schattierungen waren die Feiern zum Totengedenken an den verschiedenen Orten Europas Teil einer allgemeineren Revolu-

tionskultur und einander im Grunde genommen sehr ähnlich. In Berlin, Wien und Prag bediente sich die Trauer um die Märzgefallenen noch weitgehend der gleichen, stark ritualisierten und symbolisch überhöhten Handlungsmuster. Erst im weiteren Verlauf der Revolution differenzierte sich das Bild. So zeigt sich in der Mythenbildung um den hingerichteten Robert Blum ab dem Herbst 1848 eine Tendenz zur Individualisierung des Totenkults. Zudem entwickelte das konservative und konterrevolutionäre Lager im Deutschen Bund eigene Formen des Totengedenkens. Doch die Anfänge des revolutionären Totenkults von 1848, die Begräbnis- und Trauerfeiern für die Märzgefallenen, waren übernational und überkonfessionell.

Aus dem Tschechischen von Stephan Niedermeier

Jan Dobes

DIE ROLLE DES PARLAMENTS
IN DEN TRANSFORMATIONSPROZESSEN
DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN GESCHICHTE

Die These von der Schwäche des Parlamentarismus gehört zu den Standardinterpretationen, die sich in nahezu allen Arbeiten zur tschechoslowakischen Geschichte des 20. Jahrhunderts finden lassen: So wird allgemein betont, dass die faktische politische Macht in der Tschechoslowakei in der Hand der Exekutive lag, während das Parlament im politischen Leben keine wichtige Rolle spielte und somit auch nicht aktiv an den großen Transformationsprozessen dieser Zeit beteiligt war. Daran, dass diese Behauptung im Grunde genommen richtig ist und der Realität – oder vielmehr dem heutigen Stand unserer historischen Erkenntnis – entspricht, kann kaum ein Zweifel bestehen. Dennoch sollte man sich meiner Meinung nach nicht mit der Wiederholung von etwas oft Gehörtem zufriedengeben, sondern sich um eine kritische Überprüfung bemühen. Bei dem Wachstum der Exekutive auf Kosten der Legislative handelte es sich keinesfalls um eine tschechoslowakische Besonderheit, das Phänomen lässt sich im 20. Jahrhundert bei nahezu allen demokratischen Staaten Europas beobachten. Doch gilt es zu fragen, ob dieser Trend in der Tschechoslowakei besonders ausgeprägt war und wenn ja, was die Gründe dafür waren.

Ziel dieses Aufsatzes ist nicht eine umfassende Analyse der Frage, wie sich die Stellung des Parlaments im politischen System der Tschechoslowakei entwickelt hat und welchen Einfluss dieses auf die politischen Entscheidungsprozesse nahm. Vielmehr soll die Rolle der gesetzgebenden Versammlung bzw. des Parlaments in den Perioden der tschechoslowakischen Geschichte in den Blick genommen werden, in denen sich weitreichende Transformationen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen vollzogen.¹ Aus dieser Perspektive erscheinen mir die Jahre 1945–1948, die von umfassenden Veränderungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens geprägt waren, während noch ein relativ frei gewähltes Parlament arbeitete, die wichtigste und interessanteste Phase der tschechoslowakischen Geschichte zu sein. Auf dieser Phase wird daher der Hauptakzent des Beitrages liegen.

¹ *Kabele, Jiří: Z kapitalismu do socialismu a zpět. Teoretické vyšetřování přerodů Československa a České republiky [Vom Kapitalismus zum Sozialismus und zurück. Theoretische Untersuchungen zu den Umgestaltungen der Tschechoslowakei und der Tschechischen Republik]. Praha 2005, 208–209.* Kabele zufolge gehört die Tatsache, dass politische Entscheidungen außerhalb des Parlaments getroffen werden, welches die Beschlüsse von Institutionen, die ihm de facto untergeordnet sind, nur noch abzusegnen hat, zur tschechischen und tschechoslowakischen politischen Tradition.

Transformation 1918-1920

Vor dem Hintergrund dieser Eingangsbemerkungen mag die Feststellung paradox erscheinen, dass die Entstehung der modernen tschechischen politischen Repräsentation im 19. Jahrhundert eng mit dem Parlamentarismus verbunden war. Für die tschechischen Politiker dieser Zeit waren die Landesversammlung und der Reichsrat die einzigen Arenen, in denen sie sich aktiv in die Politik einbringen konnten.² Als 1918 die Tschechoslowakei gegründet wurde, stand eine große Gruppe erfahrener Parlamentspolitiker zur Verfügung, die bestens mit den Formen und Inhalten parlamentarischer Arbeit vertraut waren. Die neue Republik konnte also auf eine lange parlamentarische Tradition zurückgreifen.

Ein beträchtlicher Teil der tschechischen Abgeordneten war während des Ersten Weltkriegs in den heimischen Widerstand involviert; ab 1918 beteiligten sich die Abgeordneten an den Vorbereitungen zur Machtübernahme und Staatsgründung. Vor der Entstehung der selbstständigen Tschechoslowakei wirkten 21 tschechische Abgeordnete im vierzigköpfigen Nationalausschuss. Sie waren vor allem in den verschiedenen Kommissionen des Ausschusses tätig, zugleich übten sie ihr Abgeordnetenmandat aus. Nach dem 28. Oktober 1918 fungierte der Nationalausschuss für eine gewisse Zeit als Parlament. Weil sich daraus die Notwendigkeit zur Annahme von Verordnungen auf Gesetzesebene unmittelbar ergab, wurde er mit 14 Mitgliedern gewählt. Gleichzeitig fiel die Entscheidung über die Einrichtung des Parlaments. Am 13. November 1918 nahm das Plenum des Nationalausschusses das Gesetz über die vorläufige Verfassung der ČSR an, das auch den Beschluss über seine Erweiterung zur Nationalversammlung – später „Revolutionäre Nationalversammlung“ genannt – enthielt. Diese trat am 14. November 1918 zusammen. Die Nationalversammlung arbeitete bis zu den ersten Parlamentswahlen im Jahr 1920 und verabschiedete eine Reihe wichtiger Dokumente, in erster Linie natürlich die Verfassung, aber auch z. B. das Sprach- und Gaugesetz. In der Revolutionären Nationalversammlung saßen 37 tschechische und 30 mährische ehemalige Abgeordnete des österreichischen Reichsrats sowie 20 Abgeordnete der ehemaligen tschechischen und 35 der mährischen Landesversammlung. Etwa zwei Drittel der Vorkriegsabgeordneten des Reichsrats tschechischer Nationalität (aus Böhmen, Mähren und Schlesien) waren also nach dem Krieg auch Mitglieder der Revolutionären Nationalversammlung. In der Folge der anfangs konfliktgeladenen Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen waren in dieser Versammlung keine deutschen Abgeordneten vertreten.

Die vorläufige Verfassung vom November 1918 machte die Revolutionäre Nationalversammlung nicht nur zum Organ der Legislative, sondern auch der Judikative und Exekutive. Die Nationalversammlung wählte die Regierung, die so zu einem ihrer Ausschüsse wurde. Auch der Präsident der Republik war dem Parlament gegenüber in einer ungewöhnlich schwachen Stellung. Im Jahr 1919 wurde die Verfassung jedoch novelliert, die Kompetenzen des Parlaments wurden zu Gunsten des

² Diese Tatsache wird in einer Reihe von Studien von Robert Luft belegt. Siehe z. B. *Luft, Robert: Gemeinde oder Gesamtstaat? Zur politischen Karriere tschechischer Politiker vor 1914.* In: *Janák, Jan* (Hg.): *Ústřední moc a regionální samospráva [Zentralmacht und regionale Selbstverwaltung]*. Mikulov 1993, 269-280 (Mikulovské sympozium 23).

Präsidenten und der Regierung reduziert.³ Fortan ernannte nicht mehr das Parlament die Mitglieder der Regierung sondern der Präsident. Stellte sich die Mehrheit der Parlamentarier offen gegen die Regierung, musste diese allerdings abtreten.

Mit der Zusammenkunft der Revolutionären Nationalversammlung verloren die Landesversammlungen ihre Stellung als legislative Organe, sie wurde zum alleinigen Organ der Gesetzgebung. Ihre soziale Zusammensetzung soll hier nicht detailliert untersucht werden, man sollte aber erwähnen, dass sie die politisch aktiven Schichten der Bevölkerung repräsentierte und dass diese Schichtung den traditionellen gesellschaftlichen Eliten der Zeit entsprach, zugleich aber auch einige Besonderheiten des tschechischen politischen Lebens abbildete. So waren unter den Abgeordneten nicht nur 34 Rechtsanwälte, 16 katholische Priester, 10 Ärzte und 10 Universitätsprofessoren, sondern auch 40 Redakteure, 39 Landwirte und Gutsbesitzer sowie 12 Schriftsteller.⁴

Ihr politisches Programm verkündete die Revolutionäre Nationalversammlung in einer Antwort auf die Botschaft des Präsidenten. In dieser Verlautbarung ging es zwar größtenteils um außenpolitische Themen, doch fehlten auch Verweise auf innenpolitische Angelegenheiten nicht: Die Abgeordneten sprachen sich für die Beseitigung von Ausbeutung und Klassenherrschaft, für die Demokratisierung der öffentlichen Verwaltung im Sinne einer „Entösterreicherung“ und Entbürokratisierung sowie für eine Reorganisation und innere Umgestaltung des Schulwesens aus.⁵

Das Parlament schaltete sich sofort in den Transformationsprozess ein, der seit der Gründung der ČSR in Gang gekommen war. Im Geiste der allgemeinen Forderungen der Zeit und in Übereinstimmung mit taktischen Überlegungen der politischen Parteien ratifizierte die Nationalversammlung alle Gesetze, die zur Durchführung der Bodenreform notwendig waren. Die Revolutionäre Nationalversammlung, in die einzutreten sich die deutschen Abgeordneten zunächst geweigert hatten und zu der sie später nicht mehr zugelassen worden waren, nahm im Februar 1920 auch den definitiven Verfassungstext und weitere zentrale Gesetze an. Diese hatten weit reichende direkte oder indirekte Folgen für die Entwicklung des Staates, was insbesondere für das Sprach- und Gaugesetz galt. Wie selbstverständlich funktionierte bei der Verabschiedung dieser wichtigen Gesetze eine gesamtstaatliche Koalition aller tschechischer politischer Parteien.

Nach dem Rücktritt der Regierung Tusar im Jahr 1920 trat eine Beamtenregierung an. In eben dieser Zeit entwickelte sich ein Phänomen, das charakteristisch für das politische Leben der gesamten Ersten Republik werden und zugleich die Stellung

³ Soukup, Ladislav: Poznámky k novelizaci prozatímní ústavy ČSR [Anmerkungen zur Novellierung der vorläufigen Verfassung der ČSR]. In: Schelle, Karel (Hg.): Aktuální otázky českého a československého konstitucionalismu [Aktuelle Fragen des tschechischen und tschechoslowakischen Konstitutionalismus]. Brno 1993, 241-247.

⁴ Navrátil, Michal: Almanach Národního shromáždění [Der Almanach der Nationalversammlung]. Praha 1919, 11-13.

⁵ *Ebenda* 68-86. Antwort der Nationalversammlung auf die Botschaft des Präsidenten vom 27. März 1919. Die Verlautbarung enthält natürlich nicht nur die Vision politischer und gesellschaftlicher Veränderungen, zu denen es im neuen Staat kommen sollte. Man findet hier auch eine Bewertung der Geschichte des tschechischen und slowakischen Volkes in den letzten Jahrhunderten, als deren Höhepunkt die Staatsgründung erscheint.

des Parlaments grundlegend prägte sollte: Es entstand die so genannte „Pětka“ (Fünferausschuss). Bei diesem informellen Gremium handelte es sich um eine Vereinigung führender Repräsentanten der großen politischen Parteien, die untereinander Kompromisse für die politischen Probleme aushandelten. Diese Absprache legten sie erst den Führungsorganen ihrer Parteien und dann den Abgeordneten ihrer Fraktionen zur Billigung vor. Die Parteien einigten sich darauf, ein Exekutivorgan zu schaffen, das dafür sorgen sollte, Mehrheiten im Parlament und in der Regierung sicherzustellen.⁶ Mit dieser politischen Praxis, die sich bereits in den frühen Jahren der Republik durchsetzte, war den Abgeordneten faktisch die Möglichkeit genommen, sich wirksam gegen die Instruktionen der Parteispitzen zur Wehr zu setzen. Die Parteiführungen begründeten ihre „Schirmherrschaft“ über das Parlament mit dem Argument, dieses sei für die destabilisierende Einflüsse, die sich aus den komplizierten sozialen und nationalen Verhältnissen in der Tschechoslowakei ergäben, anfällig. Die Mitglieder der „Pětka“ waren davon überzeugt, dass das Parlament ohne ihre Lenkung zu keiner politischen Übereinkunft mehr fähig sein würde. Diese Befürchtung mag in der Situation des Umbruchs nicht unbegründet gewesen sein, doch gewöhnte sich die Exekutive schnell an die Praxis vorparlamentarischer Entscheidungsfindung, so dass diese auch später nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt wurde. Die Frage, ob es wirklich immer notwendig war, das Parlament aus wichtigen politischen Entscheidungsprozessen auszuschließen, und damit zu entmündigen, ist also berechtigt.

Während der Ersten Tschechoslowakischen Republik expandierte die Exekutive kontinuierlich zu Lasten der Legislative. Angekündigt hatte sich dieser Trend bereits 1918 mit dem „Gesetz über die außerordentlichen und provisorischen Bestimmungen in der Slowakei“, einen weiteren Schritt in die gleiche Richtung stellte das „Gesetz über die außerordentlichen und provisorischen Maßnahmen“ aus dem Jahr 1920 dar.⁷ In den politisch relativ stabilen 1920er Jahren verlangsamte sich die Tendenz zur Aufwertung der Exekutive etwas, setzte sich aber weiterhin deutlich fort. Als ein Beispiel dafür kann das so genannte „Organisationsgesetz“ von 1927 angeführt werden,⁸ das einen massiven Eingriff in die Selbstverwaltung der Bezirke und Länder bildete. Die ökonomische und politische Krise der 1930er Jahre forcierte eine weitere Stärkung der ausführenden Organe. So wurde 1933 das „Gesetz über die außerordentliche Verordnungsgewalt“ ratifiziert,⁹ das die Regierung dazu ermächtigte, auf ökonomischem Gebiet Maßnahmen durchzuführen, für die sonst ein

⁶ *Klimek, Antonín: Velké dějiny Zemí Koruny české [Große Geschichte der Länder der Böhmisches Kronen]. Bd. 13 (1918-1929). Praha 2001, 229.* Nach Klima beruhte dieser Schritt auf der Überzeugung: „Wir beherrschen das Parlament und ohne unseren Zusammenschluss kann nicht normal regiert werden.“ *Ebenda.*

⁷ Zur Ermächtigungsgesetzgebung siehe *Zavacká, Katarína: Zmocňovacie zákonodárstvo v Československu v rokoch 1918-1938 [Ermächtigungsgesetzgebung in der Tschechoslowakei in den Jahren 1918-1938]. In: Schelle: Aktuální otázky českého a československého konstitucionalismu 241-247 (vgl. Anm. 3).*

⁸ *Sbírka zákonů a nařízení státu československého/Sammlung der Gesetze und Verordnungen des čechoslovakischen Staates (Sb.) Nr. 125/1927.*

⁹ *Sb. Nr. 95/1933.*

Gesetz notwendig gewesen wäre. Im Jahr 1936 wurden die Kompetenzen der Regierung durch das „Gesetz über den Schutz des Staates“ noch ein weiteres Mal ausgedehnt.¹⁰ Dass das Parlament praktisch keine Rolle mehr in den Prozessen politischer Entscheidungsfindung spielte, zeigte sich spätestens in der Krise vor der Unterzeichnung des Münchner Abkommens im September 1938. Diese Entwicklung gipfelte Ende 1938 im Verfassungsgesetz über die „Ermächtigung zu Veränderungen der Verfassungsurkunde“ und der „Verfassungsgesetze über die außerordentliche Verordnungsgewalt“, die wohl den bedeutendsten Einschnitt in die Grundsätze der Gewaltenteilung darstellten.¹¹ Die exekutiven Organe erhielten auf diese Weise die Vollmacht, Maßnahmen durchzuführen, für die unter normalen Umständen ein Gesetz notwendig gewesen wäre und konnten unter gewissen Voraussetzungen sogar die Verfassung ändern. Als die Nationalversammlung der Regierung durch ein weiteres Gesetz auch noch das Recht überließ, den Haushalt zu verabschieden, verlor sie endgültig ihre Daseinsberechtigung und machte sich selbst überflüssig. Sie wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das parlamentarische Leben in der ČSR wiederhergestellt.

Während der 20 Jahre, in denen die Erste Tschechoslowakische Republik existierte, konnte sich das Parlament keinen festen Platz im politischen System verschaffen. Damit meine ich das reale Funktionieren des politischen Systems – nicht seine äußere, in der Verfassung verankerte Gestalt. Das bedeutet aber keineswegs, dass das Parlament und seine Abgeordneten völlig bedeutungslose Figuren gewesen wären, die jeglichen eigenen Willens entbehrt hätten. Es gab durchaus Situationen, in denen sie berücksichtigt werden mussten. Allerdings kamen die Impulse dafür meistens von außen – z. B. in der Folge der Entwicklung in einzelnen politischen Parteien – und gingen nicht auf die Initiative der Parlamentarier selbst zurück. Ein Beispiel dafür ist etwa die Situation in der Agrarpartei zu Beginn der 1930er Jahre: Damals war es die Fraktion, in deren Umfeld sich die innerparteiliche Opposition gegen Ministerpräsident František Udržal durchsetzte. Unter den Abgeordneten der Agrarpartei herrschte eine regierungsfeindliche Stimmung, was ihre Minister, deren Verhältnis zur Burg weitaus besser war, nicht ignorieren konnten.¹²

Ich möchte noch einmal wiederholen, dass in der Regel ernste und berechtigte Gründe zur Beschränkung der Kompetenzen des tschechoslowakischen Parlaments führten, auch wenn Staatsinteressen sicher nicht immer das einzige Motiv waren. Nach und nach entwickelte sich daraus jedoch eine Situation, in der das Parlament sozusagen zum Ornament der demokratischen Ordnung wurde. So konnte es niemals zu einem vollwertigen Glied des politischen Systems heranreifen, was sich wiederum im Wesen und Funktionieren dieses Systems äußerte.¹³ Besonders in den 1930er Jahren begann sich ein Teil der politischen Öffentlichkeit der gravierenden Deformationen der Stellung des Parlaments im politischen System bewusst zu wer-

¹⁰ Sb. Nr. 131/1936.

¹¹ Sb. Nr. 330/1938.

¹² Neueste Erkenntnisse dazu bei Klímek, Antonín: *Boj o Hrad II. Kdo po Masarykovi?* [Der Kampf um die Burg II. Wer kommt nach Masaryk?]. Praha 1998, 244.

¹³ Heumos, Peter: *Strukturální prvky první Československé republiky* [Strukturelemente der Ersten Tschechoslowakischen Republik]. In: *Soudobé dějiny* 2 (1995) H. 2-3, 157-165.

den. In diesem Zusammenhang wurden Vorschläge zur Reform und Modifikation der parlamentarischen Ordnung formuliert. Diese beruhten auf der Überzeugung, dass der klassische Parlamentarismus das Kind einer anderen Zeit sei und sich weit von den Anforderungen der bestehenden politischen Realität entfernt habe.¹⁴ Ein beliebtes Rezept zur Verbesserung der Stellung des Parlaments war die Umgestaltung der zweiten Kammer zu einem so genannten Wirtschaftsparlament, von dem man sich erhoffte, es werde besser als ein klassisches Parlament in der Lage sein, den tatsächlichen Zustand von Gesellschaft und Staat widerzuspiegeln. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, sollte dieses Wirtschaftsparlament nicht gewählt, sondern aus Delegierten der einzelnen Berufsorganisationen gebildet werden.¹⁵ Hier einen Angriff auf den demokratischen Charakter des Staates zu sehen, wäre überzogen, schließlich existierten in der Vorkriegs-Tschechoslowakei keine relevanten politischen Kräfte, die die Schwäche des Parlaments ausnutzen oder missbrauchen wollten. Doch zeigen solche Erwägungen, dass die Rolle des Parlaments als wenig zufriedenstellend empfunden wurde.

Das Parlament 1945-1948: ein „Labor für politische Positionen“

Völlig anders stellte sich die Situation allerdings nach der Befreiung der Tschechoslowakei im Mai 1945 dar. Zwar überwog auf den ersten Blick die Kontinuität: Die zweitrangige Position, die das Parlament bereits in der Zwischenkriegszeit gehabt hatte, wurde in die neue politische Situation übernommen. Der Modus, nach dem die Exilregierung entstanden und diese ihre Geschäfte geführt hatte, hatte zu einer weiteren Stärkung der Exekutive beigetragen. Angesichts der Erfahrung der Zwischenkriegszeit sah der größte Teil der tschechoslowakischen politischen Öffentlichkeit hierin kein Problem – geschweige denn eine Gefahr für die Demokratie. Doch auch wenn hinsichtlich des realen politischen Einflusses des Parlaments eine gewisse Kontinuität zwischen der Vorkriegs- und der Nachkriegs-Tschechoslowakei zu erkennen ist, dürfen die substantiellen Unterschiede nicht übersehen werden. Diese sind auf zwei Tatsachen zurückzuführen: Zum einen vollzog sich innerhalb der politischen Elite ein natürlicher Austauschprozess, der in der ČSR schon deutlich vor dem Krieg begonnen hatte. Dieser wurde unter der Okkupation auf vielfach gewaltsame Art und Weise vorangetrieben. So hatten von den 300 Ab-

¹⁴ Mertl, Jan: Ideologie parlamentarismu a naše doba [Die Ideologie des Parlamentarismus und unsere Zeit]. In: *Moderní stát. Revue pro politiku, parlamentarismus a vědy státní* 6 (1933) 341-342. Mertl zufolge, der als tschechischer politischer Denker zu Unrecht vergessen ist, zerbrach der ursprüngliche politische Konsens der tschechischen Gesellschaft Ende der 1920er Jahre. An die Stelle der Diskussion sei ein Kräftemessen der politischen Mächte getreten, der Kompromiss sei zum vorrangigen Ziel politischen Handelns geworden. Zudem habe das Anwachsen der Wählerzahl den Charakter der politischen Parteien verändert, die zu Organisationen geworden seien, denen es nur darum ging, immer mehr Macht an sich zu reißen. Auf diese Weise habe die Exekutive die Übermacht über die Legislative gewonnen.

¹⁵ Havelka, Jiří: Hospodářský parlament jako orgán stavovského zastoupení [Das Wirtschaftsparlament als Organ der Ständevertretung]. In: *Moderní stát. Revue pro politiku, parlamentarismus a vědy státní* 6 (1933) 81-90. Es handelte sich um einen Versuch, institutionell in das demokratische Regierungssystem Elemente der ständischen Ordnung zu integrieren.

geordneten der Vorläufigen Nationalversammlung, die im Herbst 1945 zusammentrat, nur 41 – also kaum mehr als ein Siebtel – in der Abgeordnetenversammlung oder dem Senat der früheren Nationalversammlung gesessen.¹⁶ Zudem waren diese Abgeordneten beteiligt an der Vorbereitung des tiefgreifenden ideellen, wirtschaftlichen und politischen Wandlungsprozesses, der sich während des Krieges vorbereitet hatte und unmittelbar nach Kriegsende vollzog und nicht zuletzt auch die Konstitution der verfassungsgebenden Nationalversammlung betraf: Bereits Ende 1944 hatten die Entscheidungsträger des tschechoslowakischen Exils durchgesetzt, dass diese – entgegen der Tradition – mittels der zu konstituierenden Nationalausschüsse (Národní výbory) entstehen sollte.¹⁷ Dieses Konzept wurde nach der Befreiung schrittweise konkretisiert. So wurde die Vorläufige Nationalversammlung auf der Grundlage einer paritätischen Vertretung der zugelassenen vier tschechischen und zwei slowakischen politischen Parteien zusammengestellt. Ein völlig neues Element stellte die Einbeziehung von Vertretern so genannter gesellschaftlicher Organisationen in die Nationalversammlung dar, die nach dem Krieg zu wichtigen Akteuren des politischen Systems wurden. Die mächtigste dieser Organisationen war die Einheitsgewerkschaft, deren Vertreter bei allen wichtigen Entscheidungen die Linie der KPTsch unterstützten, und zwar ohne Rücksicht darauf, auf welcher Kandidatenliste ihre Vertreter standen.

Verändert hatte sich aber nicht nur der Konstitutionsmodus der Nationalversammlung, sondern auch ihre Sozialstruktur. Im Verhältnis zur Nationalversammlung der Vorkriegszeit verringerte sich die Zahl der Abgeordneten, die aus der traditionellen gesellschaftlichen Elite und freien Berufen kamen. Hingegen nahm die Zahl derer zu, die existentiell mit den seit Mai 1945 geschaffenen neuen Institutionen verbunden waren, d.h. vor allem mit den Nationalausschüssen und den bereits erwähnten Gewerkschaften. Indessen blieb der relativ hohe Anteil an Journalisten und Schriftstellern erhalten. Es wirft Licht auf die spezifischen Verhältnisse im Jahr 1945, dass auch fünf Studenten ins Parlament einzogen, was in der Ersten Republik undenkbar gewesen wäre.

Man muss sich bewusst machen, dass sich das Parlament fast ausschließlich aus explizit linksgerichteten Parteien zusammensetzte. Dieser politischen Ausrichtung entsprach selbstverständlich auch ihre Mitgliederbasis. Mit Politikern eher „rechter“ Provenienz rechnete man im politischen Leben der Nachkriegstschechoslowakei nicht. Für die Atmosphäre im wiederhergestellten Staat war die teils spontane, teils auch bewusst geschürte Ablehnung konservativer Parteien und ihres Gedankenguts charakteristisch.¹⁸ Die „Rechte“ wurde für das tragische Ende der Tschechoslowakei

¹⁶ Záděra, Vladimír: Deset let parlamentní retrospektivy 1935–1945 [Zehn Jahre Parlamentsretrospektive 1935–1945]. Praha 1948, 48.

¹⁷ Jech, Karel/Kaplan, Karel (Hgg.): Dekrety prezidenta republiky 1940–1945 [Die Dekrete des Präsidenten der Republik 1940–1945]. Bd. 1, Brno 1995, 123–147, Verfassungsdekret des Präsidenten der Republik Nr. 18/1944 über die Nationalausschüsse und die Vorläufige Nationalversammlung.

¹⁸ Über die Herausbildung der parteipolitischen Verhältnisse in der wiederhergestellten ČSR berichtet Feierabend in seinen Memoiren: *Feierabend*, Ladislav K.: Politické vzpomínky [Politische Erinnerungen]. Bd. 3, Brno 1996. – Dazu auch Marek, Pavel u. a.: Přehled politického stranictví na území českých zemí a Československa v letech 1861–1998 [Überblick

1938/1939 verantwortlich gemacht, ihre Eliminierung galt als Garantie für eine bessere Zukunft. Konservatismus wurde mit Kollaboration gleichgesetzt, wozu auch die Retributionsprozesse – d.h. die juristische Abrechnung mit den NS-Kollaborateuren – beitrugen, die zwischen 1945 und 1947 durchgeführt wurden.¹⁹ Diese Prozesse waren ein durchaus ambivalentes Unternehmen: Einerseits richteten sie sich gegen Menschen, die eindeutig mit den Besatzern kollaboriert hatten, andererseits zeigten sich auch deutliche Bestrebungen, diese Nachkriegsjustiz politisch zu instrumentalisieren und zur Schwächung der nichtkommunistischen Parteien zu nutzen. Während die politische Rechte zielgerichtet marginalisiert wurde, konnten Mitglieder der Vorkriegsparteien, deren Neugründung im Jahr 1945 nicht erlaubt worden war, ins Parlament einziehen, sofern sie sich einer der zugelassenen Parteien anschlossen. Von dieser Möglichkeit machten in erster Linie ehemalige Agrarier Gebrauch. Sie waren unter den Abgeordneten fast aller Parteien zu finden und strömten vor allem in die slowakische Demokratische Partei, deren Mitglieder sich zumindest im ersten Nachkriegsjahr primär aus ehemaligen slowakischen Agrariern rekrutierten. Doch auch bei den tschechischen Nationalen Sozialisten spielten einstige Agrarier nach 1945 eine große Rolle. Gerade letztere hatten bedeutenden Anteil an der außerordentlichen Stellung des Landwirtschafts-Ausschusses der gesetzgebenden Nationalversammlung, auf die weiter unten im Detail eingegangen werden wird.²⁰

Während sich auf gesamtstaatlicher Ebene die Einberufung der gesetzgebenden Versammlung verzögerte, arbeitete in der Slowakei der Slowakische Nationalrat (Slovenská Národná Ráda) als Organ der Legislative und forderte mit Entschiedenheit weitreichende Kompetenzen ein. Am 1. September 1944 gab der Slowakische

über das System politischer Parteien auf dem Gebiet der böhmischen Länder und in der Tschechoslowakei in den Jahren 1861-1998]. Olomouc 2000, vor allem 301-320. Das Werk bietet zudem einen umfangreichen Literaturüberblick zum Thema. – Zur Entwicklung der Parteien auch *Mališ, Jiří/Marek, Pavel* u. a. (Hgg.): *Politické strany. Vývoj politických stran a hnutí v českých zemích a Československu 1861-2004* [Politische Parteien. Die Entwicklung der politischen Parteien und Bewegungen in den böhmischen Ländern und in der Tschechoslowakei 1861-2004]. Bd. 2. Brno 2005.

¹⁹ Über die Umstände eines der bedeutendsten Retributionsprozesse siehe z.B. *Kvaček, Robert/Tomášek, Dušan*: *Obžalována je vláda* [Angeklagt ist die Regierung]. Praha 1999. – Am Beispiel des Prozesses gegen die ehemalige Protektoratsregierung wird das Bestreben deutlich, die Justiz zur Durchsetzung politischer und vor allem klassenpolitischer Ziele zu instrumentalisieren. Zum Thema Retribution existiert inzwischen eine umfangreiche Forschungsliteratur. In erster Linie sind hier die Arbeiten von Mečislav Borák, Dušan Janák, Václav Jiřík und Tomáš Staněk zu nennen. Die meisten Studien sind einem speziellen Aspekt des Themas gewidmet, eine erste Gesamtdarstellung liegt in englischer Sprache vor: *Frommer, Benjamin*: *National Cleansing. Retribution against Nazi Collaborators in Postwar Czechoslovakia*. Cambridge 2005.

²⁰ Zu den einstigen Mitgliedern der Agrarierpartei unter den Abgeordneten der Nationalversammlung *Dobeš, Jan*: *Agrární politikové ve stranách Národní fronty v letech 1945-1948* [Politiker der Agrarierpartei in den Parteien der Nationalen Front in den Jahren 1945-1948]. In: *Šouša, Jiří/Miller, Danny E./Hrabík Samal, Mary* (Hgg.): *K úloze a významu agrárního hnutí v českých a československých dějinách* [Zu Aufgabe und Bedeutung der agrarischen Bewegung in der tschechischen und der tschechoslowakischen Geschichte]. Praha 2001, 143-152.

Nationalrat die Verordnung über die Ausübung der gesamten gesetzgebenden, regierenden und ausführenden Macht in der Slowakei heraus.²¹ Angesichts der militärischen Entwicklung des Slowakischen Nationalaufstands, an dessen Spitze der Slowakische Nationalrat stand, musste diese im Frühling 1945 letztlich der Forderung zustimmen, in gesamtstaatlichen Angelegenheiten die Macht mit dem Präsidenten der ČSR und der Prager Regierung zu teilen. Später wurde die Kompetenzverteilung zwischen gesamtstaatlichen und slowakischen Organen durch die drei in den Jahren 1945-1946 abgeschlossenen Prager Verträge geregelt.²² Ich bin der Ansicht, dass allein die Existenz und die Tätigkeit dieses neuen slowakischen Machtzentrums, das von den tschechischen Politikern mit großem Misstrauen beobachtet wurde, das Gefühl verstärkte, es sei notwendig, im Zentrum über eine zuverlässige und starke Exekutive zu verfügen.²³

Das ungewöhnliche Prozedere der Parlamentsbildung stieß anfangs allgemein auf große Bedenken. Doch herrschte die Überzeugung vor, es sei aus objektiven Gründen – d. h. in der Situation des Umbruchs organisatorisch – nicht möglich, schnell reguläre Parlamentswahlen durchzuführen. Im Sommer 1945 nahm das neue System dann seinen Betrieb auf; seine negativen Seiten zeigten sich unmittelbar: In den Händen der verschiedenen auf unorthodoxe Weise entstanden Organe konzentrierte sich eine gewaltige und nur schwer zu kontrollierende Macht. Unter diesen Umständen gewann die Frage nach einem ordentlich gewählten und arbeitenden Parlament neue Brisanz. Zunehmend wurden Stimmen laut, die die Machtausweitung der Exekutive kritisierten und eine schnellstmögliche Ausschreibung ordentlicher Wahlen forderten.²⁴ An dem beschlossenen Verlauf der Vorbereitungen konnten sie aber nichts Grundsätzliches mehr ändern und so wurde im August das Dekret des Präsidenten der Republik über die Vorläufige Nationalversammlung ratifiziert.²⁵

²¹ Klimeš, Miloš u. a. (Hgg.): Cesta ke Květnu [Der Weg zum Mai]. Bd. 1, T. 1. Praha 1965, Dokument Nr. 47, 194-196. Die Verordnung stammt aus „Deklarace Slovenské národní rady o převzetí moci“ [Deklaration des Slowakischen Nationalrats über die Machtübernahme] vom selben Tag.

²² Kaplan, Karel (Hg.): Pražské dohody 1945-1946. Sborník dokumentů [Die Prager Verträge 1945-1946. Dokumentensammlung], Praha 1992 (Sešity Ústavu pro soudobé dějiny 4).

²³ Ausführlich dazu Rychlík, Jan: Češi a Slováci ve 20. století. Česko-slovenské vztahy 1945-1992 [Tschechen und Slowaken im 20. Jahrhundert. Tschechisch-slowakische Beziehungen 1945-1992]. Bratislava 1998, 27-59. – Šútovec, Milan: Semióza ako politikum alebo „Pomlčková vojna“: niektoré historické, politické a iné súvislosti jedného sporu, ktorý bol na počiatku zániku česko-slovenského štátu [Semiose als Politikum oder der „Bindestrichkrieg“. Einige historische, politische und andere Zusammenhänge eines Streits, der am Anfang des Untergangs des tschecho-slowakischen Staates stand]. Bratislava 1999.

²⁴ In erster Linie handelte es sich um Publizisten wie die bedeutende Journalistin Helena Koželuhová, die in den Medien der katholischen Volkspartei publizierte. Auch dann, wenn sich Politiker zu diesem Thema äußerten, blieben ihre Ausführungen eher auf die theoretische Ebene beschränkt, ihre politische Arbeit wurde dadurch kaum beeinflusst.

²⁵ Ausführlich zu dem Dekret Kaplan/Jech (Hgg.): Dekrety prezidenta republiky. Bd. 1, 408-421 (vgl. Anm. 17). – Kuklík, Jan (jun.): Dekrety prezidenta republiky – výraz kontinuity československého právního řádu nebo jeho revoluční změny? [Die Dekrete des Präsidenten der Republik – Ausdruck der Kontinuität der tschechoslowakischen Rechtsordnung oder ihrer revolutionären Veränderung?]. In: Malý, Karel/Soukup, Ladislav (Hgg.) Vývoj práva v Československu v letech 1945-1989 [Rechtsentwicklung in der Tschechoslowakei in den

Entsprechend der Vorschläge der politischen Parteien und über die Nationalausschüsse wurde die Vorläufige Nationalversammlung gewählt, die am 28. Oktober 1945 feierlich zusammentrat.²⁶ Die offizielle Hauptaufgabe dieser Versammlung bestand in der schnellen Vorbereitung von Wahlen, der Verhandlung und eventuellen Revidierung der Dekrete des Präsidenten der Republik sowie darin, über den Haushalt 1946 zu verhandeln.

Mit der Wiederherstellung des Parlamentarismus war jedoch nicht nur die Hoffnung auf baldige Wahlen verbunden, auf die Nationalversammlung richteten sich darüber hinaus auch andere, mitunter widersprüchliche und zum Teil sogar diametral entgegengesetzte Erwartungen. Diese divergierenden Erwartungen lassen sich auf unterschiedliche Grundströmungen innerhalb der Parteien zurückführen: So wurde auf der einen Seite versucht, das Parlament zu einem weiteren Element der „neuen Ordnung“ zu machen und in den Komplex von Institutionen und Organisationen einzugliedern, der die Umwälzungen im gesellschaftlichen, politischen und sozialen Leben vorantreiben und so den allgemeinen Wertewandel befördern sollte. In diesem Sinne wurde vom Parlament die uneingeschränkte Billigung all der Veränderungen gefordert, die nach dem Krieg durchgeführt worden oder für die nächste Zukunft geplant waren. Die dem Parlament zugedachte Rolle bezeugt die große Zahl wichtiger Maßnahmen, die bereits in den ersten Nachkriegsmonaten unternommen worden war, d.h. noch bevor die vorläufige Nationalversammlung, so eigenartig ihre Zusammensetzung auch gewesen sein mag, überhaupt einberufen worden war.²⁷ Sprechend ist auch die Tatsache, dass noch am Tag vor der konstitu-

Jahren 1945-1989]. Praha 2004, 179. – Die geplante Vorgehensweise zur Errichtung des Parlaments rief gewisse Bedenken hervor. Siehe z.B. *Koželuhová*, Helena: Lid je zdrojem moci ve státě [Das Volk ist der Ursprung der Staatsgewalt]. In: *Obzory* 1 (1945) H. 3, 37. *Koželuhová* setzte sich in diesem Artikel für die möglichst baldige Einberufung der Nationalversammlung ein, wobei sie ordentliche Wahlen für den besten Weg hielt. Obgleich sie die Gründe dafür akzeptierte, aus denen vorerst keine Wahlen stattfanden, forderte sie, dass die vorläufige Nationalversammlung nur für die Zeit im Amt bleiben sollte, die unerlässlich sei.

²⁶ Die Wahl durch die Nationalausschüsse verlief scheinbar glatt. Bei den Verhandlungen über einige konkrete Kandidaten kam es aber zu Komplikationen, die für die Zeit typisch waren. So versuchte z.B. die Führung der von den Kommunisten dominierten Gewerkschaftsorganisation, die Nationalen Sozialisten dazu zu bringen, Kandidaten auf ihre Liste zu setzen, die ihrem Einfluss unterlagen. Da diese Kandidaten für die Nationalen Sozialisten nicht akzeptabel waren, kam es zu Spannungen zwischen dieser Partei und der Gewerkschaft. – Auf ein bezeichnendes Detail bezüglich der Wahlen wurde in einer Glosse in den „*Obzory*“ hingewiesen, in der u. a. auch kritisiert wurde, dass die Versammlung, bei der die Kandidaten für die vorläufige Nationalversammlung bestätigt wurden, nicht nur mit der tschechoslowakischen, sondern auch mit der sowjetischen Hymne beendet wurde. Vgl. *Volby* [Wahlen]. In: *Obzory* 1 (1945) H. 9, 129.

²⁷ *Kabele*: Z kapitalismu do socialismu a zpět 79-81, 101 (vgl. Anm.1). Zu diesen Veränderungen rechnet *Kabele* die Einrichtung der Nationalausschüsse, die Abtretung der Karpaten-Ukraine, repressive Maßnahmen gegen große Bevölkerungsgruppen wie den Entzug von Eigentum und die Aberkennung der Staatsbürgerschaft sowie die Verstaatlichung. Diese Argumentation führt ihn zu dem recht problematischen Schluss, die präsidentialen Dekrete hätten für die vorläufige und später die Verfassung gebende Nationalversammlung (abgesehen von der Außenpolitik, Steuerangelegenheiten und der Bildung der Staatssicherheit) keine wichtigen Themen zur Verhandlung übrig gelassen. *Ebenda* 223.

ierenden Sitzung der Vorläufigen Nationalversammlung mehrere grundlegende Präsidialdekrete erlassen wurden, darunter auch das Dekret über die Verstaatlichung.²⁸

Gegen diese Tendenz, das Parlament politische Entscheidungen ex post sanktionieren zu lassen, formierte sich der Widerstand von Vertretern einer eher traditionellen Rechtsauffassung. Diese forderten, die Vorläufige Nationalversammlung solle vor allem die Kompetenzen erfüllen, die einem Parlament gewöhnlich zukommen, und betonten dessen Verpflichtung, die expandierende Exekutive zu kontrollieren. Dieser Sichtweise zufolge sollte die Vorläufige Nationalversammlung die Entstehung eines Machtpluralismus fördern. Die Grenze zwischen diesen beiden Auffassungen verlief keineswegs entlang der verschiedenen Parteien, sondern – obgleich sich natürlich Zahl und Einfluss der Vertreter der einen oder anderen Strömung in den einzelnen Parteien unterschieden – mitten durch die Parteien hindurch.²⁹ Die Existenz dieser beiden unterschiedlichen Konzeptionen war nicht nur Ursprung zahlreicher Auseinandersetzungen, sondern ließ das Parlament auch zu einem Ort werden, an dem dieser Grundkonflikt ausgetragen wurde. Gerade darin liegt, so finde ich, der größte Unterschied zum Vorkriegsparlament.

Am Tag der Eröffnung der Vorläufigen Nationalversammlung wurde Edvard Beneš von den Abgeordneten im Amt des Präsidenten bestätigt.³⁰ Im Anschluss an diesen Akt hielt er eine Rede vor den Parlamentariern: Nach historischen Ausführungen und der Darlegung seiner Rechtsauffassung widmete er sich dem tieferen Sinn der Veränderungen seit Kriegsende, die er als Streben um die Schaffung einer neuen Demokratie, ja sogar eines neuen Menschen beschrieb.³¹ Nicht nur Beneš,

Dabei übersieht er völlig, dass das Parlament die neue Verfassung vorbereitete und die Landwirtschaftsgesetze – vor allem die Revision der ersten Bodenreform – verhandelte.

²⁸ Dieser beschleunigte Abschluss wichtiger gesetzlicher Maßnahmen kurz vor der Aufnahme der Tätigkeit des Parlaments traf keineswegs auf einhellige Zustimmung. Siehe z.B. Třetí ústavní činitel [Der dritte Akteur der Verfassung]. In: *Obzory* 1 (1945) H. 9, 129. – Die „Obzory“ unterschieden sich vom Großteil zeitgenössischer Periodika dadurch, dass sich in ihren Kommentaren zur Einberufung des neuen Parlaments relativ wenig leere Phrasen fanden, in denen der „große historische Moment“ beschworen worden wäre, stattdessen wurde hier um so mehr darauf gedrungen, endlich die parlamentarische Kontrolle der Exekutive zur Geltung kommen zu lassen und die vorläufige Nationalversammlung nicht mit einem in ordentlichen demokratischen Wahlen entstandenen Parlament zu verwechseln. Vgl. z.B. Památný říjen [Oktober des Gedenkens]. In: *Obzory* 1 (1945) H. 11, 162.

²⁹ *Revoluční parlament 1945* [Das revolutionäre Parlament 1945]. Praha 1945. Broschüre der Abgeordnetenfraktion der Nationalen Sozialisten. Dieser Text belegt sehr deutlich die gegenseitige Durchdringung der beiden oben genannten Tendenzen in der Praxis. Auch hier finden wir Forderungen, das Parlament solle unmittelbarer Ausdruck des Volkswillens sein und dürfe die Verteidigung gegen das Volk gerichteter Interessen nicht dulden.

³⁰ Auf die Bestätigung der Wahl bestand ausdrücklich auch der Präsident selbst. Dies alles hing mit dem größeren Problem der rechtlichen Kontinuität des wiederhergestellten Staates zusammen. Der Standpunkt der Kontinuität setzte sich durch, also die Ansicht, dass die Präsidentenwahl des Jahres 1935 ihre Gültigkeit nicht verloren hat, dass sie 1942 unter Berücksichtigung der herrschenden Umstände rechtsgültig verlängert wurde und dass die Verfassung aus dem Jahr 1920 eingehalten wurde.

³¹ *Těsnopisecké zprávy Prozatímního národního shromáždění Republiky československé* [Stenografische Berichte über die Sitzungen der Vorläufigen Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik]. Aufzeichnung der 2. Sitzung, 28.10.1945.

auch die Mehrzahl der tschechischen Politiker und Intellektuellen war davon überzeugt, dass die Tschechoslowakei in diesem historischen Prozess eine eigene Rolle finden würde.

Zwei Tage später verlas der sozialdemokratische Ministerpräsident Zdeněk Fierlinger die programmatische Regierungserklärung vor der Vorläufigen Nationalversammlung.³² Die Diskussion um dieses Dokument entwickelte sich zur ersten hitzigen parlamentarischen Auseinandersetzung der Nachkriegszeit. Gegenstand des Streits war die Retribution, also die Frage, wie mit den Personen zu verfahren sei, die der Kollaboration beschuldigt wurden, und inwiefern die Forderung nach strengen Strafen mit konkreten parteipolitischen Interessen verknüpft war.³³ Dieselben Themen finden sich auch im Bericht über die Bekanntmachungen von Innenminister Václav Nosek und Justizminister Prokop Drtina.³⁴ Innenminister Václav Nosek berichtete am 31. Januar 1946 über die Tätigkeit seines Ressorts und dessen zukünftige Aufgaben. In der anschließenden Debatte kam von einigen nichtkommunistischen Abgeordneten scharfe Kritik an den Verhältnissen im Sicherheits- und Nachrichtendienst, die ihrer Meinung nach nicht den Standards eines demokratischen Staates entsprachen. Explizit kritisierten sie den Einsatz grober Druckmittel und die Tatsache, dass weitreichende Möglichkeiten zur Denunziation bestanden. Ferner schilderten sie ihren Eindruck, die ordentlichen Wahlen würden grundlos verzögert.³⁵

Von Anfang an gehörte die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung zu den erklärten Zielen der Vorläufigen Nationalversammlung. Dabei geriet die Frage, ob bei diesen Wahlen die Abgabe leerer Stimmzettel – so genannter „weißer Blätter“ – erlaubt sein sollte, zum schwerwiegendsten legislativen Problem. Die Kommunisten erwarteten, dass diese Möglichkeit vor allem von Gegnern der neuen Ordnung genutzt werden würde, die andernfalls für eine der nichtkommunistischen Parteien gestimmt hätten. Gerade aus diesem Grund waren die Abgeordneten der Nationalen Sozialisten, der katholischen Volkspartei und der slowakischen Demokratischen Partei gegen die Zulassung leerer Stimmzettel. Schließlich wurde in der ersten Kampf Abstimmung, die die Vorläufige Nationalversammlung erlebte, entschieden, im Wahlgesetz die Möglichkeit festzuschreiben, leere Wahlzettel abzugeben. Der Ausgang der Wahlen zeigte jedoch, dass nur ein unerheblicher Anteil der Wähler von dieser Möglichkeit Gebrauch machte; das Ergebnis war davon nicht beeinflusst.

³² Těsnopisecké zprávy Prozatímního národního shromáždění, Aufzeichnung der 5. Sitzung, 9. 11. 1945.

³³ Těsnopisecké zprávy Prozatímního národního shromáždění, Aufzeichnungen der Sitzungen 6-11.

³⁴ Těsnopisecké zprávy Prozatímního národního shromáždění, Aufzeichnungen der Sitzungen 27-36.

³⁵ Těsnopisecké zprávy Prozatímního národního shromáždění, Aufzeichnungen der Sitzungen 28-29. – Die Nationalen Sozialisten nahmen wegen der für sie inakzeptablen Verhältnisse im Sicherheitsapparat nicht an der Debatte teil. Sie begründeten diesen ungewöhnlichen Schritt mit einer für die Zeit bezeichnenden Argumentation: Sie wollten nicht öffentlich über den Missbrauch der Sicherheitsorgane sprechen um „übel gesinnten Menschen“ nicht die Gelegenheit zu bieten, den „Interessen der Nation und der Republik“ zu schaden.

Bereits ab Ende 1945 zeichnete sich eine Entwicklung ab, die mindestens bis Mitte 1947, in Ansätzen noch bis zum Februar 1948 vorhielt: Im Parlament wurden unterschiedliche Standpunkte umfassender begründet und deutlicher ausformuliert als in der Regierung oder der Nationalen Front. Gerade weil die Nationalversammlung kein Ort direkter politischer Gestaltung und Entscheidungsfindung war, konnten dort Standpunkte eindeutiger und zugespitzter ausgedrückt werden als im Zentrum der Macht. Auch die Notwendigkeit, zumindest verbale Bereitschaft zu Kompromissen und Einigkeit zu signalisieren, bestand für das Parlament nicht. Daher entstand hier ein Raum, in dem die Spannung sichtbar wurde, die sich innerhalb des geschlossenen politischen Systems aufstaute – und sich sonst nirgends entladen konnte. Man kann also sagen, dass das Parlament eine gewisse inoffizielle Opposition unter Bedingungen erlaubte, die die Existenz einer offiziellen Opposition nicht zuließ. Dies hatte zwar keine unmittelbaren politischen Konsequenzen, weil die Abgeordneten letztlich fast immer gezwungen waren, das anzunehmen, was die Regierung, in der führende Akteure der Parteien wirkten, ihnen vorlegte. Doch billigte die Regierung dem Parlament zugleich mehr Raum zu als vor dem Krieg. Dabei spielte meiner Meinung nach nicht zuletzt die Tatsache eine Rolle, dass das Parlament auch in den taktischen Überlegungen der Parteiführer seinen Platz hatte: Schließlich konnten einzelne Abgeordnete Ansichten äußern, die die Parteiführer unmöglich selbst vorbringen konnten.

In der Vorläufigen Nationalversammlung wurde scharfe Kritik an der Arbeit der Staatsorgane laut. Eine wichtigere Frage war allerdings, ob die Vorläufige Nationalversammlung selbst an der Lösung der alltäglichen politischen Probleme beteiligt werden und neben der Regierung und der Nationalen Front ein weiteres vollwertiges Machtzentrum darstellen sollte. Eine Reihe konkreter Beispiele belegt, dass sie diese Position nicht hatte: So gewährte z.B. der Haushaltsausschuss der Vorläufigen Nationalversammlung der parlamentarischen Einsparungskommission weit reichende Kompetenzen. Das rief das Missfallen der Regierung hervor, vor allem weil sich die hier anvisierte Kontrolle auf die volkseigenen Betriebe beziehen sollte.³⁶ Auf Druck der Regierung wurden diese Kompetenzen schließlich wieder eingeschränkt.

Man kann feststellen, dass die objektiven wie subjektiven Bedingungen der frühen Nachkriegszeit die Macht der Regierung im politischen System der Tschechoslowakei stärkten. Folglich konnte die Vorläufige Nationalversammlung keine der Exekutive auch nur annähernd gleichwertige Position einnehmen.³⁷ Zudem wurde

³⁶ Národní archiv, ÚV KSČ, f. Kl. Gottwald, a.j. 1494, sv. 141. [Nationalarchiv, Zentralausschuss der KPTsch, Kl. Gottwald u.a. 1494, Bd. 141]. Aufzeichnung aus der Sitzung vom 9.4.1946. In den Organen der verstaatlichten Industrie nahmen die Slowakischen Demokraten und die Kommunisten die wichtigsten Positionen ein. Vor diesem Hintergrund ist das Bestreben der Vertreter der anderen Parteien verständlich, den Einfluss ihrer politischen Gegner in diesem wichtigen Sektor der Nationalökonomie kontrollieren zu wollen. Andererseits ist auch die Leichtigkeit, mit der sie auf diese Forderung verzichteten, bezeichnend.

³⁷ Archiv Akademie věd ČR [Archiv der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik], f. Vladimír Procházka, sign. IIIg, inv. č. 1795, kart. č. 109. Elaborát Bedřicha

die Rolle des Parlaments von der Existenz zweier divergierender Strömungen im politischen Leben der Republik bestimmt, die weniger auf konkrete politische Differenzen als auf grundsätzlich unterschiedliche Vorstellungen vom Wesen der Politik, von ihren Inhalten, Zielen und Methoden zurückzuführen waren. Diese grundlegenden Unterschiede bezogen sich auch auf die Vorstellung von der Rolle des Parlaments und untergruben letztlich dessen Möglichkeit, ordnungsgemäß zu arbeiten.

Die Verfassunggebende Nationalversammlung entstand auf Grundlage der Wahlen vom 26. Mai 1946, die bekanntlich mit einem deutlichen Sieg der Kommunisten in den böhmischen Ländern und der Demokratischen Partei in der Slowakei endeten. Ferner wurden 300 Deputate geschaffen und das Mandat wurde auf zwei Jahre festgesetzt.³⁸ Schon der Name dieser Versammlung weist darauf hin, dass ihre Hauptaufgabe die Ausarbeitung einer neuen Verfassung war. Diese Angelegenheit hatte für die Verortung der Verfassunggebenden Nationalversammlung im politischen System (im institutionellen und formalen Verständnis) konstitutive Bedeutung und das vor allem in seiner ersten Phase, als es darum ging, wer die neue Verfassung ausarbeiten sollte. Zunächst trat die Regierung mit dem Anspruch auf, den Vorschlag für den Verfassungstext selbst zu erstellen.³⁹ Dem widersetzte sich das Parlament. Allen voran kämpften die sozialdemokratischen Abgeordneten für das Recht der Versammlung, den Verfassungstext zu erstellen, wobei sie von einem großen Teil der Öffentlichkeit unterstützt wurden.⁴⁰ Mit Erfolg: Anfang Oktober 1946 wurde das

Rattingera. Úkol Národního shromáždění v lidově demokratické republice [Elaborat Bedřich Rattingers. Die Aufgaben der Nationalversammlung in der Volksrepublik]. (Undatiert. Wohl im April 1946 entstanden). Hier wird eine radikale Version der kommunistischen Vorstellungen von der neuen Verfassung begründet. Demnach sollte sich das neue Parlament vom Geist seiner Vorgängerinstitution lösen, der die „Errungenschaften der Revolution“ bedrohe, und zum höchsten Organ der Selbstverwaltung des Volkes werden. Im Unterschied zur vorläufigen Nationalversammlung, die hier als in der Tradition des bürgerlichen Parlamentarismus stehend beschrieben wird, solle die neue Nationalversammlung auch neue institutionelle Elemente integrieren und neue Befugnisse erhalten. So sollten z.B. der Zentralrat der Gewerkschaften (Ústřední rada odborů, ÚRO) und der Einheitsverband der Landwirte (Jednotný svaz českých zemědělců) im Parlament vertreten sein.

³⁸ Sb. Nr. 65/1946, Ústavní zákon o Ústavodárném národním shromáždění [Verfassungsgesetz über die Verfassunggebende Nationalversammlung].

³⁹ NA, ÚV KSČ, f. Kl. Gottwald, a.j. 1494, sv. 141. Regierungssitzung vom 27.8.1946. Die Regierung nahm an, dass sich auch Vertreter der Wissenschaft sowie von Interessen- und Berufsverbänden an der Arbeit beteiligen würden. Diese Erwartung entsprach der in der Zeit häufig vertretenen Ansicht, dass die Basis für die Konstituierung des politischen Willens verbreitert werden müsse.

⁴⁰ Těsnopisecké zprávy Prozatímního národního shromáždění, Aufzeichnung der 13. Sitzung, 2.10.1946, Bekanntmachung des Regierungsvorsitzenden Klement Gottwald. Es ist interessant, dass es die Sozialdemokraten waren, die die wichtigsten Punkte für die Begründung des Anspruchs des Parlaments auf Ausarbeitung der Verfassung vorbrachten. Ihre Aktivität in dieser Sache hing mit dem Bestreben zusammen, sich nach dem Misserfolg bei den Wahlen gegenüber der KPTsch abzugrenzen. Der Grund für das schlechte Ergebnis wurde in der Partei nämlich vielfach darin gesehen, dass ihre Politik den Eindruck der Unselbstständigkeit und Abhängigkeit von der KPTsch hervorrief.

Gesetz über die Schaffung des Verfassungsausschusses ratifiziert, aus dessen Mitte dann eine Verfassungs-Subkommission hervorging, die Vorschläge für konkrete Bestimmungen ausarbeiten und vorlegen sollte. Es zeugt allerdings von der unzureichenden taktischen und inhaltlichen Vorbereitung der nichtkommunistischen Parteien, dass ihre Vertreter in der Subkommission den kommunistischen Abgeordneten Vladimír Procházka zum Berichterstatter ernannten.

Allgemein wurde erwartet, dass die künftige Verfassung traditionelle und neue Elemente in sich vereinen würde: Was die politischen und bürgerlichen Rechte und Freiheiten anbelangt, sollte sie an den demokratischen Charakter der Verfassung von 1920 anknüpfen. Zugleich betrachtete man es als unerlässlich, die politischen, ökonomischen und sozialen Veränderungen, die sich in der erneuerten Tschechoslowakei vollzogen hatten, in der Verfassung zu kodifizieren. Natürlich legten die verschiedenen politischen Strömungen dabei Wert auf unterschiedliche Bereiche: Während die Kommunisten und ihre Verbündeten hauptsächlich die neuen Elemente und kollektiven Rechte betonten und versuchten, die Aufmerksamkeit in erster Linie auf ökonomische Fragen zu lenken, beharrten die Nationalen Sozialisten, die Volkspartei, die Slowakischen Demokraten und ein Teil der Sozialdemokraten auf dem Schutz der individuellen und der Bürgerrechte und drangen darauf, die Situation des Übergangs zu beenden.

Auf einer anderen Ebene spielte sich ein Konflikt zwischen der Tendenz ab, in der Schaffung der Verfassung hauptsächlich ein politisches Problem zu sehen, und dem Bestreben, diese primär als rechtliche Angelegenheit zu betrachten. Diese unterschiedlichen Konzeptionen zeigten sich im Streit darüber, ob Verfassungsrechtsexperten zu den Vorbereitungen hinzugezogen werden sollten.⁴¹ Die Kommunisten befürchteten, ein stärkerer Einfluss solcher „reiner Fachleute“ werde die Durchsetzung ihrer Vorstellungen verhindern, die oftmals nicht den eingeführten verfassungsrechtlichen Standards entsprachen.⁴² Die Auseinandersetzung endete schließlich mit einem Kompromiss. Es wurde ein Expertengremium gebildet, dem aber lediglich die Ergebnisse der Diskussionen in den Subkommissionen vorgelegt wurden; zu diesen hatte sich das Gremium zu äußern. Nachdem die politischen Aspekte eines jeden Problems erörtert worden waren, sollten die Experten dann bei der definitiven Formulierung der einzelnen Bestimmungen behilflich sein.⁴³

⁴¹ *Goněc*, Vladimír: *Experti při ústavním výboru Národního shromáždění (1946-1948). Postavení Slovenska, decentralizace, samospráva* [Experten im Verfassungsausschuss der Nationalversammlung (1946-1948) Stellung der Slowakei, Dezentralisierung, Selbstverwaltung]. In: *Od dikatúry k diktatúre* [Von Diktatur zu Diktatur]. Bratislava 1995, 29-40.

⁴² *J. Štěpánek* (Pseudonym für Vladimír Procházka): *Parlament, ústava, experti* [Parlament, Verfassung, Experten]. In: *Rudé právo* vom 6.2.1947. Hier heißt es, die Politiker, die die Beteiligung von Experten bei der Erarbeitung der Verfassung durchsetzten, hätten nicht den Mut, öffentlich zu bekennen, dass sie gegen das Regierungsprogramm seien. Aus diesem Grund beriefen sie Experten, damit diese an ihrer Stelle kritisierten und handelten.

⁴³ *Experti pro práci na ústavě* [Experten für die Arbeit an der Verfassung]. In: *Lidová demokracie* vom 7.2.1947. – Als Mitglieder des Expertengremiums wurden u.a. Dr. Alfréd Meissner, Prof. Jiří Hoetzel und Prof. František Weyr ernannt. Diese Persönlichkeiten verkörperten die personelle Kontinuität zwischen der Schaffung der ersten tschechoslowakischen Verfassung von 1920 und der Ausarbeitung der neuen Verfassung.

Die Arbeiten an der Verfassung kamen langsamer voran als ursprünglich angenommen worden war. Als unüberwindbare Probleme erwiesen sich einerseits die rechtliche Stellung der Slowakei innerhalb des gemeinsamen Staates, andererseits die Frage, wie die neuen Institutionen – insbesondere die Nationalausschüsse – in der Verfassung verankert werden sollten. Dem Vorschlag der Kommunisten zufolge sollten die Nationalausschüsse in die Verfassung integriert und mit umfangreichen Kompetenzen und Rechten ausgestattet werden. Die KPTsch wollte auch den einzelnen Mitgliedern der Nationalausschüsse weitreichende Privilegien gewähren.⁴⁴

Unter welchen Bedingungen die Verfassung entstand, illustriert ein Beispiel aus dem Sommer 1947: Die zentrale Kommission für Volksverwaltung beim ZK der KPTsch forderte die Nationalausschüsse auf, die Grundsätze zu beurteilen, nach denen die Stellung der Nationalausschüsse in der neuen Verfassung geregelt werden sollten. Damit lösten sie eine „spontane Kampagne“ aus.⁴⁵ Dieser Druck „von unten“ wurde ganz unterschiedlich aufgenommen: Während ihn die Nichtkommunisten überwiegend als inakzeptablen Eingriff in die Lösung von Fachfragen kritisierten, verteidigten die Kommunisten ihn als legitimen Ausdruck des „Volkswillens“.

Die Verfassungsgebende Nationalversammlung spielte auch bei einer Reihe anderer politischer Auseinandersetzungen eine wichtige Rolle. Eine sehr kontrovers geführte Debatte rief z.B. die Erörterung des Gesetzes hervor, das den künftigen Umgang mit dem von den Deutschen, Ungarn und Kollaborateuren konfiszierten Besitz regeln sollte. Hier vertraten die Kommunisten auf der einen und die Nationalen Sozialisten und Anhänger der Volkspartei auf der anderen Seite unvereinbare Positionen: Wollten die einen diesen Besitz den Nationalverwaltern zuteilen, die sich bei ihrer Arbeit bewährt hatten, forderten die anderen, so genannten Vorzugsbewerbern – hauptsächlich befreiten Häftlingen und aus dem Ausland zurückkehrenden Soldaten – den Vorrang bei der Zuteilung von Immobilien, Betrieben und Bauernstellen einzuräumen.⁴⁶

Zum Jahreswechsel 1946/1947 kam es dann zwischen Regierung und Parlament zu einem Zerwürfnis, das in seiner Schwere keine Analogie hatte. Der kommunistische Landwirtschaftsminister Jülius Ďuriš legte dem „Volk“ die Entwürfe seiner sechs Gesetze vor, die die Veränderungen, zu denen es nach dem Krieg auf dem Land

⁴⁴ Archiv Akademie věd ČR, f. Vladimír Procházka, sign. IIIg, inv. č. 103. Die Mitglieder der Nationalausschüsse sollten weitgehende Immunität genießen. Sofern sie nicht direkt bei einer Straftat ertappt wurden, sollten sie grundsätzlich in Freiheit untersucht werden. Um sie gerichtlich zu belangen, war die Zustimmung des übergeordneten Nationalausschusses notwendig.

⁴⁵ *Ebenda*.

⁴⁶ Zum Kern des Problems entwickelten sich die einander ausschließenden Bemühungen der politischen Konkurrenten um die Durchsetzung von Besitz- (und natürlich Macht-) Verhältnissen, die die jeweils eigene Position stärken würden: Während die kommunistischen Abgeordneten für die Erhaltung der bestehenden Situation waren, da eine Mehrheit der Nationalverwalter der KPTsch nahe stand, versuchten die Abgeordneten der anderen Parteien zumindest, diese für die unvorteilhafte Verteilung von Eigentum zumindest teilweise zu korrigieren.

gekommen war, vertiefen und festigen sollten.⁴⁷ Zeitgleich begannen die Landwirtschaftskommission und die ebenfalls von den Kommunisten kontrollierten Nationalausschüsse damit, dem Parlament Resolutionen zu übergeben, in denen die Annahme dieser Entwürfe gefordert wurden. In diesem Vorgehen kann man ein Musterbeispiel für die Kombination des traditionellen politischen Kampfes mit der bis dahin unübliche Methode, Druck von unten auszuüben, sehen. Das Landwirtschaftsministerium beschwor dadurch, dass es für die Durchsetzung seiner Pläne Unterstützung „an der Basis“ mobilisierte, einen schwerwiegenden politischen Konflikt herauf. Zu dessen Intensität trug auch die Tatsache bei, dass die ehemaligen Mitglieder der Agrarpartei, die nun vor allem in der Partei der Nationalen Sozialisten konzentriert waren, im Landwirtschaftsausschuss der Verfassungsgebenden Nationalversammlung eine wichtige Rolle spielten. In den Parlamentssitzungen während der letzten Wochen des Jahres 1946 verschärften sich die Konflikte zunehmend.⁴⁸ Diese Entwicklung gipfelte in der Sitzung am 8. Januar 1947, in der der Landwirtschaftsausschuss dem Landwirtschaftsminister das Misstrauen aussprach.⁴⁹ Später wurden diese Gesetze trotzdem angenommen, zum Teil noch vor dem Februarumsturz.

Im Sommer 1947 begann sich in Zusammenhang mit der Zunahme internationaler Spannungen auch die innenpolitische Situation in der Tschechoslowakei zu verschärfen, was nicht ohne Folgen auf das Parlament bleiben konnte. Das zeigte sich vor allem in den großen und sehr emotional geführten Diskussionen über den Bericht Justizminister Drtinás zu den Konsequenzen der Retributionsgerichtsbarkeit und über den Entwurf zum Gesetz für die Revision der ersten Bodenreform. Erneut kam es zu Zusammenstößen, bei denen die rechtliche Ebene der Probleme betont, aber auch deren politische Implikationen thematisiert wurden. Die Themen Retribution und Landwirtschaftspolitik gehörten in den Nachkriegsjahren zu den dringlichsten; in besonderer Anschaulichkeit zeigten sich hier die Hauptprobleme des tschechoslowakischen politischen Lebens. Die Mitte 1947 geführten Diskussionen waren bereits Vorboten des Bruchs, der zur finalen Eskalation führen sollte. Solange sich die Konflikte auf einem Niveau bewegten, auf dem keine der Parteien an eine Lösung dachte, die die Überschreitung der bestehenden Systemgrenzen bedeutet hätte, blieb dem Parlament die oben beschriebene Rolle eines „Labors für politische Positionen“ erhalten. Als jedoch die radikale Lösung der politischen Probleme absehbar wurde, ließ das Interesse an dieser Funktion nach. Das bedeutet nicht, dass auf dem Boden des Parlaments keinerlei Debatten mehr ausgetragen worden wären. Doch es entfernte sich immer weiter von den aktuellen politischen

⁴⁷ Es handelte sich um Gesetzesgrundlagen über die Registrierung der Zuteilungen von konfisziertem und anderem landwirtschaftlichen Besitz, über die Gewährleistung des landwirtschaftlichen Produktionsplans, über die Regelung der Aufteilung landwirtschaftlicher Betriebe und die Beschränkung der Bodenzerstückelung, über das Jagdwesen sowie über technisch-ökonomische Regelungen der Parzellen (das so genannte Parzellierungsgesetz und das Gesetz über die Revision der Bodenreform).

⁴⁸ Těsnopisecké zprávy Prozatímního národního shromáždění, Aufzeichnung der 30. Sitzung, 18. 12. 1946.

⁴⁹ Lidová demokracie vom 9. 1. 1947.

Problemen, während sich die Entscheidungsprozesse an ganz anderer Stelle abspielten. Die letzte Phase der Krise – die so genannten „Februarereignisse“ – verlief völlig ohne Beteiligung des Parlaments. Die Parlamentarier traten erst wieder zusammen, um die Veränderungen, über die an anderer Stelle entschieden worden war und die unumkehrbar schienen, anzunehmen und formal zu bestätigen.

Auch wenn die Verfassunggebende Nationalversammlung nicht direkt in den Verlauf der Ereignisse des Februars 1948 eingriff, gehörte sie zu den Orten, an denen sich die Konsequenzen dieser Ereignisse unverzüglich zeigten: Bereits am 24. Februar 1948 fand eine Sitzung des parlamentarischen Aktionsausschusses der Nationalen Front statt. Am darauf folgenden Tag unterzeichneten sechs Abgeordnete den Aufruf zur Unterstützung der Regierung der erneuerten Nationalen Front. Dieser Aufruf wurde an 229 Abgeordnete geschickt, von denen nur drei nicht positiv reagierten. Insgesamt sicherten 250 Parlamentarier der sich neu formierenden Regierung Gottwald ihre Unterstützung zu.⁵⁰ Das Aktionsprogramm der Regierung wurde im März 1948 von 230 Abgeordneten gebilligt, die neue Verfassung, die nun klar die Handschrift der KPTsch trug, im Mai von 246 Abgeordneten. Die Verfassunggebende Nationalversammlung sicherte dem neuen Regime mit großer Mehrheit ihre Unterstützung zu, womit sie ihre eigene Unterordnung unter die Regierungs- und Parteiorgane vollendete. Aus einem Ort, an dem es bis zu einem gewissen Grad möglich gewesen war, verschiedene Meinungen zu formulieren, wurde eine Institution, die Konflikte grundsätzlich vermied und sich in das Gesamtbild einer allseitigen „Demonstration von Einstimmigkeit und Entschlusskraft“ beim Aufbau des neuen Regimes einfügte.⁵¹

Diese Entwicklung war jedoch weder linear noch völlig eindeutig: In dem geschlossenen politischen System, das nach 1945 entstanden war, existierten die Spielräume nicht, über die ein freies, pluralistisches, parlamentarisches Regierungssystem normalerweise verfügt. Vielmehr gab es in der Nachkriegstschechoslowakei starke Tendenzen, die Gewaltenteilung vollkommen aufzuheben und Legislative, Exekutive und Judikative zu vereinigen. In diesem sehr speziellen System und dieser spezifischen Atmosphäre schuf das Parlament bis zu einem gewissen Maß den Raum für freie und von außen betrachtet relativ unbeschränkte Diskussionen. Hier stießen die beiden entgegengesetzten politischen Strömungen, die ihre Konflikte in der Regierung der Nationalen Front dämpften, offen aufeinander; hier wurden Differenzen ausgetragen, die sonst tabuisiert wurden.

Auch wenn es der Nationalversammlung nach dem Zweiten Weltkrieg zeitweilig gelang, ihr Prestige zu steigern – so etwa, als sie ihr Recht durchsetzte, den Verfassungsentwurf zu erarbeiten –, konnte es unter den herrschenden systemischen Bedingungen und deutlich von der Gesellschaft getrennt seine eigentlich Aufgabe nicht erfüllen. In der Tschechoslowakei wurde das Parlament tatsächlich nie zu einem vollwertigen Machtfaktor. Das sollte jedoch nicht zu dem Schluss verleiten, dass es nicht wert wäre, ihm die entsprechende Aufmerksamkeit zu widmen. Die

⁵⁰ Pavlíček, Václav: Politické strany po Únoru [Politische Parteien nach dem Februar (1948)]. Praha 1966, 146.

⁵¹ Kabele: Z kapitalismu do socialismu a zpět 215 f. (vgl. Anm. 1).

Genese seiner sozialen Struktur kann in beträchtlichem Maß zur Erkenntnis der Entwicklung der politischen Eliten in der Tschechoslowakei beitragen. Außerdem gab es auch Zeitabschnitte, in denen das Parlament mehr zu sein vermochte, als eine reine „Zustimmungsfabrik“.

Aus dem Tschechischen von Christiane Brenner

NORMALISIERUNG

Normalisierung ist der historische Begriff für die Phase des staatssozialistischen Regimes in der Tschechoslowakei, die mit der Niederschlagung des Prager Frühlings am 21. August 1968 beginnt und mit der „Samtenen Revolution“ im Herbst des Jahres 1989 endet:¹ ein Euphemismus, der die Rückkehr zur „Normalität“ im Geist von „Vernunft“ und „Realismus“ nach der „Entartung“ und dem „Chaos“ der „Konterrevolution“ von 1968 meint. Die Physiognomie der Epoche ist mit wenigen Strichen gezeichnet: Restauration des bürokratischen Sozialismus und seiner zentraladministrativen Planwirtschaft, wo nötig mit der Schützenhilfe der „sozialistischen Bruderländer“ und durch verschärfte Repression; Ruhigstellung einer tief desillusionierten Bevölkerung durch Sozialleistungen und Konsum.

Die folgenden Überlegungen² gliedern sich wie folgt: Ausgehend vom tschechoslowakischen Phänotyp – und über ihn hinausgehend – soll ein der zeitgenössischen politisch-propagandistischen Konnotationen entkleideter, „neutraler“ historisch-sozialwissenschaftlicher Begriff von Normalisierung entwickelt werden, der sich mindestens auf die späte DDR des „Realsozialismus“ ab dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker (1971) übertragen lässt. Normalisierung ist also kein Eigenname, sondern Gattungsbegriff. „Realsozialismus“ und Normalisierung werden als wechselseitig austauschbare Epochenbezeichnungen gebraucht; die korrespondierenden Phänomene sind nicht identisch, aber familienähnlich. Normalisierung in der hier vorgeschlagenen weiterreichenden Bedeutung ist, nach dem „Aufbau des Sozialismus“ in den 1950er Jahren und den Reformen der 1960er Jahre, ein dritter Abschnitt in den „Biografien“ von ČSSR und DDR. Das ostdeutsche und das tschechoslowakische Normalisierungsregime verlassen zwar nicht den Boden der

¹ Der Begriff bezeichnet manchmal auch nur den relativ kurzen Zeitraum der Genese von Normalisierung um die Wende zu den 1970er Jahren. In diesem Text steht Normalisierung für die gesamte Epoche der Restauration bis zum Herbst 1989 und deren Strukturen.

² Diese zehren von: Boyer, Christoph: Stabilisierung durch Wandel. Institutionenevolution im Staatssozialismus. In: *Bender, Gerd/Kiesow, Rainer Maria/Simon, Dieter* (Hgg.): *Das Europa der Diktaturen: Steuerung – Wirtschaft – Recht*. Baden-Baden 2002, 119-139. – *Ders.*: Kommentar zum Referat von Peter Hübner „Norm, Normalität, Normalisierung: Quellen und Ziele eines gesellschaftspolitischen Paradigmenwechsels im sowjetischen Block um 1970“. In: *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien* 28/29 (2003) 41-45. – *Ders.*: Der Beitrag der Sozialgeschichte zur Erforschung kommunistischer Systeme. In: *Brenner, Christiane/Heumos, Peter* (Hgg.): *Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung. Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und DDR 1948-1968*. München 2005, 13-31 (BWT 27). – *Ders.*: Sozialgeschichte der Arbeiterschaft und staatssozialistische Entwicklungspfade: konzeptionelle Überlegungen und eine Erklärungsskizze. In: *Hübner, Peter/Kleßmann, Christoph/Tenfelde, Klaus* (Hgg.): *Arbeiter im Staatssozialismus – ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit*. Köln 2005, 71-86.

Systeme sowjetischen Typs;³ insbesondere brechen sie nicht den für diese Systeme konstitutiven, systemimmanent nicht zu überwindenden Primat der Politik. Immerhin aber bereichern sie den Formen- und Variantenreichtum des Staatssozialismus durch eine bislang nicht gekannte Politik- und Gesellschaftsstrategie in Kombination mit einem neuartigen Typus von Gesellschaftsvertrag.⁴ Dieser eigentümlichen politisch-ökonomisch-sozialen Konfiguration ist ein systematischer Ort auf staatssozialistischen Entwicklungspfaden und im Prozess der Evolution staatssozialistischer Systeme zuzuweisen. Im Resümee weitet sich der Blick auf alternative Pfadvarianten und damit auf das umfassendere Forschungsprogramm „Sozialistische Entwicklungspfade“, zu dem Normalisierungsforschung als „Puppe in der Puppe“ gehört.

Normalisierung: zum Begriff

Die folgende Definition beansprucht nicht, das „wahre Wesen“ der Sache abzubilden; ein solches essentialistisches Unterfangen wäre im Grundsatz verfehlt. Der vorgeschlagene – idealtypische – Begriff ist lediglich eine nützliche Konvention: nützlich, weil er nicht nur klassifiziert und etikettiert, sondern sich zu einem Analyserahmen entfalten lässt, der Zusammenhänge erklärt; die Leistungskraft der Konstruktion ist am historischen Material zu erproben. Die Begriffsbestimmung beinhaltet vier Elemente, drei inhärente Strukturprobleme und eine hieraus resultierende typische Ablauftendenz:

³ Systeme sowjetischen Typs werden – idealtypisch – als Kombination der folgenden drei Elemente gefasst: a) Prinzipieller und unbedingter Primat der Politik über Wirtschaft und Gesellschaft: das – ungeachtet aller faktischen Begrenzungen – rechtlich nicht gebändigte Machtmonopol der marxistisch-leninistischen Staatspartei und des von ihr angeleiteten bürokratischen Gesamtapparats auf der Grundlage des Monopols ideologischer Gestaltungsmacht. Politik steuert ein Mega-Projekt politisch-sozial-ökonomischer Transformation, das die Arbeiterklasse ins Zentrum des gesellschaftlichen Gefüges rückt. b) Dominanz staatlichen und quasistaatlichen (gesellschaftlichen, pseudogenossenschaftlichen) Eigentums; tendenzielle Beseitigung autonomer Akteure auf dem Markt; bürokratische (vertikale, hierarchische) Koordinierung der Wirtschaft durch umfassende zentrale Planung physischer Größen der industriellen Bruttoproduktion. c) Forcierte industrielle Wachstumspolitik mit markanter Präferenz für die Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien. Klassisch-staatssozialistisches industrielles Wachstum ist extensiv: Es überspannt Ressourcen und Entwicklungstempo ohne Rücksicht auf ökonomische und soziale Kosten und produziert mit hoher Wahrscheinlichkeit Mangelkrisen in Permanenz. Dies in Anlehnung an die klassische Darstellung in Kornái, János: Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus. Baden-Baden 1995, 35–428.

⁴ Sollte Normalisierung als „Paradigmenwechsel“ bezeichnet werden? Hiergegen sprechen m. E. zwei Argumente: Der Paradigmenbegriff hat im Laufe der jahrzehntelangen Diskussion im Anschluss an Thomas Kuhn an Präzision eher verloren. Wird der Paradigmenbegriff aber doch weiterverwendet, so wäre er besser für „Groß-Formationen“ à la „Staatssozialismus sowjetischen Typs“ zu reservieren. Paradigma wäre u. a. etwa auch die keynesianisch-wohlfahrtsstaatlich überformte Marktwirtschaft in Kombination mit politischer Demokratie und Rechtsstaat. Transformationen solcher „Gesellschaftsmodelle“ (Volker Bornschier) in andere wären „Paradigmenwechsel“ (Systemtransformationen) und von kleiner kalibrierten – systemimmanenten – Umbauten – wie etwa „Normalisierungen“ – zu unterscheiden.

1. Vier Elemente: a) Rezentralisierung und Rehierarchisierung: Rehabilitierung des Primats der Parteiherrschaft und der zentraladministrativen Planwirtschaft. Normalisierung ist Restauration: Sie folgte auf Ulbrichts Wirtschaftsreformen und die im Prager Frühling kulminierende tschechoslowakische Reformbewegung. In beiden Fällen überwogen – aus der Sicht der Staatsparteien – die politischen Kosten einer Liberalisierung letztlich den allfälligen ökonomischen Nutzen; die Reformprojekte drohten eine dysfunktionale, die Parteiherrschaft sprengende Eigendynamik zu entwickeln. In der DDR wurde die von der Reform verursachte ökonomische Krise, politisch funktionalisiert, 1971 zum Movens des Machtwechsels von Ulbricht zu Honecker. War dieser das Ergebnis eines internen Machtkampfs hinter den Kulissen unter den wachsamen Augen der sowjetischen Führung, so wurde der Prager Frühling 1968/1969 durch die militärische Intervention des Hegemons – mit Unterstützung einheimischer Helfershelfer – liquidiert. Ungeachtet unterschiedlicher ereignisgeschichtlicher Oberflächen waren die Phasenübergänge tiefenstrukturell äquivalent: Beide Male war das Scheitern der Reform nicht unausweichlich, aber von massiver Folgerichtigkeit, d. h. auf den letztlich nicht zu brechenden Primat der Parteiherrschaft zurückzuführen.

Strukturell äquivalent war im Grundsatz auch die Folgestrategie: Im Übergang von Ulbricht zu Honecker wurde in der DDR die administrativ gesteuerte Mengenerplanung in Kombination mit politischen Preisen bei stark eingeschränkten Entscheidungsspielräumen der Betriebe wiederhergestellt. Umbauten und Weiterentwicklungen des Lenkungsinstrumentariums in den folgenden Jahren bewegten sich in diesem Rahmen; dass partiell Elemente des Neuen Ökonomischen Systems fruchtbar gemacht wurden, änderte wenig am Gesamtbild einer Erschöpfung des ordnungspolitischen Repertoires. Ähnlich waren in der Tschechoslowakei der 1970er und 1980er Jahre kleinere Innovationen im Geiste der 1960er Jahre zu verzeichnen: Aufs Ganze gesehen wurde auch hier eine der Honeckerschen ähnelnde ordnungspolitische Orthodoxie installiert.

b) Sozial- und Konsumpolitik⁵ gewannen – als Strategie materieller Pazifizierung – zentrale strategische Bedeutung für die Restabilisierung der Parteiherrschaft. Sozialpolitik war in beiden Ländern in pragmatischer Absicht schon seit jeher betrieben worden. Erst in den 1960er Jahren aber war sie, im Kontext der Reform und mit dem Schwinden des Vertrauens in den Planmechanismus als Remedur aller neuen und alten sozialen Probleme, „neu erfunden“ und zum eigenständigen Politikbereich „sozialistische Sozialpolitik“ aufgewertet worden. Nun stellte die auf dem VIII. Parteitag der SED (1971) proklamierte „Hauptaufgabe“ des neuen Fünfjahrplans, wenige Jahre später auf dem IX. Parteitag als „Einheit von Wirtschafts-

⁵ Sozialistische Sozialpolitik ist, in einem über das „westliche“ Verständnis des Begriffs „Sozialpolitik“ weit hinausreichenden Sinn, nicht nur das Ensemble von Lebenslagen- und Risikovorsorgepolitiken; sie umfasst auch die Gesamtheit politisch veranlasster und gesteuerter Vorkehrungen für die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen. In Nichtmarktsystemen sowjetischen Typs fallen sämtliche Fragen der Sicherung des Individuums und seiner Versorgung mit materiellen Gütern in die Zuständigkeit des Parteistaats. Dies begründet die Einheit von sozialen und konsumfördernden Maßnahmen.

und Sozialpolitik“ kanonisiert und, ungeachtet aller Umbauten im Detail, Fundament des Systems bis 1989, mit einem umfangreichen sozial- und konsumpolitischen Programm weitaus deutlicher noch als vordem die „Bedürfnisse der Menschen“ ins Zentrum. Hochgespannte Erwartungen richteten sich auf die in einem umfangreichen sozial- und konsumpolitischen Programm angekündigten Sofortmaßnahmen: Lohn- und Prämienerrhöhungen, Steigerung der Konsumgüter- und der Ersatzteilproduktion, Ausweitung des Wohnungsbaus, Subventionierung des Grundbedarfs, stabile Mieten, Nahverkehrstarife und Preise zumindest einfacher Güter. Die „Hauptaufgabe“ intensivierte die Gesundheits-, Jugend- und Frauenpolitik und plante Verbesserungen im Rentenrecht. In der ČSSR legte der Plan für 1970 das Schwergewicht auf die Konsumgüterproduktion und sah zusätzliche Konsumgüterimporte vor. In der ersten Hälfte der 1970er Jahre überstieg zum ersten Mal seit 1948 das Wachstumstempo der Konsumgüterproduktion das im Investitionsgütersektor. Robuste Wachstumsraten ermöglichten respektable Zuwächse bei Einkommen, individuellem wie gesellschaftlichem Verbrauch. Mitte der 1970er Jahre war der Lebensstandard gegenüber 1960 beträchtlich gestiegen; die ČSSR nahm neben der DDR den Spitzenplatz im Ostblock ein.

Die Strategie der materiellen Pazifizierung wurde nun zum zentralen Stabilisator und, anstelle der Ideologie, zur legitimatorischen Hauptstütze der Parteiherrschaft. Versorgung der Bevölkerung als obrigkeitlicher Akt stand unmittelbar im Dienst politischer Macht; charakteristisch war die Präponderanz der von den real existierenden Verteilungsspielräumen abgekoppelten Garantie „sozialer Sicherheit“ und „stabiler Versorgung“. Hatte der Reformgeist der 1960er Jahre in beiden Ländern soziale Ungleichheit als Stimulans ex ante zumindest billigend in Kauf genommen, in der Hoffnung auf eine Einebnung der Unterschiede ex post, so leistete die Parole der „formalen Gleichheit“ einer sozialen Einebnung der Gesellschaft und einer Abkopplung der in die Fläche ausgeweiteten, nivellierenden und homogenisierenden „konsumeristischen Strategie“ von der Ökonomie und ihrer direkten Anknüpfung an die Politik Vorschub.

c) Die Konsumstrategie konterkarierte und kompensierte den Bedeutungsverlust der Ideologie und ihre Entleerung von utopischen Inhalten. Mit der Erschöpfung der Reformoption verflachte das „Projekt Sozialismus“ zu einer Kollektion sozialpolitischer Topoi; Sicherheit, Geborgenheit und Wohlfahrt wurden nun zur Essenz eines „Sozialismus“, der endgültig die Konsumstandards der westlichen Wohlstandsgesellschaft als Referenzgröße akzeptierte. Die Abläufe variierten im Detail, nicht im Grundsatz: Die DDR glitt in einer Art Aufbruchsstimmung in die Honeckerzeit hinüber; die Auszehrung in der Folgezeit verlief eher schleichend. In der ČSSR hingegen mündete die moralische Diskreditierung von Ideologie und Regime in der Folge der Invasion in eine von Apathie, Eskapismus und Privatismus gekennzeichnete gravierende Gesellschaftskrise. Der neue Gesellschaftsvertrag zwischen Führung und Volk beinhaltete den Austausch materieller Leistungen und sozialer Sicherheit gegen zumindest äußerliches Wohlverhalten, über eine tiefe Kluft zwischen Führung und Volk hinweg.

d) Mit „weicher Stabilisierung“ durch Sozial- und Konsumpolitik korrespondierte eine zunehmende, zumindest partielle Aufweichung auch der „harten Stabilisatoren“ Polizei, politische Justiz und Staatssicherheit. Die Kontrollapparate wuchsen in gigantische Dimensionen; sie penetrierten die Gesellschaften in einem qualitativ neuen Ausmaß. Die – gemessen am offenen Terror der Aufbauphase und abgesehen von einer Welle offener Repression in der ČSSR in der unmittelbaren Folge der Invasion von 1968 – „geräuschärmere“, aber technisch effektivierte, tendenziell flächendeckende Repression nahm präventiv-sozialplanerische Züge an; physischer und psychischer Druck verschwammen mit „Fürsorge“ und „Überzeugungsarbeit“. Eine Rücknahme des prinzipiell unbegrenzten Herrschaftsanspruchs der Partei war aus dieser taktischen Flexibilisierung der Instrumente nicht zu folgern.

2. Drei Strukturprobleme: Normalisierungsregime reetablieren nach Reformären den Primat hierarchischer Steuerung, Macht begegnet der Gesellschaft nun als „aufgeweichte Repression“ bzw. als „Wohlstandsgewährung durch obrigkeitlichen Akt“, wobei beide Phänomene tendenziell flächendeckend auftreten. Folge des Rückfalls in zentrale Machtsteuerung ist allerdings die Schwächung der Macht. In diesem Sinne könnte man von dem „Normalisierungs-Paradox“ sprechen:

a) Marktgesellschaften vermitteln Teilnahme am Konsum zumindest partiell über das „eigensinnige“ „Subsystem Wirtschaft“, nach Maßgabe von Marktposition bzw. Marktchancen des Individuums; sie entlasten so die Politik von faktischen Ansprüchen und legitimatorischen Anmutungen. In Nichtmarktsystemen sowjetischen Typs hingegen sind alle Versorgungsfragen – sozialer wie privater Konsum – zentrale Leistungsbereiche des Parteistaats. Dessen Angreifbarkeit resultierte aus der funktionalen Überbürdung und legitimatorischen Überfrachtung des im Zuge der Normalisierung wieder allzuständig gewordenen Steuerungszentrums mit den materiellen Erwartungen der Herrschaftsunterworfenen, die sich in der Spirale von Erfüllung und neuen Ansprüchen hochschaukelten. Bezeichnenderweise horchten die Regime ängstlich auf die Forderungen der Bürger; Indiz war das ausufernde Eingabewesen. Eingaben waren prima facie ein Instrument des Obrigkeitsstaates; faktisch waren sie Zeichen seiner Defensivhaltung.

b) Reaktive Sozial- und Konsumpolitik entzog sich tendenziell dem planerischen Zugriff. Sie erhielt stattdessen einen Anstrich von Zufälligkeit: In der Konsequenz des Eingabewesens lag eine Kasuistik materieller Ausreichungen. Systemwidrige quasi-marktförmige Lohnverhandlungen und -konzessionen hatten in staatssozialistischen Ökonomien seit jeher eine Lohndrift begünstigt, die dem Ungleichgewicht der Geld- und der Güterseite der Volkswirtschaft Vorschub leistete; solche Tendenzen dürften sich im Kontext der Normalisierung verstärkt haben. Eingaben urgierten – ein weiteres Beispiel – Einzelfallregelungen; entschieden wurde nach Maßgabe der Verhandlungsmacht der Petenten. Zwar macht komplexe sozialstaatliche Regulierung überall, d. h. systemindifferent, einen Schwarm lediglich begrenzt normierbarer Einzeleingriffe erforderlich; diese stellen Ermessensentscheidungen dar. Einer solchen, steuerungstechnisch vermutlich unabdingbaren, aber Planung systematisch konterkarierenden „Aufweichung“ der Normbindung sozialstaat-

lichen Verwaltungshandelns ist im Rechtsstaat – aber nur in diesem – eine Schranke gesetzt: in Gestalt der Grundrechte, der aus der *ratio legislatoris* folgenden Grenzen von Ermessensermächtigungen sowie durch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel; diese Kautelen fehlen in Systemen des sowjetischen Typs.

c) Vorwiegend reaktiv war das Verhalten der Normalisierungsregime nicht nur angesichts des inneren, sondern auch des äußeren Problemdrucks. Charakteristisch war hier der weitgehende Verzicht auf produktive und innovative „Umweltbearbeitung“; an deren Stelle traten zunehmende Abhängigkeit der Systeme von ihrer Umgebung und ihre Penetrierung von außen:

Die Hegemonialmacht war, zum ersten, Geburtshelfer und Garant der Normalisierung: sei es, wie 1968 in Prag, durch direkte Intervention, sei es, wie im Fall der DDR 1970/1971, durch „teilnehmende Beobachtung“ des Machtwechsels. In keinem Fall bewerkstelligten die Normalisierungsregime die Normalisierung aus eigener Kraft. Die einheimischen Ressourcen und die Leistungskraft der rezentralisierten, wieder am Gängelband der Partei geführten Planwirtschaften waren, zum zweiten, durch die „Hauptaufgabe“ der Sozial- und Konsumpolitik überfordert. Folge dieser systemischen Spannung zwischen Bedarf und Leistungsvermögen war die strukturelle Neigung zum Ressourcenimport und damit die hohe Wahrscheinlichkeit außenwirtschaftlicher und damit außenpolitischer Abhängigkeit. Der Anstieg des Lebensstandards in der ČSSR in der ersten Hälfte der 1970er Jahre fand bei bestenfalls stagnierender Produktivitätsentwicklung statt; er war, sieht man von den vorhandenen Reserven und zunächst weiterwirkenden Impulsen der Reformzeit ab, der sowjetischen Wirtschaftshilfe durch direkte monetäre bzw. Gütertransfers, vermutlich auch durch eine Herabsetzung militärischer Verpflichtungen im Warschauer Pakt bzw. der Handelsverpflichtungen an die Blockländer geschuldet. Solche Subventionen waren allerdings zeitlich begrenzt; bereits gegen Ende der 1970er Jahre sank der Lebensstandard dort, wo eine Kompensation aus der Schattenwirtschaft nicht möglich war, spürbar. Die enge ökonomische und politische Bindung der ČSSR an die Sowjetunion reduzierte längerfristig gravierend Modernisierungskapazitäten und Handlungsspielräume und zeichnete den Weg in die Unterentwicklung vor. Auslandskredite versetzten die DDR in die Lage, den konsumpolitischen Kurs durchzuhalten; die in den 1970er und 1980er Jahren rapide anwachsende Westverschuldung führte das Land allerdings an die Grenze der internationalen Kreditwürdigkeit.

Die in beiden Normalisierungsregimen strukturell identischen, lediglich unterschiedlich „gelösten“ Probleme der Ressourcenaufbringung wurden durch exogene kontingente⁶ Umstände – die Ost-West-Konkurrenz sowie die rapide Verschlechterung der *Terms of Trade* in den Handelsbeziehungen zur UdSSR und die steigenden Preise für Rohstoffe und Energie auf den Weltmärkten – verschärft. Diese Herausforderungen gewannen Brisanz allerdings erst in Kombination mit der mangelnden endogenen Fähigkeit zu ihrer wirksamen Bearbeitung. Indizien der Erschöpfung des systemisch gegebenen Problemlösungsrepertoires war die „Be-

⁶ „Kontingent“ heißt weder (system-)notwendig noch unmöglich.

kämpfung“ der Dauerkrise der Ökonomie – leistungsfeindliche Lohnstruktur, verzerrte Preise, unbefriedigende Produktivitäts- und Innovationsentwicklung, schlechte Produktqualität, laxe Arbeitsdisziplin, horrende Umweltverschmutzung – mittels bürokratischer „Straffung“ und moralischer Appelle, durch Beschwörung der Staats- und Plandisziplin und leerformelhafte Aufforderungen zur Verbesserung von Organisation und Leitungstätigkeit.

3. Die Ablauflogik: Normalisierung war – ungeachtet der durch Wachstumserfolge und rege sozialgesetzgeberische Aktivitäten markierten, relativ liberalen und bewegten Instituierungsphase – wesentlich restaurativ. Weil ihre *raison d'être* die Sicherung der Parteimacht war und deren Regulierungsanspruch umfassend blieb, mündete Normalisierung in die Erstarrung der – äußerlich kaum angefochtenen – Strukturen, in „non-decision“, in die zunehmende Auszehrung materieller und symbolischer Ressourcen und die Erschöpfung der – durch den Primat der Politik ohnehin eng begrenzten – Lern- und Entwicklungspotentiale. Antwort auf die institutionelle Ultrastabilität des Parteistaats und seinen bis fast zur finalen Implosion kaum offen in Frage gestellten Anspruch auf Kontrolle war politische Apathie: die apolitische Privatheit einer Gesellschaft, die für die „chata“, das kleine Häuschen auf dem Land, und das Wochenende lebte. Manifeste Opposition war ein Nischenphänomen; die innere Abkehr breiter Kreise der Bevölkerung vom Sozialismus, seine Aushöhlung und die Ausbildung eines zivilgesellschaftlichen Habitus verliefen bis kurz vor dem Zusammenbruch subkutan. Offene Opposition war lediglich an der entfernten Peripherie der Gesellschaft zu finden.

Normalisierung und Realsozialismus waren für begrenzte Zeit erfolgreiche Stabilisierungsstrategien; in der Langzeitperspektive erwiesen sie sich als Sackgassen der Evolution; sie steuerten keineswegs zwangsläufig, jedoch mit hoher Untergangswahrscheinlichkeit auf den – dann vergleichsweise abrupten – Zusammenbruch zu.⁷ Der Ausweg aus der Strukturfrage, in der die Normalisierungsregime sich objektiv von Anfang an befanden, wurde folgerichtig in der „friedlichen Revolution“ bzw. der „sametová revoluce“ von 1989/1990, also in der Systemtransformation, nicht in einem neuen Anlauf zu immanent-sozialistischen Reformen gesucht.

Normalisierung, Entwicklungspfade und Systemevolution

1. Normalisierungsforschung impliziert einen Perspektivenwechsel: Häufig sind die „großen Interpretationen“ des Staatssozialismus Etikettierungen oder statische Wesenszuschreibungen: „moderne Diktatur“, „totalitäre Diktatur“, „Fürsorge-diktatur“. Normalisierungsforschung ergänzt solche Interpretamente durch die historisch-genetische Sicht. Generell gilt: Systeme sowjetischen Typs sind nicht „gefangen“ im stabilen Gleichgewicht; sie sind nicht Fehlkonstruktionen *ex tunc* mit einer notwendigen, mehr oder weniger geradlinigen Verfallsgeschichte, sondern

⁷ Die Verschlingung der geschilderten „Untergangsdispositionen“ mit den kontingenten Anstößen in der finalen Krise im Sommer und Herbst 1989 ist nicht mehr Gegenstand dieser Überlegungen. Vgl. hierzu etwa die luziden Analysen in *Javansch, Konrad H./Sabrow, Martin* (Hgg.): *Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR*. Göttingen 1999.

soziale und politische Gebilde mit gewissen Möglichkeiten der Überlebenseicherung durch Wandel. Auch Normalisierungsregime sind Ausdruck dieser Fähigkeit staatssozialistischer Systeme, sich, wenn auch innerhalb enger, vom Primat der Politik markierter Grenzen durch „neu erfundene“ Steuerungsarrangements umzubauen und für gewisse Zeitspannen zu stabilisieren.

2. Der Wechsel von den Reform-Ären zur normalisierungstypischen Kombination von „Restauration“ und „Konsum“ verlief tastend; keineswegs war er in voller Tragweite vorab intendiert, ex ante geplant und durch abgerundete, auf Kompatibilität mit der Ökonomie durchgerechnete Programme gesteuert.⁸ Erst allmählich – womöglich überhaupt nur in der ex post-Perspektive erkennbar – gewannen Normalisierung und „Realsozialismus“ als institutionelle Arrangements eigener Art Kontur.

3. Eine allein auf „Programmsteuerung“ abhebende Erklärung des Übergangs griffe deshalb zu kurz. Mögliche weitere Ursachen wären Macht- und sonstige Interessen von Bürokratien und Einzelpersonen, allgemeiner: die habituellen bzw. Milieuprägungen und die Wertesysteme der Akteure inklusive generationelle Dispositionen. Diesem handlungstheoretischen Zugang steht die systemtheoretische Sichtweise gegenüber. Sie hebt ab auf die Strukturen, „Entwicklungsbedürfnisse“, -eigenheiten und -potentiale sozialistischer Systeme, auf Systemkrisen und die Versuche, diese zu bewältigen.

4. Angeraten erscheint ein umfassenderes, „System“ und „Akteure“ vermittelndes und integrierendes evolutionstheoretisch inspiriertes⁹ Erklärungsmodell. Dieses lässt sich wie folgt explizieren:

a) Prinzipieller Defekt des „genetischen Programms“ (János Kornai) staatssozialistischer Systeme ist der aus dem Primat der Politik herrührende prinzipiell unbegrenzte Kontrollanspruch der Staatspartei. Faktisch sind Systeme sowjetischen Typs zwar vielfältigen, aus unterschiedlichen Quellen entspringenden Handlungsbeschränkungen unterworfen; Grundwiderspruch ist trotzdem der zwischen dem schrankenlosen Machtwillen des Herrschaftszentrums und einer Gesellschaft, die ohne funktionale Differenzierung und ein gewisses Maß an Partizipation nicht auf Dauer effizient bzw. überhaupt lebensfähig ist. Konsequenz von Überregulierung und Überzentralisierung sind Effizienz- und Produktivitätsdefizite, Wachstums-

⁸ Vgl. Skyba, Peter: Die Sozialpolitik der Ära Honecker aus institutionentheoretischer Perspektive. In: Boyer, Christoph/Skyba, Peter (Hgg.): Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Restabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR. Dresden 1999, 49-62.

⁹ Aus der Vielzahl einschlägiger Titel: Bühl, Walter L.: Sozialer Wandel im Ungleichgewicht. Zyklen, Fluktuationen, Katastrophen. Stuttgart 1990, 149-178. – Giesen, Bernhard/Junge, Kay: Strukturelle Evolution. In: Preyer, Gerhard (Hg.): Strukturelle Evolution und das Weltssystem. Theorie, Sozialstruktur und evolutionäre Entwicklungen. Frankfurt/M. 1998, 47-70. – Schmidt, Michael: Soziologische Evolutionstheorien. In: ebenda 387-411. – Müller-Benedict, Volker: Chaos und Selbstorganisation: Neue theoretische Ansätze in den Sozialwissenschaften. In: Historical Social Research 21 (1996) H. 1, 26-93.

schwäche und technologischer Rückstand, markante sektorale Disproportionen und die Vernachlässigung von Infrastrukturen und Konsum.

b) Systeme sowjetischen Typs befinden sich deshalb in einer eigentlich permanenten Legitimitäts- und Stabilitätskrise. Krisen setzen restabilisierende Anpassungsprozesse in Gang: den Wandel von Systemeigenschaften, bei Wahrung des Identitätskerns. Aktivitäten mit dem Ziel der Adaptation staatssozialistischer Systeme sollen „sozialistische Reformen“ heißen.¹⁰ Ihr Leitmotiv und Generalthema ist die Effizienz und Wachstum steigernde Dezentralisierung, Flexibilisierung und Ökonomisierung der Lenkungs- und Anreizmechanismen. Regulierungsumfang und -dichte werden reduziert; die Gewichte verlagern sich von direkter zu indirekter Regulierung.

c) Sozialistische Reformen mildern die Befehlswirtschaft. Sie lockern die zentralistisch-bürokratische Plandisziplin, transzendieren aber per definitionem nicht den Systemrahmen. Ihre Reichweite ist durch die womöglich geschwächte, in ihrer Handlungsfähigkeit beschränkte, im Prinzip jedoch ungebrochene Parteimacht limitiert. Konzeptualisiert man Reformen in den Kategorien der Evolutionstheorie als Mutationen, d. h. als im System erzeugte responses auf Steuerungsprobleme, so misslingt mit hoher Wahrscheinlichkeit ihre Retention, d. h. der dauerhafte Einbau in den Systemmechanismus: Reformen werden wieder „ausgeschieden“, weil sie den Primat der Politik gefährden. Staatssozialistische Entwicklungspfade (Trajektorien) – die Summe an die Grenzen der Parteimacht stoßender Reformanläufe – bewegen sich deshalb in einem vergleichsweise schmalen Korridor, innerhalb relativ enger, von der Macht vorgegebener Grenzen.

d) Nach der Erschöpfung der Reformoption mündeten der ostdeutsche und der tschechoslowakische Entwicklungspfad in Normalisierung/Realsozialismus als ein mit der Anfangsprogrammierung von Systemen sowjetischen Typs kompatibles Stabilisierungsarrangement. Andererseits war Normalisierung auch nicht simple Regression: „Bewährte“, zumindest bekannte Programme, nämlich „Zentralismus“ und „hierarchische Steuerung“ verbanden sich mit einer Lernleistung der Reformzeit – der „Erfindung“ von Sozial- und Konsumpolitik – zu einer Konfiguration sui generis. Auch diese war Resultat von Evolution – allerdings, wie oben beschrieben, nicht im Sinne der Entwicklung dauerhaft leistungsfähigerer Institutionengefüge. Generell beinhaltet soziale Evolution nicht unbedingt die produktive Entfaltung zukunftsweisender Muster; bei gegebener systemisch restringierter Lernfähigkeit führt sie mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Gesellschaften mit verengten Horizonten und eingeschränkten Optionen.

e) Normalisierung war nach dem Abbruch der Reformen allerdings nur eine unter mehreren denkmöglichen Entwicklungsvarianten. Generell sind Evolutionsprozesse dadurch charakterisiert, dass an Furkationen (Gabelungspunkten) für ein Problem in der Regel mehrere systemkompatible überlebenssichernde Lösungen existieren.

¹⁰ Vgl. aus der umfangreichen Literatur zur sozialistischen Reform die klassische Darstellung in *Kornáú: Sozialistisches System* 431–650. (vgl. Anm. 3).

Eine solche wäre etwa auch eine auf die Reformkrise folgende Restabilisierung der Parteierrschaft durch die nackte Macht der Bajonette gewesen; vor dem Hintergrund der Prägungen der bürokratischen Kader – einer Führungsriege, für die die einmal errungene Macht der Arbeiterklasse das unbedingte Prius besaß – hätte diese Entscheidung eine gewisse Plausibilität besessen. Ebendies trifft zu auf die „chinesische Variante“ – Deregulierung der Wirtschaft und Rückzug der Partei auf das Terrain der Politik – bzw. auf das „russische Modell“: Überleben der „Nomenklatura“ mittels Transformation in eine neue Kapitalistenklasse und individuelle Aneignung der „volkseigenen Wirtschaft“ durch diese unter dem Deckmantel der „Privatisierung“.

Zusätzliche Determinanten steuern also die Auswahl aus dem Set prinzipiell verfügbarer Lösungen. Hier kommen schließlich die Akteure – Personen, Interessengruppen – ins Spiel. Die systemtheoretische Perspektive, die auf ex post erkennbare, scheinbar durch die „invisible hand“ bewirkte Anpassungsvorgänge fokussiert, ist handlungstheoretisch zu ergänzen: Faktisch wird die Auswahl aus dem Pool systemverträglicher Optionen so und nicht anders getroffen, weil die gewählte Variante den – machtbewehrten, womöglich im Machtkampf erst durchgesetzten – Interessen bestimmter Personen bzw. Gruppen entspricht und in deren Denkhorizont nahe liegend erscheint. Eine zentrale Determinante des Übergangs zu Normalisierung/ Realsozialismus dürften die materiellen Interessen der Bevölkerung gewesen sein: in erster Linie der Trade-Unionismus einer eher im Ausnahme- als im Regelfall klassenbewussten Arbeiterschaft; auf deren nüchternen Realismus – der großartige Verheißungen seit jeher in Mark und Pfennig bzw. Krone und Heller umzurechnen gewohnt war – „passte“ die Sozial- und Konsumpolitik der Normalisierung. Nicht zuletzt kam diese aber auch den Machtinteressen der Nomenklatura entgegen; sie lag in deren lebensgeschichtlich geprägtem Werte- und Problemlösungshorizont.¹¹ In der *longue durée* hatten die entwickelten Industriegesellschaften in Ostdeutschland bzw. in Böhmen und Mähren ähnliche Grundvoraussetzungen geschaffen: In beiden Ländern existierte, auf der Basis alter industrieller Traditionen und eines hohen industriegesellschaftlichen Entwicklungsniveaus, eine aus dem Ideenfundus bürgerlicher und sozialistischer Sozialreform gespeiste sozialstaatliche Tradition. Sozialpolitik agierte in beiden Ländern vor dem Hintergrund einer im internationalen Vergleich hohen Neigung zu staatlicher Intervention: einer Kontinuität bürokratischer Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft, deren Wurzeln bis zur aufgeklärt-absolutistischen Monarchie der Hohenzollern bzw. der Habsburger zurückreichen und die durch die traumatische Erfahrung der Weltwirtschaftskrise intensiviert worden war.

¹¹ *Erinnert sei an Erich Honeckers bekanntes – hier sinngemäß wiedergegebenes – Diktum vom Sozialismus als Erfüllung der materiellen Grundbedürfnisse (Nahrung, Kleidung, Wohnung). Zweifellos war die Sozial- und Konsumpolitik der Normalisierung eine Strategie der Machtsicherung; die Bemühungen der politischen Spitze um eine bessere „Sozialverträglichkeit“ des Staatssozialismus durch Hebung der „Arbeits- und Lebensverhältnisse der Werktätigen“ waren aber durchaus mehr als zynisch-macchiavellistische Fassadenmalerei.*

5. Die Systemlogik gewinnt Erklärungskraft also erst in Kombination mit den Interessen, Zielen und Prägungen der Akteure. Alle diese Umstände – etwa die durch Kaderpolitik produzierte „Kaderlogik“ – mögen partiell wieder durch das System präformiert sein.¹² Teilweise sind sie aber auch systemextern, d. h. historisch zufällig, singular und spezifisch. Systemisch gesteuerte Trajektorien werden so durch kontingente Einflüsse – in erster Linie die Akteure – in „familienähnliche“ abgewandelt.

Auf die an der Oberfläche unterschiedlichen, in der Tiefenstruktur äquivalenten Übergänge beider Länder von der Reform in die Normalisierung wurde bereits verwiesen. Unterschiedlich waren auch die „Amplituden“ des Übergangs: Die Reformen der DDR waren obrigkeitliche Veranstaltungen gewesen; sie fokussierten auf die Wirtschaft, die Reformziele waren eng. Die Politik blieb ausgespart, die „Systemfrage“ wurde nicht gestellt. Objektbereich der tschechoslowakischen Reformen war zunächst die Wirtschaft, dann aber vorrangig die Politik; die Fundamente des Systems standen am Ende in Frage. Auf den hochgespannten Reformelan des Prager Frühlings folgte der abgrundtiefe Fall von 1968/1969, während die DDR, nach vergleichsweise bescheidenen Reformen, behutsamer in den „Realsozialismus“ hinüberglitt. Zur Erklärung der unterschiedlichen „Fallhöhen“ sind unterschiedliche – kontingente – Akteurskonstellationen heranzuziehen:

a) Zum einen ist damit das relative Gewicht von Parteimacht und gesellschaftlicher Gegenmacht und die Interaktion beider gemeint. In der DDR waren die Beziehungen zwischen Parteimacht und Gesellschaft vergleichsweise schwach konfliktuös. Zwar war der ostdeutsche „Arbeiter- und Bauernstaat“ zu einem beträchtlichen Ausmaß ein Propagandaphänomen: eine in legitimatorischer Absicht permanent inszenierte und vorgegaukelte künstliche Wirklichkeit. Zu einem gewissen Teil aber war er doch die Realisierung der Sehnsüchte und Ziele der deutschen Arbeiterbewegung.¹³ Das – ungeachtet aller Dekomposition und Erosion im Nationalsozialismus, im Zweiten Weltkrieg und danach – leidlich intakte und kompakte, traditionsorientierte und -gesättigte Facharbeitermilieu mit enger Betriebsbindung hatte aufgehört, eine oppositionelle Kraft zu bilden, seit seine Funktionäre an die Macht gelangt waren und die Arbeiterschaft zur privilegierten Staatsklasse geworden war. Bis zum Mauerbau floss beträchtliches Unruhepotential nach Westen ab. Weit verbreitet war ein knurriges Sich-Anbequemen, nach 1961 auch ein gewisser Fatalismus der Eingemauerten; Nährboden eines dezidierten politischen Veränderungswillens war diese Haltung nicht. Ulbrichts Reformen antworteten auf krisenhafte Funktionsstörungen in der Manier des Aufgeklärten Absolutismus; 1971 wurde dann die kurzzeitig destabilisierte Macht der Bürokratie ohne größere Turbulenzen restauriert. War die Autonomie von Gesellschaft in der DDR von Anbeginn schwach gewesen, so wurde

¹² Aus der inzwischen umfangreichen Forschung zum Habitus sozialistischer Eliten: *Bauerkämper, Arnd/Danyel, Jürgen/Hübner, Peter/Ross, Sabine* (Hgg.): *Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR*. Berlin 1997. – *Hübner, Peter* (Hg.): *Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR*. Köln, Weimar, Wien 1999.

¹³ *Ders.*: *Identitätsmuster und Konfliktverhalten der Industriearbeiterschaft in der SBZ/DDR*. In: *Bohemia* 42 (2001) H. 2, 220-243.

sie nach dem 17. Juni zur *quantité négligeable*; oppositionelle Anwendungen verschwanden in den Nischen der Nischengesellschaft, „Meckerei“ beschwichtigte der „Realsozialismus“ zwei Jahrzehnte lang leidlich erfolgreich durch Konsum.

Auch im alten Industrieland Tschechoslowakei existierten eine starke autochthone Arbeiterklasse und eine traditionsreiche Arbeiterbewegung.¹⁴ Allerdings waren die tschechoslowakischen Arbeiter tiefer als die ostdeutschen in lokalen und betrieblichen Traditionen verwurzelt. Weil aus diesem genossenschaftlich gefärbten „Sozialismus des kleinen Mannes“ eine quasi natürliche Resistenz gegen die sozialistische Zentralmacht und die Anmutungen der zentralen Planung erwuchs, war die tschechoslowakische Arbeiterklasse in sehr viel geringerem Maße als die der DDR tragende Säule des „proletarischen Staates“; vielmehr verharrte sie in skeptischer, zuzeiten offen antagonistischer Distanz zur Parteimacht.

b) Teil des Explanans ist, zum anderen, der Ausgang der ersten großen Konfrontation von „Macht“ und „Gegenmacht“ im „Gabelungsjahr“ 1953. Zwar beschädigte in der DDR der Aufstand des 17. Juni ernsthaft die Beziehungen zwischen den Arbeitern und „ihrer“ Partei. Der Schock von 1953 reduzierte dann allerdings, auf den ersten Blick paradox, die Konfliktbereitschaft auf beiden Seiten: „Werk tätige“ wie Funktionäre hüteten sich, noch einmal die Demarkationslinie zu überschreiten, jenseits derer die Partei die „Macht der Arbeiterklasse“ durch die Gewehrläufe verteidigen würde.

Auch das tschechoslowakische Parteiregime ging 1953 durch eine Krise. Hier wurde die Unruhe allerdings unterhalb der militärischen Interventionsschwelle durch materielle Ausreichungen pazifiziert. Weil die in der DDR erteilte und gelernte traumatische Lektion, die drastisch und relativ zeitig die beengten Spielräume des Wandels verdeutlichte, nicht gelernt wurde, mündete der tschechoslowakische Pfad in eine prekäre Balance zwischen den Herrschaftsunterworfenen und „ihrer“ Partei. Die Autonomie der tschechoslowakischen Gesellschaft unterschied sich markant von der gelenkten und parteiegegängelten „sozialistischen Demokratie“ ostdeutscher Provenienz; sie öffnete den Korridor zur „Beinahe-Konterrevolution“ des Prager Frühlings.

Resümee und Ausblick

1. Entwicklungspfade des Typs DDR/ČSSR (Typ I) sind durch eine Abfolge von drei Abschnitten charakterisiert: Sie bewegen sich vom „Aufbau des Sozialismus“ über eine relativ lange, deutlich markierte Reformperiode in das Finalstadium der Normalisierung bzw. des Realsozialismus: die Ultrastabilität der Strukturen gefolgt von finaler Implosion. Auf Trajektorien des Typs Ungarn und Polen (Typ II) hingegen führt der Weg vom „Aufbau des Sozialismus“ über eine Mehrzahl – im einzelnen unterschiedlich gelagerter Reformversuche – in ein Endstadium der „Erosion“. Zwei Hauptunterschiede zu Typ I sind charakteristisch: a) der allmähliche, zumindest partielle Rückzug des Parteistaates aus Wirtschaft und Gesellschaft in der

¹⁴ Aus Peter Heumos' zahlreichen einschlägigen Arbeiten exemplarisch: Aspekte des sozialen Milieus der Industriearbeiterschaft in der Tschechoslowakei vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Reformbewegung der sechziger Jahre. In: *Bohemia* 42 (2001) H. 2, 323-362.

Endphase; „befreite Zonen“ werden erkämpft oder entstehen dort, wo das Regime mehr oder weniger freiwillig Terrain aufgibt. Anders als in Normalisierungsregimen existieren nicht nur Nischen oder Höhlungen des Unpolitisch-Privaten; in der Spätphase entstehen bereits im öffentlichen Raum erste Elemente von Zivilgesellschaft und Marktwirtschaft. b) Im Unterschied zu Typ I sind die Phasenwechsel nicht abrupt; der graduelle Rückzug der Parteimacht ermöglicht einen gleitenden Übergang von der systemimmanenten Reform in die finale Systemtransformation.¹⁵

2. Auch auf Entwicklungspfaden vom Typ II wird durch Sozial- und Konsumpolitik stabilisiert; für den Kádárismus etwa gilt dies bereits in der Folge von „1956“. Zu Beginn der 1970er Jahre formulieren unter dem Banner des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und ihrer Effektivierung der XXIV. Parteitag der KPdSU und bald darauf die Mehrzahl der kommunistischen Parteien umfangreiche und ambitionierte sozialpolitische „Hauptaufgaben“.¹⁶ Die Konsumstrategie ist in diesen Fällen allerdings in andere institutionelle Kontexte bzw. Pfadverläufe eingebaut; die normalisierungstypische Konfiguration von Reformabbruch gefolgt von politischer und ökonomischer Rezentralisierung und Konsum begegnet einem nur in der DDR bzw. der ČSSR.

3. Auch Pfade von Typ II dürften – dies sei als Hypothese angedeutet – aus der systemischen Ablauflogik des Staatssozialismus in Kombination mit kontingenten Akteurskonstellationen zu erklären sein: Eine Vielzahl dem industriellen Staatssozialismus fernstehender bzw. diesem widerstrebender Kräfte macht, aufs Ganze gesehen, die Drift der – zu Beginn der sozialistischen Ära – noch agrarischen bzw. semiindustrialisierten Länder von Typ II in die Erosion und den Rückzug des ParteiStaats plausibel; auf der gegebenen sozialökonomischen Grundlage misslang in den 1970er und 1980er Jahren die DDR- bzw. ČSSR-typische „Rückholung“ von Reformen durch die Kombination von Konsumpolitik und „weicher“ Repression – bzw. wurde sie überhaupt nicht versucht.

4. Mit dem Blick über die Normalisierungsregime hinaus auf andere Typen sozialistischer Entwicklungspfade zeichnen sich die Konturen eines umfassenderen Forschungsprogramms im Schnittpunkt von politischer Ökonomie, Gesellschaft und Kultur ab. Für dieses gilt: Die Machtgeschichte staatssozialistischer Systeme ist ohne ihre Gesellschafts- oder Gegenmachtgeschichte, insbesondere die Geschichte ihrer zentralen Klasse, der Arbeiterschaft, nicht zu schreiben – und umgekehrt: die Evolution staatssozialistischer Systeme entlang von Pfaden ist nämlich auch die Lerngeschichte des Umgangs von Herrschaft mit Gesellschaft und vice versa.

¹⁵ Diese Taxonomie ist aus lediglich vier Fallstudien abgezogen; sie erschöpft keineswegs den Raum denkbarer Möglichkeiten. Die Beschreibung der Pfadverläufe versteht sich als rein empirisch, d. h. sie ist weder normativ gemeint, noch enthält sie irgendwelche implizite Teleologiebehauptungen.

¹⁶ Wegweisend hierzu *Hübner, Peter/Danyel, Jürgen: Soziale Argumente im politischen Machtkampf: Prag, Warschau, Berlin 1968-1971*. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 50 (2002) 804-832.

DIE BAMBERGER DRUCKE
DES „ACKERMANN AUS BÖHMEN“

Der „Ackermann aus Böhmen“, ein kleines deutsch-böhmisches Werk, das erst die moderne Wissenschaft mit diesem Titel versah,¹ scheint während der ersten 150 Jahre nach seiner Entstehung um 1410 in Deutschland weitaus größere Beliebtheit genossen zu haben als in Böhmen, dem Land seines Ursprungs. Von den 16 erhaltenen, teilweise unvollständigen Handschriften des berühmten Streitgesprächs zwischen dem Ackermann und dem Tod lässt sich keine einzige in einen näheren Zusammenhang mit Böhmen bringen.² Das Gleiche gilt für die 15 bekannten Frühdrucke des Textes, von denen die meisten – nicht jedoch die frühesten, die auf die Zeit um 1461 datiert sind, – im Südwesten des deutschsprachigen Raums entstanden. Auffällig ist auch, dass keine der zahlreichen Textquellen dem frühen 15. Jahrhundert zuzurechnen ist, die meisten stammen aus der zweiten Hälfte des 15. und aus dem frühen 16. Jahrhundert. Das legt die Frage nahe, ob die große Beliebtheit des Werkes, die offensichtlich erst in die Zeit nach der Erfindung des Buchdrucks fiel, nicht eine direkte Folge der leichteren Verbreitung des Textes durch das neu entwickelte Druckverfahren war. So handelt es sich zum Beispiel bei nicht weniger als sieben der erhaltenen Handschriften um einfache Abschriften der Drucke.³

Die ersten zwei Drucke des „Ackermann“, beide in Bamberg entstanden, stehen in einem indirekten, jedoch wichtigen und von der modernen Germanistik kaum beachteten Verhältnis zu Gutenberg selbst.⁴ Wenn Druckhistoriker sich überhaupt mit diesem Verhältnis beschäftigen, verlassen sie sich weitgehend auf die Untersuchungen von Gottfried Zedler, die beinahe ein ganzes Jahrhundert alt und von neueren Ergebnissen der Gutenbergforschung längst überholt sind.⁵ Die frühe Entwicklung der „Schwarzen Kunst“ Gutenbergs konnte, trotz einiger schwieriger Detailfragen, in den letzten Jahrzehnten neu beleuchtet werden. Aufschlussreiche

¹ Weder die zahlreichen Handschriften noch die frühen Drucke weisen Titel oder Titelblatt auf.

² Am gründlichsten werden die Quellen bei Bertau beschrieben. Bertau, Karl (Hg.): Johannes de Tepla, civis Zacensis, Epistola cum Libello Ackerman und Das Büchlein Ackerman. Nach der Freiburger Hs. 163 und nach der Stuttgarter Hs. HB X 23. Bd. 1. Berlin 1994, XVI ff.

³ Es handelt sich um die Handschriften CFGNOPQ. Dazu ausführlich Bertau: Johannes de Tepla (vgl. Anm. 2). – Vgl. die Diskussion bei Krogmann, Willy: Der Ackermann. Johannes „von Tepl“. 4. Aufl. Wiesbaden 1978, 56 (Deutsche Klassiker des Mittelalters. Neue Folge 1).

⁴ Drucke a und b. In: Bertau: Johannes de Tepla XXVII-XXIX (vgl. Anm. 2).

⁵ Zedler, Gottfried: Die Bamberger Pfisterdrucke und die 36zeilige Bibel. Mainz 1911 (Veröffentlichungen der Gutenberg-Gesellschaft 10/11). – Ders.: Bamberg und die dort mit der ältesten Gutenbergtypographie hergestellten Drucke. In: Zentralblatt für Bibliothekswesen 58 (1941) 176-198.

Einblicke in die Forschungsergebnisse bietet vor allem Albert Kapr in seiner Gutenberg-Biografie.⁶ So steht nun einerseits völlig außer Zweifel, dass die so genannte 42-zeilige Bibel der 36-zeiligen zeitlich vorausging. Andererseits ist davon auszugehen, dass die jüngere dennoch mit älteren Typen gedruckt wurde als jenes erste Prachtstück der Inkunabelzeit. Denn dem Alter der Typen zum Trotz wurde überzeugend gezeigt, dass ein Exemplar der 42-zeiligen Bibel der 36-zeiligen als Vorlage diente. Ferner wurde bewiesen, dass die 36-zeilige Bibel nicht in Mainz, sondern – noch vor 1461 und wohl in den Jahren 1458-1460 – in Bamberg im Auftrag des dortigen Bischofs erschien. Die Typen der Bamberger Bibel waren nun aber genau diejenigen, die Gutenberg schon 1454 für den so genannten „Türkenkalender“ und in den Jahren darauf für eine Reihe von Donatus-Drucken verwendet hatte – ausnahmslos Werke, die noch auf die Zeit vor dem Abschluss der 42-zeiligen Bibel (etwa 1458) zu datieren sind. Die Donatus/Kalender-Typen, kurz DK-Typen genannt, waren es auch, die in der Folgezeit in Bamberg für die beiden Ackermann-drucke und eine Reihe weiterer deutschsprachiger Werke verwendet wurden. Sie waren wohl von Gutenberg selbst oder unter dessen Aufsicht geschnitzt worden und müssen daher einige Zeit vor 1461 nach Bamberg gekommen sein. Einschlägige Untersuchungen haben gezeigt, dass die Typen für Bamberg neu gegossen wurden, was die Möglichkeit offen lässt, dass nur die entsprechenden Matrizen dorthin geliefert wurden, das Gießen in Bamberg selbst ausgeführt wurde.⁷

Wir dürfen uns eine rege und wohl auch gute Beziehung zwischen dem „Gutenberghof“ und dem Bamberger Bistum vorstellen, schließlich war Bamberg dem Mainzer Metropolit unterstellt, dem Gutenberg selbst mehr oder weniger nahe stand. Der Umfang und die genaue Form der Unterstützung, die Gutenberg vom Erzbistum bei seinem Bibeldruck erhielt, bleiben kaum weniger ein Geheimnis als die Einzelheiten seiner Beziehung zu Bamberg. Doch lassen die späteren Ereignisse einiges erkennen. Wird man davon ausgehen müssen, dass die Unterstützung des Metropolitens zunächst vor allem moralischer Natur gewesen war, nahm diese nach dem berühmten Bruch mit Fust materielle Formen an. Denn Konrad Humery, Sekretär der Stadt Mainz, der in enger Beziehung zum Erzbischof selber stand, begründete eine finanzielle Partnerschaft mit Gutenberg. Wie sehr man für die Druckerei in Bamberg auf Gutenberg angewiesen war, zeigt allein schon die Tatsache, dass alles, was dort vor der Gründung einer neuen Presse Ende der 1470er Jahre erschien, mit den alten DK-Typen gedruckt wurde. Doch wie so oft, für Gutenbergs Leben fehlt es auch hier an direkten Zeugnissen, so dass man aus den spärlichen gesicherten Tatsachen lediglich ein Bild des Wahrscheinlichen malen kann. So wird z. B. argumentiert, dass wenigstens ein erfahrener Mitarbeiter Gutenbergs den

⁶ Kapr, Albert: Johannes Gutenberg. Persönlichkeit und Leistung. München 1987, hier vor allem 220 ff.

⁷ Der Vorgang ist trotzdem in Mainz etwas leichter vorstellbar, wo Gutenberg die nötige Expertise und vor allem die Instrumente dafür zur Verfügung standen. Das verstellbare Gießinstrument, mit welchem man die Typen trotz ihrer verschiedenen Breiten mit erstaunlicher Effizienz herstellen konnte, gilt heutzutage als das größte Novum seiner ganzen Erfindung. *Ebenda* 121. – Nichts spricht indessen dafür, dass die DK-Typen nach 1460 in Mainz verwendet wurden.

Bibeldruck in Bamberg technisch besorgte, da einige der dort angewendeten drucktechnischen Praktiken mehr oder weniger denjenigen der Mainzer Druckerei entsprechen. Am ehesten ist hier an Heinrich Keffer zu denken, der für Mainz gut bezeugt ist, und auch später in Zusammenhang mit der Bamberger Druckerei gebracht wird.⁸ Dass Gutenberg selbst, wenn auch nur ganz kurz, in einer beratenden Rolle in Bamberg weilte, ist eine oft wiederholte und keineswegs unwahrscheinliche These.⁹

Ebenso auf Vermutungen ist man bei der Frage angewiesen, was Gutenberg von dieser Beziehung zur kleineren Bischofsstadt erwartete. Einiges lässt sich jedoch aus seiner persönlichen Lage ablesen. Man ist heute weniger geneigt, den Prozess gegen Johann Fust als einen „Verlust“ für Gutenberg zu bezeichnen.¹⁰ Dieser musste allerdings bei der Auflösung der Partnerschaft sein zweites Druckerhaus, den so genannten Humbrechthof, mit dessen ganzem Zubehör einschließlich der Typen für die 42-zeilige Bibel an Fust als seinen Kreditgeber aushändigen. Dennoch war er keineswegs verarmt. Ihm blieben die kleinere Presse im Gutenberghof und die DK-Typen. Vor allem aber blieb ihm seine Expertise; denn wir glauben jetzt, dass Gutenberg mit großer Wahrscheinlichkeit als Drucker des 1460 erschienenen, so genannten Mainzer „Catholicon“ gelten darf.¹¹ Das war kein bescheidenes Unterfangen: Obwohl die dafür neugeschnitzten Lettern wesentlich kleiner waren als die für die 42-zeilige Bibel, erreichte das Werk einen Umfang von 744 Folioseiten.

Drei verschiedene Maßnahmen dürfen wir wohl als Reaktion Gutenbergs auf den Prozess mit Fust ansehen: Zum ersten gab der fleißige, schon alternde Erfinder keineswegs auf, sondern nahm sich mit dem „Catholicon“ erneut eine größere Arbeit vor. Zum zweiten gab er die alten DK-Typen – neu gegossen und etwas verbessert – nach Bamberg weiter, wo der Fürstbischof Georg von Schaumburg damit eine 36zeilige Bibel drucken ließ. Schließlich scheint er – zum dritten – auch in Straßburg ein neues Unternehmen gefördert zu haben, wo er selbst in jüngeren Jahren an seiner Erfindung gearbeitet hatte, und wohin nun ab ungefähr 1457 sein früherer Mitarbeiter Heinrich Eggestein ging. Über die Art und den Umfang dieser Unterstützung lässt sich kaum Genaueres sagen als im Falle Bambergs. Jedoch erschien schon 1460 in Strassburg die 49-zeilige Bibel von Eggestein und Mentelin,¹² also etwa zeitgleich mit der Bamberger Bibel. Für Gutenberg scheint nun die Geheimnistuerei der früheren Jahre vorbei gewesen zu sein, wenn man nach dieser Weitergabe der Typen an Bamberg und nach der Entlassung Eggesteins nach Straßburg urteilen darf. Er mag es vielleicht begrüßt haben, dass sein Lebenswerk, der Bibeldruck – für ihn wohl

⁸ Vgl. *Kapr*: Johannes Gutenberg 222 (vgl. Anm. 6).

⁹ *Ebenda*.

¹⁰ Vgl. *Painter*, George D.: Gutenberg and the B36 Group. A Re-Consideration. In: *Rhodes*, Dennis E. (Hg.): *Essays in Honour of Victor Scholderer*. Mainz 1970, 292-322, hier 308 ff.

¹¹ Vgl. die Gegenargumente bei *Ruppel*, Aloys: *Johannes Gutenberg. Sein Leben und sein Werk*. Berlin 1939, 169 ff. – Ihre effektive Widerlegung erfolgt durch *Kapr*: Johannes Gutenberg (vgl. Anm. 6).

¹² Vgl. *Schorbach*, Karl: *Der Straßburger Frühdrucker Johann Mentelin (1458-1478). Studien zu seinem Leben und Werke*. Mainz 1932 (Veröffentlichungen der Gutenberg-Gesellschaft 22).

immer weniger eine Sache des Profits als der gloriae dei – auf diese Weise in Bamberg und Straßburg weitergedeihen konnte. Möglicherweise hat ihn die direkte Teilnahme der kirchlichen Obrigkeit am Bamberger Bibeldruck besonders gefreut, da er hoffen konnte, so die belastenden Streitereien mit Kreditgebern zu vermeiden.

Es ist sehr zu bedauern, dass die Art und der Umfang der kirchlichen Unterstützung für diese ersten Ansätze des Druckwesens undurchschaubar bleiben. Die Rolle der Kirche geriet in der früheren Forschung weitgehend in den Hintergrund, da diese die Beziehung zwischen Gutenberg und Fust, in deren Mittelpunkt sie den Prozess stellte, als reines Beispiel frühkapitalistischen Unternehmertums ansehen wollte, an dem Gutenberg gescheitert sei.¹³ Dieses Modell einer kapitalintensiven Operation trifft für die Finanzierung der 42-zeiligen Bibel zwar einigermaßen zu. Doch das sollte zu keinen falschen Schlussfolgerungen führen, was jenen anderen Stützpfeiler des modernen Kapitalismus, den „freien Markt“ betrifft. Sowohl Gutenberg als auch seinen Mitarbeitern und den anderen Druckern der 1450er und 1460er Jahre muss es von vornherein klar gewesen sein, dass ihre trotz Massenproduktion noch immer sehr teuren Bücher von wenigen Ausnahmen abgesehen ausschließlich bei Kirchen, in Klöstern und bei der Geistlichkeit Absatz finden würden. Vor allem die Kirche hatte Grund, große Erwartungen in das neue Verfahren zu setzen, die von dessen Durchführbarkeit und der Qualität der Drucke allemal erfüllt wurden. Kapr hält es für wahrscheinlich, dass der Bibelplan Gutenbergs von Anfang an von dem Wunsch der kirchlichen Reformpartei inspiriert wurde, einen einheitlichen, möglichst fehlerfreien Bibeltext in jeder Kirche zu sehen.¹⁴ Welches Übereinkommen es auch immer zwischen Gutenberg und dem Erzstift Mainz in Bezug auf den ersten Bibeldruck gegeben haben mag – ob dieses schriftlich formuliert oder vielleicht nur mündlich geschlossen worden war –, der Erfinder wusste von vornherein, dass er seine Schulden nur mit Geld aus kirchlichen Quellen würde begleichen können.

Auch für das „Catholicon“, ein von Johannes Balbus de Janua im 13. Jahrhundert zusammengestelltes, detailliertes lateinisches Lexikon, das im religiösen Lehrwesen viel verwendet wurde, war nur an einen kirchlichen Absatzmarkt zu denken. Der hochgebildete Konrad Humery, der das Geld – vermutlich kaum weniger als für die Bibel selbst – für dieses Werk aufbrachte, war nicht nur Sekretär der Stadt Mainz, dessen Stadtrat seit Streitereien in den 1450er Jahren praktisch unter erzbischöflicher Kontrolle stand. Im Jahr 1461 wurde er sogar vom gewählten Erzbischof Diether von Isenburg in dessen unglücklichem Streit mit dem päpstlichen Gegenkandidaten, Adolf von Nassau, zum Berater bestellt. Erzbischof Diether wird sicher zuerst ein

¹³ Vgl. Blum, Rudolf: Der Prozeß Gutenberg gegen Fust. Eine Interpretation des Helmaspergerschen Notariatsinstruments im Rahmen der Frühgeschichte des Mainzer Buchdrucks. Wiesbaden 1954, 69 ff. (Beiträge zum Buch- und Bibliothekswesen 2).

¹⁴ Kapr stellt die keineswegs unglaubwürdige Hypothese auf, Gutenberg sei von dem jungen reformeifrigen Nicolaus von Kues, der – damals noch Bischof von Trier – immer wieder auf dem Weg zwischen dem Basler Konzil und seinem Episkopat in Mainz übernachtet haben muss, persönlich angeregt worden. Vgl. Kapr: Johannes Gutenberg 57 ff. (vgl. Anm. 6).

Exemplar der sorgfältig gedruckten Bibel in ihrer ganzen Pracht in der Hand gehabt haben, bevor er dem geplanten „Catholicon“ seinen Segen gab.

Die ersten Erzeugnisse der neuen *ars artificialiter scribendi* lassen eindeutig erkennen, wie stark diese zunächst kirchlichen Interessen diene. Erste Ansätze eines Buchdrucks, der sich an eine gelehrte oder humanistische Leserschaft richtete, entstanden erst in den späteren 1460er Jahren, dann zunehmend in den 1470er Jahren im Zusammenhang mit der Verbreitung des Buchdruckes in nicht-deutschsprachigen Ländern. Die Abgrenzung gegenüber der kirchlichen Sphäre blieb freilich auch dann unscharf.¹⁵ Selbst wenn man von den zahlreichen Kleindrucken wie etwa den Ablässen absieht, fällt doch auf, dass jede neue Druckerei als erstes größeres Werk eine Bibel vorlegte. Nach dem Erzbistum Mainz folgten zunächst die Bischofsstädte Bamberg und Straßburg, 1468 erschien dann in Basel eine lateinische Bibel bei Berthold Ruppel; auch er war ein früherer Mitarbeiter Gutenbergs. In Mainz war offensichtlich der Bedarf sogar mit dem 42-zeiligen Meisterstück des Erfinders noch nicht gedeckt, denn schon 1462, nach der Trennung von Gutenberg, druckten Fust und Schöffer im Humbrechtshof eine neue 48-zeilige Bibel. Ansonsten erschienen in dieser Druckerei fast ausschließlich liturgische Werke: 1457 das „Psalterium Moguntinum“, 1459 das „Psalterium Benedictinum“ und das „Rationale divinatorum officiorum“ des Durandus, danach eine Reihe Messbücher, sicherlich im Auftrag der entsprechenden Stifte, für Mainz, Meißen, Breslau, Gnesen und Krakau.¹⁶ Sogar die zu Erziehungszwecken gedruckten Donaten entsprachen kirchlichen Interessen in kaum geringerem Maß, da Schulen und Universitäten mehr oder weniger unter kirchlicher Kontrolle standen, und eine gute lateinische Ausbildung die Voraussetzung für das Priestertum bildete. Die lateinische Grammatik des Aelius Donatus, die sich auf ungefähr 28 Seiten drucken ließ, erfüllte diesen Bedarf und wurde dadurch zum weit häufigsten Erzeugnis der frühen Pressen.

In einem solchen Zusammenhang muss man in den Jahren unmittelbar nach der Vollendung der Mainzer Bibel die Gründung jener Bamberger Druckerei sehen, in der später der „Ackermann“ gedruckt wurde. Diesem historischen Kontext wurden die späteren Erzeugnisse der Bamberger Druckerei durch die lang andauernde Unsicherheit über die zeitliche Abfolge entrissen, in der die 42-zeilige und die 36-zeilige Bibel entstanden waren, insbesondere aber durch die erst vor wenigen Jahrzehnten widerlegte Annahme, beide seien in Mainz gedruckt worden. Frühere Forscher gingen davon aus, dass die Bamberger Presse nur zu dem Zweck aufgestellt wurde, deutschsprachige Werke zu drucken.¹⁷ Dagegen wird heute ohne Frage akzeptiert, dass die geplante Bibel nicht nur der Anlass für die Errichtung der Presse war, sondern auch vom Bamberger Stift finanziert wurde.¹⁸

¹⁵ Fust druckte 1465 als Erster das „De officiis Ciceros“, was in dieser Zeit eine Ausnahme darstellte. Vgl. Geldner, Ferdinand: Die deutschen Inkunabeldrucker. Bd. 1: Das deutsche Sprachgebiet. Stuttgart 1968, 37.

¹⁶ Die Bibeln gingen wohl vorwiegend in die Klöster, die im späten Mittelalter ohnehin die reichsten Institutionen waren.

¹⁷ Das ist z. B. der Ausgangspunkt von Zedler: Die Bamberger Pfisterdrucke (vgl. Anm. 5), der Bamberg als Entstehungsort der 36-zeiligen Bibel nicht anerkennen wollte.

¹⁸ Geldner: Die deutschen Inkunabeldrucker 46 ff. (vgl. Anm. 15).

Aus seinem Nekrolog im Stift weiß man, dass Bischof Georg von Schaumburg zumindest der Gesinnung nach ein Kirchenreformer war, was gut zu seinem Interesse an einer gedruckten Bibel passt.¹⁹ Als Unterstellter des Mainzer Metropoliten hatte wohl auch er Gelegenheit genug gehabt, sich anhand eines Exemplars der 42zeiligen Bibel der Qualität des neuen Verfahrens zu vergewissern.²⁰ Ein Eintrag im Kontobuch des Domschatzes verrät sogar die Ausgabe einer größeren Summe ohne spezifizierten Zweck, die man gern in Zusammenhang mit der Errichtung einer Druckerei bringen würde.²¹ Über die genaue finanzielle Regelung des Unternehmens sind wir freilich nicht informiert. Auch die später belegte Rolle Albrecht Pfisters, der bis 1460 als Sekretär des Bischofs amtierte, weist auf die Beteiligung des Stiftes hin. Doch ist es ein unberechtigter Rückschluss aus den späteren Umständen, Pfister als „Drucker“ der Bibel gelten zu lassen.²² Zwar wurde ihm diese Rolle immer wieder zugesprochen, weil sein Name in zwei der späteren Bamberger Drucke – dabei einmal sogar explizit als Drucker – steht. Doch hätte er, um diese Funktion im ganzen Sinn des Wortes ausüben zu können, zuerst die Kunst des Druckens erlernen müssen – in den 1450er Jahren wohl in Mainz –, was man angesichts seiner Funktion im Bistum ausschließen muss.²³ Wahrscheinlicher scheint, dass der Bischof seinem Sekretär die allgemeine Aufsicht über das nicht ganz risikolose und sicher kostspielige Unternehmen anvertraute, während die eigentliche Expertise (für die möglicherweise Heinrich Keffer in Frage kommen könnte) sowie die Typen und die Vorlage in der Form einer 42-zeiligen Bibel von auswärts herbeigeschafft werden mussten. Diese Verantwortung Pfisters, was sie auch immer konkret beinhaltete, mag sein Interesse am Druckverfahren geweckt haben und seine spätere aktivere Rolle erklären. Eigentümer der Druckerei, wenigstens zur Zeit des Bibeldrucks, war wohl das Stift selbst, wenn auch direkte Zeugnisse dafür fehlen.

Angesichts dieser Initiative und des finanziellen Engagements des Bistums nimmt man für die Bamberger Bibel eine Auflagenhöhe an, die lediglich den Bedarf der Bamberger Diözese deckte und darum eindeutig kleiner und billiger war als die der Mainzer Bibel.²⁴ Anhand einer hypothetischen Rechnung schätzte Kapr die Druck-

¹⁹ *Ders.*: Die Buchdruckerkunst im alten Bamberg 1458/59 bis 1519. Bamberg 1964, 22 f.

²⁰ Als engere Kontaktperson vermutet man den Notar Ulrich Helmasperger, dessen Notariatsinstrument wir unsere Kenntnisse vom Prozess zwischen Fust und Gutenberg verdanken. Ulrich bezeichnet sich im Kolophon des Instruments als Kleriker des Bistums Bamberg. Das vollständige Instrument in deutscher Übersetzung steht bei *Kapr*: Johannes Gutenberg 171 ff. (vgl. Anm. 6).

²¹ *Geldner*, Ferdinand: Hat Heinrich Keffer aus Mainz die 36zeilige Bibel gedruckt? In: *Gutenberg-Jahrbuch* 25 (1950) 100–110, hier 108.

²² Pfister wird schon 1448 als Sekretär Georgs von Schaumburg erwähnt, als dieser erst Domsangmeister war. Noch am 3. September 1460 war er Sekretär des Bischofs, am 13. April 1466 aber nicht mehr am Leben. *Geldner*: Die Buchdruckerkunst 23 ff. (vgl. Anm. 19). – Lange Zeit galt Gutenberg selbst als möglicher Drucker der Bamberger Bibel, so z. B. noch 1970 bei *Painter*: Gutenberg and the B36 group (vgl. Anm. 10). – Erst die Feststellung, er habe zur entsprechenden Zeit in Mainz am „Catholicon“ gearbeitet, schloss ihn als möglichen Drucker aus. *Kapr*: Johannes Gutenberg 220 (vgl. Anm. 6).

²³ *Geldner*: Die Buchdruckerkunst 21 (vgl. Anm. 19).

²⁴ Das entspricht auch der Verbreitung und der geringen Zahl von nur 13 erhaltenen Exemplaren der Bibel.

kosten der Mainzer Bibel auf 2120 rheinische Goldgulden vom Jahre 1450.²⁵ Die Kosten für die Bamberger Bibel lagen gewiss beträchtlich darunter und werden für das gut dotierte Bistum Bamberg kein großes Problem dargestellt haben. Ob nun der Fürstbischof später auf Rückerstattung der Kosten – in welcher Form auch immer – von den Klöstern und Kirchen seines Sprengels bestand, bleibt unbekannt. Doch darf man im Falle Bambergs kaum von einem kapitalistischen Unternehmen sprechen. Man denkt eher an das, was z.B. die Erfindung der Xerografie für eine mittelgroße Institution der 1960er Jahre bedeutete: Man erwarb eine der neuartigen Maschinen, um damit Information „für das eigene Haus“ leichter zu vervielfältigen. Stand aber in Bamberg die neue Technik des Druckens einmal zur Verfügung, so konnte sie auch nach dem Abschluss der Bibel weiterdienen. Im Gegensatz zu den meisten anderen Druckhäusern – wohl mangels Expertise – gab man sich hier jedoch keine Mühe, neue Typen zu schnitzen, um damit noch schönere Bände für die Kirchen und Klöster des Bistums herzustellen. Solange es ging, verwendete man bei bescheideneren Projekten das alte Gerät. So müssen wir, meiner Ansicht nach, die späteren Drucke verstehen.

Die Bibel wurde 1460 oder spätestens 1461 abgeschlossen. In den Jahren darauf erschien eine Reihe kleinerer Werke, die bis auf wenige Ausnahmen in deutscher Sprache verfasst waren. Sieht man von anderen gemeinsamen Eigenschaften ab, lassen sich diese Werke dadurch konklusiv identifizieren, dass alle mit den alten DK-Typen gedruckt wurden.²⁶ Gottfried Zedler hat in akribischer, praktisch lebenslanger Arbeit versucht, diese Werke aufgrund typografischer Kriterien in eine zeitliche Reihenfolge zu bringen und zu datieren. In der von Zedler vermuteten Reihenfolge und mit der Nummerierung Geldners ergibt sich folgende Chronologie:²⁷

- Nr. 4 Johann von Tepl: „Ackermann aus Böhmen“ (nach Zedler: um 1460, aber zum Datum s. unten) GW 193
- Nr. 5 Ulrich Boner: „Der Edelstein“ (datiert „zu bamberg“, 14. 2. 1461) H 3578
- Nr. 6 „Die vier Historien“ (datiert „zu bamberg“, Mai 1462) H 8479
- Nr. 7 „Biblia pauperum“, deutsch (nach Zedler: um 1462) GW 4325
- Nr. 8 „Biblia pauperum“, lateinisch (nach Zedler: um 1462/3) GW 4326
- Nr. 9 Johann von Tepl: „Ackermann aus Böhmen“ (nach Zedler: um 1463) GW 194
- Nr. 10 „Biblia pauperum“, deutsch (nach Zedler: um 1463) Schr 4325
- Nr. 11 Ulrich Boner: „Der Edelstein“ (nach Zedler: um 1463/4) H 3578
- Nr. 12 Jakobus de Theramo: „Belial“, deutsch (nach Zedler: um 1464)

²⁵ Kapr errechnet für eine geeignete handgeschriebene Vorlage für die 42-zeilige Bibel einen Preis von mehr als einem Drittel der Gesamtkosten, das dafür nötige Papier veranschlagt er mit mehr als einem Sechstel der Kosten; so gelangt er insgesamt auf die Hälfte der Gesamtkosten. Trotz ihrer höheren Seitenzahl wird die Bamberger Bibel also wesentlich billiger gewesen sein. Kapr: Johannes Gutenberg 179 (vgl. Anm. 6).

²⁶ Zum gleichbleibenden Format dieser Drucke vgl. Geldner: Die Buchdruckerkunst 23 (vgl. Anm. 19).

²⁷ Zedler: Die Bamberger Pfisterdrucke (vgl. Anm. 5). – Geldner: Die Buchdruckerkunst 90 (vgl. Anm. 19).

Hinzu kommen zwei vermutete Donaten, Nr. 13/14, die sich nicht datieren lassen. Selbstverständlich ist nicht auszuschließen, dass weitere Drucke völlig verschwunden sind.²⁸ Lediglich zwei dieser Werke (Nr. 5 und Nr. 6) tragen ein Datum. Auch der Name Albrecht Pfisters erscheint nur zwei Mal: am Schluss der „Vier Historien“ („Das albrecht pfister gedrucket hat.“) und im „Belial“ („Albreht pfister zu Bamberg.“), wobei Pfister im zweiten Fall nicht einmal eindeutig als Drucker bezeichnet wird.

Da ihre Zusammengehörigkeit außer Frage stand, wurde auch die von Zedler angenommene Reihenfolge und Datierung der Drucke lange Zeit allgemein akzeptiert. Nur die frühe germanistische Ackermannforschung wollte bisweilen Nr. 9 vor Nr. 4 stellen, was aber lediglich eine kleine zeitliche Verschiebung bedeuten hätte.²⁹

Besonders die Nennung von Pfister in dem Druck, den Zedler in seiner Chronologie an die letzte Stelle gesetzt hatte, hat die Forschung in der Annahme bestärkt, dass jener auch der verantwortliche Drucker für alle anderen Werke gewesen sei. Die Tatsache, dass Pfister 1465 nachweislich nicht mehr am Leben war, in Nr. 12 jedoch namentlich erwähnt wird, stützte mit einem terminus ante quo das von Zedler angenommene Datum für den Abschluss der ganzen Reihe, die daraufhin allgemein als „Pfister-Drucke“ bezeichnet wurde.³⁰

Methodologisch ging Zedler von der These aus, dass die Qualität der Drucke mit der Zeit zunehmen müsste, weil vermutet werden kann, dass die Drucker aus Erfahrung lernten und technische Verbesserungen vornahmen.³¹ Diese Vorgehensweise hatte sich bei der Datierung der Frühdrucke Gutenbergs durchaus bewährt, denn Gutenberg war es eindeutig um Qualität gegangen. Anhand des Qualitätskriteriums wollte Zedler die beiden Ackermanndrucke in der von ihm festgestellten Reihenfolge wissen und war sogar ziemlich erbost, als ihm seinerzeit von Germanisten wie Alois Bernt widersprochen wurde.³² Doch die Tatsache, dass die nun für Bamberg gesicherte 36zeilige Bibel alle späteren Drucke an Qualität weit übertrifft, zeigt, wo die Gefahren dieser Methodologie liegen können. Das konnte Zedler freilich nicht ahnen – man stritt sich zu seiner Zeit noch darüber, ob nicht die 36zeilige Bibel als erster Versuch Gutenbergs in Mainz zu betrachten wäre. Dieser Qualitätsunterschied zwischen der Bibel und den späteren Werken ließe sich zwar mit der Rückkehr Keffers nach Mainz erklären, doch muss man prinzipiell auch mit zwei anderen Möglichkeiten rechnen: erstens damit, dass bei den späteren Drucken Qualität nicht mehr das oberste Ziel war, und zweitens damit, dass verschiedene Drucker und Setzer an der Arbeit beteiligt waren, die nicht alle die gleiche Erfahrung und Begabung mitbrachten.

²⁸ Es handelt sich bei den Donaten um GW 8688 und GW 8690. Nr. 1 bei Geldner ist ein Einblatt, „Oratio Respice domine“, dessen Herkunftsort unsicher ist (Mainz oder Bamberg), Nr. 2 entfällt, und Nr. 3 ist die Bibel.

²⁹ So wollte Alois Bernt Nr. 4 ins Jahr 1462 verlegen und Nr. 9 in die Zeit kurz davor. Vgl. *Burdach, Konrad/Bernt, Alois* (Hgg.): *Der Ackermann aus Böhmen*. Berlin 1917, 54 f. (Vom Mittelalter zur Reformation 3.1).

³⁰ So Zedler: *Die Bamberger Pfisterdrucke* (vgl. Anm. 5).

³¹ *Ebenda* 51 ff.

³² Vgl. Anm. 29.

Ende der 1980er Jahre konnte schließlich der amerikanische Germanist J. Thomas mit einer Untersuchung der Papierwasserzeichen völlig unerwartet – jedoch zuverlässig – nachweisen, dass der von Zedler als erster datierte Ackermanndruck (Nr. 4), kaum vor dem Jahr 1472 entstanden sein kann.³³ Diese korrigierte Datierung, die sozusagen im Interesse der Germanistik unternommen und in der Inkunabelforschung offensichtlich noch kaum berücksichtigt wurde, hat das Potential, bisherige Interpretationen in Frage zu stellen und regt zu Gedankenexperimenten an: Nimmt man zum Beispiel Nr. 4 einfach aus der Reihenfolge heraus, um sie mit dem Jahr 1472 an den Schluss zu stellen, akzeptiert jedoch sonst weiterhin Zedlers Chronologie und Datierungen, ergibt sich ein rätselhaftes Bild, das nicht auf den ersten Blick überzeugt. Demnach hätte man in den frühen 1460er Jahren, wohl unter Pfisters Aufsicht, eine Reihe von Werken mit den DK-Typen gedruckt, die kurz vor Pfisters Tod etwa 1465 abbricht. Erst sieben Jahre später – und ohne, dass das ganze Gerät in dieser Zeit verwendet wurde – wären dann vereinzelt weitere Drucke mit denselben Typen und im genau gleichen Format hergestellt worden. Doch wären nicht nur die Typen, die Presse und deren Zubehör, sondern auch die nötige Expertise in dieser Druckpause zusammengeblieben, ohne dass man trotz der wachsenden Bedeutung des neuen Verfahrens etwas damit anzufangen wusste.

Wenn nun aber Zedler sich schon beim ersten so genannten „Pfisterdruck“, dem Erstdruck des „Ackermann“, so eklatant irren konnte, muss die gesamte von ihm aufgestellte Reihenfolge wie auch die anderen einzelnen Datierungen mit einem Fragezeichen versehen werden. Eine neue, absolut unvoreingenommene Überprüfung dieser ganzen Frage, bei der zunächst die Inkunabelhistoriker die Hauptrolle zu spielen haben, ist meiner Ansicht nach nötig. Denn neue Erkenntnisse lassen sich wohl am ehesten aus den überlebenden Wiegendruckten selbst gewinnen.

Völlig außer Zweifel darf vorerst nur noch stehen, dass die zwei datierten Drucke Nr. 5 (Boners Edelstein) und Nr. 6 (Vier Historien) in den frühen 1460er Jahren erstellt wurden, dass Nr. 4 (Ackermann, GW 193) erst in den frühen 1470er Jahren entstanden ist, und dass Nr. 6 und Nr. 12 (Belial) in enger Beziehung zu Albrecht Pfister stehen. Die Neudatierung von Nr. 4 relativiert allerdings die große Bedeutung von Pfisters Tod: Offensichtlich war man für den Betrieb der Presse eindeutig nicht auf ihn angewiesen. Nur drei der Drucke (Nr. 5, 6, 12) müssen zu Pfisters Lebzeiten entstanden sein; andere, vielleicht sogar alle anderen, können mit dem Ackermann Nr. 4 später als 1465 gedruckt worden sein. Die herkömmliche Bezeichnung „Pfisterdrucke“ verliert damit ihren Sinn, und der mögliche Zeitraum für ihre Entstehung, der früher auf eine Spanne von nur etwa fünf Jahren angesetzt wurde, ist mindestens um das Doppelte gewachsen.

Was den anderen Ackermanndruck (Nr. 9, GW 194) betrifft, rechtfertigt allein schon das zunehmende Wissen über die Papiererzeugung im 15. Jahrhundert eine

³³ Thomas, James C.: Die Umdatierung eines Wolfenbütteler Frühdruckes des „Ackermann aus Böhmen“ (GW 193) aufgrund beta- und elektronenradiographischer Untersuchungen seiner Papierwasserzeichen. In: Wolfenbütteler Notizen zur Buchgeschichte 13 (1988) 106-124. – Zedler stand natürlich eine solche Technik mit Betaradiographie nicht zur Verfügung. Das Papier, bei dessen Herstellung entsprechende Siebe verwendet wurden, lässt sich erst aus dem Jahr 1472 bezeugen.

erneute sorgfältige Überprüfung seiner Datierung nach allen möglichen Kriterien. In der Germanistik – allen voran ging hier Knieschek, ihm folgten Bernt und Burdach,³⁴ – wollte man diesem Druck schon immer den zeitlichen Vorrang vor Nr. 4 zugestehen, hatte im Grunde genommen aber keine andere Methodologie zur Verfügung als Zedler. Aus der Tatsache, dass das Wolfenbütteler Exemplar dieses Drucks sich in einem Einband mit Nr. 5 – dem auf das Jahre 1461 datierten „Edelstein“, befindet – wurde häufig eine enge, auch zeitliche Zusammengehörigkeit beider Werke abgeleitet. Auch diese Annahme, scheint mir, bedarf dringend einer neuen Untersuchung.

Das frühere Unwissen über den Bamberger Bibeldruck und die entscheidende Rolle des Stiftes zog aber auch andere Schlüsse nach sich, die neu überprüft werden müssen. Weil die späteren Bamberger Drucke ohne die Bibel jeder historischen Erklärung entbehrten und lediglich mit dem in zwei von ihnen stehenden Namen Albrecht Pfisters in Zusammenhang gebracht werden konnten, wollte man Pfister für das ganze Unternehmen verantwortlich machen. Aus eigener Initiative habe er in Bamberg eine Druckerei eingerichtet, deren Eigentümer er gewesen sei. Er selbst sei auf die originelle Idee gekommen, an Stelle von Bibeln und liturgischen Texten „wirklich volkstümliche“ deutsche Texte zu drucken,³⁵ die er überdies in einer großartigen Innovation mit Holzschnitten versah.³⁶ Als dann um die Mitte des 20. Jahrhunderts der wahre Druckort der 36zeiligen Bibel und die Aufstellung der Druckerei durch das Bamberger Stift erkannt wurden, wollte man solche Gedanken nicht ganz aufgeben. Zedlers Theorie einer „Pfisterdruckerei“, in der man Originelles, wenn auch von typografisch minderwertiger Qualität, leistete, hatte sich eben fest eingebürgert, während der „nichtliturgische“ Inhalt der späteren Drucke eine fortgesetzte Rolle des bischöflichen Stiftes auszuschließen schien. So vermutete man nun, der Bischof habe seinem Sekretär, als dieser sein Amt niederlegte, die Druckerei geschenkt oder verkauft. Für eine solche Übergabe fehlt freilich jedes Zeugnis.³⁷

Wenn nun aber feststeht, dass einerseits lediglich drei der Drucke (Nr. 5, 6, 12) sicher zu Pfisters Lebzeiten entstanden, dass aber andererseits mindestens noch einer und vielleicht noch weitere, möglicherweise sogar alle anderen Drucke in den Jahren nach seinem Tod gedruckt wurden, und zwar im gleichen Format wie zuvor, dann scheint es berechtigt, der These von der Übergabe der Presse eine gewisse Skepsis entgegenzubringen. Abgesehen vom angeblich nicht-kirchlichen Charakter der gedruckten Texte, der noch zur Diskussion steht, gibt es kaum einen Grund zu der

³⁴ *Tepl*, Johannes von: Der Ackermann aus Boehmen. Herausgegeben und mit dem tschechischen Gegenstück verglichen von Johann Knieschek. Prag 1877, 69 f. (Bibliothek der Mittelhochdeutschen Litteratur in Boehmen 2). – *Bernt/Burdach* (Hgg.): Der Ackermann aus Böhmen 53 ff. (vgl. Anm. 29).

³⁵ *Zedler*: Die Bamberger Pfisterdrucke 65 (vgl. Anm. 5).

³⁶ Den „Belial“, den GW 193-„Ackermann“ und die zwei Donaten ausgenommen, enthalten alle Pfisterdrucke zahlreiche Holzschnitte im Text, die sich aber häufig wiederholen und nicht immer gleich gut angebracht sind. Aus dem „Ackermann“ sind einige Holzschnitte jedoch wahrscheinlich zu einem späteren Zeitpunkt entfernt worden. Vgl. *Bertau*: Johannes de Tepla XXVIII (vgl. Anm. 2). – Natürlich sind die Holzschnitte ein immerhin folgenreicheres Novum für den Buchdruck. Vgl. *Geldner*: Die deutschen Inkunabeldrucker 49 (vgl. Anm. 15).

³⁷ Vgl. *Kapf*: Johannes Gutenberg 223 (vgl. Anm. 6).

Annahme, das Bistum habe die Druckerei an Pfister veräußert. Pfisters Funktion mag trotzdem eine bedeutende gewesen sein. Es bleibt zwar eine Vermutung, dass er schon bei der Bibel die allgemeine Aufsicht hatte, doch steht sein Name und kein anderer bei den deutschsprachigen Texten. Die zwei kurzen Imprensa bei Nr. 6 („Das albrecht pfister gedruket hat.“) und Nr. 12 („Albrecht pfister zu Bamberg.“) dürfen keineswegs als Beweis dafür gelten, dass Pfister Inhaber der Druckerei war. Sie belegen bloß, dass ihm die Verantwortung für den eigentlichen Druck oblag. Ob in diesen Worten auch ein wenig Stolz über die gelungene Arbeit zu spüren ist, lässt sich kaum beurteilen. Aber ein Druckvermerk mit dem Namen des Druckers, analog dem Kolophon eines Abschreibers, wird sehr bald gang und gäbe bei größeren Druckerzeugnissen der Zeit, die ersten Bibeln natürlich ausgenommen. Schon im berühmten „Psalterium Moguntinum“ von 1457, das nach der Bibel das erste größere Erzeugnis der neuen Kunst war, enthält das Schlusswort nicht nur Ort und Namen der Drucker (Johann Fust und Peter Schöffer), sondern auch ein bis auf den Tag genaues Datum. Ähnlich verhält es sich mit dem gereimten Schluss von Nr. 6, den „Vier Historien“ Pfisters, wo es heißt:

Dem puchlein ist sein ende geben. Czu Bambergk in der selben stat. Das albrecht pfister gedruket hat. Do man zalt tausend vnd vierhundert iar. Im zweihundsechzigsten das ist war. Nit lang nach sand walpurgin tag. Die vns wol gnad erberben mag. Frid vnd das ewig leben. Das wolle vns got allen geben. Amen.³⁸

Das noch berühmtere Kolophon des „Catholicon“ (1461), in dem bei allem überschwänglichen Lob der neuen Kunst der Name Gutenbergs, des Erfinders und des Druckers fehlt, bereitete der Forschung schon Probleme genug. Es bleibt aber ein Ausnahmefall und vielleicht ein Zeichen von Gutenbergs Bescheidenheit.

Das Fehlen eines Impressums bei den anderen so genannten Pfisterdrucken (mit der Ausnahme von Nr. 5, „Boners Edelstein“, in dem Ort und Tag, nicht aber der Name des Druckers stehen) wirft jedoch einige Fragen auf. Gerade Druck Nr. 6, der mit dem vollständigsten Kolophon versehen ist, muss zeitlich einer der ersten gewesen sein, da das dort gedruckte Datum auf einen Zeitpunkt kurz nach dem Erscheinen der Bibel weist. Das schließt wohl die Erklärung aus, Pfister sei erst später auf die Idee eines solchen Kolophons gekommen. Aber eben so wenig naheliegend scheint es, dass er, nachdem er auf diesen Gedanken gekommen war, das Kolophon entgegen dem allgemein herrschenden Brauch wieder aufgegeben hat. War er vielleicht für alle Drucke ohne Kolophon nicht – oder nicht mehr – der Verantwortliche, wie es für den zweiten Ackermanndruck Nr. 4 als gesichert gelten kann? Es ist zumindest klar, dass dieses erste Bamberger Druckerhaus keineswegs so eng an die Person Pfisters gebunden war wie die Forschung bisher glauben wollte und dass das dort verfolgte Programm, deutschsprachige Texte mit Holzdrucken zu vervielfältigen, keineswegs völlig von Pfister abhing.

Wie ist es aber zu diesem Programm gekommen? Zedlers Bezeichnung der Drucke als „volkstümlich“³⁹ ist auf jeden Fall etwas merkwürdig. Was den Acker-

³⁸ Zitiert nach *Geldner*: Die Buchdruckerkunst 24 (vgl. Anm. 19).

³⁹ *Zedler*: Die Bamberger Pfisterdrucke 1 (vgl. Anm. 5).

mann anbelangt, trifft sie völlig daneben. Das galt schon für die Auffassung der Germanistik seiner Zeit, die die Eigenart und das rhetorisch Anspruchsvolle im Werk voll erkannt hatte und sich damit vor große Herausforderungen gestellt sah. Was die Forschung inzwischen in Bezug auf das subtile Streitgespräch klar machen konnte, rückt Zedlers Urteil völlig ins Abwegige. Aber auch Geldners Meinung, dass „die Pfisterdrucke der Unterhaltung dienen“,⁴⁰ lässt sich meines Erachtens kaum halten. Die Vorstellung, Pfister habe die Druckerei weiter betrieben um mit ihr Profit zu machen, führt direkt zu der Frage nach dem möglichen Absatzmarkt für seine Produkte. Wo hätte denn zu einer Zeit, in der die Erzeugnisse des Buchdrucks mehr oder weniger ausschließlich kirchlichen Zwecken dienten, in der kleinen Bischofsstadt Bamberg plötzlich ein breites, lesekundiges, gebildetes Publikum sein sollen, das diese immerhin ziemlich teuren Bücher zu seiner „Unterhaltung“ hätte kaufen können? Im Grunde ist die Lage nicht viel anders als bei dem Bibeldruck selbst: Von wenigen Ausnahmen abgesehen, waren potentielle Käufer nur unter den Geistlichen zu finden.

Betrachtet man die gedruckten Werke zunächst als Gruppe, so ist auffällig, dass es sich um fünf Texte handelt, von denen drei sogar zwei Mal unter die Presse kamen. Das lässt weniger an ein immer nach Neuem greifendes Unterhaltungsbedürfnis denken als an eine limitierte Reihe von Werken, die bestimmten Zwecken dienen und neu gedruckt werden mussten, wenn der Vorrat erschöpft war. Dabei widerspricht die lateinische „Biblia Pauperum“ ganz eindeutig dem Gedanken einer „volkstümlichen“ Leserschaft. Sieht man sich dann die einzelnen Werke an – den „Ackermann“ ausgenommen, den ich erst am Schluss behandle –, so bestätigt sich der Eindruck, dass der unmittelbare Bedarf bei den Klerikern, die sie für berufliche Zwecke brauchten, bestand:

„Der Edelstein“: Der Verfasser Ulrich Boner war Schweizer Dominikaner, Mitglied eines Predigerordens also, der seine deutschsprachige Fabelsammlung vorwiegend aus Äsop für den eigenen Gebrauch, aber auch für andere Prediger zusammenstellte. Auffällig bei der reichen Überlieferung ist jedoch die Flexibilität der Sammlung; d.h., in den Handschriften variiert die Auswahl der Fabeln stark. Das Werk wurde offensichtlich weniger als stabiler, literarischer Text betrachtet denn als homiletischer Gebrauchsgegenstand. Nach seiner Entstehung um 1350 erfreute sich „Der Edelstein“ einer ungeheuren Verbreitung, die aber zeitlich beschränkt war. Schon 1476 erschien zum ersten Mal die weit überlegene und überaus erfolgreiche Äsopsammlung Heinrich Steinhöwels, die den „Edelstein“ völlig überschattete, so dass es nach den beiden Bambergern zu keinem weiteren Druck kam.

„Biblia pauperum“: Die Armenbibel des Spätmittelalters, eine Zusammenstellung exzerpiertter Bibelpassagen, diente zunächst vorwiegend Bettelmönchen und ärmeren Geistlichen als einfacher, billiger Bibeltext, wohl erst später auch lesekundigen Laien. Auch dieses Werk war textuell instabil, denn für die verschiedenen Ausgaben wurden unterschiedliche Bibelstellen ausgewählt.

⁴⁰ Geldner: Die Buchdruckerkunst 30 (vgl. Anm. 19).

„Die vier Historien“: Diese Auswahl von Erzählungen aus dem Alten Testament (Josef, Daniel, Judith und Esther) wurde anscheinend in Bamberg zusammengestellt, denn sie findet sich in dieser Form sonst nirgends. Solche Historien-Bibeln sind aber ganz typisch, ihren Gebrauch darf man sich ähnlich dem der Armenbibel vorstellen.

„Belial“: Das lateinische Werk von Jakob von Thieramo war seit dem Anfang des 15. Jahrhunderts in deutscher Übersetzung weit verbreitet. Es hatte offenbar den Zweck, durch den geschilderten Rechtsprozess des Teufels gegen Christus ein Verständnis von Grundkonzepten des Kirchenrechts zu vermitteln.

Auch mit diesen Werken diente die Druckerei, so scheint es mir, den religiösen Bedürfnissen des Bistums. Sie tat es jedoch in einem anderen Bereich als mit der Bibel, und für diesen neuen Bereich gilt, dass die Drucke zwar zunächst von Geistlichen verwendet wurden, im Endeffekt jedoch dem Wohl des Laientums dienten. Sie halfen dem Weltklerus, Predigermönchen und anderen Geistlichen bei der Ausübung ihres seelsorgerischen Amtes, indem sie ihnen lehrhafte und erbauliche Texte an die Hand gaben. Man darf sich ihre Verwendung wohl sehr flexibel vorstellen. Vermutlich dienten sie sowohl beim Predigen als auch bei anderen spirituellen Beratungen. Die deutsche Sprache erlaubte ein einfaches Vorlesen, die Holzdrucke konnte man zur Veranschaulichung vorzeigen. Sicher wurden die Drucke manchmal verliehen oder sogar verschenkt, wodurch sie auch in Laienhand gelangten. Klar ist aber, dass die Bamberger Presse und die alten DK-Typen Gutenbergs nach dem Bibeldruck auf diese Weise weiterhin im Dienst der Kirche arbeiteten. Es entsprach den bescheideneren Bedürfnissen des Bistums, dass sie diese Arbeit – anders als das Erzbistum, wo ein „Catholicon“ und ein prunkvolles „Psalterium“ gefragt waren –, im seelsorgerischen Bereich leistete. In Bamberg war man mit Gutenbergs Typen auch nicht in der Lage, es mit Mainz und Straßburg aufzunehmen, was solche kanonisch-theologischen Werke betrifft.⁴¹

Meines Erachtens nach erübrigt es sich also, von einer nicht bezeugten Übergabe der Druckerei an Pfister zu reden. Dieser hat wohl die Werkstatt eine Zeitlang geleitet, vielleicht so lange er lebte, aber es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass der Besitz der Presse, die Verantwortung und die Initiative für das Programm nicht beim Bistum geblieben wären. Denn nach Pfisters Tod arbeitete man auf dieselbe Weise weiter wie zuvor.

Dass nun der „Ackermann aus Böhmen“ in dieser bescheidenen Reihe von gedruckten, kirchlich-erbaulichen Werken zu finden ist, und das sogar zwei Mal, sagt einiges über seine Rezeption, oder besser gesagt über seine Verwendung zu dieser Zeit aus. Offensichtlich schätzte das Bamberger Stift auch ihn als einen nützlichen Text für die Seelsorge oder die Erbauung, spezifisch wohl als Trost bei Todesfällen, vielleicht aber auch für die Sterbenden selbst. Eine solche Verwendung

⁴¹ Erst etwa 1480 wurde in Bamberg von Johann Sensenschmidt eine neue Druckerei eingerichtet, deren erste größere Arbeit ein prunkvolles Messbuch war. Dies geschah mit der finanziellen Unterstützung des Abts von Michelsberg, Ulrich III. Haug, der darin offenbar dem Beispiel des Bischofs folgte. Auch diese Druckerei stand also im Dienst der Kirche. Vgl. *Geldner*: Die deutschen Inkunabeldrucker 50 f. (vgl. Anm. 15).

verleiht dem deutschen Text eine gewisse Parallelität zu der weitverbreiteten spätmittelalterlichen Textgattung der lateinischen „ars bene moriendi“, Werken, die zur Unterstützung des Klerus bei der Spende von Trost in Todesfällen geschrieben wurden.⁴² Da er in der Volkssprache verfasst war, hatte der „Ackermann“ den lateinischen Werken gegenüber jedoch den gleichen Vorteil wie die anderen Bamberger Drucke. Wieder dürfen wir uns daher eine flexiblere Anwendung als sonst bei der ars moriendi üblich vorstellen: Je nach Situation konnte man den Hinterbliebenen daraus vorlesen, die Abbildungen zeigen, den Inhalt erklären bzw. besprechen; auch ein Verleih oder gar Verkauf des Bandes an den Trauernden ist nicht auszuschließen.

Was aber entfiel, war die auslegende Funktion des Klerikers, der bis dahin üblicherweise den lateinischen Text erklärt hatte. Damit verdient das kleine, aber literarisch bedeutende Werk einen bescheidenen Platz in jener epochemachenden Tradition, die im deutschen Bibeldruck Luthers gipfelte. Nicht erst 1521, sondern schon in den 1460er Jahren wirkten deutsche Sprache und Druckverfahren zusammen, um den christlichen Laien unmittelbarer an seinen Text zu führen. Die oft beklagte unzulängliche Bildung des Priestertums begründet diese Entwicklung natürlich nur zum Teil – schließlich waren sogar die gebildetesten Kleriker kaum imstande, spontan ein Gebet für die Seele des Verstorbenen von der Art hervorzubringen, wie es am Schluss des „Ackermann“ steht. Es lag wohl viel mehr an dem allgemein wachsenden Bildungsniveau unter den Laien, dass Reformwillige wie der Bamberger Bischof nun mit neuen Mitteln versuchen konnten, den religiösen Text direkt an den Mann zu bringen, auch wenn erst Luther in seinem Radikalismus so weit ging, es mit der Bibel selbst zu versuchen.

Unter die Vorläufer Luthers wird in diesem Kontext auch oft der Moralist Albrecht von Eyb (1420-1475) gezählt, der außer einem schon 1472 gedruckten lateinischen florilegium mit dem Titel „Margarita poetica“ noch zwei deutschsprachige, moralisch-erbauliche Werke verfasste. Das „Ehebüchlein“, das erste und bekanntere dieser Werke, stellt im Grunde genommen eine Bearbeitung von drei früheren lateinischen Schriften des Verfassers dar.⁴³ Doch während das „Ehebüchlein“ ab 1472 mehrmals gedruckt wurde, kamen die ihm zugrundeliegenden lateinischen Schriften nie über eine Handschrift hinaus. Eybs zweites deutsches Werk, den 1474 verfassten „Spiegel der Sitten“, der unter anderem Übersetzungen von Plautus enthält, druckte man erst 1511 posthum.

Vielleicht ist es bedeutend, dass der Erstdruck des „Ehebüchlein“ etwa zur selben Zeit geschah, als in Bamberg der „Ackermann“ neu gedruckt wurde. Denn mög-

⁴² Z. B. das „Dispositivum moriendi“ von Johannes Nider wurde oft irrtümlich Nikolaus von Dinkelsbühl zugeschrieben. Vgl. Hillebrand, Eugen in: Die deutsche Literatur des Mittelalters. Verfasserlexikon. Bd. 6. Berlin 1978, Sp. 975. – Das Speculum artis bene moriendi. Vgl. Madre, Alois in: Ebenda Sp. 1056. – Das französische Werk von Jean Gerson liefert ein weiteres Beispiel aus dem frühen 15. Jahrhundert für das Erscheinen solcher Werke in der Volkssprache. Gerson, Jean: Proesme de la consolation sur la mort des amis. In: Ders.: Œuvres Bd. 7. Paris 1966, 57 ff.

⁴³ a) An viro sapienti uxor sit ducenda; b) Carissimarum feminarum laudatio; c) Inectiva in lenam. – Albrechts Arbeitsweise war eklektisch und grenzte oft an Plagiatentum.

licherweise liefen die Tätigkeiten Albrechts in diesem Bereich nicht bloß parallel zu denen der deutschen Drucker in Bamberg. Seit 1452 war Albrecht nämlich in Bamberg Domherr. Das war zwar nicht sein einziger Pfrund dieser Art, doch verband sich damit eine gewisse Residenzpflicht, der er schon 1452 mit einem Jahresaufenthalt im Stift nachkommen musste, wo er unter anderem eine nicht gerade schmeichelhafte lateinische Schrift über den Lebenswandel der Bamberger Frauen verfasste, die verrät, dass er das moralische Thema des „Ehebüchleins“ schon damals im Kopf hatte. Danach war er bis 1459 in Italien ansässig, den Rest seines Lebens verbrachte er als aktiver Jurist jedoch vorwiegend in Franken, wo er seine Zeit wohl zwischen Nürnberg, Bamberg, Eichstätt und Würzburg teilte. Jedenfalls wird er nicht selten in Bamberg gewesen sein, die Pläne des Stifts in Bezug auf die Druckerei waren ihm vermutlich gut vertraut. Es ist keineswegs unwahrscheinlich, dass er an den entsprechenden Entschlüssen beteiligt war, und der Erfolg der deutschsprachigen Bamberger Drucke mag ihn zu dem „Ehebüchlein“ wenn nicht inspiriert, so doch zumindest ermutigt haben. Dieses umfangreiche Werk ließ Albrecht allerdings nicht in Bamberg mit den alten, zu großen Typen Gutenbergs drucken, sondern in Nürnberg bei Friedrich Creussner.⁴⁴ In der größeren Reichsstadt, deren Stadtrat er es widmete, erkannte er wohl auch einen größeren Bedarf für sein moralisch-didaktisches Werk.

Dem „Ackermann“ war in seiner praktischen, seelsorgerischen Rolle ein beachtenswerter Erfolg beschieden, größer jedenfalls als den anderen „Pfisterdrucken“, den „Belial“ vielleicht ausgenommen. Der „Edelstein“ und die „Biblia pauperum“ wurden bald von anderen Werken entsprechender Art verdrängt. Besonders im Südwesten des deutschsprachigen Raums war der „Ackermann“ bei den Druckhäusern beliebt, die nun nach Profit strebten. Etwa zeitgleich mit dem zweiten, umdatierten Bamberger Druck GW 193 druckte Martin Flach 1472/1473 in Basel eine Version des Textes (e₁),⁴⁵ der eine andere handschriftliche Vorlage als der Bamberger Ausgabe zugrunde lag und die direkt oder indirekt die Quelle aller späteren Drucke bilden sollte. Darauf erschien das Werk 1474 bei Heinrich Eggstein (einem früheren Mitarbeiter Gutenbergs) in Straßburg (c) und noch zwei Mal bei Flach in Basel (d und e₂); 1477 erneut in Straßburg bei Heinrich Knoblochzer (j); 1483/1484 in Ulm bei Lienhard Holle (g₁) und in Augsburg bei Anton Sorg (g); 1490 bei Konrad Kachelofen in Leipzig usw. Danach wurden noch mindestens sechs Drucke angefertigt, der letzte wohl 1547 in Basel (m). Die Statistik der erhaltenen Exemplare legt die Vermutung sehr nahe, dass uns weitere Drucke völlig verloren sind. Kein anderes deutsches Werk wurde vor 1500 auch nur annähernd so oft gedruckt wie der „Ackermann“.

Bis 1500 wurden deutsche literarische Werke nur sehr vereinzelt gedruckt, und keiner dieser vielen verschiedenen Drucker des „Ackermann“ zeigte Interesse, über dieses Werk hinaus deutsche „Literatur“ herauszugeben.⁴⁶ Dass sie sich wiederholt

⁴⁴ *Geldner*: Die deutschen Inkunabeldrucker 167 f. (vgl. Anm. 15).

⁴⁵ Die Buchstaben stellen die herkömmliche Bezeichnung der verschiedenen Drucke dar. Vgl. die vollständige Beschreibung bei *Bertau*: Johannes de Tepla XVI (vgl. Anm. 2).

⁴⁶ Ihre deutschsprachigen Erzeugnisse, zum Teil Übersetzungen aus dem Lateinischen, sind alle theologische oder moralische Werke, wie etwa die Übersetzung der *Visio lamentabilis* des Francigena Fulbertus (Streit der Seele mit dem Körper) bei Flach, der *Goldene Esel Lucians* in der Übersetzung von Nicolaus von Wyle bei Eggstein und die *Tischzucht* Jacob

mit dem „Ackermann“ beschäftigten, lässt sich nur auf die gleiche Weise erklären wie im Fall der Bamberger Drucke: Nicht anders als die anderen Erzeugnisse ihrer Pressen war auch der „Ackermann“ für den kirchlichen Bereich bestimmt. Wie groß der Bedarf war, zeigt die schon erwähnte Tatsache, dass so viele der Handschriften einfache Abschriften der Drucke sind. Die Drucker konnten die Nachfrage trotz der wiederholten Auflagen offensichtlich nicht befriedigen. Ihre große Zahl erweckt geradezu den Eindruck, man habe den „Ackermann“ in den frühen 1470er Jahren behandelt wie Gutenberg den „Donatus“ – als verlässliche Einnahmequelle.

Über die Folgen, die dieser kirchlich-seelsorgerische Gebrauch des „Ackermann“ für die Kritik des überlieferten Textes hatte, habe ich an anderer Stelle einige Überlegungen vorgelegt.⁴⁷ Es handelt sich dabei um einen Vorgang des Verfalls, wobei das Werk, wie der „Edelstein“ und die „Armenbibel“, als Gebrauchstext, also nicht mehr als vom Verfasser festgelegte auctoritas angesehen wurde, und daher beliebigen Änderungen (Auslassungen, Glättungen) ausgesetzt war, die es zweckdienlicher machen sollten. Das führte unvermeidlich zu einer Korrumpierung des Originals, das die heutige Textkritik als unwiederherstellbar betrachtet. Eine ausführliche Studie, wie sie dieses Thema verlangt, würde aber die Grenzen eines Aufsatzes sprengen.

Dennoch möchte ich an dieser Stelle noch einen weiteren Gedanken zur Textüberlieferung des „Ackermann“ äußern. Die Verwendung des kleinen Streitgesprächs zu einem christlich-seelsorgerischen Zweck wird nicht erst mit dem Bamberger Druck der frühen 1460er Jahre begonnen haben. Vielmehr muss er sich bereits zuvor in dieser Rolle bewährt haben, sodass es dem Bamberger Stift sinnvoll erschien, die kostspielige Vervielfältigung durch Druck vorzunehmen. Das neue technische Verfahren ermöglichte lediglich eine Verbreitung – man darf wohl sagen, eine Explosion – des kirchlichen Gebrauchs, indem sie den Text leicht zugänglich machte. Doch stammt selbst die älteste erhaltene Handschrift (A) des „Ackermann“ erst aus den 1450er Jahren, bis zum Druck in Bamberg waren also höchstens zehn Jahre verstrichen. Diese Handschrift ist auffälligerweise Teil eines rein deutschsprachigen Einbandes, der unter anderem Boners „Edelstein“ und den „Belial“ enthält, also auch Texte, die im kirchlichen Gebrauch waren.⁴⁸ Und schon diese Handschrift weist jene Korrumpierungen auf, die auch für die späteren charakteristisch sind und die man a priori geneigt ist, in Zusammenhang mit dem Einsatz des Werkes in der Seelsorge zu erklären – etwa die Unterdrückung von platonischen Elementen und das Durcheinander des Textes beim Gottesurteil, um nur zwei Beispiele zu nennen. Es ist also denkbar, dass die seelsorgerische Verwendung des Textes nicht nur die überlieferte Form des Ackermanntextes bestimmte, sondern dessen Überleben überhaupt erst ermöglichte.

Köbels bei Knoblochzer, der eine Reihe solcher deutschen Werke druckte. Vgl. die entsprechenden Stellen bei *Geldner*: Die deutschen Inkunabeldrucker (vgl. Anm. 15).

⁴⁷ *Clifton-Everest*, John. M.: Zum Gottesurteil und Schlußgebet im Ackermann aus Böhmen. Das Ende des Gesprächs. In: *Henkel*, Nikolaus u. a. (Hgg.): *Dialoge: Sprachliche Kommunikation in und zwischen Texten im deutschen Mittelalter*. Hamburger Colloquium 1999. Tübingen 2003, 279-298.

⁴⁸ *Bertau*: Johannes de Tepla XVII f. (vgl. Anm. 2). Datiert wird sie ganz verlässlich durch das Wasserzeichen des Papiers.

Kai Wenzel

„KARL IV. – KAISER VON GOTTES GNADEN“.
NEUE STUDIEN ZUR HOFKUNST DER LUXEMBURGER

Im Jahr 2006 legte Jiří Fajt in Zusammenarbeit mit Markus Hörsch und Andrea Langer den voluminösen, reich illustrierten Band „Karl IV. Kaiser von Gottes Gnaden“ vor.¹ Das Werk, das in einer tschechischen und einer deutschen Fassung erschienen ist, ist das Ergebnis kollektiver Forschungsarbeiten für ein Ausstellungsprojekt, das von September 2005 bis Januar 2006 unter dem Titel „Prague. The Crown of Bohemia“ im New Yorker Metropolitan Museum of Art sowie von Februar bis Mai 2006 unter dem Titel „Karel IV. – Císař z boží milosti (Karl IV. – Kaiser von Gottes Gnaden)“ auf der Prager Burg zu sehen war. Seit der 1978 in Köln gezeigten Ausstellung „Die Parler und der Schöne Stil“² hat sich kein Vorhaben mehr derart umfassend der Kunst an den Höfen der Luxemburger und in ihrem Umfeld gewidmet. Das jüngst realisierte Projekt verfolgte dabei einen anderen Ansatz als seinerzeit die Kölner Ausstellung.³ Hatte diese das künstlerische Wirken der Parler-Familie als stilbildend für die mitteleuropäische Kunst des ausgehenden 14. und frühen 15. Jahrhunderts präsentiert, so ging die Schau in New York und Prag von den vielfältigen Funktionen aus, die die Künste für das politische Handeln der Luxemburger Herrscher während des 14. und frühen 15. Jahrhunderts besaßen.

Zu beiden Ausstellungsstationen sind eigenständige Kataloge erschienen. Die Texte des New Yorker Bandes⁴ wurden für die Prager Ausstellung nochmals überarbeitet und deutlich erweitert. Der mit Unterstützung des Geisteswissenschaftlichen Zentrums Kultur und Geschichte Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig (GWZO) entstandene Band geht über die klassischen Funktionen eines Ausstellungskatalogs hinaus, indem er nicht nur die präsentierten Werke dokumentiert und in informativen Objektbeschreibungen, für die 51 Autoren verantwortlich zeichnen, den jeweiligen historischen Kontext und aktuellen Forschungsstand refe-

¹ Fajt, Jiří (Hg.) unter Mitarbeit von Markus Hörsch und Andrea Langer: Karl IV. Kaiser von Gottes Gnaden. Kunst und Repräsentation des Hauses Luxemburg 1310-1437. Deutscher Kunstverlag, München, Berlin 2006, 680 S. – Fajt, Jiří (Hg.): Karel IV. Císař z boží milosti. Kultura a umění za vlády Lucemburků 1310-1437. Academia, Praha 2006, 680 Seiten.

² Legner, Anton (Hg.): Die Parler und der schöne Stil. Europäische Kunst unter den Luxemburgern. 5 Bde. Köln 1978.

³ Zu den methodischen Prämissen der Kölner Ausstellung von 1978 und ihren Wirkungen: Flum, Thomas: Die Parler. Ein Stolperstein der Stilgeschichte. In: Klein, Bruno/Boerner, Bruno (Hgg.): Stilfragen zur Kunst des Mittelalters. Eine Einführung. Berlin 2006, 151-163, hier 153.

⁴ Drake Boehm, Barbara/Fajt, Jiří (Hgg.): Prague. The Crown of Bohemia 1347-1437. The Metropolitan Museum of Art, New York. Yale University Press, New Haven, London 2005, 366 S.

riert. Allein diese Einzelbeschreibungen dürften den verschiedenen Forschungssträngen zur Luxemburger Hofkunst reichlich anregenden Diskussionsstoff bringen. Darüber hinaus beleuchten eine Reihe von Aufsätzen, die den Objektbeschreibungen jeweils vorangestellt sind, die Kunstpolitik des Hauses Luxemburg sowie die herausragenden architektonischen und künstlerischen Entwicklungen in Prag, Böhmen und dem Reich während der Luxemburgerherrschaft. Diese Aufsätze sollen im Mittelpunkt des folgenden Literaturberichts stehen.

Gegenüber dem New Yorker Katalog wurde der Begleitband zur Prager Ausstellung in acht Themenfelder gegliedert, die die verschiedenen Sphären der luxemburgischen Hofkunst und ihrer Auftraggeber differenzieren. Gemeinsamer methodischer Ausgangspunkt für die einzelnen Texte ist ein Hofkunstbegriff, der neben der landesherrlichen Kunstpolitik auch Stiftungspraktiken und Stilpräferenzen von hohen landes- und kirchenpolitischen Würdenträgern im unmittelbaren und weiteren Umfeld des Herrschers berücksichtigt sowie Rezeptionslinien der höfischen Kunst verfolgt. Kleinere gestalterische Mängel des Buches wie einige im Druck zu dunkel geratene Abbildungen, eine nicht konsequent realisierte Textredaktion oder ein Satzspiegel, der nicht immer üblichen Lesegewohnheiten entspricht und Anmerkungen bzw. Abbildungen zum Teil erst auf den nachfolgenden Seiten platziert, sind verschmerzbar angesichts des positiven Gesamteindrucks, den das umfassende Werk erweckt.

Die Aktualität des Themas und der von den Organisatoren des Ausstellungsprojektes gewählten Perspektive ist evident. Wie der Herausgeber Jiří Fajt im Vorwort schreibt, wurde Kaiser Karl IV. im Jahr 2005 in einer Umfrage des Tschechischen Fernsehens (Česká televize) zum „allergrößten Tschechen“ gewählt. Einer solchen, in der Populärkultur der Gegenwart angekommenen Nationalisierung mittelalterlicher Geschichte setzt das Projekt eine europäische Perspektive entgegen, die sich kritisch mit traditionellen wissenschaftlichen Paradigmen auseinandersetzt, die jenen wechselseitigen nationalen Vereinnahmungen Karls IV. und der Luxemburger den Weg bereitet haben. Die Schau präsentierte die Kunst und Kultur an den Höfen der Luxemburger nicht unter der Prämisse einer tschechisch, böhmisch, ungarisch oder deutsch codierten Gotik, sondern strebte eine „offene und gesellschaftlich differenzierte Sicht auf das künstlerische Schaffen im luxemburgischen Mitteleuropa in engster Verbindung zum politischen Geschehen“ an.⁵ An die Stelle des nationalräumlichen Paradigmas treten Ansätze der jüngeren Hofkulturforschung, die Formen der symbolischen Kommunikation im politischen Diskurs untersuchen. Stiftungen bzw. der Erwerb von Kunstwerken durch Herrscher und Höfe erscheinen mit dieser Perspektive als integraler Bestandteil politischen Agierens.

Offensichtlich bedarf es nach wie vor einer tagespolitischen Rückversicherung, um ein solches Projekt realisieren zu können. Sind es heute gesamteuropäische Erwartungen im Widerstreit mit nationalstaatlichen Ressentiments, so gab 1978, im Jahr der Kölner Parler-Ausstellung, nicht nur das 600-jährige Jubiläum des Todes Karls IV., sondern auch das erste Dezennium der Ereignisse des Prager Frühlings den

⁵ Fajt, Jiří: Vorwort des Herausgebers. In: Karl IV. Kaiser von Gottes Gnaden 14 (vgl. Anm. 1).

Anlass für ein politisch aufgeladenes Gedenkjahr, in dem in der Tschechoslowakei und in Deutschland Ausstellungen mit verschiedenem Tenor stattfanden. Die zahlreichen deutsch- und tschechischsprachigen Publikationen, die 1978 und in den darauffolgenden Jahren zur Hofkunst Karls IV. erschienen, präsentierten konträre Sichtweisen auf eine mittelalterliche Herrscherpersönlichkeit und waren geprägt von divergierenden Geschichtskonstruktionen und methodischen Zugangsweisen. So legte der Kunsthistoriker Karel Stejskal ein Buch vor, das entlang der Biografie Karls dessen Mäzenatentum in Böhmen und Mähren in den Blick nahm.⁶ In seinen Schlüssen ist es heute an vielen Stellen – nicht zuletzt durch den hier in Rede stehenden Band – überholt.

Eine Voraussetzung für den in „Karl IV. Kaiser von Gottes Gnaden“ gewählten Blickwinkel auf die luxemburgische Hofkunst war zweifellos der von Ferdinand Seibt 1978 herausgegebene Sammelband „Kaiser Karl IV. Staatsmann und Mäzen“, der die Dimensionen des Wechselverhältnisses von politischem Handeln und höfischer Kunst offen legte, jedoch noch nicht tiefgründiger verfolgte.⁷ Das Gedenkjahr 1978 hat zum Thema der Hofkunst Karls IV. und der Luxemburger die bis heute umfangreichste Literatur hervorgebracht. Eine kritische Untersuchung dieser Historiografie und ihrer politischen Bedingtheit wäre an der Zeit, wirken doch die damals entstandenen Werke bis in die gegenwärtigen Diskussionen nach.

Die Forschungsperspektive, die höfische Kunstwerke in einen breiteren funktionalen Kontext einbettet und nicht mehr neuzeitliche nationalstaatliche Grenzen, sondern dynastische Traditionen und familiäre Netzwerke als bestimmende Faktoren für einen zwischenhöfischen Kulturtransfer ansieht, hat sich in den letzten Jahren – zumal auf dem Feld der Ostmitteleuropa-Forschung – auf breiter Basis durchgesetzt. Dadurch hat die Bedeutung dieser Geschichtslandschaft und der verschiedenen ostmitteleuropäischen Herrscherhäuser für die mittelalterliche und neuzeitliche Kulturgeschichte Gesamteuropas deutlichere Konturen gewonnen. Der hier vorgestellte Band steht selbst schon in einer Traditionslinie ähnlicher Ausstellungs- und Publikationsprojekte, die seit 1989 realisiert wurden und zu deren bekanntesten sicher das Aufsatz- und Katalogbuch der großen Prager Ausstellung zur Hofkunst Kaiser Rudolfs II. aus dem Jahr 1997 zählt.⁸

Der Hofkunstbegriff, der sich als roter Faden durch „Karl IV. Kaiser von Gottes Gnaden“ zieht, weist der Kunstgeschichte einen methodischen Weg, der sowohl von einer autonomen Stilgeschichte, die die Verwandtschaftsverhältnisse von Formen zu bestimmen sucht als auch vom Idealbild des leidenschaftlich Kunst sammelnden Herrschers wegführt hin zu einer Sichtweise auf die Bindungen politischen Handelns an Medien und symbolische Träger. Dabei wird von den einzelnen Autoren

⁶ Stejskal, Karel: *Umění na dvoře Karla IV.* [Kunst am Hof Karls IV.]. Praha 1978. – *Ders.*: *Karl IV. Die Kultur und Kunst seiner Zeit.* Prag 1978. – Dieses Werk hat 2003 in Tschechien und der Slowakei nochmals eine Neuauflage erfahren.

⁷ Seibt, Ferdinand (Hg.): *Kaiser Karl IV. Staatsmann und Mäzen*, München 1978.

⁸ Fučíková, Eliška u. a. (Hgg.): *Rudolf II. a Praha. Císařský dvůr a residenční město jako kulturní a duchovní centrum střední Evropy* [Rudolf II. und Prag. Der kaiserliche Hof und die Residenzstadt als kulturelles und geistiges Zentrum Mitteleuropas]. Ausstellungskatalog Prager Burg. Praha 1997 (Parallel auch in deutscher und englischer Sprache erschienen).

immer wieder die Erkenntnis aufgegriffen, die sich in der jüngeren Mediävistik angesichts des Problemhorizonts politisch-sozialer Praktiken durchgesetzt hat, „daß die Frage nach der Funktionsweise höfischer Herrschafts- und Lebensordnungen“, wie Bernd Carque feststellt,

[...] ganz wesentlich eine Frage auch nach den Formen und Funktionen symbolischer Darstellung und Vergewärtigung ist, eine Frage nach den Praktiken des Zur-Schau-Stellens in den Medien dauerhafter Visualisierung oder solchen ephemerer Performanz und Interaktion.⁹

In welchem Maße die Kunstgeschichte mit dem ihr eigenen methodischen Repertoire einen wesentlichen Beitrag zur Beschreibung dieser höfischen Praktiken leisten kann, führt der vorliegende Band anhand der Hofkunst der Luxemburger eindrücklich vor.

In seinem den Band eröffnenden Beitrag verfolgt Markus Hörsch den „Aufstieg des Hauses Luxemburg“ vom lokalen Adelsgeschlecht zu einer der mächtigsten Dynastien Europas. Zum ersten Mal unternimmt der Autor dabei eine umfassende Rekonstruktion der frühen luxemburgischen Hofkunst und zeigt, in welchem Maße sie ein traditionsbildender Ausgangspunkt gewesen sein könnte. Es waren die Ambitionen und das geschickte Agieren Heinrichs VII. von Luxemburg, der durch seine Bündnispolitik und das Ausnutzen von Konkurrenzsituationen rivalisierender Thronkandidaten der Häuser Habsburg und Valois das Emporkommen der Familie sicherte. Vor allem die Verheiratung seines Sohnes Johann mit der Erbin des přemyslidischen Böhmens, Eliška, sollte sich dabei als eine langfristig folgenreiche Entscheidung erweisen. Hörsch liest den Weg der Luxemburger zur Macht parallel zu ihrer Praxis der Kunstpatronage. So kann er konstatieren, dass die Stiftungen Balduins von Luxemburg, der von 1307 bis 1354 Erzbischof und Kurfürst von Trier war, mit dem Ziel der Erneuerung und Reform von Klöstern in seinem Herrschaftsbereich einhergingen. Nach vergleichbarem Muster agierten sein Neffe Johann von Luxemburg und dessen Frau Eliška in Böhmen mit Schwerpunkt auf einer konsequenten Pflege přemyslidischer Traditionen. Eine konkrete Parallele kann Hörsch zwischen den Stiftungen für die Kartause Mariengarten in Prag durch Johann und jenen für die Kartause in Trier, die Balduins Gunst genoss, ausmachen: „Mariengarten war das wichtigste Symbol dynastieverbindender Memoria – von der Generation Wenzels II. bis hin zu den Kindern Karls IV. sollten die Mönche hier für 19 Mitglieder der königlichen Familie beten.“¹⁰ Darüber hinaus referiert Hörsch die bis heute kontrovers geführte Diskussion um den so genannten Meister der Michler Madonna und geht auf die künstlerische Ausstattung des Hauses zur Steinernen Glocke, der Prager Stadtresidenz König Johanns von Luxemburg, ein. Für die um 1310 entstandenen Skulpturen der Westfassade konstatiert er Bezüge zur zeitgleichen Skulptur in der Île-de-France und damit zum französischen Königshof und dessen unmittelbarem Umfeld.

⁹ Carque, Bernd: Stil und Erinnerung. Französische Hofkunst im Jahrhundert Karls V. und im Zeitalter ihrer Deutung. Göttingen 2004, 394 (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 192).

¹⁰ Hörsch, Markus: Vielfalt der Anfänge. Künstlerische Repräsentation. In: Karl IV. Kaiser von Gottes Gnaden 25-39, hier 36 (vgl. Anm. 1).

Das zweite Kapitel des Bandes wendet sich der Auftraggeberpersönlichkeit Karls IV. zu, dessen Wirkung in Böhmen und im Reich deutlich den Schwerpunkt des Aufsatzteils ausmacht. In seinem „Von der Nachahmung zu einem neuen kaiserlichen Stil“ überschriebenen Beitrag wirft Jiří Fajt die Frage nach den stilistischen Präferenzen des Herrschers auf. Zu Beginn formuliert der Autor die These, die das Interesse seiner Untersuchung subsumiert:

In Karls Stiftungen verbinden sich zwei Welten – die öffentliche und die private, die Zurschaustellung seiner Macht und die politische Religiosität des Herrschers, allgemeiner gesagt, Karls „theologische Politik“ und die „politische Theologie“. Sie werden formal durch die Schaffung einer gemeinsamen Kunstsprache verbunden, die – bei immer wieder unterschiedlichen Themen und Absichten, aber auch von verschiedenen Künstlern in allen Hauptmedien der Zeit – widerstrebende Tendenzen wie eine Neigung zu monumentalem Pathos bei einer gleichzeitigen Neigung zum Porträhaften und Individuellen vereint und mehr und mehr zu einem wiedererkennbaren, unverwechselbaren Stil wird.¹¹

Die Voraussetzungen für Karls Stilpräferenzen erkennt der Autor in dessen Erziehung am französischen Königshof. In seine Überlegungen zur Kunst der frühen Jahre der karolinischen Herrschaft in Böhmen bezieht er das unmittelbare Umfeld des Landesherrn mit ein, etwa die Kunstpatronage hoher Würdenträger wie des Prager Bischofs Johann von Draschitz (Jan z Dražic) oder des höchsten Richters des Königreiches Böhmen, Peter von Rosenberg, der um 1350 einen neunteiligen christologischen Bildzyklus für das Zisterzienserkloster Hohenfurth (Vyšší Brod) stiftete. Der Meister, in dessen Werkstatt dieser Zyklus entstand, „zählte“, so Fajt, „zu den gefragtesten Malern an Karls Hof“. ¹² Sein Stil zeigt sich deutlich von italienischen wie von französischen Vorbildern geprägt und ist mit diesen Eigenschaften charakteristisch für die Hofkunst Karls vor seiner Kaiserkrönung 1355:

Am Beginn seiner Herrschaft scheint Karl eher gesucht und geprüft zu haben, er importierte und imitierte die Kunst des königlichen Paris, dem er entstammte, des päpstlichen Avignon sowie der norditalienischen Städte oder der altluxemburgischen Besitzungen, deren Einfluss sich lange bis an den Mittelrhein erstreckte. Ideologisch und künstlerisch schöpfte er aus der älteren přemyslidisch-luxemburgischen Tradition in Böhmen.¹³

Erst nach der Kaiserwahl lässt sich eine deutliche Veränderung der Stilpräferenzen hin zu einer zunehmenden Stringenz bzw. Vereinheitlichung feststellen, die Fajt an Beispielen wie der malerischen Ausstattung der Burg Karlstein vorführt und unter dem Begriff des Kaiserstils fasst. Die Verwendung dieses in der Kunstgeschichte umstrittenen Auftraggeberstil-Konzeptes wird plausibel angesichts eines Stilbegriffs, der handlungstheoretisch fundiert auf das Agieren eines Souveräns im Sinn einer Politik mit Kunst bzw. durch Kunst abzielt. Sie äußerte sich in der Präferenz von Gestaltungsweisen bestimmter Künstler durch einen Herrscher und seinen Hof sowie in programmatischen Stiftungen und Aufträgen, deren Funktionalisierungen auf die jeweilige Werkgestaltung zurückwirkten. Dieser Ansatz eines Herrscherstils

¹¹ Fajt, Jiří: Von der Nachahmung zu einem neuen kaiserlichen Stil. Entwicklung und Charakter der herrscherlichen Repräsentation Karls IV. von Luxemburg. In: Karl IV. Kaiser von Gottes Gnaden 41-75, hier 42 (vgl. Anm. 1).

¹² *Ebenda* 53.

¹³ *Ebenda*.

in den Künsten, der weder formale noch funktionale Aspekte einseitig betrachtet, sondern nach den Relationen zwischen beiden und ihren Bedingungen fragt, ist vor allem von Franz Matsche am Beispiel der Barockarchitektur zur Zeit Kaiser Karls VI. und von Robert Suckale anhand der Hofkunst Kaiser Ludwigs des Bayern in seinem Erkenntnispotential erprobt worden.¹⁴ Für die Kunstpolitik des Hauses Luxemburg wird dieses Konzept nun erstmals systematisch angewendet, und Fajt gibt mit seinem Text die allgemeine Argumentationsrichtung des Bandes vor.

Barbara Drake Boehm nimmt im anschließenden Aufsatz „Der gläubige Herrscher“, der dem Katalogteil zu Reliquiaren und Gnadenbildern der karolinischen Epoche vorangestellt ist, den Konnex zwischen Patronage und Frömmigkeit Karls IV. in den Blick. Zur Entstehung der berühmten karolinischen Reliquiensammlung gibt die Autorin eine anschauliche Schilderung, die die Anstrengungen Karls beim Erwerb exklusiver Stücke deutlich werden lässt. Reliquienschenkungen waren Teil seiner kaiserlichen Diplomatie, was als Strategie bereits durch seine Mutter Eliška angeregt worden sein könnte. Bemerkenswert sind die Relationen zwischen dem Sammler und den von ihm gesammelten Reliquien: So bevorzugte das Oberhaupt des Staatskörpers vor allem Schädelreliquien, die Karl in aufwändig gestalteten Büstenreliquiaren fassen ließ. Vom Aussehen des fast vollständig verlorenen karolinischen Heiltums und seiner künstlerischen Ausgestaltung kann man heute anhand der Reliquienbüste Karls des Großen, die Karl IV. wohl nach seiner Kaiserkrönung 1355 dem Aachener Dom stiftete, bzw. der Büste Johannes des Täufers aus dem Zisterzienserinnenkonvent in Burtscheid einen Eindruck gewinnen.

Mit dem Aufsatz „Der Kreis der Räte“ richten Jiří Fajt und Robert Suckale den Blick auf die karolinische Hofkunst als Netzwerkphänomen. Ausgehend von neueren Konzepten der Hofforschung verstehen sie Herrschaft als ein „Bündel von Rechten, Einnahmen und Pfründen“, vor allem aber als ein Netzwerk persönlicher Beziehungen. Dieses ständig in Veränderung begriffene Geflecht zu pflegen und auszubauen, war eine der wichtigsten Herausforderungen für mittelalterliche Herrscher, auf deren erfolgreicher Bewältigung ihre Legitimationsmacht ganz wesentlich beruhte. Die beiden Autoren zeigen, welche Bedeutung Kunstwerken und einer gezielten Kunstpatronage dabei zukam, und versuchen, einen bestimmten Auftraggebertypus herauszumodellieren: Karl, der seinen ritterlichen Vater und dessen Scheitern vor Augen hatte, entschied sich für die Rolle „des neuen Salomon und heiteren Weisen“.¹⁵ Wie sehr seine Kunstpolitik im weiteren Kreis des Hofes auf Rezeption und Adaption stieß, wird am Beispiel des Prager Erzbischofs und Kanz-

¹⁴ Matsche, Franz: Die Kunst im Dienst der Staatsidee Kaiser Karls VI. Ikonographie, Ikonologie und Programmatik des „Kaiserstils“. 2 Bde. Berlin, New York 1981. – Dazu auch: Lorenz, Hellmut: Der habsburgische „Reichsstil“. Mythos und Realität. In: Gaetjens, Thomas W.: Künstlerischer Austausch. Artistic Exchange. Akten des XXVIII. Internationalen Kongresses für Kunstgeschichte Berlin, 15.-20. Juli 1992. Bd. 2. Berlin 1993, 163-176. – Suckale, Robert: Die Hofkunst Kaiser Ludwig des Bayern. München 1993. – Sowie jüngst: Ders.: Stilgeschichte zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Probleme und Möglichkeiten. In: Klein/Boerner (Hgg.): Stilfragen zur Kunstgeschichte des Mittelalters 271-281 (vgl. Anm. 3).

¹⁵ Fajt, Jiří/Suckale, Robert: Der Kreis der Räte. In: Karl IV. Kaiser von Gottes Gnaden 173-183, 174 (vgl. Anm. 1).

lers der Universität Ernst von Pardubitz (Arnošt z Pardubic) vorgeführt. Die Architektur des Netzwerkes der karolinischen Herrschaft exemplifizieren Fajt und Suckale an der Besetzung von Bischofsämtern durch loyale Kleriker wie den Meißner Bischof und späteren Prager Erzbischof Johann von Jenstein (Jan z Jenštejna) oder den Magdeburger Erzbischof Dietrich von Portitz (Dětrich z Portic). Diese Personen übernahmen die Stilpräferenzen des Kaisers und wurden so zu wesentlichen Akteuren des Transfers der karolinischen Hofkunst innerhalb des Reiches.

Das im Kapitel „Karl IV.“ geöffnete Themenspektrum wird in den darauffolgenden drei Kapiteln weiter vertieft. Paul Crossley und Zoë Opačić wenden sich der Hauptstadt Prag als „Krone des böhmischen Königtums“ zu. Ihr Aufsatz ist der einzige Beitrag im Band, der sich ausschließlich und intensiv den Funktionen von Architektur als einem wesentlichen Bestandteil herrschaftlicher Kunstpolitik widmet. Entlang einer bewährten Chronologie beschreiben sie die bis heute sichtbaren Resultate der luxemburgischen Ära im Prager Stadtbild. Die Voraussetzungen für das umfangreiche Bauprogramm Karls IV. sehen Crossley und Opačić bereits in der Regierungszeit seines Vaters angelegt. Als die drei prominentesten architektonischen Unternehmungen führen sie den Bau des St. Veitsdoms, die Anlage der Prager Neustadt und die Errichtung der Karlsbrücke an. Der Neubau der Bischofs- und Krönungskathedrale St. Veit hatte für die Legitimation Karls eine hervorragende Bedeutung, und entsprechend ließ er das Kirchengebäude architektonisch inszenieren „als Schatzkammer der heiligen böhmischen Geschichte und als Königskirche der Luxemburger“. ¹⁶ Die Berufung Peter Parlers führte während des Baus zu einem deutlichen Idiomwechsel. Im Kontrast zur Helligkeit des Hochchores steht der dunkle Raum der Kapelle des Heiligen Wenzel, deren Stil die Autoren als „zugleich neoromanisch und frühchristlich, vermischt mit einem starken Akzent italobyzantinischer Romanitas“ im Sinne einer architektonischen Rhetorik beschreiben. ¹⁷ Eine stilbildende Wirkung der Parlerschen Architektur sehen sie jedoch weniger in den Prager Sakralarchitekturen – abgesehen von der Altstädter Teynkirche – als im Bereich der Mikroarchitektur.

Karls Aussicht auf die Kaiserwürde nach der Wahl zum Römischen König 1346 forcierte eine Reihe weiterer Bauprojekte, allen voran die Burg Karlstein und die Gründung der Prager Neustadt, in deren Anlage die Autoren Parallelen zum Stadtgrundriss Jerusalems und ideelle Bezüge zur Sakraltopografie Roms erkennen können. Den Neubau der Karlsbrücke und des Altstädter Brückenturms mit seinem figürlichen Programm beschreiben Crossley und Opačić nicht nur als infrastrukturelle Notwendigkeit, sondern als herausragenden Teil „einer Prozessionsliturgie, die den Wyschehrad, die Alt- und Neustadt mit der Kleinseite und dem Hradschin verband“. ¹⁸ Dieser „Königsweg“ (der im Prag der Gegenwart zum touristischen Label geworden ist) war ein ritueller Raum, den der böhmische König gemäß der von Karl IV. erlassenen Krönungsordnung am Vorabend der Krönung zu durchschreiten

¹⁶ Crossley, Paul/Opačić, Zoë: Die Krone des böhmischen Königtums. In: Karl IV. Kaiser von Gottes Gnaden 197-217, hier 201 (vgl. Anm. 1).

¹⁷ *Ebenda* 210.

¹⁸ *Ebenda* 214.

hatte – ein Übergangsritus, der die Erinnerung an den Přemyslidenmythos mit dem Triumph des Hauses Luxemburg verband.

Die beiden anschließenden Beiträge von Barbara Drake Boehm stellen die Stadt Prag als Zentrum der Luxusgüterproduktion sowie als Ort der Wissenschaften vor. Beide Texte fallen leider deutlich knapper aus als die bisher vorgestellten Aufsätze. Unter der Überschrift „Die Goldene Stadt: Zentrum des Luxushandwerks“ gibt Drake Boehm einen Einblick in das sozialgeschichtliche Gefüge der Kunstproduktion im mittelalterlichen Prag. Am Beispiel der Maler beschreibt sie die zünftische Organisation der Künstler wie auch die privilegierte Stellung, die sie als Hofkünstler besaßen. Ausgehend von den zur Verfügung stehenden Quellen nimmt die Autorin dabei die gesamte Epoche der Luxemburgerherrschaft in den Blick und führt anhand der Buchmaler vor, dass deren Werkstätten im gesamten Stadtgebiet lokalisierbar sind, eine auffällige Häufung jedoch für die Prager Neustadt zur Zeit Wenzels IV. zu verzeichnen ist. Zugleich verweist sie auf die methodischen Schwierigkeiten der Kunstgeschichte, den in Schriftquellen überlieferten Meisternamen bestimmte Werke zuzuordnen. Vermissen werden die Leser eingehendere Ausführungen zu den Prager Glasmalern und den verschiedenen textilkünstlerischen Werkstätten in der Moldaumetropole. Wie neuere Forschungen gezeigt haben, zeichneten sich jedoch gerade diese Produktionszweige als wichtige Felder eines überregionalen Kunstexports im höfischen Kontext aus, wovon in der Ausstellung präsentierte Werke auch beredtes Zeugnis ablegten. Daher hätten sie sich für eine vertiefende Diskussion regelrecht angeboten.

Im anschließenden Aufsatz „Die Universität von der Gründung bis zum Kuttenberger Dekret“ wendet sich die Autorin der Geschichte der Prager Universität unter den Luxemburgern zu. Die von Karl IV. 1348 gegründete alma mater erlebte dank umfassender landesherrlicher Förderung innerhalb kurzer Zeit den Aufstieg zum internationalen Bildungszentrum, das Studenten aus ganz Europa anzog. Einen dramatischen Bedeutungsverlust musste die Universität während der Hussitenzeit hinnehmen, als zahlreiche Studenten und Professoren infolge konfessioneller und ethnischer Konflikte Prag verließen. Erst durch neue Privilegien Kaiser Sigismunds konnte der Niedergang zumindest teilweise aufgehalten und der durch die Hussitenunruhen unterbrochene Lehrbetrieb wieder in größerem Umfang aufgenommen werden.

Den Verbindungen zwischen der jüdischen Bevölkerung Prags und dem Herrscherhof widmet sich Vivian Mann. Unter anderem anhand von illuminierten hebräischen Handschriften zeigt die Autorin, wie die jüdische Stadtgemeinde die Stilelemente der Luxemburger Könige als ästhetischen Maßstab wählte. Angesichts der großen kulturellen Bedeutung, die die Religionsgemeinschaft besaß, haben sich jedoch bestürzend wenige historische Zeugnisse ihres Wirkens in Prag und Böhmen erhalten. Die Autorin weitet daher ihren Fokus punktuell auf die jüdische Kultur im gesamten Reichsgebiet während der Zeit der Luxemburgerherrschaft aus.

Das vierte Kapitel des Katalogs – „Die Länder der böhmische Krone“ – versammelt vier Beiträge, die sich den Nebenländern des Königreiches zuwenden. Die Wahrnehmung und Würdigung dieser Regionen in ihrer Bedeutung für die Kulturgeschichte des mittelalterlichen böhmischen Staatsverbandes beginnt sich, mit Ausnahme von Mähren, erst in der jüngeren Historiografie als erfreuliche Praxis

durchzusetzen. Insofern setzt der Katalog mit einem eigenen Nebenländer-Kapitel Maßstäbe. Kaliopi Chamonikola widmet sich in ihrem Aufsatz der Markgrafschaft Mähren. Für die Rekonstruktion der Luxemburger Hofkunst ist diese Region von einigem Interesse, da Karl vor seiner Krönung zum böhmischen König mehrere Jahre das Amt des mährischen Markgrafen inne hatte. Später übte sein jüngerer Bruder Johann Heinrich die Herrschaft in der Region aus. Allerdings sieht sich die Forschung mit dem Problem konfrontiert, dass nur wenige Kunstwerke überliefert sind, anhand derer die Stilpräferenzen der mährischen Markgrafen überprüfbar wären, was schon seit längerem zu Spekulationen anregt. Unter Johann Heinrich von Luxemburg erfolgte eine Reihe programmatischer Stiftungen, von denen Chamonikola dem Augustiner-Chorherrenstift St. Thomas in Brünn (Brno) besondere Aufmerksamkeit schenkt, „das zum Stammkloster und zur Grablege der mährischen Luxemburger werden sollte“.¹⁹ Überblicksartig weist die Autorin auch auf wichtige Standorte der Kunstproduktion in Mähren während der Luxemburgerzeit hin, wie die Buchmalerei in Brünn oder die Goldschmiedekunst in Olmütz (Olomouc). Trotz dieser regionalen Werkstätten blieb die Hauptstadt Prag aber nicht nur Maßstab, sondern auch eine wichtige Bezugsquelle für hochwertige Kunstwerke wie etwa die Sternberger Madonna oder die erst jüngst im Rahmen einer Konferenz neu gewürdigte Pietà aus der Iglauer Ignatiuskirche,²⁰ in denen die Autorin Prager Arbeiten erkennt.

Auch der Beitrag von Romuald Kaczmarek zur Kunst in Schlesien widmet sich der Frage der künstlerischen Abhängigkeit der Peripherie des Nebenlandes vom Zentrum Prag. Kaczmarek fordert zu einer differenzierteren Betrachtung der Kunst in Schlesien während der Luxemburgerherrschaft auf, wobei zwischen einer lokalen Produktion und böhmisch-mährischen Exporten genauer unterschieden werden sollte. So darf nach Aussage des Autors die Annahme, „alle herausragenden Werke [in Schlesien], die zwischen 1385 und 1430 entstanden, seien ohne Ausnahme aus Prag oder Brünn (Brno) eingeführt worden“,²¹ als überholt gelten. Bei einer Neubetrachtung sei genauer auf Auftraggeberintentionen und Funktionen von Kunstwerken zu achten. Exemplarisch wendet sich der Autor der Stadt Breslau (Wrocław) zu als einem Brennpunkt künstlerischer Aktivitäten und bedeutenden Repräsentationsraum für König, Piastenherzog, Bischof, Rat und Bürgerfamilien. Aus zahlreichen Kirchen der Stadt haben sich Ausstattungsstücke erhalten, die als Stiftungen der genannten Akteure während der Luxemburgerzeit entstanden. Andere Objekte, wie das königliche Haus auf der Dominsel mit seiner bemerkenswerten figürlichen Fassadengestaltung, sind heute nur noch in schriftlichen Quellen fassbar.

Das böhmische Nebenland Oberpfalz ist Gegenstand eines Aufsatzes von Jiří Fajt. Die historischen und kunsthistorischen Verbindungen dieser Region zu Böh-

¹⁹ *Chamonikola*, Kaliopi: Mähren – Auf dem Weg zur Eigenständigkeit. In: Karl IV. Kaiser von Gottes Gnaden 291-299, 294 (vgl. Anm. 1).

²⁰ *Bartlová*, Milena (Hg.): Die Pietà aus Jihlava/Iglau und die heroischen Vesperbilder des 14. Jahrhunderts. Brno 2007 (Disputationes Moraviae 4).

²¹ *Kaczmarek*, Romuald: Schlesien – Die luxemburgische Erwerbung. In: Karl IV. Kaiser von Gottes Gnaden 309-317, hier 316 (vgl. Anm. 1).

men und dem Zentrum Prag während der Luxemburgerherrschaft haben in jüngster Zeit wieder stärkere Aufmerksamkeit von Seiten der deutschen und tschechischen Forschung gefunden. Die Grenzregion zu Franken und Bayern war als Mitgift von Karls zweiter Frau, Anna von der Pfalz, als luxemburgisches Hauseigentum in die Reihe der böhmischen Kronländer aufgenommen worden. Ihre strategische Bedeutung wurde noch gesteigert, da wichtige „Handelswege, von Nürnberg östlich in Richtung Prag, und in Nord-Süd-Richtung nach Regensburg“²² durch das Land verliefen. Fajt führt eine Reihe bildkünstlerischer und architektonischer Zeichen an, die die neuen dynastisch-staatlichen Verbindungen zwischen den Luxemburgern und dem wittelsbachischen Zweig der Pfälzer Herzöge in der Region kommunizieren sollten. Sie waren auf heraldischer Ebene (Verleihung von Stadtwappen, Prägen neuer Münzen) angesiedelt, wie auch in Form der Verbreitung des Kultes der böhmischen Landespatrone durch Reliquienschenkungen. Architektonisch manifestierte sich die Ausdehnung der luxemburgischen Machtsphäre in der Errichtung eines neuen Amtshauses für den oberpfälzischen Landeshauptmann in Sulzbach sowie in Erweiterungsbauten und programmatischen Stiftungen für die Pfarrkirchen von Sulzbach und Hersbruck. Die südlichen Teile der Oberpfalz tauschte Karl schon nach wenigen Jahren gegen die Mark Brandenburg ein, die für seine politischen Pläne von noch größerer Bedeutung werden sollte. Dennoch war die Zeit der Luxemburger eine entscheidende Epoche in der kulturellen Entwicklung der Region und ein Modellfall für die Forschung, was Fajt in der Feststellung resümiert:

Nur selten kann im 14. Jahrhundert der Prozess der Entstehung eines neuen Staatswesens so aus der Nähe beobachtet werden, wie bei Karls „Land jenseits des böhmischen Waldes in Bayern“: von der Abrundung der territorialen Grenzen über die Festlegung der Verwaltungsstrukturen und ihrer Mechanismen, von der gezielten Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung bis hin zur Verteidigung und nicht zuletzt zum staatspropagandistischen Kräfte-spiel.²³

Evelin Wetter beschreibt in ihrem Aufsatz die Künste im Dienst der Politik in den Nebenländern Ober- und Niederlausitz sowie in der Mark Brandenburg. Der Ausbau der südlich von Zittau gelegenen Burg Oybin in den 1360er Jahren, die zu dieser Zeit noch unmittelbar zum böhmischen Kernland gehörte und erst seit der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts mitsamt dem Land Zittau zur Oberlausitz gerechnet wurde, bildet eines der markantesten Zeugnisse der Luxemburgerzeit in den nordwestlichen Nebenländern. Karl IV. hatte die ursprünglich zum Schutz einer Handelsstraße angelegte Burg, deren eigentliche Residenzfunktion in der Forschung umstritten ist, als Zeichen seiner Präsenz umgestalten lassen. Durch die Stiftung eines Cölestinerklosters auf dem Oybin war gleichzeitig eine innerhalb des ständischen Gefüges der Region einflussreiche kirchliche Institution installiert worden. Eine festere politische Bindung der Lausitzen an das böhmische Kernland erfolgte auch durch diplomatische Schachzüge und programmatische Personalentscheidungen, wie etwa die Besetzung des Amtes des oberlausitzischen Landvogtes durch

²² Fajt, Jiří: Die Oberpfalz – Ein neues Land jenseits des Böhmisches Waldes. In: Karl IV. Kaiser von Gottes Gnaden 327-335, hier 327 (vgl. Anm. 1).

²³ *Ebenda* 335.

einen engen Vertrauten Karls, Thimo von Colditz. Aus dem gleichen Adelsgeschlecht stammten auch drei aufeinanderfolgende Äbtissinnen des Zisterzienserinnenklosters St. Marienstern, in dessen Klosterschatz sich wiederum mehrere Goldschmiedearbeiten und Paramente finden, deren Prager Provenienz die Autorin als Zeichen der Orientierung der Äbtissinnen an der karolinischen Hofkunst interpretiert. Mit ähnlicher Intensität wie in der Oberlausitz verfolgte Karl IV. auch in der Niederlausitz die Festigung seiner Herrschaft. Bekannt ist seine Förderung der Stadtkirche St. Nikolai in Luckau, dem politischen Zentrum der Region. Der Kirche schenkte Karl 1373 eine bedeutende Reliquie, was großzügige Neubauarbeiten an dem Gotteshaus nach sich zog.

Beide Lausitzen waren für Karl auch von strategischer Bedeutung als Ausgangspunkt für seine größte territoriale Erwerbung: die Mark Brandenburg. Wie Wetter zeigt, hatte der Kaiser diesen 1373 verwirklichten Plan durch geschickte kirchenpolitische Schritte, wie die lancierte Ernennung Dietrichs von Portitz zum Bischof von Brandenburg, gut vorbereitet. Der umfangreiche Bestand von Kunstwerken des ausgehenden 14. Jahrhunderts mit böhmischer Provenienz im Brandenburger Dom verweist auf die kulturellen Verbindungen zwischen beiden Regionen. Die Autorin kann plausibel machen, dass es sich bei mehreren Paramenten des Brandenburger Domschatzes sowie dem circa 1375 fertiggestellten so genannten Böhmischem Altar um Stiftungen handelt, deren Entstehung mit Aufhalten des Landesherrn in seinem neu erworbenen Territorium in unmittelbarem Zusammenhang gesehen werden können.

Die Mark Brandenburg sollte als Teil des luxemburgischen Herrschaftsraums auf ewig mit dem Königreich Böhmen verbunden bleiben. In die Reihe der böhmischen Kronländer lässt sie sich, wie Wetter zu Recht feststellt, jedoch nicht einordnen. Aus diesem Grund wäre ein separater Aufsatz zur luxemburgischen Patronage in der Region angemessener gewesen, der seinen Platz nicht im Nebenländer-Kapitel, sondern in jenem Teil des Bandes hätte haben können, der sich den reichspolitischen Ambitionen Karls widmet. Eine eigentliche Inkorporation der Mark ins Königreich Böhmen fand nicht statt, vor allem aus Rücksicht auf die zu bewahrende Eigenständigkeit des Landes und der mit ihm verbundenen Kurstimme, deren Erhalt für Karl das wesentliche Motiv gewesen war. Brandenburg stellte für ihn ein Instrument dar, mit dem seinen Söhnen die politische Nachfolge und damit eine dynastische Herrschaftstradition des Hauses Luxemburg gesichert werden sollte. Entsprechend widmete Karl dem Ausbau der kurfürstlichen Residenz Tangermünde genauso hohe Aufmerksamkeit wie seinen beiden kaiserlich-königlichen Residenzen in Prag und Karlstein. Die Kapelle der im Dreißigjährigen Krieg zerstörten Burg Tangermünde war ähnlich reich ausgestattet mit Reliquien und Edelstein-Inkrustationen wie die Kapellen der Burg Karlstein oder die Wenzelskapelle im Prager Veitsdom.

Nachdem sich eine Reihe von Aufsätzen Karl IV. als König von Böhmen und den Funktionen von Kunst und Architektur als politische Medien im Prozess des Landesausbaus und der Herrschaftskonsolidierung zugewendet hat, konzentriert sich das nachfolgende Kapitel auf Karl IV. als Kaiser und sein kunstpölitisches Agieren im Heiligen Römischen Reich. Der erste Aufsatz, den Jiří Fajt und Markus Hörsch gemeinsam verfasst haben und der „Zwischen Prag und Luxemburg – eine

Landbrücke in den Westen“ übertitelt ist, wendet sich den Stiftungen des Herrschers in den für seinen Status wichtigen Hauptorten des deutschen Kaisertums zu. Dabei ist der erste Teil des Textes, der Werke der karolinischen Epoche in Frankfurt am Main identifiziert, in seinen knappen stilkritischen Andeutungen und Verweisen recht hermetisch geraten. Transparenter gestalten sich die Ausführungen zu den Aktivitäten Karls in Aachen, dem Krönungsort der Kaiser und dem Begräbnisort Karls des Großen, der für die Herrschaftslegitimation des Luxemburgers stets ein wichtiger Bezugspunkt blieb. Als bevorzugten Repräsentationsort wählte sich der Kaiser jedoch die Reichsstadt Nürnberg. Ein heute verlorener Freskenzyklus in der Moritzkapelle der Pfarrkirche St. Sebald erinnerte an Geburt und Taufe des Thronfolgers Wenzel im Jahr 1361. Architektonisch manifestierte sich die kaiserliche Macht in der in den 1350er Jahren errichteten Frauenkirche als der „kaiserliche[n] Kirche Nürnbergs schlechthin, ein kleiner, wenngleich nicht in dem Sinne ‚preziöser‘ Bau, in dem wir Hofkunst heute zumeist verstehen“.²⁴ Von Nürnberg wendet sich der Blick der Autoren auf das „karolinische Franken“ und auf weitere süddeutsche Reichs- und Bischofsstädte. Sie zeigen, wie in Konstanz und Augsburg planmäßig Stiftungs- und Bauaktivitäten erfolgten, nachdem beide Bistümer mit loyalen Bischöfen besetzt worden waren. Der Ständepyramide entsprechend wird auch der Reichsadel und seine Rezeption der karolinischen Hofkunst an exemplarischen Beispielen besprochen, wobei die Bedeutung Prags als Exportzentrum für Kunstwerke nochmals hervortritt. Nur knapp beleuchten die Autoren die Heiligenverehrung Karls IV. und der Luxemburger – ein Thema, das in einem eigenen Text tiefergründiger und dadurch gewinnbringender hätte diskutiert werden sollen.

Im zweiten Aufsatz dieses Kapitels verfolgt Adam Labuda die Rezeption der Luxemburger Hofkunst in den nördlichen Territorien des Reiches, vor allem entlang der Ostseeküste. Auch er greift die Frage nach der Bedeutung Prags als Zentrum der Produktion und des Exports von Kunstwerken auf und problematisiert, ob es sich bei den im Deutschordensland überlieferten bohemisierenden Stücken, wie jenen des so genannten Meisters der Thorner Madonna, um Arbeiten Prager Provenienz oder vor Ort entstandene Werke handelt. Neben dem Deutschen Orden werden die Franziskaner und Zisterzienser als wichtige Vermittler der kaiserlichen Hofkunst gewürdigt. Von den Ostseegebieten wendet sich der Autor auch den Künsten in den Hansestädten der Nordsee zu. Prominentes Beispiel ist hier der in Hamburg nachweisbare Meister Bertram, dessen um 1380-1400 entstandene Werke in formalen wie inhaltlichen Aspekten aus der böhmischen Tafelmalerei der Zeit schöpfen.

Dem ältesten Sohn Karls und seinem Nachfolger auf dem böhmischen Königsthron, Wenzel IV., wurde leider nur ein Aufsatz gewidmet. Jiří Fajt und Barbara Drake Boehm gehen darin den Kontinuitäten und Diskontinuitäten der Hofkunst Wenzels nach, der von frühester Kindheit an als politischer wie mäzenatischer Nachfolger seines Vaters aufgebaut wurde. Dass er die in ihn gesetzten Hoffnungen freilich nicht erfüllte und seine Regierung als eine krisenhafte Zeit bekannt ist, hatte auf die Pflege der Künste nur partiellen Einfluss. Durch die Heirat Wenzels mit Anna

²⁴ Fajt, Jiří/Hörsch, Markus: Zwischen Prag und Luxemburg – Eine Landbrücke in den Westen. In: Karl IV. Kaiser von Gottes Gnaden 357-383, hier 363 (vgl. Anm. 1).

von England, der Tochter König Richards II., begannen intensive kulturelle Verbindungen zwischen London und Prag. Gleichzeitig entspannen sich infolge der Verlobung seiner Nichte Elisabeth mit Herzog Ludwig von Orléans auch zum französischen Hof erneut enge Kontakte – zwei Ereignisse, die in der Hofkunst Wenzels unmittelbaren Niederschlag fanden. Zu den bevorzugten Medien des böhmischen Königs gehörte die in Prag um 1400 zu hoher Blüte geführte Buchmalerei, während die Tafelmalerei eher in den Hintergrund trat, was – wie die Autoren ausführen – Künstler dazu zwang, sich nach neuen Auftraggebern umzusehen. Bedeutende Werke der böhmischen Tafelmalerei der Zeit finden sich daher auch eher im Umfeld des königlichen Hofes, wie der um 1380 von Peter II. von Rosenberg für das Augustiner-Chorherrenstift im südböhmischen Wittingau (Třeboň) gestiftete Flügelaltar. Doch auch auf architektonischem Gebiet entstanden unter der Regierung Wenzels IV. wichtige Objekte wie die beiden neuen Residenzanlagen in der Prager Alt- und Neustadt, die Neubauten für die Universität oder die Burg Točnik südlich von Prag.

An das Kapitel zu Wenzel IV. schließen sich unter der Überschrift „Bewegung und Gegenbewegung“ zwei Aufsätze an, die unmittelbar auf die Kunst der Regierungszeit dieses böhmischen Königs referieren. Gerhard Schmitt diskutiert das Verhältnis „Internationale Gotik versus Schöner Stil“ und zeigt in aller Kürze, wie die von verschiedenen kunsthistorischen Schulen gefundenen Stilbegriffe künstlerische Phänomene subsumieren, die angesichts ihrer ikonografischen und technischen Vielfalt wie auch in regionalen Nuancen des Formenidioms eher heterogene Gruppen bilden, aus denen sich bohemisierende Werke mit stilkritischer Methodik herauslesen lassen.

Jan Royt wendet sich unter der Überschrift „Kirchenreform und Hussiten“ dem prägenden Ereignis in der böhmischen Geschichte während der Regierungszeit Wenzels IV. zu. In seinem erkenntnisreichen Beitrag zeigt er, dass die Positionen der einzelnen Protagonisten der böhmischen Reformation zur Frage der Bilder im Sakralraum keineswegs einheitlich waren, sondern im Spektrum von Bewahrung bis Zerstörung changierten. Jan Hus selbst nahm eine ambivalente Haltung ein, wie sie uns einhundert Jahre später auch bei Martin Luther begegnen sollte. Zum einen war er der Meinung: „Es ist so schade, ein Bild zu vernichten, wie ein wertvolles Buch“,²⁵ und stellte ikonische und schriftliche Glaubenszeugnisse auf eine Stufe. Andererseits warnte er aber:

[...] und so sollten wir sorgfältig das einfache und blöde Volk von dem Betrachten von Bildern und dem Spiel der Orgel abhalten [...] denn so vergeudet der einfache Mann seine ganze Zeit in der Kirche, und wenn er nach Hause kommt, spricht er von nichts anderem als davon und von Gott nichts.²⁶

Der Autor führt weiter aus, wie von Seiten des Konstanzer Konzils versucht wurde, einen Reliquienkult um Jan Hus zu verhindern. Trotz des völligen Verlustes des Leichnams des Reformators konnte sich eine intensive Hus-Memoria in Böhmen herausbilden, die die Züge eines Märtyrerkultes trug.

²⁵ Zit. nach Royt, Jan: Kirchenreform und Hussiten. In: Karl IV. Kaiser von Gottes Gnaden 555-561, 557 (vgl. Anm. 1).

²⁶ *Ebenda.*

Im abschließenden Kapitel des Bandes wenden sich zwei Aufsätze der Kunst am Hof Sigismunds von Luxemburg zu, dem parallel zur Prager Schau eine eigene, in Budapest und Luxemburg gezeigte Ausstellung gewidmet war.²⁷ Der Beitrag von Ernő Marosi, der bereits im New Yorker Katalog enthalten ist, konzentriert sich weitgehend auf die Hofkunst Sigismunds als König von Ungarn. Sie zeigt sich geprägt vom Aufgreifen angevinischer Traditionen vor allem in der Architektur, was jedoch nur in wenigen Fragmenten noch fassbar ist. Im Gegensatz dazu haben sich bildkünstlerische Objekte der Luxemburger Hofkunst in Ungarn in mehreren herausragenden Werken erhalten, etwa im Kreuzigungsretabel aus St. Benedikt am Gran (Hronský Beňadik), der ursprünglich für die Kathedrale in Großwardein (Oradea) gefertigten Reliquienbüste des Hl. Ladislaus oder in den bekannten Stücken des Budaer Skulpturenfundes, die die Nachwirkung der Parlerschen Bildhauerei bis in die sigismundische Zeit hinein belegen. Marosi verweist auch auf die nachhaltige Bedeutung der Hofkunst Sigismunds für die Spätgotik in Mitteleuropa, zum Beispiel auf dem Gebiet der Architektur, was er anhand des in den frühen 1430er Jahren fertiggestellten Residenzschlosses in Pressburg (Bratislava) ausführt.

Dem auf Ungarn konzentrierten Text Ernő Marosis wurde im Prager Katalog ein Beitrag von Winfried Franzen zur Seite gestellt, der die Kunstproduktion in den übrigen Herrschaftsräumen Sigismunds als Kaiser und König von Böhmen sowie deren Rezeption in Mitteleuropa kursorisch verfolgt. Franzen ordnet die Kunstpolitik Sigismunds nach verschiedenen Etappen. Er wendet sich zunächst der „Konzilskunst“ zu – jenen Stiftungen in Konstanz, die sich mit dem mehrjährigen Aufenthalt des Herrschers in der Bodenseestadt in Verbindung bringen lassen. Das Konzil war auch eine wichtige Bühne für die Parteigänger des Kaisers, deren Kunstpatronage einen weiteren Teil des Aufsatzes ausmacht. Als Kaiser schloss Sigismund an Traditionen seines Vaters Karl an und förderte bevorzugt die Reichsstadt Nürnberg, unter anderem durch die Überführung der Reichskleinodien im Jahr 1423. Im Gegenzug blieb für Stiftungen des Nürnberger Patriziats, wie der Autor ausführt, die Prager Kunst der vorhussitischen Zeit noch bis weit in die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts hinein prägend.

Mit dem in Gemeinschaftsarbeit von über 15 Autoren entstandenen Aufsatzteil des Katalogbandes „Karl IV. Kaiser von Gottes Gnaden. Kunst und Repräsentation des Hauses Luxemburg 1310-1437“ ist ein grundlegendes Überblickswerk zur spätmittelalterlichen Kunst Mitteleuropas vorgelegt worden, das als zentraler Ausgangspunkt sowohl für Forschungen zu den zahlreichen versammelten Einzelthemen und Wechselbeziehungen zwischen den Feldern Kunstproduktion und Landesherrschaft als auch zur weiteren methodischen Schärfung und Ausdifferenzierung des Hofkunstbegriffs bezeichnet werden darf.

²⁷ Takács, Imre (Hg.): Sigismundus Rex et Imperator. Kunst und Kultur zur Zeit Sigismunds von Luxemburg 1387-1437. Ausstellungskatalog Szépművészeti Múzeum Budapest und Musée national d'histoire et d'art Luxembourg. Mainz 2006.

Steffen Höhne

DIE TSCHECHISCHE BIBLIOTHEK (TEIL 3)

Mitte der 1990er Jahre geplant und mit Hilfe der Robert-Bosch-Stiftung realisiert, ist nun ein ambitioniertes Projekt vollendet, welches, bezogen auf die tschechisch-deutschen kulturell-literarischen Wechselwirkungen, unzweifelhaft einen Meilenstein darstellt: Die „Tschechische Bibliothek“ ist mit 33 Bänden, die einen fundierten Einblick in die Kultur eines „kleinen“ Nachbarlandes ermöglichen und so zu einem verbesserten Verständnis eben dieser „kleinen“ Kultur beitragen dürften, nunmehr vollständig.

Briefe

Es sind zunächst markante Briefsammlungen, die das Bild jener anderen Kultur im nun abschließend zu besprechenden dritten Teil abrunden.¹ Die Briefe von Bedřich Smetana, Antonín Dvořák und Leoš Janáček² sind ein kulturhistorisches Zeugnis ersten Ranges und Ausdruck der im Böhmen des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts weit verbreiteten Zweisprachigkeit. Sie dokumentieren aber auch den Einfluss sprachnationaler Ansprüche, denen gerade die Künstler unterlagen. Der spätere „Nationalkomponist“ Bedřich Smetana kommunizierte bis zu seinem 35. Lebensjahr schriftlich wie mündlich vorwiegend auf Deutsch, während sich Antonín Dvořák sowohl auf Tschechisch als auch auf Deutsch verständigte. „Für Leoš Janáček dagegen war die Konkurrenz der beiden Landessprachen sozial konnotiert.“³ Die Musik steht in besonderer Weise im Kraftfeld der nationalen Auseinandersetzungen, alle drei Komponisten trugen in entscheidender Weise zur Entfaltung einer tschechisch konnotierten nationalen Musikkultur bei.

Dabei eröffnen die Briefe auch einen Blick auf die mitunter schwierige soziale Lage der Künstler, die Smetana als Folge einer Ablehnung durch die eigene Kultur erfuhr. So schrieb der zutiefst desillusionierte Smetana am 23. Dezember 1856 an seine Eltern:

Prag hat mir die Anerkennung versagt, ich habe es verlassen. Es ist ein altbekanntes Lied, daß das Vaterland seine Söhne nicht anerkennen will und ein Künstler Namen und besseres Auskommen im Ausland suchen muß. Auch mich hat dieses Schicksal getroffen.⁴

Leoš Janáček, dessen „Jenufa“ 1903 vom Prager Nationaltheater abgelehnt worden war, beklagte noch 1921 die fehlende Anerkennung in der Heimat.⁵

¹ *Höhne, Steffen*: Die Tschechische Bibliothek. Teil 1. In: *Bohemia* 42 (2001) H. 2, 381-390. – *Ders.*: Die Tschechische Bibliothek. Teil 2. In: *Bohemia* 44 (2003) H. 1, 172-182.

² Smetana – Dvořák – Janáček. *Musikerbriefe*. Ausgewählt von Alena *Wagnerová* zusammen mit Barbara *Šrámková*. München 2003.

³ *Ebenda* 7.

⁴ *Ebenda* 27.

⁵ *Ebenda* 439.

Doch schon zehn Jahre später, angesichts äußerer Bedrohung, formulierte Smetana patriotische Solidarität mit Österreich, so im deutsch geschriebenen Brief an seine Schülerin und Freundin Fröjda Benecke vom 3. April 1866: „Der Krieg pocht an unsere Pforten. Der übermütige prahlsüchtige und ländergierige Preuße will vielleicht auch Böhmen verspeisen und aus uns ein zweites Schleswig-Holstein machen.“⁶ Im gleichen Brief heißt es zur Sprachenfrage:

Traurig genug, daß wir einander in unserer Muttersprache nicht zu schreiben vermögen; sondern eine dritte fremde, die uns gerade die geläufigste ist, mir wenigstens, wählen müssen. Sie schreiben mir nur aus übergroßer Artigkeit *deutsch*, und ich Ihnen, aus trauriger Notwendigkeit deutsch, aber tun wir es nur um jeden Preis, und *oft, sehr oft*, und lassen alle Bedenken über Grammatik und Orthographie für immer beiseite, im Gegenteil, wünschen wir den Deutschen, daß sie eine zweite Sprache so geläufig zu gebrauchen wüßten wie *wir beide* die ihrige.⁷

Den Weg zum späteren „Nationalkomponisten“, so der im Alter selbst zugelegte Titel, lassen die Briefe bestenfalls ansatzweise erkennen. Smetana engagiert sich ab den 1860er Jahren für die tschechische Nationalbewegung, in deren Dienst er seine Kompositionen stellt. Seinen Werken wird in jener Zeit, in der Kultur kompensatorische Funktionen für nicht erfüllbare Wünsche nach politischer Selbstbestimmung besitzt, neben der ästhetischen immer auch eine nationale Bedeutung zugeschrieben. Die Nationalisierung der Musik ist dabei kein Einzelfall, wenn man an Verdi in Italien, Grieg in Norwegen, Sibelius in Finnland oder Wagner in Deutschland denkt. Für die tschechische Gesellschaft der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wird aber gerade der zunehmende internationale Erfolg der Kompositionen Smetanas und dann auch Dvořáks wichtig, um so „die kulturelle Gleichwertigkeit ihrer Nation zu demonstrieren.“⁸

In diesem Kontext sind auch Dvořáks Bemühungen um die Herausbildung eines tschechischen Stils zu sehen, von denen er z. B. in einem Brief an Otakar Hostinský vom 9. Januar 1879 spricht. Erst die Sprache, heißt am 21. Februar 1882 in einem an Ludevít Procházka gerichteten Schreiben, mache die Musik zu einer tschechischen. Und am 3. August 1882 äußert Dvořák sich wiederum in einem Brief an Procházka: Ich bin doch meinen Verdiensten und meinem Trachten nach ein tschechischer Komponist und der Schöpfer des tschechischen Stils auf dem dramatischen und symphonischen Gebiet der – ausschließlich tschechischen – Musik.⁹

Konsequent erscheinen da Vorschläge an den Verleger Simrock, getrenntsprachige Umschlagblätter – deutsch und tschechisch – zu drucken, schließlich sähen viele „das Deutsche, viele das Böhmische nicht gern.“¹⁰

Die nationale Dimension von Kunst verraten die Briefe immer wieder; so bemerkt Dvořák in einem Schreiben an den Komponisten Bohumil Fidler: „Und Nationen,

⁶ *Ebenda* 58.

⁷ *Ebenda* 59 f. Hervorhebung im Original.

⁸ *Storck*, Christopher P.: Die Symbiose von Kunst und Nationalbewegung. Der Mythos vom „Nationalkomponisten“ Bedřich Smetana. In: *Bohemia* 35 (1994) H. 2, 253-267, hier 261. – *Ritter*, Rüdiger: Musik als Element der Legitimierung der tschechischen Nationalkultur in der Zwischenkriegszeit. In: *Bohemia* 47 (2006/07) H. 1, 52-68.

⁹ Smetana – Dvořák – Janáček 153 (vgl. Anm. 2).

¹⁰ *Ebenda* 218.

wollen wir hoffen, welche *Kunst haben* und repräsentieren, werden *nie untergeben*, wenn sie auch noch so klein sind!“¹¹

Die Briefe Božena Němcová¹² bieten einen Einblick sowohl in die desolaten häuslichen und ehelichen Verhältnisse als auch in das „Leben einer patriotisch bewussten, politisch und kulturell engagierten Familie.“¹³ Sie zeigen Božena Němcová in ihren unterschiedlichen Rollen als Mutter, Ehefrau, Geliebte, Freundin, Autorin, politisch engagierte Zeitgenossin und Bittstellerin. Im Herbst 1837 auf Wunsch der Mutter verheiratet, bekommt sie innerhalb von fünf Jahren vier Kinder, bei der letzten Geburt ist Němcová gerade einmal 22 Jahre alt. Es folgen vor allem nach 1849 materielle Probleme, Sorgen um die Kinder, insbesondere um Karel, und eine zunehmende Entfremdung vom Ehemann; Němcová steht ein eheliches Martyrium bevor. Immer wieder dokumentieren die Briefe Ermahnungen an den Sohn, der wohl Verstand genug haben müsse, „um zu begreifen, daß Du nicht auf der Welt bist, nur um zu trinken, zu essen und zu schlafen wie ein Tier.“¹⁴ Im Frühjahr 1860 verlässt Božena Němcová ihren Mann Josef vorübergehend, nachdem dieser sie tätlich angegriffen hatte. „Ich bin ja ohnehin schon zum Unglück geboren,“¹⁵ so Němcová an ihre Mutter Terezie Panklová (6. Mai 1856). Und an ihren Sohn Karel schreibt sie am 5. Februar 1860:

Wenn mich der Vater wie eine Frau behandelt hätte und nicht wie eine Sklavin, hätte ich ihn geliebt und wir wären glücklich gewesen bis zum Tod, trotz allen Unglücks – so aber werden wir uns trennen und kaum je wieder zusammenfinden.¹⁶

Němcová's Hinwendung zum Patriotismus vollzieht sich bereits im Vormärz. Ihre frühen literarischen Versuche in deutscher Sprache vernichtet sie. In den „Květy“ (Blüten) erscheint im April 1843 das erste tschechischsprachige Gedicht Božena Němcová's, ein „Appell an die tschechischen Mütter, ihre Kinder tschechisch zu erziehen.“¹⁷ Gleichmaßen dokumentieren die Briefe den Prozess des „nationalen Erwachens“. Am 22. Januar 1851 schreibt Němcová an Veronika Vrbíková:

Ich wurde auch eher deutsch erzogen, und allein meine Großmutter, eine aufrechte Alttschechin [...], hat mich zur Vaterlandsliebe angehalten [...] und war stets bemüht, mir das Deutsche zu verleiden.¹⁸

Doch erst die Begegnung mit den Schriften Josef Kajetán Tyls führt zu einem emphatischen Bekenntnis zum Tschechischen, das in der Zeit des Neoabsolutismus dann schon mit dezidierter Abgrenzung von den Deutschböhmen verknüpft wird. Am 7. November 1850 schreibt Němcová an Karoline Staňková: „Ein Tscheche, der es unter den Reichenberger Deutschen aushält, braucht die Ungarn nicht zu fürch-

¹¹ Dvořák, 9. Januar 1886, an Bohumil Fidler. In: *Ebenda* 222. Hervorhebung im Original.

¹² Němcová, Božena: Mich zwingt nichts als die Liebe. Briefe. Aus dem Tschechischen von Kristina Kallert. Ausgewählt von Eckhard Thiele. Mit Beiträgen von Jaroslava Janáčková, Václav Maidl und Hans Dieter Zimmermann. München 2006.

¹³ Janáčková, Jaroslava: Božena Němcová, die Briefschreiberin. In: *Ebenda* 371-389.

¹⁴ *Ebenda* 157.

¹⁵ *Ebenda* 166.

¹⁶ *Ebenda* 281.

¹⁷ Maidl, Václav: Leben und Werk. In: *Ebenda* 391-416, hier 399.

¹⁸ *Ebenda* 67.

ten.“¹⁹ Und zuvor hieß es in einem Schreiben an Václav Staněk (18. November 1849): „Im übrigen würde jeder lieber einen Russen in Böhmen sehen als einen Deutschen.“²⁰

Anthologien

Der Zerfall der böhmischen Gesellschaft in einander zunehmend antagonistisch gegenüberstehende Teile, der sich auch in den Musikerbriefen zumindest indirekt andeutet, ist als Ergebnis bürgerlich-nationaler Emanzipationsprozesse im 19. Jahrhundert und den aus ihnen resultierenden Institutionalisierungen in den Bereichen Bildung und Kultur zu sehen. Zur Loslösung vom Paradigma der nationalen Kunst kommt es mit der Moderne, in der bekanntlich eine Abkehr vom isolationistischen Kulturmodell des späten 19. Jahrhunderts erfolgt. Das „Manifest der tschechischen Moderne“ (1895) von Josef Svatopluk Machar und František Xaver Šalda stellt dem nationalen Realismus „die innere Wahrheit, der nationalen Kunst die Kunst, dem nationalen Kollektiv das freie Individuum, der Erziehung die Schöpfung“ entgegen.²¹ Dabei entwickeln sich Moderne und *Fin de siècle* vor dem Hintergrund wachsender Militanz der Nationalbewegungen, dokumentiert in Ereignissen wie den Badeni-Unruhen (1897) oder der Hilsner-Affäre (1899). Der Sprachenstreit ist immer deutlicher politisch und national konnotiert und wird zunehmend gewaltsam ausgetragen. Das *Fin de siècle* ist somit, bezogen auf Österreich, mehr als ambivalent. Der von Peter Demetz herausgegebene Band „*Fin de siècle*“ versammelt zentrale Prosawerke dieser Zeit,²² wobei man zunächst überrascht sein dürfte, Texte von Jan Neruda (Realismus) oder Julius Zeyer (Lumír) vorzufinden, in denen, ungeachtet ihrer Vorläuferschaft, bereits wichtige Attribute der Dekadenz auszumachen sind:

[...] künstlerisches und aristokratisches Milieu, Aufwertung und Verabsolutierung der Kunst [...], Thematisierung der Unabwendbarkeit des Scheiterns und des Todes, Verdrängung des physischen Sexus zugunsten des intellektuell sublimierten Eros.²³

Gerade Julius Zeyers „*Inultus*“ (1895) lässt sich auf der Basis dieser Kategorien uneingeschränkt dem *Fin de siècle* zuordnen. *Inultus* wird als ein lebensuntüchtiger, masochistischer Jüngling geschildert, der die Leiden des böhmischen Volkes, das hier eindeutig als tschechisch erscheint, nach der Schlacht am Weißen Berg symbolisiert und sich so sehr mit seiner Rolle identifiziert, dass er die Passion Christi am Kreuz nachvollzieht.

„*Adieu Musen*“ – so ist die Anthologie zum tschechischen Poetismus übertitelt,²⁴ unter dem man die spezifisch tschechische Richtung der Avantgarde versteht, die

¹⁹ *Ebenda* 55.

²⁰ *Ebenda* 48.

²¹ *Nekula*, Marek: Traum vom Tod und Reich des Schönen. In: *Demetz*, Peter (Hg.): *Fin de siècle*. Tschechische Novellen und Erzählungen. Mit einem Vorwort von Peter Demetz und einem Nachwort von Marek *Nekula*. München 2004, 241-257, hier 244.

²² *Ebenda*.

²³ *Ebenda* 242.

²⁴ *Adieu Musen*. Anthologie des Poetismus. Ausgewählt und kommentiert von Ludvík *Kundera* zusammen mit Eduard *Schreiber*. München 2004.

allerdings ungeachtet ihrer programmatischen Verachtung der Tradition durchaus die Texte der älteren tschechischen Literatur aufgreift. „Die Kunst des Poetismus“, so Karel Teige in seinem Manifest,

[...] ist leger, spielerisch, phantasievoll, mutwillig, unheroisch und der Liebe zugewandt. Ihr fehlt jede Romantik. Sie entstand in einer Atmosphäre heiterer Geselligkeit, in einer Welt, die lacht, wenn auch ihre Augen weinen. Das humorvolle Temperament überwiegt, auf Pessimismus wurde aufrichtig verzichtet.²⁵

Und František Xaver Šalda, der bedeutendste Literaturkritiker der Zwischenkriegszeit, versteht unter Poetismus ein „Rückbesinnen der Poesie auf sich selbst.“²⁶ Nach dieser sowohl hedonistischen wie puristischen Auffassung ist der Poetismus keine „spezifische Kunstrichtung mit einer streng abgegrenzten ästhetischen und poetologischen Konzeption, sondern ein ‚modus vivendi‘.“²⁷ Dies impliziert eine Aufhebung der Grenzen zwischen den Gattungen, ja zwischen ernsthafter und Unterhaltungskultur mit einer dezidierten Nähe zum Dadaismus und seiner Destruktion bürgerlichen Kunstverständnisses. Der 1916 von Emigranten wie dem Elsässer Hans Arp, dem Deutschen Hugo Ball, den Rumänen Marcel Janco und Tristan Tzara in Zürich im „Cabaret Voltaire“ begründete Dadaismus protestiert gegen das kriegstreibende, alle Kulturwerte verratende Bürgertum. Man propagiert eine Kulturrevolution, die die Kunst selbst angreift und Dadaismus zum Antiästhetizismus erklärt. Von dieser Position aus lässt sich die Klage über das Fehlen des Dadaismus und die Furcht vor der Idyllisierung verstehen, die von Poetisten wie Bedřich Václavěk (Schöpferischer Dada)²⁸ und Karel Teige (Hyperdada)²⁹ artikuliert wird: „Dada als Attacke gegen Langeweile. Dada als Auswuchs eingengter Vitalität. Dada als eine bedeutende Kunst des Lachens.“³⁰

Das zentrale Ereignis für die Geschichte des Poetismus bildet zweifellos die Gründung der Künstlergruppe „Devětsil“ (Pestwurz) am 5. Oktober 1920 mit Hauptsitz in Prag, einer Gruppe, die sich zunächst zur proletarischen Kunst bekennt, unter dem Einfluss Karel Teiges aber schließlich eine eigene literarische Strömung – eben den Poetismus – entwickelt. Dieser sollte als „reine Dichtkunst durch den Konstruktivismus als Methode des rationalen Weltumbaus ergänzt werden.“³¹

Unter dem Einfluss El Grecos und der neuesten Kunst in Paris entsteht ein neuer Stil in der bildenden Kunst und Architektur. Mit Picasso und Braque wird ein ungewohnter, aus geometrischen Formen zusammengesetzter Bildaufbau entwickelt. Es kommt zu einer „Verschmelzung von expressionistischer Inhaltlichkeit und Farbigkeit mit der neuen konstruktivistischen, geometrischen Systematik der Formen.“³²

²⁵ *Ebenda* 13 f.

²⁶ *Ebenda* 58.

²⁷ Ibler, Reinhard: Auf der Höhe der europäischen Avantgarde: Poetismus. In: *Koschmal, Walter/Nekula, Marek/Rogall, Joachim* (Hgg.): *Deutsche und Tschechen. Geschichte, Kultur, Politik*. München 2001, 259-267, hier 262.

²⁸ *Adieu Musen* 119 (vgl. Anm. 24).

²⁹ *Ebenda* 121.

³⁰ *Ebenda*.

³¹ *Holy, Jiří*: *Geschichte der tschechischen Literatur des 20. Jahrhunderts*. Wien 2003, 171 f.

³² Zu den Parisaufenthalten von Emil Filla, Bohumil Kubišta, Otto Gutfreund und Josef

Die Anthologie zum Kubismus „Frühling in Prag oder Wege des Kubismus“³³ versammelt exemplarische Reflexionen der Prager Künstler von „Osma“ (Die Acht)³⁴ und „Skupina výtvarných umělců“ (Gruppe der bildenden Künstler)³⁵ aus den Jahren zwischen 1910 und 1920, die einen lebendigen Eindruck von der Entstehung der tschechischen Avantgarde und ihrer Suche nach einem künstlerischen Ausdruck für die „neue“ Zeit vermitteln. Diese neue Epoche wird emphatisch als eine übernationale beschworen:

Deutsche und Tschechen haben sich hier zusammengefunden, acht Künstler ohne Rücksicht auf ihre Nationalität. Hier in Prag, der Centralstelle dieses Kampfes, wo nicht nur Kegelvereine, sondern auch lyrische Clubs im Schatten nationalfarbiger Banner zusammenkommen [...]. Es erscheint schwierig, einem Nicht-Prager die spaßigen und heiklen Nuancen unserer sprachlich geschichteten Gesellschaft vorzuführen, die mit großem Eifer das Talent pflegt, nur immer Trennendes der beiden Volksstämme, nie das Zusammenführende zu betonen. [...] Die deutschen Parteiführer tragen tschechische Familiennamen, und umgekehrt. Rasse ist ein wankelmütiger Begriff [...]. Man wird mir einwenden: aber die Sprache! [...] O nein, die Deutschen sprechen ja hart und „böhmeln“, die Tschechen haben erst vor nicht langer Zeit und ohne tiefe Wirkung ihre Sprache von Germanismen gereinigt. [...] Und mächtiger als Alles bewährt sich das Milieu der alten schönen Stadt, das generationenlange Beisammenleben.³⁶

Emil Fillas „Von der Tugend des Neoprimitivismus“, Ausdruck der Vergewisserung der Prinzipien eigener künstlerischer Arbeit, bedeutet für die Zeitschrift „Volné směry“ (Freie Richtungen) einen Skandal und zieht zahlreiche Abonnement-Kündigungen nach sich. Filla grenzt sich in diesem Text von dem an optischen und perceptiven Reizen interessierten Naturalismus und Impressionismus ab und propagiert die neue Kunst der zerlegten Form, die dem Bewusstsein folgt, daher sei diese Kunst auch kompositorisch, reflexiv und begrifflich. „Die Welt ist eine Täuschung,“ so Otto Gutfreund, „die von Sinnen erzeugt wird, und ich verfüge über kein Organ, mit dem ich absolute Gewißheit zu erlangen und das Scheinbare vom Wirklichen zu unterscheiden vermöchte.“³⁷

Čapek in den Jahren zwischen 1909 und 1911 vgl. *Laboda, Vojtěch: Kuboexpressionismus und Rondokubismus*. In: *Koschmal/Nekula/Rogall* (Hgg.): *Deutsche und Tschechen* 253-259, hier 254 (vgl. Anm. 27).

³³ *Frühling in Prag oder Wege des Kubismus*. Aus dem Tschechischen von Kristina Kallert, Ludger Hagedorn u. a. Ausgewählt und kommentiert von Heinke Fabricius und Ludger Hagedorn. München 2005.

³⁴ 1907 präsentierte sich, parallel zur Geburt des französischen Kubismus (Picasso: „Les Femmes d'Alger“ und deutschen Expressionismus („Die Brücke“), die neu gegründete Künstlergruppe „Osma“ mit einer Ausstellung. Mitglieder waren Emil Filla, Otakar Kubín, Antonín Procházka, Bohumil Kubišta, Artur Pitterman-Longen, die Deutschböhmen Willi Nowak, Friedrich Feigl und Max Horb.

³⁵ Die „Skupina výtvarných umělců“ bildete sich 1911 als ein neues Forum, Anlass war ein Bruch im Verein „Mánes“ zwischen radikalen und konservativen Künstlern. An der „Skupina výtvarných umělců“ beteiligten sich u. a. Vincenz Beneš, Josef und Karel Čapek, Antonín Procházka, Ladislav Šíma, Václav Špála und František Kysela, ferner die Architekten Josef Gočár, Josef Chochol, Vlastislav Hofman und Pavel Janák.

³⁶ *Brod, Max: Frühling in Prag*. In: *Frühling in Prag* 31-38, hier 32 f. (vgl. Anm. 33).

³⁷ *Gutfreund, Otto: Fläche und Raum*. In: *Ebenda* 153-162, hier 155.

Eingerahmt werden diese Anthologien von zwei stil- und epochenübergreifenden Sammlungen zur Lyrik, einer von den Anfängen bis zu den 1920er Jahren,³⁸ einer zur Lyrik der letzten Jahrzehnte,³⁹ in denen sich das gesamte lyrische Schaffen wie in einem Panorama entfaltet. Als Angelpunkt fungiert zweifellos Karel Hynek Mácha, mit dem die tschechische Dichtung Anschluss an die europäische Entwicklung fand. Allerdings verzeichnet die Sammlung die ganze Bandbreite tschechischer Lyrik von mündlich tradierter Volkspoesie bis zum Barock, von den wichtigen Almanachen des späten 18. Jahrhunderts bis zur Romantik bei Karel Hynek Mácha, Karel Jaromír Erben und František Ladislav Čelakovský, von den Dichtungen des Nachmärz wie Karel Havlíček's „Tiroler Elegien“ und „König Lawra“ bis zum Realismus bei Jan Neruda und zum „Ruch“ (Bewegung), von der Moderne um Jaroslav Vrchlický bis zum Poetismus.

Zu einer wirklichen Zeitreise gerät die von Urs Heftrich und Michael Špirit zusammengestellte Anthologie „Höhlen tief im Wörterbuch“ zur neueren Lyrik, die in fundierter Weise die Verschiebungen im 20. Jahrhundert herausarbeitet. Anfängen von der anti-avantgardistischen Umorientierung Ende der 1920er Jahre – die auch als Antizipation künftiger politischer Konflikte gelesen werden kann –, über die überraschende „Blüte“ der Lyrik im „Protektorat“, wo offenkundig subversive Texte in bis dahin ungekannter Auflagenhöhe erschienen⁴⁰ und sich neben der bewusst unpathetischen „Gruppe 42“ auch eine existentialistische Dichtung herausbilden konnte, bis hin zu den Verfolgungen im Stalinismus, den Vorböten des „Prager Frühlings“, der Zeit der „Normalisierung“ und schließlich der „Samtenen Revolution“ von 1989. Mit Jiří Gruša, der im Exil gezwungenermaßen begann, auf Deutsch zu dichten, schließt sich der Kreis zum Begründer der modernen tschechischen Lyrik, Karel Hynek Mácha, der seinerseits mit deutschsprachigen Gedichten reüssierte.

Hervorgehoben sei bei dieser Anthologie auch der Apparat. Neben Literatur- und Quellenverweisen findet man äußerst hilfreiche biobibliografische Angaben, von dem fundierten Nachwort Urs Heftrichs ganz zu schweigen. Eine vorzügliche Edition, bei der man sich nur fragt, wieso die Herausgeber nicht alle Bände auf derartige Qualitätsstandards verpflichtet haben.

Im Labyrinth der Welt

Im Zentrum der böhmischen Geistesgeschichte der frühen Neuzeit steht zweifellos der „Lehrer der Völker“, der „Galilei der Erziehung“ – Johann Amos Comenius. Seine Philosophie ist von den „frühen Anfängen bis ins hohe Alter eine praktische, eine politische Philosophie“,⁴¹ weshalb der vorliegende Comenius-Band die übliche

³⁸ Süß ist es zu leben. Tschechische Dichtung von den Anfängen bis 1920. Ausgewählt und kommentiert von Ludvík Kundera und Eduard Schreiber. München 2006.

³⁹ Höhlen tief im Wörterbuch. Tschechische Lyrik der letzten Jahrzehnte. Ausgewählt und kommentiert von Urs Heftrich und Michael Špirit. München 2006.

⁴⁰ *Ebenda* 357.

⁴¹ *Comenius*, Johann Amos: Das Labyrinth der Welt und andere Meisterstücke. Ausgewählt und mit einem Nachwort von Klaus Schaller. München 2004, 431.

Eingrenzung auf das pädagogische Werk zu vermeiden sucht. Abdruck finden demzufolge Auszüge aus dem Hauptwerk „Das Labyrinth der Welt und das Paradies des Herzens“, in dem ein Wanderer (der Pilger) durch die Welt zieht, um das Treiben der Menschen zu beobachten. Begleitet wird er von zwei allegorischen Gestalten, der „Dreistigkeit“ (einem Alleswisser mit dem Beinamen „Überalldabei“) und der „eingewurzelten Gewohnheit“ (dem „Dolmetsch“), die dem Wanderer eine Brille der Verblendung aufsetzen, allerdings etwas schief, so dass diesem die Wahrheit nie völlig verborgen bleibt. Comenius selbst hat in einem Widmungsschreiben eine Zusammenfassung des Textes formuliert:

Der erste Teil desselben schildert das törichte Spiel der Welt, wie sie mit Eifer überall nur nichtige Dinge treibt und wie sich schließlich alles kläglich in Tränen wandelt oder zum Gespötte wird. Der zweite Teil beschreibt teils unverhüllt, teils in allegorischem Gewande das wahre und dauernde Glück der Kinder Gottes: wie selig diejenigen sind, die sich von dieser Welt und ihren Dingen abgewender haben und nur noch allein Gott anhängen, ja allein in ihm ihren Standort haben.⁴²

Auf seiner Wanderung gelangt der Pilger auch zu den Historikern, die sich seltsamer Fernrohre bedienen, „mit denen man nach rückwärts sehen könne,⁴³“ um von längst vergangenen Dingen Kenntnisse zu erlangen. Der Wanderer, der einen Blick riskiert, macht dabei eine zutiefst hermeneutische Erfahrung:

Man reichte mir gleich deren etliche, und, o Wunder! ein jedes zeigte ein anderes Bild. Das eine ließ die Dinge in weiter Ferne, das andere in unmittelbarer Nähe, das eine in diesem, das andere in einem anderen Lichte sehen, in einem dritten sah man sie überhaupt nicht mehr; so kam ich bald dahinter, daß man sich keineswegs darauf verlassen könne, eine Sache verhalte sich wirklich so, wie sie dem Betrachter erscheine, vielmehr zeige sich je nach der besonderen Beschaffenheit der Brille eine und dieselbe Sache in ganz verschiedener Beleuchtung. Nichtsdestoweniger fand ich, daß jeder dennoch seiner eigenen Brille traute.⁴⁴

Im Schatten totalitärer Herrschaft

Jakub Deml war in mehrfacher Hinsicht ein Außenseiter: sprachlich-ästhetisch als Verfasser deutscher und tschechischer Texte, konfessionell als ein „für seine Gottesliebe verhöhnter und verfolgter und dennoch für seine Gottesliebe stets zu leiden bereiter Priester“,⁴⁵ der 1909 seines Amtes enthoben wurde. Politisch fand er sich als Kritiker demokratischer Prinzipien, der sich zu antisemitischen Äußerungen hinreißen ließ und sogar gewisse Affinitäten zum Faschismus nicht verleugnete, im Abseits. Gewissermaßen zwischen den Nationen stehend fühlte er sich schließlich von Tschechen wie Deutschen gleichermaßen verstoßen. Eine Anklage wegen Kollaboration und Hochverrat 1948 konnte allerdings dank des Eingreifens von Vítězslav Nezval niedergeschlagen werden. Deml gilt aber auch als wichtiger Vorläufer von

⁴² *Ebenda* 445.

⁴³ *Ebenda* 72.

⁴⁴ *Ebenda* 73.

⁴⁵ Deml, Jakob: Laßt uns den Spuren folgen. In: *Ders.: Pilger des Tages und der Nacht*. Prosa, Lyrik, Tagebuchtexte. Übersetzt von Christa Rothmeier, ausgewählt und kommentiert von Christa Rothmeier und Vladimír Binar. München 2005, 223–226, hier 223.

Surrealismus und Existentialismus. In seinem Werk verwandelt sich die Welt des Menschen in ein „monströses unterirdisches Labyrinth“,⁴⁶ in dem der Tod kein erhabenes Geheimnis wie im Symbolismus, sondern eine unerbittliche Quelle des Schreckens darstellt.

Jemand trat in die Tür, sie mit seinem vierschrötigen Körper ausfüllend, hob den Revolver, und zielte direkt auf mein Herz. Ich war nur zwei Schritte vom Lauf entfernt. Die Waffe spielte eine Art Militärmarsch. Der Mörder lächelte nur, und ich wusste, bei irgendeinem Ton würde der Schuß krachen.⁴⁷

Texte wie „Das vergessene Licht“, „eines der tragischsten tschechischen Bücher“, wie Roman Jakobson meinte, üben offen Kritik an der Kirche, vor allem am Zölibat, was zu Zensur und Konfiskation führte.

Ich habe angeblich „eine Reihe von Büchern“ geschrieben. Sie, teurer Freund, wissen, daß ich nur ein einziges Buch schreibe. Und falls es möglich wäre, würde ich es in ein einziges Wort fassen. TASOV.⁴⁸

Der dem Expressionismus nahe stehende Egon Hostovský⁴⁹ konzentrierte sich in seinem Werk auf die „menschliche Psyche, auf die Wege und Irrwege im menschlichen Zusammenleben.“⁵⁰ Er schildert das Schicksal eines typischen entwurzelten Intellektuellen, des Schriftstellers Kavalský im Kreis seiner Freunde, kurz vor der Zeit des Münchner Abkommens. Der Roman „Siebenmal in der Hauptrolle“, eine Art intellektuelle Selbstanklage, bildet ein überzeugendes Zeitbild jener europäischen Dämmerung der 1930er Jahre – so Graham Greene –, mit der die europäische Kultur der Intellektuellen und Künstler untergeht. Hostovskýs Roman fragt nach der Verantwortung der Intellektuellen für die geistige Krise, in der es keinen ausreichenden Widerstand gegen das heraufziehende dämonische Rassenprinzip zu geben scheint. Dabei klingt auch das Thomas Mann'sche Thema des Teufelpaktes an: Adrian Leverkühn, der sich den „dunklen unteren Mächten“ verschreibt, ist ein Bruder im Geiste von Hostovskýs Josef Kavalský. Schlüsselthema ist die Manipulation des Wortes, welche auf die Verfälschung von Werten verweist, ein „Leben in Wahrheit“ avanciert zum zentralen Appell des Werkes.

Ein Zeitgenosse Hostovskýs ist der Grenzgänger Richard Weiner, der ursprünglich als Chemiker die väterliche Süßwarenfabrik übernehmen sollte, aber mit der bürgerlichen Laufbahn brach und 1912 als Schriftsteller und Korrespondent für verschiedene tschechische Zeitschriften nach Paris ging. Weiner gilt als der „tschechische Kafka“, da auch bei ihm – ungeachtet einer deutlich stärkeren Abstraktion der

⁴⁶ *Binar*, Vladimír: Jakub Deml, der Schöpfer eines unbekanntes Meisterwerks. In: *Ebenda* 285-300, hier 289.

⁴⁷ *Deml*, Jakub: Der spielende Revolver. In: *Ebenda* 107-121, hier 121.

⁴⁸ *Rothmeier*, Christa: Jakub Deml, Dichter zwischen Licht und Schatten. In: *Ebenda* 301-316, hier 313. – Tasov, der Ort, an dem Deml geboren wurde und seine Kindheit verbrachte, fungiert als Chiffre für seine inneren Abgründe wie für die Wirren seiner Zeit.

⁴⁹ *Hostovský*, Egon: Siebenmal in der Hauptrolle. Übersetzt von Markus *Sedlaczek*. Mit einem Nachwort von Jiří *Holý*. München 2004.

⁵⁰ *Schamschula*, Walter: Geschichte der tschechischen Literatur. Bd. 3: Von der Gründung der Republik bis zur Gegenwart. Köln, Weimar, Wien 2004, 279 (Bausteine zur slavischen Philologie und Kulturgeschichte NF, Reihe A: Slavistische Forschungen 14).

Texte – das beharrliche Gefühl einer existentiellen Schuld und Fremdheit prägend für Werk wie Leben erscheint. „Aber man begegnete ihm mit Haß, weil er sich allen entfremdet hatte,“ schreibt er in dem kurzen Prosastück „Die behexte Stadt“.⁵¹ Es ist eine fundamentale Fremdheit, die Weiner empfindet: „Ich bin jetzt auch schon lange in der Fremde. Ich vergesse zunehmend, aber ich möchte nicht zurückkehren [...]. Ich bin weder Jude noch Tscheche, weder Deutscher noch Franzose.“⁵² Im Ersten Weltkrieg kommt Weiner an die serbische Front, von wo er mit einem Nervenzusammenbruch zurückkehrt. Nach dem Krieg folgt ein erneuter Aufenthalt in Paris. Erst 1936 kehrt Weiner psychisch wie physisch zerrüttet nach Böhmen zurück, wo er bald darauf einem Magenkrebsleiden erliegt.

Sein literarisches Werk entstand in zwei Phasen: Zwischen 1911 und 1918 verfasste er eine Reihe von Prosastücken sowie drei Gedichtbände. Im Jahr 1927 erfolgte dann der literarische Neubeginn, inspiriert von den jungen simplistischen Dichtern Roger Gilbert-Lecomte und Roger Vailland sowie René Daumal, mit denen Weiner befreundet war und mit denen er die Gruppe „Le grand jeu“ gründete. Mitglied war auch der in Paris lebende tschechische Maler Josef Šíma. Der Band „Kreuzungen des Lebens“ versammelt nicht nur literarische Texte, sondern auch Feuilletons und Briefe der 1930er Jahre, jener Jahre, die Hostovský so eindringlich als Krisenjahre thematisiert. Weiner erweist sich als scharfer Kritiker von Edvard Beneš und dessen Politik, die außenpolitischen Koordinaten werden geradezu helllichtig interpretiert, wenn Weiner 1935 einen neuen „Weißen Berg“ prophezeit! Es ist für Weiners gesellschaftliche Isolation nur symptomatisch, dass die „Lidové noviny“ (Volkszeitung) keinen der über 40 Artikel, die Weiner zur tschechischen und französischen Außenpolitik verfasst hatte, abdruckte.

Den Übergang vom „Protektorat“ zur kommunistischen Herrschaft thematisiert Josef Škvorecký, dessen Kostelec-Zyklus durch das zentrale Motiv des Jazz verbunden ist, mit dem er dem Lebensgefühl der jungen Nachkriegsgeneration Ausdruck verleiht. Die hier ausgewählten, erstmals ins Deutsche übertragenen Jazz-Geschichten beschreiben eine unpolitische Jugend, deren Zukunft aber schon verloren ist.⁵³ Den Ehrlichen wie Richard Kambala bleibt der Selbstmord, während die Wendigen wie die linientreue Lizetka, die alles andere als ein ideologisch bornierter Apparatschik ist, immer Erfolg zu haben scheinen, gelingen ihnen doch traumhafte Karrieren: „Nun warte ich auf den Tag, da sie die erste Präsidentin dieses Staates wird. Und dann geht der Sozialismus erst richtig los.“⁵⁴

Eva Kantůrková, die zunächst staats- und parteinah wirkte (u. a. war sie Sekretärin des Jugendverbandes an der Fakultät für Maschinenbau), gehörte zu den Signataren der Charta 77 und war seit 1985 eine ihrer Sprecherinnen. In der Folge ihrer Kritik an der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ erhielt sie Publikationsverbot, be-

⁵¹ Weiner, Richard: Kreuzungen des Lebens. Erzählungen, Essays, Feuilletons, Briefe. Ausgewählt und kommentiert von Steffi Widera. München 2005.

⁵² Ebenda 15.

⁵³ Škvorecký, Josef: Das Basssaxophon. Jazz-Geschichten. Aus dem Tschechischen von Andreas Treitner, Marcela Euler und Kristina Kallert. Ausgewählt und mit einem Nachwort von Jiří Holý. München 2005.

⁵⁴ Ebenda 202.

reits gedruckte Bücher wurden eingestampft, sie selbst kam für über ein Jahr in Haft. In der Zeit der „Normalisierung“ publizierte sie nur im Samizdat bzw. im Ausland. Nach 1989 war sie Abgeordnete des Prager Parlaments (1990-1992) und Vorsitzende des Schriftstellerverbandes (1994-1996). In ihrem Roman „Freundinnen aus dem Haus der Traurigkeit“,⁵⁵ schildert Kantůrková den Alltag in den neostalinistischen Zuchthäusern, deren Insassen unterschiedlichster sozialer Herkunft sind, und liefert damit ein Bild dokumentarischen Charakters. Walter Schamschula hat Kantůrkóväs Porträt der neostalinistischen Gefängniswelt höchste Sensibilität bescheinigt:

Kantůrková hat mit großer Einfühlung und ohne Herablassung die Frauen solch unterschiedlicher Herkunft in dieser Grenzsituation dem Leser nahegebracht und dabei ein erschütterndes Bild von der Effizienz des Zwangsregimes gezeichnet. Die totale Entwürdigung der Opfer des Systems hat ihre Gegenseite in der vollkommenen moralischen Verkommenheit seiner Täter.⁵⁶

Die Frage der Wahrheit im Kontext totalitärer Herrschaft ist Thema bei Ludvík Vaculík, in dessen Roman „Das Beil“ ein Journalist in Konflikt mit dem Regime gerät, seine Illusionen verliert und sich in die Erinnerungen an Kindheit und Familie flüchtet.⁵⁷ Vaculík, der Verfasser der weithin bekannten „2000 Worte“, erweist sich mit diesem Werk nicht nur als ein führender Repräsentant der tschechischen Dissidenz, sondern auch als ein Epiker, der das politische Zeitgeschehen auf hohem poetischem Niveau zu gestalten weiß.

Der 33. Band

Den Schlusspunkt der „Tschechischen Bibliothek“ setzt Jan Neruda. Neruda, bekannt vor allem durch seine „Kleinseitner Geschichten“, ist in der „Tschechischen Bibliothek“ mit einer Auswahl von Reisebildern vertreten.⁵⁸ Neruda, der lange Jahre als Journalist tätig war, hat ein umfangreiches Œvre hinterlassen. 1856 beginnt er als Lokalredakteur beim „Tagesboten aus Böhmen“ und der „Prager Morgenpost“, wechselt 1860 zur „Čas“ (Zeit) und schreibt ab 1865 bis zu seinem Tod 1891 für die „Národní listy“ (Nationale Blätter). 30 der 39 Bände der Werkausgabe Nerudas umfassen Texte aus dem journalistischen Segment, wobei der vorliegende Band der „Tschechischen Bibliothek“ eine Auswahl aus den Reisefeuilletons präsentiert. Neruda erweist sich darin als ein genauer Beobachter mit Blick für Details und Lokalkolorit, welcher das Politische mit dem Alltäglichen verschränkt. 1863 berichtet er aus München von der Bedeutung des Bieres und des Wirtshauslebens, welche das Familienleben ersetze, aber auch von den politischen Ressentiments der Bayern gegen die Norddeutschen:

⁵⁵ *Kantůrková, Eva: Freundinnen aus dem Haus der Traurigkeit. Aus dem Tschechischen von Silke Klein. Mit einem Nachwort von Aleš Haman. München 2003.*

⁵⁶ *Schamschula: Geschichte der tschechischen Literatur 521 (vgl. Anm. 50).*

⁵⁷ *Vaculík, Ludvík: Das Beil. Mit einem Vorwort von Peter Kurzeck und einem Nachwort von Eckhard Thiele. München 2006.*

⁵⁸ *Neruda, Jan: Die Hunde von Konstantinopel. Reisebilder. Ausgewählt, übersetzt und mit einem Nachwort von Christa Rothmeier. München 2007.*

Wenn nicht ein Nicht-Deutscher Deutschland vereinigt, wird es nie vereinigt werden; der Haß ist zu groß, und ich selbst war Zeuge der heftigsten Streitereien, wie es sie bei uns nicht einmal zwischen Tschechen und Deutschen gibt.⁵⁹

Aus Triest schildert er die Unterdrückung der Slawen durch die Italiener, Wien erlebt er nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich als eine Stadt im Niedergang, als an der „Pester Schwindsucht leidende[n] Löwe[n]“,⁶⁰ während Berlin ihm als eine „auf Kommando gemachte“ Stadt gänzlich missfällt.⁶¹ Und immer wieder findet man Berichte von Zeugnissen slawischer Kultur und Lebensart, ganz gemäß dem Motto, das sich vielleicht auf die „Tschechische Bibliothek“ insgesamt übertragen ließe: „Wer seine Landsleute lieben lernen möchte, muß sie im Ausland aufsuchen.“⁶²

Mit dem Neruda-Band ist die „Tschechische Bibliothek“ abgeschlossen, der deutschsprachige Buchmarkt verfügt damit über einen repräsentativen Querschnitt der tschechischen Literatur, ohne dass ein fester Kanon vorgegeben wäre, was im Übrigen auch nicht intendiert war. Es bleibt zu hoffen, dass die Leser künftig in stärkerem Maße das Lese-Angebot aufgreifen, welches ihnen mit dieser Bibliothek gemacht wird.

⁵⁹ *Ebenda* 16.

⁶⁰ *Ebenda* 45.

⁶¹ *Ebenda* 314.

⁶² *Ebenda* 33.

Jiří Knapík/Jaromíra Knapíková

SCHLESIEN – EINE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE TSCHECHISCHE HISTORIOGRAFIE NACH 1989¹

Zu den Zielen des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei gehörte zweifellos auch die allmähliche Unterdrückung und Deformierung des historischen Bewusstseins der Gesellschaft, ihres Verhältnisses zu den Traditionen und zur heimatischen Region. Im Sinne des „proletarischen Internationalismus“ und anderer ideologischer Motive sollten unerwünschte historische Reminiszenzen als potenzielle Störfaktoren beseitigt werden. Zu den wichtigen ideologischen Etiketten zählten in diesem Zusammenhang „Lokalpatriotismus“ und „Regionalismus“, mit deren Hilfe es dem kommunistischen Regime innerhalb weniger Jahrzehnte weitgehend gelang, das Bewusstsein von Schlesien als eines staatsrechtlichen Bestandteils des böhmischen und tschechischen Staates und die so genannte schlesische Idee als Konglomerat kultureller Traditionen aus der Gesellschaft zu verdrängen. Erst nach 1989 war es möglich, Strategien zur Beseitigung dieser Schäden zu entwickeln, die jedoch noch keinen durchschlagenden Erfolg gebracht haben, wie sich beispielsweise an Äußerungen von Journalisten und Politikern über die historischen Territorien der Tschechischen Republik ablesen lässt. Mit gewissen Erfolgen kann indessen die Historiografie aufwarten. Während die Forschung zu Schlesien bis 1989 systematisch unterdrückt worden war, setzten danach wichtige populärwissenschaftliche Aktivitäten ein. Vor allem wurden nun auch umfangreiche Forschungen zur schlesischen Geschichte aufgenommen, die von den Forschungsstellen in Opava (Troppau) und Ostrava (Ostrau) geleitet werden und in den 1990er Jahren erste wichtige Ergebnisse brachten. Der folgende Text gibt einen kurzen Überblick über diese Arbeiten. Ohne Übertreibung lässt sich sagen, dass die Wiederentdeckung der Rolle Schlesiens in der böhmischen bzw. tschechischen Geschichte zu den Hauptaufgaben der postkommunistischen tschechischen Historiografie gehört und in ihrer Bedeutung durchaus mit der Aufarbeitung der gewaltigen Defizite im Bereich der Zeitgeschichte oder mit den methodologischen Herausforderungen der modernen Historiografie vergleichbar ist.

Den ersten Versuch einer populärwissenschaftlichen Darstellung der verwaltungs-, wirtschafts- und kulturgeschichtlichen Entwicklung des tschechischen Schlesiens stellt ein Buch mit dem kurzen und prägnanten Titel „Slezsko“ (Schlesien) dar, das 1992 symbolisch von der „Matice slezská“ (Schlesischer Kulturverein) herausgegeben wurde, die 1990 ihre Tätigkeit wiederaufgenommen hatte und an ihre Tradition als bedeutende Trägerinstitution der schlesischen Idee anzuknüpfen ver-

¹ Dieser Text entstand im Rahmen des Forschungsvorhabens MSM 4781 305 905: Slezsko v dějinách českého státu a střední Evropy [Schlesien in der Geschichte des tschechischen Staates und Mitteleuropas].

suchte.² Die insgesamt überschaubare Darlegung des Autorenkollektivs, zu dem vor allem Historiker des Schlesischen Instituts der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften gehören, wird unter anderem von statistischem Material gestützt und durch Exkurse zu den geologischen Verhältnissen Schlesiens, zur Volkskultur, zur Kunst, zur Geschichte der tschechischen Sprache in Schlesien, zur kartografischen Erfassung des Landes und zur Entwicklung der heraldischen Symbolik ergänzt. Die Bewertung dieser Publikation fiel widersprüchlich aus.³ So erschien der Abriss der Entwicklung nach 1945 allzu kurz und konnte auch durch eine umfangreichere Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen nicht ausgeglichen werden. Man muss jedoch berücksichtigen, dass das Ergebnis den damaligen Möglichkeiten der Geschichtswissenschaft in der Region entsprach, die früher zur Erforschung der Industriegeschichte des Ostrauer Reviers verpflichtet gewesen war. Wohl auch erst heute lässt sich die damals sehr großzügig bemessene Auflage von 8 000 Exemplaren richtig würdigen, durch die sich das Buch auch im Angebot der Prager Buchhandlungen längere Zeit halten konnte.

Das Schlesische Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften eröffnete die neue Forschungsetappe über das tschechische Schlesien mit einer umfangreichen kommentierten Bibliografie, die ein wichtiger Ausgangspunkt für die weiteren Forschungsaktivitäten der 1990er Jahre wurde.⁴ Die Bearbeiter dieser Bibliografie verzeichneten die Ergebnisse der bisherigen Forschungen zum tschechischen Schlesien von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart sehr genau und gaben damit zugleich einen Impuls und die indirekte Aufforderung, den bis dahin in der tschechischen Historiografie vorherrschenden Bohemozentrismus zurückzudrängen. Nach dem Wechsel des Schlesischen Instituts unter das Dach des Schlesischen Landesmuseums im Jahre 1993 verlagerte sich das Zentrum der Forschungen zu Schlesien – bei Wahrung der personellen Kontinuität – auf die Schlesische Universität in Opava, konkret auf das dortige Institut für Geschichte und Museologie unter der Leitung von Dan Gawrecki.

Die Mitarbeiter dieses Instituts – und Mitautoren der genannten Bibliografie – luden sechs Jahre später anlässlich des 50. Jahrestags der Gründung des Schlesischen Instituts in Opava zu einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz mit dem Titel „Schlesien in der Geschichte des tschechischen Staates“ ein. Ziel war es, in Anknüpfung an frühere ähnliche Veranstaltungen die Ergebnisse der bisherigen Forschungen zur Geschichte des tschechischen Schlesien zusammenzufassen, grund-

² *Bakala, Jaroslav/Koukal, Petr/Urbanec, Jiří* (Hgg.): *Slezsko* [Schlesien]. Opava 1992.

³ *Jirásek, Zdeněk*: *Slezsko v českých historických syntézách* [Schlesien in tschechischen historischen Synthesen]. In: *Borák, Mečislav* (Hg.): *Slezsko v dějinách českého státu. Sborník příspěvků z vědecké konference k 50. výročí Slezského ústavu Slezského zemského muzea v Opavě* [Schlesien in der Geschichte des böhmischen Staates. Beiträge der wissenschaftlichen Konferenz zum 50. Jahrestag des Schlesischen Instituts am Schlesischen Landesmuseum in Troppau]. Opava 1998, 15-35, hier 30. – *Myška, Milan*: *Historiografie. In: Vaničková, Vladimíra/Dokoupil, Lumír* (Hgg.): *Encyklopedie Slezska* [Enzyklopädie Schlesiens]. Bd. 2. Moravský Beroun 2002, 153.

⁴ *Slezsko v dějinách českého státu. Stav a úkoly výzkumu* [Schlesien in der Geschichte des tschechischen Staates. Stand und Aufgaben der Forschung]. Opava 1991.

legende Thesen zu seiner Verankerung in der Geschichte des tschechischen Staates zu formulieren und die wichtigsten Probleme zu diskutieren, die mit der Vorbereitung einer tschechischen Gesamtdarstellung zur Geschichte Schlesiens im mitteleuropäischen Kontext in Verbindung stehen – sich also unter anderem auf eine Periodisierung und die geografische Abgrenzung der untersuchten Region zu einigen.⁵ Die Ergebnisse der Konferenz lassen sich in mehreren Punkten zusammenfassen: Eine zentrale These ist, dass Schlesien für die Länder der böhmischen Krone seit dem Mittelalter die Rolle eines Vermittlers bestimmter progressiver Entwicklungen gespielt hat, was jedoch dadurch ein wenig verschleiert wurde, dass es zu keinem Zeitpunkt ein politisch einheitliches Gebilde war. So erwies sich gerade die Betrachtung der schlesischen Problematik in einem (zumindest) mitteleuropäischen Kontext als besonders tragfähig für die weitere Forschung. Das Bedürfnis nach einer Gesamtdarstellung für ganz Schlesien aus der Sicht tschechischer Historiker stützte sich nicht nur auf das Bewusstsein eines gewissen Rückstandes gegenüber der polnischen und deutschen Historiografie, sondern auch auf die Feststellung, dass die Geschichte Schlesiens in den Gesamtdarstellungen zur tschechischen Geschichte nur ganz am Rande vorkommt, wobei die Besonderheiten dieser historischen Region nicht erfasst werden. Die Erwartung, dass die ersehnte Gesamtdarstellung innerhalb der nächsten zehn Jahre geschrieben werden könnte, stellte sich allerdings als zu optimistisch heraus. Die bislang verwirklichten Projekte können in diesem Zusammenhang bestenfalls als Vorarbeiten bezeichnet werden.

Zu diesen Vorarbeiten gehören zweifellos die Publikationen, die an der Universität Ostrava entstanden sind. Die erste von ihnen, eine zweibändige „Encyklopedie Slezska“ (Enzyklopädie Schlesiens), erschien zu Beginn des neuen Jahrhunderts.⁶ Sie wendet sich nicht an Fachleute, sondern ist als Handbuch zur Vermittlung grundlegender Informationen über die ältere und neuere Geschichte des tschechischen Schlesiens in Verbindung mit dem polnischen (früher preußischen) Teil Schlesiens für Interessenten, „die Informationen über Schlesien als Teil ihrer Allgemeinbildung betrachten“, konzipiert. Die Autoren, zu denen neben Historikern der Universität Ostrava auch Kollegen von der Schlesischen Universität in Katowice (Kattowitz) gehören, reagierten mit dem Werk auf die kaum zu übersehende Tatsache, dass Schlesien im Lauf der 1990er Jahre noch nicht in das Bewusstsein der gesellschaftlichen Eliten oder der einfachen Bürger der Tschechischen Republik eingedrungen war, was sich insbesondere darin zeigte, dass die schlesischen Bezirke in der Regel mit Nordmähren identifiziert wurden. Die einführende Studie zur Geschichte Schlesiens von Lumír Dokoupil und Milan Myška enthält den Entwurf eines Periodisierungsschemas. Danach gliedert sich die schlesische Geschichte in die Zeit

⁵ Borák (Hg.): Slezsko v dějinách českého státu. Sborník příspěvků (vgl. Anm. 3). – Zur Tätigkeit des Schlesischen Instituts in Troppau nach 1945 mit einem Überblick über die ältere Schlesienforschung siehe Fíček, Viktor: Slezský ústav ČSAV v Opavě 1948-1968 [Das Schlesische Institut der Tschechoslowakischen AdW in Troppau 1948-1968]. Ostrava 1969. – Knapík, Jiří: Slezský studijní ústav v Opavě 1945-1958 (Proměny vědeckého pracoviště v regionu) [Das Schlesische Studieninstitut in Troppau 1945-1958 (Wandlungen einer wissenschaftlichen Arbeitsstelle in der Region)]. Praha 2004 (Práce z dějin vědy 15).

⁶ Vaníčková/Dokoupil (Hgg.): Encyklopedie Slezska (vgl. Anm. 3).

bis zur Teilung des Landes 1742, die Entwicklung bis zum Jahr 1848, dann bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, die Zwischenkriegszeit, das tschechische Schlesien unter der Verwaltung des Dritten Reiches und das tschechoslowakische Schlesien nach dem Zweiten Weltkrieg. Am Schluss des zweiten Teils finden wir einen nützlichen kurzen Überblick über die schlesische Historiografie ergänzt durch eine Zusammenfassung der wichtigsten Daten zur Geschichte Schlesiens. Das insgesamt nicht sehr umfangreiche Nachschlagewerk, dessen Stichwörter die politische, wirtschaftliche, ethnische und kulturelle Entwicklung in Schlesien festhalten, wird von Reproduktionen dreier Karten Schlesiens aus dem 17. bis 19. Jahrhundert ergänzt.

Zwei Drittel der Autoren dieser Enzyklopädie (mit Ausnahme der polnischen Historiker) beteiligten sich auch am folgenden Projekt des Instituts für Regionalstudien der Universität Ostrava. Das Autorenkollektiv der „Kulturněhistorická encyklopedie Slezska a severovýchodní Moravy“ (Kulturhistorische Enzyklopädie Schlesien und Nordostmähren) war jedoch fünfmal so groß und umfasste auch Experten aus Archiven, Museen, Denkmalschutzbehörden sowie Wissenschaftler von anderen tschechischen Universitäten. Entsprechend gewachsen ist daher der Umfang dieser Publikation aus dem Jahre 2005.⁷ Hier konzentrierten sich die Wissenschaftler auf das Gebiet des tschechischen Schlesien, wobei sie allerdings auch jenen Teil Mährens einbezogen, der sich wie ein Keil zwischen das Troppauer und das Teschener Land schiebt. In der Charakterisierung dieser Region, die eines der einführenden Kapitel des Lexikons darstellt, wird Ostrava mehrfach als Zentrum des Gebietes hervorgehoben. Es folgt eine kurze Präsentation der administrativen Entwicklung Schlesiens, die von Karten des österreichischen und später tschechoslowakischen Schlesien für die Zeit von 1742 bis 1938 sowie der Aufteilung des tschechoslowakischen Schlesien zwischen 1938 und 1945 begleitet wird. Selbstverständlich fehlt auch ein ausführlicher Abriss der Geschichte Schlesiens aus der Feder von Lumír Dokoupil und Milan Myška nicht, der zahlreiche Verweise auf die Stichwörter des Lexikons enthält.

Die eigentlichen Lexikoneinträge werden vielfach durch Beilagen in hoher Druckqualität – Fotografien von Persönlichkeiten oder Bauwerken, Reproduktionen von Bildern, Plänen, Titelblättern von Publikationen, Plakaten von Theatervorstellungen, Stadtwappen und Ähnliches – ergänzt. Im Unterschied zur vorangegangenen Publikation findet man hier in den Stichwörtern auch Verweise auf die wichtigste Literatur. Diese an sich nützliche Ergänzung verliert allerdings dadurch etwas an Wert, dass sich die Autoren wohl auf ihre altbewährten Datenbestände verlassen und diese nur mehr oder weniger zufällig um die neueste Literatur ergänzt haben. Dabei wird sehr häufig auf das „Biografický slovník Slezska a severní Moravy“ (Biografisches Lexikon Schlesien und Nordmähren) verwiesen, das von derselben Redaktion herausgegeben wurde. Die Kontinuität zur vorangegangenen „Enzyklopädie Schlesiens“ ist daran erkennbar, dass einige Stichwörter vollständig übernom-

⁷ Dokoupil, Lumír/Myška, Milan/Svoboda, Jiří u. a.: Kulturněhistorická encyklopedie Slezska a severovýchodní Moravy [Kulturhistorische Enzyklopädie Schlesiens und Nordostmährens]. 2 Bde. Ostrava 2005.

men wurden (etwa der Eintrag „matice“ [nationaler Kulturverein]), wohl um sie in den nachfolgenden Stichwörtern weiter auszuführen. Dagegen entfielen aufgrund des veränderten Autorenkreises die Texte zur Geschichte der Städte und die Beiträge zu den historischen Persönlichkeiten im polnischen Schlesien. Der veränderten Konzeption der Enzyklopädie von 2005 entsprechend fehlen auch Informationen zu den Besonderheiten der Geografie und Natur des tschechischen Schlesien. Dafür bietet das groß angelegte interdisziplinäre Werk eine Fülle an Informationen zu Archäologie, Architektur, Archivwesen, Ausstellungswesen, Fotografie, Geschichte, Literatur, Malerei, Musik, Sprachwissenschaft, Theaterschaffen, Volkskunde und Zeitungswesen sowie Einträge zu Städten, wichtigen Vereinen, Schulen, kulturellen und Verwaltungsinstitutionen des tschechischen Schlesien. Für die Beilage des zweiten Bandes der Enzyklopädie hat die Redaktion mehr als 40 farbige Fotografien ausgewählt, die die gotische Architektur, Innenräume von Kirchen, Grabmäler, gotische Plastiken, barocke Gemälde, Pläne von Gebäuden, Bilder zur Bergbauthematik, Volkstrachten und Ähnliches dokumentieren. Die Reproduktionen dreier Karten von Wiland der schlesischen Herzogtümer Krnov (Jägerndorf), Opava und Těšín (Teschen/Cieszyn) von 1736 sind in einer anschließenden Kartenbeilage zu finden, während der vordere Vorsatz beider Bände Helwigs Karte von Schlesien aus dem Jahre 1561 zeigt.

Das „Biografische Lexikon Schlesien und Nordmähren“ war das erste der nach 1989 von Historikern der Universität Ostrava verfassten Nachschlagewerke zur schlesischen Geschichte.⁸ Dabei handelte es sich um ein langfristig angelegtes Projekt. Das erste Heft der ersten Serie erschien bereits 1993, die zweite Serie ist noch nicht abgeschlossen. „Das Biografische Lexikon“ erfreute sich schon bald beachtlicher Popularität, und das nicht nur in Fachkreisen. Es ist ein universelles regionales Lexikon, zu dem es in der Tschechischen Republik kein vergleichbares Gegenstück gibt. Erfasst werden die Biografien von Personen, die aus Schlesien stammen oder dort gewirkt haben, ganz gleich welcher Nationalität sie angehörten. Auch angrenzende Teile Mährens – Teile des heutigen Stadtgebietes von Ostrava sowie der früheren Verwaltungsbezirke Frýdek-Místek (Friedek-Mistek), Šumperk (Mährisch-Schönberg) und Nový Jičín (Neutitschein), also auch das Gebiet der Mährisch-schlesischen Beskiden und ein Teil der Mährischen Walachei – wurden berücksichtigt. Wichtig ist dabei, dass hier auch Persönlichkeiten erfasst wurden, die keine Aussicht gehabt hätten, in eine Enzyklopädie für die gesamte Republik einbezogen zu werden.⁹ Das Lexikon bietet Angaben zu Leben und Werk bedeutender Personen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik, Kultur und Sport. Es präsentiert aber nicht nur einzelne Biografien, sondern auch eine Reihe zusammenfassender Charakterisierungen ganzer Unternehmer- oder Künstlerdynastien sowie die Genealogien der Adelsgeschlechter. Allerdings kam es – möglicherweise gerade unter dem Druck der großen thematischen Breite des Lexikons – zur Übernahme

⁸ *Mýška, Milan* u.a.: *Biografický slovník Slezska a severní Moravy* [Biografisches Lexikon Schlesiens und Nordmährens]. 1. Serie, Heft 1-13. Opava, Ostrava 1993-2000.

⁹ Vgl. *Vošabíková, Pavla* u.a.: *Biografický slovník českých zemí* [Biografisches Lexikon der böhmischen Länder]. Bd. 1-5. Praha 2004-2006.

von Angaben aus der älteren Literatur mit den darin enthaltenen Irrtümern, und dies obwohl die Redaktion in den Medien erklärt hatte, die Autoren der Beiträge würden bis zu den Quellen vordringen, was jedoch offensichtlich nicht ganz konsequent erfolgte. Wie eine Überprüfung in den entsprechenden Matrikeln zeigt, enthalten manche Stichwörter ungenaue Informationen zu den Lebensdaten einiger Personen.¹⁰ Allerdings bemühte sich die Redaktion bereits um die Korrektur von Fehlern und veröffentlichte entsprechende Ergänzungen im abschließenden Heft der ersten Serie. Dieses Heft enthält auch ein Orts- und ein Personenregister zu den zwölf Heften der ersten Serie, die auf annähernd 1800 Seiten fast 2400 Biografien erfasst. Kumulative Register waren übrigens bereits sukzessive am Ende jedes Bandes veröffentlicht worden, um die Orientierung im bislang publizierten Text zu erleichtern. In der zweiten Serie des Lexikons dehnten die Autoren den berücksichtigten Personenkreis weiter aus.

Ende 2005 erschien in den Buchhandlungen ein weiteres Werk, das einen populärwissenschaftlichen Zugang zur Geschichte Schlesiens sucht. Die auf ihre Weise einzigartige Monografie mit dem schlichten Titel „Slezsko“ (Schlesien) wurde von dem Prager Verlag Libri im Rahmen der Reihe „Kurze Geschichte der Staaten“ herausgegeben.¹¹ Wie aus dieser Zuordnung ersichtlich ist, war es nicht das Ziel des Troppauer Historikers Rudolf Žáček, die bislang fehlende umfassende Gesamtdarstellung zur schlesischen Geschichte vorzulegen. Mit Blick auf das allgemeine Bewusstsein von Schlesien war es jedoch sehr verdienstvoll, darauf hinzuweisen, dass „viele Ereignisse, die die böhmische und schlesische Geschichte verbinden, in Vergessenheit geraten sind oder wir sie uns einfach nicht bewusst machen“.¹² Žáček zeigt, welche Bedeutung Schlesien für die böhmische (tschechische) Geschichte hat, obwohl der größte Teil dieses Landes seit 1742 unter preußischer Herrschaft stand. Er weist darauf hin, dass die böhmischen Länder auch mit dem preußischen Schlesien durch „zahlreiche Bande in nahezu allen Bereichen des Lebens“ verbunden waren.¹³ Die Darstellung der schlesischen Geschichte orientiert sich jedoch an der leichter zu verfolgenden und für eine breitere Leserschaft verständlicheren politischen Geschichte und bemüht sich dabei, was sehr selten ist, um eine gleichberechtigte Berücksichtigung des (heute) polnischen und des tschechischen Teils Schlesiens. Die Darstellung beginnt in vorgeschichtlicher Zeit und reicht bis zur Gegenwart.

Den Sinn einer Geschichte des gesamten historischen Schlesiens aus tschechischer Sicht hatte Žáček übrigens schon fünf Jahre zuvor in einem polemisch etwas zugespitzten Aufsatz begründet, in dem er zunächst dem Zweifel an der Aktualität der schlesischen Problematik aus der Sicht der heutigen tschechischen Gesellschaft und auch unter dem Aspekt des geringen schlesischen Anteils am Staatsgebiet der Tschechischen Republik Ausdruck verliehen hatte, um dann aber doch zu erklären, dass es nicht angehe, einen Teil der Geschichte eines Staates einfach zu ignorieren.

¹⁰ Vgl. z. B. die fehlerhaften Angaben zu Geburts- oder Sterbedaten bzw. -orten für Antonín Gruda, Václav Hauer, Jan Kolofík, Felix Lichnowsky.

¹¹ Žáček, Rudolf: Slezsko [Schlesien]. Praha 2005.

¹² *Ebenda* 9.

¹³ *Ebenda*.

Zudem meinte er:

Das tschechische Denken, die tschechische Kultur und leider auch die tschechische Historiografie wurden schon mehr als einmal als provinziell und allzu sehr mit sich selbst beschäftigt charakterisiert [...]. Vielleicht ist es auch deshalb notwendig, eine tschechische Geschichte Schlesiens zu schreiben.¹⁴

Žáček trug zu diesem Thema noch mit einem weiteren Buch bei, dem chronologischen Nachschlagewerk „Dějiny Slezska v datech“ (Geschichte Schlesiens in Daten),¹⁵ das programmatisch an die populärwissenschaftliche „Geschichte der Länder der böhmischen Krone in Daten“ von František Čapka¹⁶ anknüpft. In der Einleitung erklärt Žáček, seine Arbeit habe zum Ziel, das Studium der Vergangenheit Schlesiens in die größere Präsentation der Geschichte des tschechischen Staates einzugliedern und die schlesische Geschichte zu popularisieren, die bislang eher am Rande der Aufmerksamkeit der tschechischen Historiografie gestanden habe. Dabei weist er sowohl auf die unzweifelhaften Verbindungen zwischen der Entwicklung Schlesiens und anderer Länder der böhmischen Krone als auch auf die frühe Unterordnung Schlesiens unter das Großmährische Reich hin. Positive Auswirkungen auf die weitere Orientierung der Habsburgermonarchie (und auch der böhmischen Länder) hatte seiner Meinung nach paradoxerweise aber gerade der Verlust des größten Teils Schlesiens an Preußen. Žáček erwähnt eine Reihe von Fällen, in denen Schlesien Konflikte und Spannungen in die böhmische Geschichte brachte: von der unversöhnlichen Gegnerschaft der schlesischen Herzöge zu den Hussiten im Mittelalter bis zum Teschen-Konflikt mit dem polnischen Staat in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Er verweist aber auch auf schlesische Persönlichkeiten, die das tschechische kulturelle Bewusstsein bereichert haben und als wichtiger Teil des kulturellen Erbes der tschechischen Nation gelten.

Žáčeks Ziel ist es, das historische Geschehen in ganz Schlesien ausgewogen zu erfassen und dabei die schlesisch-böhmischen Verbindungen besonders zu berücksichtigen. Ebenso wie in den oben erwähnten Büchern zur schlesischen Geschichte bevorzugt auch er für die Zeit nach 1742 das österreichische (jetzt tschechische) Schlesien. Die Periodisierung – von den ersten Erwähnungen Schlesiens in den schriftlichen Quellen bis zum Jahr 2000 – passt er dem üblichen Schema für die böhmische Geschichte an. Im Hinblick auf die Tatsache, dass Schlesien lange Zeit im Grunde genommen nur ein unübersichtliches Konglomerat verschiedener Herzogtümer war, bietet Žáček im Anhang ein Verzeichnis dieser Territorien mit kurzen Angaben zu ihrer Geschichte sowie Informationen über die freien Standesherrschaften. Neben den Angaben zur territorialen Gliederung des Landes findet man im Anhang auch eine Übersicht über die für Schlesien zuständigen Bischöfe bzw. Erzbischöfe von Olomouc (Olmütz) und Wrocław (Breslau), genealogische Tabellen

¹⁴ Ders.: Potřebujeme české dějiny Slezska? [Brauchen wir eine tschechische Geschichte Schlesiens?]. In: Acta historica et museologica Universitatis Silesianae Opaviensis 5 (2000) 29–33.

¹⁵ Ders.: Dějiny Slezska v datech [Geschichte Schlesiens in Daten]. Praha 2004.

¹⁶ Čapka, František: Dějiny zemí Koruny české v datech [Geschichte der Länder der böhmischen Krone in Daten]. Praha 1998.

der schlesischen Herzöge sowie ein Verzeichnis tschechoslowakischer, polnischer und deutscher Politiker. Eine nützliche Hilfe sind auch die Übersichten über die Verwaltungsgliederung Schlesiens, also Informationen über die politischen und die Gerichtsbezirke sowie die Städte mit eigenem Statut im Zeitraum von 1850 bis 2000. Mehr als 200 Illustrationen, darunter attraktive Reproduktionen von Veduten und Wappen schlesischer Städte, Siegel, Münzen und Medaillen schlesischer Herzöge, vervollständigen das Buch. Die Auswahlbibliografie am Schluss soll dem Leser nicht nur Orientierungshilfe in der tschechischen Fachliteratur zur schlesischen Geschichte geben, sondern berücksichtigt auch die polnische und deutsche Literatur.

Den Höhepunkt der Bemühungen tschechischer Historiker nach 1989 um eine Gesamtdarstellung der schlesischen Geschichte bildet das zweibändige Werk „Dějiny Českého Slezska 1740-2000“ (Geschichte des tschechischen Schlesiens 1740-2000), das auf der Arbeit mehrerer Forschergenerationen aufbaut und den ersten Versuch einer großen Synthese zu diesem Thema seit 1945 darstellt. Es wurde 2003 nach umfangreichen Vorbereitungen und Diskussionen¹⁷ von einem Autorenkollektiv des Instituts für Geschichte und Museologie der Schlesischen Universität in Opava unter Leitung von Dan Gawrecki herausgegeben.¹⁸ Der Gesamtzeitraum von 1740 bis 2000 wird entsprechend der Zäsuren von 1848, 1918, 1938 und 1945 gegliedert. Jedes der chronologischen Kapitel behandelt gestützt auf neueste Erkenntnisse die politische, administrative, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und demografische Entwicklung in der Region in relativ ausgewogenem Verhältnis. Allerdings bleibt es dennoch erkennbar, welche Themenfelder in den einzelnen Epochen die Forschungsschwerpunkte bildeten. So zeigt sich für die Darstellung der Entwicklung nach 1945 erneut der Mangel an Grundlagerecherchen zu einzelnen Aspekten. Die insgesamt solide Darstellung der neueren und neuesten Geschichte, in der vor allem die allmähliche wirtschaftliche Entfaltung und die komplizierten politischen und ethnischen Verhältnisse des tschechischen Teils von Schlesien sowie Territorialstreitigkeiten festgehalten werden, werden zum Teil durch gut ausgearbeitete Einführungskapitel ergänzt. Diese geben einen Überblick über Forschungen zur schlesischen Geschichte und erläutern die verwendeten geografischen und administrativen Begriffe. Besonders bemerkenswert ist das Kapitel, das die Entwicklung seit Beginn des 15. Jahrhunderts in ihren Grundzügen zusammenfasst und eine prägnante Schilderung der Rolle Schlesiens in den Plänen der europäischen Mächte bietet.¹⁹

Das Werk ist auch als tschechischer Beitrag zu dem internationalen Forschungsprojekt „Geschichte Oberschlesiens 1740-1989“ zu sehen, das in Zusammenarbeit

¹⁷ Vgl. Gawrecki, Dan: Dějiny Českého Slezska [Geschichte des tschechischen Schlesiens]. In: Slezský sborník 100 (2002) H. 1, 75 f.

¹⁸ Ders. u. a.: Dějiny Českého Slezska 1740-2000 [Geschichte des tschechischen Schlesiens 1740-2000]. 2 Bde. Opava 2003.

¹⁹ Vgl. dazu die Rezensionen von Stellner, František: Dějiny Českého Slezska 1740-2000 [Geschichte des tschechischen Schlesiens 1740-2000]. 2 Bde. Opava 2003. In: Historický obzor 16 (2005) H. 1-2, 47; Wihoda, Martin: Dějiny Českého Slezska 1740-2000 [Geschichte des tschechischen Schlesiens 1740-2000]. 2 Bde. Opava 2003. In: Časopis Matice moravské 124 (2005) H. 2, 566 f.; Vyšly dějiny Českého Slezska [Geschichte des tschechischen Schlesiens erschienen]. In: Zpravodaj Matice slezské 40 (leden-duben 2004) 3.

mit dem Herder-Institut Marburg und dem Schlesischen Institut in Opole (Oppeln) durchgeführt wird. Die Forschungsergebnisse des Troppauer Instituts für Geschichte und Museologie trugen zudem dazu bei, Mittel für ein prestigeträchtiges Forschungsprojekt zum Thema „Schlesien in der Geschichte des böhmischen Staates und Mitteleuropas“ beim Ministerium für Schulwesen, Jugend und Körpererziehung der Tschechischen Republik einzuwerben. Hauptziel dieses Projektes ist es, bis 2011 eine umfangreiche Gesamtdarstellung der Geschichte Schlesiens bis zum Jahr 1740 vorzubereiten. Im Rahmen der Projektarbeit wird Schlesien nicht nur als wichtiger Teil des böhmischen Staates, sondern endlich auch als bedeutendes Phänomen der Beziehungen zwischen den europäischen Mächten begriffen. Man darf von diesen Forschungen daher wichtige Impulse für die tschechische Historiografie erwarten.

Aus dem Tschechischen von Stephan Niedermeier

DAS NEUNZEHNTE JAHRHUNDERT IN UNS. MYTHEN, SYMBOLE, INSTITUTIONEN, VERHALTENS- UND DENKMUSTER, DIE UNS ÜBERLEBT HABEN

Das vorletzte Jahrhundert ist vielen als besonders glanzvoll im Gedächtnis geblieben. Seine ästhetische Dimension ist offensichtlich – erkennbar in der Architektur oder in allgemein bekannten Porträts und Gemälden. Zugleich gilt das 19. Jahrhundert aber auch als gewissermaßen verschwundene Epoche, die wir durch den imaginären Schleier der Zeit wahrnehmen. Dieser beschönigt so manches, während er anderes verbirgt und retuschiert. Aber ist das 19. Jahrhundert wirklich eine längst verschwundene Vergangenheit? Sind nicht viele seiner Charakterzüge bis heute erhalten geblieben – sogar in uns selbst? Diese Fragen suchte die internationale Konferenz „Devatenácté století v nás aneb mýty, symboly, instituce a vzory chování a myšlení, které nás přežily“ (Das neunzehnte Jahrhundert in uns. Mythen, Symbole, Institutionen, Verhaltens- und Denkmuster, die uns überlebt haben) zu beantworten. Veranstaltet wurde diese Tagung, die vom 29. Mai bis 1. Juni 2007 in Prag stattfand, vom Historischen Institut der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik in Zusammenarbeit mit dem Institut für tschechische Geschichte der Philosophischen Fakultät der Karls-Universität.

Das 19. Jahrhundert war als Geburtsstunde zahlreicher moderner Phänomene – des Liberalismus, des Nationalismus und des Sozialismus – eine Umbruchzeit sowohl für die Ausbildung der modernen Sozialstruktur der tschechischen Gesellschaft als auch für künstlerische und historiografische Konzepte sowie für die moderne politische Kultur. Was alles aus dieser Vergangenheit bis heute in unserem Verhalten und Denken erhalten geblieben ist, wurde auf der Konferenz in einer Reihe thematischer Blöcke erörtert.

Im Zusammenhang mit dem Themenkomplex „nationale Mythen“ bemühten sich die Teilnehmer, verschiedene nationale Narrative zu dechiffrieren. Im Zentrum des Interesses stand die Funktion dieser Narrative für die tschechische Gesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts, wobei sich die Frage aufdrängte, warum manche Mythen und Konzepte bis heute Bestand haben und wer oder was dabei behilflich ist, sie am Leben zu erhalten. Das führte zur Problematik des „Nationalcharakters“ und einer Diskussion darüber, ob es für eine moderne Gesellschaft überhaupt möglich ist, außerhalb ideologisch, politisch oder klassenmäßig konstruierter Bilder der eigenen Vergangenheit zu leben. In einem weiteren Schritt ging es um die Rolle und Funktion von Symbolen, derer sich die tschechische Gesellschaft im Lauf der letzten beiden Jahrhunderte bedient hat. Auch der Entwicklung der zwischenmenschlichen Kommunikation, des historischen Bewusstseins und der politischen Kultur wurde nachgegangen, wobei Phänomene wie Säkularisierung, Bürokratisierung und Technisierung in die Reflexion gingen. Neben diesen großen Konzepten fanden zudem Themen wie „Alltag“ und Fragen wie die nach der Rolle der Kunst in den genannten Prozessen gesellschaftlichen Wandels Raum.

Während der vier Konferenztage wurden – unterteilt in acht Sektionen – knapp 50 Beiträge präsentiert, die die skizzierten Themen direkt oder indirekt berührten. In der Sektion „Wiedergeboren oder erfunden“, die sich mit den ideologischen Fundamenten der tschechischen Nation befasste, referierte Miroslav Hroch (Fakultät für Geisteswissenschaften, Karls-Universität Prag) über das „Ende des Historismus“. Im Anschluss daran befasste sich Miloš Havelka (Fakultät für Geisteswissenschaften, Karls-Universität Prag) mit den Debatten über den „Sinn der tschechischen Geschichte“. In seinem „Wiedergeboren oder erfunden? Die tschechische Nation und ihr Nationalismus“ überschriebenen Beitrag sprach Milan Řepa (Historisches Institut Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik, Brünn) über den imaginären Ursprung der modernen tschechischen Nation.

Im anschließenden Themenblock „Nation ohne Adel“ rief der Beitrag von Jan Županič (Philosophische Fakultät, Karls-Universität Prag), in dem es um das Bild des Adels in der tschechischen Gesellschaft des 19. bis 21. Jahrhunderts ging, eine lebendige Debatte hervor.

Der zweite Konferenztag wurde mit der Sektion „Lebendig und überlebt: Verwaltung, Selbstverwaltung, Liberalismus“ eröffnet. Hier ist Lukáš Fasora (Philosophische Fakultät, Masaryk-Universität Brünn) hervorzuheben, der Überlegungen zu der Frage anstellte, was vom liberalen Konzept der kommunalen Selbstverwaltung übrig geblieben sei.

Gänzlich andere Fragenhorizonte eröffnete der Block „Unsterbliche Helden der schönen Künste“, der vor allem der Literatur gewidmet war. Besonders erwähnenswert ist hier der Beitrag von Jiří Hanuš (Philosophische Fakultät, Masaryk-Universität Brünn) über Heldinnen und Helden im Werk von Jane Austen, in dem er eine Antwort auf die Frage suchte, warum sich Austens Romane bis heute ungebrochener Popularität erfreuen. Wie dagegen eine schlechte und ungenaue Übersetzung die gesamte „Karriere“ eines Buchs verändern und auch die Darstellung der Geschlechterrollen beeinflussen kann, demonstrierte Eva Kalivodová (Philosophische Fakultät, Karls-Universität Prag) am Beispiel des Werks „Onkel Toms Hütte“.

Der dritte Konferenztag begann mit der Sektion „Mythen und Identitäten“. Hier konnte vor allem der Beitrag von Stefan Zwicker (Johannes Gutenberg-Universität Mainz) die Aufmerksamkeit der Teilnehmer fesseln. Zwicker sprach über die Ausbildung nationaler und regionaler Identitäten aufgrund von Sympathien für einen bestimmten Sport- bzw. Fußballverein. Anschließend skizzierte der ungarische Slawist Robert Kiss Szemán (Universität Budapest) die gewaltigen Bemühungen Jan Kollárs um das Konzept einer großen slawischen Nation.

Der Block mit dem Titel „Das Erbe des vorletzten Jahrhunderts: Herrscher und unsere großen Männer“ bestach vor allem durch zwei theoretische Beiträge. Zunächst sann Veronika Sušová (Fakultät für Geisteswissenschaften, Karls-Universität Prag) über politische Autorität als mitteleuropäisches kulturelles Muster nach. Danach bemühte sich Karel Šima (Fakultät für Geisteswissenschaften, Karls-Universität Prag), Parallelen zwischen der tschechischen Bürgergesellschaft des 19. Jahrhunderts und der Gegenwart aufzuzeigen.

Die Sektion „Abwandlungen des ewigen Schicksals“, die der Geschichte der Frauen und Gender-Perspektiven im Kontext des 19. Jahrhunderts gewidmet war,

leitete den letzten Konferenztag ein. Am Beispiel von Božena Němcová und ihrem Ehemann Josef referierte Magdalena Pokorná (Historisches Institut der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik/Philosophische Fakultät, Karls-Universität Prag) über die Institution der Ehe in der damaligen Zeit. Milena Lenderová (Philosophische Fakultät, Universität Pardubice) sprach über das dominante Modell der Mutterschaft im 19. Jahrhundert als lebensspendendes und lebensfähiges Stereotyp. Denisa Nečasová (Philosophische Fakultät, Masaryk-Universität Brunn) konnte das Überdauern von Mustern aus dem 19. im 20. Jahrhundert besonders eindrucksvoll aufzeigen: Ausgehend vom zeitgenössischen Diskurs über die Rolle der Frau in der Gesellschaft und der Öffentlichkeit des 19. Jahrhunderts gelangte sie zu dem Schluss, dass der offiziell proklamierten Emanzipation zum Trotz die Diskriminierung von Frauen auch in der kommunistischen Tschechoslowakei an der Tagesordnung war.

Den Abschluss der Tagung machte die Sektion „Wir über das Ausland und das Ausland in uns“, die Vorgänge und Reaktionen außerhalb der böhmischen Länder reflektierte. Mit dem Wandel der Konzeptualisierung Südosteuropas in der tschechischen Gesellschaft vom 19. bis zum 21. Jahrhundert beschäftigte sich hier František Šístek (Historisches Institut der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik, Prag); der Rolle des Slawentums im Prozess der Entwicklung der modernen tschechischen Nation widmete sich Radomír Vlček (Historisches Institut der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik, Brunn).

Ein Vorzug der Konferenz war der großzügig bemessene Raum für Diskussionen, der nach jedem Beitrag zur Verfügung stand. Dies ermöglichte nicht nur, ergänzende Informationen und Anmerkungen einzubringen, sondern auch pointiertere Diskussionen zu führen. Letzte galten vor allem grundlegenden Aspekten des tschechischen nationalen und historischen Selbstverständnisses, wie zum Beispiel der Frage nach dem Ursprung der tschechischen Nation als „wiedergeborenes“ oder „erfundenes“ Kollektiv. Auch das Thema „nationale Mythen und Narrative“ wurde überaus kontrovers diskutiert. In einem Beitrag führte ein skizzierter Vergleich des Historikers František Palacký mit dem Kollaborateur Emanuel Vajtauer aus der Protektoratszeit und dem kommunistischen Ideologen Zdeňek Nejedlý anschaulich vor Augen, wie einfach Vergangenheit durch die entsprechende Präsentation ideologisch missbraucht werden kann. Das Bemühen, gesellschaftliche Ordnungen, Institutionen und politische Entscheidungen über die Vergangenheit zu legitimieren, das allen modernen Staaten und Nationen zueigen ist, drückt sich eben auch in den kommunizierten und propagierten Geschichtsbildern aus. Das gilt – im tschechischen Fall – nicht nur für die „dunklen“ Perioden der modernen tschechischen Nation (Protektorat, Kommunismus), sondern auch für die freiheitlichen und demokratischen Phasen (nationale Wiedergeburt, Erste Republik, das gegenwärtige Tschechien). Nicht alle Konferenzteilnehmer waren bereit, diese These zu akzeptieren.

Beiträge zur Problematik der tschechisch-deutschen Beziehungen, zur Wahrnehmung des Fremden, zu Freund- und Feindkonstruktionen, zum Antisemitismus bzw. allgemein zum Verhältnis zu Minderheiten waren auf der Konferenz nicht vertreten. Obwohl damit interessante und konfliktreiche Themenfelder fehlten, haben

die Debatten auf der Konferenz dazu beigetragen, dass die ursprüngliche Frage nach der Bedeutung des 19. Jahrhunderts für unsere Gegenwart nicht ohne Antworten geblieben ist – auch wenn diese manchmal als unangenehm empfunden wurden oder strittig blieben. Offenbar stellt das 19. Jahrhundert auch in einer Zeit rascher technologischer Entwicklungen und gesellschaftlichen Wandels kein entschwundenes Zeitalter dar. Seine Resonanzen sind vielmehr in uns spürbar, auch wenn wir uns dessen vielleicht häufig nicht bewusst sind.

Prag

Jan Randák

MIDDLE EUROPEAN, NATIONAL, MODERN?
CONSTRUCTING MIDDLE EUROPEAN LITERATURE
AND CULTURE

Vom 6. bis zum 8. Juli 2007 fand an der Universität Regensburg die vom Bohemicum Regensburg-Passau organisierte Konferenz „Middle European, National, Modern? Constructing Middle European Literature and Culture“ statt. Den Schwerpunkt bildete(n) dabei die Literatur(en) der böhmischen Länder, behandelt wurde aber auch die Literatur anderer Regionen der Habsburgermonarchie und deren Nachfolgestaaten. Der Mitteleuropabegriff sollte – so der Organisator und Konferenzleiter Marek Nekula (Regensburg) in seinen Begrüßungsworten – dabei als Alternative zu der im frühen 19. Jahrhundert entstandenen Idee monoglossischer Nationalphilologien und Kulturmodelle diskutiert werden. So sei die Kanonisierung des nationalsprachlichen Paradigmas mitteleuropäischer Literaturen z.B. im Jahre 1895 im „Manifest České Moderny“ (Manifest der tschechischen Moderne) programmatisch zurückgewiesen worden. Dennoch sei dieses Paradigma in mitteleuropäischen Literaturen bis heute dominant.

Leitfragen der Tagung waren Fragen nach der Art, in der Modernität entsteht bzw. konstruiert wird, und die Frage, wie Mitteleuropa konstruiert und dekonstruiert werden kann.

Der erste Themenblock war der Konstruktion von Literaturgeschichte(n) gewidmet. Dirk Uffelman (Passau) entwarf in seinem Vortrag „Towards a Post-Colonial History of Central European Cultures“, ein Bild von František Palacký als eines frühen Dekonstruktors Mitteleuropas und vermutete, dass Palackýs proösterreichische Aussagen schon 1848 eher als Loyalität zum Austroslawismus, denn als Glaube an eine österreichische Mitteleuropa-Utopie zu werten seien. Damit setzte sich Uffelman zugleich von positiven Neubewertungen der Habsburgermonarchie in aktuellen tschechischen Historikerdebatten ab. Dalibor Tureček (České Budějovice) stellte in seinem Vortrag „Tschechische literarische Klassik des 19. Jahrhunderts: national, mitteleuropäisch, modern?“ ein literaturgeschichtliches Pulsationsmodell vor und plädierte dabei für eine Bohemistik, die deutschsprachige und lateinische Texte stärker in die wissenschaftliche Diskussion einbeziehen solle. Er wies einerseits auf die asymmetrische Kontur hin, die tschechische Literatur der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch ihre Dekontextualisierung von Kontakten zu deutschsprachigen Werken angenommen habe (wodurch Karel Hynek Mácha als literarische

Monade erscheine), andererseits auf die scharfe tschechische Polemik auf Matija Murkos Untersuchung „Deutsche Einflüsse auf die böhmische Romantik von 1893“, die für weite Teile der tschechischen Literaturgeschichtsschreibung bis 1989 paradigmatisch werden sollte. Jonathan Bolton (Harvard) setzte sich mit Kunderas Mitteleuropa-Konzeption auseinander und verglich Kunderas Äußerungen zu Zeit und Raum mit Äußerungen des polnischen Nobelpreisträgers Czesław Miłosz. Während bei Kundera Russland dem westlichen Europa als „radikale Negation des Westens“ gegenübergestellt werde, stelle Miłosz die Möglichkeit in Frage, Russland überhaupt mit westlichen Maßstäben zu messen. Bolton untersuchte die nostalgische Vorstellung untergegangener multikultureller Gesellschaften und bezeichnete das Referieren auf häufige Herrscherwechsel als Spezifikum mitteleuropäischer Gegenwartsliteraturen. Die Verknüpfungen von kleiner Regionalgeschichte und großer Weltgeschichte, wie z. B. bei Michal Ajvaz, hätten sich in mitteleuropäischen Texten zu einem Topos entwickelt.

Im zweiten Themenblock „Nations and Cities“ wurde der Frage nachgegangen, inwieweit die Kategorie Territorium und Stadt als Alternative zu linguistischen Kategorien für Texte zu sehen ist. Dies sollte insbesondere vor dem Hintergrund der Transformation einer kulturell bilingualen Bohemia zu einem ideologisch-monoglossischen Deutschböhmen bzw. Tschechischböhmen diskutiert werden. Die großen Unterschiede in der Wahrnehmung Prags je nach Wahl der Sprache wurden einerseits betont, andererseits in der Diskussion auch relativiert. Die Folie für den Vortrag von Xavier Galmiche (Paris) „Loci communes: Urban Multiculturalism in Central European Literature“ bildeten Mitteleuropatexte von Claudio Magris. Die Opferrolle, die Mitteleuropa zugeschrieben wird, werde bei Magris durch einen kaddischartigen Grundton unterstrichen, so Galmiche. Der Multikulturalitätstopos werde durch toponymische Vielfachkodierung unterstrichen. So würden auch bei Andrzej Stasiuk im polnischen Text zum Teil anderssprachige Versionen polnischer Städtenamen verwendet; es finde eine „toponymische Deklination“ statt.

Georg Escher (Basel) thematisierte in seinem Vortrag „Prag als Stoff? Urbanization and Nationalism in German and Czech Texts on Prague“ literarische Wege, einen urbanen Raum national zu konstruieren. Najít svůj poměr k Praze – sein eigenes Verhältnis zu Prag zu finden, gestaltete sich dabei für Tschechen und Deutsche gleichermaßen als ein schwieriges Unterfangen. Während in deutschsprachigen Texten häufig die fremdartige, exotische und unheimliche Dimension Prags betont werde, schwanke die Wahrnehmung und Darstellung der Stadt in tschechischen Texten zwischen affirmativen Bekenntnissen zur eigenen Hauptstadt einerseits und Bewunderung einer femme fatale bis hin zur Stigmatisierung als Hure andererseits.

Marek Nekula (Regensburg) skizzierte in seinem Vortrag den Zusammenhang von öffentlichem Raum und der literarischen Sprache tschechischer Modernisten, wie Julius Zeyer, Miloš Marten und Jiří Karásek ze Lvovic. Letzterer meide in seiner Dichtung eine deutsch-tschechische Dichotomie, so erscheine etwa der Weiße Berg – quasi in einer Gegenbewegung zu seiner nationalen Aufladung in weiten Teilen der tschechischen Nationalliteratur – bei Karásek ohne Bezug auf den nationalen Diskurs als anationales Bild für den dekadenten Tod.

Peter Bugge (Århus) referierte in seinem Vortrag „Race and Place in Mid-nineteenth Century British Travel Writing on Bohemia“ über ethnografisch unterlegte Fremdbilder von den Bewohnern Böhmens. So seien im britischen Diskurs der Mitte des 19. Jahrhunderts – beeinflusst vor allem von deutschsprachigen Publikationen – Slawen tendenziell als Asiaten wahrgenommen worden, wenngleich Böhmen keineswegs als Teil des Ostens gesehen worden sei. In der Folge der Zuordnung Russlands zu Asien durch František Palacký, der es damit von austroslawischen Konzepten abgrenzte, werde von diesem die Fremdwahrnehmung des deutschen Diskurses indirekt übernommen und nach Osten weiterprojiziert. Anhand von Reiseberichten von Charles Sealsfield und anderen zeigte Bugge, dass nationale oder gar rassische Unterscheidungen bei Deutschböhmen und Tschechischböhmen kaum vorgenommen würden, wohl aber bei der Begegnung mit Roma und Juden. Unter anderem aufgrund der überwiegend urbanen Aufenthaltsorte der Reisenden werde das Thema der böhmischen Zweisprachigkeit kaum thematisiert, nur vereinzelt fänden sich Hinweise auf Landesidentität oder sprachliche Besonderheiten.

Den nächsten Themenblock „Modernisms and Modernities“ eröffnete Stefan Simonek (Wien) mit dem Vortrag „Networking Modernism: Josef Svatopluk Machar, Hermann Bahr and ‚Die Zeit‘“. Simonek veranschaulichte am Beispiel der von Hermann Bahr herausgegebenen Wochenzeitschrift „Die Zeit“, wie in der Habsburgermonarchie Grenzen der Nationalliteratur überschritten werden konnten. Texte von Machar und František Václav Krejčí hätten durch die redaktionelle Arbeit Bahrs zusätzliche Leser gewonnen und seien in der konfliktreichen Debatte um internationale Modernitätskonzepte wahrgenommen worden. Einerseits sei das Interesse Bahrs an tschechischer Literatur mit der Entdeckung der Provinz und des Regionalen als ruralem Gegengewicht zur Wiener Moderne gewachsen, so habe beispielsweise auch Rosegger bei Bahr publiziert. Andererseits sei der Begriff „Österreichische Moderne“ von Bahr in einem supranationalen Sinne verstanden worden. Simonek wies auf den Unterschied zwischen der Rezeption der Wiener Moderne in Literaturen der Habsburgermonarchie und denen des Russländischen Reiches hin. Während sie in Russland eine von mehreren Optionen dargestellt habe, so habe man sich in der zeitgenössischen Literaturdebatte der Habsburgermonarchie entweder für oder gegen sie zu positionieren gehabt. Josef Vojvodik referierte über „Enthebung vom Boden der Lebenswelt: Svetozar Nevoles Psychologie des subjektiven Weiterlebens und Husserls Theorie der transzendentalen Reduktion“. In Nevoles phänomenologisch-anthropologischer Psychopathologie stehe nicht die passive Rezeption der Wirklichkeit, sondern ein aktives Mitgestalten sowie eine Pluralisierung und Individualisierung der schöpferischen Welterkenntnis im Mittelpunkt. Nevole postuliere eine „Ausschaltung“ des naiven Weltglaubens, die durch Subjektivierung und die Ausschaltung bisheriger Denkgewohnheiten erreicht werden könne. Vojvodik deutete Nevoles Radikalisierung der Phänomenologie in den Jahren 1941 bis 1951 als einen Versuch, die durch „traumatische Erschütterungen entfremdete, ruinierte Welt ästhetisch zu rechtfertigen“. Ellen Elias-Bursac (Den Haag) untersuchte in ihrem Vortrag „Romancing Central Europe – Šenoa and Friends Flirting with Modernity in the Late 19th Century“ vor allem kroatischsprachige Texte aus der 1874 bis 1881 von August Šenoa redigierten Zeitschrift „Vienac“. Seine Texte mit Bezug zur

Frauenbewegung seien zwar thematisch modern, ästhetisch aber keineswegs Teil der Moderne.

Für den Themenblock „Jewish Identities“ waren Scott Spector (Michigan) mit dem Vortrag „Elsewhere in Central Europe: Habsburg Jewish History Between ‚Hybridity‘ and the ‚Central Europe Effect‘“ und Anja Tippner (Salzburg) mit dem Vortrag „Conflicting Topographies: Jewish Cultural Identity Between Prague and Galicia in Jiří Langer“ gewonnen worden. Spector reflektierte über die Frage, inwieweit Joseph Roth und andere galizische Autoren als spezifisch jüdische Stimmen im Vielvölkerdiskurs um die Habsburgermonarchie gelesen werden können und inwieweit Roth, wie dies etwa bei Claudio Magris der Fall sei, als paradigmatische Stimme eines Bekenntnisses zur Hybridität eines supranationalen Staates gelesen werden könne. Einerseits fragte Spector, ob das Postulat der literarischen Vielfalt Mitteleuropas selbst einen Mythos darstelle, andererseits verwies er am Beispiel jüdischer Schriftsteller aus Czernowitz, wie Paul Celan und Rose Ausländer, auf das kreative Potential kleinräumiger, multireligiöser und multiethnischer Regionen, unter denen die Bukowina der Zwischenkriegszeit literarisch einen herausragenden Sonderfall darstelle. Anja Tippner beschrieb das Leben und literarische Schaffen von Jiří (Georg) Mordechaj Langer als ein Pendeln zwischen dem 18. und dem 20. Jahrhundert, zwischen Chassidismus und Moderne, zwischen prämodernem und linearem Zeitverständnis. Ähnlich wie Alfred Döblin oder Stefan Zweig pilgerte Langer zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach Galizien, verbrachte dort längere Zeit zusammen mit den Einwohnern eines Shtetls und kam dem Aussehen nach wie ein chassidischer Jude nach Prag zurück. Genauer gesagt sei der Heimkehrer weder eindeutig dem Chassidismus noch der Rolle eines Beobachters zuzuordnen – Außen- und Innenperspektive verschwimmen –, sondern er nehme eine synthetisierende Vermittlerposition ein, die seine theoretische Beschäftigung mit dem Chassidismus und sein literarisches Werk einzigartig erscheinen lasse.

Peter Zusi (Harvard) versuchte in seinem Vortrag „Vanishing Points: Walter Benjamin, Karel Teige and the Liquidation of Aura Benjamin’s Essay“ das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit von 1935/36 in einem breiteren kulturgeschichtlichen Rahmen zu kontextualisieren, ohne die Exzellenz des Benjaminischen Textes zu relativieren. Einige theoretische Überlegungen Benjamins zu Bild und Fotografie sah Zusi in Schriften des tschechischen Kunsttheoretikers Karel Teige vorweggenommen. Ebenfalls mit Bildern beschäftigte sich Jindřich Toman (Michigan) in seinem Vortrag „Modernit(ies), Modernism(s), Modernizations(s): Where Magazine Design Takes You Beyond Central Europe“. Toman illustrierte anhand von Kino- und Werbeplakaten die Transformation vom geschriebenen Wort zum Bild zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Im letzten Themenblock „Writing and Visions“ kamen Alexander Wöll (Regensburg) mit dem Vortrag „Visions and Poetics of Jacob Deml in the Context of Middle European Culture“, Tim Beasley-Murray (London) mit dem Vortrag „Central European Culture and the Violent Revenge of the ‚Postcolonial Victim‘: Jan Svěrák’s Kolya“ und Kenneth Hanshew (Regensburg) mit „Kundera’s Reading – Reading Kundera“ zu Wort. Wöll begreift Jakob Deml als Knotenpunkt zwischen zwei Evolutionslinien der tschechischen Literatur des frühen 20. Jahrhunderts: einer kos-

mopolitischen, modernistischen einerseits und einer aus national wahrgenommenen Mythen, Legenden und Märchen schöpfenden andererseits. Deml sehe sich selbst als Nachfolger Otokar Březinas und Josef Florians und stehe somit auch in einer aufklärerisch-didaktischen literarischen Tradition, wengleich er eine derartige Funktionalisierung von Literatur ablehne. Durch Verfremdung tschechischer Wörter und Sätze werde semantische Leere erreicht, ein Verfahren, das mit Demls Selbstverortung im anationalen Raum kohäriere. Wöll unterstrich die hohe Präsenz Demls in tschechischen Texten bis zur Gegenwartsliteratur, sei es durch Nachfolgerschaft oder gezielte Gegnerschaft.

Beasley-Murray warf in seinem erfrischend-provokativen, wenn auch verkürzenden Vortrag dem Oskar-Preisträger Jan Svěrák vor, mit seinem Film „Kolya“ um des schnellen außertschechischen Erfolges willen stereotypenbeladenen „Russia-Go-Home-Kitsch“ produziert zu haben. Er betonte, dass Tschechen in dem Film nur oberflächlich in der Rolle der Kolonisierten zu sehen seien, dass sie bei einer postkolonialen Betrachtung de facto aber selbst als Kolonisatoren gesehen werden könnten. So sei der in eine disfunktionale Vater-Sohn-Beziehung gezwungene Kolya fast bis zum Schluss des Tschechischen nicht mächtig, seine Äußerungsmöglichkeiten seien also defizitär. Der Film sei voller affirmativer Bekenntnisse zu einer kulturellen Überlegenheit der tschechischen Nation gegenüber „Halbzivilisierten“. Kenneth Hanshew beschäftigte sich mit Kunderas Konzeption des mitteleuropäischen Romans und mit der Frage, wie sich diese in seinem eigenen Werk widerspiegeln und betonte, dass Politik und Ästhetik nicht voneinander getrennt werden könnten. Als Beispiele für mitteleuropäische Romanciers nennt Kundera Broch, Musil, Hašek, Kafka und Gombrowicz. Hanshew diskutierte die Frage, inwieweit Kunderas letzte Romane ästhetisch und thematisch noch als mitteleuropäisch bezeichnet werden können.

Dank der unterschiedlichen theoretischen und methodischen Zugänge und Perspektiven der Referenten und der mitunter kontroversen Diskussion der Vorträge konnte die Regensburger Tagung das Versprechen erfüllen, das ihr Titel enthielt: In der Auseinandersetzung mit bisher überwiegend traditionell national geleseener Literatur entwickelte sich ein Prozess der fruchtbaren Dekonstruktion.

Regensburg

Robert Jodlbauer

BÖHMEN UND DAS DEUTSCHE REICH.
IDEEN- UND KULTURTRANSFER IM VERGLEICH
(13.-16. JAHRHUNDERT)

Bei der Untersuchung von Kulturlandschaften sieht sich die Forschung vor ein grundlegendes Problem gestellt: Kulturlandschaften korrespondieren nicht unbedingt mit geografischen und politischen Einheiten, sie sind ein Regionen übergreifendes Phänomen und müssen daher auch über Landesgrenzen hinweg in den Blick genommen werden. Die Untersuchung solch eines kulturellen Austausches über politische Grenzen hinweg machte sich die Tagung „Böhmen und das Deutsche Reich. Ideen- und Kulturtransfer im Vergleich (13.-16. Jahrhundert)“ zum Ziel, die

vom 10.-12. September 2007 in München stattfand. Der Fokus lag auf dem Zusammenspiel historisch-politischer und kultureller Entwicklungen in Böhmen und dem Deutschen Reich im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit. Die verantwortlichen Organisatoren, Eva Schlotheuber (Münster), Hubertus Seibert (München) und Robert Šimůnek (Prag) wollten vor allem Nachwuchswissenschaftlern aus beiden Ländern ein Forum für wissenschaftlichen Austausch und Kommunikation bieten. Die Veranstaltung bildete somit den Auftakt zu künftig in zweijährigem Rhythmus veranstalteten Tagungen, die alternierend in Prag, Münster und München stattfinden sollen. Finanzielle Unterstützung fanden die Organisatoren bei der Fritz Thyssen Stiftung sowie beim Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds.

Die erste Sektion „Herrschaft und kultureller Austausch“ eröffnete der Beitrag von Seth Adam Hindin (Cambridge, MA/USA), der am Beispiel von Prag und Brünn (Brno) mittels eines Vergleichs deutscher und tschechischer Pfarrkirchen im spätmittelalterlichen Böhmen und Mähren die ethnische Bedeutung der sakralen Baukunst verdeutlichte. Während des 12. und frühen 13. Jahrhunderts unterhielten tschechische und deutsche Bevölkerungsgruppen in der Regel jeweils eigene Kirchen, die sich durch ihr äußeres Erscheinungsbild voneinander abgrenzten und somit von den Zeitgenossen leicht als einer deutschen oder einer tschechischen Gemeinde angehörend unterschieden werden konnten. Im 14. Jahrhundert ging man dazu über, die Pfarrkirchen gemeinsam zu nutzen, jedoch mit architektonisch getrennten sakralen Bereichen. Hindin vermutet, dass die sakrale Architektur im multiethnischen Böhmen als Unterscheidungsmerkmal diente und zudem identitätsstiftenden Charakter hatte. In der Diskussion wurde die Vermutung geäußert, dass die architektonischen Unterschiede nicht nur sprachlich-national begründet waren, sondern dass auch die unterschiedlichen ständisch-sozialen Verhältnisse der Auftraggeber und Nutzer eine Rolle spielten.

Inhaltlich anknüpfend referierte Richard Němec (Berlin) über das Thema „Kulturlandschaft als Staatsidee: Die Rolle der Architektur als identitätsstragendes Medium in der Bildung der luxemburgischen Herrschaftskonzeption“. Anhand eines Vergleichs der Prager Burg und der Burg Lauf, die beide die architektonische Handschrift Karls IV. trugen, zeigte Němec deren Instrumentalisierung zur Herrschaftsbildung und Herrschaftssicherung. Beide Burgen wiesen ein einheitliches Bauschema mit einer ähnlichen Anordnung privater und repräsentativer Räume auf, da die Anordnung und räumliche Ausstattung maßgeblich durch die repräsentativen Funktionen der Räume bestimmt waren. Besonders der Wappensaal in Lauf mit seinen 120 Wappen – die Němec als metaphysisches Abbild der Hofgesellschaft Karls IV. deutete – war nicht zuletzt eine eindrucksvolle Machtdemonstration gegenüber den Kurfürsten und den Ständen des Reiches. Architektur und Ausstattung wurden somit zu einem zentralen Mittel der symbolischen Kommunikation, die vor allem bei Abwesenheit des Königs, *in absentia regis*, die herrscherliche Autorität gewährleisten sollten.

Lenka Mráčková (Prag) beschloss die erste Sektion mit einem musikwissenschaftlichen Vortrag über Johannes Tourout und seine Kompositionen in böhmischen Musikhandschriften (ca. 1470-1500). Anhand Tourouts polyphonen Kompositionen, die er im franco-flämischen Stil kreierte, verfolgte Mráčková einen deutsch-

böhmischen Kulturtransfer besonderer Art. Denn die von Tourout in den sechziger Jahren des 15. Jahrhunderts am Hofe Kaiser Friedrichs III. komponierten Stücke wurden von den böhmischen Utraquisten rezipiert und ihre ursprünglich weltlichen deutsch- oder französischsprachigen Liedtexte teilweise durch geistliche lateinische Liedtexte ersetzt, um sie für liturgische Zwecke im hussitischen Böhmen zu nutzen.

Zum Auftakt der zweiten Sektion „Schriftlichkeit und Repräsentation im Vergleich“ referierte Jiří Roháček (Prag) in Zusammenarbeit mit Franz Bornschlegel (München) über Inschriften in Böhmen und im Deutschen Reich. Roháčeks Beschäftigung mit der deutschen Sprache in den Inschriften des 13.-16. Jahrhunderts brachte zutage, dass sich in dem mehrsprachigen böhmischen Raum kaum deutsche Inschriften nachweisen lassen, während sich die deutschsprachigen Inschriften im spätmittelalterlichen Reich immer stärker durchsetzten. Als Grund für den auffälligen Befund vermutet er die schwierigen politischen Verhältnisse während der Hussitenzeit, die einer Verwendung des Deutschen nicht entgegen kamen. Ergänzend dazu widmete sich Bornschlegel vergleichend der Schriftentwicklung auf Grabmalern des 14.-16. Jahrhunderts. Er kam zu dem Ergebnis, dass die Zeitgenossen prinzipiell auf ein großes Spektrum an Schriftarten zurückgreifen konnten. Sie wählten die bevorzugte Schriftform dann offenbar gemäß ihrer ständischen oder sozialen Gruppenzugehörigkeit aus. Akzeptanz wie Ablehnung neuer Schrifttypen hingen dabei von der Identifikation bzw. Nichtidentifikation mit eben jener Gruppe ab, die diese Schriftform als ihrer Geisteshaltung adäquat propagierte.

Einen weiteren Bereich der Schriftlichkeit präsentierte Roman Lavička (Prag), der in seinem Vortrag die Aussagekraft von Jahreszahlen an spätmittelalterlichen Baudenkmalern beleuchtete. Dabei machte er auf die Schwierigkeiten der Einordnung von Jahreszahlen aufmerksam. Sie bezifferten oft nicht die Fertigstellung des Gesamtbauwerks, sondern den Beginn des Baus, das Alter einzelner Teiletappen, oder – in Verbindung mit einem Wappen oder Namen – den Zeitpunkt einer Stiftung. Auch sind spätere unabsichtliche Veränderungen der Jahreszahlen bei Renovierungen, sowie Zahlenverwechslungen zwischen gotischen und neuzeitlichen Ziffern keine Seltenheit.

Die methodischen Schwierigkeiten bei der Auswertung mittelalterlicher Testamente erläuterte Robert Šimůnek (Prag). Im Gegensatz zu den vielfach normierten bürgerlichen Testamenten, mit denen der Testator seine weltlichen und geistlichen Angelegenheiten ordnete, erweisen sich adelige Testamente als recht uneinheitlich. Da sie nur Teildispositionen darstellen und keine umfassenden Verfügungen, lassen sie interessante Fragen nach Frömmigkeit, Begräbniskultur, Verwandtschaftsbeziehungen und Besitzverhältnissen unbeantwortet.

Den Abschluss des ersten Tages bildete der Abendvortrag von Jiří Fajt über die Kunst der Reichsstadt Nürnberg und deren Funktionalisierung zur Herrschaftsrepräsentation unter den Luxemburgern. Dabei wurde erneut das geschickte Spiel Karls IV. mit der symbolischen Kommunikation offenkundig: Karl IV. nutzte Stiftungstätigkeit und Mäzenatentum zur Verherrlichung und Autorisierung seiner Herrschaftsidee nahezu planmäßig. Hierzu bediente er sich der Nürnberger Kunstwerkstätten, die sich durch ihren besonderen Stil von den übrigen Bauhütten des Reiches absetzten und daher zur Prägung eines spezifischen karolinischen

Kunstcharakters geeignet waren. Die Rezeption der Nürnberger Kunstformen im Reich erfolgte durch kaisernahe Persönlichkeiten und verdeutlicht so die systematische Instrumentalisierung der Kunst als herrscherliches Machtmittel.

Die Vortragsreihe des zweiten Tages eröffnete Uwe Tresp (Leipzig) mit einer Präsentation seiner Studien über die Grafen Schlick, die sich im 15. und 16. Jahrhundert durch flexible Strategien der Selbstbehauptung einen Platz zwischen Königtum und inner- sowie außerböhmischen Nachbarn zu sichern suchten. Die königsnahe Familie Schlick, die aus dem Egerer Bürgertum stammte, erlangte im Jahre 1434 die westböhmische Grafschaft Elbogen als Pfandbesitz und somit die Zugehörigkeit zur böhmischen Adelswelt. Aufgrund ihrer guten Beziehungen ins Reich nahmen sie eine Mittlerrolle ein und wurden zu einem wichtigen Faktor der Kommunikation und des Kulturtransfers zwischen Böhmen und dem Reich. Doch ihre rechtliche Zwischenstellung und ihre königlichen Sonderprivilegien ließen sie dem böhmischen Adel als suspekt und „nicht integrierbar“ erscheinen. Als sich die Machtkonstellation zwischen König und Adel in Böhmen zugunsten des Adels verschob, geriet die herrschaftliche Stellung der Familie in eine Krise. Die Schlick sahen sich gezwungen, Strategien zur Herrschaftssicherung zu entwickeln und griffen dabei intensiv auf das Medium Schriftlichkeit zurück. Mit Hilfe verbrieftter Ansprüche einerseits und langjährig gepflegter Verbindungen ins Reich andererseits gelang es ihnen jedoch, ihre Sonderstellung zwischen den Mächten zu behaupten.

Das Thema politischer Instrumentalisierung von Schriftlichkeit griff auch Martin Wagendorfer (München) mit einem Vergleich der „*Historia Bohemica*“ und der „*Historia Austriaca*“ des Aeneas Sylvius Piccolomini auf, der beiden frühesten humanistischen Landesgeschichten nördlich der Alpen. Dabei konnte Wagendorfer völlig neue Ergebnisse präsentieren: Mit Hilfe einer genauen Handschriftenanalyse widerlegte er die bisherige Annahme, der Schluss der „*Historia Bohemica*“ habe ursprünglich die „*Historia Austriaca*“ abgeschlossen. Wagendorfer zufolge wurde der angebliche Schlussteil vermutlich durch einen späteren Bearbeiter der „*Historia Bohemica*“ entnommen und der unvollendet gebliebenen „*Historia Austriaca*“ hinzugefügt. Da beide Schlussabschnitte jedoch nicht völlig identisch sind, muss dem Bearbeiter entweder eine frühere Redaktionsstufe der „*Historia Bohemica*“ vorgelegen haben oder er selbst griff verändernd in den Text ein, um ihn dem Stil der „*Historia Austriaca*“ anzupassen. Diese Erkenntnis veranlasste Wagendorfer dazu, die Forschungsmeinung, Piccolominis Verfasserintention der „*Historia Austriaca*“ wäre entsprechend der der „*Historia Bohemica*“ eine Analyse und Bekämpfung der Hussiten gewesen, als fraglich anzusehen. Denn betrachtet man den „eigentlichen“ Text der „*Historia Austriaca*“, so spielen die Hussiten praktisch keine Rolle.

Den nächsten Beitrag leistete Georg Vogeler (München/Lecce), der die tschechischen Berna-Register – ein Register der außerordentlichen königlichen Steuern in Böhmen –, mit Steuerbüchern deutscher Territorien verglich. Viele deutsche Territorien fanden im Spätmittelalter eine Möglichkeit, die Abgaben der Bevölkerung mithilfe von tabellenförmig organisierten Büchern zu registrieren und so ihre Untertanen einheitlich wahrzunehmen. Der Vergleich mit den Berna-Registern zeigte hier erhebliche Unterschiede in Sprache und Struktur der Texte. Sie waren weit

weniger schematisiert und lassen somit die Unterschiede in der Praxis der schriftlichen Steuerverwaltung des Deutschen Reiches und des Königreichs Böhmen erkennen.

Einer weiteren seriellen Quellengattung wandte sich Eva Doležalová (Prag) zu. Mittels einer Auswertung der Prager Ordinationslisten überprüfte sie bekannte Forschungsthesen und klärte zentrale Fragen zur Geschichte der Geistlichkeit vor wie auch nach der hussitischen Bewegung. Die vorrevolutionäre Periode war von einem großen Überschuss an Klerikern ohne Pfründe gekennzeichnet. Mit dem Sieg der Hussiten änderte sich ihre Situation jedoch nicht dahingehend, dass ihnen nun geistliche Pfründen übertragen worden wären. Das Streben nach Pfründen scheint für diese Gruppe der „Unzufriedenen“ nicht ausschlaggebend für ihre Teilnahme an der Revolution gewesen zu sein. Auch gelang es Doležalová, die Annahme, Säkularisierung und Laisierung seien prägende Tendenzen der böhmischen Reformation gewesen, durch ihre Studien zu relativieren. Unmittelbar nach der hussitischen Revolution existierte zwar ein Mangel an Geistlichen, dieser war aber durch Probleme der Kirchenverwaltung verursacht. Zudem wurde die Abnahme der Zahl geweihter Kleriker von der Bevölkerung aufgrund des Prestigeverlustes des geistlichen Standes nicht als negativ empfunden.

Den Kulturtransfer in den schwierigen Zeiten der Hussitenkriege beleuchtete Pavel Soukup (Prag) anhand einer Analyse hussitischer Predigten um 1400. Die Reformprediger griffen zur Begründung ihrer kirchenkritischen Thesen sowohl auf traditionelle theologische Nachschlagewerke wie auch auf die scholastischen Argumente anerkannter Pariser Theologen vor allem des 13. Jahrhunderts zurück. In ihren Augen war die Scholastik somit durchaus geeignet, die eigene Ausdeutung religiöser Inhalte zu verifizieren. Die Predigt selbst nahm in der hussitischen Bewegung eine zentrale Stellung ein, da sie eine adäquate Möglichkeit zur Verkündung der eigenen Interpretation der Wahrheit Christi darstellte. Aus diesem Grund war die freie Predigt für die hussitische Bewegung von enormer Bedeutung im Kampf um den öffentlichen Raum. Mit ihrem Anspruch auf ungehinderte Verkündigung religiöser Wahrheit stießen die Prediger jedoch auf den erbitterten Widerstand der Kirchenhierarchie, die die Kontrolle der Predigtstätigkeit zur Aufrechterhaltung ihrer Lehrautorität zu wahren suchte.

Von den hussitischen Predigern zum Alltag der Hussitenkriege leitete Michaela Bleicher (Freising) über, indem sie den Krieg im bayrisch-böhmischen Grenzgebiet in den Jahren 1421-1427 mittels einer Analyse der Straubinger Landschreiberrechnungen nachzeichnete. Im Vergleich zu den auf Reichsebene geführten Kreuzzügen waren die auf Landesebene ausgetragenen täglichen Kleinkriege wesentlich weniger stark religiös motiviert. Ihre Struktur ähnelte vielmehr den Fehden, die Verhandlungen mit dem Gegner und Lösegeldforderungen für Gefangene zuließen. Die grenznahe Bevölkerung konnte anfangs mit der finanziellen und personellen Unterstützung ihres Landesherrn rechnen, diese nahm aber mit der Dauer der Konflikte stetig ab. Grenznah lebende Adelige nahmen bei den Auseinandersetzungen eine Schlüsselrolle ein, da sie eigene Ziele verfolgten, die sich nicht selten am besten durch häufige Seitenwechsel erreichen ließen. Teilweise zogen sogar Hussiten und altgläubige Christen Seite an Seite in den Krieg, um zu plündern. Die

grenznahen Konflikte wurden deshalb auch nach den friedlichen Übereinkünften im Rahmen des Basler Konzils nicht beigelegt.

Die dritte Sektion „Architektur und Wandmalerei“ leitete der Kunsthistoriker Jan Royt (Prag) mit einem Vortrag über das Mäzenatentum des Prager Bischofs Johann IV. von Dražic (1301-1343) ein. Von seinem erzwungenen Aufenthalt am Papsthof in Avignon brachte Bischof Johann IV. südfranzösische Lebensformen, Kunst und Kultur nach Böhmen mit. Durch den Ausbau seiner Bischofsresidenz und der Bischofsstadt Raudnitz an der Elbe (Roudnice nad Labem) in französischem Stil und durch französische Baumeister wurde er zum Mittler dieser Kunst nach Böhmen und nahm eine wichtige Rolle bei der allmählichen Verschmelzung böhmischer Kunst mit den neuen französischen und italienischen Richtungen ein. Bischof Johann IV. stellte in seiner Heimat neben Johann von Luxemburg eine der wichtigsten Stifterpersönlichkeiten seiner Zeit dar und war auf diese Weise maßgeblich am Kunst- und Kulturtransfer beteiligt.

Magdalena Hamsiková (Prag) verfolgte anhand des Wirkens Lucas Cranachs des Älteren (1472-1553) und seiner Werkstatt die Wege des Kulturtransfers über protestantisch-katholische Konflikte hinweg. Ihr Interessenschwerpunkt lag auf der Rezeption und Ausbreitung der Cranachschen Vorlagen in Böhmen, die besonders früh und intensiv einsetzten. Dabei lassen sich zwei Phasen unterscheiden: zum einen der Wienaufenthalt Cranachs, bei dem er enge Verbindungen zum böhmischen Humanistenkreis um Maximilian I. pflegte, die für die erste Vermittlung seiner Kunst nach Böhmen sorgten; zum anderen Cranachs Zeit in Wittenberg, in der er für katholische Auftraggeber, aber auch für Martin Luther arbeitete. Durch die guten böhmisch-wittenbergischen Beziehungen gelangten auch seine Vorlagen dieser Schaffensphase nach Böhmen und können uns als Indikator der Verbreitung reformatorischen Gedankengutes dienen.

Als Abschluss der Tagung stellte František Záruba (Prag) die Burgen König Wenzels IV. vor. Wenzel setzte beim Bau seiner befestigten Residenzen in geografischer und gestalterischer Hinsicht erkennbar andere Schwerpunkte als sein Vater Karl IV. Seine Burgen charakterisiert ein moderner Festungsbau, und sie lassen wiederum ein einheitliches Baumuster erkennen, das viele stilistische Parallelen zu französischen und italienischen Bauwerken aufweist.

Die Diskussionen während der Tagung zeigten einmal mehr, dass sich tschechische und deutsche Wissenschaftler verschiedener Disziplinen mit ganz ähnlichen Fragestellungen und Problemen befassen. So wurden übergreifende Entwicklungen deutlich – aber auch, dass es in der Erforschung des Kulturtransfers zwischen Böhmen und dem Deutschen Reich noch einige Forschungsdesiderate gibt. Eine Anregung ging dahin, die wittenbergisch-böhmischen Verbindungen genauer zu untersuchen, um das Ausmaß des Kulturaustausches in dieser Region besser erfassen zu können. Eine Aufgabe, die vielleicht in der nächsten Tagung angegangen wird, die in Prag stattfinden soll.

SACRIFICE AND REGENERATION. THE LEGACY OF
THE GREAT WAR IN INTERWAR EASTERN EUROPE

In den letzten Jahren wurde verstärkt zu Kriegsfolgen und Kriegserinnerung nach 1918 im östlichen Europa geforscht. Um vorhandene Erkenntnisse zu diskutieren und neue Arbeiten zu präsentieren, fand vom 13. bis zum 15. September eine dreitägige Konferenz über „Aufopferung und Wiedergeburt. Das Vermächtnis des Ersten Weltkrieges im Osteuropa der Zwischenkriegszeit“ in Southampton statt. Veranstalter war das History Department der dortigen Universität unter der Leitung von Mark Cornwall. Diese Konferenz bildete den Abschluss einer langjährigen internationalen Zusammenarbeit zahlreicher Osteuropahistoriker, die sich bereits im Juni 2005 in Southampton und März 2007 in Budapest zu Workshops getroffen hatten. Die Fragestellung der letzten Zusammenkunft betraf die kulturell-mentale Transformation der ostmitteleuropäischen Gesellschaften in den 1920er Jahren unter der Nachwirkung des Weltkrieges. Die einschlägigen kulturgeschichtlichen Forschungen John Hornes und Jay Winters sollten um die bislang fehlenden ostmittel- und südosteuropäischen Komponenten ergänzt werden. Der Untertitel „Das Vermächtnis des Ersten Weltkrieges“ ließ den 26 Vortragenden (von drei Kontinenten) großen Raum in ihrer Themenwahl.

In seinem Eröffnungsvortrag umriss John Horne (Dublin) das weite thematische Feld der Konferenz und skizzierte die konkreten Aspekte, um die es in den folgenden Vorträgen ging. Als grundlegende Frage benannte Horne das Spannungsfeld zwischen der großen Leidenschaft, der Propaganda, der Massenmobilisierung und dem Massensterben im Krieg einerseits und der Notwendigkeit, nach Kriegsende Millionen von Soldaten, Veteranen, Invaliden, Witwen und Waisen in nunmehr friedlich-alltägliche Gesellschaften zu integrieren, andererseits. Hieraus ließe sich eine Reihe weiterer Fragen ableiten, so etwa nach den Formen der Erinnerung (u. a. Denkmäler und Friedhöfe), dem Umgang mit Kriegserlebnissen, der Eingliederung von Veteranen, der Deutung und Umdeutung des Krieges bzw. von Sieg und Niederlage, der individuellen oder kollektiven Trauer, dem Einfluss des Krieges auf die gesellschaftliche Lage der Frauen oder dem Weiterleben von Gewalt und von Männlichkeitsvorstellungen.

Die Vorträge des ersten Panels „Violence and the Politics of Defeat“ galten dem Fortleben der Gewalt nach Kriegsende. Zuerst stellte Tom Lorman (Cincinnati) mit seinem Beitrag über den Anteil ehemaliger Soldaten im ungarischen Parlament der Zwischenkriegszeit (zwischen 30-60 %) ein statistisches Gerüst zur Verfügung. Diese Soldaten trugen 1919/1920 oftmals zum Terror paramilitärischer Einheiten bei. Ihre Motivationen untersuchte Robert Gerwarth (Dublin) in einem Österreich, Ungarn und Deutschland einbeziehenden Vortrag. Dabei unterstrich er, dass die einstigen Soldaten nach dem verlorenen Krieg auf der Suche nach Sündenböcken waren, die sie in den „Fremden“, insbesondere der jüdischen Bevölkerung, aber auch den Frauen ausmachten. Nikolai Vukovs (Sofia) Interesse galt der Gewalt in der bulgarischen Nachkriegsgesellschaft. Die Niederlage, ökonomische und soziale Probleme und das Ideal nationaler Einheit benannte er als die Ursachen dafür, dass sich die fortwirkende Aggression bis in die Mitte der 1920er Jahre in Morden niederschlug.

Bezüglich der Frage der Gewalt wäre es in Zukunft sicherlich sinnvoll, danach zu fragen, in welchen Regionen und auf welche Weise die Pazifizierung der Trägergruppen von Gewalt möglich war.

Die zweite Sektion mit dem Titel „Commemoration of the Sacrifice“ begann mit Nancy Wingfields (Northern Illinois) Darstellung, wie in der Tschechoslowakei nach 1918 der Schlacht der tschechoslowakischen Legionäre bei Zborów (Juli 1917) mit Aufmärschen, Versammlungen, Gedichten, Liedern und Kriegsspielen gedacht wurde. Diese Schlacht wurde in die Tradition der Schlacht am Weißen Berg von 1620 gestellt; sie galt nachgerade als Gründungsakt der Republik. Die starke nationale Konnotation dieses Kriegsereignisses machte es den „unfreiwilligen Minderheiten“ der ČSR – Sudetendeutschen und Ungarn – nahezu unmöglich, an den Feierlichkeiten teilzunehmen. So lässt sich an der tschechoslowakischen Erinnerungspolitik in gewisser Weise die begrenzte Integrationsoption des Staates verdeutlichen.

Catherine Edgecombe (Southampton) zeichnete in ihrem Beitrag innerösterreichische Debatten über die „richtige Art“ der Kriegserinnerung nach. Dabei ging es um die Frage, ob diese Erinnerung eher österreichisch geprägt oder (groß-)deutsch sein sollte, sowie um politische Debatten zwischen Sozialdemokraten und Offizieren. Während Letztere auf ihrem Recht beharrten, ihrer Taten zu gedenken und forderten, 600 Jahre Geschichte der Habsburger nicht einfach aus dem kollektiven Gedächtnis zu löschen, sahen die Sozialdemokraten in einem positiven Bezug zu Österreich und dessen Verbindung mit dem Deutschen Reich rückwärts gewandtes Verhalten.

Der zweite Tag der Konferenz begann mit Vorträgen über „Regions under Former Occupation“. Christoph Mick (Warwick) befasste sich mit der Lage von Kriegsveteranen in Ostgalizien. Er zeigte, wie unterschiedlich Veteranen in Polen, das vor dem Krieg geteilt gewesen war, behandelt wurden, je nachdem auf welcher Seite sie gekämpft hatten. Die Höhe der Renten hing aber auch von ihrer Nationalität ab, so galten die Ukrainer Ostgaliziens als „Invaliden zweiter Klasse“. Jovana Knežević (Stanford) arbeitete in ihrem Vortrag heraus, dass sich die Lage der serbischen Frauen im Königreich Jugoslawien nach dem Krieg kaum verbesserte. Davon, dass sie während der Besetzung traditionelle Rollenmuster weitgehend abgelegt und Gleichwertigkeit mit den Männern demonstriert hatten, konnten die Frauen nicht dauerhaft profitieren. Patriarchale Verhältnisse – so Knežević – lebten weiter und die Diskurse über Frauen blieben von traditionellen Werten geprägt.

Zu ähnlichen Schlüssen gelangte auch Maureen Healy (Oregon State) im zweiten Panel des Tages über „Gender and Heroism“. Sie betonte, dass die von Frauen und Juden während des Krieges erbrachten Opfer in Österreich in den 1920er Jahren in Vergessenheit gerieten. Anders Ahlbäck (Helsinki) beleuchtete die Frage der „Aufopferung“ aus der entgegengesetzten Richtung: Er ging dem Einfluss der finnischen „Jäger“, einer im Deutschen Reich ausgebildeten Einheit von circa 1800 jungen nationalistischen Finnen, die zuerst im Baltikum und später im finnischen Bürgerkrieg gekämpft hatten, auf das Militärwesen nach. Nach dem Krieg dominierten einstige Mitglieder der „Jäger“ die finnische Armee und vermittelten als Offiziere einen regelrechten Kult der Jugend, der Leidenschaft und des sich selbst aufopfernden Kriegers. Pflichtgefühl, Vaterlandsliebe und das Ideal eines starken Körpers und

Charakters waren nur einige ihrer Leitprinzipien. Ahlbäck hinterfragte distanziert-kritisch den starken Nationalismus der „Jäger“, versäumte aber nicht zu erwähnen, dass die finnische Armee im Winterkrieg von 1940 ohne sie gegen die Sowjetunion chancenlos geblieben wäre.

Im dritten Abschnitt des Tages ging es um „Geographical Variants of Remembering“. Maria Bucur (Indiana) präsentierte die Ergebnisse ihrer Untersuchung über die Stellung und den Stellenwert öffentlicher Erinnerung in Rumänien. Ihr Vortrag kontrastierte den offiziellen rumänischen Nationaldiskurs der Zwischenkriegszeit, in dem der Krieg als Erfüllung jahrhundertealter Vereinigungsträume erschien, mit den tatsächlichen Formen der Erinnerung in der ruralen Gesellschaft vor allem des rumänischen Dorfes (teilweise aber auch bei den Minderheiten des Landes). Bucur konnte überzeugend darlegen, dass regionale Besonderheiten, transnationale und konfessionelle Vielfalt, Erinnerung in vielen Fällen abweichend von den Intentionen der politischen Zentrale formten. Die jeweiligen lokalen Kulte griffen dabei auf traditionelle und ritualisierte Formen des Totengedenkens zurück. Éva Fisli (Paris/Budapest) zeigte, wie in Ungarn, das sich als größter Verlierer des Ersten Weltkrieges betrachtete, das Ende des Krieges und der Verlust eines Großteils des Territoriums und der Bevölkerung als „zweites Mohács“ wahrgenommen wurde. In der Schlacht bei Mohács war 1526 die ungarische Armee im Kampf gegen die Osmanen untergegangen, das Land war danach für Jahrhunderte geteilt. Im Jahr 1926 nutzten vor allem rechtsorientierte ungarische Politiker den 400. Jahrestag der Schlacht für ihre revisionistische Propaganda. Der letzte Beitrag der Sektion über regionale Varianten der Kriegserinnerung ging mit Vesna Drapacs (Adelaide) Überlegungen zu Ende, die sich mit dem Spannungsfeld „Erinnerung“, „Macht“ und „Nation“ im Königreich Jugoslawien beschäftigten.

Das vierte und letzte Panel war den „Divided Memories“ in verschiedenen Regionen Ostmitteleuropas gewidmet. Laurence Cole (East Anglia) ging den verschiedenen Kriegserinnerungen im geteilten Tirol nach. Während das Narrativ der Deutschsprachigen von der ungerechten Niederlage und den vergebens erbrachten Opfern bestimmt war, sprachen die Italiener von der Befreiung des Trentino, von Eroberung und Italianisierung. Franz Horváth (Southampton) legte dar, dass die Kriegserinnerung der ungarischen Minderheit in Siebenbürgen eine geografisch wie zeitlich zweigeteilte war: Diejenigen Ungarn (vor allem die Soldaten), die sich nach 1918 in Ungarn niedergelassen hatten, um nicht in Rumänien leben zu müssen, suchten nach Sündenböcken, deuteten die Kriegsniederlage um und organisierten sich in Verbänden, um als Pressure-Group auftreten zu können. Das Gedenken der in Siebenbürgen verbliebenen Ungarn an ihre Gefallenen war dagegen unter den Umständen einer bedrückenden Minderheitensituation sehr verhalten. Das änderte sich nach dem Zweiten Wiener Schiedsspruch 1940, als Ungarn das so genannte Nord-siebenbürgen zurückerhielt. Die lokale ungarische Bevölkerung schloss sich den in Ungarn entwickelten nationalistischen und revisionistischen Formen des Gedenkens an, ohne sich dessen bewusst zu sein, dass dieses primär der Herstellung einer einheitlichen Kriegsgemeinschaft dienen sollte.

Gerade die Beiträge zu den „Divided Memories“ werfen mit Blick auf die offizielle Erinnerungspolitik der ostmitteleuropäischen Staaten die Frage auf, inwieweit

die unterschiedlichen Interpretationen des Krieges lediglich Ausdruck der bestehenden gesellschaftlichen Desintegration waren und inwieweit sie aktiv zu dieser Desintegration beitrugen.

Der dritte Konferenztag begann mit einem den Kriegsveteranen gewidmeten Abschnitt. Katya Kocourek (London) untersuchte die politische Haltung ehemaliger tschechoslowakischer Legionäre und zeigte, wie „linke“ und „rechte“ Verbände um die Deutungshoheit für Vergangenheit rangen, wobei in den 1920er Jahren das Gewicht rechtsorientierter Verbände zunahm. Paul Newman (Southampton) stellte die Lage der kroatischen Veteranen und deren Einfluss auf die Gesellschaft detailliert dar. Dabei ging er vor allem auf das Problem der Invaliden ein, die mit vielen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hatten und sich als zweitklassige Veteranen sahen. Auch die ehemaligen Offiziere der österreichisch-ungarischen Armee, die im Krieg auf der anderen Seite als die Jugoslawien dominierenden Serben gestanden hatten, kamen mit den neuen Verhältnissen, dem Statusverlust und ihrer Zwangspensionierung nicht zurecht. Sie wollten ihre tradierten Wertvorstellungen in einer eigenen Vereinigung pflegen, die jedoch von der Belgrader Regierung verboten wurde. Julia Eichenbergs (Tübingen) Vortrag bot die ideale Ergänzung zum Thema Christoph Micks vom Vortag, befasste sie sich doch mit dem Problem der polnischen Veteranen.

Im letzten Panel standen die Jugend, die Erneuerung der Gesellschaften und ihre Remobilisierung im Vordergrund. Mark Cornwall (Southampton) zeigte am Beispiel der Sudetendeutschen, wie nach dem Krieg einerseits auf Vorkriegserfahrungen aufgebaut wurde (Wandervogelbewegung), andererseits neue Komponenten, die auf die Kriegserfahrung referierten, wie die Todesgefahr und der Topos der Selbstaufopferung in die Narrative eingebracht wurden. Veteranen wie Konrad Henlein sahen ihre „geheilte Mission“ darin, die sudetendeutsche Jugend etwa in der „Jungmannschaft“ für den völkischen Kampf zu formen. Martin Zückert (München) schilderte die Ambition der tschechoslowakischen Armee, ein Gegenmodell zur Habsburgerarmee zu verwirklichen. Die Zielsetzung war, demokratisch orientierte und bewusste Soldaten auszubilden. In der Praxis spielte die auf die Legionäre des Weltkrieges zurückgeführte Militärtradition jedoch eine größere Rolle für die innere Ausrichtung des Heeres, was wiederum die Integration der Minderheiten erschwerte. Zückert verwies jedoch auch auf die Notwendigkeit, die Weiterentwicklung von Militärtraditionen und ihre mobilisierende Kraft für die Zeit der 1930er Jahre zu untersuchen. Valentin Săndulescu (Budapest) beendete schließlich das letzte Panel mit einem Vortrag über die rumänische „Eiserne Garde“. Eines der Ziele dieser Bewegung war, der Jugend Werte wie Maskulinität und Gesundheit nahe zu bringen, dazu organisierte man unter Einbeziehung von Kriegsveteranen Sportübungen, Arbeitslager und soziale Projekte.

Den Abschluss der Konferenz bildeten die resümierenden Bemerkungen Jay Winter (Yale). Ostmittel- und südosteuropäische Formen der Kriegserinnerung – so Winter – seien vor allem aufgrund der im Vergleich zum Westen viel höheren Kriegsverluste ein wichtiges Thema. Infolge des hohen angestauten Aggressionspotenzials (die Kriegshandlungen endeten an vielen Orten erst 1920-1921), tradierter Männlichkeitsvorstellungen und einer fortlebenden Ikonografie des Krieges sei

der Grad der „kulturellen Demobilisierung“ zudem niedriger gewesen als in den Gesellschaften Westeuropas. Winter wollte aber nicht so weit gehen wie George Mosse, der in dieser Brutalisierung der Lebenswelt die Ursprünge faschistischer Bewegungen verortete. Vielmehr verwies er einerseits auf ältere Traditionen der Konfliktlösung durch Gewalt, andererseits sprach er vom „Alptraum zerstörter Körper“ der Invaliden, die jahrelang das öffentliche Straßenbild bestimmten und nicht zuletzt die Veteranen, Witwen und Waisen an ihre Verluste und Erlebnisse erinnerten. Zudem betonte er, wie nötig gerade in dieser Hinsicht weitere Forschungen seien: Es wäre an der Zeit, endlich eine Kulturgeschichte des Ersten Weltkrieges aus transnationaler Perspektive zu schreiben und zugleich auch auf den Ebenen der Lokal- und Familiengeschichte Erinnerungsarbeit zu leisten.

Mit Jay Winters Resümee endete die Konferenz „Sacrifice and Regeneration“ und damit auch das an der Universität Southampton angesiedelte Projekt über Kriegserinnerung. Die Ergebnisse – die Dissertationen von Catherine Edgecombe und Paul Newman, sowie der Tagungsband dieser Konferenz – werden sicher zum besseren Verständnis der ostmitteleuropäischen Gesellschaften in der Zwischenkriegszeit beitragen. Neben der von Winter eingeforderten transnationalen und der mikrohistorischen Perspektive wird es für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Kriegserinnerung und Kriegsfolgen in Ostmitteleuropa wichtig sein, die Perspektive auf die Kriegsjugend- und Nachkriegsgeneration auszuweiten.

Southampton

Franz Sz. Horváth

DAS LEBEN IN PRAGER PALÄSTEN. ADELSPALÄSTE ALS BESTANDTEIL DES STÄDTISCHEN ORGANISMUS VOM MITTELALTER BIS ZUR GEGENWART

Vom 9. bis 11. Oktober 2007 fand im Marmorsaal des Palais Clam-Gallas in Prag die bereits 26. der inzwischen zur Tradition gewordenen wissenschaftlichen Zusammenkünfte statt, die das Archiv der Stadt Prag (Archiv hlavního města Prahy) gemeinsam mit dem Institut für Kunstgeschichte der Philosophischen Fakultät (Ústav pro dějiny umění Filozofické fakulty) und dem Institut für Internationale Studien an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Karls-Universität (Institut mezinárodních studií Fakulty sociálních věd Univerzity Karlovy v Praze) veranstaltet. Das Thema dieser Konferenz war von zwei bedeutenden Jahrestagen inspiriert: 2006 jährte sich der Geburtstag Johann Bernhard Fischers von Erlach zum 350. Mal und 2007 feierte sein bedeutendstes Prager Werk, das Palais Clam-Gallas, seinen ideellen 300. Geburtstag. Somit waren vor allem die einführenden Beiträge der Konferenz auch eine Einladung zu der Ausstellung „Das Palais Clam-Gallas (Architektur, Ausstattung, Leben in der Residenz) – Johann Bernhard Fischer von Erlach“, die dort bis Januar 2008 zu sehen sein wird.

Martin Krummholz führte die Anwesenden in die Baugeschichte, die Disposition der Räume und die Ausstattung des Palastes ein. Es folgte ein Exkurs in die Emblemantik, mit dem Lubomír Konečný (vertreten von Ivan Muchka) versuchte, die Inschrift zu erklären, die im Giebel über der Fassade angebracht werden sollte. Eine

lebhafteste Diskussion riefen die Beiträge von Ulrike Seeger über das Stadtpalais des Prinzen Eugen in Wien als Vorbild für das Prager Palais Clam-Gallas und Guido Hinterkeuser zu möglichen Einflüssen der Berliner Bauten Andreas Schlüters hervor.

Die folgende Sektion brachte allgemeiner angelegte Überlegungen. Das Spektrum reichte von der Grundrissdisposition barocker Paläste über die Organisation der Kommunikationssysteme und Regelungen des Mikroklimas (Petr Fidler am Beispiel des Palais Waldstein), die Wechselwirkungen von Funktion und Form der Wiener Residenzen und ihre Situierung in verschiedenen stadträumlichen Zusammenhängen (Hellmut Lorenz), die Beteiligung von Frauen an Entscheidungen über die Grundrissdisposition und die Konzeption der Interieurs (Milena Lenderová am Beispiel der Fürstin Paulina von Schwarzenberg) bis hin zu der Frage, welchen Beitrag die Interpretation der Ausstattung mit Malereien für die Bestimmung der Raumfunktionen leisten kann (Ladislav Daniel am Beispiel des Palais Sternberg). In der Diskussion ging es insbesondere um Adaptionen von Palästen im Zuge des Betriebs privater Theater. An die Adresse des letzten Referenten ergingen aber auch kritische Rückfragen, so wurde bezweifelt, dass wirklich Stallungen in engster Nachbarschaft der Kapelle existiert haben können. Die Sektion beschloss Petr Fidler mit der These, dass ein gebildeter Bauherr und seine Ansprüche für die Gestalt des Palastes weitaus entscheidender sein konnten als der Architekt.

Die Nachmittagssitzung eröffnete Martin Krummholz, der sich mit den Persönlichkeiten der Herrschafts- und Hofbeamten der Gallas und deren Kontakten zu Bauherren und den Künstlern befasste, die für diese tätig waren. Marie Mžyková widmete sich dem Schicksal des bedeutendsten Vertreters des Geschlechts Clam-Gallas, dem Grafen Eduard. In seinen Ausführungen über die Rüstkammer der Czernin erläuterte und illustrierte Vítězslav Prchal die Präsentation des gesellschaftlichen Status und der finanziellen Möglichkeiten barocker Adliger über Militaria. Jiří Kubeš erinnerte indessen am Beispiel des Palais Colloredo auf der Prager Kleinseite an die Bemühungen, die manche böhmische Adlige unternahmen, um Aufnahme am Wiener Hof zu finden, und an das Schicksal ihrer kaum genutzten Prager Luxusresidenzen.

Die folgenden Referenten der Sektion gingen auf verschiedene Aspekte der Ausstattung von Palästen ein, zur Sprache kamen neben den Interieurs der Hauskapellen im mittelalterlichen Prag (Jan Royt) illusionistische Architektur, figürliche Malereien und die Dekoration von Gewölben im 17. Jahrhundert (Martin Mádl), ferner die aufwändige Einrichtung des Palais Thun auf der Prager Kleinseite im Jahr 1720 (Lubomír Slavíček) sowie die architektonischen Veränderungen von Prager Palästen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts (Richard Biegel). Lubomír Slavíček vertrat die Ansicht, dass die Dekoration und Ausstattung der Interieurs nicht nur den Anforderungen der Repräsentation entsprach, sondern den Bauherren auch persönliches Vergnügen und Freude bereiteten. Eine gelungene Ergänzung dieser einführenden Sektion bildete die Führung durch das Palais Clam-Gallas, die Martin Krummholz am Abend des ersten Konferenztags anbot.

Die Sitzung am Mittwoch eröffnete Jennifer Verhoeven, die über den Einfluss des Palais Thurn und Taxis auf die Gestaltung zeitgenössischer Bürgerhäuser und Aus-

spanngasthöfe in Frankfurt am Main sprach. Daran knüpften Vorträge an, die den markantesten Pressburger Palästen des 18. Jahrhunderts gewidmet waren (Lubomíra Fašangová, Anna Fundárková) oder sich mit den adeligen Wohnsitzen in den slowakischen Königsstädten befassten, deren äußere Gestaltung auch von ihrer wirtschaftlichen Funktion geprägt war (Diana Dikáčzová).

Im folgenden Referatblock, der Palästen als Schauplätzen musikalischer Aufführungen galt, wurden Beispiele aus Krakau (Anna G. Piotrowska über das Palais Pustowski), Bratislava (Darina Múdra) und anderen slowakischen Städten (Janka Petőczová) vorgestellt, wobei auch einige Proben zeitgenössischer Musik präsentiert wurden. Václav Kapsa ergänzte dieses Mosaik durch eine Vorstellung von Mitgliedern der Hofkapelle des Grafen Wenzel Morzin. Alle Referenten hoben das hohe künstlerische Niveau der Hofkapellen hervor, von dem auch die mitunter technisch überaus komplizierten Kompositionen zeugen, die eigens für Mitglieder dieser Kapellen geschrieben worden waren.

Die Nachmittagssektion war Krakau gewidmet. In einem weiten zeitlichen Horizont, der vom 14. bis zum 18. Jahrhundert reichte, stellten die Referenten hier die Ergebnisse ihrer Forschungen zu den Veränderungen der städtischen Bebauung vor. Sie legten den Akzent auf das äußere Erscheinungsbild und den Standort der Adelsresidenzen in der Stadt und konstatierten eine allmähliche Verlagerung aus der Nachbarschaft der königlichen Residenz (Wawel) zum Rynek hin, dem zentralen Marktplatz (Waldemar Komorowski, Bogusław Krasnowolski, Kamila Follprecht). Marek Walczak wies auf das Stadtpalais Kasimirs des Großen in Krakau und das heraldische und ikonografische Programm seiner bildhauerischen Dekoration hin.

In der Diskussion wurde die Bedeutung der Begriffe „Palais“ und „Stadthaus“ reflektiert. Man einigte sich darauf, als ausschlaggebenden Faktor für die Verwendung des Begriffs „Palais“ nicht die Bezeichnung anzusehen, unter der ein Bau in den Quellen figuriert, sondern die Funktion, die er erfüllte. Agnieszka Sugalska sprach über das Phänomen der Breslauer Einkehrhäuser der schlesischen Fürsten und Małgorzata Wyrzykowska über die Gestaltung der Barockpaläste der lokalen Aristokratie und der nach Breslau entsandten kaiserlichen Beamten. Am Beispiel des ikonografischen Programms der Zeremonialräume der Prälatur in Hradisko bei Olmütz (Olomouc) erläuterte Pavel Suchánek, dass die Ausstattung nicht nur der Erhöhung des Bauherrn diene, sondern auch dessen soziale und politische Kontakte zu den Nachbarn festigen konnte. Der frühe Abend schließlich gehörte den Adelsresidenzen im Warschau des 18. und 19. Jahrhunderts (Dariusz Główka, Elżbieta Mazur, Anna Krysztofiak, Magdalena Bąk).

Die einführenden Referate des letzten Konferenztags brachten zahlreiche Beispiele für den Wandel des Palastbaus im 19. Jahrhundert: So wurden die repräsentativen Bauten der Wiener städtisch-bürgerlichen Eliten thematisiert (Andreas Nierhaus), es kamen verschiedene Typen adeliger Residenzen im Herzogtum Schlesien zur Sprache (Krzysztof Gajdka) und nicht zuletzt das Erzbischöfliche Palais auf dem Hradschin (Josef Kropáček). Inspirierend war vor allem die Präsentation der Umgestaltungen des Palais Coburg in Wien, welche durch die sich wandelnde soziale Stellung seiner Eigentümer bedingt waren (Richard Kurdiowsky). Auch der Beitrag von Michaela Freemanová, die den böhmischen Adel am Beispiel des so genann-

ten Karussells als Organisator karitativer kultureller Unternehmungen vorstellte, rief große Aufmerksamkeit hervor.

Der folgende Referatblock galt der Gestalt bürgerlicher Wohnhäuser und Paläste. Kateřina Jišová skizzierte die Situation in der Prager Neustadt nach den Husitenkriegen. Renata Skowrońska-Kamińska sprach über das Phänomen der Thorner Bürger-Ritter, deren außerhalb des Patrimoniums der Stadt gelegene Besitzungen gewisse Privilegien mit sich brachten und sie zu einer dem Ritterstand nahe stehenden exklusiven Schicht machten. Urszula Sowina untersuchte stichprobenartig Veränderungen im Lebensstandard des Krakauer Patriziats im 15. und 16. Jahrhundert. Besonders die Feststellung, dass ein höheres Lebensniveau des örtlichen Patriziats schwer nachzuweisen ist, regte zur Diskussion an. Auch der Beitrag von Helena Peřinová, die zeigte, welche entscheidende Bedeutung die unterschiedliche gesellschaftliche Stellung von Neubürgern in Prag und Nürnberg der Spätrenaissance für die Gestaltung ihrer Häuser hatte, rief lebhaft Debatten hervor. Peřinová zufolge versuchten die Nürnberger Ratsherren, über die Regulierung der Bautätigkeit in der Stadt ihre eigene Position zu sichern. Eine Verbindung dieser Bestrebungen mit der gegen den Luxus gerichteten Gesetzgebung der Zeit schloss die Referentin allerdings eindeutig aus.

Der abschließende Block der Tagung war den Veränderungen städtischer Residenzen im 18. Jahrhundert gewidmet. Anja Wildenhayn führte am Beispiel von durch die zeitgenössische Palastarchitektur inspirierten Leipziger Bürgerhäusern die wachsenden Repräsentationsansprüche des reichen Bürgertums vor. Sandra Maria Rust dokumentierte anhand einer Serie erhaltener Entwürfe die allmählichen Veränderungen in der Gestaltung des Palais Thinnfeld, der Residenz des Industrieunternehmers Anton Balthasar Thinn von Thinnfeld im steirischen Graz; Ewa Barylewska-Szymańska referierte über Baugestalt und Ausstattung der Häuser reicher Bürger und polnischer Adliger in Danzig (Gdańsk). Verdiente Aufmerksamkeit erhielt der Beitrag von Hana Vobrátílková, die auf der Grundlage von Visitationsprotokollen des Theresianischen Katasters eine detaillierte Charakteristik der Häuser der bürgerlichen Eliten in der Prager Altstadt erarbeitet hatte. In der Abschlussdiskussion wurde die These formuliert, dass die zeitgenössischen Bezeichnungen „Palais“ bzw. „Palast“ und „Haus“ in erster Linie durch die soziale Herkunft des Besitzers bedingt waren.

Die Beiträge der Konferenz werden in der 28. Nummer der „Documenta Pragensia“ veröffentlicht.

Praha

Martina Maříková

ZWEIERLEI 1968? DIE UMBRUCHJAHRE 1968 UND 1989
IN DEUTSCHEN UND TSCHECHISCHEN
SCHULBÜCHERN

Mit den Jahreszahlen „1968“ und „1989“ verbinden sich epochale Einschnitte in der europäischen, der deutschen und auch der tschechischen (und slowakischen) Geschichte. Die mit dem Jahr 1968 verbundenen Umbrüche der Studenten- und Jugendrevolte in der (alten) Bundesrepublik wie im ganzen „Westen“ samt der Folgeereignisse vom „Marsch durch die Institutionen“ bis hin zum Terror der RAF einerseits, der „Prager Frühling“ und seine Niederschlagung durch die Panzer des Warschauer Paktes andererseits stellten nicht nur eine Kulturrevolution dar. Sie waren im Rückblick auch die vielleicht bis dahin deutlichste Infragestellung der Nachkriegsordnung. Die friedliche Revolution in der DDR – wo sowohl die bundesdeutschen als auch die tschechoslowakischen Ereignisse von 1967/68 einen noch viel zu wenig erforschten Widerhall gehabt hatten –, der Mauerfall und die „Samtene Revolution“ der Tschechen und Slowaken bereiteten dann 1989 der Nachkriegsordnung in der Mitte Europas ein Ende.

So weit in knappster Form die in der Bundesrepublik gängige, zwar keineswegs unumstrittene, aber vorherrschende und nicht zuletzt auch in den meisten deutschen Schulbüchern vertretene Narration zu diesem wahrhaft zeitgeschichtlichen Themenkomplex, der die meisten Menschen auch als Zeitzeugen betrifft und berührt: Alle über 25-jährigen haben die 1989er, alle über 45-jährigen auch die Ereignisse von 1968 – und sei es aus der Ferne – noch selber miterlebt. Akteure, die sich in Zeitzeugen verwandelt haben, bestimmten gerade in den letzten Monaten – angesichts einer ganzen Kette von 40. Jahrestagen – die oft heißen Diskussionen in der Öffentlichkeit in allen Teilen Europas. Dies galt auch für die Mitglieder und die meisten Gäste der 10. Deutsch-Tschechischen Schulbuchkonferenz, die mit dem Titel: „Epochenjahre 1968/1989: Politische und soziale Bewegungen, Ziele, Resultate im deutsch-tschechoslowakisch-europäischen Kontakt und Vergleich“ vom 18. bis zum 21. Oktober im ostböhmischen Pardubice (Pardubitz) stattgefunden hat. Einzelne Teilnehmer waren sogar „doppelte“ Zeitzeugen, da sie Gelegenheit gehabt hatten, die Ereignisse des Jahres 1968 auf beiden Seiten der damals durchlässiger gewordenen Grenze zu beobachten.

So bestimmte denn vor allem ein Thema die Gespräche im gewaltigen Renaissanceschloss dieser schönen Stadt, das der Organisator der Konferenz auf tschechischer Seite, Zdeněk Beneš von der Karls-Universität in Prag zusammen mit seinen Kollegen von der Pardubitzer Universität, als Tagungsort hatte „gewinnen“ können: War „1968“ ein gemeinsames Phänomen in Ost und West oder ein zufälliges Zusammentreffen unterschiedlicher Phänomene? Aus tschechischer Sicht gelte, unterstrich Beneš in seinem Vortrag zu den Jahren 1968 bis 1970 als Generationserlebnis, „wer die August-Okkupation erlebt hat, kann sie niemals vergessen“. Der Einmarsch der Panzer scheidet die „goldenen sechziger Jahre“ und den „Prager Frühling“ scharf von der so genannten „Zeit der Normalisierung“, in der etwa zwei Millionen Tschechen und Slowaken direkt von Repressionen betroffen gewesen seien. In Deutschland dagegen gebe es, wie Bodo von Borries von der Universität

Hamburg in seinem Beitrag „Zeitzeugenschaft und Schulbuchmaterial zu 1968. Zwischen Lehrgang und Projekt“ hervorhob, keine verbindliche Deutung und Wertung der – aus ganz anderen Quellen gespeisten – Ereignisse dieser Zeit in der Bundesrepublik (anders als man nach Lektüre der heutigen Schulbücher und Unterrichtsmaterialien glauben könnte); das Spektrum reiche von der Vorstellung von einer „zweiten Gründung“ der westdeutschen Demokratie bis zum Vorwurf des Linksfaschismus. Was aber in der Gesellschaft kontrovers sei, müsse auch in der Schule kontrovers sein.

Gibt es aber nicht doch auch gemeinsame Strömungen zwischen diesen zwei 1968? Rüdiger Ritter (Freie Universität Berlin) verwies in seinem Vortrag „1968 und der Wandel der Protestkultur in der BRD und der ČSSR“ auf die „länderübergreifende Protestkultur“ gegen das „Establishment“, die es eben auch im staatssozialistischen Osteuropa gegeben habe, auf neue Symbolsysteme und gemeinsame Ausdrucksformen von Protest gerade auch auf musikalischem Gebiet; Individualisierung und Befreiung von Konventionen seien auch im Osten Europas wirksam gewesen. Musikalische Ausdrucksformen des Protestes seien zunächst der Jazz, dann auch Rock'n Roll, Beat und Rock gewesen. Trotz des Widerstandes von staatlicher Seite sei die Rockmusik schnell zur wichtigsten musikalischen Artikulationsform überhaupt geworden, gefolgt von den Liedermachern und dem Jazz. Das Ziel der Protagonisten der neuen Musikstile aber sei auch in der ČSSR letztlich die Etablierung eines alternativen Lebensstils gewesen – und auch von hier habe der Weg zur Charta 77 geführt. Auf diesem Themenfeld besteht auch in Zukunft noch viel Diskussionsbedarf – nicht nur für die Gemeinsame Deutsch-Tschechische Schulbuchkommission.

Wie tief in beiden Ländern noch der Graben zwischen dem Voranschreiten der Forschung und der schulischen Praxis ist, beleuchteten die anderen Vorträge der Tagung näher. Dagmar Hudecová (Plzeň/Pilsen) berichtete über den Stellenwert der Zeitgeschichte im gegenwärtigen tschechischen Geschichtscurriculum nach den Schulreformen der letzten Jahre, bei denen wie anderswo auch ein Schwerpunkt auf der Stärkung der so genannten Schlüsselkompetenzen der Schüler gelegen habe. Problematisch sei die lineare Anordnung des Stoffes im Geschichtsunterricht, die dazu führe, dass die Zeitgeschichte als letztes Themengebiet behandelt werden müsse, was dann häufig nur noch unter Zeitdruck oder gar nicht mehr möglich sei. Eine Erhebung Ende der 1990er Jahre habe ergeben, dass damals etwa 20 Prozent der tschechischen Schüler mit dem 20. Jahrhundert überhaupt nicht vertraut gemacht worden seien. Auch heute noch hielten die Lehrer in Bezug auf die Zeitgeschichte das Curriculum zu oft nicht ein; dabei sei das Lieblingsargument, die „Zeitnot“, häufig vorgeschoben. Tatsächlich seien der „Widerwillen und die Unlust der Lehrer, sich mit der neuesten Zeit zu befassen“ ausschlaggebend, hinter denen häufig eine positivistische Geschichtsanschauung (im Gefolge Pekařs) stehe, nach der Zeitgeschichte „nicht eigentlich Geschichte“ sei. Manche Parallelen zur Entwicklung in Deutschland – an dessen Schulen die „Unlust, Wissen in Meinung umzusetzen“, wie Manfred Alexander (Köln) dies formulierte, auch nicht unbekannt sei, liegen auf der Hand – insbesondere was die Behandlung der Geschichte der DDR im Unterricht betrifft.

Eine Verbesserung des Schulunterrichts zur Zeitgeschichte erwarten sich die tschechischen Experten nicht zuletzt von der oral history. Miroslav Vaněk (Zentrum für oral history am Institut für Zeitgeschichte, Prag) berichtete zunächst über die Etablierung dieses Zweiges historischer Forschung nach der Wende in der Tschechischen Republik, bei der eher an die angloamerikanische Tradition angeknüpft worden sei als an tschechoslowakische Vorgänger. Man veranstalte neuerdings Kurse für Lehramtsstudenten über oral history – z.B. an der Universität Olomouc (Olmütz) – und zunehmend gebe es einschlägige Schulprojekte. Durch letztere könne man besonders gut Interdisziplinarität in den Geschichtsunterricht einführen, und bei guter Anleitung der Schülerinnen und Schüler könnten diese selbständige Projekte etwa zur „Normalisierungszeit“ umsetzen und auch – wie durch Ausstellungen oder Artikel für die lokale Presse – einer weiteren Öffentlichkeit vermitteln. In der Diskussion von Vaněks Beitrag wurde allerdings vor zu optimistischen Erwartungen gewarnt. Die Bewertung von Zeugenaussagen – so Bodo von Borries – sei eine der Kompetenzen, die Schüler erst noch erwerben müssten.

Die Analyse der aktuell in Gebrauch stehenden Geschichtsschulbücher in Deutschland zur Behandlung der Epochenjahre 1968 und 1989 wurde von Blažena Gracová (Universität Ostrava/Ostrau), die der in Tschechien von Heidrun Dolezel (Rosdorf) geleistet. Die deutschen Bücher, so Gracová, zeichneten sich bei der Behandlung der tschechischen Ereignisse leider vor allem durch viele kleine Fehler und Ungenauigkeiten aus. Dem „Prager Frühling“ wie der „Samtenen Revolution“ werde nur relativ geringer Raum eingeräumt; wie in den anderen Epochen auch stehen die Ereignisse in Polen und Russland eher im Blickfeld der deutschen Schulbuchautoren. Informationen über das Leben in der ČSSR im Zeitalter der „Normalisierung“ enthalte nur ein einziges Buch; die Möglichkeiten des Vergleiches mit der DDR werden also nicht genutzt. In Tschechien seien die ersten nach der Wende erschienenen Schulbücher auch zu den Ereignissen von 1968 mit Informationen überfrachtet gewesen, zudem hätten die Verfasser häufig ihre Emotionen zu diesem Thema nicht verbergen können. In den Büchern der zweiten Generation nach der Wende, die heute noch Verwendung fänden, sei die desolante Lage der Wirtschaft der Ausgangspunkt; nur in einem Buch werde etwa der Person Alexander Dubčeks oder dem westlichen Interesse an einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ Aufmerksamkeit gewidmet. Erstaunlich sei, hob Heidrun Dolezel vor, mit welcher „Selbstverständlichkeit“ die tschechischen Schulbuchautoren, die anders als in Deutschland aus der Forschung kommen, das Interesse der heutigen Schülergeneration an 1968 und den Folgen voraussetzten; manchmal schein es, als würden sich diese Bücher eher an die Eltern der Schüler wenden als an diese selbst. Wirkliche Verbindungen zwischen den Entwicklungen in Ost und West stellt für das Epochenjahr 1968 keines dieser Bücher her.

Die Gemeinsame Deutsch-Tschechische Schulbuchkommission konnte mit dieser von allen Teilnehmern als ertragreich beurteilten Konferenz nicht nur eine erste Bestandsaufnahme darüber vorlegen, wie die Ereignisse der Epochenjahre „1968“ und „1989“ in den Geschichts- und Sozialkundebüchern beider Länder heute behandelt werden. Sie hat auch aufzeigen können, wie groß sich die Kluft zwischen aktuellen Forschungsthemen und -ergebnissen gerade bei diesen bedeutenden Problemen

der Zeitgeschichte darstellt. Auch wurde deutlich, wie notwendig und zugleich schwierig die Loslösung von der eigenen Zeitzeugenschaft bei der Behandlung dieser Themen ist. Nun wird es darum gehen müssen, Vorschläge für ihre zeitgemäße Behandlung zu erarbeiten. Die Konferenzbeiträge sollen in tschechischer wie deutscher Sprache publiziert werden. Die Frage aber, welche der in Schulbuch und Geschichtsbewusstsein gängigen Narrative im Lichte der in beiden Ländern höchst aktiven Zeitgeschichtsforschung überholt sind und modifiziert werden müssen, wird uns alle weiter begleiten.

Braunschweig

Andreas Helmedach

ZUKUNFTSVORSTELLUNGEN UND STAATLICHE PLANUNG IM SOZIALISMUS: DIE TSCHECHOSLOWAKEI IM OSTMITTELEUROPÄISCHEN KONTEXT 1945-1989.

Ende der 1960er Jahre besuchte Fritz Beer, der im März 1939 vor den Nationalsozialisten aus der Tschechoslowakei geflohen war, sein Heimatland zum ersten Mal wieder. Er kam als britischer Journalist, voller interessierter Anteilnahme an dem reformsozialistischen Experiment und zugleich, wie er selbst schrieb, mit dem Blick eines Beobachters, der das Land „und seine Gesellschaft noch oder wieder mit den Augen betrachten“ konnte, „mit denen seine heutigen Herrscher und ich sie vor dem Krieg als Vision gesehen hatten.“¹ Die Bilanz mehrerer Aufenthalte in Prag und zahlreicher Gespräche mit Funktionären, Künstlern und einfachen Bürgern führte Beer zu dem Schluss: „Die Zukunft funktioniert noch nicht“. Ein niederschmetterndes Urteil, schließlich leitete kein anderes säkular begründetes politisches System seine Legitimation in einem so hohen Maß von dem Versprechen auf eine bessere Zukunft ab wie der Staatssozialismus. Die tiefe Krise, in die die Tschechoslowakei in den 1960er Jahren geriet und auf die die Reformer zu reagieren suchten, war folglich auch eine Krise der Zukunftsantizipation. Vor allem aber stellte sie die Mechanismen in Frage, die seit 1945 geschaffen worden waren, um das Land Schritt für Schritt zum Sozialismus und schließlich zum Kommunismus zu führen: die wissenschaftlich fundierte Planung für alle Bereiche gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens.

Mit Zukunftsvorstellungen und staatlicher Planung in der Tschechoslowakei befasste sich die diesjährige Bad Wiesseer Konferenz des Collegium Carolinum (22.-25.11.2007). Vor einem breiten zeitlichen Horizont, der vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Ende des Staatssozialismus reichte, wurde der Frage nachgegangen, welche Zukunfts- und Zeitvorstellungen mit dem sozialistischen Projekt verknüpft waren, wie diese in Planungsdiskussionen reflektiert und in Planungsszenarien übersetzt wurden. Es ging also nicht nur um konkrete Produktionsziffern, wie sie in Plänen unterschiedlicher zeitlicher Reichweite vorgelegt wurden, sondern auch um die propagandistische Funktion und mitunter mythische Wirkung des Plans im

¹ Beer, Fritz: Die Zukunft funktioniert noch nicht. Ein Porträt der Tschechoslowakei 1948-1968. Frankfurt/M. 1969, 12.

Sozialismus. Gerade in Hinblick auf die Zeit nach 1968 und die „Mühen der Ebenen“, die die 1970er und 1980er Jahre bestimmten, rückten neben Reformdiskussionen aber auch neue, ex negativo formulierte Zukunftsszenarien in das Blickfeld; denn auf die Erosion des Utopischen folgte neben den kleinen Glücksversprechen des modernen sozialistischen Konsumismus auch eine zunehmende Verarbeitung von Bedrohungspotentialen in der Folge von Ressourcenknappheit, Umweltzerstörung und atomarer Hochrüstung.

In der einführenden Sektion steckten Gereon Uerz (Essen), Stefan Plaggenborg (Bochum) und Martin Schulze Wessel (München) das Untersuchungsfeld ab und schufen damit den weiteren Referenz- und Vergleichsrahmen für die sozialistische Tschechoslowakei: Uerz führte die Fähigkeit zur Vorstellung von Zukunft und das Verlangen, diese zu gestalten und zu planen, als anthropologische Konstante vor. Zu allen Zeiten, so Uerz, hätte die Vision einer „guten Zukunft“ Menschen mobilisiert und dazu gedient, schlechte Gegenwart zu kompensieren und gesellschaftliche Inklusion und Exklusion zu organisieren. Doch erst in der Moderne, im Zuge der allmählichen Emanzipation des Zukunftsdiskurses von seinen religiösen Wurzeln, habe sich ein konstruktivistisches Zukunftsverständnis etablieren können. Seit der Französischen Revolution lägen die „Orte der Zukunft“ nicht länger in utopischen Endzuständen, sondern gewissermaßen in der Hand der Menschen selbst. Marx' Kritik am Utopismus der frühen Sozialisten habe diese Wende zum aktiven Kampf um eine Zukunft, die als unmittelbar bevorstehende verstanden wurde, zugleich bestätigt und forciert.

An diese Beobachtung eines neuen Zeitverständnisses knüpfte Stefan Plaggenborg mit seinen Ausführungen über den allmählichen Verlust der Zukunft in der Sowjetunion direkt an. Hätten die Bolschewiki während der ersten Fünfjahrespläne in dem Gefühl extremer Beschleunigung gelebt, getrieben von dem Wunsch, die einzelnen Etappen auf dem Weg zur sozialistischen Zukunft möglichst abzukürzen und die Gegenwart im Zeitraffer zu überwinden, lasse sich seit Mitte der 1930er Jahre ein Prozess der „Verstetigung der Gegenwart“ beobachten. Das dynamische Zeitverständnis sei von einem zyklischen abgelöst worden; immer neue Wortkreationen für die Beschreibung des Erreichten und seiner Standortbestimmung in Bezug auf das Ziel hätten dieses Phänomen einer „vergangenen Zukunft“ ebenso angezeigt wie die Wiederkehr der Vergangenheit, die sich in allen späten sozialistischen Gesellschaften in Form eines gewachsenen Geschichtsbewusstseins niedergeschlagen habe.

Martin Schulze Wessel warf die Frage auf, was der Transfer des sowjetischen Zeitverständnisses auf ostmitteleuropäische und speziell tschechoslowakische Zukunfts- und Planungsvorstellungen nach 1945 bedeutete. Er warb dafür, bei allen Ähnlichkeiten der Mechanismen wie auch der Inszenierung und Semantik des sozialistischen Planwesens nicht vorschnell „Sowjetisierung“ zu diagnostizieren und von monolithischen Gesellschaften, Herrschaftsapparaten und Wissenschaftslandschaften auszugehen. Vielmehr gelte es neben den Unterschieden, die Schulze Wessel unter anderem in einer auffallend starken Präsenz von Vergangenheit in den Legitimationsfiguren wie Zukunftsdiskursen der ČSR verortete, auch die endogenen Wurzeln und nationalen Kodeterminanten des Transformationsprozesses seit 1945 zu berücksichtigen. Charakteristisch für die Tschechoslowakei seien neben der Rezep-

tion der Futurologie und einer empirisch gestützten Diagnostik auch eine frühe Infragestellung von Planung und die skeptische Abwendung von der Utopie und ihren Machbarkeitsvisionen gewesen.

Der Anspruch auf radikale Veränderung schlug sich, so Ulf Brunnbauer (Berlin) in seinem Kommentar zur folgenden Sektion „Der neue Mensch“, in einem dezidiert interventionistischen Ansatz in der Gesellschafts- und Sozialpolitik nieder. „Homogenisierung“ fungierte dabei als Leitvorstellung. Celia Donert (Florenz) zeichnete am Beispiel der tschechoslowakischen Politik gegenüber den Roma von den 1950er bis zu den 1980er Jahren das geplante Verschwinden dieser ethnischen Gruppen nach, das – je nach Klassifikation in entsprechende Kategorien der angenommenen Integrationsfähigkeit – durch Assimilation, „Verbesserung durch Erziehung“ und repressiv-eugenische Maßnahmen herbeigeführt werden sollte. Auch in der Grenzlandpolitik galt die Überwindung von Differenz, wie Matěj Spurný (Prag) aufzeigte, als Grundbedingung für die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft. Das Argument, mit dem die Politik der de facto multinationalen Grenzlandgesellschaft begegnete, war dabei nicht unbedingt nationalistisch, vielmehr galt das Nationale als Residuum einer überkommenen Zeit und als gegenläufig zur sozialen Transformation. Ging es in den ersten beiden Beiträgen um die Beseitigung von als abweichend Verstandenem, präsentierte Martin Franc (Prag) in seinem Vortrag über den Biologen Ivan Málek, eines glühenden Anhängers der Theorien Lysenkos und Mičurins, biomedizinische und -politische Visionen für eine Zukunft, in der alle Menschen einer Gesellschaft durch die bestmöglichen Lebensbedingungen die bestmöglichen Entfaltungsmöglichkeiten erhalten sollten.

Die folgende Sektion war „Großprojekten des Sozialismus“ gewidmet. Anna Bischof (München/Prag) diskutierte am Beispiel der Uranminen von Jáchymov, deren Nutzung sich die UdSSR bereits Ende 1945 in einem Vertrag mit der Tschechoslowakei gesichert hatte, die sich wandelnden Zukunftsvorstellungen und -hoffnungen der tschechoslowakischen politischen Eliten und gelangte zu der These, dass in der zeitgenössischen Perspektive wirtschaftliche Argumente eine vorrangige Rolle spielten. Dennoch war Jáchymov ein Tabuthema. Ganz anders die folgenden „Großprojekte“, die in ihrer Zeit mit gewaltigem propagandistischem Aufwand in Szene gesetzt wurden: Stefan Albrecht (Mainz) stellte das ehrgeizige Luftfahrtprogramm der Tschechoslowakei vor, das seit den späten 1950er Jahren von der ökonomischen und politischen Realität des Landes eingeholt wurde; Ivan Jakubec (Prag) sprach über die Planung der Verkehrsinfrastruktur seit 1945. Ulrich Best (Chemnitz) schließlich konzentrierte sich mit dem grenzüberschreitenden „Sojus-Energieprojekt“ auf die 1970er und 1980er Jahre. In einer reich bebilderten Präsentation führte er die visuelle Umsetzung von Technik und Zähmung der Landschaft, Völkerfreundschaft und Zusammenarbeit im RGW, Arbeit und Männlichkeit vor, kam aber auch auf die Realität hinter diesen immer gleichen Bildern und die Konkurrenz von Visionen zu sprechen.

In seinem Kommentar hob Martin Geyer (München) zum einen darauf ab, dass die heutigen Narrative über den Sozialismus primär von dessen Ende und Scheitern her strukturiert seien, was den Blick auf die Perspektiven und Erwartungshorizonte der Zeitgenossen, nicht selten aber auch auf die reale Wirkung politischer und wirt-

schaftlicher Entscheidungen in ihrer Zeit verstelle. Zum anderen regte er an, „Orte der Zukunft“ und „Orte der Moderne“ herauszuarbeiten, an denen die Brüche mit der Vergangenheit wie die Traditionslinien, aber auch ost-westliche Konvergenzen trennschärfer diskutiert werden könnten.

Den Samstagmorgen eröffneten Jaroslav Kučera (Prag) und Jaromír Balcar (München) mit einem gemeinsamen Referat über die wirtschaftliche Umgestaltung, die die Tschechoslowakei zwischen Kriegsende und den frühen 1950er Jahren durchlaufen hatte. Der gängigen Anschauung, in der Volksdemokratie der Jahre 1945 bis 1948 sei intensiv nach einem eigenständigen Wirtschaftsmodell – sozusagen einem „dritten Weg“ mit Elementen wirtschaftlicher Demokratie – gesucht worden, der unter sowjetischem Druck habe aufgegeben werden müssen, setzten sie die These von einer Entwicklungslogik hin zur Planwirtschaft entgegen: Bereits mit dem Entschluss zur umfassenden „Nationalisierung“, vor allem aber durch den 1946 verabschiedeten Zweijahresplan für die Wirtschaft und dem ab 1947 energisch vorangetriebenen Strukturwandel, argumentierten Kučera und Balcar, seien die Weichen in Richtung einer zentralistischen Planwirtschaft gestellt worden. Die Konzentration der Produktionsmittel und der Entscheidungsgewalt in den Händen des Staates habe einen „Dominoeffekt der Planung“ ausgelöst. Auch die Möglichkeiten, auf die Probleme zu reagieren, die sich etwa aus der Verschiebung der Prioritäten vom Wiederaufbau der Wirtschaft zum Aufbau einer Schwerindustrie und zu der Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie ergeben hätten, seien in der Folge im Wesentlichen auf die aus der UdSSR bekannten Mittel reduziert gewesen. Allein von „Sowjetisierung“ oder „Selbstsowjetisierung“ zu sprechen, greife aber, so Kučera und Balcar, auch in diesem Fall zu kurz, vielmehr gelte es, die strukturellen Veränderungen während der deutschen Besatzung in die Betrachtung einzubeziehen. Erst in den 1950er Jahren, in der Folge zahlreicher Rückschläge und dauerhaften Mangels, hätten kommunistische Wirtschaftspolitiker der Hoffnung angehangen, die Krise überwinden zu können, wenn man nur alles „wie die Sowjets“ mache.

Parallelen, Wechselwirkungen und Unterschiede in der sowjetischen und tschechoslowakischen Reformdiskussion der Spätphase des Sozialismus arbeitete Michal Pullmann (Prag) in seinem Beitrag heraus. Pullmann spitzte das Ergebnis dieses Vergleichs auf die Feststellung zu, in den frühen 1980er Jahren hätte die unter Schlagwörtern wie „Intensivierung“ geführte Reformdebatte systemstabilisierend gewirkt, weil die ideologische Figur des „entwickelten Sozialismus“ noch ausreichende integrative Kraft gehabt habe. Als diese ab Mitte der 1980er verloren ging, habe die Reformdebatte – ohne dass sie einen Paradigmenwechsel gebracht hätte – die zentrifugalen Tendenzen unterstützt.

In seinem Kommentar fragte Michal Kopeček (Prag), ob es zielführend sei, von der Existenz zweier Modelle – eines planwirtschaftlich-sowjetischen und eines marktwirtschaftlichen nach westlichem Muster – auszugehen, oder ob nicht bereits über personelle Kontinuitäten aus der Zeit der Ersten Republik Hybride vorgezeichnet gewesen seien, schließlich seien auch im Westen ganz unterschiedliche Ausprägungen des Kapitalismus entstanden. Die Diskussion konzentrierte sich in der Folge sehr stark auf die Faktoren, die in der Transformationsphase nach 1945 in Richtung des sowjetischen Typs von Planung gedrängt und die in der Spätphase das

Spektrum an Problemlösungen beschränkte hatten – und damit insbesondere auf die politischen Rahmenbedingungen. Aufgenommen wurde aber auch Stefan Plaggenborgs Anregung, das Ziel der Homogenisierung, das eingangs als wichtige Zielvorstellung der Gesellschaftsplaner charakterisiert worden war, als Leitmotiv von sozialistischer Planung generell zu diskutieren.

Die folgenden vier Beiträge galten Zukunftsvorstellungen und Planungen im Bereich von Wissenschaft, Kunst und Kultur. Xavier Galmiche (Paris) illustrierte die literarische Umsetzung der Spannung zwischen Vergangenheit und Zukunft und konstatierte am Beispiel verschiedener Aufbauromane eine starke „Angst vor dem Erbe“, las die von ihm vorgestellte sozialistisch-realistische Literatur aber auch als „existentielle Planung“ für die Regeneration der Gesellschaft nach der Katastrophe der Besetzung und des Zweiten Weltkriegs. Jiří Knapík (Opava) berichtete über die Kulturhausbewegung nach 1945, ein Programm zur „kulturellen Verbesserung“ des Landes, bei dem Formen des industriellen Produktionismus auf die Kultur übertragen wurden, das aber letztlich am Primat der Ökonomie und der politischen Kontrolle scheiterte. Auch Blanka Koffer (Berlin), die die Fünfjahrespläne für die gesellschaftswissenschaftliche Forschung der Akademien der Wissenschaften der DDR und der Tschechoslowakei verglich, fragte nach den verbleibenden Handlungsspielräumen, nachdem die Ziele und Rahmenbedingungen der Forschung an höchster Stelle definiert worden waren. Von dem zeitraubenden bürokratischen Aufwand, der den Wissenschaftlern auferlegt wurde, fühlte sich nicht nur der Kommentator der Sektion, Peter Bugge (Århus) an die eigene Arbeit im Zeichen der geforderten Ökonomisierung und Praxisrelevanz von Forschung und Lehre erinnert. Christian Domnitz (Potsdam/Mainz) schließlich ging der geplanten Europa-Publizistik in den 1980er Jahren nach, in der sich Blätter wie die Kulturzeitschrift der KPTsch „Tvorba“ aufgefordert sahen, auf den westeuropäischen Einigungsprozess und die Schlussakte von Helsinki zu reagieren. Eine zentrale Frage der Diskussion war, inwiefern Kultur und Wissenschaft wirklich mobilisierende Wirkung entfalten konnten, indem sie attraktive Zukunftsvisionen vermittelten; welche Segmente der Gesellschaft erreicht werden sollten und auch erreicht wurden und welche Diskurse innerhalb eines kleinen Kreises der Parteilite selbstreferentiell waren, ohne dass das von der Partei als Defizit empfunden worden wäre.

Am letzten Konferenztage ging es von den Fallstudien noch einmal zurück zu den Ausgangsfragen. Zunächst charakterisierte Bedřich Loewenstein (Berlin) in großen Linien die entscheidenden Triebkräfte der Russischen Revolution und der Entwicklung der frühen Sowjetunion, wobei er den großen Unterschied dieser Situation zum „Jahr null der tschechoslowakischen Geschichte“ betonte. Doch konstatierte er eine merkliche Schwäche der tschechoslowakischen Nachkriegsgesellschaft und vor allem ihrer politischen Elite bei der Abwehr von entdifferenzierenden Gesellschaftsvorstellungen, die er als das Utopiesurrogat der Jahre zwischen 1945 und 1948 interpretierte.

Die Schlussdiskussion leiteten Claudia Kraft (Erfurt), Pavel Kolář (Potsdam) und Christoph Boyer (Salzburg) mit Impulsstatements ein, in denen unterschiedliche Aspekte des Tagungsthemas, aber auch Leerstellen der Diskussionen der vergangenen zwei Tage zur Sprache kamen. Claudia Kraft fragte noch einmal nach dem sich

wandelnden Zeitverständnis und den Orten, an denen im Sozialismus „Zukunft gemacht“ wurde. Das verlangsamte Lebensgefühl der 1970er Jahre in einem für alles zuständigen Staat – mitnichten Phänomene allein der realsozialistischen Gesellschaften – sei nicht zuletzt auch eine Reaktion auf die wachsende Komplexität der Gesellschaft gewesen. Krafts Hinweis auf die Punk- und „No future“-Bewegung, die sich auch im Osten verbreitet habe, nahm Pavel Kolář auf und verwies auf die parallel existierenden Zeitmodi im Sozialismus: Die zyklische Temporalität der späten Jahre habe die lineare der Aufbauzeit nicht einfach abgelöst; selbst während der bleiernen Zeit der Normalisierung habe der große Plan von einst weitergewirkt, auch wenn seine Versprechungen in einer auf Konsum ausgerichteten Meistererzählung aufgegangen seien. Kolář regte zudem an, die Weiterentwicklung von Narrativen über das Jahr 1989 hinweg zu verfolgen, und zeigte am Diskurs über „Privatisierung“ seit den 1990er Jahren, wie sich Argumentationslogiken und Muster nahtlos fort- und über greifbare Realitäten hinwegsetzten. Christoph Boyer bot am Schluss eine furiose Gesamtinterpretation der Entwicklungspfade und des Scheiterns der sozialistischen Planwirtschaften: Er skizzierte die Zyklen von Reform und Rückfall ins klassische Paradigma als Folge eines Fehlers im „genetischen Programm“ (J. Kornai) des sozialistischen Wirtschaftssystems und die verschiedenen internen und externen, „harten“ und „weichen“ Faktoren, die den Zusammenbruch des Systems letztlich unausweichlich machten. Damit ordnete Boyer auch die Reformversuche der späten 1960er Jahre, in denen Fritz Beer und andere undogmatische Linke eine Chance sahen, den Sozialismus doch noch zukunftsfähig zu machen, in die Geschichte eines vorhersehbaren Scheiterns ein. Vor diesem Hintergrund ist die Tatsache, dass die hochfliegenden Hoffnungen der Reformsozialisten bei den Diskussionen der Tagung kaum eine Rolle spielten, vielleicht doch kein Zufall, sondern vielmehr eine Aussage über derzeit herrschende Forschungsinteressen und die dahinter stehenden Deutungsmuster.

Am Schluss der lebendigen und kontroversen Debatte blieb nicht nur die Frage nach dem auslösenden Flügelschlag eines Schmetterlings offen, der das längst wackelige Gebäude der staatssozialistischen Planwirtschaft definitiv zum Einstürzen gebracht hätte. So steht zu hoffen, dass die Publikation der Beiträge der diesjährigen Bad Wiesseer Konferenz die fruchtbare Auseinandersetzung zwischen Vertretern der verschiedenen Zugänge in der Sozialismusforschung, die hier stattgefunden hat, ein weiteres Stück voran bringen wird.

München

Christiane Brenner

NEUE LITERATUR

Wippermann, Wolfgang: Die Deutschen und der Osten. Feindbild und Traumland.
Primus Verlag, Darmstadt 2007, 158 S., zahlr. Abb.

In „Feindbild und Traumland“ beschreibt der Berliner Historiker Wolfgang Wippermann die Auseinandersetzung von Deutschen darüber, wie positiv oder negativ sie sich ihren Osten vorstellen. Er gibt einen historischen Abriss deutscher Blicke nach Osten, die – so sein Befund – stark mythisiert sind und kaum realgeschichtliche Entsprechungen besitzen. Dennoch beeinflussten sie Einstellung und Handeln der Deutschen, die ihre östlichen Nachbarn zwar gelegentlich bewunderten, sich ihnen gegenüber allerdings – das betont Wippermann – oft grenzenlos brutal verhielten. Sein Buch behandelt die diskursiven Grundlagen und mentalen Dispositionen, die dieses Verhalten vorformten. So führt, genau genommen, der Titel „Die Deutschen und der Osten“ in die Irre. Denn eigentlich geht es in dem Buch um den Osten der Deutschen. In den Titel hat sich eine Vergegenständlichung des imaginierten Ostens eingeschlichen, die genau für diejenigen deutschen Debatten um „den Osten“ typisch ist, die Wippermann mit dem Instrumentarium der Stereotypenforschung zu dekonstruieren versucht.

Wippermann spannt in neun essayhaften Kapiteln einen weiten historischen Bogen, ausgehend von den Ost-Perzeptionen des Papsttums der Spätantike über die der Altpreußen, Preußen und Schwaben bis hin zu den Ost-Imaginationen der Deutschen der Gegenwart. Wippermann verfolgt vielfältige Repräsentationen eines „Ostens“, welche die Diskursgemeinschaften zu verschiedenen Zeiten kreierte. Er charakterisiert dabei vier Typen (S. 9, 121). Von einem „religiösen Osten“ christlicher Heilserwartung unterscheidet er den „orientalischen Osten“, der als „islamischer Kulturkreis“ vor allem in Gegenwartsdebatten als alter ego westlicher Zivilisationen interpretiert wird. Im Blick der Deutschen erschien ein „europäischer Osten“ als Einflussphäre und Kolonisationsraum. In seiner Verlängerung sahen sie – besonders im 20. Jahrhundert – einen „politischen Osten“, aus dem Sowjetkommunismus und Staatssozialismus den Westen herausforderten. In den Quellen gehen diese Typen freilich fließend ineinander über, und auch in der Darstellung mangelt es gelegentlich an Trennschärfe (S. 121).

Wippermann betont die Häufigkeit konservativer Bezugnahmen auf den Osten sowohl in antimodernen Hinwendungen als auch in antibolschewistischen Abgrenzungen. Er erwähnt die Begeisterung für Puschkin und Dostojewski, aber auch eine Überformung des europäischen Ostens als Refugium in der Auseinandersetzung mit der Moderne, der Demokratie und dem Individualismus. In der Hinwendung haben deutsche Vordenker der Nation sogar innere Erneuerung im Osten gesucht, bei-

spielsweise Ernst Moritz Arndt in seinem Lob der „edlen Rasse der Russen“. Dessen Beweggründe waren allerdings zu einem großen Teil die russische Bezwingung des französischen Gegners und die Allianz nach den Befreiungskriegen (S. 46). Später verblasste diese Hinwendung hingegen vor dem kolonisatorischen deutschen „Drang nach Osten“. Der „deutsche Osten“ sollte Teil eines Europas der Deutschen werden: Wippermann zitiert einen General der 6. Armee, der ein Jahr vor deren Niederlage in Stalingrad die Verteidigung eines „europäischen Kulturkreises“ als Vorwand für die „Ausrottung des asiatischen Einflusses“ und für den Vernichtungskrieg verwendete (S. 79). Wippermann weist jedoch darauf hin, dass viele politische Lager den „Ostimperialismus“ (S. 66) teilten. Dieser griff auch in den Wissenschaften um sich, beispielsweise im Lob der Ostkolonisation bei Heinrich von Treitschke und Karl Lamprecht. Ex negativo deutete er sich in Max Webers Warnen vor „polnischem Vordringen“ und „slawischen Fluten“ (S. 64 f.) an. Angerissen werden die deutsche „Lebensraumforschung“ (S. 66 f.) und die „Ostforschung“ (S. 70 ff., 90).

Sehr weit geht der Versuch, Kontinuitäten zwischen Wissenschaft und nationalsozialistischer Vernichtungspolitik zu ziehen. Überzogen ist Wippermanns Versuch, eine Denkschrift Theodor Schieders als Zuarbeit zum „Generalplan Ost“ nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik zu betrachten. Die Denkschrift, die „Bevölkerungsverschiebungen“ und „Entjudung“ favorisierte, teilte sicher den Rassismus und die Menschenverachtung ihrer Zeit. Dennoch scheint seine Kontinuitätsthese übertrieben, denn allein die indirekte Weitergabe des Papiers an das „Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums“ genügt nicht, um eine Linie zum dort entstandenen „Generalplan Ost“ Konrad Meyers zu ziehen (S. 75).

Auch übernimmt er eine fragwürdig begründete sowjetische Angabe von 40 Millionen Kriegsoffern und präsentiert sie als „neueste Schätzung“. Der sowjetische Ethnologe Wiktor Koslow hatte sie ermittelt, indem er – anstatt die Kriegsoffer zu zählen – einen „demografischen Verlust“ berechnete, der aus der Differenz zwischen einem hypothetischen Bevölkerungswachstum und der tatsächlichen Bevölkerungszahl nach dem Krieg resultierte. Nach dem Abzug „nicht geborener Kinder“ bliebe noch eine Zahl von 40 Millionen zwischen 1941 und 1946 „frühzeitig Gestorbenen“.¹ Wippermann zitiert diese Größe als Anzahl der „Sowjetbürger, die einem ideologischen Vernichtungskrieg zum Opfer fielen“ (S. 80).

Allerdings hilft es wenig, in der Untersuchung einer Zeit der Extreme bereits gefestigte Thesen mit noch höheren Zahlen und noch schärferen Zitaten zu verabsolutieren. Mit welchen Mitteln sich Deutsche in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts „ihren Osten“ real anzueignen versuchten, liegt so oder so jenseits aller heutigen Vorstellungskraft. Mehr Erkenntnis bringt es hingegen, deutsche Projektionen auf den Osten in ihrem zeitlichen Kontext zu analysieren und zu dekonstruieren.² Da-

¹ Koslow, Wiktor: Menschenopfer und Materialverluste der Sowjetunion im Krieg 1941-1945. In: Meyer, Klaus/Wippermann, Wolfgang (Hgg.): Gegen das Vergessen. Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion 1941-1945. Berlin 1991, 157-169, hier 160 f.

² Vgl. Thum, Gregor (Hg.): Traumland Osten. Deutsche Bilder vom östlichen Europa im 20. Jahrhundert. Göttingen 2006. Diese Zusammenstellung beschränkt sich nicht nur auf Elitendiskurse, sondern untersucht populäre Perzeptionen eines Ostens kulturhistorisch. Eine Rezension ist in *Bohemia* 47 (2006/07) abgedruckt.

mit werden die Umstände erhellt, die das heute glücklicherweise Unvorstellbare hervorbrachten. Dennoch repräsentieren Wippermanns leicht lesbare und kompakte Essays eine legitime, kritische Sicht auf deutsche Ost-Perzeptionen und ihre Folgen. Sie geben anschaulich und mit Quellen fundiert einen Einblick in die Kontroversen um die deutschen Beziehungen zu Ost- und Ostmitteleuropa. Die politisch pointierende Darstellungsweise vermittelt dem Leser eine Vorstellung davon, wie fatal sich der kollektiv imaginierte Osten auf das Auftreten von Deutschen gegenüber ihren östlichen Nachbarn auswirkte.

Warschau

Christian Domnitz

Neutatz, Dietmar/Zimmermann, Volker (Hgg.): Die Deutschen und das östliche Europa. Aspekte einer vielfältigen Beziehungsgeschichte. Festschrift für Detlef Brandes zum 65. Geburtstag.

Klartext Verlag, Essen 2006, 394 S.

Der vorliegende Band ist Detlef Brandes zum 65. Geburtstag gewidmet und enthält zwanzig Studien, die das Themenfeld des von Brandes geleiteten Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf umspannen. Bei den meisten beteiligten Autoren handelt es sich um gegenwärtige oder ehemalige Düsseldorfer Kollegen/-innen, Studenten/-innen und Doktoranden/-innen des Geehrten; vertreten sind aber auch tschechische Historiker/-innen wie Jan Křen, Alena Mišková und Jiří Pešek, die mit Brandes persönlich und seinem Institut eng verbunden sind.

Vom Genre her reichen die Beiträge von eng konzipierten Studien (z. B. der interessanten Fallstudie Dmytro Myeshkovs zum Thema sozialer Kontrolle in den mennonitischen Gemeinden des Schwarzmeergebiets) über Teilstudien aus gerade laufenden größeren Forschungsprojekten (z. B. der scharfsinnige Artikel von Volker Zimmermann zum deutsch-polnischen Thema der zeitgenössischen Erklärungen für die Kriminalität im Osten des Deutschen Kaiserreiches) bis hin zu einem Rezensionssay von Jan Křen über eine wenig bekannte Synthese zum Thema Zwangsaussiedlungen.

Die meisten Beiträge befassen sich mit der Geschichte der deutsch-tschechischen Beziehungen, auf diese Aufsätze konzentriere ich mich in meiner Besprechung: Nina Lohmann widmet sich dem „Verein für Geschichte der Deutschen in den Sudetenländern“ während der Protektoratszeit. Sie kommt zu dem Schluss, dass der Verein mit seinen Geschichts- und Heimatforschungen eng in den nationalsozialistischen Wissenschaftsbetrieb eingebunden und nicht gegen die NS-Politisierung resistent war. Eine umfassende Bewertung der Vereinspublikationen und -tagungen stehe aber noch aus.

Andreas Wiedemann legt Ergebnisse aus seiner jüngst erschienenen Dissertation über die Neubesiedlung des tschechischen Grenzgebiets 1945-1948 vor, wobei er einen Einblick in die Konflikte der dort entstehenden neuen Gesellschaft bietet. Kurz stellt er die Besiedlungspläne der tschechoslowakischen Regierung und das Verhältnis zwischen alten und neuen Siedlern im Grenzgebiet vor und beschreibt sowohl die Situation der Deutschen vor der Zwangsaussiedlung als auch das Schicksal

derer, die in der Tschechoslowakei bleiben konnten, aber aus den grenznahen Gebieten ins Binnenland umgesiedelt werden sollten. Es ist schade, dass Wiedemann seinen Ausführungen keine klare Forschungsthese voranstellt; ähnlich unscharf bleibt auch der Schluss des Textes.

Jiří Pešek präsentiert erste Ergebnisse seines Forschungsprojektes über die Studentenschaft der Prager Deutschen Universität in der Zeit des Protektorats. Anhand einer statistischen Auswertung der Universitätsmatrikeln belegt er einen hohen Anteil von Studierenden aus dem „Altreich“ sowie deren starkes politisches Engagement. Mehr als 80 Prozent aller Studenten und Studentinnen seiner Stichprobe bezeichnet Pešek als „junge NS-Arrivisten“ (S. 162). Während in der Dozentenschaft die Neuankömmlinge aus dem „Altreich“ die Oberhand gewannen, so Pešek, trug der Zustrom linientreuer Studierender aus dem „Altreich“ zur Eingliederung der Universität in die Reichsstrukturen und zur Tilgung von Autonomie bei.

Alfons Adam befasst sich mit den deutschen Parteien in den Prager Kommunalwahlen zwischen 1919 und 1938, wobei er vor allem auf Koalitionsbildungen vor und unmittelbar nach den Wahlen fokussiert. Dabei berührt er zwar wichtige Themen wie die Beziehung zwischen kommunalen Wahlkämpfen und der allgemeinen Politik der deutschböhmischen Parteien oder deren Einstellungen gegenüber jüdischen Parteien, bleibt aber doch allzu sehr an der Oberfläche. Auch die gut gewählten Illustrationen hätten eines Kommentars bedurft (z. B. S. 238).

Alena Mišková betritt mit ihrer Studie über die Eigentumsverhältnisse in der tschechoslowakischen Industrie während der ersten Nachkriegsjahre ein Themengebiet, für das dem deutschen Leser bisher praktisch keine Literatur zur Verfügung steht. Der deutsch-tschechische Aspekt ist hier vor allem in der Fragestellung präsent, wie man Ersatz für ausgesiedelte deutsche Arbeitskräfte in den Grenzgebieten suchte (S. 283 ff.). Wichtig ist hier auch die Tatsache, dass einige deutsch-jüdische Überlebende, als sie nach 1945 aus den Konzentrationslagern zurückkehrten, Probleme mit den Restitutionsen ihres Vermögens hatten, was vor allem auf die Politik der KPdSU zurückging.

Christoph Cornelissen diskutiert die Haltung der SPD zum so genannten Prager Frühling und vor allem das Verhalten der westdeutschen Sozialdemokraten zu der Intervention der Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten im August 1968. Den weit verbreiteten Vorwürfen, die von Egon Bahr und Willy Brandt praktizierte Entspannungspolitik habe die Position der UdSSR in Ostmitteleuropa gestärkt, setzt Cornelissen die These entgegen, die „neue Ostpolitik“ habe auf Realismus und richtigen Zukunftsprognosen in der Führung der SPD beruht.

Der folgende Aufsatz von Dietmar Neutatz ist meiner Ansicht nach geeignet, eine Debatte auch über die wissenschaftliche community hinaus anzuregen, zudem enthält er problematische Punkte, die – wenn ich mir hier eine solche Behauptung ohne statistische Belege leisten darf – unter deutschen Historikern und Journalisten immer wieder auftauchen; aus diesem Grund möchte ich dem Text größeren Raum widmen.

Neutatz diskutiert in seinem Artikel die Frage, ob die Vertreibung und Zwangsausiedlung der Sudetendeutschen historisch notwendig war und ob sie die Grundlage für eine stabile Ordnung bildete (S. 339). Mit fünf Varianten historischer Alternativen begibt er sich auf das Feld der virtuellen – oder kontrafaktischen – Ge-

schichte; unter anderem denkt er an die „Schaffung einer größeren überstaatlichen Organisationsform, etwa eines Staatenbundes oder Bundesstaates“ (S. 345). Obwohl Neutatz ein gutes Beispiel dafür bietet, wie man Geschichte für eine breitere Leserschaft attraktiv machen kann, halte ich das Ergebnis nicht für gelungen. Neutatz gibt zwar selbst einige wichtige Gründe dafür an, warum andere als die gewählte Lösung der „sudetendeutschen Frage“ nach dem Zweiten Weltkrieg keine Aussicht auf Erfolg hatten, doch gewinnt bei ihm ein moralisierendes Herangehen die Oberhand, hinter dem die Fakten zurücktreten. Zum Beispiel erkennt Neutatz zwar an, dass die von ihm als Arbeitsthese aufgestellte Parallele der Situation der Sudetendeutschen zu derjenigen der Österreicher umstritten ist (S. 352), kehrt aber später zu dieser Parallele zurück, um sie zur Stärkung seiner virtuell-geschichtlichen Überlegungen einzusetzen, so als ob sie sich als fester Baustein erwiesen hätte (S. 353).

Das Hauptproblem besteht aber darin, dass Neutatz – ähnlich wie so viele andere Autoren – heutige rechtliche und moralische Vorstellungen und Normen in die Vergangenheit rückprojiziert. Trotz expliziter Distanzierung von der politischen Vertretung der deutschen Ausgesiedelten (S. 339) bezieht er doch immer wieder deren Sichtweise ein. Dabei ist sein moralisierender Diskurs von einer wertenden Anwendung von Modalverben wie „sollen“ und „können“ bestimmt (z. B. S. 339).

Problematisch ist auch die unzureichende Berücksichtigung historischer Fakten: Neutatz führt zwar als Ursache für das Schicksal der Sudetendeutschen nach dem Krieg die „brutale Germanisierung und Verdrängung der tschechischen Bevölkerung“ (S. 342) an. Ob er damit auch die – bloß zeitlich verschobenen – Pläne der physischen Liquidation eines großen Teiles der Tschechen mitdenkt, wird aber nicht klar. Insgesamt bleiben die Motive für die tschechische Politik gegenüber den Deutschen blass: Zu denken wäre hier zum einen an den Einfluss, den die unmittelbare Erfahrung von Grausamkeiten, Gewalt und deutscher Propaganda auf die tschechische Bevölkerung hatte. Zum anderen waren die Deutschen – mit Ausnahme der Exilierten oder aus politischen Gründen Verfolgten – bis zu den letzten Kriegstagen mit dem NS-Regime sehr konform, und zwar in solch einem Maß, dass die in diesem Zusammenhang oft verwendeten Formulierungen wie „die meisten“ oder „die Mehrheit“ nur als Euphemismus bezeichnet werden können, der dem politisch motivierten schonenden Sprachgebrauch der Nachkriegszeit geschuldet ist. Der Fanatismus der Deutschen begründete den festen Willen der Tschechen, nach dem Krieg dieselben Machtmittel wie diese anzuwenden: Enteignungen, Vertreibungen und Zwangsaussiedlungen gehörten dazu. Darüber, dass an ein weiteres Zusammenleben mit den Sudetendeutschen in einem Staat nicht zu denken war, herrschte ein breiter Konsens sowohl unter den Siegermächten als auch zwischen beiden tschechoslowakischen politischen Repräsentanten – im Exil und im Inland. In die Radikalität der Lösung durch Vertreibung und Zwangsaussiedlung ging nicht so sehr die historische Last der deutsch-tschechischen „Konfliktgemeinschaft“ ein, der Neutatz allzu großen Einfluss beizumessen scheint (S. 347f.). Vielmehr zeigten sich hier erstens die Folgen der Zäsur, die die Brutalität der NS-Herrschaft im Umgang mit ethnischen und anderen Minderheiten bedeutete. Und zweitens entsprach die Zwangsaussiedlung der zeitgenössischen Vorstellung – auch der demokratischen Staaten – davon, wie ethnische Konflikte zu lösen seien. Auch das Verlangen nach

Rache sollten Historiker nüchtern als Faktum berücksichtigen; solch ein Herangehen bedeutet sicher keine Legitimierung des Unrechts.

Wenig überzeugend wirkt auf mich auch die „Bilanz der Vertreibung“, in der Neutatz über die Folgen der Zwangsaussiedlung auf die politische und die Rechtskultur schreibt, wobei er zu starken Ausdrücken wie „Korumpieren des demokratischen Rechtsstaates“ (S. 344) greift. Die negativen Folgen wie die politische Instrumentalisierung der Zwangsaussiedlung hängen aber mit deren Gründen nicht zusammen; die implizite – und vielleicht von Neutatz nicht einmal gewollte – Suggestion, dass das Verbleiben der Sudetendeutschen im Land die kommunistische Macht ergreifung hätte abwehren können, ist falsch. Leider geht aus dem Aufsatz auch nicht hervor, ob sich der Verfasser dessen bewusst ist, dass die Entscheidung über die Zwangsaussiedlung nicht unter tschechoslowakischen Politikern fiel – so sehr diese auch dafür waren –, sondern unter den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges. Dass die punitiven Maßnahmen der Alliierten gegenüber den Deutschen und die völkerrechtlichen Aspekte des Themas außer Acht gelassen werden, gehört zu den weiteren Schwachstellen des Artikels. Plädiert man wie Neutatz gegen das Konzept der Kollektivschuld, sollte es einem ferner nicht passieren, zugleich z.B. von der „kollektive[n] Hypothek der tschechischen Gesellschaft“ zu sprechen (S. 345). Auch die Erwähnung des Projektes „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ unter der Leitung von Theodor Schieder sollte nicht ohne Hinweis auf dessen fachliche und politische Fragwürdigkeit geschehen (S. 335). In die gleiche Richtung geht, dass bei der Schilderung der „wildern Vertreibungen“ (S. 344) der Hinweis unterbleibt, dass die tschechoslowakische Justiz durchaus bemüht war, Übergriffe zu verfolgen, einige Fälle vor Gerichte kamen und auch geahndet wurden. Die Tatsache, dass die meisten Verstöße gegen das Gebot der humanen Durchführung des Transfers ungestraft blieben, steht auf einem anderen Blatt.

Die von Dietmar Neutatz angeführte Alternative einer anderen Durchführung der Aussiedlung (S. 348 f.), die für die Sudetendeutschen (vielleicht) nicht so traumatisch gewesen wäre, war nach 1945 keine realistische Option. Doch hätte der Verfasser seine virtuellgeschichtliche Bemühung hier mit einer interessanten Quelle unterstützen können: Es gab Überlegungen von Edvard Beneš über die Entschädigung der Sudetendeutschen und die Anrechnung ihres eingezogenen Vermögens auf künftige Reparationsleistungen. Hoffentlich liegt die Tatsache, dass diese Gedanken hier nicht genannt wurden, nicht daran, dass Edvard Beneš für manche Historiker eine Art Dämon ist.

Die Festschrift für Detlef Brandes schließt mit einem Rezensionssessay von Jan Křen über das Buch des US-amerikanischen Soziologen Bell-Fialkoff „Ethnic Cleansing“ (Basingstoke 1996) ab. Für Křen bildet dieses Buch – obwohl es sich mit den ost- und mitteleuropäischen Zwangsmigrationen nur am Rande befasst – eine wichtige Inspirationsquelle für deren Diskussion. Denn, so Křen, hier werden Zwangsaussiedlungen durch ihre ganze Geschichte hindurch beobachtet, so mancher strukturelle Aspekt wird durch Vergleiche und Kontextualisierungen verdeutlicht, die Klassifizierung der verschiedenen Typen von Gesellschaften, die zum Mittel der Zwangsmigration griffen, erweitert die Perspektive und versachlicht die Analyse. Andererseits kritisiert Křen, wie ich meine, zu Recht, dass der Begriff der

ethnischen Säuberung (ethnic cleansing) sich nicht mit Bell-Fialkoffs breiter Auffassung von Säuberungen, die unter anderem auch strategisch-politische, religiöse und ideologische einschließt, vereinbaren lassen. Křen plädiert indessen für die Bezeichnung „Zwangsumsiedlungen oder -migrationen“ (forced migrations, S. 357).

Ein weiteres interessantes Moment in Křens Betrachtungen ist auch die Kritik des Historikers an der soziologischen Herangehensweise Bell-Fialkoffs, bei der er vor allem den Zusammenhang von Zwangsmigration und Krieg zu kurz gekommen sieht, und ferner kritisiert, dass die Problematik von Anstifter- und Opfergruppen sowie wechselnder „Täter- und Opferrollen der dominant und non dominant ethnic groups“ nicht adäquat beschrieben werden könne (S. 366).

Abschließend noch ein paar Worte zur Terminologie: Ich finde es überaus bedauerlich, dass die von der Deutsch-Tschechischen Historikerkommission empfohlene Begrifflichkeit nicht einmal in diesem Band eingehalten wird. „Vertreibung“ würde nach dieser Definition die Deportationen der Sudetendeutschen ohne rechtlichen Titel (also vor der Entscheidung der Postdamer Konferenz im August 1945) bezeichnen, „Zwangsaussiedlung“ oder „Aussiedlung“ wäre der angemessene Terminus für den Transfer in der Zeit nach Potsdam. Mit der generellen Verwendung des Wortes „Vertreibung“, die im Deutschen leider Usus ist, wird hier eine Chance vertan, eine Lanze für einen differenzierten Sprachgebrauch ohne irreführende Mehrdeutigkeiten samt emotionaler und moralisierender Töne zu brechen.

Prag

Petr Šafařík

Hroch, Miroslav: Das Europa der Nationen. Die moderne Nationsbildung im europäischen Vergleich. Aus dem Tschechischen von Eliška und Ralph Melville.

Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2005, 279 S. (Synthesen. Probleme europäischer Geschichte 2).

Miroslav Hroch, als Experte für Prozesse der Nationalisierung schon lange eine feste Größe, hat sich mit der vorliegenden Synthese einer wahrhaft mühseligen Arbeit unterzogen, ist doch die Forschung zur Nation bzw. nationalen Identität in den letzten Jahren ins Uferlose gewachsen. Hroch wendet sich im ersten Teil zunächst der definitorischen Entwicklung der Begriffe Nation und Nationalismus sowie den Kontroversen zu, die – vereinfacht dargestellt – im Spannungsfeld von älteren, primordialistischen (Nation als quasi natürliche Einheit) und neueren konstruktivistischen Ansätzen mit Akzentuierung subjektiver Bedingungen entstanden. Ausgehend von seinem Drei-Phasen-Schema gelangt Hroch dann zu Fragen der Typologie und der Periodisierung.

Der zweite Teil behandelt die Quellen und Elemente von Nationsbildungsprozessen, wobei drei Aspekte herausgestellt werden: das historische Erbe, die ethnisch-sprachlichen Wurzeln und die Prozesse der Modernisierung. Hroch akzentuiert sprachpolitische Unterschiede zwischen dem absolutistischen System, für das rationale Intentionen kennzeichnend waren (Sprache als Verkehrssprache), während seit der Französischen Revolution die Nation polarisiert wird, Sprache nicht nur Wert als Mittel der Selbstidentifikation erlangt, sondern auch als „Instrument zur ‚Schaffung des neuen Menschen‘, als Transformation seiner Denkstrukturen.“

(S. 65). Ebenfalls werden die Ursachen der ungleichen Assimilation fundiert herausgearbeitet und im Blick auf die multiethnischen Reiche Osteuropas soziolinguistisch begründet. Im Unterschied zu Westeuropa existieren Phänomene wie Polyglossie länger, ferner kommt es zu markanten Verschiebungen im Sprachgebrauch zwischen den Eliten und den Volksschichten (S. 67f.). Insbesondere die Prozesse der Modernisierung besitzen zentrale Bedeutung für die Nationsbildung. Hroch beschreibt die großflächig integrierende Rolle von Bürokratisierung und Militarisierung, die Kongruenz von sozialer und politischer mit der nationalen Emanzipation und damit die Entstehung einer bürgerlichen Gesellschaft mit den Prinzipien konstitutioneller Ordnung, Gleichheit und Partizipation. Hervorgehoben werden ferner die ökonomische Entwicklung und die Intensivierung der sozialen Kommunikation, bei der die vertikale Ebene (Eliten – einfache Bürger) und die horizontale (Herausbildung politisch-publizistischer Zentren) zur Verdichtung und Intensivierung beitragen. Wichtig ist dabei nicht nur die Anzahl der Leser, sondern auch die der Periodika und ihre Kontinuität, eine Voraussetzung für die Übernahme von Aspekten des Nationalbewusstseins durch breite Bevölkerungsschichten. Hroch weist in diesem Zusammenhang auf eine fundamentale Veränderung in der mitteleuropäischen Presse zur Zeit der Kriege gegen das revolutionäre Frankreich hin: Der Feind wurde „zum ersten Mal nicht mit dem Namen des Herrschers oder des Staates bezeichnet, sondern mit einem Ethnonym: Man kämpfte ‚gegen die Franzosen‘.“ (S. 96) Als letzten Aspekt betrachtet Hroch Schule und Nationalerziehung. Gerade die Schulen boten den Rahmen für die Weitergabe identitätsstiftender Inhalte und schuf als „Hauptinstrumente der Alphabetisierung die Grundvoraussetzungen für ein festes Kommunikationsnetz“ (S. 99). Wichtig waren dabei die Mittel- und höheren Schulen, da auf dieser Ebene die potentiellen nationalen Eliten ausgebildet wurden. Dem Schulsystem kommt somit eine wichtige Rolle bei der Herausbildung der modernen Nation zu, und zwar über die Erweiterung des Schulnetzes und die Intensivierung des Schulbesuches wie über die Einbeziehung national relevanter Inhalte in den Unterricht.

Im dritten Teil des Buches wirft Hroch einen Blick auf die Akteure, auf die Interessenkonflikte, auf die Mythen der Nation sowie die Rolle von Sprache und Kultur. Die Rolle der Nationalgeschichte erschließt sich über die Vorstellung von historischem Bewusstsein als ein auf die nationale Gemeinschaft bezogenes Gedächtnis, welches die Identität mit der Nation festigt. Zugleich ist damit sowohl Legitimation über das Postulat der Einzigartigkeit impliziert („eine“ Nation und „eine“ Nationalgeschichte), als auch eine Kompensation für die Schicksale des Einzelnen, der sich in die überindividuelle Ordnung der Vorfahren und Nachfahren, eben der Nation, gestellt sieht. In diesem Sinne fungiert die Nationalgeschichte als Basis für ein kollektives, auf den historischen Erfahrungen aufbauendes Wertesystem (S. 184f.). Ferner betrachtet Hroch nationale Mythen als Begründungsmuster, wobei häufig auf mittelalterliche und frühneuzeitliche Stoffe wie bedeutende Schlachten, fundamentale Wandlungen der „Nationalstaaten“, kulturelle Beiträge rekurriert wird.

Ausgehend von der Sprachgeschichte konstatiert Hroch eine Entwicklung von der Phase der Sprachapologien und Sprachpflege zu einer Phase von protektiv und

puristisch intendierten Kodifizierungen der Sprache mit Rückgriffen auf ältere Varietäten wie im Tschechischen, wo eine Kontinuität der Sprachtradition behauptet werden sollte, oder mit Bezugnahme auf die aktuell gesprochene Sprache wie in der Slowakei bei Štúr. Über den Erfolg einer Kodifizierung entschied letztlich die Übereinstimmung mit den „sprachlichen und sozialen Verhältnissen“ (S.184). Auf einer dritten Stufe erfolgt nach Hroch eine Intellektualisierung der Sprache, die mit dem Einsatz bestimmter Textsorten markiert sei, allerdings lassen sich die präsentierten Textsorten auch auf anderen Stufen der sprachhistorischen Entwicklung finden.

Mit dem Band hat Hroch, so die Eigenzuordnung, seine Trilogie vollendet: der erste Band untersuchte die Akteure (Die Vorkämpfer der nationalen Bewegungen bei den kleinen Völkern Europas, 1968), der zweite behandelte die Ziele (In the National Interest, 2000), der aktuelle fragt nach dem Erfolg von Nationalbewegungen. Insgesamt vertritt Hroch dabei eine nicht unproblematische Dichotomie von Staatsnation und Nationalbewegung, die in entsprechend dichotome „Regeln“ mündet: bei unvollständiger Sozialstruktur, d.h. Fehlen einer herrschenden Klasse, komme es zunächst zu sprachpolitischen und kulturellen Forderungen der Nationalbewegung, erst später werden politische Programme formuliert. Bei Inklusion herrschender Klassen und Bildungseliten dominieren dagegen die politischen und sozialen Forderungen, sprachpolitische bleiben zweitrangig (S. 199f.). Diese strikte Trennung zwischen Staatsnation und Nationalbewegung wird in der neueren Forschung nicht mehr aufrecht erhalten. Gleichmaßen erscheint die Relativierung von Kriegen, überhaupt von Gewalt im Kontext von Nationalprozessen problematisch, gerade nach dem Ersten Weltkrieg entluden sich im östlichen Europa brutale Bürgerkriege, in die auch kleinere Nationalbewegungen involviert waren. Die Hypothese von der Friedfertigkeit nicht-dominanter nationaler Gruppen darf als widerlegt gelten.

Dennoch hat Miroslav Hroch eine fundierte, wenn auch nicht in allen Teilen stringente (dies betrifft vor allem den Teil III.5, in dem die unterschiedlichsten Phänomene abgehandelt werden) „Synthese“ vorgelegt, die zudem eine kommentierte Bibliografie enthält, die als Einführung in das Thema äußerst hilfreich ist.

(Weimar)

Steffen Höhne

Hein-Kircher, Heidi/Hahn, Hans Henning (Hgg.): Politische Mythen im 19. und 20. Jahrhundert in Mittel- und Osteuropa.

Herder-Institut, Marburg 2006, 431 S. (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 24).

Der interdisziplinär und international ausgerichtete Sammelband befasst sich mit dem Begriff des politischen Mythos und liefert einen wichtigen Beitrag zur historischen Mythenforschung. Er enthält 26 Beiträge deutscher und ausländischer Wissenschaftler. Neben auf dem Gebiet der Mythenforschung gut bekannten Namen finden sich in der Publikation auch Beiträge junger Nachwuchswissenschaftler. Die Aufsatzsammlung wurde in vier Sektionen unterteilt: Mythen-Medien, Die „Unvermeidbarkeit“ mythischer Geschichtsbilder, Raum-Mythen, Fremd- und Eigenbilder. Damit wird die Schwerpunktsetzung der Untersuchung bereits am Anfang signalisiert.

Yves Bizeul eröffnet die Aufsatzsammlung mit einer Einleitung, in er versucht, den Begriff des politischen Mythos zu definieren und ihn von „Utopie“ und „Ideologie“ abzugrenzen. Das Hauptaugenmerk der ersten Beiträge liegt auf den verschiedenen Medien, über die Mythen transportiert werden können. Neben der Bedeutung des Bildmediums für die Vermittlung der non-verbalen Erinnerung (Detlef Hoffmann) wird auf die Rolle der Propaganda bei der Mythenvermittlung aufmerksam gemacht (Nicola Hille). Am Beispiel sowjetischer Plakate aus der frühen UdSSR wird unter anderem die Bedeutung des Plakats für die Mythisierung der Oktoberrevolution und für die historische Legitimation des Sozialismus untersucht: Das Beispiel des Personenkultes um Lenin und Stalin zeigt, wie wichtig das Bildmedium für die sowjetische Propaganda war. Überzeugend wird dargelegt, wie der Ereignis- und der Personenmythos in einem Bild miteinander verbunden wurden.

In dieser Sektion geht es darüber hinaus um die Bedeutung von Gedenktagen (Alexandra Kaiser, Malte Thießen), Denkmälern und öffentlichen Diskursen (Vasile Dumbrava) sowie um literarische und publizistische Werke (Janis Augsburg), die im Prozess der Mythenbildung und -vermittlung als Medien fungieren.

Der zweite Teil des Bandes gilt der Entstehung mythischer Geschichtsbilder. Hier reicht das Themenspektrum von ungarischen Geschichtsmaythen (János M. Bak), dem Germanenmythos (Ingo Wiwjorra), der Mythisierung deutscher Kultur in der jüdischen Publizistik in Österreich (Gabriel Eikenberg) und Mythen und Stereotypen der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte (Stefan Guth) über den Mythos „Vertreibung“ (Eva Hahn, Hans Henning Hahn) bis hin zu „Europa“- und „Islam“-Mythen (Marina Liakova) und dem Mythos von Orient und Okzident (Miloslav Szabó). Angesichts der jüngsten Debatten, die in der Bundesrepublik und in Polen um das Thema „Vertreibung“ geführt wurden, liefert der Aufsatz von Hans Henning Hahn und Eva Hahn viele interessante Anregungen. In ihrem Beitrag konzentrieren sie sich vor allem auf die Frage, wie und in welcher Form aus dem Ereigniskomplex „Vertreibung“ ein Mythos konstruiert wurde. Sie fragen nach dem identitätsstiftenden Charakter des Vertreibungsmaythos für die bundesdeutsche Gesellschaft und überlegen, inwieweit er als einer der wichtigsten Gründungsmythen der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet werden kann.

Die Aufsätze der Sektion „Raum-Mythen“ liegen einander thematisch näher als die der anderen beiden Sektionen. Zwei von fünf sind dem Kresy-Mythos (Werner Benecke, Jerzy Kochanowski) gewidmet, zwei weitere beschäftigen sich mit dem Raum Schlesien (Juliane Haubold-Stolle, Antje Johanning) und der letzte befasst sich mit der Region Ida-Virumaa (Olaf Mertelsmann). Die Überlegungen zum Kresy-Mythos weisen interessante Parallelen zu dem im Band bereits thematisierten Mythos „Vertreibung“ auf. Während sich Werner Benecke auf das 19. und die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts konzentriert, setzt sich Jerzy Kochanowski mit dem Kresy-Mythos im kommunistischen Polen und in der „Londoner Emigration“ auseinander. Er richtet sein Augenmerk auf die polnische Publizistik und ihre Bedeutung für die Entstehung des Geschichtsbildes „Kresy“ und gelangt zu der Schlussfolgerung, dass das Thema der „Kresy“ von der Mehrheit der Polen ad acta gelegt worden sei, wofür unter anderem die Publizistik eine förderliche Rolle gespielt habe. Hier wird der Unterschied zur Thematisierung der ehemaligen deutschen Ost-

gebiete deutlich, die noch lange Zeit nach dem Krieg, vor allem von den Vertriebenenverbänden, als wichtiges Politikum betrachtet wurden.

Die letzte Sektion des Bandes ist den Eigen- und Fremdbildern gewidmet. Am Beispiel des Kościuszko-Mythos (Anna Kochanowska-Nieborak) wird das Stereotyp über Polen als edle Patrioten untersucht. Auf die Bedeutung des Nationalhelden Skanderbeg im albanischen politischen Selbstverständnis macht Andreas Hemming aufmerksam. Anhand der publizistischen Tätigkeit von Stanislaw Stomma wird gezeigt, wie sich der polnische Publizist historischer Mythen bediente, um über die Gegenwart und Zukunft seiner Nation diskutieren zu können (Annika Friedberg). Am Beispiel der polnischen Euroskeptiker wird wiederum die Abgrenzung zwischen dem Wir und Europa thematisiert (Magdalena Parus-Jaskulkowska).

Abschließend unternimmt Heidi Hein-Kircher einen gelungenen Versuch, politische Mythen zu kategorisieren. Sie liefert eine umfassende Definition des politischen Mythos, geht Grundmotiven und Vermittlungsformen politischer Mythen nach und bezieht sich dabei kurz auf einzelne Aufsätze. In ihrem Vorschlag zur Typologisierung politischer Mythen unterscheidet sie einerseits zwischen Personen-, Ereignis-, Raum- und Zeitmythen. Andererseits differenziert sie zwischen den Gründungs- und Ursprungsmythen, Mythen der Katharsis und der Beglaubigung. Darüber hinaus betont sie den integrativen und identitätsstiftenden Charakter der Mythen und weist auf ihre wichtige Rolle bei der Legitimation und Selbstverortung einer Gemeinschaft hin.

Insgesamt liegt ein gelungener Sammelband vor. Das breite Spektrum an Themen aus verschiedenen Ländern ermöglicht es, den Komplex der politischen Mythen aus einer übergreifenden Perspektive zu betrachten. Darüber hinaus liefert die Aufsatzsammlung eine umfassende Bibliografie zur deutschsprachigen wie internationalen Mythenforschung. Ein Literaturverzeichnis am Ende eines jeden Aufsatzes wäre allerdings wünschenswert gewesen. Nicht nur für diejenigen, die sich seit langem wissenschaftlich mit dem Thema der Mythen beschäftigen, liefert der Sammelband viele Anstöße für weitere Diskussionen. Auch Forschenden, die sich erst einlesen wollen, bieten die Aufsätze wie die Literaturhinweise einen sehr guten Einstieg in das Thema Mythen.

München

Anna Jakubowska

Krekovičová, Eva: Mentálne obrazy, stereotypy a mýty vo folklóre a v politike [Mentale Bilder, Stereotypen und Mythen in der Folklore und der Politik].

Ústav Etnológie SAV, Bratislava 2005, 128 S., mit kurzer englischsprachiger Zusammenfassung.

Eva Krekovičová's Name ist aus der agilen und oftmals sehr innovativen slowakischen ethnologischen Forschung der letzten Jahre nicht mehr wegzudenken. Aus ihren vielen Aufsätzen hat sie nun einen Band zusammengestellt, der sich mit Texten aus dem breiten Fundus slowakischer Folklore auseinandersetzt.

Die erste Frage, die Krekovičová sich bei ihrer Arbeit stellt, ist diejenige nach der Darstellung und Bewertung „des Anderen“. Dabei geht sie davon aus, dass Heterostereotype in der slowakischen Folklore seltener und schwächer vertreten seien als in den Kulturen benachbarter Nationen. Zwei Ausnahmen macht sie dabei fest: Roma und Juden. Die Wahrnehmung dieser beiden Minderheiten zeigt Ähnlichkei-

ten, jedoch auch Gegensätze; insbesondere die Verortung an zwei verschiedenen Polen der sozialen Hierarchie – Juden als Mitglieder der städtischen Oberschicht, als „falsche Elite“ einerseits und Roma als besonders arme und wurzellose Bevölkerungsschicht andererseits – schafft gute Voraussetzungen für eine viel versprechende komparative Betrachtungsweise.

Die Charakterisierung der jüdischen Bevölkerung, die sie aus den Quellen herausliest, vermag jedoch nur wenig zu überraschen: Juden werden als fremd definiert, bestimmt in erster Linie durch ihre Religion und ihre Berufe. Auch die besondere und gefährliche sexuelle Potenz, die jüdischen Männern unterstellt wird, ist kaum mehr als ein Klischee, das mit vielen Bildern von „Fremden“ verknüpft wird und kaum spezifisch für die Slowakei oder die Wahrnehmung von Juden ist. Eine weitergehende Analyse fehlt. Passend zur These von einer eher schwachen Herausbildung von Feind- und Fremdbildern in der slowakischen Kultur, die zurückgeführt wird auf eine späte und wenig strukturierte Nationsbildung, betont Krekovičová hier jedoch eine besondere „Ambivalenz“ gegenüber der jüdischen Bevölkerung. Juden werden als Täter ebenso wie als Opfer betrachtet; insbesondere wird hier Mitgefühl angesichts der Shoah ins Feld geführt. Die Existenz antisemitischer Bilder und Vorurteile wird mehrfach geleugnet – ohne jedoch die Begrifflichkeit und insbesondere den unterstellten Gegensatz zum zugestandenen Antijudaismus zu definieren und genauer zu erklären.

Eine ähnliche Ambivalenz sieht Krekovičová auch im Falle der Roma. Auch hier stehen, so die Autorin, „positive“ neben „negativen“ und „neutralen“ Beschreibungen. Es fragt sich, ob diese Unterscheidung besonders hilfreich in der Analyse sein kann: Eine mit oberflächlich „positiven“ Wertungen verknüpfte Romantisierung von „Zigeunern“ ist allgemein bekannt und überrascht nicht. Eine am konkreten Beispiel des „edlen Wilden“ bzw. an den Theorien des Postkolonialismus und dem Konzept der diskursiven Machtausübung orientierte Analyse hätte hier vielleicht weiter geführt.

Ein Element der von Kontrasten und doch Ambivalenzen geprägten slowakischen Folklorebilder wird vom Gegensatz zwischen Stadt und Land bestimmt. Die Stadt bildet einen Orientierungspunkt in der geografischen wie auch sozialen Topografie, einen Gegensatz zum Dorf, und steht für Reichtum ebenso wie für moralischen Verfall. Damit verbunden ist auch ein teilweise negatives (in Bezug auf den wohlbekannteren „pán“), teilweise ambivalentes (in Bezug auf den Priester oder Pfarrer) moralisches Bild von der sozialen Oberschicht auszumachen.

Einen wichtigen Punkt in Krekovičová's Konzept bildet das Bemühen, die oft als statisch begriffene Folklore zu dynamisieren und in historische Zusammenhänge einzuordnen. Damit steht sie in einer fruchtbaren Tradition der slowakischen Ethnologie, die auf diese Weise auch für Historiker von großem Interesse ist. Leider bleibt Krekovičová hier weitgehend an der Oberfläche, wenn sie, etwas unoriginell, ihre Quellen an einige zentrale Punkte der slowakischen Geschichte knüpft, wie die ungarische Nationalisierungspolitik und das Jahr 1867, die Gründung der Tschechoslowakei 1918 und den Holocaust. Konzeptionell erscheint darüber hinaus die Gegenüberstellung von „Realität“ und „Folklore“ hochproblematisch – Wahrnehmungen und Bilder ausschließlich als Fiktionen?

Über den historischen Kontext hinaus bildet auch die aktuellere Politik ein wichtiges Element in Krekovičová's Interesse. Sie beschreibt, wie die slowakische Politik in der älteren, kommunistischen ebenso wie in der jüngeren, nationalistischen, Vergangenheit Folklore instrumentalisiert hat. Die daraus folgende Konsequenz ist der Autorin zufolge eine weitgehende Ablehnung; „folklor“ wurde zu einem negativen Begriff, zu einem Synonym für Oberflächlichkeit. Ob dies allerdings eine Besonderheit der slowakischen Kultur und Gesellschaft und eine Folge der beschriebenen Instrumentalisierung sein muss, erscheint fraglich. Vielmehr ist auch in anderen Gesellschaften der Begriff der Folklore gleichbedeutend mit mangelnder kultureller Authentizität. Die Ethnologie hat diese sehr allgemeine Entwicklung aufgegriffen und in den analytisch fruchtbaren Gegensatz zwischen Folklore und Folklorismus umgewandelt. Dass Krekovičová diese Unterscheidung für ihre Untersuchung rundheraus ablehnt, mag voreilig gewesen sein und zu einer problematischen Vermischung der Kategorien sowie, daraus folgend, zu nicht konsequenten Schlussfolgerungen geführt haben.

Solche Mängel in der Theorie fallen besonders auf, da die Autorin von der ersten Seite an besonderen Wert auf einen hochsystematischen, betont wissenschaftlichen Stil und eine sehr abstrakte und gehobene Terminologie legt – in einer Weise, die teilweise die Lektüre erschwert. Die Vielzahl an Begriffsdefinitionen und theoretischen Anspielungen steht leider oft nur sehr bedingt in Zusammenhang mit der tatsächlichen empirischen Forschung und führen so ins Leere. Insbesondere das erste Kapitel wirkt dann letztlich mehr wie eine recht wenig originelle und vor allem oberflächliche Aufzählung der üblichen Verdächtigen, die mit dem Schlagwort des kollektiven Gedächtnisses in Verbindung gebracht werden: Pierre Nora (ärgerlicherweise fast durchgehend „Norra“ geschrieben), Halbwachs, Assmann etc. Wenn im Folgenden verschiedene Begriffe (Stereotyp, Mythos, Auto- und Heterostereotyp etc.) auf ihre Forschungskontexte zurückgeführt werden, so bleibt auch dies an der Oberfläche. Definitionen, die für die spätere Argumentation von entscheidender Bedeutung gewesen wären (insbesondere die immer wieder auftauchende Unterscheidung von Antisemitismus und Antijudaismus) fehlen dagegen. Ebenso fehlen, insbesondere in den Kapiteln zur jüngeren und aktuellen Politik, häufig Nachweise für Quellen. Die oft nicht nachvollziehbare Kombination von Fußnoten auf der einen Seite und sozialwissenschaftlicher Zitierweise durch Klammern im Text auf der anderen ist ein weiterer, wenn auch weniger gravierender formaler Mangel. Dieser ist, ebenso wie die vielen Redundanzen und die Absenz wirklicher Struktur, vermutlich zurückzuführen auf die Tatsache, dass es sich bei diesem Buch nicht, wie der erste Anschein vermittelt, um eine Monografie, sondern um eine Zusammenstellung von nicht ausreichend überarbeiteten Einzelessays handelt.

Berlin

Martina Winkler

Dějiny – teorie – kritika [Geschichte – Theorie – Kritik] 3 (2007) H. 1.

Auf dem IX. tschechischen Historikertag in Pardubice im September 2006 stellte der Doyen der Zunft, František Šmahel, fest, man fürchte sich immer noch vor dem Blick in die eigene Vergangenheit, doch würde die Geschichtsschreibung wohl nicht

besser, hätten wir unseren „Historikerstreit“ schon hinter uns. Und er warnte davor, sich in Selbstbetrachtungen zu verlieren: „Die Geschichtsschreibung ist nicht nur dazu da, sich mit sich selbst zu befassen. Unsere eigentliche Aufgabe besteht darin, wissenschaftlich zu forschen, zu publizieren, zu unterrichten [...]“ (*Český časopis historický* 105 (2007) H. 1, S. 115). Dem typischen Diktum Šmahels widerspricht, wenn auch nur implizit, die Zeitschrift DTK (Geschichte – Theorie – Kritik), die seit 2004 im Masaryk-Institut in Zusammenarbeit mit dem Institut für Zeitgeschichte zweimal jährlich erscheint. Hier ist es gelungen, eine Reihe von meist jungen, theoretisch interessierten und versierten Historikern zu versammeln, die versuchen, gegenüber dem eher theorieresistenten Mainstream der tschechischen Geschichtsschreibung methodologische Impulse zu setzen bzw. zu importieren und kritische Diskussionen zu initiieren. Eine gute Vorstellung vom Profil der Gruppe vermittelt ein Blick in das vorläufig letzte Heft.

Michal Kopeček (*1974) reagiert in seinem Beitrag auf die Debatten um die Errichtung eines „Instituts für nationales Gedächtnis“ (*Ústav paměti národa*) nach polnischem (und slowakischem) Vorbild. Was den Verfasser stört, ist die Schwarz-Weiß-Rhetorik – die allerdings nicht viel mit der überwiegend politischen Ausrichtung der tschechischen Zeitgeschichte und der Tätigkeit der „Achtundsechziger“ zu tun hat. Die neue Welle verschärfter Politisierung ist aber in der Tat wenig geeignet, die überlebten national-selbstbezogenen, „monistischen“ Erzählstrukturen aufzubrechen. Fruchtbarer als die Redefinition nationaler Identität à la polonaise wäre natürlich die Pluralisierung der Geschichtebenen, auch um den Preis von Relativierung und Ambivalenz. In diesem Sinne wäre die Aufgabe der neuen der Erforschung des Totalitarismus gewidmeten Behörde nicht, die definitive Wahrheit über die jüngste Vergangenheit herauszufinden und schon gar nicht verbindliche nationale Werte, die den jungen Konservativen zu anti-totalitären Kulturkampfzwecken dienen, zu etablieren. Kopečeks eigenes Leitbild ist eine pluralistische Geschichtsinterpretation als Ergebnis des nie endenden Streits um sozialen bzw. Geschichtssinn und keine bloße Umkehrung des kommunistischen Umgangs mit Geschichte für den täglichen Gebrauch.

Kopečeks Plädoyer wird ergänzt durch eine Übersicht über die gegenwärtigen polnischen Debatten zum Thema Geschichtspolitik von Rafał Stobiecki (*1962), der an der Universität Łódź tätig ist. Die dortigen überaus lebhaften Diskussionen schwanken zwischen einer – nicht unbedingt liberalen – Neigung zur „Amnesie im Namen der Zukunft“ und der Ansicht, die Geschichte sei sozusagen zu wichtig, um sie den Fachhistorikern zu überlassen (so etwa Marek Cichocki). Der Verfasser vertritt nicht einfach den Standpunkt, der Staat habe in der Geschichtswissenschaft nichts zu suchen, sondern zeigt auch die Möglichkeit eines nicht-ethnischen, pluralen Patriotismus auf. Geschichtspolitik bezeichnet er als legitim, sie beruhe auf Wertewahl bzw. Wertebezug und habe nicht zuletzt politische Relevanz, etwa für die immer noch als brisant empfundenen Beziehungen zu den Nachbarn.

Der Brünner Historiker Jiří Hanuš (*1963) setzt sich kritisch mit der Vergangenheitsbewältigung des Dramatikers Pavel Kohout auseinander, insbesondere mit dessen halb-dokumentarischen autobiografischen Romanen „Aus dem Tagebuch eines Konterrevolutionärs“ und „Wo der Hund begraben liegt“. Kohout gilt

ihm als unreflektiert und ichbezogen, zugleich sieht er ihn gewissermaßen als Prisma, in dem sich wesentliche Aspekte der jeweiligen Lage brechen. Mit Pavel Kosatík, dem Autor eines Pamphlets über das „Phänomen Kohout“, wirft Hanuš diesem vor, das Leben und die Gefühle der unterdrückten nicht-kommunistischen Bevölkerung auszuklammern; aber gerade diese Reduktion der Wirklichkeit stelle eine interessante Quelle für die Haltung jenes linken Milieus dar, das Kohout in allen seinen Wandlungen repräsentiert. Dessen vor kurzem erschienenen Memoiren (*To byl můj život?* [Das war mein Leben?] I, 2005; II, 2007) nehmen Stellung zu diesen Vorwürfen.

Eine vergleichende Außensicht auf die Entwicklung der tschechischen Geschichtsschreibung seit 1989 bringt der Aufsatz Maciej Górnys (*1976) vom Berliner polnischen Zentrum für historische Forschung. Im Vergleich zur Nachwendezeit in Polen und der Ex-DDR kann Górný kaum Kritik an und Selbstreflexion innerhalb der tschechischen Geschichtsschreibung feststellen; Josef Hanzals Versuch von 1999 scheint ihm dabei entgangen zu sein. Vor allem vermisst Górný aber intellektuelle und methodologische Innovation, entsprechend sieht er allzu viel Apologetik und Selbstzufriedenheit. Zum Vergleich wird der insgesamt konstruktive Umgang der polnischen Geschichtsschreibung mit dem Fall Jedwabne herangezogen, andererseits, gewissermaßen zum Trost, mythologisierende Exzesse südosteuropäischer Nationalhistoriker.

Den Aufsatzteil schließt eine Diskussion zu Miloš Havelkas zweitem Band des hier schon besprochenen „*Spor o smysl českých dějin*“ (Streit um den Sinn der böhmischen Geschichte. In: *Bohemia* 38 (1997) H. 2, S. 423-425). Während manche Rezensenten, wie Petr Čornej (*Dějiny a současnost* 29 (2007) H. 6, S. 44), die weitgehende Abwesenheit marxistischer Autoren – etwa Zdeněk Nejedlýs oder Robert Kalivodas – bemängeln, stellt Martin Putna (*1968) die geringe Beachtung rechtsgerichteter Stimmen, wie etwa die Jaroslav Durychs, heraus. Beiden Vorwürfen mag eine gewisse Berechtigung zukommen, doch kann die Auswahl von Texten nicht objektiv getroffen werden.

Jan Horskýs (*1963) hochkomplizierte Auseinandersetzung konzentriert sich dagegen auf noetisch-methodologische Probleme der Texte selbst. Dabei wird Havelkas Terminus „Symbolzentren“ für historische Phänomene und Ereignisse von der Art des Hussitismus oder der Schlacht am Weißen Berg aufgegriffen, deren Interpretation das Masaryksche progressistische Lager vom katholisch-konservativen scheidet. Die Debatte krankte schon zu Beginn an der ungenügenden Unterscheidung von empirischer Geschichte und nationaler Identitätssuche; die Jahre nach 1938 haben, zumindest in den hier herangezogenen Texten, das letztere in den Vordergrund rücken lassen, aber beides häufig miteinander vermischt. Horský wirft nun nicht allein die Frage auf, ob „Geschichtssinn“ eine für die empirische Forschung relevante Kategorie darstellt, sondern ob darüber hinaus die „Nation“ überhaupt ein selbstverständlich vorgegebenes Geschichtssubjekt bildet.

Für die tschechischen Debatten mit ihrem Defizit an kritischer Begriffsarbeit sind Horskýs Zweifel am unhinterfragten, holistischen „Wir“ ungewohnt; doch muss die emotionalisierte Atmosphäre der Jahre 1938-1989 in Betracht gezogen werden. Heute kann die Mehrzahl der Beiträge vor dem schweren Geschütz der Weber,

Derrida, Koselleck etc. natürlich nicht bestehen. Horskýs Forderung nach sauberer Trennung von empirischer Geschichtsschreibung und der normativen Dimension (der „humanitären Ideale“) ergibt aber nur Sinn, wenn die Diskurse als wissenschaftliche, historische Sachaussagen gelten wollen. Miloš Havelka unterstreicht in seinem Nachwort die eigene wissenschaftssoziologische Position: Es ging ihm in der Tat um die Herausarbeitung der Diskurse tschechischer Identität als bedenkenswerter Zeitdokumente und nicht um die Aktualisierung dieser oder jener Tradition; es handele sich letztlich um „nicht falsifizierbare“ Standpunkte.

Die begrüßenswerten Debatten der jungen tschechischen Kollegen sind ein Anzeichen von unverkrampftem, weltoffenem Herangehen an die Geschichte, dem man zwar nicht die Zukunft versprechen kann, aber dem man Mut zum Weitermachen wünschen sollte.

Berlin

Bedřich Loewenstein

Nodl, Martin: Dějepisectví mezi vědou a politikou. Úvahy o historiografii 19. a 20. století [Geschichtsschreibung zwischen Wissenschaft und Politik. Überlegungen zur Historiografie des 19. und 20. Jahrhunderts].

Centrum pro studium demokracie a kultury, Brno 2007, 263 S. (Edice Dějiny a kultura 14).

Der junge tschechische Mediävist Martin Nodl ist einem breiteren Publikum spätestens seit seiner temperamentvollen Kritik der etablierten tschechischen Geschichtsschreibung auf dem Königgrätzer Historikertag von 1999 bekannt, wenn nicht als vorlaut verrufen. In der hier vorliegenden, wissenschaftshistorisch und methodologisch zentrierten Arbeit wird sozusagen die Legitimation für den damaligen Auftritt nachgereicht. Acht der insgesamt neun Studien sind bereits in diversen Sammelbänden erschienen, aber erst in der Breite des zu besprechenden Bandes zeigt sich das beeindruckende Maß von Nodls Wissen und methodologischem Problembewusstsein.

Drei der Aufsätze sind einzelnen Historikern gewidmet: Wáclav W. Tomek, Bedřich Mendl und František Graus. Alle drei werden gründlich und fair untersucht, allerdings biografische und politische Aspekte relativ wenig behandelt. Es werden vorwiegend ihre wissenschaftlichen Leistungen gewürdigt: Bei Graus sind es insbesondere die Wandlungen seiner These von der so genannten Krise des Feudalismus, bei Tomek, dem Antipoden František Palackýs, dessen asketisch-nüchterne, unromantische Geschichtsarbeit und bei Mendl (außer einer etwas paradoxen Parallele zu Theodor Mayer) die Rezeption Henri Pirennes und der jüngeren deutschen Schule der Nationalökonomie.

Der stellenweise in eine Bibliografie ausartende Aufsatz über Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in der deutschen Mediävistik der böhmischen Länder (geschrieben für den 2004 von Pavel Soukup und František Šmahel herausgegebenen Band „Německá mediévistika v českých zemích do roku 1945“ [Die deutsche Mediävistik in den böhmischen Ländern bis zum Jahr 1945]) will das „ethnische“ Herangehen an das Thema überwinden, d.h. die nationale Polemik und die politische Tätigkeit der einzelnen Historiker ausklammern; und so ist etwa die Untersuchung der recht zahlreichen sozioökonomischen Beiträge in den „Mitteilungen des Vereins für die Ge-

schichte der Deutschen“ ebenso unvoreingenommen wie die Würdigung Karl Beers und seiner Benutzung der Losungsbücher als Quellen der mittelalterlichen Stadtgeschichte.

Als zutreffend muss Nodls Feststellung einer starken Kontinuität der tschechischen Hussitismusforschungen bezeichnet werden (der in den 1950er Jahren angefeindete Josef Pekař wird allerdings ausgeklammert). Eine bezeichnende Unsicherheit zeigt sich dabei in der Bewertung von Persönlichkeiten wie Josef Macek und insbesondere Robert Kalivoda, dessen Konzeption des Hussitismus als „frühbürgerlicher Revolution“ zwar nicht rezipiert wurde, aber eine gängige marxistische Kategorie darstellte.

Ausgesprochen kenntnisreich sind Nodls Überblicke zu den Forschungsimpulsen der „Annales“, die in Polen auf einen ungleich fruchtbareren Boden fielen als in der Tschechoslowakei, worauf die von Nodl kritisierte anhaltende „methodologische Sterilität“ der tschechischen Geschichtsschreibung zurückzuführen sei. Innovative Wege eröffnen dagegen prosopografische und mikrohistorische Forschungen, die zusammen mit einem Aufsatz über Kunstgeschichte als Sozialgeschichte Nodl als ungewöhnlich guten Kenner der letzten Trends der modernen Geschichtswissenschaft ausweisen. Das hohe Selbstbewusstsein des jungen Historikers richtet sich nicht allein gegen die „Kinder Husáks“, die seiner Meinung immer noch den Ton der tschechischen Historiografie angeben: Auch die größte deutsche Seminarbibliothek, nämlich die des Friedrich Meinecke-Instituts der FU Berlin, gilt ihm als „poněkud sterilní“ (einigermaßen steril, S. 239). Die im Titel genannte politische Seite seiner wertvollen Untersuchungen bleibt unterbelichtet.

Berlin

Bedřich Loewenstein

Kliems, Alfrun/Raßloff, Ute/Zajac, Peter (Hgg.): Spätmoderne. Lyrik des 20. Jahrhunderts in Ost-Mittel-Europa I.

Frank & Timme, Berlin 2006, 444 S. (Literaturwissenschaft 2).

Der vorliegende Sammelband ist der erste von insgesamt drei Teilbänden zur „Lyrik des 20. Jahrhunderts in Ost-Mittel-Europa“. Die Initiatoren dieses ambitionierten Projekts möchten mit ihrer Reihe einen diachronen Blick auf die ostmitteleuropäische Dichtung des 20. Jahrhunderts werfen, wobei – wie die etwas eigenwillige Schreibweise Ost-Mittel-Europa im Titel bereits andeutet – auch Vergleiche zur deutschen, französischen, englischen und russischen Lyrik gezogen werden. In Anlehnung an Reinhart Kosellecks „Zeitschichtenmodell“ wird hier für die Lyrik des 20. Jahrhunderts von einer Segmentierung und Sedimentierung in Schichten ausgegangen; die einzelnen Teilbände widmen sich den zeitlich aufeinander folgenden Schlüsselintervallen „Spätmoderne“, „Sozialistischer Realismus“ und „Intermedialität“.

Der Begriff der Spätmoderne findet in der Forschungsliteratur in sehr unterschiedlicher Weise Verwendung. Die Herausgeber des vorliegenden Bandes verorten die spätmoderne Phase im „Anschluss an das Segment der ‚klassischen Moderne‘ und teilweise parallel zu den ‚historischen Avantgarden‘“ (S. 12), also zwischen den 1920er und 1940er Jahren. Sie folgen der Auffassung des ungarischen Literatur-

wissenschaftlers Ernő Kulcsár-Szabó, der anhand verschiedener Merkmale wie beispielsweise eines veränderten Weltbildes, einer Neudeutung des Subjekts und einer spezifischen Sprachverwendung einen erheblichen Unterschied zwischen Spätmoderne und den Paradigmen der Moderne und der Avantgarde ausmacht. Alfrun Kliems, die in ihrem Beitrag am Beispiel des Motivs Sexualität ausgewählte Gedichte der tschechischen Lyriker Jaroslav Seifert, Ivan Jelinek und Milada Součková im Hinblick auf weitere Parameter eines spätmodernen Paradigmas analysiert, bekräftigt in ihrer Schlussfolgerung Kulcsár-Szabós Annahmen:

Die Lyrik der „Spätmoderne“, so ließe sich der Befund zuspitzen, vermeidet die Baudelaire'sche Ästhetisierung von Zerfall, Dekadenz und Untergang ebenso wie das Ornamentale und Pathetische des Symbolismus. Kriterien, die sie als moderne Lyrik für sich in Anspruch nimmt, sind dagegen Polysemie, Disharmonie (Angst, Dunkelheit, Tod, Desorientierung), Inkohärenz, Verfremdung und Entpersonalisierung. (S. 137 f.)

In den einzelnen Aufsätzen wird sowohl aus sozialhistorischer als auch aus dichtungsgeschichtlicher Perspektive eine Fülle an Beispielen präsentiert, die dies belegen.

Mit der Unterteilung des Bandes in vier Abschnitte wurde ein umfassender Bogen gespannt: Ausgehend von medientheoretischen und literaturgeschichtlichen Ansätzen, deren Auftakt signifikanterweise der Aufsatz von Ernő Kulcsár-Szabó zu „Dichtungsgeschichte und mediale Kulturtechniken“ bildet, über die Abschnitte „Die klassische Moderne: Weiterführung oder Abkehr?“ und „Der Gang durch die historischen Avantgarden“ reicht er bis zu abschließenden Auseinandersetzungen mit der Frage nach der Eignung der Spätmoderne zum integrativen Epochenkonzept. Als zentrale Erkenntnis ist diesbezüglich festzuhalten, dass sich die Spätmoderne durchaus als eine plausible poetologische Analysekatgorie verwenden lässt – sei es, um die geläufige Einordnung avantgardistischer Lyriker und ihrer Werke zu hinterfragen, sei es um eine Einordnung der als schwer rubrizierbar geltenden Dichter gar erst möglich zu machen.

Ein Musterbeispiel für letzteres liefert Raoul Eshelman mit seinem Beitrag über Josef Hora – jenen bedeutenden tschechischen Dichter, der weder programmatisch noch politisch oder konfessionell gebunden war und daher als „verwaist“, d.h. scheinbar keiner bestimmten Strömung zugehörig galt. Sein Beispiel ist auch insofern besonders aufschlussreich, als es zeigt, dass selbst in einer von der Avantgarde so dominierten Kultur wie der tschechischen Potenzial für die Konzeption der Spätmoderne vorhanden zu sein scheint.

Ähnlich vielversprechend – wie Magdalena Marszałek am Beispiel des Lemberger Lemken Bohdan-Ihor Antonyč darstellt – könnte sich die Durchsetzung der Kategorie der Spätmoderne bei der polnischen und der ukrainischen Lyrik erweisen, für die der Begriff im Unterschied zur ungarischen Literaturwissenschaft nicht verwendet wird. Allerdings wird gerade in Bezug auf die polnische Lyrik mittels einer „zweiten Avantgarde“ sehr wohl versucht, zwischen Moderne und Avantgarde zu unterscheiden, wie Heinrich Olschowsky in seinem Artikel „Mythos Natur – Mythos Stadt. Ihre Relation zwischen der ersten und der zweiten Avantgarde in Polen“ aufzeigt.

In einer Reihe weiterer Beiträge wird die bisherige Einordnung einzelner Dichter hinterfragt. So beschäftigt sich beispielsweise Ute Raßloff mit dem slowakischen

Avantgardisten Laco Novomeský und plädiert im Zuge einer einleuchtenden Analyse ausgewählter Gedichte dafür, zumindest einen Teil der Dichtung Novomeskýs der Spätmoderne zuzuordnen.

Abschließend lässt sich konstatieren, dass der Band einen bemerkenswerten Beitrag zu diesem bisher kaum untersuchten Thema leistet. Wer von dieser Publikation eine komplexe literaturgeschichtliche Verortung der Spätmoderne erwartet, wird allerdings enttäuscht sein. Dies dürfte wegen der Heterogenität der Dichtungs- und Forschungstraditionen der einzelnen Kulturen aber auch gar nicht zu leisten sein.

Regensburg

Katarína Ďurková

Beranová, Magdalena: Jídlo a pití v pravěku a ve středověku [Essen und Trinken in Altertum und Mittelalter].

Academia, Praha 2005, 359 S., zahlr. Abb.

Die Liste der tschechischen Titel, die in den letzten Jahrzehnten zur Geschichte der Ernährung erschienen sind, ist nicht besonders lang und so weckt jede etwas größere Arbeit zu diesem attraktiven Thema verständlicherweise eine gewisse Neugierde. Magdalena Beranová ist, obgleich sie sich in der Vergangenheit vor allem mit der Problematik der alten Slawen beschäftigt hat, auf diesem Gebiet kein Neuling. Ihre Arbeit über „Essen und Trinken in Altertum und Mittelalter“ knüpft an die lange Reihe ihrer früheren Publikationen an: an ein Buch über „Essen und Trinken zur Zeit Rudolfs II.“ von 1997, das auch in einer deutschen Version auf den Markt kam, den Titel „Wie aß man in der Antike – Ein römisches Kochbuch“ aus dem Jahr 2000, das Beranová gemeinsam mit Jaroslav Řešátko verfasst hat, und ein Werk über „Traditionelle böhmische Kochbücher – Wie aß man vor Magdalena Rettigová“ von 2001. Alle diese Bücher hatten einen Anhang mit zeigenössischen Rezepten. Das ist auch bei Beranová's neuestem Buch der Fall, auch wenn der Rezeptteil dieses Mal deutlich dünner ausfällt als sonst.

Über die zeitliche Eingrenzung ihres Themas zerbricht sich die Autorin nicht sonderlich den Kopf; mit einem Verweis auf die konservativen Beharrungskräfte der traditionellen Küche verwendet sie auch Angaben aus der Frühen Neuzeit und häufig sogar aus dem 19. Jahrhundert. Dabei zeigt sie keinerlei Sensibilität für die markanten Unterschiede im Stil der einzelnen Kochbücher, obwohl diese eindeutig von dynamischen Veränderungen zumindest auf dem Gebiet der „haute cuisine“ zeugen. Paradoxerweise beschäftigt sie sich zugleich mit den Innovationen, die die Entdeckung Amerikas mit sich brachte.

Ebenso großzügig verfährt sie bei der geografischen Eingrenzung. Dass sie ihr Interesse auf die böhmische Küchenkunst begrenzt, ist nachvollziehbar, unvermittelt finden sich daneben dann auch Informationen über die Ernährung der urzeitlichen Bewohner von Pfahlbauten auf dem Gebiet der heutigen Schweiz und sogar eine Speisekarte aus einem byzantinischen Kloster des 12. Jahrhunderts. Zugleich werden naheliegende Quellen wie mittelalterliche Kochbücher nicht berücksichtigt, vor allem wenn diese in deutscher Sprache verfasst sind: Böhmen sind in Beranová's Verständnis noch immer ausnahmslos tschechisch sprechende Böhmen. Aber auch

Quellen, die direkt auf die tschechische Ethnie bezogen sind, sind ihr mitunter entgangen wie z.B. die Schilderungen von Johann Butzbach, und das obwohl eine einschlägige Passage aus diesem Werk schon 1928 in Eduard Bass' „Bei den Ketzern in den böhmischen Ländern“ in tschechischer Sprache publiziert wurde.

Beranová's Arbeit knüpft in ihrer Konzeption an ältere Werke wie die von Zikmund Winter (z.B. *Kuchyně a stůl našich předků* [Küche und Tisch unserer Vorfahren], Praha 1892) und Čeněk Zíbrt (*Staročeské umění kuchařské* [Die altböhmische Kochkunst], Praha 1927), und damit an eine positivistische Faktografie an, die von modernen Ansätzen der Kulturgeschichte weit entfernt ist. Stellenweise konnte ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass Magdalena Beranová beim Schreiben dieses nicht sonderlich leserfreundlichen Textes, der mit Daten und Fakten verschiedenster Art überfrachtet ist, einfach so vorgegangen ist, dass sie alle ihr zur Verfügung stehenden Informationen aufgenommen hat. Von einer geplanten heuristischen Vorgehensweise oder gar einer ursprünglich gestellten Forschungsfrage kann keine Rede sein. Das Literaturverzeichnis zeigt zudem, dass die Autorin Lücken in der Kenntnis der neuesten, vor allem internationalen Forschung zum Thema hat und keinerlei bisher unbekannte Archivquellen verwendet hat.

Trotzdem kann man nicht sagen, das Werk würde auf dem Gebiet der Ernährungsgeschichte überhaupt nichts Neues oder Interessantes bringen. Beranová kann ihre Kenntnisse der archäologischen Literatur, die von anderen Ernährungshistorikern meist vollständig ignoriert werden, gewinnbringend einsetzen. So stellen die Ausführungen, die auf Erkenntnissen der archäologischen und archäobotanischen Forschung beruhen, den wertvollsten Teil der Publikation dar. Die Passagen, die Einblicke in urzeitliche Ernährungsgewohnheiten bieten – namentlich in die der Autorin wohlvertrauten alten Slawen – sind die gelungensten des Buches.

Im Gegensatz dazu können die raren und flüchtigen Versuche einer beliebigen Interpretation der zusammengetragenen Faktenmenge den Leser nur schwer blenden. Einige der allgemein formulierten und zugleich kontroversen Thesen – z.B. über die außergewöhnlich hohe Qualität der böhmischen Gastronomie bis zum 17. Jahrhundert oder über das gute Ernährungsniveau breiter Volksschichten bis zum Ausbruch des 30-jährigen Krieges – werden mit keinerlei relevanten Argumenten belegt. Im ersten Fall ist noch nicht einmal klar, an welchen Maßstäben diese angeblich hohe Qualität gemessen werden soll. Somit handelt es sich eher um die Verbreitung der üblichen Klischees als um eine ernst zu nehmende Thesen- oder Hypothesenbildung.

Den unentschiedenen Eindruck, den das Buch hinterlässt, kann auch der Rezeptanhang nicht verbessern. Den Teil, der mit „Urzeitliche Inspirationen in der Küche“ überschrieben ist, kann man im Grunde genommen als geschmackvolle Opfergabe an die Popularisierung bezeichnen. Schwieriger ist das bei den „Ausgewählten Rezepten aus den Kochbüchern des 15.-17. Jahrhunderts“. Dabei geht es nicht nur darum, dass bereits der Titel den Widerspruch zwischen Haupttext und Anhang verrät; störend ist auch, dass die Autorin nicht in der Lage war, bei den Rezepten anzuführen, aus welchem Buch sie diese genommen hat.

Ist es überhaupt sinnvoll, hier detailliert all die Fehler und konzeptionellen Irrtümer dieses missratenen neuen Buches von Magdalena Beranová aufzuzählen? Ich

denke, so kategorisch muss das abschließende Urteil gar nicht ausfallen. Zweifellos gibt es eine gewisse Leserschicht, die das Buch positiv bewerten wird. Dabei handelt es sich vor allem um die Liebhaber positivistischer Fakten, die sich die nicht sonderlich komplizierte Frage stellen, wie es denn in der Vergangenheit gewesen sei. Diesen werden hier ähnlich einfache Antworten angeboten. Restaurantbesitzer können in dem Buch eine Orientierung gewinnen, was sie vermutlich zubereiten sollen, wenn Gäste zum Beispiel ein „mittelalterliches Menü“ bestellen; es macht ja nichts, dass dies eine sehr breite Vorstellung von Mittelalter beinhaltet. Und schließlich müssen auch professionelle Historiker nun nicht mehr wegen einzelner Angaben die teilweise schwer zugänglichen Arbeiten von Zikmund Winter und Čeněk Zíbrt durchforsten; und als Bonus erhalten sie noch ein paar kleine Einsichten, die anhand archäologischer Funde gewonnen wurden. Wer aber von einem historischen Buch etwas mehr erwartet als eine Anhäufung verschiedener zusammengelesener Fakten, wird meiner Meinung nach zutiefst enttäuscht sein.

Praha

Martin Franc

Ryba, Bohumil (Hg.): Magistri Iohannis Hus Quodlibet. Disputationis de Quolibet Pragae in Facultate Artium Mense Ianuario Anni 1411 habitae Enchiridion.

Brepols Publishers, Turnhout 2006, XL + 310 S. (Corpus Christianorum – Continuatio Mediaevalis 211).

Bei den „Magistri Iohannis Hus Opera omnia“ handelt es sich um eines der bedeutendsten Editionsprojekte der tschechischen Mediävistik der letzten fünfzig Jahre: Es geht um nicht weniger als um die Herausgabe sämtlicher Schriften des Jan Hus. Zwischen 1959 und 1995 hat der Verlag der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften bereits neun Bände dieser prestigeträchtigen Reihe – und damit etwa ein Drittel des geplanten Umfangs – vorgelegt. Ursprünglich war man davon ausgegangen, dass die Arbeit schneller vorangehen würde, hatte jedoch nicht die Probleme einkalkuliert, die dieses Projekt infolge unzureichender Unterstützung begleiten würden; vor allem fehlt es an jungen, fachlich qualifizierten Herausgebern.

Bereits in den 1990er Jahren wurde nach längeren Verhandlungen eine Zusammenarbeit zwischen der Kommission für die Herausgabe der Werke von Jan Hus bei der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik mit dem renommierten belgischen Verlag Brepols vereinbart, der sich bereit erklärte, die Editionsreihe als Teil seines weithin anerkannten Projekts „Corpus Christianorum – Continuatio Mediaevalis“ herauszugeben. 2004 konnte mit den von Jiří Kejř edierten „Quaestiones“ das erste Ergebnis dieser Zusammenarbeit präsentiert werden. Nun liegt ein weiterer Band vor, dieser enthält den Hus-Text „Quodlibet“ aus dem Jahr 1411. In der Hus-Reihe „Opera omnia“ ist er als Band 20 gekennzeichnet, während er als Band der „Quaestiones“ die Nummer 19A trägt.

Die Herausgabe von Hus' „Quodlibet“ verdient umso mehr Beachtung, als dieses Werk die letzten Versuche der Prager Reformer dokumentiert, die Situation nicht eskalieren zu lassen und der permanent zunehmenden Bedrohung mit einem höchst vorsichtigem Auftreten zu begegnen. Doch nicht alle, die an der universitären Diskussion, um die es in der Edition geht, beteiligt waren, akzeptierten Hus' Taktik der

Zurückhaltung – eine namhafte Ausnahme war hier, wie auch in anderen Fällen, Jakoubek aus Strěbro. Auch darf die zu einem gewissen Grad provokative Tatsache nicht unerwähnt bleiben, dass sich gerade Hus, der zu diesem Zeitpunkt schon einige Monate unter Kirchenbann stand, der Formulierung des „Quodlibet“, dieses außergewöhnlich bedeutenden universitären Akts, annahm.

Mit der bisherigen Hus-Reihe „Opera omnia“ ist gerade dieser neue Band auf besondere Art und Weise verbunden, ist er doch zu einem beträchtlichen Grad ein Nachdruck der alten Edition. Verwendet wurde hier die von Bohumil Ryba, einem der größten tschechischen Kenner des mittelalterlichen Latein, erstellten Ausgabe von 1948.¹ Diese Edition ist von so hoher Qualität, dass sie nur kleiner Änderungen bedurfte; teilweise war nur eine Angleichung an die anderen Bände der Reihe „Opera omnia“ nötig. Bei dieser Gelegenheit wurde die Ausgabe von Ryba auch leicht überarbeitet, ältere Korrekturen und Ergänzungen, die zum Teil auf ihn selbst zurückgehen,² konnten ebenso vorgenommen werden wie zahlreiche andere Berichtigungen, die in erster Linie durch die Identifizierung früher nicht bekannter zitierter Autoritäten möglich wurden.

Das Grundgerüst der Ausgabe von Ryba blieb dabei insgesamt erhalten; es handelt es sich um die Bearbeitung von zehn handschriftlichen Texten des „Quodlibet“, unter denen die Handschrift aus der Bibliothek des Prager Nationalmuseums V C 42, fol. 1a-54b als die wichtigste betrachtet werden kann. Nach Einsichtnahme in das letzte existierende Verzeichnis des literarischen Schaffens von Hus³ ist zwar offensichtlich, dass heute eine größere Zahl von Handschriften bekannt ist als zu Rybas Zeit. In Anbetracht der Schlüsselstellung der Handschrift V C 42 erscheint der Verzicht der neuen Ausgabe des „Quodlibet“ auf einen weiteren Kodex aber nicht als allzu bedauerlich.

Aufgebaut ist der zwölfte Band der „Opera omnia“ von Hus wie folgt: Neben der Edition des Buchs enthält der Band Texte von Universitätsgelehrten, die sich am Quodlibet von Hus beteiligten, weiter einen Index der Fragen und Probleme (Conspectus quaestionum et problematum) sowie ein Verzeichnis der zitierten Bibelstellen und der kirchlichen Autoritäten. Darüber hinaus wurden dem Haupttext eine kurze Einführung von Gabriel Silagi, dem Sekretär der Kommission für die Herausgabe der Werke von Jan Hus, und ein Bohumil Ryba gewidmetes Porträt aus der Feder von Dana Martínková vorangestellt. Abschließend ist lobend zu erwähnen, dass die neue Ausgabe am Rand der Seiten die Paginierung der Ausgabe von Ryba aus dem Jahre 1948 anführt, Interessierte also Verweise der älteren Literatur auf Ryba einfach nachvollziehen können.

Prag

Jaroslav Boubín

¹ Ryba, Bohumil (Hg.): *Magistri Iohannis Hus Quodlibet. Disputationis de Quodlibet Pragrae in Facultate Artium Mense Ianuario Anni 1411 habitae Enchiridion*. Pragrae 1948.

² So Ryba in: *Český časopis historický* 50 (1947-1949) H. 2, 191-198.

³ Bartoš, František M./Spunar, Pavel (Hgg.): *Soupis pramenů k literární činnosti M. Jana Husa a M. Jeronýma Pražského [Verzeichnis der Quellen des literarischen Schaffens von Meister Jan Hus und Meister Hieronymus Pragensis]*. Praha 1965, 80 f.

Strohmeyer, Arno: Konfessionskonflikt und Herrschaftsordnung. Widerstandsrecht bei den österreichischen Ständen (1550–1650).

Philipp von Zabern, Mainz 2006, 561 S. (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz. Abteilung für Universalgeschichte 201; Beiträge zur Sozial- und Verfassungsgeschichte des Alten Reiches 16).

In den großen Auseinandersetzungen, die sich im späten 16. und in den ersten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts zwischen der Habsburgerdynastie und den protestantischen Ständen der von dieser regierten Territorien abspielten, wird das Erzherzogtum Österreich gewöhnlich als ein „Nebenkriegsschauplatz“ betrachtet, der nur sekundäre Aufmerksamkeit verdient. Darüber hinaus galt die Rolle, welche dieser Kernzone der habsburgischen Hausmacht im Ringen zwischen den Ständen und dem Landesfürstentum zufiel, seit der imponierenden Forschungsleistung des oberösterreichischen Historikers und Archivars Hans Sturmberger als im wesentlichen geklärt. Insbesondere Sturmbergers zwei große Biografien – jene des ständischen Oppositionspolitikers Georg Erasmus von Tschernembl (1953) und jene des bayerischen Statthalters Adam von Herberstorff (1976) – gewannen unter Historikern eine nahezu unumschränkte Autorität. Diese verdankten sie unter anderem dem Umstand, dass sie nicht als bloße Lebensbeschreibungen, sondern auch als Darstellungen der Landesgeschichte in der Hochphase des Konfessionskonflikts konzipiert, verfasst und gelesen wurden.

Diese herkömmliche Einschätzung wie auch die auf Sturmbergers Texten beruhende Interpretationssicherheit zieht nunmehr Arno Strohmeyer in Zweifel. Seine Studie, die sowohl durch den methodischen Ansatz als auch durch die breite quellennmäßige Fundierung besticht, bringt das in zwei weitgehend selbstständige Länder geteilte Erzherzogtum Österreich erneut aufs Tapet. Strohmeyer macht nicht nur auf erhebliche Kenntnislücken – besonders hinsichtlich Niederösterreichs – aufmerksam, die er durch eigene Forschungen in Archiven in Österreich, Deutschland und Slowenien und durch Heranziehen neuer Quellen selbst zu schließen versucht (so werden hier beispielsweise die so genannten Religionsbücher der oberösterreichischen Stände zum ersten Mal systematisch ausgewertet). Seiner Ansicht nach ist eine grundsätzliche Revision des vorherrschenden Geschichtsbildes über das Widerstandsdenken und -verhalten der österreichischen Stände erforderlich. Nieder- und Oberösterreich können zur Geschichte des konfessionellen Konflikts und der frühmodernen Herrschaftsordnungen deutlich mehr beitragen als man bisher glaubte. Sie werden als fruchtbares Terrain für die Untersuchung des adlig-ständischen Widerstands im europäischen Kontext identifiziert.

Strohmeyer nähert sich dem Konfessionskonflikt im Erzherzogtum Österreich mit grundsätzlich neuen Fragestellungen, indem er sich von zeitfremden, etatistisch geprägten und vielfach problematischen Verfassungsmodellen wie „Dualismus“, „Absolutismus“ oder „Ständestaat“ distanziert und sich der zeitgenössischen Wahrnehmung der Herrschaftsordnung – „verstanden als das verfassungsrechtlich geregelte Verhältnis zwischen Obrigkeit und Untertanen“ (S. 430) – zuwendet. Die zeitgenössischen Argumentationsmuster zur Rechtfertigung des adlig-ständischen Widerstands werden somit zum Ausgangspunkt der Untersuchung und ihre Analyse wird zur Forschungsmethode. In Strohmeyers Blick gerät – in Anlehnung an die

„Klassiker“ Pocock und Skinner wie auch an die jüngeren Forschungen Roberts von Friedeburg – der Bereich der Widerstandssprache und der politischen Kommunikation zwischen den Ständen und dem Landesfürsten unter Einbeziehung ihrer symbolischen Formen.

Von Relevanz ist dabei Strohmeyers Verständnis zweier Schlüsselbegriffe – der Verfassung und des Widerstands. Die Verfassung wird hier nicht im modernen Sinn als schriftlich fixierte Verfassung verstanden, sondern als ein Geflecht aus unterschiedlichen „Rechtsnormen vom höchsten Geltungsrang“, durch die eine politische Ordnung auf kommunikativem Weg hergestellt wurde. Die Verfassung gilt somit als Sammelbegriff für „[t]heologische und naturrechtliche Bezüge, vertragliche Vereinbarungen zwischen Obrigkeit und Untertanen, das Gemeinwohl, sozial produzierte Normen und gewohnheitsrechtliche Regelungen“ (S. 15 f., 431). Diese Art von frühmoderner Verfassung bewies ein hohes Maß an Flexibilität. Sie musste in der politischen Praxis ständig zwischen Obrigkeit und Untertanen ausgehandelt werden, und gerade diesem Konstruktions- und Aushandlungsprozess wie auch dem Verfassungswandel schenkt Strohmeyer besondere Aufmerksamkeit.

Bei der Abgrenzung des Widerstands bedient sich Strohmeyer einer engeren Definition, indem er lediglich jene Handlungen der Stände als Widerstand bezeichnet, die zu einer grundsätzlichen Regulierung ihres Verhältnisses zur Landesherrschaft eingesetzt wurden, womit er etwa die Diskussionen über landesfürstliche Steuerpostulate am Landtag außer Betracht lässt (S. 55-60). Dieses Verständnis erweist sich für eine Analyse der von Strohmeyer untersuchten Situationen als bestens geeignet. Im Zentrum seiner Studie stehen nämlich die Verhandlungen um die Erbhuldigungen anlässlich der Herrschaftswchsel, die als verfassungsrechtlich zentrale Akte (S. 142) und zugleich „Kulminationspunkte“ des adlig-ständischen Widerstands (S. 60) charakterisiert werden. Das zeitliche Augenmerk reicht dabei – von den Rück- und Ausblicken abgesehen – vom Herrschaftsantritt Rudolfs II. (1577/78), bei dem die Religionsfrage zum ersten Mal zum Thema der Erbhuldigungsverhandlungen wurde, über die konfliktreichen Auseinandersetzungen über die Huldigungen gegenüber Matthias (1608/09) und Ferdinand II. (1619/20), bei denen der Widerstand eskalierte, bis zu den Erbhuldigungen gegenüber Ferdinand III. (1629/30) und Ferdinand IV. (1651/52), in deren Verlauf sich die Auflösung der konfessionspolitischen Frontstellungen und die Delegitimierung der ständischen Widerstandspraktiken in Konsequenz der tiefgreifenden Wandlungen nach dem Jahr 1620 manifestierten. Die einzelnen Huldigungsverhandlungen behandelt Strohmeyer ausführlich in separaten Kapiteln. Zunächst bietet er jeweils einen kontextualisierten ereignisgeschichtlichen Überblick, der übrigens die bisherigen Darstellungen häufig an Präzision und Übersichtlichkeit übertrifft. Anschließend wird die während der Huldigungsverhandlungen in beiden Ländern angewandte Widerstandssprache einer subtilen Analyse unterzogen.

Strohmeyers analytischer Blick zielt zunächst auf leitende Argumentationsmuster – „Denkfiguren, Ordnungsvorstellungen und Normen“ – ab, mit denen die rechtlichen Ansprüche der Stände wie auch jene des Landesfürsten während der Huldigungsverhandlungen gerechtfertigt wurden. Darunter fiel – so einer der Befunde – dem Vertragsdenken und dem „alten Herkommen“ eine besondere Bedeutung zu.

Daneben wurden jedoch auch – jeweils in unterschiedlicher Proportionierung – weitere Argumentationsmuster zur Legitimation des Widerstands eingesetzt, etwa die Vorstellung vom politischen Gemeinwesen als patriarchalischer Familie, die Gewissensfreiheit, die Körpermetaphorik, das Gemeinwohl und das Recht auf korporative Selbstverteidigung, wobei die allmähliche Eskalation des Konfessionskonflikts den Aufbau, dessen Neutralisierung nach 1620 jedoch den Abbau dieses argumentativen Instrumentariums zur Folge hatte.

Anhand dieser Analyse formuliert Strohmeyer wichtige Aussagen über die Funktionsweise der Herrschaftsordnung. Besonders die Flexibilität der frühmodernen Verfassung wird anschaulich vor Augen geführt. Die Verfassung ließ üblicherweise viele bedeutende Fragen nicht eindeutig geklärt, so dass Herrscherrechte und Untertanenpflichten wiederholtem Verhandeln offen standen. Dabei fiel gerade den Erbhuldigungen eine Schlüsselrolle zu. Die vielfach unklare Rechtslage bestimmte zugleich die Logik der Huldigungsverhandlungen mit, in denen zunächst die Positionen beider Seiten in aller Deutlichkeit dargelegt wurden; erst anschließend suchte man nach einer jede endgültige positivrechtliche Satzung vermeidenden Kompromisslösung. Gerade deshalb waren aber die Auseinandersetzung um die Erbhuldigung und die Erbhuldigungsrituale selbst von erstrangiger Bedeutung. Es wurde „buchstäblich bis zur letzten Sekunde um Formulierungen, Rechtspositionen und künftige Handlungsspielräume gerungen“ (S. 175).

Die inhärente Flexibilität der Verfassung wird des Weiteren durch die Denkfigur des „alten Herkommens“ – den „Leitbegriff der Verfassung“ (S. 102) – vertieft. Das „alte Herkommen“ wirkte als eine Art „Verfassungsgedächtnis“ (S. 436) und dessen Definierung bzw. Konstruierung unterlag ebenfalls einem beständigen Aushandeln. Deshalb war das Geschichtsdenken verfassungsmäßig relevant und das Ringen mit dem Landesfürsten um die Erinnerungshoheit unvermeidlich. Die protestantischen Stände wussten den „manipulativ-konstruierende[n] Umgang mit der Vergangenheit“ im Kampf um die Religionsfreiheit sehr geschickt einzusetzen – Strohmeyer spricht hier von „historischer Alchemie“ (S. 310, 410) – und die beanspruchte Erweiterung der ständischen Libertät durch eine vergangenheitsbezogene Argumentation zu legitimieren, was auf landesfürstlicher Seite auf Widerstand stieß. Vor dem Hintergrund des Konfessionskonflikts kristallisierten sich zwei diametral verschiedene, durch unterschiedliches Verständnis des „alten Herkommens“ sanktionierte Verfassungsvorstellungen heraus, die letztlich zu einer offenen Spaltung führten: Die oberösterreichischen Stände und ein erheblicher Teil der protestantischen Stände Niederösterreichs schlossen sich der Böhmisches Konföderation an und unterbrachen die seit dem Frühjahr 1619 zögernd geführten Huldigungsverhandlungen mit Ferdinand II.

Nach der militärischen Niederlage des Aufstands schritt Ferdinand II. zur inhaltlichen Präzisierung und Konkretisierung der unübersichtlich gewordenen Verfassung, wobei sich freilich die landesfürstliche Deutung durchsetzte. Die Position des Landesfürsten wurde wesentlich verstärkt und die Elastizität der Verfassung spürbar eingeschränkt (S. 445), ohne dass damit jedoch die verfassungsmäßige Ordnung vollständig auf eine neue Basis gestellt worden wäre. So wurde beispielsweise keine Änderung des internen Ablaufs der Huldigung vorgenommen und der

„Grundsatz der Reziprozität“ (S. 369, 390) blieb aufrecht. Die Erbhuldigungen wurden vielmehr widerstandsrechtlich entschärft, umfunktioniert und als herrschaftsstützender Akt eingesetzt (S. 369-378). Somit erklärt diese Studie unter vielem anderen, warum Ferdinand II. in den 1620er Jahren solchen Nachdruck auf die konfessionelle Vereinheitlichung der Stände, auf die eindeutige Sanktionierung des Erbrechts und auf symbolische Akte – etwa Eidesformel oder Unterwerfungsrituale – legte und warum andere Bereiche, die spätere Historiker als bedeutender für die Staatsbildung betrachteten, weniger tangiert wurden.

Als erhellend erweist sich die Differenzierung zwischen Nieder- und Oberösterreich. Strohmeyer identifiziert in der verfassungsmäßigen, politischen, konfessionellen und sozialen Ausgangslage beider Länder neben zahlreichen Parallelen auch erhebliche Unterschiede, die er als für die divergierende Ausprägung des Verfassungsdiskurses verantwortlich betrachtet. Dazu gehören etwa die konfessionpolitische Spaltung der Stände in Niederösterreich, welche die Formierung der konfessionellen Frontstellungen erheblich komplizierte, oder eine offenere Rechtslage hinsichtlich der Religionsfrage und deshalb auch eine größere Bedeutung der gewohnheitsrechtlichen Praxis in Oberösterreich (S. 85, 89 f., 303). Daneben werden die Befunde anhand „komparatistischer Seitenblicke“ (S. 47) auf ostmitteleuropäische und westeuropäische Territorien in einen überterritorialen Rahmen gestellt, wobei allerdings genug Raum für eine weitere Entfaltung des Vergleichs offen bleibt. Im Hinblick auf Böhmen könnten etwa die 1619/20 publizierten und als mediale Innovation betrachteten Verteidigungsschriften der österreichischen Stände – Strohmeyer nennt sie „historiographische Farbbücher“ (S. 213-232) – mit den seit 1618 verfassten Apologien der böhmischen Stände verglichen werden, oder es wäre sinnvoll, die Verhandlungen über die schriftliche Bestätigung der religiösen Konzessionen Maximilians II. anlässlich des Herrschaftsantritts Rudolfs II. 1577/78 den langwierigen und mit einem ähnlichen Ergebnis abgeschlossenen Verhandlungen um die Anerkennung der „Confessio Bohemica“ in Böhmen 1575 gegenüberzustellen.

Es ist eine besondere Stärke von Strohmeyers Buch, den Stellenwert des (weit verstandenen) Rechts in der Herrschaftsordnung und im Konfessionskonflikt, die destabilisierende Wirkung der Glaubensfrage auf die Methoden der Konsensbildung sowie die Verzahnung von Recht, Konfession und Widerstand klarzulegen: Der religiöse Dissens habe „zu zahlreichen und langwierigen widerstandsrechtlichen Debatten und damit zu einer Intensivierung des Denkens über die verfassungsmäßigen Grundlagen der Herrschaftsordnung“ geführt (S. 433). Die Religionsfrage besaß eine „verfassungsrechtliche Sprengkraft“ (S. 352), sie wirkte als „Auslöser“ und „Katalysator“ (S. 7) des Verfassungskonflikts und zugleich als dessen Leitthema (S. 433). Der Konfessionskonflikt selbst wurde jedoch auf der anderen Seite nicht als theologischer Konflikt, sondern eben als Verfassungskonflikt ausgetragen (S. 129, 439). Es wurde vorwiegend auf der rechtlichen Ebene über Privilegien und Freiheiten diskutiert. Theologische Rechtfertigung – etwa der Rekurs auf das Gewissen – spielte dabei eine sekundäre Rolle, auch deshalb, weil die Anfragen der österreichischen Stände bei den theologischen Fakultäten der protestantischen Universitäten im Reich um 1580 so gut wie keine widerstandsfördernden Argumente erbrachten

(S. 114-129). „Gestritten wurde um die Religion, vorzugsweise jedoch nicht mit der Religion“ (S. 191, 449).

Mit der Klarlegung des profanen und genuin rechtlichen Charakters des Widerstandsdenkens der österreichischen Stände gelangt Strohmeyer schließlich zu einer starken These, die sich gegen die herkömmliche, durch Hans Sturmberger zementierte Interpretation richtet: Die aus dem Bereich der Religionssoziologie (Ernst Troeltsch) stammende Forschungsmeinung über das unterschiedlich ausgeprägte Widerstandsverhalten der Lutheraner und Calvinisten – der Grundstein von Sturmbergers Interpretation – lasse sich, nachdem sie bereits für andere europäische Regionen angezweifelt worden war, am Beispiel Österreich ebenfalls nicht nachweisen. Sie sei durch eine selektive Lektüre der Quellen entstanden, in denen Belege für einen Transfer der widerstandsrechtlichen Argumente aus dem Gedankengut der französischen Monarchomachen gesucht wurden, ohne originäre Widerstandstraditionen zu berücksichtigen. Der biografische Ansatz Sturmbergers habe dabei ebenfalls bedeutend mitgewirkt: Tschernembl sei durch Sturmberger zum Vermittler von calvinistischen Widerstandsinhalten stilisiert worden, obwohl die – größtenteils aus evangelischen Adeligen zusammengesetzte – Protestfront (deren „Sprachrohr und Leiter“ Tschernembl höchstens war [S. 136]) viel breiter und eines selbstständigen Widerstandsdenkens und -handelns durchaus fähig gewesen sei. In diesem Sinne unternimmt Strohmeyer eine Neuinterpretation der um 1600 verfassten Schrift „De resistentia subditorum“, wobei er die direkte Autorschaft Tschernembls als nicht nachweisbar erklärt und – was noch bedeutender ist – in der Schrift nicht nur Parallelen zu monarchomachischen Traktaten, sondern auch Rückgriffe auf die lokale ständische Tradition des politisch-rechtlichen Denkens erkennt (S. 137-145).

Statt aus der Lehre der französischen Monarchomachen speiste sich das Widerstandsdenken der österreichischen Stände laut Strohmeyer primär aus einheimischen Quellen oder aber aus Widerstandsargumenten, die zum europäischen Gemeingut gehörten und keiner konfessionsspezifischen Zuordnung unterlagen. Die österreichischen Stände verstanden es außerdem, diese Argumente weiterzuentwickeln und der lokalen Situation und Tradition anzupassen. Sie waren jedenfalls nicht auf einen Import von Widerstandsideen aus Frankreich und den Niederlanden angewiesen. Damit sei der „Topos“ des leidenden Gehorsams, d.h. einer grundsätzlichen Obrigkeitgläubigkeit der Lutheraner, obsolet. Die weniger entschiedene Beteiligung der niederösterreichischen Stände am Widerstand lasse sich nicht etwa aus unterschiedlichen Prädispositionen der Lutheraner und der Calvinisten zum Widerstand ableiten: Sie gehe auf strukturelle Faktoren zurück (u.a. konfessionelle Spaltung, Nähe zum Herrschaftszentrum), nicht auf eine geringere Ausstrahlungskraft Tschernembls und seines reformierten Umfelds. In der vorherrschenden Meinung über den Import von Widerstandsgedanken nach Österreich spiegeln sich vielmehr wissenschaftsgeschichtliche Orientierungen der älteren österreichischen Geschichtsschreibung wider. Vor allem in diesem Punkt wird die Ikone Sturmbergers – bei aller Anerkennung seiner Forschungsleistung – durch Strohmeyer zunächst einer Kontextualisierung, dann jedoch einer konsequenten Kritik und Revision unterzogen.

In diesen durchaus überzeugend formulierten Feststellungen verbergen sich weitgehende Implikationen für die Forschung über andere Länder der Habsburger-

monarchie, denn die Vorstellung von einer deutlich radikaleren Widerstandsbereitschaft der Reformierten bzw. der diesen nahe stehenden Konfessionsgruppen (der Brüderunität in Böhmen und Mähren) ist immer noch eine geläufige Forschungsmeinung. Nicht zuletzt deshalb erscheint das zurückhaltende und legitimitätsorientierte Verhalten des mährischen Brüderadeligen Karl d.Ä. von Zierotin während des böhmischen Ständeaufstands als rätselhaftes Paradoxon, ließen sich doch gerade die mährischen lutherischen Adeligen für den Aufstand gegen die Habsburgerdynastie gewinnen. Arno Strohmeyer hat mit großer Überzeugungskraft gezeigt, dass eine theologisch bedingte Neigung der Lutheraner zur Unterordnung und der Reformierten zum Widerstand sich am Beispiel Österreich nicht nachweisen lässt. Ob jedoch die sozial-politischen Faktoren, darunter die unterschiedlich abgestufte Toleranzbereitschaft der Habsburger gegenüber den Lutheranern und den Reformierten, eine unterschiedlich ausgeprägte Widerstandsbereitschaft der Konfessionsgruppen in anderen Kontexten nicht doch förderten, wäre vielleicht noch zu erwägen.

Der Vergleich mit den böhmischen Ländern lässt des Weiteren die Bedeutung des Konfessionskonflikts für die Emanzipation der Stände in den beiden untersuchten österreichischen Ländern erkennen: Das Ringen mit dem Landesfürstentum um die Glaubensfrage ermöglichte es ihnen, die ständische Libertät in wenigen Jahrzehnten grundsätzlich zu erweitern. Zur Zeit des böhmischen Aufstandes haben sie schließlich „ein Verfassungsmodell entworfen, das sich von den Vorstellungen der Jahre 1577/78 in mehreren Punkten deutlich unterschied“ (S. 309), so dass sogar das dynastische Erbrecht angezweifelt und der Vertragstheorie untergeordnet wurde. Dadurch wurde das Defizit an Privilegien und Freiheiten gegenüber den böhmischen Ländern (in denen der Ausbau der ständischen Rechte bereits Ende des 15. Jahrhunderts den Höhepunkt erreichte) zum großen Teil nachgeholt. Ein tief greifender überregionaler Vergleich müsste jedoch auch Auswirkungen der autoritären Herrschaft Ferdinands I. auf beide Ländergruppen in Betracht ziehen. Man würde sich bei der Lektüre von Strohmeyers Studie tatsächlich einen bewertenden Rückblick auf die Auseinandersetzungen beim Herrschaftsantritt Ferdinands I. im Erzherzogtum Österreich (1519 bis 1521) wünschen, deren Einfluss auf die Herrschaftsordnung und auf das spätere Widerstandsverhalten der Stände aus den wenigen knappen Erwähnungen (S. 10, 64, 166, 220, 223) nicht ganz deutlich wird.

Das kann jedoch nichts daran ändern, dass Arno Strohmeyer eine gelungene Studie vorgelegt hat, die außerdem wichtige Exkurse enthält, die auch eine selbstständigen Lektüre lohnen – etwa der fundierte Überblick über die österreichische Stände- und Protestantismusforschung (S. 22-46) oder der Exkurs über das Sukzessionsrecht in beiden Ländern (S. 292-301), in dem Strohmeyer unter anderem eine plausible Relativierung der strikten Unterscheidung zwischen Erbrecht und Wahlrecht unternimmt. Diese ideenreiche und insgesamt sehr spannende Studie beleuchtet nicht nur den Wandel der Herrschaftsordnung im Erzherzogtum Österreich zwischen 1550 und 1650 in einer bisher nicht erreichten Deutlichkeit und jenseits der überholten Kategorien. Sie vermittelt auch einen umfassenden Einblick in das Wesen der frühmodernen Herrschaft und in deren rechtliche Legitimation, die für die Herrschaftsausübung unerlässlich war. Darüber hinaus fordert sie zu einer Er-

forschung ähnlicher Fragenkomplexe bzw. zu Neubewertungen außerhalb des hier gewählten Untersuchungsraums auf. Die luzide Sprache, treffende, klare Formulierungen und eine sorgfältige Argumentation machen schließlich auch die Lektüre zum Genuss.

Wien

Petr Maťa

Hersche, Peter: Muße und Verschwendung. Europäische Gesellschaft und Kultur im Barockzeitalter.

Herder, Freiburg im Breisgau 2006, 2 Bde., 1206 S.

Keine Frage: Was hier anzuzeigen ist, darf mit Fug und Recht als ein opus summum angesprochen werden. Und dieses hebt (zumindest auf den ersten Blick) mit einer Geste der Bescheidenheit an. Den Vorbemerkungen zu Zielsetzung, Gestaltung und Anlage seines Buches (S. 25-32) stellt Peter Hersche nämlich ein Zitat von Marc Bloch voran – und in diesem heißt es sinngemäß, dass der besondere Wert einer Synthese gerade darin bestehen könne, nicht Antworten zu geben, sondern vielmehr Fragen aufzuwerfen. Wer nach diesem Motto jedoch erwartet hätte, dass sich der Schweizer Historiker auf den folgenden über tausend Seiten auf ein grüblerisches Nachsinnen beschränkt und Gedankengänge mit vielen Fragezeichen garniert werden, wird rasch eines Besseren belehrt. Gleich in den einführenden Bemerkungen dominieren nicht eigentlich Frage-, sondern (freilich ungedruckte) Ausrufungszeichen. So etwa, wenn Hersche bei den heute Studierenden ein fehlendes Grundlagenwissen über die Geschichte des Christentums diagnostiziert, in der Forschung einen stark ausgeprägten nationalen „Tunnelblick“ beklagt und das Verschwinden des Barockbegriffs aus der allgemeinen historischen Diskussion moniert (S. 25 f.). Ein doppeltes Ausrufungszeichen darf man unterstellen, wenn er die „ganz klare Absicht“ formuliert, keine konventionelle Kirchengeschichte zu schreiben und die im deutschen Sprachraum „beliebte“ etatistische Perspektive „fast völlig“ zu vernachlässigen. Stattdessen verspricht er, eine Sozial- und Kultur- bzw. Mentalitätsgeschichte der katholischen Barockkultur zwischen 1560 und 1780 zu bieten – und zwar auf der Grundlage monografischer Literatur der letzten 30 Jahre aus dem deutsch- und romanischsprachigen Raum (S. 28).

Dies sind starke Worte – und gleichzeitig wird damit auch ein hoher Anspruch formuliert. Sein Pulver hat Hersche damit aber noch längst nicht verschossen. Im ersten Hauptteil, schlicht mit „Grundlagen“ überschrieben (S. 36-211), widmet er sich zunächst ausführlich den in den letzten 30 Jahren eingeschlagenen „Holz- und Königswegen“ bei der Erforschung des frühneuzeitlichen (Barock-)Katholizismus. Welche Denkschulen und Ansätze „beliebte[r] Großtheoretiker“ (S. 29) Hersche als „Holzwege“ erachtet, darüber wird der Leser nicht im Unklaren gelassen. Zwei Kostproben: Hans Ulrich Wehler mache in seiner Gesellschaftsgeschichte mit einem „penetranten protestantisch geprägten Borussismus redivivus“ eine angemessene Würdigung des Katholizismus unmöglich (S. 45). Die Konfessionalisierungsthese à la Wolfgang Reinhard sei „das größte Hindernis zur adäquaten Erkenntnis des frühneuzeitlichen Katholizismus“ – wobei Hersche gleich die Frage anschließt: „Warum muss denn eigentlich der Katholizismus der Frühneuzeit um jeden Preis ‚modern‘

gesehen werden?“ (S. 63; dass Hersche auf die Diskussion der Thesen Heinz Schillings explizit verzichtet, leuchtet dem Rezensenten nicht ein). Unterm Strich, resümiert Hersche, hätten Fortschrittsgeschichte und Modernisierungsparadigmen „so gut wie nichts“ (S. 47) zur Erforschung des Barockkatholizismus beigetragen. Umfassend berücksichtigt hat Hersche für seinen Ansatz, der entschieden mehr auf die Alltagskulturen als auf Institutionen, Dogmen und große Individuen abhebt, die Erträge und Perspektiven der alten und neuen Kulturgeschichte, der in Frankreich begründeten Schulen der Historischen Religionssoziologie und der „Annales“, der Geschlechtergeschichte (deren Blickwinkel vor „wissenschaftlicher Arterienverkalkung“ schütze, S. 82) und insbesondere der Volkskunde. In seiner *Tour d’horizon* durch Forschungstraditionen und -landschaften geht Hersche natürlich auch auf Max Weber ein (S. 94-111), den im Kern genau das umgetrieben habe, was er, Hersche selbst, als leitende Fragestellung seines Buches erachtet, „nämlich die nach den Folgen der konfessionellen Spaltung für das profane Leben“ (S. 28). Im Rahmen einer klaren Benennung der Defizite der Weberschen These über den ursächlichen Zusammenhang von Protestantismus und Kapitalismus plädiert er dafür, die „ganze Sache einmal vom gegenüberliegenden Ufer her zu betrachten, d. h. versuchen, einen spezifisch ‚barocken Habitus‘, ‚Geist‘ [...] oder umfassender eine ‚Kultur‘ als Gegenstück herauszuarbeiten“ (S. 106). Worin für Hersche dieses „Gegenstück“ in der Gesellschaft des katholischen Europa besteht, bringt der Obertitel seines Werkes auf den Punkt: „Muße und Verschwendung“.

Der Blick für die nötigen Differenzierungen wird durch diese prägnante Formel nicht verstellt. So macht der Autor gleich im Anschluss auf die notwendige Unterscheidung zwischen verschiedenen Katholizismen aufmerksam (S. 112-152). Hier benennt Hersche vier regional unterschiedliche „Großgruppen“: 1. die mittelmeerischen Länder Italien, Spanien und Portugal; 2. den deutschsprachigen Raum; 3. den (auf acht historischen Feldern näher beleuchteten) „unbarocken[en]“ (S. 128) Sonderfall Frankreich und 4. die „Minderheitskatholizismen und Grenzgebiete in West und Ost“. Dazu rechnet er England, die Niederlande und schließlich die „sich einer einfachen Zuordnung“ (S. 149) entziehenden ostmitteleuropäischen Königreiche Polen, Böhmen-Mähren und Ungarn (mit Siebenbürgen). Dass den zuletzt genannten Gebieten, deren Behandlung die Leser dieser Zeitschrift besonders interessieren dürfte, gerade einmal zwei Seiten gewidmet werden, verwundert nicht, denn aus sprachlichen Gründen bleibt in dem Buch – wie der Autor eingangs freimütig einräumt – das katholische Osteuropa ausgespart (S. 27). Gleichwohl hält die Lektüre dieses Werkes gerade auch für die sich mit dem frühneuzeitlichen Ostmitteleuropa beschäftigenden Vertreter unterschiedlicher Disziplinen eine Fülle wichtiger Einzelbeobachtungen und äußerst anregender, ja mitunter faszinierender Befunde und Überlegungen bereit.

Am Ende dieses ersten Hauptteils widmet sich Hersche schließlich dem eigentlichen Initiationsereignis des frühneuzeitlichen Katholizismus: dem Konzil von Trient und der Umsetzung des hier verabschiedeten Reformprogramms (S. 152-211). Letzteres ist für Hersche alles andere als eine Erfolgsstory, wobei er natürlich auch hier die nötigen Differenzierungen nicht vermissen lässt. Unter Berufung auf die Ergebnisse von Langzeitstudien und über die Benennung von Hemmnissen (konfes-

sionelle Gemengelagen, schwach entwickelte Staatlichkeit) und Störfaktoren (z.B. Domkapitel, Frauenklöster, Widerstand von Seiten des Volkes) diagnostiziert er aber insgesamt eine ausbleibende oder verzögerte Durchsetzung des Reformprogramms, so etwa im Hinblick auf die geforderte Gründung von Priesterseminaren und eine Reform der Pfarrorganisation.

Auf die in den nun folgenden Teilen des Werkes dargebotene gewaltige Fülle des Stoffes ähnlich ausführlich einzugehen, würde den vorgegebenen Rahmen einer Rezension sprengen. Darum soll im Folgenden zumindest ein Eindruck der Architektur und Proportionen des Ganzen vermittelt werden.

Der zweite Hauptteil „Sozialgeschichte“ (S. 214-439) wird eingeleitet von Untersuchungen über die in den einzelnen ständischen Gruppen auszumachenden Eigenheiten der katholischen Gesellschaft, wobei er als „Trendsetter“ barocker Kultur Adel und Bauerntum ausmacht. Im Anschluss daran widmet sich Hersche dann ausführlich dem Klerus (S. 247-318; behandelt werden unter anderem dessen soziale Rekrutierung, der Alltag des Geistlichen sowie ungeistliche Lebensführung und Delikte), der Institution „Kloster“ (S. 318-383) und der Rolle der Laien (S. 383-439). Schwerpunkte der Darstellung bilden hier die Bruderschaften, deren profane soziale Funktionen besonders hervorgehoben werden, des weiteren Prozessionen und Andachten als Manifestationen einer spezifisch katholischen „Sakralisierung des öffentlichen Raumes“ (S. 432) und weitere Formen der katholischen Alltagsreligiosität.

Im dritten Hauptteil „Wirtschaftsgeschichte“ (S. 442-666) werden zunächst der „katholische Wirtschaftsstil“ (S. 442-489) und „Kreditwesen und Investitionsverhalten“ (S. 490-527) diskutiert. Während auf protestantischer Seite die erwirtschafteten Überflüsse erneut in den Wirtschaftskreislauf eingegeben und investiert wurden, flossen im katholischen Bereich „Milliardensummen“ in religiöse Bereiche (Stiftungswesen) und wurden so „dem produktiven Wirtschaftskreislauf [...] weitgehend entzogen“ (S. 506) – ein Umstand, der für Hersche den spätestens im 18. Jahrhundert erreichten Vorsprung der protestantischen Welt in wirtschaftlicher Hinsicht erklärt.

Die beiden folgenden Unterkapitel sind dann für das Gesamtwerk zentral. Sie bilden gleichsam eine inhaltliche Achse und sind wohl gerade deswegen genau in der Mitte der Monografie platziert. Überschriften mit „Ostentative Verschwendung“ (S. 528-600) und „Mußepräferenz“ (S. 601-666) zeichnet Hersche ein breites Panorama des spezifisch in katholischen Gebieten gepflegten Umgangs mit Geld und Gütern, mit Arbeit und Freizeit. Das inhaltliche Spektrum der hier behandelten Aspekte reicht vom barocken Bauboom über die Sakrallandschaften bis zum Funeralpomp. Den herausgefilterten Unterschieden zwischen Protestanten und Katholiken im Stil des Wirtschaftens und Ausgebens entspricht nach Hersche eine unterschiedliche Einstellung zu Muße und Arbeit. Während protestantische Prediger ihren Zuhörern den Wert der Arbeit ans Herz legten, wurde auf katholischer Seite die Arbeit nicht als Selbstzweck gesehen. Katholiken arbeiteten gerade so viel, wie sie zur Deckung ihrer Bedürfnisse als notwendig erachteten (S. 602, 607). Auch in diesem Kapitel geht Hersche in großer Breite verschiedensten Praktiken und Erscheinungsformen der „Mußepräferenz“ nach wie etwa dem Heiligenkult als Grundlage der Muße sowie der Feiertagspraxis, der Festkultur und – zur Lektüre besonders anempfohlen – der Musikkultur (S. 655-666).

Den zweiten Teilband eröffnet das vierte Hauptkapitel „Kultur- und Mentalitätsgeschichte“ (S. 668-890). Hier werden thematisiert 1. die erfolglosen Bemühungen um die Disziplinierung katholischer Untertanen (S. 668-747, unter anderem mit Unterkapiteln über die Beichte, die Inquisition, das Verhalten in der Kirche, Sexualität und Ehe), 2. unter der Überschrift „Leben ohne Plan“ die Besonderheiten einer katholischen Lebensweise, die sich durch eine eher lockere Zeitplanung, ein In-den-Tag-Leben und Gelassenheit auszeichnete (S. 748-793), 3. die als „religiöses Freizeitvergnügen“ charakterisierte Wallfahrt, in der für Hersche exemplarisch die spezifisch katholische Lebensphilosophie zum Ausdruck kommt (S. 794-845), und schließlich 4. Bildung, Wissenschaft und Magie (S. 845-890).

Im fünften und letzten Hauptkapitel „Schlussfolgerungen, Übergang und Ausblick“ (S. 892-1078) stellt der Autor zunächst Überlegungen zum Mit-, Neben- und Gegeneinander von Protestanten und Katholiken in gemischtkonfessionellen Räumen sowie zum Verhältnis von Katholiken und Juden an (S. 892-924). Im Unterkapitel „Barock als Epoche“ (S. 924-952) werden zum einen die Resultate und grundlegenden Überlegungen des Buches in 18 Thesen zusammengefasst (S. 943-947). Zum anderen formuliert Hersche prononciert zum Begriff des Barock, diesen „nicht [...] als Kultur der Gegenreformation oder des Absolutismus zu begreifen [...], sondern als Kultur des frühneuzeitlichen Katholizismus, nicht des tridentinischen allerdings, sondern gerade umgekehrt als ‚antitridentinische‘ Bewegung, als Pendelschlag auf die andere Seite hin, zwischen tridentinischer Reform und katholischer Aufklärung“. Unter der Voraussetzung einer sozial- und vor allem wirtschaftsgeschichtlichen Erweiterung des Barockbegriffs „könnte Barock sogar erneut zum Epochenbegriff avancieren“ (S. 940). Am Ende stehen Kapitel über die weitreichenden Konsequenzen der religiösen Reformen im Rahmen der Aufklärung als Antibarock (S. 952-1028) sowie den katholischen „Neobarock“ im 19. und 20. Jahrhundert bis „zur endgültigen Liquidation alles Barocken“ nach dem Zweiten Weltkrieg (S. 1029-1078).

Die Nachzeichnung des Aufbaus und dargebotenen Stoffes sollte hinreichend deutlich gemacht haben, dass das Buch den eingangs formulierten Anspruch einer „faktengesättigten Darstellung“ (S. 30) einlöst. Genauso kann Hersche das selbstgesteckte Ziel erreichen, die jeweils einschlägigen Arbeiten kritisch zu reflektieren. Dies geschieht durch eine ungewöhnliche, aber äußerst positiv hervorzuhebende „platzsparende Maßnahme“ (S. 29), die auch erklärt, warum ein wissenschaftliches Werk von 1060 Textseiten gerade einmal 328 Fußnoten aufweist. Nach jedem (Unter-)Kapitel werden nämlich in Petitdruck mal längere, mal kürzere Literaturberichte eingeschoben, in denen pointiert Forschungsergebnisse diskutiert und – der Empfehlung von Marc Bloch für das Schreiben einer Synthese folgend – offene Forschungsfragen identifiziert werden.

Am Ende bleibt noch anzumerken, dass Hersche in seinen Äußerungen hin und wieder auch übers Ziel hinausschießt, so etwa, wenn er zur Quellenlage bemerkt, dass „Ego“-Dokumente „praktisch ausschließlich protestantischer, insbesondere kalvinistischer bzw. englischer Provenienz“ und Reiseberichte „eine bei den meisten Historikern in Misskredit geratene und daher wenig verwendete Quellengattung“ seien (S. 88, 91). Ebenso geht er fehl in der Annahme, dass Individuen die Gräben,

die sich zwischen den konfessionell verschieden geprägten Kulturen auftraten, „kaum jemals überschritt[en hätten], höchstens etwa an den europäischen Fürstenhöfen mit ihren Heiraten und Konversionen“ (S. 893). Doch das sind Petitessen und können den Gesamteindruck nicht schmälern: Peter Hersche ist mit diesem Werk ein großer Wurf gelungen. Zweierlei trägt dazu besonders bei: Zum einen eine durchweg anschauliche, manchmal sogar spannende Darstellungsweise. Zum anderen, dass der von Neugier und wohl auch Sympathie für die frühneuzeitlichen katholischen Kulturen angetriebene Autor sich mit dem von der Forschung Erreichten nicht begnügen will und deswegen Zusammenhänge erkundet, die andere, vor ihm, noch nicht erkannt haben.

Leipzig

Jörg Deventer

Ebelová, Ivana u. a. (Hgg.): Pamětní kniha města České Lípy 1461-1722 [Das Gedächtnisbuch der Stadt Böhmisches Leipa 1461-1722].

Univerzita Jana Evangelisty Purkyně, Ústí nad Labem 2005, 377 S., Abb., CD-ROM (Libri civitatis 1).

Immer mehr alte Handschriften werden weltweit digitalisiert und meist via Internet erschlossen. Der Weg zu ihnen ist dann zwar wesentlich einfacher, nicht aber die Arbeit mit ihnen. Einem breiteren Kreis von Forschern – nicht nur Historikern und Archivaren, sondern zum Beispiel auch Sprachwissenschaftlern – wird eine mittelalterliche und frühneuzeitliche Quelle erst durch eine kritische Edition zugänglich. Aus diesem Grund entstand an der Jan-Evangelista-Purkyně-Universität in Ústí nad Labem (Aussig) die Idee, die ältesten Stadtbücher aus Nordböhmen und später auch aus anderen Gebieten der böhmischen Länder im Rahmen einer Editionsreihe mit dem Titel „Libri civitatis“ herauszugeben. In den Jahren 2004 bis 2006 wurde das von Michaela Hrubá, Inhaberin des Lehrstuhls für Geschichte der Universität Ústí nad Labem, geleitete Projekt von der Wissenschaftsstiftung der Tschechischen Republik (Grantová agentura České republiky) finanziert und 2005 erschien in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Historische Hilfswissenschaften der Karlsuniversität Prag und dem Staatlichen Gebietsarchiv Litoměřice (Leitmeritz) der erste Band der Reihe – das Gedächtnisbuch der Stadt Česká Lípa (Böhmisches Leipa).

Česká Lípa gehörte im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit zu den bedeutendsten Landstädten Nordböhmens. Das erste Stadtbuch vom Ende des 14. Jahrhunderts gilt seit dem 18. Jahrhundert als verloren, daher ist die älteste erhaltene Quelle dieser Art, auf die heute zurückgegriffen werden kann, das so genannte Gedächtnisbuch von 1461. Im Gegensatz zum ersten Stadtbuch, in das die wichtigsten Stadtprivilegien eingetragen wurden, diente dieses eher dazu, gewöhnliche Angelegenheiten des Rates und der Bürger zu registrieren. In den ersten etwa 100 Jahren seiner Existenz wurden deswegen im Gedächtnisbuch Angaben aus diversen Bereichen des Stadtlebens (Zünfte, Finanzen, Verwaltung, Markt, Bauwesen, Bürgerrecht, Gerichtswesen) verzeichnet. Als dann für viele dieser Themen spezielle Stadtbücher entstanden, behielt das Gedächtnisbuch nur noch die Funktion eines Bürgerbuchs, in dem die Erwerbungen des Bürgerrechts verzeichnet wurden.

Die Idee, das Gedächtnisbuch von Böhmisches Leipa herauszugeben, hatte bereits in den 1930er Jahren der Stadtarchivar Karl Josef Bienert. Seine partielle Edition dieser Quelle ist allerdings sehr fehlerhaft und entspricht bei weitem nicht den aktuellen Maßstäben einer kritischen Edition. Seit den 1960er Jahren wurde deswegen eine neue Herausgabe vorbereitet, es kam aber nie zu ihrer Veröffentlichung. Erst die Editionsreihe „*Libri civitatis*“ realisiert das, was sich mehrere Generationen von Archivaren gewünscht hatten.

Die vorliegende Publikation enthält neben der eigentlichen Edition auch noch mehrere begleitende Texte, die es ermöglichen, die Quelle besser zu verstehen und in ihren historischen Kontext einzuordnen. Zu Beginn wird kurz geschildert, welche Bedeutung das Gedächtnisbuch für die bisherige Historiografie hatte und unter welchen Bedingungen seine früheren Editionen entstanden sind bzw. geplant wurden. Es folgen ein Kapitel über die Geschichte Böhmisches Leipas vom 14. bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts von Jaroslav Panáček und ein weiteres Kapitel über die Selbstverwaltung der Stadt und über die Stadtkanzlei in derselben Zeitspanne von Petr Gajdošík. Anschließend berichtet die Autorin der Edition, Ivana Ebelová, über die äußere und innere Form der Handschrift und charakterisiert kurz jeden der insgesamt 34 Schreiber, die sich während der 262 Jahre an der Entstehung des Buches beteiligt haben. Eine detaillierte Sprachanalyse des überwiegend deutschsprachigen Textes von Helena Hasilová schließt dann den einführenden Abschnitt des Buches ab.

Wie bereits erwähnt, ist es das Ziel der Editionsreihe, die böhmischen Stadtbücher einem breiteren Kreis von Forschern zugänglich zu machen. Das Gedächtnisbuch von Böhmisches Leipa wurde deswegen konsequent transliteriert, keiner der Einträge gekürzt und die von den Schreibern benutzten Abkürzungen in eckigen Klammern aufgelöst. Die Reihenfolge der Einträge entspricht überdies der im Original. Im Gegensatz zu älteren Editionen wurden also die Notizen nicht nach ihrem Inhalt geordnet.

Den letzten Teil der Publikation bilden vor allem drei sehr hilfreiche Register (Orts-, Personen- und Sachregister). Ihr Vorteil besteht in erster Linie darin, dass sich neben jedem Namen im Ortsregister möglichst genaue Angaben zur jeweiligen Lokalität befinden und neben jedem Eintrag im Sachregister seine Übersetzung, womit dieser Abschnitt des Buches auch die Funktion eines kleinen Nachschlagewerkes erfüllt. Eine genauere Vorstellung von der äußeren und inneren Form des Gedächtnisbuches vermitteln die acht Abbildungen am Ende des Editionsbandes sowie die beiliegende CD-ROM mit weiteren Bildern, die die jeweiligen Einträge, Wasserzeichen und Handschriften der diversen Schreiber zeigen. Ein kurzer Text mit Illustrationen behandelt ferner die Restaurierungsmaßnahmen, die an der Quelle 1970 vorgenommen wurden.

Um die Informationen aus den einführenden Kapiteln auch einem der tschechischen Sprache nicht mächtigen Forscher zugänglich zu machen, enthält das Buch eine ausführliche Zusammenfassung auf Deutsch. Leider ist diese ziemlich fehlerhaft, was bei der sonst so sorgfältig erstellten Publikation besonders bedauerlich ist.

Bis auf diesen Mangel handelt es sich aber beim ersten Band von „*Libri civitatis*“ um einen wichtigen Beitrag nicht nur zur Erforschung der Geschichte von Böh-

misch Leipa, sondern auch zum Studium der Entwicklung deutscher Sprachdialekte und ihrer schriftlichen Aufzeichnungen in der nordböhmischen Region. Man kann nur hoffen, dass dieses beachtliche Editionsprojekt auch in der Zukunft finanziell gefördert wird und dass noch weitere Stadtbücher auf diese Weise erschlossen werden.

Prag

Helena Peřinová

Ther, Philipp: In der Mitte der Gesellschaft: Operntheater in Zentraleuropa 1815-1914.

Oldenbourg, Wien, München 2006, 465 S.

Die vorliegende Monografie stellt einen Beitrag zur Geschichte der Opernhäuser in Dresden, Prag und Lemberg (Lviv) dar und basiert auf der Auswertung umfangreicher Archivquellen sowie der Sekundärliteratur. Der zeitliche Schwerpunkt des Buches liegt im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, allerdings mit einem weit reichenden Ausblick gegen den Zeitstrom sowie mit einzelnen Fallstudien zur Kultur des 20. Jahrhunderts. Zugleich stützt sich das Buch auf eine Analyse des zeitgenössischen Repertoires, und zwar nicht nur aus soziologisch-kulturgeschichtlicher, sondern auch aus musikwissenschaftlicher sowie ansatzweise aus literaturwissenschaftlicher Perspektive. Im Zentrum von Thers Interesse stehen zunächst die Opern von Richard Wagner, Bedřich Smetana und Stanisław Moniuszko; aber auch Michail Glinka und Ferenc Erkel werden im Hinblick auf deren Anerkennung als Komponisten von „Nationaloper“ in den Blick genommen. Die Arbeit kann somit als eine konkrete Verknüpfung von Gesellschafts- und Kulturgeschichte verstanden werden.

Ther geht es in seinem Buch um die Darstellung der Spezifika der Oper als eines eigenwilligen kulturellen und gesellschaftlichen Phänomens. Der Autor verfolgt anhand der „äußeren Geschichte“ der Opernhäuser deren Politik, ebenso geht er auf die verschiedenen Funktionen der Oper im Hinblick auf soziale Anerkennung, Machtdemonstration und letztlich auch Unterhaltung ein. Ther betrachtet die Oper als einen Ort der gesellschaftlichen Repräsentation wie auch des Skandals und vollzieht nach, welcher Einfluss der Zusammensetzung des Publikums auf die verschiedenen Typen der Opernproduktion zukommt. Zudem erweist sich der parallel ausgerichtete Blick auf die sächsische, böhmische und polnische Kultur als äußerst gewinnbringend; überzeugend stellt Ther beispielsweise dar, dass die Oper in den verschiedenen Regionen relativ ähnliche Funktionen erfüllte und verschiedene soziale Schichten letztlich doch ein ähnliches Konzept der Oper durchsetzten. Waren die Träger in Sachsen und Böhmen vor allem die mittlere Schicht des Bürgertums, kam in Polen dem Adel diese Rolle zu. Verhältnismäßig hoch war der Anteil der polnischen Adligen nicht nur bei der Unterstützung und der Organisation, sondern auch bei der konkreten künstlerischen Ausgestaltung des Opernbetriebes. Als Gradmesser der Nationalkultur kann die Verwendung der eigenen Sprache als Gesangssprache in allen drei Kulturen nicht zeitgleich beobachtet werden. Vornehmlich die Polen legten als Ergebnis der politischen Gegebenheiten noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sehr großen Wert auf die Sprache, während in Böhmen bei-

spielsweise die auf soziale und politische Probleme ausgerichtete Auseinandersetzung bereits ihren Höhepunkt erreicht hatte.

Dem Autor geht es vor allem um die Rolle der Oper „bei der Konstruktion der Nation und der Verbreitung eines Nationalbewusstseins unter der Bevölkerung“ (S. 18). Ther ist mit der Methodologie sehr gut vertraut: Die neuzeitliche Nation versteht er als bewusst – bisweilen unter Schwierigkeiten und gegen Widerstände – konstruiertes Modell. In diesem Rahmen finden verschiedene zeitgenössische Tendenzen Berücksichtigung: von der romantischen Überschätzung der ästhetischen Hierarchie Kants über das Bemühen um die Konstruktion eines idealisierten Bildes der eigenen fernen Vergangenheit bis hin zur Notwendigkeit, den ästhetischen Erwartungen des Publikums zu entsprechen und somit auch der ökonomischen Seite des Opernbetriebes gerecht zu werden. Die verschiedenartig ausgeprägte Wandelbarkeit der Spannung zwischen den Nationalkulturen und universell geltenden sozialen und künstlerischen Tendenzen führt den Autor dann zu einer flexiblen, variablen – und in der Terminologie von Peter Zajac gesprochen – synoptischen und pulsierenden Auffassung des Begriffs „Zentraleuropa“.

Neben dem allgemeinen Teil zur Operngeschichte sind die den einzelnen Opernhäusern in Dresden, Prag und Lemberg gewidmeten Kapitel der eigentliche Kern des Buches. Philipp Ther zeigt, dass die allgemeine Tendenz, die Oper als ein kulturelles Phänomen aufzufassen, unter dem Einfluss des jeweiligen Theaterbetriebes immer auch spezifische Modifikationen erfuhr. Für die sächsische Metropole lag diese Eigenheit in der allmählichen Umgestaltung des Hoftheaters in ein bürgerliches Theater. Im Falle der polnischen Oper in Lemberg erscheint die Tatsache als entscheidend, dass sich zum einen eine Wandlung des Engagements der Adligen im Hinblick auf den nationalen Gedanken vollzog und zum anderen italienische Opern durch ein polnisches Repertoire sowie die Opern Wagners ersetzt wurden. Die Spezifik des tschechischen Nationaltheaters sieht der Autor vor allem in der Massenbewegung bei ihrem Bau, aber auch in der für verschiedene Gesellschaftsschichten durchaus offenen Dramaturgie der ersten Jahrzehnte des Opernbetriebes und nicht zuletzt in dem Bemühen um eine Emanzipation von der deutschen Oper. Thers umfassende Kenntnisse hätten an einigen Stellen des Buches jedoch kleiner Korrekturen bzw. Ergänzungen bedurft. So ist Smetanas Oper „*Braniboři v Čechách*“ (Die Brandenburger in Böhmen) wohl eher aufgrund der typologischen Anknüpfung ihrer Hauptfigur an die romantische Fälschung der Königinhofer Handschrift bekannt als aufgrund der Tatsache, dass der Librettist Polizeispitzel war (S. 367). Ebenso ist im Falle von Smetanas Oper „*Prodaná nevěsta*“ (Die verkaufte Braut) die Verbindung zur volkstümlichen Musik nicht nur durch die rhythmische Struktur der Polka gegeben (S. 375, die im Übrigen ihrem Ursprung nach gar kein Volkstanz ist), sondern beispielsweise auch durch die Einbindung der „*mateniky*“, eines Volkstanzes, bei dem sich Dreiviertel- und Zweivierteltakt abwechseln. Der Verbunko, in Erkels Oper „*Hunyadi László*“ für die Einbeziehung volkstümlicher Elemente stehend, ist kein „Salontanz“, wie Ther behauptet, sondern ein Solotanz für Männer, der seine Ursprünge in Ungarn, der Slowakei und Südmähren hat (S. 368). Diese einzelnen Kritikpunkte beeinträchtigen letztlich aber den Gesamteindruck des Buches nicht, der zudem von der genauen

Kenntnis profitiert, die Ther aus dem Bereich des russischen, französischen wie auch des südslawischen Opernbetriebes einbringen kann.

Von grundlegender Bedeutung ist das abschließende Kapitel „Zusammenfassung und kulturelle Typographie“. Hier macht Ther zum einen den Vorschlag einer Typologisierung der mitteleuropäischen Nationaloper, zum anderen verfolgt er deren innere Aufspaltung in zwei Richtungen, in eine „italienische“ Richtung, die die Nummeroper mit volkstümlichen Elementen verbindet (Moniuzsko, Erkel, Glinka), und eine „deutsche“ Richtung, die auf den nationalsprachlichen Text sowie eine stark orchestrierte und dramatische Handlung Wert legt (Wagner, Smetana und der Ukrainer Nikolai Lysenko). Die Klassifizierung erscheint allzu schematisch: Allein das Opernwerk Bedřich Smetanas ist an sich bereits facettenreicher. Dennoch ist Thers Buch ein bemerkenswerter Beitrag zum heute immer häufiger werdenden Blick über die Grenzen national abgesteckter Kulturen hinweg. Es ist zugleich ein Beitrag zur Erforschung der im Innern widerspruchsvollen Übereinstimmung zwischen nationalem und übernationalem Prinzip bei der Gestaltung des kulturellen Diskurses im vorletzten Jahrhundert.

České Budějovice

Dalibor Tureček

Koldau, Linda Maria: Die Moldau. Smetanas Zyklus „Mein Vaterland“.

Böhlau, Köln u. a. 2007, 197 S., zahlreiche Notenbeispiele.

Eine Werkeinführung in Smetanas Orchesterzyklus „Mein Vaterland“ – da können gleich zwei Vorurteile aufkommen: Einerseits scheint das eigentlich eher etwas für den engeren Kreis der Spezialisten zu sein, die auch noch die letzte Einzelheit über das Werk erfahren möchten, andererseits fragt man sich bei dem sehr populären Zyklus „Mein Vaterland“, warum denn ausgerechnet für dieses Werk eine Einführung notwendig soll, wo doch wenigstens die „Moldau“ im deutschsprachigen Raum alles andere als unbekannt ist. Allzu genau darf man allerdings hierzulande nicht nachfragen. Kaum bekannt ist nämlich, aus welchen einzelnen Teilen der Zyklus besteht (Vyšehrad, Die Moldau, Šárka, Aus Böhmens Hain und Flur, Tábor, Blaník) und dass dieser keineswegs in einem Zug komponiert wurde, sondern in mehreren Schüben zwischen 1875 und 1880, der Zusammenhang zwischen den einzelnen Teilen folglich also relativ locker ist.

Es ist das Verdienst von Linda Maria Koldau zu zeigen, dass man Smetanas „Mein Vaterland“ ganz anders hören kann als nur als Sammlung schön klingender Orchestermelodien, nämlich auch und vor allem als zeitgenössischen Diskussionsbeitrag zur nationalen Frage, dem damals zentralen Problem in der tschechischen Kultur. Die Autorin leitet ihre Einführung mit einem Kapitel über „Nationale Musik im Vielvölkerstaat“ ein und situiert die Musik damit im gesellschaftlichen Kontext der Habsburgermonarchie des ausgehenden 19. Jahrhunderts, als die tschechische Nationalbewegung in Böhmen ihre Forderungen immer energischer vorbrachte. Sie macht dabei auch darauf aufmerksam, dass die tschechischen Bestrebungen nach nationaler Selbstständigkeit auch mit einer Mobilisierung der Deutschen in Böhmen einhergingen, was der Lage die charakteristische Spannung verlieh, die Jan Křen in der Formel von der „deutsch-tschechischen Konfliktgemeinschaft“ in Böhmen zu

fassen versucht hat. Diese Spannung schlug sich auch dort nieder, wo man sie zunächst nicht vermuten würde, nämlich in einem der Hauptwerke der tschechischen Nationalmusik, wie es „Mein Vaterland“ darstellt.

Überraschend sind vor diesem Hintergrund insbesondere die Passagen in Koldaus Werkbetrachtung, in denen sie das Werk nicht nur zur tschechischen, sondern auch zur deutschen Kultur Böhmens in Beziehung setzt und einleitend die Bedeutungsebenen des tschechischen „Má Vlast“ vom deutschen „Mein Vaterland“ abgrenzt. Sie führt damit in die spezifische Rezeptionssituation des tschechischen Hörers ein, weist aber auch auf die verbindenden Elemente hin: Einerseits wurde das Bekenntnis Smetanas zu seiner Nationalität von seinen Zuhörern auch so aufgenommen, andererseits erlaubte es seinerzeit die Idee des böhmischen Landespatritismus auch Deutschen und Österreichern, mehr mit dem Werk zu verbinden als einfach nur schöne Musik.

Großes Geschick beweist Koldau darin, komplizierte musikästhetische Gedanken und fachwissenschaftliche Zusammenhänge so zu erläutern, dass sie auch für den Nichtfachmann gut verständlich, aber keinesfalls simplifizierend sind. Sie selbst weist einleitend darauf hin, dass die zahlreichen Notenbeispiele keine abschreckende „Geheimsprache“ sein sollen, sondern auch dann von Nutzen sein können, wenn man keine Noten lesen kann, da man aus dem Auf und Ab der Noten die Struktur der Musik wie etwa lange Melodielinien, große Sprünge oder Wellenbewegungen gut erkennen könne. Tatsächlich vermögen die Notenbeispiele genau das zu leisten.

Dabei zeichnet sich die Autorin durch ein sicheres Urteil aus, das keineswegs immer auf eine uneingeschränkt affirmierende Haltung gegenüber der Musik Smetanas hinausläuft, aber durchweg von einem tiefen Verständnis des Werks bestimmt ist. Auch vor dem bekanntesten Teil des Zyklus, der berühmten und Kultstatus genießenden „Moldau“, macht Koldaus verständnisvolles, aber klares Urteil nicht halt. Wozu, so fragt sie, dient bei diesem Stück ein derart markanter Schlusspunkt, wo das Programm des Stücks doch die Darstellung des langsamen Einfließens der Moldau in die Elbe fordert, was viel besser durch ein allmähliches Verklingen zu realisieren wäre? Koldau erklärt dies mit dem Hinweis, dass Smetana sich hier der Konvention beugen musste, nach der der Schluss eines Orchesterstücks immer ein „klar markierter Dominant-Tonika-Knall“ (S. 68), wie sie es respektlos nennt, zu bilden habe, und äußert Verständnis für die Praxis, bei einer heutigen Aufführung im Konzert diesen Schluss einfach wegzulassen – für Puristen ein Verbrechen, für Koldau aber ganz im Sinne des Komponisten.

Am interessantesten ist die Lektüre immer dann, wenn die Autorin die Musik selbst mit den zugrunde liegenden Gedanken in Beziehung setzt: „Šárka“ gilt ihr nicht nur als eine Vertonung einer altschechischen Amazonen-Saga, sondern als musikalische Demonstration von Smetanas Frauenbild – also ein Thema, das nicht nur auf die Vergangenheit, sondern auch auf Smetanas eigene Zeit verweist und zeigt, dass es Smetana eben nicht ausschließlich um die Thematisierung des Nationalen ging, was man gerade angesichts dieses Stückes leicht vergisst. Überhaupt ist es Koldaus Anliegen, das Bild von Smetana als romantischem Nationalkomponisten etwas gegen den Strich zu bürsten, etwa wenn sie immer wieder verdeutlicht, wie viele in die Zukunft weisende und ganz moderne Kompositionstechniken Smetana

anwendete, wie etwa die Technik des langsamen Ausblendens, die Koldau mit typischen Gestaltungsmitteln des Films im 20. Jahrhundert in Beziehung setzt.

Gleichsam ein Kabinettstück ist die Besprechung des fünften Teils des Zyklus, „Tábor“. Die Darstellung der inhaltlichen Grundlage dieses Teils gibt nicht einfach die Mythen der Nationalbewegung wieder, die man allerorten nachlesen kann, vielmehr geht Koldau mit der nationaltschechischen Tábor-Interpretation kritisch um und erläutert, dass hier ein religiöses Problem zu einem Teil der nationalen Mythologie umgedeutet wurde. Die Musik kennzeichnet sie als modern, ja minimalistisch, was sie zu einem interpretatorischen Ausflug in die Gedankenwelt des 20. Jahrhunderts veranlasst. Koldau begreift das Stück als Schlachtenmusik, was sie schlüssig mit der Tábor-Interpretation begründet. Die Modernität der Musik und die von ihr beobachteten minimalistischen Stilelemente setzt Koldau dann mit Gedanken des frühen 20. Jahrhunderts zum Krieg in Beziehung, so etwa mit Edlef Köppens „Heeresbericht“ von 1922 und dem Abschnitt „Schnellfeuer“ daraus, dessen monotones Hämmern der Geschütze „ohne Punkt und Komma“ sie mit Smetanas Musik vergleicht. Diese gedankliche Verbindung erscheint ungewöhnlich, aber umso überzeugender, als Koldau herausstellt, dass es Smetana weniger um eine naturalistische Darstellung als vielmehr um die Nachzeichnung der psychologischen Situation der taborigen Unnachgiebigkeit geht, die überzeitlichen Charakter beanspruchen kann.

Nach diesen Ausführungen stellt die Autorin die Gretchenfrage, was denn nun das „Tschechische“ an der besprochenen Musik sei. Ihre Antwort auf diese immer wieder zu hörende Frage ist zugleich eine Absage an alle Versuche, das „Tschechische“ musikimmanent, d. h. als Akkordfolgen, Melodielinien oder andere musikalische Parameter zu fassen, als auch eine Rechtfertigung für die Anlage ihrer Werkeinführung: Die international gebräuchlichen Kompositionsmittel erhalten für Koldau ihren tschechischen Charakter dadurch, dass sie auf die beschriebene Weise in den Kontext ihrer Zeit eingewoben sind. Die Folge davon ist logischerweise, dass man ohne Grundkenntnisse dieses Kontexts – und das heißt: der tschechischen Kultur des 19. Jahrhunderts – den nationalen Charakter und den eigentlichen Sinn der Komposition nicht erfassen kann. Im Unterschied zur nationalistischen Argumentation des 19. und 20. Jahrhunderts, nach der man die Musik eben „im Blut haben“ müsse, werden hier Ausländer nicht vom Verständnis der Musik ausgeschlossen, denn sie können sich den Kontext aneignen.

Die Rezeption des Werks im deutschsprachigen Raum ist vor diesem Hintergrund ein Paradebeispiel dafür, was passiert, wenn die Kenntnis des kulturellen Kontexts fehlt. Kein Geringerer nämlich als der seinerzeit nicht nur in Wien meinungsführende Kritiker Eduard Hanslick war es, der Smetanas Musik zwar unter kompositionstechnischen Gesichtspunkten lobte, aber ihr die Ernsthaftigkeit absprach. Insbesondere ließ Hanslick jede Bereitschaft vermissen, sich mit Belangen der tschechischen Kultur in irgendeiner Weise auseinanderzusetzen, was schon seine ätzende Kritik daran zeigt, dass auf dem Programmzettel der von ihm besuchten Aufführung das tschechische „Vltava“ und nicht etwa das deutsche „Moldau“ stand. Hanslick legte damit die Grundlage für eine Rezeption des Werks im deutschsprachigen Bereich, die bis heute von einer Diskrepanz zwischen der Popularität der Musik und der Ignoranz gegenüber ihrem Hintergrund gekennzeichnet ist, selbst wenn heute

nicht mehr antitschechische Stereotypen im Vordergrund stehen wie noch zu Hanslicks Zeiten.

Zu welchen teilweise skurrilen Erscheinungen diese Diskrepanz führte, zeigt Koldau am Beispiel des Umgangs mit dem Werk zur NS-Zeit auf, als Veit Harlan, der Regisseur des Films „Jud Süß“, Smetanas Klänge zur Untermalung seines Films „Die Goldene Stadt“ benutzte, die Prag als rein deutsch darstellen sollte. Der Zyklus konnte im Jahr 1944 sogar von KZ-Häftlingen im Lager Mauthausen aufgeführt werden, da die Bewacher vom tschechisch-nationalen Gehalt der Musik keine Ahnung hatten und ihnen die harmlosen und gefälligen Musikstückchen keine Gefahr darzustellen schienen – auch wenn die tschechischen Musiker aus ebendieser Musik Kraft zum Widerstand schöpften. Vor diesem Hintergrund ist es Koldaus Werkeinführung zu wünschen, dass sie die Diskrepanz zwischen der Bekanntheit des musikalischen Werks und seinen historisch-politischen Hintergründen beseitigt und gerade bei den nicht professionell mit tschechischen Belangen befassten Musikliebhabern das Verständnis für die tschechische Kultur insgesamt verbreitert.

Bremerhaven

Rüdiger Ritter

Reinalter, Helmut (Hg.): Politische Vereine, Gesellschaften und Parteien in Zentraleuropa 1815-1848/49.

Lang, Frankfurt/Main u.a. 2005, 338 S. (Schriftenreihe der Internationalen Forschungsstelle Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1770-1850, 38).

Der vorliegende Tagungsband behandelt die politische Rolle von Assoziationen in Zentraleuropa im Zeitalter der Restauration nach 1815. Dabei geht es in den Beiträgen, so der Herausgeber, um politische Aspekte, um die Ideologie der Vereine, ihre politischen Ziele, ihre Programmatik, Sozialstruktur, Organisationsform und Wirkung.

Die Vorgeschichte des Assoziationswesens im 18. Jahrhundert skizziert Otto Dann in einem fundierten Überblick der einzelnen Formen von den patriotischen Gesellschaften und Lesegesellschaften (der verbreitetsten Form in Deutschland) zu Geheimbünden, politischen Diskussionskreisen, studentischen Bewegungen und informellen Aktionsgruppen bis hin zu den national-politischen Unterstützungsvereinen. Ungeachtet aller Unterschiede erkennt Dann eine Reihe von übergreifenden Merkmalen: Träger der Assoziationen sind gebildete Bürger und Adelige, denen zudem bewusst war, eine neue Elite zu bilden. Ferner sind die Gruppierungen durch ihren Kooperationswillen mit dem Staat geprägt, Konfrontation findet man eher selten. Weitere Merkmale sind der hohe Grad formaler Organisierung und ein „großes Ausmaß institutioneller Verankerung demokratischer Willensbildung“ (S. 43) sowie das Prinzip der Geheimhaltung. Die erste Phase von 1765 bis 1791 ist gekennzeichnet durch eine weitgehend ungestörte Gründung von Vereinsformen, ihre Ausweitung und schließlich Politisierung. Nach 1792 ist eine zunehmende Verunsicherung angesichts der Auswirkungen der Französischen Revolution zu beobachten, die sich in Verboten staatlicherseits und politischer Resignation in der Bevölkerung niederschlug. Ab 1807 kommt es zu einem erneuten Aufschwung im Rahmen des politisch-nationalen Aufbruchs der Opposition gegen Napoleon. Diese

Phase endet mit den Karlsbader Beschlüssen 1817. Zu Recht verweist Dann darauf, dass der Beginn der „politischen Organisierung in Deutschland“ somit vor 1848 liege (S. 46). Diese Einschätzung bestätigt Hans Fenske. Die Existenz miteinander konkurrierender Parteien ist schon um 1830 geläufig, nur noch nicht deren Benennung. Erst ab 1840 verfestigen sich Bezeichnungen wie „Konservative“, „Liberale“ und „Radikale“. Allerdings sorgt der „Zweite Bundesbeschluß über Maßregeln zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe im Deutschen Bunde“ seit dem 6. Juli 1832 für ein weitgreifendes Parteienverbot. „Alle Vereine, welche politische Zwecke haben, oder unter anderem Namen zu politischen Zwecken benutzt werden, sind in sämtlichen Bundesstaaten zu verbieten.“ (S. 298 f.) Dennoch kommt es zur Politisierung, insbesondere die Rheinkrise 1840 und das Jahr 1846 mit der Schleswig-Holsteinischen Frage stärken die Versammlungsbewegung.

Die weiteren Beiträge des Bandes widmen sich einzelnen Assoziationen in der Zeit der Restauration. Als eines der wichtigsten Beispiele können zweifellos die Turnvereine angesehen werden, die wie die Burschenschaften „von Anfang an organisierte Bewegungen“ mit dem „Anspruch auf politische Selbständigkeit“ und einem zunächst dezidiert anti-französischen Charakter nebst dem Anspruch auf öffentliches Auftreten darstellten. Jörg Schweigard arbeitet die ideologische Spaltung der Turner in „einen konstitutionellen und in einen demokratisch-republikanischen Teil“ heraus (S. 76), die der Bewegung von ihrer Entstehung an inhärent war, und zeigt dabei, dass die politische Haltung Jahns im Verlauf des Vormärz zunehmend als unzeitgemäß angesehen wurde. Helmut Asmus untersucht die Polenvereine nach 1830. Auffällig ist, dass in der Folge der Polenbegeisterung nach der gescheiterten Insurrektion gegen den Zaren die Karlsbader Beschlüsse zumindest kurzzeitig faktisch außer Kraft gesetzt wurden. Die liberale und demokratische Presse erlebte einen ersten großen Aufschwung, der Kampf der Polen wurde zum Vorbild der konstitutionellen Bewegung. Nach der Niederschlagung des Novemberaufstands folgte die polnische Migration ins französische Exil, in Österreich beispielsweise führte der Weg zahlreicher Polen durch Mähren und Böhmen. Hierbei stellt sich die Frage, inwieweit diese Begegnung mit den Polen zur Desillusionierung von Befürwortern des Panslawismus unter Slowaken und Tschechen beitrugen. Mit dem Bundestagsbeschluss vom 20. Juni 1833 begann die restaurative Gegenoffensive, in deren Folge sich die Polenvereine, die in Preußen und Österreich ohnehin untersagt waren, auflösten. „Es muß ihnen ein Ende gemacht werden,“ so Metternich, „Wenn es Polenkomitees gibt, kann es auch andere geben, und wohin soll das führen?“ (S. 195) Ihre Wirkung für die Politisierung in Deutschland ist somit aufgrund ihrer Zahl und geografischen Ausdehnung, der breiten sozialen Basis und der Tatsache, dass sie legal oder halblegal wirken konnten, von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Cornelia Foerster widmet sich dem „Preß- und Vaterlandsverein“ von 1832/33, einer Gesinnungsgemeinschaft in lockerer Organisation oppositioneller Kräfte auf überstaatlicher, nationaler Ebene, deren Zweck darin bestand, die freie Presse zu unterstützen. Der Schwerpunkt der Vereinstätigkeit lag in der bayerischen Rheinpfalz, das 1832 dort veranstaltete Hambacher Fest markiert ihren Höhepunkt. Der „Preß- und Vaterlandsverein“ wird als Übergangsform charakterisiert. Mit seinem in der Tradition der Aufklärungsgesellschaften verhafteten Bemühen um Legalität

wirkte er anachronistisch, was ihm beispielsweise den Spott Heinrich Heines einbrachte, während er andererseits als Vorform einer politischen Partei eindeutig modern war. Denn in den Versuchen, Netzwerke und neue Formen politischer Mobilisierung zu bilden, erkennt man – so Foerster – Anzeichen einer „neuen politischen Kultur der breiten öffentlichen Partizipation“ (S. 215).

Wolfgang Häussler widmet sich den spezifischen Bedingungen in der Habsburgermonarchie, wo das „als Mehrheitsprinzip definierte formale Verfahren der politischen Demokratie [...] mit der fundamentalen Forderung nach Gleichberechtigung der Sprachen und Volksstämme, der nationalen Kulturen“ (S. 318) konfrontiert wurde. An den Beispielen Ernst von Violand, Andreas von Stifft und Hermann Jelinek geraten die Diskussionen um die soziale Frage sowie der Demokratische Verein in den Blick. Ein weiterer österreichischer Beitrag stammt schließlich von Dušan Uhlíř, der einen landwirtschaftlich orientierten Verein, die Mährisch-Schlesische Ackerbaugesellschaft, untersucht.

Die Tätigkeit von Vereinen bildet, so hat es Miroslav Hroch kürzlich formuliert, ein erstes Symptom einer sich formierenden Öffentlichkeit in der Zeit der Restauration. Diese Einschätzung unterstreichen die Beiträge allemal.

Weimar

Steffen Höhne

Die Protokolle des Österreichischen Ministerrates 1848-1867. Abt. II: Das Ministerium Schwarzenberg. Band 1: 5. Dezember 1848 bis 7. Jänner 1850. Bearbeitet und eingeleitet von Thomas Kletečka.

öbvht Verlagsgesellschaft, Wien 2002, LXVIII + 1096 S.

Band 2: 8. Jänner 1850 bis 30. April 1850. Bearbeitet und eingeleitet von Thomas Kletečka und Anatol Schmied-Kowarzik unter Mitarbeit von Andreas Gottsmann.

öbvht Verlagsgesellschaft, Wien 2005, LVI + 396 S.

Band 3: 1. Mai 1850 bis 30. September 1850. Bearbeitet und eingeleitet von Thomas Kletečka und Anatol Schmied-Kowarzik unter Mitarbeit von Andreas Gottsmann.

öbvht Verlagsgesellschaft, Wien 2006, XLII + 361 S.

Abt. IV: Das Ministerium Rechberg. Band 1: 19. Mai 1859 bis 2./3. März 1860. Bearbeitet und eingeleitet von Stefan Malfèr.

öbvht Verlagsgesellschaft, Wien 2003, LXXXV + 559 S.

Seit dem Erscheinen des „Einleitungsbandes“ zu den „Protokollen des österreichischen Ministerrates 1848-1867“ von Helmut Rumpler 1970 sind fast 40 Jahre vergangen, in denen nacheinander 21 Bände dieser wichtigen Edition erschienen sind – auf 15 war sie einmal veranschlagt worden. Mit jedem ist auch die Brauchbarkeit der Gesamtedition weiter gewachsen. Jetzt sind von ihren sechs „Abteilungen“ (je einer für die sechs „Ministerien“ dieser 19 Jahre) drei abgeschlossen, die erste und die beiden letzten. Von den Ministerien Schwarzenberg, Buol-Schauenstein und Rechberg stehen nur noch wenige Bände aus. Genauer: die Dokumentation der Zeit vom 20. März 1848 bis zum 6. Februar 1867 hat (für Oktober 1850 bis April 1852,

Februar 1857 bis Mai 1859 und März 1860 bis Februar 1861) nur noch wenige Lücken.

Im Folgenden soll wenigstens kurz auf die in den letzten Jahren erschienenen vier Bände hingewiesen werden, auf drei Bände „Schwarzenberg“ (von dessen Anfängen bis zum 30. September 1850) und den ersten Band „Reichberg“ (vom 19. Mai 1859 bis zum 2./3. März 1860). In ihnen sind Anfang und Liquidation des ehrgeizigen Versuchs dokumentiert, den Erzrivalen Preußen in der Führung der deutschen Politik so auf die Rolle des Juniorpartners zu beschränken, wie Metternich das vor 1848 vermocht hatte. Erst von „1859“ oder „1866“ her sind die Gründe für sein Scheitern ganz deutlich zu erkennen. Im Spätjahr 1848 konnte Felix Schwarzenberg als erster Ministerpräsident des damals gerade erst 18jährigen neuen Kaisers Franz Joseph sehr wohl wagen, eine Chance auszuschlagen, deren Größe erst im Nachhinein wirklich sichtbar wurde. Eine Mehrheit der deutschen Nationalversammlung hatte eine Lösung für die Schwierigkeit der Habsburgermonarchie gefunden, ein Teil von „Deutschland“ zu sein, aber einem deutschen Nationalstaat nicht angehören zu können. Preußen, die immer noch „zweite“ deutsche Großmacht, hatte die von der Frankfurter Paulskirche angenommene Konzeption des „Doppelbundes“ zu seinem eigenen, weniger national-unitarischen Versuch einer deutschen Nationalstaatsgründung weiterentwickelt. Der Kaiserstaat der Habsburger sollte zwar kein Bestandteil des neuen deutschen Bundesstaates sein, aber doch aufs Engste mit ihm verbunden werden, durch eine neue „Bundesakte“, die mehr sein sollte als ein bloßer völkerrechtlicher Bündnisvertrag. Österreich hätte so im Westen nicht bloß den Rücken frei, sondern sogar den Rückhalt gehabt, der 1859 so sehr fehlte.

Schwarzenberg sah gewiss richtig, dass den deutschen Königen, Friedrich Wilhelm IV. von Preußen nicht ausgenommen, diese „Unionspolitik“ alles andere als sympathisch war. Der Preuße scheute (auch aus dem nicht falschen Gefühl heraus, im Fall des Konflikts Österreich militärisch nicht gewachsen zu sein) eine volle Konfrontation mit Wien. Den anderen vier deutschen Königen war ein Bund, in dem zwei Großmächte latente Rivalen waren und deshalb politisch gegeneinander ausgespielt werden konnten, viel sympathischer als die zu erwartende *societas leonina* mit Preußen allein. Auch hatte die liberale Handelspolitik des von Preußen dominierten deutschen Zollvereins vor allem in Süddeutschland viele Gegner; das war 1848 recht deutlich geworden. Nicht zuletzt zeigte sich Österreich militärisch immer noch sehr stark. Die tschechische Nationalbewegung war besiegt, die italienische und die magyrische konnten es voraussichtlich bald werden. 1850 würde in Olmütz auch Preußen vor Österreich zurückweichen und das Unions-Projekt aufgeben. War da der Versuch, einfach zur Wiener Ordnung von 1815 zurückzukehren, nicht erfolgversprechender als jeder andere?

Gewiss sahen Schwarzenberg, sein Kaiser und seine Ministerkollegen auch, dass militärische und politische Stärke ein festes Fundament brauchten, nämlich gesunde Staatsfinanzen aufgrund wirtschaftlicher und kultureller Modernität. Das System der höheren Bildung vom Gymnasium und Realgymnasium bis zur Technischen Hochschule und Universität wurde dem im übrigen Deutschland nach und nach durchgesetzten „Humboldtschen“ angeglichen, Professoren ohne Rücksicht auf eine etwaige „linke“ Vergangenheit aus dem außerösterreichischen Deutschland berufen.

Auch die Wirtschaftspolitik wurde dem zwar seit langem im Kaiserstaat wirkenden, aber letztlich doch fremden Protestanten Bruck aus dem rheinländischen Elberfeld anvertraut. Seine und Schwarzenbergs faszinierende Vision einer politischen und ökonomischen Verbindung der Habsburgermonarchie mit dem übrigen Deutschland, das „Siebzig-Millionen-Reich“, zeigt, dass beide das auf längere Sicht wichtigste Problem sehr wohl sahen.

In den hier anzuzeigenden Bänden ist immer wieder deutlich erkennbar, warum in der kalten Luft der 1850er Jahre diese Träume nicht zur Realität reiften. Das permanente Defizit und die hohe Staatsverschuldung, deren Ursache vor allem die Ausgaben für das Militär waren, ließen sich nicht beseitigen. Sie erzwangen auch eine Politik gegenüber den italienischen und magyrischen Untertanen, die deren Feindschaft nur verstärken konnte. Nur die bereitwillige Mitarbeit der wirtschaftlich führenden Schichten hätte dem Staat die notwendigen finanziellen Mittel verschaffen können. Sie war – wie die Geschichte der „Reaktionsperiode“ im übrigen Deutschland zeigt – nur um den Preis einer echten Mitwirkung an der Politik, also eines zentralen Parlaments und (im multinationalen Großstaat) mehrerer Länderparlamente zu haben, die nach Lage der Dinge auf einer echten lokalen und regionalen Selbstverwaltung basiert sein musste.

Stattdessen versuchte man es zehn Jahre lang mit einer Politik des „Neo-Absolutismus“. Die Protokolle der Jahre 1848 bis 1850 und die von 1859/60 erlauben einen genaueren Blick auf ihre Anfänge und ihr Ende. Die kenntnisreichen Einleitungen der Bearbeiter, ihre weiterführenden Fußnoten und die detaillierten Register ermöglichen überall – auch und gerade in Lesern der „Bohemia“ besonders wichtigen Bereichen – ein gründliches und vertieftes Studium bis herab auf die Ebene von Individuen. Die Länder der Wenzelskrone standen damals nicht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit; sie waren seit der Niederschlagung der Prager Pfingstbewegung 1848 einigermaßen „pazifiziert“. Doch wird die Wichtigkeit gerade auch kirchlich-religiöser Fragen deutlich. Besonders aufschlussreich sind die im Anhang des Bandes über die Anfänge des Ministeriums Rechberg erstmals vollständig publizierten Protokolle der Ministerkonferenzen zur Vorbereitung von dessen Programm (28. Juli bis 21. August 1859). Die Niederlage in Italien hatte dem Neo-Absolutismus sein Ende bereitet. Die Regierung Rechberg musste eine neue Politik finden.

Tübingen

Bernhard Mann

Hlavačka, Milan: Zlatý věk české samosprávy. Samospráva a její vliv na hospodářský, sociální a intelektuální rozvoj Čech 1862-1913 [Das goldene Zeitalter der böhmischen Selbstverwaltung. Die Selbstverwaltung und ihr Einfluss auf die wirtschaftliche, soziale und intellektuelle Entwicklung Böhmens 1862-1913].

Libri, Praha 2006, 207 S.

Das Thema Selbstverwaltung hat regelmäßig dann Konjunktur in der Forschung, wenn sich Fragestellungen und Herangehensweisen an Geschichte verändern. Denn nach Selbstverwaltung zu fragen, ist ein guter Ausgangspunkt für die Auseinandersetzung mit den verschiedensten historischen Prozessen: für die Untersuchung der verfassungsrechtlichen Entwicklung (Malý 1986, 1993), die Geschichte der Ver-

waltung, des Schulwesens und mit diesem zusammenhängender sprachlicher und nationaler Fragen sowie – was sich vor allem in jüngster Zeit durchgesetzt hat – für die Beschäftigung mit dem Bürgertum und seinem politischen, sozialen und kulturellen Einfluss auf die Gesellschaft (Malíř 1993, 1997, 2006; Urbanitsch 1995, 1998, 2000; Kladiwa 2004, 2007; Fasora 2004). Bei dieser in den letzten Jahrzehnten erschienenen Flut an Literatur zu den verschiedensten Aspekten der Selbstverwaltung verblüfft vor allem die Tatsache, dass nach wie vor Jiří Klabouch (1968) die beste Übersicht über Literatur und Quellen zum Thema bietet.

Der Ansatz, den Milan Hlavačka für sein Buch „Das goldene Zeitalter der böhmischen Selbstverwaltung“ gewählt hat, ist gut durchdacht und ansprechend: Hlavačka zeigt die Entstehung und das Funktionieren der Selbstverwaltung in Böhmen auf drei Ebenen der Gebietsverwaltung: auf der Gemeindeebene (am Beispiel Píseks), der Bezirksebene (anhand der Entstehung der Bezirksvertretung von Mělník) und der Landesebene (in einem Kapitel über landesweite Eisenbahnaktionen). Die Selbstverwaltung versteht der Autor als „Schule der Demokratie“. Bereits führende zeitgenössische Repräsentanten waren sich des Einflusses von Beamten der Selbstverwaltung auf die „Erziehung der Nation“ bewusst. In Anbetracht zahlreicher Unterschlagungen und des Schwunds von Gemeindeeigentum kann man zwar nicht immer von positiven Vorbildern sprechen, doch spielten herausragende Repräsentanten der Selbstverwaltung ohne Zweifel eine wichtige Rolle für die Durchsetzung selbstständigen, offenen und liberalen Handelns. Anders als in Mähren war in Böhmen dank der Bildung von Bezirksvertretungen ein „politischer Nachwuchs“ gesichert, der aus mehreren hundert gut bezahlten Stellen der Selbstverwaltungen auf Bezirksebene hervorging.

Ein Verdienst der Arbeit Hlavačkas ist die Aufmerksamkeit, die er dem Finanzwesen widmet, ein in Darstellungen zur Geschichte des 19. Jahrhunderts vielfach vernachlässigtes Gebiet. An konkreten Beispielen, die mit Archivquellen belegt werden, demonstriert er die Veränderungen in den Gemeindefinanzen. Nach Aufhebung des patrimonialen Systems, das gewissermaßen als regulierende Instanz fungiert hatte, konnten die reichen Bauern das Gemeindeeigentum an sich ziehen, denn der neoabsolutistische Staat überließ die dörflichen Verhältnisse bis auf wenige Ausnahmen einer eigenen Entwicklung, und das provisorische Gemeindegesetz von 1849 gestattete bezüglich des Gemeindevermögens eine verhältnismäßig freie Rechtsauslegung.

Wichtig ist Hlavačkas Interpretation der Entstehung der selbstverwalteten Bezirke als Schaffung eines gewissen Kontrollmechanismus (und in gewissem Maße auch der Prävention und repressiven Korrektur) für die „unbegrenzte Herrschaft der Alten“ im böhmischen Dorf. Hlavačkas Einschätzung zufolge verschwanden bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs in vielen böhmischen Landgemeinden bis zu zwei Drittel des Gemeindeeigentums, womit eine neue dörfliche Infrastruktur (u. a. Schulen, Armenhäuser, ärztliche Betreuung, Straßen, Friedhöfe, Glockentürme) geschaffen wurde und „ein brüchiger sozialer Friede innerhalb der ländlichen Gemeinden“ entstand, „über den ein selbstbewusster und vermögender Bauernstand, der Gemeinde- und Bezirksvorsteher sowie manchmal sogar der Gemeindegendarm wachte“ (S. 115).

Die Frage nach dem niederen Schulwesen, das eng mit der Selbstverwaltung verknüpft war, betrachtet Hlavačka aus einem ungewöhnlichen Blickwinkel. In einer ähnlichen methodischen Vorgehensweise wie Artur Erwin Imhof („Fünf Erzählungen nach historischen Bildern“, 1990) entscheidet er sich für zwei „fotografische[n] Momentaufnahmen“ aus den Jahren 1864 und 1870. Mithilfe dieser klar eingegrenzten Untersuchungen vermittelt der Autor einen Einblick in die Beziehung zwischen Schulwesen und Selbstverwaltung. Plastisch zeigt er das Versagen der Selbstverwaltung in Bezug auf die Lehrer und die finanzielle Emanzipation der Lehrkräfte dank des liberalen Schulsystems, das nicht nur zur reihenweisen Ausbildung von „Zisleithaniern“ führte, sondern auch zum Ausbau eines national geteilten Schulwesens. Die Folge war die Entstehung einer selbstbewussten, vom Staat finanzierten Lehrerschaft und die Überwindung des Analphabetismus.

Am Beispiel des Ausbaus, Betriebs und der Finanzierung der Schule in Horní Záhorský Újezd führt Hlavačka nicht nur den damaligen Zustand des Schulwesens vor Augen, sondern beleuchtet auch allgemeine strukturelle Charakterzüge und zeitspezifische Rituale, die das Verhältnis von Gemeindeschulen und Selbstverwaltungen kennzeichneten.

Der spannungsreiche Zusammenhang von Schulwesen und Sprache in der österreichischen Monarchie ist zwar als Thema in der Literatur bereits teilweise bearbeitet worden (Stourzh 1985, Höbelt 1987, Burger 1995, Malíř 1997, Luft 1997, Newerkla 1999), aber wie Milan Hlavačka zeigt, ist es nach wie vor möglich, innovative Ausgangspunkte zu finden. So wird der Sprachgebrauch in der böhmischen Bürokratie und Selbstverwaltung nicht unter nationalen oder staatsrechtlichen Gesichtspunkten betrachtet, sondern aus der Perspektive der Funktionstüchtigkeit der staatlichen Bürokratie und der Selbstverwaltungsorgane. Nach einer Zusammenfassung der bisherigen Forschungsergebnisse und einem Überblick über die Gesetzesnormen demonstriert Hlavačka die Problematik der Nationalsprache im Umfeld der selbstständigen Bezirksverwaltungen. Da die Selbstverwaltungsorgane die Verhandlungssprache wählen konnten, kam es in einsprachigen Bezirken nie zu Problemen, in zweisprachigen Bezirken wurden sie durch die Verlegung der problematischen Gemeinden und Gebiete in andere Bezirke gelöst. Hlavačka hat am Beispiel deutscher Gemeinden aus dem Jahr 1869 die Anfänge „des Segregationsprozesses“ analysiert, dessen Konsequenz die administrative Aufteilung des böhmischen Königreichs auf der Grundlage ethnischer Prinzipien war.

Die Porträts dreier Repräsentanten von Selbstverwaltungsorganen runden den Band ab: Jiří Kristián Fürst von Lobkowitz war als langjähriger oberster Marschall des Königreichs Böhmen und zugleich Bezirksvorsteher in Mělník Vertreter der beiden obersten Ebenen der Selbstverwaltung. František Schwarz und Karel Adámek repräsentieren den idealen Prototyp eines Bezirksbeamten der Selbstverwaltung, der seine theoretischen Kenntnisse der Gesetze mit ihrer praktischen Anwendung verbindet.

„Das goldene Zeitalter der böhmischen Selbstverwaltung“ ist eine innovative Arbeit, die sich auf eine Vielzahl bisher in diesem Kontext nicht verwendeter Archivmaterialien stützt (Allgemeines Verwaltungsarchiv in Wien, Bezirksarchive, das Familienarchiv der Lobkowitz und das Archiv des Nationalen technischen Museums in Prag). Milan Hlavačka hat bewiesen, dass die Geschichte der Selbstver-

waltung nicht nur eine bloße Aufzählung von Rechtsnormen darstellt, vielmehr gelingt es ihm, das Innenleben der Selbstverwaltungsorgane, die Geschichte des Alltags in den Selbstverwaltungsstrukturen und ihrer typischen Repräsentanten einzufangen. Aus methodologischer Sicht bemerkenswert sind die Thesen am Ende jedes Kapitels, die allgemeinere Gültigkeit besitzen und strukturelle Mechanismen aufzeigen. Was kann man an dieser gelungenen Publikation kritisieren? Eigentlich nur die nicht besonders leserfreundliche Platzierung der Anmerkungen am Ende des Buchs, die nach Kapiteln nummeriert sind.

Brno

Zdeňka Stoklásková

Riecke, Jörg/Schuster, Britt-Marie (Hgg.): Deutschsprachige Zeitungen in Mittel- und Osteuropa. Sprachliche Gestalt, historische Einbettung und kulturelle Traditionen.

Weidler, Berlin 2005, 536 S. (Germanistische Arbeiten zur Sprachgeschichte 3).

Ausgangsfragen des Tagungsbandes zur deutschsprachigen Presselandschaft in Mittel- und Osteuropa sind die Herausbildung regionaler Normen der Standardsprache sowie die Entwicklung journalistischer Textsorten. Dabei wird, wie das Vorwort vermerkt, kein Anspruch erhoben, Forschungslücken zu schließen, eher möchte man erste Ergebnisse über die Zeitungsentwicklung in einzelnen Regionen präsentieren. In den einzelnen Beiträgen geht es somit um die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für die Etablierung von Zeitungen, es geht um Probleme der Quellenlage und -erschließung, ferner um die identitätsstiftende Rolle von Zeitungen und deren Ausdifferenzierung sowie um eine Charakterisierung des sprachlichen Profils. Dabei lassen sich, unabhängig von den jeweiligen regionalen Besonderheiten, übergreifende Entwicklungen konstatieren: eine Ausdifferenzierung der Presselandschaft im Verlauf des 19. Jahrhunderts, wachsende Konkurrenz, Anpassungsprozesse in der Zeit des Ersten Weltkriegs und Abbruch der deutschsprachigen Traditionen nach dem Zweiten Weltkrieg. Hinzu kommen zeitungssprachliche Veränderungen wie der von der Nachrichten- zur Meinungs- und Presse, bedingt durch die Erosion der Zensur, und die Erweiterung des Textsortenspektrums um räsonierende Texte, neue unterhaltende Textsorten, ein Übergang von der Ganz- zur selektiven Lektüre sowie die Durchsetzung neuer kommunikativer Maximen (Kürze, Verständlichkeit). Auf der Basis der Tagungsergebnisse, die der Band präsentiert, ergeben sich, so die Herausgeber, weiterführende Aufgaben für die historisch orientierte germanistische Sprachwissenschaft. Hierzu werden die Erschließung des Quellenmaterials genannt, Untersuchungen zum Verhältnis zwischen deutsch- und anderssprachiger Zeitungsproduktion, Veränderungen auf der textlinguistischen Ebene wie die Herausbildung neuer Textsorten, die Ersetzung eines bürgerlichen Konversationsstils durch einen textsortenspezifischen, der Wechsel von einer Rhetorik verpflichtender Textgestaltung zu einer medienspezifischen. Ferner werden Untersuchungen zum Einfluss der politischen Rahmenbedingungen auf die Zeitungssprache angeregt.

Die einzelnen Beiträge, eine Vielzahl an Fallstudien, liefern einen umfassenden Überblick über das Pressewesen in Ostmitteleuropa, das, wie Holger Böning kon-

statiert, schon am Ende des 17. Jahrhunderts als „eigenständiges Informationsmedium selbst an den Höfen und in den Regierungen unentbehrlich“ geworden war (S. 37).

Im Folgenden sollen die Beiträge vorgestellt werden, die im Kontext der böhmischen Länder bzw. der Slowakei eine Rolle spielten. Neben Untersuchungen zur Entwicklung in der Provinz (Václav Maidl) stehen die Periodika aus den Zentren im Fokus des Interesses. Barbara Köpplová befasst sich zunächst mit dem Zeitungssterben in der Folge des Münchner Abkommens nach 1938/39 (allein für die Zeit von Oktober bis Dezember 1938 ist ein Rückgang um 1900 Titel zu konstatieren), und wirft danach einen Blick auf den Umbau des „Prager Tagblatts“ zum nationalsozialistischen „Der Neue Tag“. Jaromír Zeman geht der Entstehung der Brüner Zeitungen ab der Mitte des 18. Jahrhunderts nach, wobei die erste Erwähnung eines Periodikums mit dem „Brünnerischen Blaettel“ bereits 1663 datiert, der Informationsbedarf in Mähren aber bis Mitte des 17. Jahrhunderts durch Blätter aus Wien oder dem übrigen Deutschland abgedeckt wurde. Am 5. Juli 1755 erschien dann das Brünner Blatt unter dem Titel „Wochentlicher Intelligenz-Zettel aus dem Frag-Amt der Kayserlich-Königlichen privilegierten Lehen-Bank zu unserer lieben Frauen in Brünn“, welches unter dem Titel „Brünner Zeitung“ bis 1921 Bestand hatte. Weitere Periodika, die Zeman hervorhebt, sind das im Geist des mährischen Landespatritismus verfasste „Mährische Magazin“, welches in drei Monatsheften 1789 erschien und 1792 eine kurze Fortsetzung erfuhr, ferner das „Allgemeine europäische Journal“ von 1794 bis 1799 sowie das von Christian Carl André herausgegebene „Patriotische Tagblatt für die kaiserl. königl. Erblande“ (von 1800 bis 1805). Hieran schließt sich ein Textsortenvergleich zwischen dem „Brünner Intelligenz-Zettel“ von 1755 und von 1775 an, der den Wandel „dieses ursprünglich lokalen Insertions- und Bekanntmachungsblattes zu einer Zeitung von zeitweise sogar überregionaler Bedeutung“ dokumentiert (S. 322). Ergänzt wird die Analyse um eine knappe Aufzählung der sprachlichen Charakteristika sowie eine sehr hilfreiche Übersicht der Zeitungstitel bis 1800, differenziert nach politischen Zeitungen und Zeitschriften, Literatur-, Kunst- und Kulturzeitungen, gesellschaftlichen Zeitungen (in Brünn nur das „Allgemeine europäische Journal“) und Intelligenzblättern (das „Brünnerblättchen“).

Zdeněk Mareček befasst sich in seinem informativen Beitrag mit den Brüner Zeitungen der Zwischenkriegszeit, kennzeichnend ist die wachsende Differenzierung der Brüner Presselandschaft. Neben der „Brünner Morgenpost“, die offensichtlich den Charakter eines Boulevardblattes besaß, bestanden der „Volksfreund“ sowie der „Tagesbote“, dem eine „moderne Darstellung, die informative und unterhaltende Abschnitte trennt,“ zugeschrieben wird (S. 344). Offene Fragen, die nach Mareček auf weitergehende Forschungen verweisen, betreffen die soziale Zusammensetzung der Leser sowie eine inhaltliche Charakterisierung der Brüner Zeitungen.

Die Anfänge des deutschsprachigen Zeitungswesens auf dem Gebiet der Slowakei liegen im Jahr 1764 mit der von Karl Gottlieb Windisch begründeten „Preßburger Zeitung“. Jörg Meier akzentuiert vor allem die Rahmenbedingungen zur Entwicklung der Presselandschaft, angefangen mit der „epochemachenden Zensur-

verordnung Josephs II. vom 11. Juli 1781“ (S. 348), die zu einer verstärkten Verbreitung der Aufklärungsliteratur führte, bis dann eine wieder strengere Zensur im Rahmen der Französischen Revolution mit dem Verbot politischer Berichterstattung den Zeitungen die Existenzgrundlage nahm, die mit den Zensurverordnungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts einen massiven Rückgang der periodischen Presse in Ungarn zur Folge hatte. Im 19. Jahrhundert verbesserten sich zwar die Bedingungen für die periodische Presse, zunächst wirkten die Zeitungen aber vorwiegend bildungsfördernd und erzieherisch, zudem stellten sich die „meisten deutschsprachigen Blätter in den Dienst der ungarischen Kultur“ (S. 350). Erst 1848 konnte sich auch in Ungarn eine freie politische Berichterstattung mit einem raschen Anstieg von Zeitungen durchsetzen, die aber durch den bald einsetzenden Neoabsolutismus ihre Grundlage verlor. Der „Preßburger Zeitung“ kam in diesen Jahrzehnten eine gewisse Monopolstellung zu, erst durch die einsetzende Parlamentarisierung nach 1867 und einer damit „verbundenen Steigerung des politischen Lebens in Ungarn“ (S. 350) gelangen Zeitungsneugründungen, die Bestand hatten. Zwischen 1867 und 1918 erschienen in Ungarn 1321 deutschsprachige Periodika, davon 159 auf dem Gebiet der Slowakei (S. 352), allerdings verstärkte die Magyarisierungspolitik den Assimilierungsdruck, viele deutschsprachige Periodika wurden in zweisprachige umgewandelt oder stellten ihr Erscheinen ein. Das endgültige Aus kam dann für viele mit der Gründung der Tschechoslowakei. Meier stellt in seinem Beitrag darüber hinaus einige Forschungsdesiderate heraus: Obwohl Zeitungen unmittelbar den Sprachzustand ihrer Zeit reflektieren, fehlt bis heute eine

[...] integrative, primär sprachhistorisch orientierte Forschung, die textgrammatische Aspekte ebenso einbezieht wie Untersuchungen zu „Textmustern“ und zur „Textualität“ der entsprechenden Textexemplare, aber auch zur „Textklassifikation“, die darüber hinaus versucht, die verschiedenen „Textebenen“ einzubeziehen. (S. 354 f.)

Andrea Seidler widmet sich den sprachpolitischen Entstehungsbedingungen der Presse in Ungarn in einer Phase, in der das Lateinische als Verkehrssprache, teilweise auch als Umgangssprache fungierte. Aufgrund der für Ungarn charakteristischen Vielsprachigkeit entwickelten sich im Verlauf der Aufklärung und der damit verbundenen Aufwertung der Muttersprachen unterschiedliche Reaktionsmöglichkeiten auf die Dominanz des Lateinischen. Am Beispiel dreier Repräsentanten untersucht Seidler die Auseinandersetzungen mit der Vielsprachigkeit: Mathias Bél und das Konzept von Mehrsprachigkeit, Karl Gottlieb Windisch und das deutschsprachige Modell, Mathias Rát und das ungarischsprachige Modell, entstanden als Reaktion auf die Sprachverordnungen Josephs II., nach deren Rücknahme das Lateinische erneut als Amtssprache fungierte und diesen Status in Ungarn bis 1848 offiziell behielt!

Als wichtige Quelle stehen Zeitungen und Zeitschriften seit einiger Zeit im Interesse der sprach- und literaturwissenschaftlichen Forschung. Dem vorliegenden Band gelingt es mit einer umfassenden Betrachtung des deutschsprachigen Pressewesens in Ostmittel- und Osteuropa, die vielfältigsten kulturellen Einflüsse herauszuarbeiten und so eine wichtige Basis für weitergehende Untersuchungen zu schaffen.

Feinberg, Melissa: Elusive Equality. Gender, Citizenship, and the Limits of Democracy in Czechoslovakia, 1918-1950.

University of Pittsburgh Press, Pittsburgh 2006, 275 S.

Die tschechische Frauenbewegung erhielt in den böhmischen Ländern für ihre zentralen Forderungen eine vergleichsweise breite Unterstützung: Im Jahr 1912 wurde die erste weibliche Abgeordnete in ganz Österreich-Ungarn in den böhmischen Landtag gewählt. Die Forderung nach dem Frauenwahlrecht konnte wenig später mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts nach der Gründung der Tschechoslowakischen Republik im Jahr 1918 durchgesetzt werden. Die neue Verfassung garantierte die Gleichberechtigung der Geschlechter. Dagegen war von Anfang an umstritten, wie diese Gleichheit in öffentlichen und privaten Belangen interpretiert werden sollte. Anhand öffentlicher Debatten über die Auslegung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der neuen Verfassung von 1920 zeichnet Melissa Feinberg in ihrer Dissertation die Aushandlungsprozesse um ein neues Demokratieverständnis nach.

Das Buch ist in drei chronologisch geordnete Blöcke geteilt. Während das erste Kapitel eine Zusammenfassung der tschechischen Frauenbewegung und ihres gesellschaftlichen Rückhalts in den böhmischen Ländern vor 1918 liefert, liegt der zeitliche Schwerpunkt mit den Kapiteln 2 bis 5 auf der Zwischenkriegszeit, die gesondert in den Blick genommen werden soll. Kapitel 6 und 7 sind jeweils dem „Protektorat“ sowie der unmittelbaren Nachkriegszeit bis 1950 gewidmet, mit einem verstärkten Blick auf die Situation und das Agieren von tschechischen Frauenorganisationen in einem repressiven Umfeld.

Feinberg konzentriert sich auf folgende Themen: Die (Gleich-)Stellung der Frau im Familienrecht in Bezug auf Heirat, Scheidung, Unterhalt und Sorgerecht (Kap. 2), das Staatsbürgerschaftsrecht verheirateter Frauen (Kap. 3), die Regelung der Beschäftigung von Frauen im öffentlichen Dienst (Kap. 4) sowie Debatten über die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs (Kap. 5). Dabei wird nicht der Status Quo der Rechtsauslegung behandelt, sondern der Weg zu einem tragfähigen Konsens über die Auslegung von geschlechtlicher Gleichberechtigung. Der Weg zu einem durchsetzungsfähigen Kompromiss wurde dann ein langer: Keine dieser heftigen Debatten kam in der Zwischenkriegszeit zu einem Abschluss. Weder auf ein Familienrecht noch auf die Änderung des bestehenden Staatsbürgerschaftsrechts konnten sich die verantwortlichen Stellen während der gesamten Zwischenkriegszeit einigen; die Reformprojekte mussten 1938 notgedrungen auf Eis gelegt und konnten erst 1945 wieder aufgegriffen werden. Die Frage, ob eine verheiratete Frau im Staatsdienst angestellt sein durfte, zumal wenn ihr Ehemann dort ebenfalls arbeitete, wurde erst in der so genannten Zweiten Republik entschieden, allerdings zuungunsten der Gleichberechtigungsforderungen von Frauenorganisationen. Die langwierigen Verhandlungen zeugen nicht nur von der politischen Brisanz der Themen, sondern auch von sozialen, religiösen und moralischen Implikationen, die mit diesen Fragen verknüpft waren.

Der Ansatz, der dieser Studie zugrunde liegt, öffnet den Blick für ein breites Spektrum von Positionen. Er stellt zum einen die Stellungnahmen und Argumen-

tationsstrategien der im Mittelpunkt stehenden „tschechischen Feministinnen“ dar (S. 10 und S. 22 f.), allen voran des Nationalen Frauenrats (Ženská Národní Rada), der als Dachverband der Frauenbewegung die einflussreichste tschechoslowakische Frauenorganisation der Zwischenkriegszeit bildete (S. 53). Zum anderen werden die Positionen der involvierten politischen Organe beleuchtet, der spezifischen Ausschüsse, verantwortlichen Minister sowie des Parlaments. Einbezogen werden aber auch die Gegner solcher Forderungen, angefangen beim Bund katholischer Frauen und Mädchen (Svaz katolických žen a dívek) und anderen katholischen Organisationen über die tschechischen und slowakischen Volksparteien bis hin zur allgemeinen „Öffentlichkeit“ (S. 121).

Der am Ende eines jeden Kapitels offerierte kurze Vergleich mit der Situation in anderen Ländern Europas (und darüber hinaus) ist für die Kontextualisierung sehr hilfreich. Dabei zeigt sich, dass der Verlauf der parlamentarischen Debatten zu Familienrecht, öffentlichem Dienst sowie zum Thema Abtreibung ähnlich war wie in anderen, vor allem westeuropäischen Ländern. Obwohl Feinberg hier Parallelen zu anderen europäischen Gesellschaften herausarbeitet, betont sie doch, dass dieses Verhalten gerade im tschechischen Fall frappierend sei, habe es sich doch um einen Staat gehandelt, der sich ostentativ zu Demokratie und Gleichberechtigung bekannt habe (S. 70, S. 127). Als Zeichen für die Verletzlichkeit demokratischer Ideale wertet sie unter anderem das Abtreibungsverbot (S. 158).

Der Bereich, der in der Tschechoslowakei wesentlich restriktiver gehandhabt wurde als in den meisten anderen Staaten war das Staatsbürgerschaftsgesetz. In dem sehr gelungenen Kapitel zu diesem Themenfeld geht Feinberg weit über die Nationalstaatsgrenzen hinaus und stellt die Staatszugehörigkeitsfrage als internationales Problem dar. Ehefrauen übernahmen automatisch die Staatsbürgerschaft ihres Mannes. Während Frauen, die Ausländer heirateten, durch diese Regelung automatisch alle rechtlichen Brücken zur Tschechoslowakei verloren, wurde die Lage besonders prekär für Frauen, die z. B. staatenlos gewordene russische (1920er Jahre) oder deutsche (1930er Jahre) Flüchtlinge heirateten oder deren Ehemänner sich nach dem Cable Act von 1922 in den USA einbürgern ließen. Ohne eine neue Staatsbürgerschaft zu erhalten, verloren sie mit der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft auch alle Rechte auf soziale Unterstützung, den Zugang zum Gesundheitswesen sowie Arbeitsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst. Feinberg zeichnet internationale Bemühungen um die Behebung des Problems der Staatenlosigkeit nach, das nicht durch Regeln einzelner Nationalstaaten, sondern nur durch internationale Abkommen zu lösen war.

Nicht ganz nachzuvollziehen ist, warum sich Feinberg in ihrer Argumentation auf die tschechische Nation beschränkt. Während die Konzentration auf den (tschechischen) Nationalen Frauenrat als stärkster Propagator für Frauenrechte in der Tschechoslowakei vollkommen einleuchtend ist, überzeugt die Ausblendung anderer nationaler Gruppen nicht ganz: Gerade da es um Aushandlungen von Gesetzen geht, sind alle Staatsbürger und vor allem Staatsbürgerinnen gleich welcher Nationalität gleichermaßen betroffen. Zumindest bis 1938 wirkten sich keine der untersuchten Gesetzesvorlagen national spezifisch aus. Der tschechische Anteil machte aber nur etwa die Hälfte, der „tschechoslowakische“ Anteil zwei Drittel der

Gesamtbevölkerung im Staat aus. Auch nahmen andersnationale Akteure in Form von politischen Parteien (so S. 45, S. 149) an den vordergründig tschechischen Debatten teil. Im Gegensatz zu der in der Forschung gängigen Tendenz, die Tschechoslowakei anhand national organisierter Strukturen zu betrachten, hätte sich mit diesem Thema eine Möglichkeit geboten, die tschechoslowakischen Bürger jenseits nationaler Kategorien in den Blick zu nehmen.

Feinberg selbst begründet die Fokussierung auf tschechische Akteure mit deren besonderem Verhältnis zur Demokratie (S. 7). Diesem demokratischen Selbstbild stellt sie immer wieder die fehlende Bereitschaft für geschlechtliche Gleichberechtigung auch in der Privatsphäre gegenüber und deutet dies als eine inkonsequente Auslegung von Demokratie. Die Frage bleibt, ob ein solch ahistorisches Demokratieverständnis den Akteuren der Zwischenkriegszeit gerecht wird. Feinberg vertritt die These, dass die fehlende Bereitschaft, „the problem of difference“ anzugehen, als interner Faktor zum Scheitern der Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit beigetragen habe (S. 8). Stattdessen sollte meines Erachtens überlegt werden, ob nicht eher die hier deutlich herausgearbeiteten langwierigen Prozesse, durch die viele zentrale Reformen nicht durchgesetzt werden konnten, zu einer Schwächung des Staates geführt haben.

Dennoch ist die Studie unbedingt zu empfehlen: als eine kohärente Erzählung jenseits der gängigen Interpretationen des Rechtswesens, der politischen Kultur und der Alltagsgeschichte der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit, aber auch jenseits von Beschreibungen nationaler Feindschaften und Versöhnungen. Die Studie bietet einen detaillierten Blick auf Geschlechterverhältnisse, rechtliche Grundlagen und daraus resultierende Situationen, die den Alltag vieler Frauen im öffentlichen und Privatbereich prägten.

Leipzig

Sarah Lemmen

Nezhodová, Soňa/Olšáková, Doubravka/Prečan, Vilém (Hgg.): In memoriam Johann Wolfgang Brügel. Sammelband anlässlich der J. W. Brügel gewidmeten Konferenz am 13. 9. 2006 in Hustopeče/Auspitz.

Ústav pro soudobé dějiny Akademie věd ČR, Hustopeče 2007, 278 S. (deutsch und tschechisch).

Zwanzig Jahre nach dem Tod des streitbaren sozialdemokratischen Publizisten Johann Wolfgang Brügel (1905–1986) wurde in dessen südmährischer Geburtsstadt Hustopeče (Auspitz) Bilanz über sein Lebenswerk gezogen. Parallel dazu ist im Prager Academia-Verlag Brügels wichtigstes Buch, „Tschechen und Deutsche I“ von 1967 in einer ersten tschechischen Auflage erschienen.

Vilém Prečans umfangreiche Würdigung des Freundes und Mentors in dem Sammelband, der aus der Tagung hervorgegangen ist, zeichnet dessen Wirken von den journalistischen Anfängen über die Tätigkeit als Sekretär des deutschen Ministers Ludwig Czech in der Ersten Republik bis hin zu den wichtigen historiografischen Werken der Londoner Zeit nach. Brügel wurde 1942 im Exil erneut tschechoslowakischer Regierungsbeamter und kehrte als solcher im Sommer 1945 nach Prag zurück. Frustriert über die dortigen Verhältnisse zog er aber schon 1946 die

ungesicherte Journalistenexistenz in Großbritannien vor. Sein Buch über Ludwig Czech (1960) war ursprünglich aus Polemiken gegen Wenzel Jaksch hervorgegangen: Für die Sudetendeutsche Landsmannschaft (SdL), namentlich Emil Franzel, galt Brügel in Revanche als Unperson, ja „Benesch-Agent“. Ein objektivierendes Ergebnis dieser unerfreulichen Querelen war Brügels erst nach Jakschs Tod erschienene Monografie „Tschechen und Deutsche 1918-1938“ – eine Apologie des leidlichen Miteinanders in der Zwischenkriegsrepublik. Der Rezensent begrüßte das Werk 1967 in der Hamburger „Zeit“ uneingeschränkt als große Leistung.

Prečan schildert sodann die weiteren Schicksale und Polemiken des unbequemen Publizisten, der außer einem zweiten Teil der Geschichte der tschechisch-deutschen Beziehungen (1974) zahlreiche Artikel und Studien, unter anderem über die so genannte Zinner-Gruppe und eine Materialsammlung zum Hitler-Stalin-Pakt veröffentlichte. 1991 verlieh Präsident Václav Havel Brügel für dessen Bemühungen um die deutsch-tschechische Aussöhnung post mortem den T. G. Masaryk-Orden.

Von den weiteren Beiträgen des Bandes sind unter anderem die Erinnerungen von Brügels Tochter, der Londoner Urbanistin Irene Bruegel, die Würdigung Brügels durch Robert Kvaček, Miloš Trapls Bild der Stadt Auspitz vor dem Ersten Weltkrieg sowie Milan Hainers und Jaroslav Šabatás Berichte über ihre Begegnungen mit Brügel sehr lesenswert.

Abschließend sei noch auf Peter Heumos' ausführliche Untersuchung (S. 175-208) über Rudolf Zischkas „Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger deutscher Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei 1966-1974“ hingewiesen. Für die kleine Gruppe linker Traditionalisten war die SdL ein einziger „Nazisumpf“ und Zischkas – von Brügel unterstütztes – Anliegen war es, die Seliger-Gemeinde aus der Gemeinschaft mit den „Berufsflüchtlings“ herauszulösen. Dieser Blick auf die öffentlich selten wahrgenommenen inneren Differenzierungen und Differenzen in der von außen monolithisch wirkenden „Vertriebenenszene“ ist von besonderem Interesse.

Berlin

Bedřich Loewenstein

Bryant, Chad: Prague in Black. Nazi Rule and Czech Nationalism.

Harvard University Press, Cambridge/Mass., 2007, 378 S., 20 Abb., 6 Karten.

The study traces the origins, implementation, and ultimate effects of two grandiose, violent attempts at nation-making in western Czechoslovakia: one begun by the Nazi regime and one undertaken by Czechoslovak leaders after liberation. (S. 2)

Chad Bryant hat sich vorgenommen, die „dicke Linie“ zu überwinden, die die Historiografie zum Protektorat von jener zur Vertreibung trennt (S. 8). Allerdings widmet er dann doch nur ein Fünftel seines Werks der Nachkriegszeit. In seinen fünf chronologisch aufgebauten Kapiteln über die Zeit der deutschen Herrschaft im „Protektorat Böhmen und Mähren“ bemüht er sich um die Darstellung und Erklärung des Verhaltens der Mehrheit der 6,8 Millionen Tschechen sowie der etwa 200 000 Protektoratsdeutschen, deren Bedeutung er allerdings weit überschätzt. Im Zentrum seiner Darstellung steht der nationale Konflikt. Übersichtlich schildert Bryant die nationalen Auseinandersetzungen bis 1938/39, wobei er die Kontinuität

des Gegensatzes und des Hasses zwischen Tschechen und Deutschen seit dem 19. Jahrhundert überbetont. „Patrioten“ beider Seiten hätten schon in der Zwischenkriegszeit über „die feindliche Gruppe“ gesprochen, ohne zwischen Individuen und Gruppen innerhalb der rivalisierenden Nation zu unterscheiden (S. 219). In manchmal glänzendem, oft ironischem Stil zeigt er, dass sowohl unter der NS-Herrschaft als auch jener der „Nationalen Front“ seit 1945 aus der subjektiven Entscheidung für eine Nation eine gewaltsame, aber oft auch zufällige Zuordnung durch die Behörden wurde, die besonders diejenigen unter Druck setzten, die in deutschen Studien meist als „Zwischenschicht“ bezeichnet werden und die er „amphibians“ nennt. Gewöhnungsbedürftig ist auch seine Bezeichnung für beide nationalen Parteien selbst in der Zeit nach 1938 als „patriots“. Zweifel habe ich auch an mancher Übersetzung. So ist Reinhard Heydrich als Chef des Reichssicherheitshauptamts bei Bryant stets „Head of the Intelligence Service“.

Bryant geht auf die Unterstützung der Volksdeutschen im Protektorat ein ebenso wie auf die Eindeutschung von Verwaltung und Wirtschaft, die Zusammenarbeit und die Konflikte zwischen Heimat und Exil, die Entwicklung der Versorgungslage im Sommer 1941, den Terror, den der neue „stellvertretende Reichsprotektor“ Heydrich ausübte, seine Begünstigung der Rüstungsarbeiter, die Vernichtung von Juden und Roma, die so genannte „völkische Bestandsaufnahme“ und das Attentat auf Heydrich. Er bestätigt, dass die Kriegsproduktion nach der Niederlage in Stalingrad noch größeren Vorrang vor allen möglichen Siedlungsplänen gewann und sich die NS-Propaganda darauf konzentrierte, vor der bolschewistischen Gefahr zu warnen.

Soweit sich Bryant nicht auf die Sekundärliteratur stützt, wertet er vor allem Berichte des Sicherheitsdienstes der SS und „Nachrichten aus der Heimat“ an die Exilregierung aus. In beide Quellengruppen hat er ein mir kaum verständliches Vertrauen, gehörten doch beide, der SD wie die Widerstandsbewegung, die die meisten Berichte nach Paris bzw. London schickte, auf beiden Seiten zu dem radikalen Lager. Die Frage, inwieweit beide Quellengruppen die Stimmung der Bevölkerung tatsächlich wiedergeben, stellt sich Bryant nicht. Zudem waren die Mitglieder der Widerstandsbewegung gewiss über viele Ereignisse gut informiert, während sie andere nur vom Hörensagen kennen konnten. Dazu kommt, dass Bryant nicht erkennbar zwischen den Nachrichten aus der Heimat selbst und den von Beneš oft persönlich purgierten Versionen für die Verbündeten unterscheidet. So stammt Bryants Behauptung, dass in einer Fabrik die Nazi-Bosse jeden zweiten Arbeiter „grün und blau geschlagen“ hätten, aus einer solchen „Nachricht aus der Heimat“ (S. 86). Vertrauen setzt Bryant in eine solche Nachricht auch, wenn er deren Behauptung übernimmt, dass Görings Schwägerin mit ihrem Mann im Spätsommer 1941 aus Angst vor Unruhen im Protektorat in einem besonders geschützten Zug von Pilsen in die Schweiz abgereist sei (S. 135). Nur auf solche Nachrichten stützt Bryant auch seine Aussagen über ein hohes Ausmaß an bewusstem „Langsamarbeiten“ oder Krankfeiern (S. 183) wie auch sein Urteil, dass 1944 die Hälfte der Bevölkerung an Unterernährung und in den letzten Kriegsmonaten Hunger gelitten habe (S. 195). Bryant stellt die abwegige These auf, dass unter anderem zur Unterbringung von Ausgebombten aus dem Altreich „ganze Dörfer evakuiert worden“ seien (S. 221).

In allzu vielen Fällen nimmt Bryant auch die Aussagen anderer Quellenkategorien und häufig von NS-Funktionären als uneingeschränkte Wahrheit, und zwar oft anscheinend um seine Schilderung farbiger zu gestalten. Dem Bericht des deutschen Oberlandrats von Iglau (Jihlava) glaubt er, wenn dieser nach dem Krieg schreibt, dass Hugo Jury, Gauleiter von Niederdonau, Angst gehabt habe, in derselben Stadt zu übernachten wie Karl Hermann Frank, „fearing the latter’s reputation for bureaucratic knife-fighting and vicious rages“ (S. 34). Aus den Erinnerungen Albert Speers übernimmt er eine Aussage von Joseph Goebbels, dass Reichsprotektor Konstantin von Neurath „nicht zu unserer Welt gehöre“ (S. 33), ohne nachzuforschen, ob dieses Urteil auch in den Tagebüchern des Reichspropagandaministers zu finden ist. Die Geschichte, dass Neurath und Frank dessen Chauffeur, der bei der Studentendemonstration am 15. November 1938 verletzt worden sei, mit nach Berlin genommen und Hitler dessen Wunden gezeigt hätten, gründet Bryant auf Elisabeth Wiskemanns Buch aus dem Jahre 1955! (S. 60). Nur auf der Basis einer Zeugenaussage behauptet Bryant, dass die kommunistische Zeitung „Rudé Právo“ der Gestapo durch die Publikation von Namen nicht-kommunistischer Widerstandskämpfer geholfen habe (S. 196). Mindestens eine solche schwer wiegende Aussage hätte er in dem ja veröffentlichten Nachdruck¹ dieser Untergrundzeitschrift überprüfen müssen! Bryant schreibt, dass etwa 3000 Protektoratsdeutsche in meist niederen oder mittleren bürokratischen Funktionen gearbeitet hätten (S. 224). Dafür zitiert er Jan Rataj, der sogar behauptet hatte, allerdings ohne Quellenbeleg, dass 30000 Protektoratsdeutsche solche Stellen innegehabt hätten, und das, obwohl Jaroslava Milotová von insgesamt – mit den Reichsdeutschen – 12000 Deutschen in der Verwaltung des Protektorats ausgeht.

Zugegeben gibt es einige, aber allzu seltene Fälle, in denen Bryant Quellenkritik übt: So äußert er Zweifel an den Meldungen aller möglichen Stellen, die daran ein Interesse haben konnten, über die Stärke des tschechischen Widerstandes nach dem Angriff auf die Sowjetunion, vor allem über das Ausmaß von Sabotage und Streiks, zu übertreiben (S. 133).

Als besonders ärgerlich empfinde ich Fälle, in denen Bryant falsch zitiert, und zwar offenbar, um den Eindruck der Schärfe des nationalen Konflikts noch zu erhöhen. Unter Berufung auf meine Darstellung schreibt er: „Police had to restrain Protectorate Germans from lynching their Czech neighbors. In Jihlava local Germans attacked Czech stores and locales“ (S. 168). Ich hatte eine Passage aus einem SD-Bericht gebracht, dass die „deutsche Bevölkerung allgemein schärfste Vergeltungsmaßnahmen und Auflösung des Protektorats fordert [...]. In Iglau war die Bevölkerung derart aufgebracht, dass es in den Abendstunden vereinzelt zu Aktionen gegen tschechische Geschäfte und Gaststätten gekommen ist“. Außerdem hatte ich zur Vorsicht bei der Interpretation dieses Berichts gemahnt, da eine gewisse Übertreibung nicht auszuschließen sei. Denn der SD müsse eher zu den radikalen als zu den gemäßigten Elementen gezählt werden.² Wo ich vorsichtig erwähne, dass eine

¹ Rudé Právo 1939–1945. Praha 1971.

² Brandes, Detlef: Die Tschechen unter deutschem Protektorat. Bd. 1. Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren 1939–1942. München, Wien 1969, 256.

Gruppe, nämlich die Rada Tři (Rat der Drei) gegen den Verbleib von Deutschen und Juden in der ČSR protestiert habe, spricht Bryant allgemein von „der Heimat“ (S. 217 f.). Oder ein letztes Beispiel: In Brünn sagte Beneš am 12. Mai 1945, dass „wir das deutsche Problem liquidieren müssen“. Bryant macht daraus: „Beneš encouraged his countrymen to ‚liquidate‘ Czechoslovakia’s Germans“ (S. 239), was nun wirklich etwas anderes bedeutet.

Bryant unterlaufen auch Fehler bei seinen Urteilen über die Kollaborateure. Die „meisten aktiven Mitglieder“ der „Nationalen Gemeinschaft“, die Staatspräsident Emil Hácha als Sammlungsbewegung ins Leben gerufen hatte, seien Studenten gewesen, während die Faschisten die „Gruppe“ boykottiert hätten. Tatsächlich hatten führende Faschisten wie Radola Gajda die Nationale Gemeinschaft unterstützt, während andere sie angegriffen hatten. Dann aber behauptet Bryant: „Mehrere führende Faschisten“ seien es gewesen, die den „Tschechischen Verband für die Zusammenarbeit mit den Deutschen“ gegründet hätten (S. 44), was so wiederum nicht stimmt. Widersprüchlich ist Bryants Urteil über Jaroslav Krejčí, Justizminister und später Vorsitzender der Protektoratsregierung: Einmal nennt er ihn „einen enthusiastischen Unterstützer der Nazi-Herrschaft“ (S. 44), ein andermal einen „entschiedenen tschechischen Patrioten“ (S. 158).

Angesichts seiner deutlichen und anzuerkennenden Bemühung, sich auf das Verhalten der Mehrheit der tschechischen „Patrioten“ zu konzentrieren, spielt die Widerstandsbewegung in ihrer organisatorischen und politischen Vielfalt in seiner Darstellung kaum eine Rolle, damit aber auch nicht ihr gemeinsames Programm eines demokratischen Sozialismus. Bryant hält wenig von der traditionellen Gliederung in Kollaboration und Widerstand, sondern fragt, „wie Menschen national im Kontext der staatlichen Institutionen und Gesetze handelten“ (S. 8). Während die Exilregierung stärkeren Widerstand forderte, hätten die „Patrioten“ in der Heimat sich weniger Sorgen über einen „Mangel an Widerstand“ gemacht, sondern mehr über ihre von Klassen- und Generationsgegensätzen zerrissenen und von Gestapo-Agenten infizierte Nation, schreibt Bryant mit guten Argumenten (S. 180). Den heimischen „Patrioten“ sei es weniger um Widerstand gegangen als darum, die „Nation zu retten“ (S. 191). Deshalb hätten die Aufrufe aus dem Exil, den Widerstand gegen die Besatzungsmacht zu erhöhen, nur geringe Wirkung entfaltet. Auch hätten viele nicht mit der Verurteilung Háchas übereingestimmt. Nach dem Angriff auf die Sowjetunion heißt es bei Bryant: „Czechs were acting Czech again“ (S. 132). Die Gegensätze zwischen Heimat und Exil besonders in der Frage des Widerstandes sei erst durch die gemeinsame Überzeugung überwunden worden, dass die Deutschen an allem schuld seien und vertrieben werden müssten (S. 207). „Hating Germans, along with spreading rumours, telling jokes, and speaking Czech, became a way in which people could act Czech and prove their loyalty to the nation“ (S. 220). Frank, Beneš und die „Patrioten zu Hause“ hätten das Kriegsvokabular benutzt, um die Bevölkerung in zwei feindliche Lager zu trennen (S. 203). Sie hätten auch die unterschiedlichen Gefühle, Motivationen und Aktionen ignoriert, die auch unter ihren verhassten Rivalen existierten, und diese dadurch dämonisiert (S. 204).

Während ich in meinem Buch „Der Weg zur Vertreibung“ die Kontinuität der Vorstellungen Beneš vom 15. September 1938 bis kurz vor Kriegsende betont habe,

ist Bryant der Meinung, dass Beneš (erst) im Sommer 1940 einen „entscheidenden Bruch mit der Vergangenheit: die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei“ erwogen habe (S. 67). Andererseits schreibt er: „Without him [Beneš], the expulsions would not have happened as they did, if at all“ (S. 210), was ich für eine doch übertriebene Personalisierung halte.

Den Hass und die Gräueltaten von Tschechen an den Deutschen nach dem Krieg erklärt Bryant mit folgenden Worten:

In fact, a mixture of resentment, greed, fear, shame, and frustration born of the occupation experience, combined with a hatred justified by history, explains a remarkable fact: Czech patriots, when they did distinguish among Germans, hated Sudeten Germans most of all. (S. 223)

Das Konzept der Kollektivschuld habe ebenso wie die Nachkriegsprozesse und der „Widerstandsmythos“ der übrigen Bevölkerung erlaubt, als „unschuldig mit einem reinen Gewissen“ zu leben (S. 251). Bryant behauptet, etwa 1700 Personen seien beim Brünner Todesmarsch umgekommen (S. 238), zitiert dabei auch Tomáš Staněk,³ aber nicht dessen abweichende etwa halb so große Zahl.

Leider hat Bryant seinem Werk nur ein Verzeichnis archivalischer und gedruckter Quellen, aber kein Literaturverzeichnis hinzugefügt, was die Suche nach der Langform von Titeln erschwert. Eine große Zahl erwähnter Personen fehlt im Register. Dabei handelt es sich anscheinend um jene, deren Vornamen er nicht herausgefunden hat, z. B. des „Oberlandrats Schultz of Pardubice“, der allerdings von Schultze-Dratzig hieß (S. 93).

Das Buch hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck: Interessanten Ansätzen und überzeugenden Interpretationen steht ein oft unkritischer und sorgloser Umgang mit den Quellen gegenüber.

³ Staněk, Tomáš: Verfolgung 1945. Die Stellung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien (außerhalb der Lager und Gefängnisse). Wien 2002, 120.

Düsseldorf

Detlef Brandes

Kučera, Jaroslav: „Žralok nebude nikdy tak silný.“ Československá zahraniční politika vůči Německu 1945-1948 [„Der Hai wird nie wieder so stark sein.“ Tschechoslowakische Deutschlandpolitik 1945-1948].

Argo, Praha 2005, 200 S. (Edice Historické myšlení 24).

Nach 1945 konnten manche tschechoslowakische Zeitgenossen nicht mehr viel Menschliches in Deutschland und den Deutschen erkennen: „Der Teufel spricht Deutsch“, heißt es etwa in einer Broschüre aus dem Jahr 1945. Informationsminister Václav Kopecký sah im Nachbarland einen gefräßigen Hai. Der allerdings, so meinte er 1946, werde niemals wieder zu seiner bedrohlichen Stärke zurückfinden. Dies war in der Tat eines der wichtigsten deutschlandpolitischen Ziele der ČSR: Der große Nachbar sollte für die Zukunft in einer Weise geschwächt werden, dass niemals wieder eine Gefahr von ihm ausgehen könnte. Die Nachkriegsregierungen der Tschechoslowakei versuchten so gut es ging, diese und andere Vorstellungen durchzusetzen. Welche Ziele die ČSR verfolgte, wie sie im Einzelnen realisiert werden

sollten und wie erfolgreich diese Bemühungen letztlich waren, untersucht Jaroslav Kučera in seiner Studie zur Deutschlandpolitik in den Jahren 1945 bis 1948, die zunächst 2001 in deutscher¹ und nun auch in tschechischer Sprache erschienen ist. Die tschechische Version unterscheidet sich vom Original durch die Berücksichtigung inzwischen veröffentlichter Literatur sowie einige Präzisierungen und Ergänzungen vor allem in den Ausführungen über die Rahmenbedingungen tschechoslowakischer Deutschlandpolitik in der Nachkriegszeit.

Mit seiner Analyse füllt Kučera, der zu den besten Deutschlandkennern unter den tschechischen Zeithistorikern zählt, gleich in mehrfacher Hinsicht Forschungslücken. So viel nämlich über das deutsch-tschechische Nachkriegsverhältnis diskutiert wird, so wenig ist den Beziehungen der Tschechoslowakei zu den deutschen Besatzungszonen bis 1949 und zu den beiden deutschen Staaten sonst Aufmerksamkeit gewidmet worden. Zudem wurde die Deutschlandpolitik der großen Alliierten oft ausführlich thematisiert, die kleineren Verbündeten standen dagegen seltener im Zentrum des Interesses. Wie nun die Tschechoslowakei gegenüber Deutschland agierte, analysiert Kučera auf zwei Ebenen: Zunächst beschreibt er einige Maßnahmen zur Stabilisierung der ČSR, so die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen und auch territoriale Forderungen. Anschließend untersucht er die Bemühungen um möglichst umfangreiche deutsche Reparations- und Restitutionsleistungen sowie um die äußere Sicherheit durch eine angestrebte Einflussnahme Prags auf die innere Entwicklung Deutschlands. Der Untersuchungszeitraum umfasst die Zeitspanne vom Kriegsende 1945 bis zum Frühling 1948, in dem die Viermächte-Kontrolle über Deutschland de facto zerfiel.

Nach einer Darstellung der Rahmenbedingungen tschechoslowakischer Deutschlandpolitik, die außer durch die zunehmende Polarisierung der internationalen Beziehungen durch einen allgemeinen Linksruck während des Zweiten Weltkrieges sowie die seit 1943 enge Anlehnung der Tschechoslowakei an die Sowjetunion charakterisiert gewesen seien, analysiert Kučera zunächst ausführlich die Frage der Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen. Diese besaß auch außenpolitisch eine große Bedeutung, denn gerade hier konnte sich die Tschechoslowakei auf den sowjetischen Verbündeten verlassen. Der erlaubte die „wilde“ Vertreibung der Deutschen in die SBZ, obwohl dies weder im Interesse der ostdeutschen Kommunisten noch der dortigen Besatzungsbehörden liegen konnte. In anderen Bereichen zeigte sich die Sowjetunion allerdings weniger hilfsbereit, so bei tschechoslowakischen Gebietsforderungen, die Regierungsstellen und gesellschaftliche Interessengruppen recht großzügig formulierten. Besonders aufschlussreich ist die Schilderung der Bemühungen sorbischer Organisationen nach einem Anschluss ihrer Siedlungsgebiete an die ČSR. Nachdem die Sowjetunion klar gemacht hatte, dass dies nicht infrage komme, war auch für die Prager Führung dieses Thema erledigt.

¹ Kučera, Jaroslav: „Der Hai wird nie wieder so stark sein.“ Tschechoslowakische Deutschlandpolitik 1945–1948. Dresden 2001 (Berichte und Studien des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 34).

Die Grenzen, die kleineren Alliierten bei der Realisierung ihrer deutschlandpolitischen Ziele gesetzt waren, zeigten sich auch in der Reparations- und Restitutionsfrage. Der tschechoslowakischen Delegation gelang es zunächst, ihre Partner auf der Pariser Reparationskonferenz im Jahr 1945 von einem großen Teil ihrer Ansprüche zu überzeugen, obwohl – wie in Prag selbst sehr deutlich erkannt wurde – die Ausgangsposition aufgrund der im Vergleich zu anderen Staaten geringen Kriegsschäden eher schlecht war. Als ein Grund für eine umfangreiche Wiedergutmachung wurde intern lange der Wunsch genannt, eine wirtschaftliche Gesundung Deutschlands vor allem im industriellen Sektor zu verhindern, um sich so vor einer erneuten Aggression zu schützen. Die tschechoslowakischen Verhandlungsführer versuchten zudem zu einem großen Teil erfolgreich, das Vermögen der enteigneten Sudetendeutschen von den eigenen Entschädigungsforderungen zu trennen, denn sonst hätten diese wesentlich bescheidener ausfallen können. Hatte somit die ČSR ihre Interessen in Paris gut vertreten, war der reale Gewinn aufgrund der Entwicklung des Kalten Krieges am Ende aber doch mager.

Die Frage nach der künftigen inneren Ordnung Deutschlands beschäftigte die tschechoslowakischen Entscheidungsträger in einem ebensolchen Maße wie die bisher genannten Themen. Schließlich sollte „der Hai nie wieder so stark“ werden. Ein demokratisches Deutschland ließ sich nach Ansicht vieler Experten aber nur mit einer möglichst langen Besatzung unter tschechoslowakischer Beteiligung sicherstellen. Auf diese Weise sollten gerade auch „revanchistische“ sudetendeutsche Bestrebungen verhindert werden. In manchen Plänen wurde die Vorstellung vertreten, die Besetzung müsse mindestens einige Jahrzehnte dauern. Davon, dass eine ähnliche Gesellschaftsordnung wie in der ČSR einen dauerhaften Frieden sicherstellen könne, waren nicht nur Kommunisten überzeugt: Die Verstaatlichung deutscher Industrien und eine Bodenreform standen daher ebenso auf der Wunschliste wie eine gründliche Umerziehung der Bevölkerung.

Angesichts dieser deutschlandpolitischen Ordnungsvorstellungen versteht es sich von selbst, dass tschechoslowakische Politiker parteiübergreifend die SBZ als besonders zuverlässig betrachteten – dort wurden den vertriebenen Sudetendeutschen schließlich keinerlei Artikulationsmöglichkeiten und Interessenverbände erlaubt und wurde die Entnazifizierung mit mehr Nachdruck als in den westlichen Besatzungszonen vorangetrieben. Zwar hatte sich die Tschechoslowakei vorgestellt, an der zur Erreichung der ordnungspolitischen Ziele notwendigen Kontrolle Deutschlands stärker beteiligt zu werden – aber letztlich besaßen die kleineren alliierten Staaten in deutschlandpolitischen Fragen gegenüber den Großmächten wenig Spielraum und isolierte sich die tschechoslowakische Politik gegenüber den westlichen Staaten aufgrund ihrer engen Anlehnung an die UdSSR immer mehr. Moskau dominierte schließlich die tschechoslowakische Außenpolitik in einer derart massiven Weise, dass deren Gestaltungsmöglichkeiten nur noch sehr gering waren. Als Gegenleistung hatte sie jedoch nur die Unterstützung der Vertreibung und Zwangsaussiedlung erhalten.

Kučeras Studie ist in vielerlei Hinsicht ein Gewinn für die Forschung: Sie basiert auf bisher nicht ausgewerteten tschechischen Quellen in einer außerordentlichen Fülle. Anhand dieser breiten Materialbasis bietet sie einen präzisen Einblick in die

Vorstellungen und Pläne offizieller Stellen sowie die verschiedenen Entwicklungsstadien dieser Konzeptionen. Der Leser kann so den politischen Willensbildungsprozess im Detail nachvollziehen. Bei vielen Themen werden aber auch die Wünsche anderer Interessengruppen als der in der tschechoslowakischen Regierung vertretenen deutlich. Diesem gesellschaftlichen Aspekt der Außenpolitik während des Ost-West-Konflikts sollte in der Tat in der Zukunft wesentlich mehr Aufmerksamkeit als bisher geschenkt werden. Denn dass sich die deutschlandpolitischen Forderungen der Prager Regierungen auch nach 1948 mit den Erwartungen großer Bevölkerungsgruppen deckten, darf getrost vermutet werden.

Prag

Volker Zimmermann

Čapka, František/Slezák, Lubomír/Vaculík Jaroslav: Nové osídlení pohraničí českých zemí po druhé světové válce [Die Neubesiedlung des Grenzgebietes der böhmischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg].

Akademické nakladatelství CERM, Brno 2005, 359 S. Deutsche Zusammenfassung.

Während zur Vertreibung der Deutschen bereits umfassende Arbeiten und Monografien vorliegen, gibt es zur Wiederbesiedlung der Grenzgebiete und ihren Folgen in der tschechoslowakischen bzw. tschechischen Wissenschaft zwar zahlreiche Aufsätze, ein Buch, das auf einer breiteren Quellenbasis den Besiedlungsprozess unter Berücksichtigung der ethnischen, politischen, ökonomischen und sozialen Aspekte und unter Einbeziehung der gesamtstaatlichen Auswirkungen untersucht, fehlte aber bisher. Drei tschechische Historiker – František Čapka, Lubomír Slezák und Jaroslav Vaculík – haben nun ihre jahrelangen Forschungserfahrungen auf diesem Gebiet gebündelt und gemeinsam ein Buch über die Wiederbesiedlung der ehemaligen Sudetengebiete bzw. der Grenzgebiete der böhmischen Länder geschrieben.

Die Besiedlung der Grenzgebiete der böhmischen Länder verlief parallel zur Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung und beide Migrationsprozesse, in die insgesamt über fünf Millionen Menschen involviert waren, bedingten und beeinflussten sich gegenseitig. Die Autoren betonen, dass es deshalb wünschenswert sei, beide Vorgänge in gleichem Maße in einer Studie zu behandeln. Wegen der Breite des Themas wäre dadurch aber der Rahmen der Arbeit gesprengt worden. Die Vertreibung der Deutschen findet daher in dem vorliegenden Buch immer nur dann Erwähnung, wenn dies unvermeidbar ist, zum Beispiel wenn der Arbeitskräftemangel im Grenzgebiet als Folge der Vertreibung thematisiert wird.

Die drei Autoren haben sich die thematischen Schwerpunkte des Buches entsprechend ihrer bisherigen Arbeiten aufgeteilt: Lubomír Slezák bearbeitet die landwirtschaftliche Besiedlung, František Čapka die Besiedlung im Bereich von Industrie, Gewerbe und Handwerk und Jaroslav Vaculík beschäftigt sich mit der Remigration, also der Ansiedlung von Auslands tschechen und -slowaken, die nach dem Zweiten Weltkrieg in die Tschechoslowakei kamen. Diesen drei Hauptkapiteln ist ein einleitendes Kapitel vorangestellt, das den Terminus „Grenzgebiet“ erläutert und

auf die Situation unmittelbar nach Kriegsende eingeht. Ein Schlusskapitel fasst die wesentlichen Veränderungen, die die Nachkriegsmigrationen für die Grenzgebiete bedeuteten, zusammen.

Der tschechische Terminus „pohraničí“ – Grenzgebiet – bezeichnet im Wesentlichen das ehemals mehrheitlich von Deutschen bewohnte Gebiet, die „Sudetengebiete“. Die Autoren weisen auf die Unterschiede hin, die es bei der Definition des Grenzgebiets in Politik, Verwaltung und Wissenschaft gab, je nachdem, ob die deutschen Sprachinseln einbezogen wurden oder ob es sich exakt um die im Herbst 1938 an das Deutsche Reich abgetretenen Gebiete handelte oder sich an den Bezirksgrenzen orientierte.

Die getrennte Darstellung der Besiedlung im landwirtschaftlichen und nicht-landwirtschaftlichen Bereich ist sinnvoll und verdeutlicht den teilweise unterschiedlichen Verlauf beider Prozesse. Einige Doppelungen und Wiederholungen haben sich aber eingeschlichen, so zum Beispiel bei der Genese der Besiedlungsidee. Im nicht-landwirtschaftlichen Bereich setzte die organisierte Besiedlung später ein als in der Landwirtschaft. Die für sie unter anderem verantwortlichen Institutionen wie das von den Kommunisten dominierte Besiedlungsamt und der Fonds der nationalen Erneuerung nahmen erst im September 1945 bzw. Anfang des Jahres 1946 ihre Arbeit auf. Bei dem Vergleich zeigt sich, wieviel komplizierter die Evidenz, Verwaltung und Zuteilung des von den Deutschen konfiszierten Besitzes an die Neusiedler sowie an den Staat war.

Slezák geht zunächst auf die Genese des Besiedlungsgedankens ein und gibt einen Überblick über die rechtlichen Voraussetzungen für die Enteignung des Landes und der Bauernhöfe der Deutschen. Ausführlicher widmet er sich der Einsetzung von Nationalverwaltern auf den konfiszierten Bauernhöfen. Die rund 80000 Nationalverwalter, die im Sommer 1945 in die Grenzgebiete gekommen waren, wurden ab Herbst 1945 hinsichtlich ihrer Wirtschaftsführung und ihrer staatlichen und nationalen Zuverlässigkeit überprüft. Über 80 Prozent von ihnen erhielten später Besitzurkunden über den verwalteten Boden. Der Boden wurde neu aufgeteilt. Zahlreiche Bauernhöfe wurden verkleinert, andere vergrößert. Die durchschnittliche Zuteilungsgröße betrug 13 Hektar. Doch schon ab Sommer 1946 setzte die Rückwanderung aus den landwirtschaftlichen Besiedlungsgebieten zurück ins Binnenland ein, die ab 1947 auch in anderen Bereichen festgestellt werden konnte.

Von besonderer Bedeutung ist das Kapitel über die Besiedlung im nicht-landwirtschaftlichen Bereich. Während es für die landwirtschaftliche Besiedlung bereits unter anderem von Lubomír Slezák und über die Remigration zahlreiche Studien unter anderem von Jaroslav Vaculík gibt, wurde die Besiedlung im Bereich der Industrie, Gewerbe und Handwerk bisher kaum eingehender untersucht. Čapka schildert die Einsetzung von Nationalverwaltern in den ehemals deutschen Betrieben der Grenzgebiete und die Konfiszierung des gesamten Besitzes. Riesige Vermögenswerte standen zur Disposition, mit denen Neusiedler in die Grenzgebiete gelockt wurden, die sich dort eine neue Existenz aufbauen wollten – unter anderem über 180000 Häuser, rund 34000 Gewerbebetriebe und 120000 Motorfahrzeuge. Čapka geht detailliert auf das Zuteilungsverfahren ein, das sich in mehreren Etappen und auf unterschiedlicher Gesetzesgrundlage vollzog. Der enteignete Besitz wurde zu günstigen Preisen

an die Neusiedler verkauft. Beim Verkauf von Möbeln wurden zum Beispiel die Preise aus dem Jahr 1937 zu Grunde gelegt.

Deutlich herausgestellt werden in der Studie die enormen Veränderungen, die die Vertreibung und Wiederbesiedlung in der Struktur der Grenzgebiete hinterließen. Die um rund ein Drittel geschrumpfte Bevölkerungszahl führte zur direkten oder allmählichen Auflösung zahlreicher Dörfer und Gemeinden. Zehntausende Gewerbebetriebe wurden nicht wieder eröffnet oder geschlossen, weil es keinen Bedarf für sie gab oder der andauernde Arbeitskräftemangel eine Fortführung des Betriebs verhinderte. Eine weitere Folge waren die Stilllegungen und Verlegungen von Industriebetrieben in binnenländische strukturschwache Regionen oder in die Slowakei. Das brachte Unruhe unter die Neusiedler, die zum Teil in den betroffenen Betrieben arbeiteten. In dieser Frage werden auch die Unterschiede zwischen den zentralen Entscheidungsinstanzen in Prag (vor allen Dingen Industrieministerium, Besiedlungsamt, Zentralrat der Gewerkschaften) und den regionalen und lokalen Institutionen (Nationalverwalter, Bezirks-gewerkschaften, Nationalausschüsse) deutlich. Es stimmt allerdings nicht ganz, dass die Gewerkschaft generell gegen die Verlegung von Betrieben auftrat (S.153). Die Zentrale in Prag unterstützte dieses Vorhaben aus gesamtstaatlicher Sicht und kritisierte Gewerkschaften in Betrieben, aber auch auf Bezirksebene, die sich gegen Stilllegungen und Verlegungen von Betrieben wehrten.

Jaroslav Vaculík erläutert die Organisation der Ansiedlung der über 200000 Remigranten in der Tschechoslowakei. Die größte Gruppe waren Slowaken aus Ungarn, die in der Slowakei angesiedelt wurden. In den böhmischen Ländern stellten Tschechen aus Wollhynien mit knapp 40000 die meisten Remigranten. Da diese überwiegend später eintrafen als die Mehrheit der binnenstaatlichen Siedler, wurden ihnen häufig kein Boden und keine Gewerbebetriebe mehr zugeteilt und sie wurden als Lohnarbeitskräfte eingegliedert, was bei vielen Enttäuschung hervorrief. Auch wurden sie nicht immer freundlich von den binnenstaatlichen Siedlern empfangen. Viele Nationalverwalter befürchteten, ihre Posten für die Remigranten, die offiziell Vorzugsrechte genossen, verlassen zu müssen. Für Spannungen sorgte auch, dass sich die Remigranten von den binnenländischen Siedlern durch ihre Alltagssprache, durch Traditionen und Gewohnheiten unterschieden. So kamen aus den Reihen der Neusiedler Klagen über die Besiedlung der Grenzgebiete mit „fremden Elementen“, viele Remigranten wiederum beschwerten sich darüber, dass die Behörden sie nicht ausreichend informierten und ihnen nicht genug Verständnis entgegenbrachten. Die staatlichen Organe waren bemüht, die Remigranten möglichst im ganzen Grenzgebiet zu verteilen, um zu verhindern, dass sich an einzelnen Orten große, schwer integrierbare Gruppen bildeten.

Die sehr materialreiche und faktografische Studie der drei Autoren fasst die wichtigsten Aspekte des Besiedlungsprozesses in den Grenzgebieten zusammen. Einige Punkte werden aber erst im Schlusskapitel erläutert, wie zum Beispiel die Zerstreuung der nicht ausgesiedelten Deutschen im Binnenland, die generelle Idee, im Grenzgebiet nur „staatlich und national zuverlässige“ Bevölkerung anzusiedeln sowie die langsame Entstehung neuer gesellschaftlicher Strukturen in der neu zusammengesetzten Bevölkerung des Grenzgebiets. Neben Zahlen und statistischem Material

präsentiert das Buch Zitate aus Sitzungsprotokollen der führenden Besiedlungsfunktionäre sowie aus der zeitgenössischen Presse. Ein etwas lebendigeres Bild hätte durch die Hinzunahme der zahlreich vorhandenen Lageberichte verschiedener Provenienz gezeichnet werden können.

Im Anhang des Buchs finden sich Archivdokumente, Karten und Tabellen. Bei der Fülle der in den Archiven vorhandenen Dokumente zur Besiedlungsthematik fiel die Entscheidung sicher nicht leicht. Ausgewählt wurden die wichtigsten Dekrete des Präsidenten der Republik, die die Besiedlung betrafen, einige Bekanntmachungen und Regierungsbeschlüsse sowie Berichte der mit der Besiedlung beschäftigten Behörden und Institutionen. Im Quellen- und Literaturverzeichnis wäre es hilfreich gewesen, nicht nur die Archive anzugeben, aus denen die verwendeten Dokumente stammen, sondern auch die jeweils bearbeiteten Archivbestände. Insgesamt haben František Čapka, Lubomír Slezák und Jaroslav Vaculik eine wichtige Arbeit vorgelegt, die einen knappen und guten Einblick in die Problematik der Wiederbesiedlung der Grenzgebiete bietet.

Prag

Andreas Wiedemann

Heitlingerová, Alena: Ve stínu holocaustu a komunismu. Čeští a slovenští židé po roce 1945 [Im Schatten von Holocaust und Kommunismus. Tschechische und slowakische Juden nach dem Jahr 1945].

G plus G, Praha 2007, 274 S.

Alena Heitlingerová geht in ihrem Buch „Im Schatten von Holocaust und Kommunismus“, das 2006 in englischer Erstauflage erschien,¹ den Identitätsproblemen tschechischer und slowakischer Juden der Nachkriegsgeneration nach. Diese Generation hatte die Bürde ihrer Eltern, der Überlebenden des Holocaust, zu tragen und wurde in einer kommunistischen Diktatur groß. Heitlingerová fragt, ob diese „zweite Generation“ ein jüdisches Bewusstsein und eine Gruppenidentität entwickelt hat, und versucht, diese Frage auf breiter empirischer Basis zu beantworten. Die Autorin gehört der von ihr untersuchten Generation tschechischer Juden selbst an: 1950 in Prag geboren, emigrierte sie nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ nach England, wo sie Soziologie studierte; seit 1975 lehrt und forscht sie an der Trent University in Kanada.

In den ersten Kapiteln erklärt Heitlingerová ihr methodisches Vorgehen und charakterisiert die Faktoren, die für die Herausbildung der Identität der von ihr untersuchten Gruppe maßgeblich waren. Neben den prägenden gesellschaftspolitischen Entwicklungen – von antisemitischen Strömungen in der offiziellen Politik über die Schauprozesse der 1950er Jahre bis hin zu den Demokratisierungsversuchen der 1960er Jahre – zeigt sie, wie in dieser Zeit mit von oben „geduldeten“ Gedenksymbolen wie der Pinkas-Synagoge oder dem Getto Theresienstadt umgegangen wurde.

In den folgenden beiden zentralen Kapiteln des Buches werden anhand der Befragungen von Angehörigen der zweiten Generation die identitätsrelevanten

¹ *Heitlinger, Alena: In the Shadows of the Holocaust and Communism. Czech and Slovak Jews since 1945. New Brunswick, London 2006.*

Elemente beider Generationen untersucht: 57 Prozent der Mütter und 45 Prozent der Väter der Interviewten sind Überlebende von Konzentrations- und Arbeitslagern; 17 Prozent der Mütter und 40 Prozent der Väter entkamen der Verfolgung in der Emigration – oft als Soldaten der alliierten Truppen oder auch als Partisanen. Die anderen überlebten den Nationalsozialismus in Verstecken oder dank gefälschter Dokumente. Im Umgang dieser Generation mit ihrer Erinnerung an den Holocaust lassen sich zwei gegensätzliche Verhaltensweisen feststellen: Die einen sprachen mit ihren Kindern häufig über das Erlebte, andere schwiegen so lange, bis die Kinder selbst zu fragen begannen. Ähnlich unterschiedlich waren auch die Konsequenzen, die die Eltern aus ihrem leidvollen Schicksal zogen. Die einen fühlten sich in ihrer jüdischen Identität bestärkt, die anderen setzten alles daran, möglichst nicht als Juden zu gelten, um gegen jede Form von Antisemitismus gefeit zu sein. Ein ähnlich dichotomisches Bild ergibt die Frage nach der Haltung der Eltern gegenüber dem Kommunismus: Auf der einen Seite stehen Idealisten und „gläubige“ Intellektuelle wie Goldstücker sowie engagierte jüdische Funktionäre, die für Reformen plädierten, auf der anderen die, die den Kommunismus von Anfang an ablehnten. Anders verlaufen die Trennlinien, wo es um das Verhältnis zum jüdischen Glauben geht. Während die Religiosität in den böhmischen Ländern – und hier besonders in den Städten – eher gering war, spielte der jüdische Glaube bei den slowakischen Juden meist eine größere Rolle.

Die Frage nach der Herausbildung einer jüdischen Identität in der zweiten Generation knüpft unmittelbar an die komplexe Thematik des elterlichen Einflusses an. Die meisten tschechischen und slowakischen Juden, so Heitlingerová auf der Basis von Umfrageergebnissen, erfuhren als Kinder von ihrer jüdischen Herkunft – allerdings nicht in allen Fällen von ihren Eltern. Mit antisemitischen Haltungen waren zwar einige der Befragten in ihrer Jugend konfrontiert, betont wird aber, dass seit den frühen 1960er Jahren Xenophobie und Antisemitismus sowohl in den zwischenmenschlichen Beziehungen als auch auf offizieller Ebene verschwanden. Schließlich gilt auch für die zweite Generation, dass die Religiosität keine entscheidende Rolle für die Identität spielt.

Eigenständige jüdische Jugendvereine, wie es sie in der Ersten Republik gegeben hatte, waren in der kommunistischen Ära untersagt. Erst im Zuge der Liberalisierung der 1960er Jahre konnten sich informelle Gruppierungen vor allem in Prag und Brno (Brünn), Bratislava und Košice (Kaschau) bilden. Auf der Grundlage von Aufzeichnungen ihres Vaters, der zwischen 1961 und 1974 Sekretär der Prager jüdischen Gemeinde war, berichtet Heitlingerová unter anderem von Vorträgen, in denen die Jugendlichen in die jüdische Geschichte und Kultur eingeführt wurden. Informelle Begegnungen gab es zwar auch während der „Normalisierung“ noch, diese mussten aber unter strenger Geheimhaltung stattfinden. Erst nach 1989 war der Weg für die Konstituierung neuer Zusammenschlüsse wie der „Děti Maiselovky“ frei, einer Vereinigung von im Lande und in der „Emigration“ lebenden Männern und Frauen, die sich alle drei bis vier Jahre in Prag treffen.

Einen gesonderten Abschnitt widmet Heitlingerová der Bindung emigrierter tschechischer und slowakischer Juden an ihre alte Heimat. Die Befragungen deuten darauf hin, dass sich bei vielen Emigranten eine Art multikultureller Identität her-

ausgebildet hat, in der ihr Herkunftsland, das neue „Zuhause“ sowie auch Israel einen Platz finden.

Die Autorin würdigt in den beiden folgenden Abschnitten die positiven Veränderungen, die die Wende von 1989 für die tschechischen und slowakischen Juden mit sich gebracht habe: Nun sei es endlich möglich geworden, „sich zu seiner jüdischen Identität [...] öffentlich zu bekennen, ohne vor den polizeilichen Denunzianten Angst zu haben“ (S. 156). Neue Gedenkstätten wie „Chatam Sofer“ in Bratislava wie auch die schon länger bestehende Gedenkstätte „Památník Terežín“ mit dem Ghetto-Museum in Theresienstadt oder das Jüdische Museum in Prag sind symbolträchtige Merkmale dieser Entwicklung. Auf einem anderen Blatt stehen Konflikte innerhalb der jüdischen Institutionen, insbesondere in der Prager jüdischen Gemeinde (Kap. 9). Für den Leser sind diese Auseinandersetzungen nur schwer nachvollziehbar, zumal die traditionellen Kontroversen zwischen Orthodoxen und Liberalen im konfessionellen Bereich von andersartigen Konflikten überlagert sind.

Im anschließenden Kapitel wird der Frage nachgegangen, worin heute jüdische Identität im Selbstverständnis der tschechischen und der slowakischen Juden besteht. Zwei Umfragen bestätigen hier die in den vorangegangenen Kapiteln bereits formulierten Vermutungen. So entschieden sich die meisten Befragten für die Aussage, Jude sei, wer sich selbst als jüdisch verstehe; ebenfalls eine hohe Zustimmungsrate erhielt die Antwort, Jude sei derjenige, der zum Judentum konvertiert oder bei dem zumindest einer der Eltern Jude sei, während die Aussage, Jude könne nur derjenige sein, der die Normen der „Halacha“, d.h. die Regeln und Riten des orthodoxen Judentums befolge, nur von wenigen Befragten gewählt wurde. Die gleiche Tendenz kommt in der Antwort auf die Frage zum Ausdruck, worin die Anziehungskraft des Judentums bestehe: Unter sechs alternativen Antworten wählten 83 Prozent der Befragten die Aussage, dies sei „das Gefühl der Verbundenheit mit früheren und künftigen Generationen der Juden“, während nur 21 Prozent den religiösen Inhalt für entscheidend hielten.

Im abschließenden Kapitel stellt Alena Heitlingerová zwei mögliche Szenarien künftigen jüdischen Lebens in Europa gegenüber, die von namhaften jüdischen Historikern stammen: Auf der einen Seite sieht Bernard Wasserstein unter den gegebenen demografischen und gesellschaftlichen Bedingungen langfristig kaum Überlebenschancen für das tschechische und slowakische Judentum. Auf der anderen Seite steht Diana Pinto mit dem Zitat, dass das jüdische Leben in Europa „einer lichten Zukunft entgegenblickt“, falls es sich als fähig erweise, sich der „spezifischen Herausforderung insbesondere im Hinblick auf das Erbe des Holocaust“ zu stellen (S. 215). Heitlingerová zieht daraus das Fazit, dass die Zukunft der jüdischen Gemeinschaften in Tschechien und der Slowakei sicher sei, sofern diese über engagierte Aktivisten verfügen und es ihnen gelinge, ihre regulären wie ihre „symbolischen“ Mitglieder zu integrieren.

Heitlingerová hat ihre persönlichen Erfahrungen hervorragend mit ihrem Engagement und ihrer wissenschaftlichen Kompetenz in Einklang gebracht. Sie kann überzeugend belegen, dass die jüdische Identität tschechischer und slowakischer Juden sich in nur sehr geringem Maß auf Religion und auch nicht auf eine Art Nationalgefühl oder auf die Bindung an Israel als Heimat stützt, sondern am ehesten als

bekennende Schicksalsgemeinschaft zu deuten ist. Allerdings steht zu vermuten, dass bei der Auswahl der Befragten diejenigen Tschechen und Slowaken jüdischer Herkunft außer Acht gelassen wurden, deren fortgeschrittene Integration in die sie umgebende Umwelt eine jüdische Identität nicht mehr erkennen lässt. Dessen ungeachtet wird die weitere Forschung zu dem gegebenen Thema an der herausragenden Arbeit von Alena Heitlingerová nicht vorbeikommen.

Bad Homburg

Jiří Kosta

Blažek, Petr/Kamiński, Eukasz/Vévoda, Rudolf (Hgg.): Polsko a Československo v roce 1968, Sborník příspěvků z mezinárodní vědecké konference. Varšava, 4.-5. září 2003 [Polen und die Tschechoslowakei im Jahr 1968. Sammelband der internationalen Konferenz. Warschau, 4.-5. September 2003].

Dokořán, Praha 2006, 361 S. Polnische und englische Zusammenfassung.

In dem vorliegenden Sammelband werden die polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen im Jahr 1968 aus verschiedenen Blickrichtungen beleuchtet. In einer vom polnischen „Institut des nationalen Gedächtnisses“, dem tschechischen „Amt für Dokumentation und Untersuchung der Verbrechen des Kommunismus“ und dem Prager „Institut für Zeitgeschichte“ veranstalteten Konferenz im Jahr 2003 setzten sich polnische und tschechische Historiker mit dem in beiden Ländern unruhigen Jahr 1968 auseinander. Auf die Autorenbeiträge folgt ein dokumentarischer Anhang, in dem die Diskussion der einzelnen Panels wiedergegeben und ausgewählte Dokumente aus beiden Ländern abgedruckt sind – so etwa die bekannte Reportage des Journalisten Jiří Lederer aus den „Literární Listy“ über die „Märzunruhen“ und die Lage in Polen 1968, die bisher unbekannte Lageeinschätzung des damaligen tschechoslowakischen Botschafters in Warschau, Antonín Gregor, oder die Aufzeichnungen des früheren Kanzleichefs des ZK-Sekretariats der „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei“ (PVAP), Stanisław Trepczyński, über die Politbürositzungen zwischen Februar und Juli 1968, die aus polnischen Archiven stammt. Diese Materialien sind trotz ihrer Kürze insofern brisant, als sie zeigen, dass der vermeintlich liberale Gierek in der Frage des Vorgehens gegenüber der Tschechoslowakei nicht weniger ein Hardliner war als Gomułka. Und es wird deutlich, dass die politische Planung der Intervention Anfang Juli 1968 noch keineswegs abgeschlossen war. Einerseits drängte Gomułka auf einen raschen Einmarsch, andererseits aber fürchtete er, es könnte zu einer Situation kommen, in der sich allein polnische Truppen an der Seite der Roten Armee finden würden.

Der einleitende Konferenzbeitrag von Jan Rychlík skizziert die polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen bis 1968 und arbeitet Unterschiede und Gemeinsamkeiten der kommunistischen Regime in beiden Ländern heraus. Jerzy Eisler und Petr Blažek untersuchen die Wechselwirkungen zwischen dem „Prager Frühling“ und dem „polnischen März“ 1968. Die Unterdrückung der Proteste polnischer Studenten, die nach ihrem „polnischen Dubček“ riefen, und die Verfolgung kritischer Intellektueller löste in der Tschechoslowakei Solidarisierungsaktionen aus. Sie waren Grundlage der späteren polnisch-tschechoslowakischen Solidarität unter Dissidenten.

Jitka Vondrová rekapituliert die Chronologie des Konflikts zwischen Prag und Moskau. Pawel Machcewicz widmet sich der Haltung Gomulkas zum tschechoslowakischen Reformprozess. Von ideologischem Eifer geprägt wurde er zu einem Vordenker der „Brežnev-Doktrin“ und frühen Befürworter einer gewaltsamen Unterdrückung des Reformexperiments im Nachbarland. An Łukasz Kamińskis Abhandlung der Politik der PVAP gegenüber dem „Prager Frühling“ erstaunt, wie wenig Sympathien und Diskussionen das Reformexperiment in der polnischen KP ausgelöst hat. Beide Abhandlungen bringen leider wenig Licht in die geheimen Kontakte zwischen der Gruppe der tschechoslowakischen Kollaborateure und den Vertretern der polnischen Parteiführung. Interessant ist die Darstellung der verhaltenen Reaktionen der katholischen Kirche in Polen auf das Aufblühen der Freiheit in der Tschechoslowakei und die milde Beurteilung der Rolle, die Gomulka bei der gewaltsamen Niederschlagung des „Prager Frühlings“ spielte. Rudolf Vévoda zeigt, dass Gomulkas Furcht vor einer Schwächung Polens gegenüber Deutschland in der veränderten politischen Situation Einfluss auf namhafte polnische katholische Intellektuelle ausübte. Ganz anders gestalteten sich indessen die Proteste polnischer Intellektueller und der Bevölkerung. Kaum bekannt ist die Selbstverbrennung des „polnischen Palach“, Ryszard Siwiec, im September 1968, die vom polnischen Geheimdienst gefilmt worden war. Grzegorz Majchrzak dokumentiert die umfassenden Aktivitäten des polnischen Innenministeriums im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Tschechoslowakei.

Pawel Piotrowskis Rekonstruktion des polnischen Anteils an der militärischen Okkupation gibt Auskunft über die Aktionen der rund 30000 polnischen Soldaten auf dem Gebiet der Tschechoslowakei, nicht aber in die Vorgänge in der Planungszentrale in Legnica (Liegnitz). Zwei Beiträge widmen sich den Reaktionen der tschechoslowakischen Bürger auf die Okkupation des Landes: Jan Kalous untersucht die Proteste und das Verhalten der Bevölkerung in den von der polnischen Armee okkupierten nordostböhmisches Gebieten und Jiří Pernes skizziert den zivilen Widerstand der Bürger gegen die „August-Okkupation“ und die folgende politische Restauration. Im abschließenden Beitrag stellt Oldřich Tůma den Prozess der „Normalisierung“ 1969-1971 dar, mit welchem die Grundzüge des kommunistischen Regimes erneuert und alle demokratischen und zivilgesellschaftlichen Freiheiten erstickt wurden.

Die aufgezeichneten Diskussionen der Historiker aus beiden Ländern gewähren einen Einblick in gegenseitige Wahrnehmung, vorhandene Stereotypen, Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei der Bewertung historischer Ereignisse und Zäsuren im ehemaligen Ostblock. Der vorliegende Band macht deutlich, dass binationale Vergleiche und Reflexionen der Krisen im ehemaligen Ostblock neue Perspektiven auf historische Ereignisse und Prozesse ermöglichen.

SUMMARIES

JAN PATOČKA - REMINISCENCES AND CRITICAL APPROACHES

Bedřich Loewenstein

From the perspective of a younger contemporary, the present article deals with Czech philosopher Jan Patočka as a person and an intellectual. At the outset, the author visualizes Patočka the university teacher and his fate in the 1950s, a second approach is devoted to Patočka's rather surprising support for the reform Marxists of the 1960s, in particular to his interpretation of the 1968 experiment as a global historical opportunity, and to the final years of Patočka's life. In a third approach, some aspects of Patočka's outlook on history are examined, which have maintained their topicality: his concept of what constitutes a nation, his understanding of Europe, and his criticism of modern technology-mindedness as a break with the tradition of the "cura animae." A critical light is cast in this study in particular on Patočka's understanding of the modern era as decadent and of death as upsetting and therefore, liberating, for those witnessing it.

PATOČKA'S PRACTICAL PHILOSOPHY AS AN ANALYSIS OF THE MODERN ERA

Ilija Srubar

Jan Patočka, a pupil of Husserl's and Heidegger's, was on a par with Masaryk, the two of them being the most important Czech philosophers of the 20th century. The present articles sketches Patočka's understanding of a practical philosophy and its critical, dynamizing and stabilizing properties on a historical scale, which he interprets as one of the driving forces behind the modernization process throughout Europe. A philosophy thus interpreted has always political aspects as well, being apt to motivate societal change or to stabilize a political order not yet fully established. These effects are illustrated with regard to liberalism and socialism, which Patočka considers the two most momentous projects of the modern era.

JAN PATOČKA'S POLITICAL PHILOSOPHY.
SOME OBSERVATIONS WITH A VIEW TOWARDS
HANNAH ARENDT AND CARL SCHMITT

Ludger Hagedorn

This contribution attempts at identifying, in the context of Jan Patočka's multifarious writings, some fundamental characteristics of his reflections on politics, which have never been explicitly written down, but rather make up a kind of sub-text in many of his works. The first observation is that Patočka coined the notion of an existential "truth," and the present contribution maintains that this notion can be applied to the field of politics as well. The author then offers a comparative outlook on the political theories of Hannah Arendt and Carl Schmitt, theories that compose a background against which Patočka's plea for politics having to be open-minded acquires more distinct contours.

COMMEMORATIVE RITES FOR THE CASUALTIES
AT THE BEGINNING OF THE REVOLUTIONS
IN CENTRAL EUROPE 1848/49

Jan Randák

During the revolution of 1848/49, a specific form of commemorating the dead evolved which is demonstrated in the present article by means of texts from Berlin, Vienna, and Prague. The casualties of the uprisings were ritualized, and the fate of nation and home country was symbolically linked to them. This manner of commemorating was due, in Berlin as well as in Vienna and Prague, to the bourgeois wing outweighing representatives of the old order. By "pocketing" the dead in this manner, the bourgeois strata sought to increase their power. Thus the casualties became a sort of capital, however symbolic, with which to work towards one's goals. The obsequies in March were about real victims, it is true, but the main thrust of the commemorative assemblies and marches was the importance attached to the fact that rebels had died, and closely linked to this was the hope for an eventual democratisation and social liberation as well as – in the case of the Jews – for emancipation and civil rights equal to those enjoyed by other ethnic groups. Although the commemorative rites of those days were staged in a national way, they also had aspects which transcend the purely national. In consequence, the term "European revolutionary culture" does not appear unjustified.

THE ROLE OF PARLIAMENT WITH REGARD
TO THE TRANSFORMATION PROCESSES THROUGHOUT
CZECHOSLOVAKIA'S HISTORY

Jan Dobeš

This contribution examines how important the role of Parliament was for the transformation phases in 1918-1920, 1938 and 1945-1948 respectively. It evaluates place and position of the legislative assembly in the process of political decision-making and its relations to the executive power. The author offers the theory that in Czechoslovakia, as indeed in many other nations, the relative importance of Parliament decreased, and it became subordinated to Government and political parties. The proof, with regard to interwar Czechoslovakia, is the so-called "pětka" (Committee of the Five). After World War II, in 1945-1948, this tendency continued to exist. During this later period, there was even a fundamental change in the composition of the National Assembly, with the number of delegates coming from a traditional elite background decreasing, and the number of those having ties to the new institutions (National Committees, trade unions) increasing. The National Assembly ceased to be a place where important political decisions were made, and became a kind of arena in which pointed, sometimes radical political positions were debated and defended, positions for which there was no room in the proceedings of Government, which had to arrive at some form of compromise.

NORMALIZATION

Christoph Boyer

In the present contribution, "normalization" is defined, using the example of the ČSSR of the early seventies, as a mechanism which stabilizes party rule and centrally-planned economy in soviet-type systems after the end of a reform phase. Once ideology has been discredited, within the newly consolidated casing of party rule social politics and consumer orientation gain crucial importance for the silencing of whatever grudges the population may bear. The appearance of repression is altered, with open terror being no longer the norm and "lower-key" and at the same time more efficient forms of control becoming more widespread instead. "Normalization" is one of several forms of final-stage socialist rule, a case in point among the "normalization" regimes being the "real socialism" of the GDR during Honecker's tenure. Early on, normalization is quite successful as a rule, since the requirements of safeguarding power coincide with the material interests of large strata of the population. In the end, however, it fails because it simply cannot deliver all the promises that had been linked to it. This is especially true for the consumer aspect, since most of the desires raised are never satisfied.

THE BAMBERG PRINTS OF
 “DER ACKERMANN AUS BÖHMEN”

John Clifton-Everest

The immense popularity of “Der Ackermann aus Böhmen” between c. 1450 and c. 1550 in Germany, attested by the number of manuscripts and especially the early printed versions, poses the question as to what practical use justified so much effort put into its reproduction. Such an enquiry leads inevitably to the so-called “Pfister” press in Bamberg, where it was first printed, and then quickly printed again, in the 1460s and 1470s. Research in recent times, which confirmed the origins of the early 36-line Bible at the same printery and further established a reliable date for one of those Ackermann incunables, has cast new light on the question. It seems clear that along with a small group of other German-language texts the Ackermann was printed on a press under episcopal control, specifically for pastoral use by the clerics of the Bamberg bishopric. All early printerries were largely dependent on the needs of the church to remain viable. The rapid subsequent appearance of Ackermann prints elsewhere must result from the success of those two Bamberg prints. Presumably the work served in effect as a German “Ars Moriendi,” a use which can help to explain the apparent corruption of the surviving text.

“CHARLES IV – EMPEROR BY THE GRACE OF GOD.”
 RECENT RESEARCH ON COURTLY ARTS
 IN THE LUXEMBURG DYNASTY

Kai Wenzel

In the framework of an exhibition presented in New York and Prague during 2005/2006, a catalogue was published under the title “Charles IV – Emperor by the Grace of God”. It assembles contributions dealing with various aspects of courtly arts during the tenure, in the Holy Roman Empire, of the Luxemburg dynasty (14th and early 15th centuries). The subjects covered are the lines of communication and transfer of art and architecture throughout central Europe, but also the relationship between the arts community and those in power. The volume constitutes a comprehensive survey of the arts in late medieval Central Europe, and calling it a central point of departure for further research into the individual topics represented as well as for further work on better defining and differentiating the concept of courtly arts, is entirely justified. The present article highlights individual contributions of the catalogue and places them in the context of the scholarly debates of the most recent decades.

THE CZECH LIBRARY (III)

Steffen Höhne

With volume 33, a collection of Jan Neruda's travelogues, the "Tschechische Bibliothek" (Czech Library), a series of books which started back in 1990, is complete. The present, third part of our account of this great enterprise, which is aimed at offering German-speaking readers a grasp of the many forms and facets of Czech literature, offers a quick glance at the volumes added since 2003. They range from editions of letters by prominent authors or composers over anthologies to monographs by great authors such as Egon Hostovský, Richard Weiner or Jakub Deml, all of whom are far too little known in Germany. With its concluding volumes, the "Czech Library" once more provides a kind of "grand tour," comprising the very beginnings of Czech literature, the period of "national rebirth," the avant-garde, samizdat literature and even very recent works – from Comenius's "Labyrinth" of the world to contemporary poetry.

SILESIA – A CHALLENGE FOR POST-1989
CZECH HISTORIOGRAPHY*Jiří Knapík / Jaromíra Knapíková*

Stating at the outset that there is a somewhat problematical notion, in modern Czech society, of Silesia as historically belonging to the Czech Republic, the authors examine the results of historical research on this topic since 1989. Since then, the topic of Silesia, particularly a closer look at its development and its importance in a national as well as a central European framework, has been an integral part of the quest for a new historical memory of society as a whole. The present contribution thus offers an annotated synopsis of important syntheses and encyclopaedic works concerning Silesia, published during the last 15 years by research groups and individual scholars affiliated with the Silesian Institute of the Czech Academy of Sciences, the Silesian Universities in Opava and Ostrava, some of them even with the Silesian historical society, Matice Slezská.

RÉSUMÉS

JAN PATOČKA – SOUVENIRS ET APPROCHES CRITIQUES

Bedřich Loewenstein

L'auteur de cette contribution (qui a connu personnellement Jan Patočka) essaie, à partir de ses propres vues subjectives, de mieux saisir la manière de penser du philosophe tchèque Jan Patočka. Dans un premier temps, il s'agit de cerner le professeur d'université et son destin dans les années 1950, dans un second temps de comprendre sa soudaine solidarisation avec les marxistes réformateurs des années 1960, notamment sa perception de l'expérience de 1968 en tant que chance historique mondiale, et pour finir d'étudier les dernières années avant sa mort. La troisième partie est consacrée à quelques aspects actuels de la manière de Patočka d'appréhender l'histoire, à savoir ce que signifiait pour lui le terme de nation, qu'elle était sa conception de l'Europe, et quelles étaient ses critiques des Temps Modernes dominés par la technique en tant qu'abandon de la tradition de la „cura animae“. L'auteur de la contribution traite de manière particulièrement critique la thèse de la décadence des Temps Modernes et celle de l'expérience de la mort libératrice, car émouvante.

LA PHILOSOPHIE PRATIQUE DE PATOČKA EN TANT QU'ANALYSE DE LA MODERNITÉ

Ilja Srubar

Outre Masaryk, Jan Patočka, qui fut l'élève d'Husserl et d'Heidegger, fut le plus important philosophe tchèque du XX^e siècle. Cette contribution dresse les grandes lignes de sa conception d'une philosophie pratique et de son potentiel historique critique, dynamisant et stabilisant qu'il comprenait comme une force motrice de la modernisation européenne. Une philosophie, comprise comme telle, tient debout toujours aussi dans le contexte politique, en ce sens qu'elle peut autant motiver les changements sociaux que stabiliser aussi les ordres politiques visés. Les effets de la philosophie sont éclairés à l'exemple du libéralisme et du socialisme, que Patočka considère comme les deux ébauches les plus puissantes de l'époque moderne.

LA PENSÉE POLITIQUE DE JAN PATOČKA.
REMARQUES AVEC DES VISÉES SUR HANNAH ARENDT
ET CARL SCHMITT

Ludger Hagedorn

Ce article tente de définir dans l'œuvre variée de Jan Patočka quelques traits caractéristiques de sa pensée politique, qui n'a été explicitement formulée nulle part, mais qui s'articule en tant qu'une sorte de sous-texte dans nombre de ses études. L'auteur de l'article prend comme point de départ la notion très spécifique de Patočka de „vérité“ existentielle, qui alors dans l'étape suivante doit être transposée dans le domaine politique. L'article finit par une vue contrastée sur les théories politiques d'Hannah Arendt et de Carl Schmitt, sur le fond desquelles le plaidoyer de Patočka pour une politique de l'„ouverture“ est accentué.

LE SOUVENIR DES MORTS AU DÉBUT DE LA
RÉVOLUTION DE 1848/1849 EN EUROPE CENTRALE

Jan Randák

Pendant la révolution de 1848/49, un culte des morts particulier vit le jour et il fait l'objet de cette contribution en prenant pour exemple ceux qui eurent lieu à Berlin, Vienne et Prague. Les morts tombés pendant les insurrections furent ritualisés, le destin de la nation et de la patrie fut symboliquement lié avec eux. Cette ritualisation à Berlin, Vienne et Prague reflétait la toute puissance du camp bourgeois sur les représentants du vieil ordre social. En récupérant les victimes, la bourgeoisie cherchait à renforcer son propre pouvoir. Ainsi, les victimes étaient le capital symbolique pour atteindre ses propres buts. En mars, on fêta certes les victimes physiques; mais la signification des commémorations et des cortèges était le sens donné à la mort des insurgés tombés au combat, à savoir de susciter l'espoir dans la démocratisation et la libération sociale ainsi que – dans le cas des juifs – dans l'égalité des droits dans la société et dans l'émancipation. Même si les hommages aux morts de ces journées nationales furent mises en scène, elles revêtaient cependant des traits supranationaux, de telle sorte qu'on peut parler d'une „culture européenne de la révolution“.

LE RÔLE DU PARLEMENT DANS LES PROCESSUS DE TRANSFORMATION DE L'HISTOIRE TCHÉCOSLOVAQUE

Jan Dobeš

Cette contribution est consacrée à la place et à la signification du parlement durant les phases de changement des années 1918-1920, 1938 et 1945-1948. L'auteur étudie le rôle de l'assemblée législative dans les processus de décision politique et ses relations avec le pouvoir exécutif. Pour cette étude, l'auteur part de la thèse qu'il y eut, en Tchécoslovaquie et dans d'autres nombreux pays, un affaiblissement du parlement qui fut subordonné au parlement et aux partis politiques. Dans la Tchécoslovaquie de l'entre-deux-guerres, cela fut prouvé par l'existence de la „Pětka“ (comité informel des cinq partis). Cette tendance se poursuivit aussi après la Seconde Guerre mondiale dans les années 1945-1948. Pendant cette période, la composition de l'Assemblée nationale changea fondamentalement quand le nombre des députés provenant des rangs des élites traditionnelles baissa, tandis que celui des députés qui étaient liés aux nouvelles institutions (comités nationaux, syndicats) augmenta. A cette époque-là, l'Assemblée nationale n'était aucunement un lieu où se prenaient les grandes décisions politiques, mais elle servait d'arène, où des positions politiques aiguës, parfois radicales, étaient défendues et pour lesquelles il n'y avait pas de place dans le gouvernement, qui devait chercher un accord.

LA NORMALISATION

Christoph Boyer

A partir de l'exemple de la Tchécoslovaquie au début des années 1970, la „normalisation“ est définie dans la contribution suivante comme un mécanisme, qui stabilise de nouveau la domination du parti et l'économie planifiée par la bureaucratie centralisée, dans les systèmes de type soviétique au terme des phases de réforme. Dans la cage reconsolidée de la puissance du parti, la politique sociale et de consommation occupe, après avoir discrédité l'idéologie, une position centrale dans le but de „tranquilliser“ le peuple; la répression se transforme de la terreur au grand jour en des formes de contrôle plus „discrètes“ et plus efficaces. La normalisation est l'une des variantes possibles de la domination tardive socialiste. Parmi les „régimes de normalisation, on peut compter aussi le „Realsozialismus“ de la RDA de Honecker. La normalisation fut d'abord un succès, parce que les exigences pour s'assurer le pouvoir coïncidèrent avec les intérêts matériels de larges cercles de la population. Mais elle échoua finalement en raison du poids de sa fonction et de sa légitimité qui ne pouvait être compensé par des désirs de consommation irréalisables.

LES IMPRIMÉS DE BAMBERG
DE L'„ACKERMANN AUS BÖHMEN“

John Clifton-Everest

L'immense popularité en Allemagne de l'„Ackermann aus Böhmen“ entre environ 1450 et 1550, dont témoigne un grand nombre de manuscrits et notamment les premières versions imprimées, soulève la question de savoir, quelles fins pratiques justifiaient tant d'efforts pour assurer sa reproduction. Une telle recherche mène nécessairement à la dite „presse Pfister“ à Bamberg, où l'Ackermann fut imprimé pour la première fois, puis réimprimé rapidement dans les années 1460 et 1470. Des recherches effectuées ces dernières années, qui ont prouvé que l'ancienne Bible de 36 lignes provenait de la même imprimerie et ont fourni une date sûre pour l'un de ces „incunables Ackermann“, ont jeté une nouvelle lumière sur cette question. Il semble clair que l'Ackermann fut imprimé en même temps qu'un petit groupe de textes en allemand sous contrôle épiscopal, et ce à des fins pastorales pour les prêtres du diocèse de Bamberg. Pour pouvoir vivre, les premières imprimeries étaient largement dépendantes des besoins de l'Église. La rapide apparition des imprimés de l'Ackermann qui s'en suivit dans d'autres lieux est à attribuer de toute évidence au grand succès des imprimés de Bamberg. Probablement, l'œuvre fut employée comme „ars moriendi“ allemand, un usage qui pourrait expliquer la corruption évidente du texte qui a survécu.

„CHARLES IV – EMPEREUR DE LA GRÂCE DE DIEU“.
DE NOUVELLES ÉTUDES SUR L'ART DE COUR
DES LUXEMBOURG

Kai Wenzel

C'est dans le cadre d'un projet d'une exposition, qui fut présentée en 2005/2006 à New York et Prague, que le volume contenant le catalogue et l'essai „Charles IV – empereur de la grâce de Dieu“ a vu le jour. Le volume contient des essais sur les différents aspects de l'art de cour de la maison des Luxembourg durant le XIV^e et le XV^e siècle. On y discute des lignes de connections et des voies de transferts d'Europe centrale dans les domaines de l'art et de l'architecture, ainsi que des relations d'échanges entre les domaines production artistique et règne. Ce volume fournit un aperçu sur l'art du moyen âge tardif qui peut être considéré comme le point de départ central tant pour les recherches sur les thèmes spéciaux rassemblés, que aussi sur l'autre rigueur méthodique et la différence de la notion d'art de cour. Le rapport littéraire présente quelques contributions du volume et les replace dans la discussion de la recherche des dernières décennies.

LA BIBLIOTHÈQUE TCHÈQUE (3^e PARTIE)*Steffen Höhne*

C'est avec le volume 33 – une collection de photos de voyages de Jan Neruda – que s'achève le projet la „Bibliothèque Tchèque“ (Die Tschechische Bibliothek) commencé dans les années 1990. La troisième partie du rapport sur ce grand projet, dont l'objectif est de donner au public de langue allemande une vision générale sur la diversité de la littérature tchèque, donne un aperçu sur les volumes qui s'y sont rajoutés depuis 2003. L'éventail va des éditions de lettres de compositeurs et d'écrivains célèbres à des anthologies et à des œuvres particulières de grands auteurs, encore trop peu connus en Allemagne, tels Egon Hostovský, Richard Weiner et Jakub Deml. Avec ce dernier volume, la „Bibliothèque Tchèque“ passe de nouveau en revue la littérature tchèque, de ses débuts, en passant par l'époque de la „renaissance nationale“, la littérature d'avant-garde et celle des samizdats, à notre époque actuelle – du „Labyrinth“ du monde, œuvre de Comenius, aux œuvres lyriques contemporaines.

LA SILÉSIE – UN ENJEU POUR L'HISTORIOGRAPHIE
TCHÈQUE APRÈS 1989*Jiří Knapík / Jaromíra Knapíková*

A partir de la perception actuelle problématique de la Silésie en tant qu'une partie historique de la République tchèque par la société actuelle tchèque, la contribution suivante est consacrée aux résultats de la recherche historique menée à ce sujet depuis 1989. Le thème Silésie, la recherche de son développement et de sa signification dans le contexte national comme dans celui de l'Europe centrale, ont représenté après 1989 une composante du processus de renouvellement de la mémoire historique de la société. En conséquence, la contribution donne un aperçu avec des commentaires sur les synthèses importantes et les travaux encyclopédiques sur ce thème qui ont été publiés au cours des quinze dernières années par des groupes de recherche, ainsi que par certains scientifiques de l'Institut silésien de l'Académie tchèque des Sciences, des universités silésiennes à Opava et Ostrava et en partie de la Matice Slezska (Association silésienne d'Histoire).

RESUMÉ

JAN PATOČKA – VZPOMÍNKY A KRITICKÁ PŘÍBLÍŽENÍ

Bedřich Loewenstein

Stať se ze subjektivního pohledu mladšího současníka pokouší přiblížit myslitelské osobnosti českého filozofa Jana Patočky. V první části jde o rekonstrukci dojmu, kterým na autora zapůsobil Patočka jako vysokoškolský učitel dále o jeho osudy v padesátých letech. V druhé pak o jeho překvapivou solidárnost s reformními marxisty šedesátých let, zvláště jeho pochopení experimentu roku 1968 coby světodějně šance, nakonec o poslední léta před Patočkovou smrtí. Třetí část se zabývá několika aktuálními aspekty jeho historického myšlení: jeho pojetím národa, jeho chápáním Evropy a jeho kritikou technicky ovládaného novověku jakožto odklonu od tradice „péče o duši“. Zvláště teze o novověké dekadenci a osvobozujícím, protože otřeseném zážitku smrti jsou v článku podrobovány kritice.

PATOČKOVA PRAKTICKÁ FILOZOFIE JAKO ANALÝZA MODERNY

Ilja Srubar

Jan Patočka, žák Husserla a Heideggera, byl vedle Masaryka nejvýznamnějším českým filozofem 20. století. Příspěvek nastiňuje jeho chápání praktické filozofie a jejího kritického, dynamizujícího a stabilizujícího historického potenciálu, který chápe jako hybnou sílu evropské modernizace. Tím, že může na jedné straně motivovat sociální změnu a na straně druhé stabilizovat žádoucí politický pořádek, má takto pojatá filozofie také vždy politický kontext. Toto působení filozofie osvětluje autor na příkladu liberalismu a socialismu, které Patočka považuje za dva nejdůležitější projekty moderny.

POLITICKÉ MYŠLENÍ JANA PATOČKY. POZNÁMKY ZOHLEDŇUJÍCÍ HANNAH ARENDT A CARLA SCHMITTA

Ludger Hagedorn

V mnohotvárném díle Jana Patočky se tento příspěvek snaží určit základní rysy jeho politického myšlení, které sice nebylo nikde explicitně formulováno, jako svého druhu subtext se však artikuluje v mnoha jeho studiích. Výchozím bodem je Patočkův zcela specifický pojem existenciální „pravdy“, která je následně přenesena do politické roviny. Článek uzavírá kontrastující pohled na politické teorie Hannah Arendt a Carla Schmitta, na jejichž pozadí je akcentována Patočkova obhajoba politiky „otevřenosti“.

VZPOMÍNÁNÍ NA MRTVÉ NA POČÁTKU REVOLUCE 1848/1849 VE STŘEDNÍ EVROPĚ

Jan Randák

V průběhu revoluce 1848/49 vznikl specifický kult mrtvých, který je v předloženém příspěvku osvětlen na příkladech textů z Berlína, Vídně a Prahy. Oběti povstání byly ritualizovány a symbolicky s nimi byl spojen osud národa a vlasti. V této ritualizaci se v Berlíně stejně jako ve Vídni a Praze odrážela aktuální převaha občanského tábora nad představiteli starých pořádků. Nárokováním obětí se měšťanstvo snažilo posílit vlastní moc a padlí povstalci tak představovali symbolický kapitál pro následující cíle. V březnu sice byly oslavovány konkrétní fyzické oběti, vlastním obsahem vzpomínkových akcí a průvodů však byl smysl, který byl jejich smrti připsán a s tím spojená očekávání demokratizace a společenského osvobození stejně jako – v případě Židů – občanské rovnoprávnosti a emancipace. Oslavy padlých byly sice v těchto dnech inscenovány nacionálně, měly však určité nadnárodní rysy, takže je možné hovořit o „evropské revoluční kultuře“.

ROLE PARLAMENTU V TRANSFORMAČNÍCH PROCESECH ČESKOSLOVENSKÝCH DĚJIN

Jan Dobeš

Článek se zabývá postavením a významem parlamentu v přelomových obdobích let 1918-1920, 1938 a 1945-1948. Zkoumá místo zákonodárného shromáždění v politickém rozhodování a jeho vztah k orgánům moci výkonné. Vychází z teze, že v Československu stejně jako v mnoha jiných zemích docházelo k oslabení parlamentu a k jeho podřizování vládě a politickým stranám. V meziválečné Československé republice dokládá tento stav existence tzv. Pětky. Stejný trend pak pokračoval i po druhé světové válce v letech 1945-1948. V této době se také podstatně proměnilo složení Národního shromáždění, kde se snížil počet poslanců pocházejících z řad tradičních elit a naopak zvýšil počet lidí spjatých s novými institucemi (národní výbory, odbory). Národní shromáždění v této době nebylo místem, kde se přijímala důležitá politická rozhodnutí, ale sloužilo jako scéna pro obhajobu vyhraněných až radikálních politických stanovisek, pro která na půdě vlády, jež musela hledat shodu, nebyl prostor.

NORMALIZACE

Christoph Boyer

Vycházející z příkladu ČSSR od počátku sedmdesátých let dvacátého století definuje autor příspěvku „normalizaci“ jako mechanismus, který v systémech sovětského typu po ukončení reformních fází opětovně stabilizuje vládu jedné strany a centrálněadministrativní plánované hospodářství. Ve znovu konsolidované stavbě stranické moci získají po diskreditaci ideologie centrální význam pro uklidnění obyvatelstva sociální a konzumní politika; represe se mění z otevřeného teroru v „klidnější“ a efektivnější formy kontroly. „Normalizace“ je jednou z vícero možných variant pozdně socialistické vlády; „normalizačním režimem“ je například také „reálný socialismus“ honeckerovské NDR. Normalizace nejprve zaznamenává úspěch, protože požadavky zajištění moci se „hodí“ k materiálním zájmům širokého okruhu obyvatelstva. Nakonec ovšem selhává v důsledku funkčního přetížení a legitimačního přepětí nesplnitelnými konzumními požadavky.

BAMBERSKÉ TISKY „ORÁČE Z ČECH“

John Clifton-Everest

Nesmírná popularita „Oráče z Čech“ (*Der Ackermann aus Böhmen*) v Německu přibližně mezi lety 1450 a 1550, kterou dokládá velký počet rukopisů a především raných tisků, nabízí otázku, jaký praktický užitek měly vysoké výdaje, které bylo třeba na reprodukce vynaložit. Výzkum tohoto druhu nutně vede k tak zvané Pfisterovské tiskárně (*Pfister-Presse*) v Bamberku, kde byl „Oráč“ poprvé a v šedesátých a sedmdesátých letech patnáctého století rychle za sebou opětovně vytištěn. Nové světlo vnesly do této problematiky výzkumy z posledních let, které potvrdily, že raná 36-řádková Bible pocházela ze stejné tiskárny a stanovily spolehlivé datum vzniku jedné z „Oráčovských“ inkunábulí. Jak se zdá, byl tento „Oráč“ vytištěn spolu s malou skupinou německy psaných textů v tiskařské oficíně pod biskupským dohledem. A to speciálně pro duchovní potřebu farářů bamberské diecéze. Na potřebách církve byly do velké míry závislé všechny rané tiskárny. To, že byl titul nedlouho na to vydán také jinde, mělo očividně svůj původ ve velkém úspěchu bamberských tisků. Pravděpodobně bylo tohoto díla užíváno jako německého „*Ars Moriendi*“. Tím by se také dala vysvětlit zjevná opotřebovanost dochovaného textu.

„KAREL IV. – CÍSAŘ Z BOŽÍ MILOSTI“.
NOVÉ STUDIE O DVORSKÉM UMĚNÍ LUCEMBURKŮ

Kai Wenzel

V rámci výstavního projektu prezentovaného 2005/2006 v New Yorku a v Praze vznikl katalogový a příspěvkový sborník „Karl IV. – Kaiser von Gottes Gnaden“, ve kterém jsou soustředěny články o nejrůznějších aspektech dvorského umění lucemburského domu v průběhu 14. a na počátku 15. století. Předmětem zájmu jsou střeoevropské spojovací linie a transferové cesty v oblastech umění a architektury stejně jako vzájemné vztahy na poli umělecké produkce a zemské vlády. Sborník tak představuje přehledovou publikaci o pozdně středověkém umění ve střední Evropě, kterou lze právem označit za centrální východisko jak pro další výzkum sledovaných témat, tak i pro metodické zpřesnění a diferencování pojmu „dvorské umění“. Předložená zpráva věnuje pozornost jednotlivým sborníkovým příspěvkům a zařazuje je do kontextu vědecké diskuse posledních desetiletí.

ČESKÁ KNIHOVNA (3. DÍL)

Steffen Höhne

Třicátým třetím svazkem – sbírkou cestopisných obrázků Jana Nerudy – se uzavírá v devadesátých letech minulého století započatá „Česká knihovna“ (Tschechische Bibliothek). Předložená třetí část zprávy o tomto velkém edičním projektu, který má za cíl umožnit německy mluvícímu publiku nahlédnout do vnitřní rozmanitosti české literatury, poskytuje přehled svazků vydaných od roku 2003. Spektrum sahá od edicí dopisů známých komponistů a spisovatelů přes antologie až k jednotlivým dílům velkých, v Německu příliš málo známých autorů jako Egon Hostovský, Richard Weiner a Jakub Deml. Svými posledními svazky „Česká knihovna“ ještě jednou opisuje oblouk od počátků české literatury přes dobu „národního obrození“, avantgardu a samizdatovou literaturu až po naši dobu – od Komenského „Labyrintu světa“ až po současnou lyriku.

SLEZSKO - VÝZVA ČESKÉ HISTORIOGRAFII PO ROCE
1989

Jiří Knapík/Jaromíra Knapíková

Příspěvek se na pozadí současného problematického vnímání Slezska jako historické součásti České republiky soudobou českou společností zabývá výsledky historického bádání k tomuto tématu po roce 1989. Problematika Slezska, výzkumu jeho vývoje a významu v národním i středoevropském kontextu představovala po roce 1989 součást procesu obnovování historické paměti společnosti. Příspěvek proto komentuje přehled důležitých syntetických a sumarizačních encyklopedických prací na toto téma, které byly během posledních 15 let publikovány badatelskými kolektivy i jednotlivými pracovníky Slezského ústavu ČSAV, Slezské univerzity v Opavě a Ostravské univerzity, popř. Maticí slezskou.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AdW	Akademie der Wissenschaften
AV ČR	Akademie věd České republiky
BWT	Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum
CC	Collegium Carolinum, München
ČČH	Český časopis historický
ČSAV	Československá akademie věd
ČsČH	Československý časopis historický
ČSR	Československá republika
DTK	Dějiny – teorie – kritika
GWZO	Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig
IWM	Institut für die Wissenschaften vom Menschen
KPTsch	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KSČ	Komunistická strana Československa
NA	Národní Archiv
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
ROH	Revoluční oborové hnutí,
Sb.	Sbírka zákonů
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SD	Sicherheitsdienst
SL	Sudetendeutsche Landsmannschaft
UK	Univerzita Karlova v Praze
ÚRO	Ústřední rada odborů
ÚSD	Ústav pro soudobé dějiny, Praha
VCC	Veröffentlichungen des Collegium Carolinum
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
YMCA	Young Men's Christian Association
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DES HEFTES

- PhDr. Jaroslav *Boubin*, CSc., Historický ústav AV ČR, Prosecká 76, CZ-19000 Praha 9
- O. Univ.-Prof. Dr. Christoph *Boyer*, Universität Salzburg, Lehrstuhl für Europäische Zeitgeschichte, Fachbereich Geschichts- und Politikwissenschaft Rudolfskai 42, A-5020 Salzburg
- Prof. Dr. Dr. h.c. Detlef *Brandes*, Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Heinrich-Heine-Universität, Universitätsstr. 1, 40225 Düsseldorf
- Christiane *Brenner*, Collegium Carolinum, Hochstr. 8, 81669 München
- Prof. Dr. John M. *Clifton-Everest*, 23 Blake Street, Armidale, New South Wales 2350, Australien
- Nicole *Cuzacq*, Hackerberg 4, 82152 Krailling
- PD Dr. Jörg *Deventer*, GWZO, Luppenstr. 1b, 04177 Leipzig
- PhDr. Jan *Dobeš*, Katedra pomocných věd historických a archivního studia, Filozofická fakulta UK, Náměstí Jana Palacha 2, CZ-11638 Praha 1
- Christian *Domnitz*, Deutsches Historisches Institut Warschau, Aleje Ujazdowskie 39, PL-00-540 Warszawa
- Katarína *Đurková*, M.A., Institut für Slavistik, Universität Regensburg, 93040 Regensburg
- PhDr. Martin *Franc*, Masarykův ústav – Archiv AV ČR, Gabčíkova 10/2362, CZ-18200 Praha 8
- Dr. Ludger *Hagedorn*, Langhansstr. 148, 13086 Berlin
- Miriam *Hahn*, Radstädterstr. 29, 80687 München
- Dr. Andreas *Helmedach*, Pawelstr. 9, 38118 Braunschweig
- Prof. Dr. Steffen *Höhne*, Hochschule für Musik, Studiengang Kulturmanagement, Postfach 2552, 99406 Weimar
- Franz *Horváth*, M.A., Grüner Weg 76, 19288 Ludwigslust
- Anna *Jakubowska*, M.A., Preysingstr. 93 a, 81667 München
- Robert *Jodlbauer*, Arrasstraße 7, 93053 Regensburg
- Dr. Jiří *Knapík*, Ústav historie a muzeologie, FPF Slezská univerzita, Masarykova 37, CZ-74601 Opava
- Jaromíra *Knapíková*, Ústav historie a muzeologie, PPF Slezská univerzita, Masarykova 37, CZ-74601 Opava
- Prof. Dr. Jiří *Kosta*, Berliner Str. 8 b, 61348 Bad Homburg
- Sarah *Lemmen*, M.A., GWZO, Luppenstr. 1b, 04177 Leipzig
- Prof. Dr. Bedřich *Loewenstein*, An den Hubertshäusern 6 b, 14129 Berlin
- Dr. Bernhard *Mann*, Im Pfarrgarten 21, 72116 Mössingen
- Dr. Martina *Maříková*, Archiv hl. m. Prahy, Archivní 6, CZ-14900 Praha 4
- PhDr. Petr *Mata*, Institut für Geschichte, Universität Wien, Dr.-Karl-Lueger-Ring 1, A-1010 Wien

Dr. Jan *Pauer*, Klosterallee 100, 20144 Hamburg

PhDr. Helena *Peřinová*, Korunní 53, CZ-12000 Praha 2

PhDr. Jan *Randák*, Filozofická fakulta UK, Ústav českých dějin, Náměstí J. Palacha 2, CZ-11638 Praha 1

Dr. Rüdiger *Ritter*, Rasenweg 18, 27580 Bremerhaven

PhDr. Petr *Šafařík*, Institut mezinárodních studií, fakulta sociálních věd UK, U Kříže 8, CZ-15800 Praha 5

Prof. Dr. Ilja *Srubar*, Institut für Soziologie, Universität Erlangen-Nürnberg, Kochstr. 4, 91054 Erlangen

PhDr. Zdeňka *Stoklasková*, Sadová 445, CZ-66482 Říčany

Prof. Dr. Dalibor *Tureček*, CSc., Ústav bohemistiky FF Jihočeské univ., Na Mlýnské stoce 35, CZ-37001 České Budějovice

Norbert *Vierbücher*, Collegium Carolinum, Hochstr. 8, 81669 München

Kai *Wenzel*, Tarostraße 8/135, 04103 Leipzig

Dr. Martina *Winkler*, Humboldt-Universität zu Berlin, Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte, Unter den Linden 6, 10099 Berlin

Dr. Andreas *Wiedemann*, Za Poštou 9, CZ-10000 Praha 10

Prof. Dr. Volker *Zimmermann*, Korunní 53, CZ-12000 Praha 2